

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

00.027 1. BVG-Revision



00.027 - Geschäft des Bundesrates.

[Texte français](#)**1. BVG-Revision**[Zusammenfassung
der Beratungen](#)**Stand der Beratung** Erledigt

Botschaft vom 1. März 2000 zur Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision) (BBl 2000 2637)

Vorlage 1

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)

Chronologie:

16.04.2002 NR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

28.11.2002 SR Abweichend.

06.05.2003 NR Abweichend.

04.06.2003 SR Abweichend.

11.06.2003 NR Abweichend.

16.09.2003 SR Abweichend.

25.09.2003 NR Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.

25.09.2003 SR Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.

03.10.2003 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

03.10.2003 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 2003 6653; Ablauf der Referendumsfrist: 22. Januar 2004


Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2004 1677

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig	Departement des Innern (EDI)
Behandelnde Kommissionen	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR) <i>Antrag: Eintreten</i> Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR) <i>Antrag: Differenzbereinigung</i>
Behandlungskategorie NR:	III, Reduzierte Debatte (Art. 68 GRN)

Konnexe Geschäfte [02.3006](#) [02.3007](#) [02.3181](#) [02.3182](#) [02.3183](#) [03.3438](#)

Deskriptoren Berufliche Vorsorge; Rentenalter; flexibles Rentenalter; Leistung für Hinterbliebene; Teuerungsausgleich; Gleichstellung von Mann und Frau; Koordinationsabzug; Mitbestimmung; Umwandlungssatz; Viertelsrente IV;

 [Home](#)

00.027 - Objet du Conseil fédéral. Première révision de la LPP

[Deutscher Text](#)[Synthèse des
délibérations](#)

Etat actuel Liquidé

Message du 1er mars 2000 relatif à la révision de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) (1ère révision LPP) (FF 2000 2495)

Projet 1

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Chronologie:

16-04-2002 CN Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

28-11-2002 CE Divergences.

06-05-2003 CN Divergences.

04-06-2003 CE Divergences.

11-06-2003 CN Divergences.

16-09-2003 CE Divergences.

25-09-2003 CN Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.

25-09-2003 CE Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.

03-10-2003 CN La loi est adoptée en votation finale.

03-10-2003 CE La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale 2003 6095; délai référendaire: 22 janvier 2004

Recueil officiel des lois fédérales 2004 1677

Bulletin officiel - les procès-verbaux

Compétence	Département de l'intérieur (DFI)
Commissions traitant l'objet	<u>Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CN (CSSS-CN)</u> <i>Amendement:</i> Entrer en matière <u>Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CE (CSSS-CE)</u> <i>Amendement:</i> Traitement des divergences
Catégorie objet CN:	III, Débat réduit (art. 68 RCN)

Objets apparentés [02.3006](#) [02.3007](#) [02.3181](#) [02.3182](#) [02.3183](#) [03.3438](#)

Descripteurs Berufliche Vorsorge; Rentenalter;
flexibles Rentenalter; Leistung für Hinterbliebene; Teuerungsausgleich; Gleichstellung von Mann und Frau; Koordinationsabzug; Mitbestimmung;
Umwandlungssatz; Viertelsrente IV;

 Home

00.027 - Zusammenfassung

Uebersicht

00.027 1. BVG-Revision

Botschaft vom 1. März 2000 zur Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision) (BBl 2000 2637)

Ausgangslage

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) ist auf den 1. Januar 1985 in Kraft getreten. Dieses Gesetz legt eine minimale berufliche Vorsorge fest und gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mehr als 24 120 Franken jährlich (Stand 1999) verdienen. Dieser Mindestumfang stellt die obligatorische zweite Säule dar; ihr kommt im Rahmen der schweizerischen Dreisäulenkonzeption für die Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge die Aufgabe zu, zusammen mit den Leistungen der AHV/IV den Betagten, Hinterlassenen und Invaliden die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise zu ermöglichen (Art. 113 Abs. 2 nBV).

Nach Verfassung und Gesetz soll dieses Leistungsziel in verschiedenen Etappen realisiert werden. Mit der Einführung des BVG ist die erste wichtige Etappe vollzogen worden. Die zweite Etappe hätte nach der zeitlichen Vorstellung des Verfassungsgebers am 1. Januar 1995 abgeschlossen werden sollen und die dritte Etappe müsste bis zum 1. Januar 2005 realisiert werden.

Obschon die Vorarbeiten für die zweite Etappe kurz nach der Einführung des Gesetzes 1986 in Angriff genommen wurden, nahm der Revisionsfahrplan einen anderen Verlauf: Die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen verlangten nach einem Zwischenhalt. Dank verschiedener Teilrevisionen des Gesetzes konnten zwar drängende sozialpolitisch wichtige Anliegen erfüllt werden (so vor allem die Einführung der vollen Freizügigkeit und ein verbesserter Schutz der Versicherten, falls die Vorsorgeeinrichtung zahlungsunfähig wird). Allerdings blieben wichtige Weichenstellungen über die künftige Ausgestaltung beziehungsweise Ausweitung des Obligatoriums offen. Zudem änderten sich das Umfeld und insbesondere die Rahmenbedingungen für die Revision dieses Gesetzes. Die Vorlage musste folgende Faktoren zusätzlich berücksichtigen:

1. Die Berichte zur Ausgestaltung der sozialen Sicherheit in der Schweiz, insbesondere der Drei-Säulen-Bericht des Eidgenössischen Departementes des Innern (Oktober 1995), der Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDA FiSo) "über die Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen" (Juni 1996) und sodann der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDA FiSo 2) "zur Analyse der Leistungen der Sozialversicherungen" (Dezember 1997);
2. die Tragfähigkeit der Vorschläge in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld.

Angeichts all dieser Faktoren steht die Revisionsvorlage für den Bundesrat demnach nicht im Zeichen des Ausbaus, sondern der Konsolidierung des Versicherungssystems in zwei Richtungen:

- Es soll im BVG ein gleiches Rentenalter für Frauen und Männer eingeführt werden. Dabei soll das Rentenalter innerhalb eines Rahmens flexibel – das heisst, mit der Möglichkeit, die Altersleistungen vorzubeziehen oder aufzuschieben ausgestaltet werden. Damit wird dem Bedürfnis der Versicherten nach einer individuellen Pensionierung Rechnung getragen. Diese Regelungen werden im Rahmen der 11. AHV-Revision realisiert.
- Weiter soll das bisher erreichte Vorsorgeniveau erhalten und in verschiedenen Bereichen verbessert werden. Dieses zweite Ziel soll mit der vorliegenden Revisionsvorlage realisiert werden.

Eine Erhaltung und Verbesserung des bisher erreichten Vorsorgeniveaus soll konkret mit folgenden vier Massnahmenpaketen erreicht werden:

1. Die gestiegene Lebenserwartung der Versicherten bedingt eine Anpassung des Umwandlungssatzes. Dieser Satz bestimmt die Höhe der Renten für Alter, Tod und Invalidität. Er muss sukzessive gesenkt werden, damit er der längeren Lebenserwartung beim Altersrücktritt entspricht. Das würde bedeuten, dass die Rentenhöhe sinkt. Um diesem sozialpolitisch unerwünschten Effekt zu begegnen, schlägt der Bundesrat vor, die Gutschriftensätze zu erhöhen. Die Finanzierung dieser flankierenden Massnahme soll in die Eigenverantwortung der Vorsorgeeinrichtung gelegt werden.
2. Es soll zur bestehenden Witwenrente neu eine Witwerrente zu gleichen Bedingungen und in gleicher Höhe eingeführt werden. Die Viertelsrente für invalide Personen soll ebenfalls im BVG eingeführt werden.
3. Die Anpassung insbesondere der Altersrenten an die Preisentwicklung soll neu auf einem Entscheid des paritätischen Organs der Vorsorgeeinrichtung basieren, über welchen sie in geeigneter Form transparent Rechenschaft ablegt.
4. Verschiedene weitere Massnahmen sollen schliesslich dazu verhelfen, dass die Durchführung der beruflichen Vorsorge erleichtert und verbessert wird. Spezifischen Anliegen der Versicherten soll dabei besonders Rechnung getragen werden (Information der Versicherten, paritätische Verwaltung, Verjährung und Aufbewahrung der Unterlagen).

Die Kosten der verschiedenen Revisionsmassnahmen belaufen sich unter Anrechnung der überobligatorischen Vorsorge auf 145 bis 258 Millionen Franken im Jahre 2003 (zu Preisen des Jahres 1999). Die Kosten dürften jährlich leicht ansteigen (im Jahr 2015: 229 bis 355 Millionen Franken zu Preisen

des Jahres 1999), um dann ungefähr auf diesem Niveau zu verharren.

Der Bundesrat hält diese Revisionskosten und den damit verbundenen Finanzierungsmehrbedarf für vertretbar.

Verhandlungen

16.04.2002	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
28.11.2002	SR	Abweichend.
06.05.2003	NR	Abweichend.
04.06.2003	SR	Abweichend.
11.06.2003	NR	Abweichend.
16.09.2003	SR	Abweichend.
25.09.2003	NR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.
25.09.2003	SR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.
03.10.2003	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (156:30)
03.10.2003	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (43:0)

Die erste BVG-Revision umfasst vier Elemente, bei denen es - wie Meinrado Robbiani (C, TI) in Erinnerung rief - nicht nur darum geht, das bestehende System zu konsolidieren, sondern auch darum, auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen zu reagieren: vermehrte Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt, Zunahme der Teilzeitarbeit, Lockerung der Familienstrukturen, vermehrte Gleichstellung von Frauen und Männern. Diese vier Elemente, nämlich Eintrittsschwelle und Koordinationsabzug, Umwandlungssatz und Altersgutschriften, paritätische Verwaltung und Transparenz, Einkauf und versicherbarer Verdienst, können als harter Kern der Revision betrachtet werden.

Das Problem der Eintrittsschwelle ist eine der am meisten diskutierten Fragen bei dieser Revision. Der **Nationalrat** war der Meinung, dass man heute nicht mehr einen bedeutenden Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der zweiten Säule ausschliessen kann. Er hat deshalb die Eintrittsschwelle auf einen Jahreslohn von 18 540 Franken festgelegt, der bei einem oder mehreren Arbeitgebern bezogen werden kann. Damit fallen unter das BVG Verdienste ab einem Betrag zwischen 18 540 und 24 720 Franken, was einem monatlichen Mindesteinkommen von rund 1500 Franken entspricht und etwa 180 000 Personen mit einer Nebenbeschäftigung betrifft. Eine Kommissionsmehrheit befürwortete eine Eintrittsschwelle bei einem Jahreslohn von 12 360 Franken bei einem Arbeitgeber; dieser Antrag wurde jedoch mit 91 zu 80 Stimmen abgelehnt. Ein Minderheitsantrag von Pierre Triponez (R, BE), wonach die bisherige Eintrittsschwelle beibehalten werden sollte, wurde mit 132 zu 38 Stimmen abgelehnt. Der Nationalrat folgte der Kommissionsmehrheit und hat den Koordinationsabzug angepasst, jedoch anders gestaltet als das geltende BVG. Der Abzug entspricht nicht mehr einem festen Betrag, sondern soll 40 Prozent des Jahreseinkommens betragen, jedoch mindestens 15 450 Franken, entsprechend dem Antrag von Marc Suter (R, BE), und höchstens 21 810 Franken. Dies bedeutet, dass der koordinierte Lohn dem für die AHV massgeblichen Lohn abzüglich 40 Prozent entspricht.

Der Bundesrat hatte in seiner Botschaft einen Umwandlungssatz von 6,65 Prozent mit einer Übergangsfrist von 13 Jahren vorgesehen. Der Nationalrat verankerte den Umwandlungssatz im Gesetz. Er folgte dabei der Kommissionsmehrheit und legte ihn mit 121 gegen 59 Stimmen auf 6,8 Prozent fest. Die Reduktion erfolgt schrittweise über einen Zeitraum von 10 Jahren ab dem Inkrafttreten des Gesetzes, entsprechend dem Antrag einer Minderheit, der von Thérèse Meyer (C, FR) vertreten wurde. Der Nationalrat führte auch eine Bestimmung ein, wonach der Bundesrat ab 2011 mindestens alle zehn Jahre, das erste Mal im Jahr 2001, einen Bericht über die Festlegung des Umwandlungssatzes in den nachfolgenden Jahren unterbreiten muss. Die Reduktion des Umwandlungssatzes hat eine Senkung der Renten zur Folge. Der Bundesrat hatte in der Botschaft vorgeschlagen, diese Rentensenkung durch eine Erhöhung der Altersgutschriften auszugleichen, vor allem für die höchsten Altersgruppen. Er schloss sich jedoch dem Antrag der vorberatenden Kommission an, welche die Altersgutschriften auf dem bestehenden Niveau beibehalten wollte. Der Nationalrat folgte der Kommission. Er war der Ansicht, dass die Rentensenkung infolge des tieferen Umwandlungssatzes durch die Senkung der Eintrittsschwelle kompensiert würde.

In Bezug auf die Transparenz und die paritätische Verwaltung übernahm der Nationalrat im Allgemeinen die Vorschläge der Kommission, welche das Prinzip der Transparenz möglichst explizit und wirksam im Gesetz verankern wollte. Er beschloss eine Stärkung der paritätischen Mitbestimmung in dem Sinne, als die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber auf gleichwertige Weise bestimmt werden sollten. Allerdings kann dieses Prinzip auf Grund von deren speziellen Strukturen nicht ohne weiteres auf Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen angewandt werden. Der Nationalrat liess zu, dass vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde andere Verfahren zur Bestimmung der Vertretungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gewählt werden können. Eine Beratung der Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberschaft durch Fachleute, wie das der Bundesrat vorschlug, soll nicht möglich sein, jedoch ist die Vorsorgeeinrichtung verpflichtet, ein Aus- und Weiterbildungssystem für die Mitglieder des paritätischen Organs zu schaffen und sie für die Sitzungen und den Besuch von Aus- und Weiterbildungskursen zu entschädigen. Der Nationalrat beschloss zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz, insbesondere die folgenden:

- Jede versicherte Person hat Anspruch auf Informationen über den Kapitalertrag, die Kosten usw.

- Jede Pensionskasse, die einer Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtung angeschlossen ist, muss die Anforderungen der Transparenz erfüllen.
- Die Versicherungseinrichtungen müssen den Vorsorgeeinrichtungen alle nötigen Informationen liefern, damit diese ihren Anspruchsberechtigten die entsprechenden Auskünfte geben können; dies betrifft insbesondere die Abrechnung über die Überschüsse und die Verwaltungskosten.

Entgegen dem Kommissionsantrag beschloss der Nationalrat mit 99 zu 58 Stimmen, die Obergrenzen für Einkäufe beizubehalten, die im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 98 für den Bundeshaushalt beschlossen worden waren. Dafür stimmte er einem Antrag von Georges Theiler (R, LU) zu, wonach die Obergrenze des versicherbaren Verdienstes auf den zehnfachen oberen Grenzbetrag des koordinierten Lohnes erhöht wird.

Im Wesentlichen schloss sich der Nationalrat bei den Massnahmen mehr administrativer Natur und in den Detailregelungen dem Bundesrat an, diese bedeuten effektiv vor allem eine Konsolidierung und Verbesserung des geltenden Gesetzes. Er hob die Bestimmung über die Versicherung im Invaliditätsfall auf und beschloss, den Anspruch auf Hinterlassenenleistungen auch auf den Fall auszudehnen, dass sich eine bestehende Arbeitsunfähigkeit verschlimmert hatte, auch wenn im Zeitpunkt des Todes keine Versicherung bestand. Ferner stimmte er der Einführung der Viertelsrente für Invalidität auch im Bereich der beruflichen Vorsorge zu. Schliesslich hat er das Prinzip in das Gesetz übernommen, dass jene Pensionskasse, welcher die versicherte Person zuletzt angehört hatte, vorläufig zur Übernahme der Leistungen verpflichtet ist, bis die leistungspflichtige Kasse bekannt ist.

Im Interesse der Gleichbehandlung von Frauen und Männern hat der Nationalrat im BVG die Witwerrente eingeführt. Er hat den Kreis der Begünstigten ferner auf Lebenspartner ausgedehnt, wenn diese gemeinsame Kinder haben oder das gemeinsame Leben mindestens fünf Jahre gedauert hat. Der Nationalrat hat auch einen Antrag angenommen, wonach Selbständigerwerbende sich nur bei einer nicht registrierten Pensionskasse versichern lassen können, welche die überobligatorische Vorsorge betreibt, vorausgesetzt, diese beachte die Grundsätze der Vorsorge.

Im **Ständerat** präziserte der Kommissionssprecher, Bruno Frick (C, SZ), zu Beginn die Prioritäten des Rates: Beibehaltung der geltenden Eintrittsschwelle, entsprechend dem Entwurf des Bundesrates, Flexibilisierung des Mindestzinssatzes, Senkung des Umwandlungssatzes, um der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen, Verbesserung der Transparenz. Der Ständerat schuf mehrere Differenzen zum Nationalrat, deren wichtigste die Eintrittsschwelle betrifft.

Für die Kommissionsmehrheit würde der Einschluss niedriger Einkommen das Fuder für die Wirtschaft überladen, und das ungünstige Verhältnis zwischen den möglichen Renten und den Verwaltungskosten würde für die Vorsorgeeinrichtungen Probleme schaffen. Der Ständerat wog diese Argumente sorgfältig ab. Er wies einen Minderheitsantrag, der von Christiane Brunner (S, GE) vertreten wurde, ab, in dem gefordert wurde, die Eintrittsschwelle auf einen Jahreslohn bei einem Arbeitgeber von 18 540 Franken zu senken. Obwohl Bundesrätin Ruth Dreifuss eine Lösung unterstützte, welche die oft von Unterbrüchen gekennzeichneten beruflichen Laufbahnen von Frauen besser berücksichtigt, wurde der Antrag von Christiane Brunner mit 30 zu 8 Stimmen abgelehnt. In der Frage des Umwandlungssatzes schloss sich der Ständerat diskussionslos dem Nationalrat an. Dagegen übernahm er, gegen den Beschluss des Nationalrats, bei den Altersgutschriften die Vorschläge des Bundesrates und änderte sie, um das Rentenniveau beizubehalten. Dafür behielt er die geltende Regelung in den Fällen bei, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind.

In Bezug auf die Transparenz hat der Ständerat Artikel 65a neu formuliert. Er folgte damit der Kommission, welche, in den Worten des Berichtstatters, Jean Studer (S, NE), wünschte, «dass die Erwartungen, die man gegenüber der Gesamtheit der Vorsorgeeinrichtungen zum Ausdruck bringen muss, präziser umschrieben werden.»

Der **Nationalrat** bekräftigte seinen Willen, den Kreis der BVG-Pflichtigen zu erweitern und beim versicherten Verdienst anstatt bei den Altersgutschriften anzusetzen. Die Mehrheit der Kommission wollte die Eintrittsschwelle auf 18 990 Franken herabsetzen, kam aber dem Ständerat punkto Koordinationsabzug etwas entgegen, indem sie auf einen festen Abzug von 22 155 Franken zurückkam, um den herabgesetzten Umwandlungssatz wettzumachen. Der Nationalrat übernahm dieses Modell allerdings nicht, sondern entschied sich für die komplexere Variante von Rudolf Rechsteiner (S, BS), die zwar etwas kostspieliger ist, aber die niedrigen Einkommen grosszügiger deckt. Mit 91 zu 71 Stimmen sprach er sich für eine Variante aus, welche den Koordinationsabzug auf 40% des Jahreseinkommens festlegt und die Eintrittsschwelle bei 25 320 Franken belässt. Dieses Modell wird stufenweise eingeführt, indem die heutigen Parameter (Eintrittsschwelle, Koordinationsabzug) eingefroren werden, bis gewisse in Artikel 9 vorgegebene Bedingungen erfüllt sind. Diese Variante wird die Wirtschaft auf 640 Millionen Franken zu stehen kommen.

Der **Ständerat** näherte sich dem Nationalrat in den meisten Punkten weitgehend an. Während er sich bis zu diesem Zeitpunkt für die Altersgutschriften eingesetzt hatte, um ein gewisses Rentenniveau beizubehalten, beantragte die Mehrheit der vorberatenden Kommission dem Ständerat neu, auf diese Stossrichtung zu verzichten und innerhalb der vom Nationalrat vorgeschlagenen Lösung einen Kompromiss zu suchen, damit die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht benachteiligt werden. Der Rat hat das Modell der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission befürwortet, ein Modell, das er im Vorfeld noch zurückgewiesen hatte, nämlich die Eintrittsschwelle von 18 990 Franken und ein fester Abzug von 22 155 Franken. Eine Kommissionsminderheit, bestehend aus Erika Forster-Vannini (R, SG), This Jenny (V, GL) und Maximilian

Reimann (V, AG), beantragte insbesondere aus Finanzierungsgründen, am geltenden Recht festzuhalten. Mit 25 zu 7 Stimmen stimmten die Ratsmitglieder dem von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Richtungswechsel zu.

In Bezug auf Artikel 23, welcher den Anspruch auf Invaliditätsleistungen für Personen regelt, die bereits invalid sind und deren Invaliditätsgrad sich weiter erhöht, hat der Ständerat an seinem früheren Beschluss festgehalten und den Antrag von Christiane Brunner (S, GE) mit Stichentscheid des Präsidenten gutgeheissen. In der Frage der Gleichbehandlung, im Fall einer Teilliquidation, zwischen den Versicherten, die in der alten Einrichtung bleiben, und jenen, die in eine neue Einrichtung wechseln (Art. 53c Abs. 1), hat die kleine Kammer gegenüber dem Nationalrat an einem Unterschied eher formeller als inhaltlicher Art festgehalten. Was die Beteiligung an den Überschüssen der Lebensversicherer im Rahmen der 2. Säule betrifft, hat sich der Ständerat nicht dem Nationalrat, sondern der Mehrheit seiner Kommission angeschlossen. Mit 15 zu 4 Stimmen erteilte er der Regierung die Kompetenz, den Verteilschlüssel für diese Gewinne festzulegen, und lehnte es ab, einen minimalen Prozentsatz für die Überschussbeteiligung, den die Versicherungsunternehmen an die Versicherten zurückgeben müssen, im Gesetz explizit zu verankern (Ziff. 6, Art. 6a, Abs. 4).

Die Mitglieder des **Nationalrates** hielten an ihrer Position fest im Zusammenhang mit der Stellung von Personen, die teilweise arbeitsunfähig sind, bevor sie der beruflichen Vorsorge unterstellt werden. Hingegen haben sie sich, unterstützt von Bundespräsident Pascal Couchepin, dem Ständerat bei der Überschussbeteiligung durch die Lebensversicherer im Rahmen der 2. Säule angeschlossen und sind einer starken Minderheit der vorberatenden Kommission vertreten durch Hans Werner Widrig (C, SG) gefolgt.

Der **Ständerat** übernahm vom Nationalrat die restriktivere Regelung zum Vorsorgeschutz teilarbeitsfähiger Personen. Demnach soll die Vorsorge nur für Geburtsinvalide und Frühinvalide verbessert werden, die beim Eintritt in das Erwerbsleben zu 20 bis 40% invalid sind. In Bezug auf die weiteren Begünstigten von Hinterlassenenrenten (Art. 20a) schuf der Ständerat eine neue Differenz: Demnach dürfen die Vorsorgeeinrichtungen beim Fehlen der üblichen Begünstigten oder naher Verwandter 100% der von der versicherten Person einbezahlten Beiträge oder 50% des Vorsorgekapitals an die übrigen gesetzlichen Erben (Grosseltern, Nichten und Neffen) auszahlen. Der Bundesrat hatte diesen Anspruch bei den von der versicherten Person einbezahlten Beiträgen auf 50% begrenzt.

Die Einigungskonferenz folgte bei Artikel 20a dem Ständerat, worauf die beiden Räte sich auf diesen Beschluss einigten.

00.027 - Note de synthèse

Résumé

00.027 Première révision de la LPP

Message du 1^{er} mars 2000 relatif à la révision de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) (1^{ère} révision LPP) (FF 2000 2495)

Situation initiale

La loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP), le deuxième pilier, est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1985. Cette loi introduit une prévoyance professionnelle minimale pour les travailleurs lorsque leurs salaires dépassent le montant annuel de 24 120 francs (état en 1999). C'est à partir de cette limite que débute le régime obligatoire du 2^e pilier. Il a pour objectif, avec les prestations de l'AVS/AI, dans le cadre de la conception suisse des trois piliers de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité, de permettre aux personnes âgées, aux survivants et aux invalides, de maintenir de façon appropriée leur niveau de vie antérieur (art. 113, al. 2, nCst.).

Conformément à la Constitution et à la loi, ce but en matière de prestations doit être réalisé par étapes. Une première étape importante a été réalisée avec l'introduction de la LPP. La deuxième étape aurait dû, dans la perspective du législateur, être réalisée au 1^{er} janvier 1995, la troisième et dernière étape devant être achevée le 1^{er} janvier 2005.

Même si les travaux préparatoires de la 2^e étape ont débuté en 1986, juste après l'introduction de la LPP, le plan de révision a toutefois suivi un autre rythme: les nouvelles conditions économiques ont nécessité une interruption. Grâce à diverses révisions partielles de la loi, il été possible de satisfaire à d'importantes et urgentes exigences relevant de la politique sociale. Relevons entre autres l'introduction du libre passage ainsi que l'encouragement à la propriété du logement avec les moyens de la prévoyance professionnelle, l'amélioration de la protection des assurés en cas d'insolvabilité d'une institution de prévoyance. Les lignes directrices concernant le développement, voire de l'étendue du régime obligatoire, n'ont toutefois pas été définies. La conjoncture, en particulier les variations des conditions de la présente révision, ont d'autre part également joué un rôle. Le projet de révision a dû prendre en considération les facteurs supplémentaires suivants:

les rapports concernant le développement de la sécurité sociale en Suisse, notamment le rapport sur les trois piliers du Département fédéral de l'Intérieur (octobre 1995), le rapport du groupe de travail interdépartemental (IDA FiSo) sur les perspectives de financement des assurances sociales (juin 1996), ainsi que le rapport du groupe de travail interdépartemental (IDA FiSo 2) sur l'analyse des prestations des assurances sociales (décembre 1997);

la viabilité des propositions dans un contexte économique difficile.

Eu égard à toutes ces considérations, le Conseil fédéral n'a pas le projet de révision sur le développement mais sur la consolidation du système de l'assurance dans deux directions déterminées:

Il faut introduire dans la LPP le même âge de la retraite pour les hommes et les femmes, avec la possibilité de prendre une retraite à la carte; cette possibilité consiste à anticiper ou à ajourner les prestations de vieillesse. Il est ainsi tenu compte du besoin exprimé par les assurés de personnaliser les conditions de leur retraite. Cet objectif est réalisé en coordination avec l'AVS, dans le cadre de la 11^e révision.

Il faut maintenir le niveau actuel de prévoyance et même l'améliorer dans certains domaines. Ce second objectif doit être réalisé par le présent projet de révision.

Le maintien et l'amélioration du niveau de prévoyance actuel doivent être concrétisés grâce aux quatre trains de mesures suivants:

L'augmentation de l'espérance de vie des assurés nécessite une adaptation du taux de conversion. Ce taux définit le montant des rentes en cas de vieillesse, de décès et d'invalidité. Il doit être progressivement revu à la baisse afin de correspondre à l'espérance de vie plus longue à l'âge de la retraite. Il en résulte une diminution du niveau des rentes. Pour parer aux effets indésirables de cette mesure sous l'angle de la politique sociale, le Conseil fédéral propose de relever les taux de bonification. Le financement de ces mesures est laissé à la responsabilité propre de l'institution de prévoyance. 2. Une rente de veuf équivalente à la rente de veuve, doit être introduite aux mêmes conditions que celle-ci. Il y a également lieu de prévoir dans la LPP le quart de rente d'invalidité.

L'adaptation des rentes au renchérissement, notamment des rentes de vieillesse, devra désormais être basée sur une décision de l'organe paritaire de l'institution de prévoyance et être prise en compte de manière adéquate, dans le respect du principe de la transparence.

Une série d'autres mesures, destinées à faciliter et à améliorer l'exécution de la prévoyance professionnelle est également prévue. Les exigences spécifiques des assurés doivent en particulier être prises en considération (information des assurés, gestion paritaire, prescription et conservation des dossiers).

Les coûts des mesures proposées se situent, en tenant compte de la prévoyance surobligatoire, entre 145 millions de francs et 258 millions de francs en 2003 (sur la base des prix de 1999). Les coûts vont tout d'abord légèrement augmenter (en 2015: 229 à 355 millions de francs aux prix de 1999), pour se maintenir par la suite approximativement à ce niveau.

Le Conseil fédéral estime que les coûts relatifs à la révision et la surcharge financière qui leur est liée sont supportables.

Délibérations

16-04-2002	CN	Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.
28-11-2002	CE	Divergences.
06-05-2003	CN	Divergences.
04-06-2003	CE	Divergences.
11-06-2003	CN	Divergences.
16-09-2003	CE	Divergences.
25-09-2003	CN	Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.
25-09-2003	CE	Décision conforme à la proposition de la Conférence de conciliation.
03-10-2003	CN	La loi est adoptée en votation finale. (156:30)
03-10-2003	CE	La loi est adoptée en votation finale. (42:0)

La 1^{re} révision de la LPP contient quatre éléments qui ne consistent pas seulement à consolider le système, mais à prendre en considération, comme l'a rappelé Meinrado Robbiani (C, TI), les transformations intervenues dans la réalité sociale et économique : participation accrue des femmes au marché du travail, hausse du temps partiel, fragilisation des liens matrimoniaux et parité accrue entre hommes et femmes. Ces quatre éléments, seuil d'accès et déduction de coordination, taux de conversion et bonifications de vieillesse, gestion paritaire et transparence, rachats et salaire assurable peuvent donc être considérés comme le noyau dur de la révision.

La question du seuil d'accès a été l'une des plus discutées de cette révision. Le **Conseil national** a estimé qu'actuellement il n'est plus possible d'exclure une partie importante des salariés du 2^e pilier. Il a fixé, à cet égard, le seuil d'entrée à 18 540 francs, montant qui peut être réalisé auprès d'un ou plusieurs employeurs. Ainsi, la LPP s'ouvre aux revenus entre 18 540 francs et 24 720 francs, ce qui représente un salaire mensuel minimum de l'ordre de 1500 francs et qui touche quelque 180 000 salariés supplémentaires. La majorité de la commission préparatoire avait défendu un seuil d'entrée de 12 360 francs acquis chez le même employeur, proposition rejetée par 91 voix contre 80. Une proposition de minorité emmenée par Pierre Triponez (R, BE) pour conserver le seuil d'entrée actuel a été rejetée par 132 voix contre 38. Le Conseil national a suivi la majorité de sa commission et également modulé la déduction de coordination, contrairement à la solution de l'actuelle LPP. Cette déduction ne correspond plus à un montant fixe, mais est arrêtée à 40 % du salaire annuel, au minimum 15 450 francs, selon la proposition de Marc Suter (R, BE) et au maximum 21 810 francs. Cela implique que le calcul de salaire coordonné part du salaire AVS moins 40 %.

Le Conseil fédéral avait préconisé, dans le message, un taux de conversion de 6,65 % sur une période de 13 ans. Le Conseil national a fixé le taux de conversion dans la loi. Il a suivi la majorité de la commission et l'a arrêté à 6,8 % par 121 voix contre 59. La réduction devra être réalisée par étapes, sur une période de 10 ans dès l'entrée en vigueur de la modification de la loi, comme le proposait une minorité emmenée par Thérèse Meyer (C, FR). La Chambre basse a également adopté une disposition obligeant le Conseil fédéral à émettre, tous les dix ans, un rapport permettant de déterminer le taux de conversion, la 1^{re} fois en 2011. La diminution du taux de conversion entraîne une réduction du niveau des rentes. Le Conseil fédéral proposait, dans son message, de compenser cette réduction par une augmentation de la bonification de vieillesse, surtout pour les classes d'âge les plus élevées. Il s'est toutefois rallié à la proposition de la commission préparatoire, qui souhaitait conserver les mêmes bonifications de vieillesse. Le Conseil national a suivi sa commission. Il a estimé que la réduction des rentes liée à la diminution du taux de conversion serait compensée par l'abaissement du seuil d'entrée.

Sur la transparence et la gestion paritaire, la Chambre basse s'est généralement rangée à l'avis de sa commission, qui souhaitait ancrer dans la loi, de façon suffisamment explicite et efficace, le principe de la transparence. Le Conseil national a décidé d'un renforcement de la gestion paritaire, en ce sens que les représentants des salariés et de l'employeur doivent être désignés de manière équivalente. En revanche, cette règle ne peut être appliquée sans autre dans les institutions collectives et communes, en raison de la structure même de ces institutions. Le Conseil national a admis que d'autres règles de désignation des représentants des employeurs et des salariés puissent être choisies, sous réserve de l'acceptation par l'autorité de surveillance. Il n'y aura pas, comme le voulait le Conseil fédéral, d'experts qui conseillent les représentants des salariés ou des employeurs, mais en revanche, l'institution de prévoyance est obligée de mettre en place un système de formation et de formation continue pour les membres de l'organe paritaire et de les indemniser pour les séances et les cours de formation. Le Conseil national a adopté d'autres dispositions devant nettement améliorer la transparence en particulier :

- chaque assuré a droit à une information sur le rendement du capital, les coûts, etc.
- chaque caisse de pension affiliée à une institution collective ou commune doit pratiquer la transparence
- les institutions d'assurance doivent fournir toutes les informations utiles aux institutions de prévoyance pour qu'elles puissent renseigner les ayants droit ; les informations portent notamment sur les décomptes des excédents et les frais administratifs

Contrairement à sa commission, le Conseil national a décidé de maintenir, par 99 voix contre 58, les limites de rachat prises dans le cadre du programme de stabilisation des dépenses fédérales en 1998. En revanche,

il a accepté une proposition de Georges Theiler (R, LU) visant à rehausser le plafonnement du salaire assurable à 10 fois le montant de limite supérieur de coordination.

Pour l'essentiel, le Conseil national s'est la plupart du temps rallié au Conseil fédéral pour les mesures de nature plus administrative et de détail qui constituent en fait la consolidation, voire l'amélioration de la loi actuelle. Il a supprimé la clause d'assurance en cas d'invalidité et décidé de l'extension de la couverture de l'invalidité à l'aggravation de celle-ci pour l'octroi de prestations de survivants si aucune assurance n'existait au moment du décès. Il a admis le versement du quart de rente d'invalidité de la prévoyance professionnelle. Le Conseil national a aussi adopté, dans la loi, le principe de l'avance de prestations par la dernière caisse de pension en attendant que la caisse compétente pour verser la prestation soit connue.

Par souci d'égalité de traitement, le Conseil national a introduit dans la LPP les rentes de veufs. Il a aussi élargi le cercle des bénéficiaires aux concubins, lorsque ceux-ci ont des enfants en commun ou si la vie commune a duré au moins 5 ans. Le Conseil national a accepté une proposition demandant que les indépendants puissent s'affilier uniquement à une caisse de pension non enregistrée, pratiquant la prévoyance surobligatoire, pour autant que celle-ci respecte les principes de prévoyance.

Au **Conseil des Etats**, le rapporteur de la commission Bruno Frick (C, SZ) a d'emblée fixé les priorités de la Chambre haute : maintien du seuil d'accès actuel tel que prévu dans la version du Conseil fédéral, assouplissement du taux d'intérêt minimal, baisse du taux de conversion en raison de l'évolution démographique et amélioration de la transparence. Le Conseil des Etats a créé plusieurs divergences avec le Conseil national, dont la plus importante porte sur le seuil d'accès.

Pour la majorité de la commission, l'inclusion des bas salaires alourdirait inutilement le fardeau pour l'économie et le mauvais rapport entre les rentes potentielles et les frais administratifs poserait problème aux institutions de prévoyance. Le Conseil des Etats a été attentif à ces arguments. Il a refusé une proposition de minorité emmenée par Christiane Brunner (S, GE) qui souhaitait abaisser le seuil d'accès à 18540 francs, obtenus chez un seul employeur. Malgré le soutien de Ruth Dreifuss à une solution qui prendrait en considération les carrières non linéaires des femmes, la proposition de Christiane Brunner a été rejetée par 30 voix contre 8. Concernant le taux de conversion, le Conseil des Etats s'est rangé derrière le Conseil national, sans discussion. Contrairement au Conseil national, il s'est rallié au Conseil fédéral sur la question des bonifications de vieillesse et les a modifiées, afin de conserver le niveau des rentes. Il a conservé, en revanche, le droit en vigueur pour les salariés au service de plusieurs employeurs.

Au chapitre de la transparence, le Conseil des Etats a reformulé l'art. 65a. Il a suivi sa commission qui souhaitait, selon les termes du rapporteur, Jean Studer (S, NE), « une plus grande précision sur les attentes que l'on devait formuler à l'égard de l'ensemble des institutions de prévoyance. »

Le **Conseil national** a confirmé sa volonté d'élargir le cercle des personnes soumises à la prévoyance professionnelle et continué de vouloir expressément intervenir sur le salaire assuré plutôt que sur les bonifications de vieillesse. La majorité de la commission avait souhaité abaisser le seuil d'entrée à 18 990 francs, mais fait un pas partiel en direction du Conseil des Etats sur la déduction de coordination, car elle revenait à une déduction fixe, réduite à 22 155 francs afin de compenser la baisse du taux de conversion. La Chambre du peuple n'a toutefois pas suivi ce modèle, mais opté pour la solution plus complexe défendue par Rudolf Rechsteiner (S, BS), plus coûteuse à terme mais aussi plus généreuse pour la couverture des revenus bas et modestes. Par 91 voix contre 71, elle a ainsi approuvé une variante qui fixe la déduction de coordination à 40 % du salaire annuel et maintient le niveau d'entrée à 25 320 francs. Ce modèle serait introduit d'une manière très graduelle par le gel des paramètres actuels de la loi (seuil d'entrée, déduction de coordination) jusqu'à ce que certaines conditions fixées dans l'art. 9 soient remplies. A terme, cette solution entraînerait un coût de 640 millions pour l'économie.

Le **Conseil des Etats** s'est considérablement rapproché du Conseil national sur la plupart des points. Alors que jusque-là il était intervenu sur les bonifications de vieillesse pour maintenir un certain niveau des rentes, la majorité de la commission préparatoire a invité la Chambre haute à renoncer à poursuivre dans cette direction et à rechercher un compromis dans la voie choisie par le Conseil national afin de ne pas pénaliser les travailleurs et travailleuses plus âgés. Elle a ainsi retenu le modèle de la majorité de la commission du Conseil national, modèle qui avait été écarté par la Chambre basse, soit un seuil d'entrée fixé à 18 990 francs et une déduction fixe de 22 155 francs. Une minorité de la commission, composée de Erika Forster-Vannini (R, SG), This Jenny (V, GL) et Maximilian Reimann (V, AG) proposait, pour des raisons de financement notamment, de s'en tenir au droit en vigueur. Par 25 voix contre 7, les sénateurs ont accepté le changement d'orientation proposé par la majorité de leur commission.

A l'article 23, qui règle le droit à des prestations d'invalidité pour des personnes qui sont déjà invalides et confrontées à une aggravation de l'invalidité, le Conseil des Etats a confirmé sa décision antérieure avec la voix prépondérante de son président en acceptant la proposition de Christiane Brunner (S, GE). Sur la question de l'égalité de traitement, en cas de liquidation partielle, entre les assurés qui restent dans l'ancienne institution et les assurés qui sont affectés à la nouvelle institution (art. 53c, al. 1), il a maintenu une divergence de forme plutôt que de fond. Sur le problème de la participation aux excédents réalisés par les assureurs vie dans le cadre du 2^e pilier, la Chambre haute ne s'est pas ralliée au Conseil national mais à la majorité de sa commission. Avec 15 voix contre 4, elle a attribué au gouvernement la compétence de fixer la clé de répartition de ces bénéfices et refusé de fixer explicitement dans la loi le pourcentage minimum de participation aux excédents qui doit être rétrocédé par les compagnies d'assurance (ch. 6, art. 6a, al. 4).

Les députés du **Conseil national** ont maintenu leur position sur la position des personnes atteintes d'une

incapacité de travail partielle avant d'être soumises à la prévoyance professionnelle. Soutenus par Pascal Couchepin, ils se sont en revanche ralliés au Conseil des Etats sur la participation aux excédents réalisés par les assureurs vie dans le cadre du 2^e pilier et ont suivi une forte minorité de la commission préparatoire défendue par Hans Werner Widrig (C, SG).

Le **Conseil des Etats** a repris du Conseil national la solution plus restrictive en ce qui concerne la prévoyance des personnes aptes à travailler à temps partiel. La prévoyance ne doit être améliorée que pour les invalides de naissance et les invalides précoces dont le taux d'invalidité est de 20 à 40 % au début de leur vie professionnelle. La Chambre haute a créé une nouvelle divergence, dans le domaine des prestations pour survivants, réglées par l'art. 20a. En l'absence des bénéficiaires habituels et des proches parents, les institutions de prévoyance doivent avoir le droit de continuer à verser aux autres héritiers légaux – grands-parents, neveux et nièces – les cotisations payées par l'assuré ou 50 % du capital de prévoyance. En ce qui concerne les cotisations payées par l'assuré, le Conseil fédéral avait limité le droit à 50 %.

La Conférence de conciliation a suivi le Conseil des Etats concernant l'art. 20a et les deux Conseils se sont ralliés à cette décision.

beantragt Ihnen deshalb, die Wahl von Frau Bruderer für gültig zu erklären.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le Bureau propose de valider l'élection de Mme Bruderer. Aucune autre proposition n'est faite. L'élection est donc validée. Nous passons à l'assermentation. Je prie Mme Bruderer de s'avancer au centre de l'hémicycle. Je prie les membres du Conseil et les visiteurs présents dans les tribunes de se lever.

Wallimann-Bornatico Mariangela, Generalsekretärin der Bundesversammlung, verliest die Gelübdeformel:

Wallimann-Bornatico Mariangela, secrétaire générale de l'Assemblée fédérale, donne lecture de la formule de la promesse:

Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen.

Bruderer Pascale (et des Gelübde der
Bruderer Pascale f.)

La présidente (Mme la Conseillère)
prend acte de votre
une cordiale bienvenue
parlementaire.
pour nous tous et
nous avons en voté
choc, c'est que je
(Applaudissements)

02.9002

Mitteilungen der Präsidentin Communications de la présidente

La présidente (Mme la Conseillère)
romps très brièvement

diplomatique une délégation du Parlement slovaque. Nos collègues appartiennent à la commission constitutionnelle du Conseil national slovaque. Ils sont reçus par plusieurs membres de la Commission des institutions politiques et de la Commission des affaires juridiques. Outre le président de la commission, M. Ladislav Orosz, je me plais à relever la présence de M. Ivan Gasparovic qui fut le premier président du Parlement de la Slovaquie indépendante. C'est lui qui posa, dès la fin de 1992, les premiers jalons de la coopération entre nos deux Parlements.

Je remercie vivement les parlementaires slovaques de l'intérêt qu'ils portent à notre nouvelle constitution et je leur souhaite un agréable séjour en Suisse. (Applaudissements)

00.027

BVG. 1. Revision LPP. 1ère révision

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBJ 2000 2637)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBJ)
Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Wir haben nicht nur die gesetzliche Pflicht, Armut im Alter und bei Invalidität wirksam zu bekämpfen, sondern wir haben auch die menschliche Pflicht, dies zu tun.

Nach der Revision des Ergänzungsleistungsgesetzes, nach der AHV- und der IV-Revision befassen wir uns nun mit der BVG-Revision. Es ist unvermeidlich, dass wir diese Revision

Pfeiler ist. In unserem grundsätzlich guten dreigliedrigen Altersvorsorgekonzept, das im In- wie im Ausland grosse Anerkennung findet, müssen wir aber auch Mängel sehen und erkennen. Für die unteren und – bei Pflegebedürftigkeit – auch für die mittleren Einkommensbereiche reichen 60 Prozent des Erwerbseinkommens nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes. 44 Prozent aller berufstätigen Frauen und 16 Prozent der Männer haben gar keine zweite Säule, weil sie zu wenig verdienen; die dritte Säule steht nicht allen offen, und die unteren und mittleren Einkommen können sie nicht nutzen. Also müssen wir doch mit gezielten Verbesserungen die Altersvorsorge bei kleinen und mittleren Einkommen stützen. Bei der AHV wollten wir vor kurzem möglichst wenig Ausbau, weil diese Volksversicherung auch Leistungen gewährt, wo sie gar nicht nötig sind. Also kommen wir hier bei dieser Revision nicht darum herum, dies nachzuholen, weil Ergänzungsleistungen zwar wichtig, aber nur eine Ergänzung zum Existenzminimum sind und nie für die zweite Säule als Sozialversicherungswerk stehen.

Der Bundesrat will mit der vorliegenden Revision eine Anpassung an die AHV vornehmen in Bezug auf das Rentenalter der Frauen, die Flexibilisierung, die Einführung der Witwerrente und die Konsolidierung dieses Sozialwerkes durch Senkung des Umwandlungssatzes. Zur Abfederung dieser Konsequenzen erhöht er die Altersgutschriften und

macht dabei die über 45-Jährigen, also gerade jene mit den grössten Familienlasten, zu den teuersten Kräften auf dem Arbeitsmarkt. Das ist kein richtiger Weg.

Der Bundesrat wollte in der AHV-Revision eine Reduzierung, ja sogar eine Streichung der Witwenrente, ausser für jene Personen, die Kinder unter 18 Jahren zu betreuen haben. Er gab vor, dass die Frauen ja mehrheitlich berufstätig bleiben oder nach der Familienphase wieder in den Beruf einsteigen. In der BVG-Revision schuf der Bundesrat aber für sie nicht die Möglichkeit, kleinere Einkommen und Einkommen aus Teilzeitsjobs zu versichern. Das ist weder konsequent noch fair. Deshalb hat die zuständige Kommission in der ersten Revision zusätzlich auch gravierende Mängel beheben und stossende Lücken schliessen wollen.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen eine Ausweitung des Versicherungsobligatoriums auf kleinere Einkommen und Einkommen aus Teilzeitsjobs ab 12 360 Franken; sie stärkt die Leistungen für die kleinen und mittleren Einkommen durch einen proportionalen Koordinationsabzug von 40 Prozent des AHV-Lohnes und macht so eine unakzeptable Erhöhung der Altersgutschriften unnötig; sie erhöht die Transparenz und Information bei den Versicherungsverhältnissen; sie stellt die paritätische Mitwirkung sicher und erleichtert die Auflösung von Kollektivversicherungsverträgen; zur Anpassung an die Längerlebigkeit senkt sie den Umwandlungssatz von 7,2 auf 6,8 Prozent innert 15 Jahren – für diesen Entscheid waren intensive Abklärungen nötig. Da das BVG nur Minimalvorschriften festhält, verzichtet die Kommission auf die vorgeschlagene Beschränkung einer Obergrenze des Einkaufes und des versicherbaren Verdienstes, macht aber konkrete Vorstösse zur effektiven Missbrauchsbekämpfung in jedem Einkommensbereich.

Damit werden mit der BVG-Revision viele Ziele erreicht: Rund 300 000 Personen werden neu versichert. Fast die Hälfte aller Frauen und ein Drittel der Männer werden besser versichert. Bei den höheren Einkommen beschränkt sich die Verbesserung auf die Funktion als flankierende Massnahme zur Ausgleichung der Senkung des Umwandlungssatzes und macht damit eine Erhöhung der Altersgutschriften überflüssig. Die Transparenz wird gesetzlich geregelt, um den Versicherten wie auch den Arbeitgebern, die den Sammelstiftungen von Versicherungsgesellschaften angeschlossen sind, dieselben Informationen über die Vorsorgeeinrichtung in Bezug auf die vorhandenen Reserven, die Renditen, die Berechnung der Überschussanteile und Administrativkosten zu verschaffen – wie es die autonomen Pensionskassen ihren Beitragszahlenden auch bieten.

Diese Lösung führt dazu, dass die goldenen Fesseln bei der Auflösung von Kollektivversicherungsverträgen gelöst werden; es dürfen keine Abzüge vom Deckungskapital gemacht werden, wenn der Kollektivversicherungsvertrag bereits die vereinbarte Mindestdauer erreicht hat und darüber hinaus nicht verlängert wird. Der paritätische Aufbau wird gestärkt, indem er bis zur obersten Ebene weitergeführt wird. Die Mitglieder des paritätischen Organs sollen ausserdem für ihre Tätigkeit in einer Grundausbildung und in Weiterbildungen geschult werden.

Dieses Gesamtpaket der Kommission, das parteipolitisch von SP- bis SVP-Vertretern breit abgestützt ist, hat viele Reaktionen ausgelöst. Von den einen wird es als genial oder fast als das Ei des Kolumbus bezeichnet, andere drohten bereits vor der Debatte mit einem Referendum, da die Ausweitung des Obligatoriums zu teuer sei und eine langsamere Senkung des Umwandlungssatzes der Längerlebigkeit der Menschen nicht genügend Rechnung trage.

Einzig die gesetzliche Forderung nach Transparenz scheint so selbstverständlich, dass sich nicht einmal mehr die Betroffenen trauen, offen dagegen anzutreten. Minderheiten der Kommission lehnen denn auch eine Ausweitung des Obligatoriums ab – die Minderheit II (Triponez) – oder machen Vorschläge mit einer weniger tiefen Eintrittsschwelle – die Minderheit I (Meyer Thérèse) –, wobei klar gesagt werden muss, dass von allen Minderheiten nur die Minderheit III (Suter) – auch mit 18 540 Franken – das Konzept der Mehrheit übernimmt, die kleinen und mittleren Einkommen zu stärken,

und damit die Erhöhung der Altersgutschriften überflüssig macht. Bei tiefer Schwelle ist es leichter, eine Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern zu versichern. Obwohl dies mit Artikel 46 BVG ja heute bereits möglich ist, wird es nicht genutzt.

Bewusst wurde auf eine proportionale Herabsetzung nach Beschäftigungsgrad verzichtet. Nicht nur die Frage, was denn 100 Prozent einer Beschäftigung seien, ist schwierig zu beantworten, es ergäben sich auch grosse Ungerechtigkeiten: So hätte eine Frau mit einem Lohn von 36 000 Franken später eine viel kleinere Rente als eine mit einem Teilzeitsjob, die gleich viel verdient.

Streitpunkt ist auch die Höhe des Umwandlungssatzes. Die Altersvorsorge wird durch die demographische Entwicklung herausgefordert. Aber in der AHV muss nicht nur die Längerlebigkeit, sondern auch die Zunahme des Altersquotienten bewältigt werden, in der beruflichen Vorsorge «nur» die Steigerung der Lebenserwartung, und die ist kein überraschendes Phänomen. Diese Entwicklung war immer klar. Wer verantwortungsbewusst gearbeitet hat, hat aufgrund der demographischen Entwicklung jedes Jahr mindestens 0,5 Prozent beiseite gelegt.

Deshalb wurde auf eine Herabsetzung auf Vorrat verzichtet, im Bewusstsein, dass ein tieferer Umwandlungssatz eine entsprechende Rentensenkung bringt. Die Festsetzung des Mindestzinssatzes wird von der Revision nicht berührt. In Artikel 15 Absatz 2 hat der Bundesrat nach wie vor die Kompetenz zur Anpassung je nach Anlagemöglichkeiten.

Noch ein Wort zu den Kosten dieser Revision: Die Verbesserung dieser Revision, wie sie die Kommission vorsieht, kostet 1,485 Milliarden Franken. Bei Einbezug der bereits heute bestehenden überobligatorischen Vorsorge – es sind mehr als 37 Prozent aller Vorsorgeeinrichtungen, die überhaupt keinen Koordinationsabzug haben – bleiben noch Mehrkosten von 865 Millionen Franken, die paritätisch geteilt werden. Es wird immer wieder angeführt, diese Revision koste 2,4 Milliarden Franken. Das ist falsch. Allein 400 Millionen Franken werden dem Modell angelastet, weil es durch erhöhte Abgaben Steuerausfälle bringe. Dann müsste eigentlich logischerweise auch ein ebensolcher Gewinn vorausgesehen werden, da ja die höheren Renten später wieder versteuert werden. Für unsere Berechnungen wurden die individuellen Konten der AHV-Einkommen der Erwerbstätigen ausgewertet. Sie berücksichtigen die Einkommens- und die Altersstruktur. Die Zahlen sind umfassend und zuverlässig.

Ein Wort des Dankes: Ich möchte den Mitgliedern der Subkommission für die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit über Ideologien und Parteien hinweg ganz herzlich danken. Noch vor wenigen Jahren wäre es kaum denkbar gewesen, dass Linke die zweite Säule ausbauen wollen und dass sich Rechte für die Ausweitung des Obligatoriums stark machen. Es wäre kaum denkbar gewesen, dass die Linke bereit ist, Einkaufsbeschränkungen für hohe Einkommen zu lockern, und dass die Rechte bereit ist, einen Teil der Wirtschaft zur paritätischen Mitwirkung und Transparenz zu zwingen. Gerade in einer Zeit, da sich Linke und Rechte häufig gegenseitig blockieren, tat es gut, dass eine Gruppe «Angefressener» echte Lösungen für die Mehrheit der Bevölkerung finden wollte. Es war für mich keine Selbstverständlichkeit, dass sie sogar im Tessin mit so viel Einsatz ans Werk gingen, während die anderen Kolleginnen und Kollegen die kulturelle und kulinarische Vielfalt genossen.

Ich danke auch den Mitgliedern der Verwaltung, insbesondere Jürg Brechbühl und Anton Streit vom Bundesamt für Sozialversicherung, für die unermüdete Bereitschaft, unsere Korrekturwünsche zu erfüllen. Ich danke den Experten, die uns mit wertvollen Ratschlägen und Berichten begleitet haben: Hermann Walser vom Schweizerischen Pensionskassenverband (Asip), Jacques-André Schneider, Mitglied der BVG-Kommission, Arnold Schneider vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) und auch dem Pensionskassenexperten Martin Wechsler. Ich danke auch dem ausgezeichneten Sekretär der SGK, Urs Hänsenberger, für die enorme Arbeit, die er für uns geleistet hat.

Wir sollten bei der 1. BVG-Revision den Mut haben, notwendige Korrekturen und grundlegende Verbesserungen vorzunehmen. Ich bitte Sie, auf die Revision einzutreten und den Anträgen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Par son message du 1er mars 2000, le Conseil fédéral a soumis au Parlement un projet de modification de la loi sur la prévoyance professionnelle (LPP), qui constitue la première révision de cette loi entrée en vigueur en 1985. Cela n'empêche toutefois pas que, dans la dernière décennie, la LPP ait déjà subi des modifications partielles concernant, entre autres, le libre passage intégral, l'accès à la propriété, la couverture des risques d'invalidité et de décès pour les personnes au chômage. La situation économique, devenue entre-temps difficile – pensons à la crise des années nonante –, a non seulement retardé la révision de la LPP, qui était prévue initialement pour la première moitié des années nonante, mais en a aussi influencé le contenu et la portée. Le Conseil fédéral a en effet opté pour la consolidation du deuxième pilier plutôt que pour son développement, soutenu en cela par le résultat de la consultation qui révélait la présence d'avis opposés concernant l'étendue de la révision. Il s'est donc limité à la mise en parallèle du deuxième pilier et de l'AVS – pour tenir compte des objectifs de la 11e révision de l'AVS –, à l'adaptation du système de prévoyance professionnelle à l'accroissement de la longévité et, enfin, à des adaptations ponctuelles sur lesquelles on relevait une adhésion presque unanime.

L'objectif de simple consolidation a impliqué que soient renvoyés des points cruciaux qui avaient été soulevés mais qui auraient exigé un remaniement plus vaste de la loi, avec des retombées financières plus étendues. Parmi ceux-ci figure l'assujettissement au deuxième pilier des personnes à bas salaires et de celles qui travaillent à temps partiel.

De même que le Conseil fédéral, la commission est convaincue que le deuxième pilier nécessite une révision. L'expérience de son fonctionnement accumulée jusqu'à aujourd'hui, l'évolution intervenue entre-temps dans les autres branches de la sécurité sociale – en particulier la 11e révision de l'AVS –, les tendances qui se sont consolidées dans le contexte social et du marché du travail, et enfin les perspectives démographiques, confirment l'opportunité d'une révision législative.

La commission est donc entrée en matière, à l'unanimité moins 1 abstention.

Si, sur l'opportunité d'une révision, la commission est complètement en harmonie avec le Conseil fédéral, il en va bien autrement en ce qui concerne la portée de cette révision. Pour la très large majorité de la commission, l'objectif de consolidation n'est pas suffisant. Il est au contraire indispensable de s'approcher ultérieurement de l'objectif que la constitution assigne au système des trois piliers et de s'intégrer pleinement à la révision du premier pilier: le passage, dans l'AVS, à un système de retraite flexible permettra de prendre une retraite anticipée seulement dans la mesure où, à côté du premier pilier, on pourra bénéficier de prestations adéquates de prévoyance professionnelle. Par analogie et par cohérence avec la 11e révision de l'AVS, qui prévoit des améliorations pour les bas revenus, il paraît donc indispensable d'améliorer parallèlement le deuxième pilier.

Il est aussi indispensable d'adapter la prévoyance professionnelle à l'évolution et aux caractéristiques du marché du travail. Etant profondément axé sur l'exercice de l'activité professionnelle, le deuxième pilier perd en efficacité et en crédibilité s'il ne suit et ne reflète pas l'évolution du monde du travail. Parmi les aspects qui ont acquis un poids décisif pendant ces dernières décennies au niveau du marché du travail et du tissu social, on peut rappeler d'abord la participation accrue des femmes au marché du travail – rappelons que leur taux d'activité a augmenté de 4 pour cent en moins de dix ans –, la hausse constante du travail à temps partiel et la pratique de cette forme de travail surtout par les femmes. De 1980 à nos jours, le taux du travail à temps partiel a

pratiquement doublé, passant de 15 pour cent à plus de 30 pour cent, ce qui implique plus de 1 million de travailleuses et de travailleurs. On peut rappeler ensuite la flexibilisation du marché du travail, avec l'augmentation d'autres formes de travail atypiques – pensons au travail intérimaire, au travail à durée déterminée, au travail sur appel, etc. –, et enfin, la consolidation de la présence de travailleurs et de groupes ayant des bas salaires. Les «travailleurs pauvres» en sont l'expression la plus emblématique. N'oublions pas, tout de même, qu'un quart des hommes et trois cinquièmes des femmes ont un revenu inférieur à 40 000 francs par année, si on se réfère aux statistiques AVS.

Il faut aussi prendre en considération les changements intervenus au niveau social. Je citerai en particulier deux aspects: en premier lieu, la fragilisation des liens matrimoniaux, qui tend à produire des situations de précarité et même de pauvreté risquant de se perpétuer en l'absence d'instruments adéquats de protection et de sécurité sociale; en deuxième lieu, la marche vers une parité accrue entre hommes et femmes, qui exige aussi qu'en ce qui concerne l'accès aux assurances sociales, il n'y ait pas de barrière qui désavantage un sexe. Il est juste de souligner qu'aujourd'hui, une femme sur trois seulement est assurée au deuxième pilier.

La commission a donc opté pour une révision qui prenne en considération les transformations intervenues dans la réalité sociale et économique et qui puisse rester plus cohérente avec la finalité même du deuxième pilier. Elle est donc allée au-delà de l'adaptation à l'évolution démographique, qui constitue au contraire le noyau central du message du Conseil fédéral, pour viser l'amélioration même du système de prévoyance professionnelle. Cette orientation est partagée par la presque totalité de la commission. Des différences subsistent par contre au sujet du degré d'élargissement souhaité et au sujet du modèle à adopter.

Le choix le plus crucial de la commission a justement été de prévoir:

1. une plus vaste intégration dans le deuxième pilier des personnes travaillant à temps partiel;
2. une meilleure intégration de ceux et celles qui ont des bas salaires;
3. une couverture plus étendue pour les personnes à revenus modestes;
4. la compensation de la réduction du taux de conversion suite à l'allongement de l'espérance de vie.

La solution élaborée par la commission permet de réduire de moitié le nombre des personnes qui sont aujourd'hui exclues du deuxième pilier suite à la perception d'un salaire inférieur au seuil d'entrée actuel, qui est de 24 720 francs. On passerait de 34 pour cent de femmes et de 16 pour cent d'hommes actuellement exclus à 17 et 8 pour cent respectivement. En chiffre absolu, cela correspond à un élargissement du cercle des assurés d'à peu près 300 000 personnes.

La solution élaborée par la commission permet aussi d'améliorer la position dans la prévoyance professionnelle d'à peu près 40 pour cent des assurés. C'est une amélioration surtout tangible pour les assurés ayant jusqu'à 45 000 ou 50 000 francs de salaire annuel. Cette solution permet aussi de faire en sorte que la baisse du taux de conversion soit compensée presque pour tout le monde par une hausse correspondante du salaire assuré, de façon à éviter une réduction des prestations de la prévoyance professionnelle. La commission a en effet élaboré un modèle qui permet de donner une réponse non seulement au problème de l'augmentation de la longévité, mais aussi simultanément, par le même mécanisme, à l'exigence d'élargir le deuxième pilier aux travailleurs à temps partiel et à bas salaires.

Ce modèle repose sur les éléments suivants: tout d'abord, un seuil d'entrée réduit de moitié, soit 12 360 francs au lieu de 24 720 francs, ce qui correspond d'ailleurs à la rente minimale AVS; ensuite, une déduction de coordination variable – 40 pour cent du salaire –, et non plus fixe comme aujourd'hui, avec un montant minimum et un montant maximum. Ce modèle tourne donc autour de la hausse du salaire

assuré comme mécanisme tant d'amélioration de la prévoyance pour les travailleurs à temps partiel et ceux qui ont des bas salaires, que de compensation de la longévité.

Le projet du Conseil fédéral, sur lequel s'insère une partie des propositions de minorité, prévoit au contraire l'augmentation des bonifications de vieillesse, c'est-à-dire du taux de retenue sur le salaire, ce qui risque visiblement de renforcer les distorsions et les pénalisations qui frappent aujourd'hui les travailleurs les plus âgés.

L'un des thèmes les plus significatifs du projet de révision du Conseil fédéral est celui qui concerne l'adaptation du deuxième pilier à l'allongement de l'espérance de vie. A ce sujet, la commission partage l'exigence d'adapter le taux de conversion à l'évolution de l'espérance de vie, mais elle évalue de manière différente la dimension de cette modification et juge opportune une période de transition allant au-delà du calcul technique.

Le Conseil fédéral n'a pu se baser que sur les données des caisses autonomes de 1990 et sur les scénarios de l'Office fédéral de la statistique de 1995. La commission a eu, au contraire, l'avantage de disposer des scénarios de l'OFS de 2000 ainsi que des données les plus récentes concernant la Caisse fédérale d'assurances et la Caisse de pensions de la ville de Zurich. On peut relever, sur la base de ces dernières données, un certain ralentissement de la progression, mais il y a tout de même une progression, de l'espérance de vie. Les calculs basés sur ces dernières données conduisent à définir un taux de conversion de 6,8 pour cent au lieu de 6,65 pour cent, comme le prévoit le message.

La majorité de la commission, estimant d'ailleurs qu'il est nécessaire d'assouplir l'impact de cette réduction sur les rentes des assurés les plus âgés, donc plus proches de la retraite, propose de retarder de cinq ans le passage au nouveau taux et d'y arriver en 2018 au lieu de 2013, qui serait le délai du point de vue technique.

S'agissant d'un aspect décisif qui définit le niveau des rentes et donc les obligations des institutions de prévoyance, ce thème a soulevé pas mal de réactions et même d'oppositions. A ce sujet et vis-à-vis de ceux qui préfèrent encore un taux de conversion de 6,65 pour cent, il faut remarquer qu'on est en présence de deux systèmes de calcul différents. Le système toujours utilisé par le Conseil fédéral et par la commission est basé sur la table de mortalité par périodes, l'autre système est au contraire basé sur les tables de génération. Aucune considération ne justifie aujourd'hui un changement de système de calcul. Pour la commission, il est donc justifié de passer à un taux de conversion de 6,8 pour cent.

La question de la transparence. Le débat concernant le taux de conversion n'a pas manqué de déboucher sur le thème de la transparence. La baisse du taux de conversion est en effet justifiée du point de vue démographique, mais elle est au contraire plus controversée si on se réfère à des considérations d'ordre économique. On peut en effet se demander si le rendement sur le long terme des capitaux de la prévoyance professionnelle ne permet pas de compenser le besoin accru de ressources découlant de l'allongement de l'espérance de vie, sans nécessairement baisser le taux de conversion. Or, on constate à ce sujet une énorme opacité, surtout à l'intérieur des institutions collectives, celles qui sont gérées par les compagnies d'assurance ou les banques.

Il y a trop de questions qui restent sans réponse, des questions concernant les bénéfices découlant de la gestion des capitaux, la détermination de la participation aux excédents, la fixation des coûts administratifs. S'agissant de ressources à finalité sociale, il ne paraît pas acceptable que ni les assurés ni les employeurs ne puissent obtenir une vision plus précise de tout ce qui concerne la gestion des ressources alimentées par leurs contributions et destinées d'ailleurs aux assurés mêmes. C'est pourquoi la commission juge indispensable de renforcer la transparence de la prévoyance professionnelle.

Au-delà des questions clés énoncées jusqu'ici, sur lesquelles elle s'est éloignée du message, la commission a accepté

la plupart des autres solutions formulées par le Conseil fédéral. On peut en particulier citer les solutions suivantes: la rente de veuve, le quart de rente en cas d'invalidité, le renforcement des dispositions concernant l'adaptation au renchérissement, l'information des assurés, l'âge de la retraite identique à celui de l'AVS.

La commission a toutefois aussi abordé d'autres aspects. Les sujets pour lesquels une nouvelle formulation est proposée sont notamment les suivants: extension du droit et meilleure protection des bénéficiaires de prestations d'invalidité, amélioration de la position des assurés en cas de dissolution d'un contrat entre une institution de prévoyance et une compagnie d'assurance, dispositions concernant les organes de contrôle.

En ce qui concerne les mesures de nature fiscale, une mention à part doit être réservée au choix de la commission sur deux adaptations de la LPP ayant une implication fiscale. Il s'agit du plafonnement du gain assurable et de la limitation des possibilités de rachat dans la prévoyance professionnelle surobligatoire. La commission a examiné cette question à la lumière, d'un côté, de l'opportunité de ne pas introduire une opposition entre bas revenus, que cette révision favorise, et hauts revenus, qui verraient leur situation péjorée, et, de l'autre côté, de la nécessité de lutter tout de même contre l'utilisation abusive du deuxième pilier, et cela aussi à la lumière des événements les plus récents. La commission est essentiellement d'avis qu'on ne doit pas limiter en principe la possibilité, pour les hauts revenus, de se constituer une prévoyance professionnelle, mais qu'on doit tout de même lutter contre les abus, par la législation fiscale plutôt que par la loi sur la prévoyance professionnelle. Il reste toutefois des questions ouvertes qui méritent un approfondissement ultérieur. La commission a ouvert la voie à cet approfondissement et à des mesures concrètes par l'adoption de trois postulats allant dans ce sens (02.3181, 02.3182, 02.3183).

Tenant compte des solutions déjà aujourd'hui plus favorables par rapport au minimum LPP ainsi que de l'abolition des mesures spéciales, le modèle de la commission entraîne un coût effectif de 865 millions de francs. C'est une somme qui ira à la charge des assurés et des employeurs qui, aujourd'hui, versent à la prévoyance professionnelle respectivement 9 et 15 milliards de francs par année. La charge totale augmenterait donc, en ce qui concerne la prévoyance professionnelle, à peu près de 3,6 pour cent. Il ne s'agit évidemment pas d'une modification insignifiante, ni non plus d'une hausse insupportable, surtout à la lumière des avantages que cela entraînerait.

Cette première révision tombe grosso modo vingt ans après l'entrée en vigueur de la LPP. Il est temps que les faiblesses montrées par ce régime, faiblesses qui se sont fortement aggravées du fait de la rapide transformation du monde du travail, puissent être corrigées. Il ne faut d'ailleurs pas oublier que toute correction, à la différence de ce qui se produit pour le premier pilier, déploie ses effets seulement à longue échéance et se montre totalement efficace après une période complète de contribution de quarante ans. C'est pourquoi la commission est convaincue que tout retard dans l'adaptation et l'amélioration du système finirait par réduire progressivement son efficacité, l'empêchant de répondre à la finalité que la constitution et notre sécurité sociale lui assignent.

La commission vous invite donc à entrer en matière et à soutenir ses propositions ou celles de sa majorité.

En conclusion, permettez-moi d'adresser les remerciements qui s'imposent à l'administration et au secrétariat de la commission, qui ont fait un travail remarquable et de très haute qualité, assistant la commission tout au long de son travail.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Bei dieser 1. BVG-Revision darf man sich trotz all den verdankenswerten Anstrengungen der Kommission die Frage stellen, ob die vorgesehene punktuelle Reform wirklich die beste Lösung des Problems ist. Wir werden in dieser Sondersession – nach einem bestimmt sehr harten Ringen und politischen Seilzie-

hen – Mängel der beruflichen Vorsorge mildern, jedoch nicht mit Mut einen grundlegenden Umbau anstreben, wie es doch eigentlich erwünscht wäre.

Über die Möglichkeit der Einführung eines Wettbewerbsmodells, bei dem die Vorsorgeeinrichtungen verselbstständigt würden und jeder Arbeitnehmer die Vorsorgeeinrichtung aufgrund seiner Präferenzen und unabhängig vom Arbeitsverhältnis frei wählen und nach Bedarf auch wechseln könnte – selbstverständlich mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und mit einer staatlichen Kontrolle versehen –, wurde nicht à fond diskutiert. Es ist deshalb auch müssig, dies hier und heute zu tun.

Es ist unbestritten, dass Mängel am heutigen System eine Revision nötig machen. Das System des Kapitaldeckungsverfahrens bringt es mit sich, dass die Finanzierungsprobleme nicht einfach auf die kommenden Generationen abgewälzt werden können. Den immer älter werdenden Menschen wird dabei aber schmerzlich bewusst, dass die berufliche Vorsorge zur Sicherung der gewohnten Lebenshaltung nicht im gleichen Masse wie bisher weitergeführt werden kann und dass mit Abstrichen gerechnet werden muss. Es ist nicht leicht, kundzutun, dass aufgrund der höheren Lebenserwartung, die an sich ja sehr begrüssenswert ist, die Senkung des Umwandlungssatzes nicht hinausgezögert werden kann.

Damit verbunden sind entweder Beitragserhöhungen oder Renten Kürzungen. Dies sind lauter unangenehme Tatsachen, die kommuniziert werden müssen. Die Konsolidierung ist notwendig. Die Liberalen haben einen gangbaren Weg gewählt, der nicht eine Seite bevorzugt, sondern ausgeglichen ist, alle berücksichtigt und den finanziellen Rahmen nicht sprengt. Das heisst, die vorgeschlagenen Anpassungen dürfen keine massiven Mehrkosten verursachen, die in erster Linie die ohnehin schon geplagten kleinen und mittleren Betriebe mit höheren Beiträgen und Lohnkosten belasten würden. Weiter dürfen sich die Anpassungen nicht hemmend auf die positive Entwicklung von Teilzeitmodellen auswirken, weil sich sonst viele Betriebe den Ausbau eines entsprechenden Angebotes nicht mehr leisten könnten. Von solchen Konsequenzen wären besonders die Frauen betroffen. Die Anpassungen dürfen den Bedürfnissen der jugendlichen Arbeitnehmenden, die in der Regel lieber Geld in der Hand haben als Beiträge leisten, nicht entgegenlaufen. Es ist zudem nicht sehr sinnvoll, tiefe Einkommen mit Lohnabzügen zu belasten, wenn die zu erwartenden Renten minimal sind. Die Anpassungen dürfen nicht Familien und Familienväter belasten, die bei der Bewältigung der Alltagskosten und hinsichtlich der Erziehung und Ausbildung der Kinder auf jeden Rappen angewiesen sind. Die Anpassungen dürfen auch keine Überversicherung entstehen lassen und dazu führen, dass weniger Ergänzungsleistungen in Anspruch genommen werden. Im Interesse der Versicherten dürfen die Anpassungen keinen weiteren Anstieg beim administrativen Aufwand mit sich bringen. Der Aufwand ist schon gross genug. Diese Feststellung darf mit einiger Kritik geäussert werden.

Aus diesen Gründen wehrt sich die Mehrheit der Liberalen gegen eine Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle. Weiter stimmen wir dem Umwandlungssatz von 6,65 Prozent zu und sind der festen Überzeugung, dass dieser baldmöglichst umzusetzen ist. Es sind Datengrundlagen aus dem Jahr 1980, die zur Festlegung des Umwandlungssatzes von 7,2 Prozent geführt haben. Aber seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1985 hat sich die Lebenserwartung erhöht. Das würde schon heute einen Umwandlungssatz von 6,65 Prozent rechtfertigen. Die Lebenserwartung wird weiter steigen, und dies ist nicht einfach Unvorhersehbares vorausgesagt, sondern entspricht, letztlich zu unserem eigenen Glück, den Tatsachen.

Bei den Vorsorgeeinrichtungen dürfen keine Deckungslücken entstehen, denn die daraus entstehenden Konsequenzen wären fatal. Mit der Revision muss mehr Transparenz geschaffen werden. Einige Artikel kommen diesem berechtigten Anliegen durchaus entgegen. Transparenz schaffen heisst, gleichzeitig bessere Kontrollmöglichkeiten und eine

einfachere Handhabung zu schaffen; aber dadurch dürfen die ohnehin schon hohen Verwaltungskosten nicht hinaufgetrieben werden. Auch hier muss ein guter Mittelweg gefunden werden. Dass die Reserven den Versicherten zustehen, ist klar. Denn durch die Reserven werden die Härten bei den Renteneinbussen aufgefangen, die durch die Reduktion des Umwandlungssatzes bei der Übergangsgeneration entstehen werden. Schon deshalb ist Transparenz von grösster Bedeutung.

Ich möchte noch zwei Sätze, die aus einem «NZZ»-Artikel mit dem Titel «Gleiche Rente – trotz längerem Leben?» stammen, zitieren: «Sie (die Revision des BVG) will indes die Quadratur des Kreises, indem trotz Herabsetzung des Rentensatzes weiterhin gleich hohe Renten ausbezahlt werden sollen. Darüber hinaus soll nach dem Willen der Nationalratskommission künftig Kleinstverdienern und Teilzeitangestellten der Eintritt in die zweite Säule ermöglicht werden.» Dass dies, wie man es auch immer dreht und wendet, nicht anders möglich sein wird, als dass irgendwer, letztlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Preis dafür zahlt, leuchtet ein.

In dieser Sondersession wird sich weisen, ob die Quadratur des Kreises angestrebt wird – was wie angekündigt sofort mit einem Referendum beantwortet würde – oder ob wir den machbaren, realistischen, allen heutigen Umständen Rechnung tragenden Weg einschlagen.

Die liberale Fraktion ist für Letzteres und bittet Sie, in diesem Sinne auf die Gesetzesvorlage einzutreten.

Studer Heiner (E, AG): Unsere Fraktion ist einhellig für Eintreten auf diese Vorlage. Es ist klar, dass der Kampf vorprogrammiert ist, wenn es um Sozialversicherungsvorlagen geht. Wir sind auch der Überzeugung, dass wir drei spannende Tage miteinander verbringen werden, und hoffen wie alle anderen auch, dass es fruchtbare Tage sein werden. Ob wir dann alle auch in dem Sinne zufrieden sein werden, dass wir etwas hervorgebracht haben, das Hand und Fuss hat, ist eine andere Frage.

Als Fraktion, die in der zuständigen Kommission nicht vertreten ist, sind wir – und das ist vor allem die Sicht der EVP-Vertretung in unserer Fraktion – von der Leistung der Subkommission beeindruckt, eine Leistung, welche auch von der Gesamtkommission mitgetragen wird, nämlich: den Versuch erfolgreich zu unternehmen, bei dieser so divergierenden Interessenlage ein Konzept zu unterbreiten, das zu grossen Teilen mitgetragen werden kann.

Und – ich gestatte mir das als Aargauer Einschub – ich bin sehr beeindruckt von meiner Kantonskollegin Christine Egerszegi. Ich bin nicht überrascht, aber beeindruckt, denn wir haben im Kanton oftmals in sozialpolitischen Fragen entweder mit- oder gegeneinander gefochten. Aber bei den Fragen, die hier im Zentrum stehen – die Möglichkeiten, die Situation auch der erwerbstätigen Frauen zu verbessern, der teilweise erwerbstätigen –, darf ich sagen, waren wir immer auf der gleichen Linie.

Wir sind also der Meinung, dass die Eintrittsschwelle gesenkt werden muss. Wir sind der Meinung, dass der Koordinationsabzug gekürzt werden muss. Wir sind auch der Meinung, dass das, was die Kommission betreffend den Umwandlungssatz vorschlägt, sinnvoll ist. Wir sind aber in einem zentralen Punkt nicht der gleichen Meinung wie die Kommission, das ist der Verzicht auf die Obergrenze. Hier sind wir klar der Überzeugung, dass der bundesrätliche Antrag richtig ist. Wir werden – wie das durch einen aus unseren Reihen eingereichten Antrag bezeugt wird – dafür kämpfen, dass eine Obergrenze eingeführt wird. Einzelheiten dazu können wir dann vorbringen, wenn dieser Punkt zur Beratung kommt.

Alles in allem: Wir haben eine zuerst vom Bundesrat und dann von der Kommission gut vorbereitete Vorlage, auf die es sich einzutreten lohnt, und wir freuen uns auf den rhetorischen Kampf zugunsten der Menschen in diesem Lande.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass auf diese erste BVG-Revision eingetreten

werden muss, dass sie notwendig ist. Dies nicht nur aufgrund der Altersentwicklung der Bevölkerung – aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der daraus resultierenden finanziellen Engpässe bei der zweiten Säule –, sondern auch, weil wir – mehrheitlich – den Einbezug tieferer Einkommen in das BVG als notwendig und wünschenswert erachten, allerdings nicht in dem Masse, wie es die Kommissionsmehrheit beschlossen hat.

Die komplexen Zusammenhänge und die vielschichtigen Konsequenzen, die sich bei der Veränderung auch nur einer der Rahmenbedingungen der zweiten Säule ergeben, haben die Mehrheit bewogen, dem Systemwechsel zum proportional koordinierten Abzug von 40 Prozent des AHV-Lohns zuzustimmen. Dass mit diesem Schritt auf die Erhöhung der Altersgutschriften verzichtet werden kann, erachten wir als Vorteil. Denn die bundesrätliche Vorlage führte mit der Erhöhung der Ansätze bei den Altersgutschriften von 15 auf 18 Prozent klar zu einer Benachteiligung der Arbeitnehmer zwischen 45 und 54 Jahren.

Darüber, dass der Umwandlungssatz gesenkt werden muss, ist man sich weitestgehend einig. Weniger einig ist man sich über die Höhe und darüber, in welchem zeitlichen Rahmen dies zu erfolgen hat. Die FDP-Fraktion unterstützt – mehrheitlich – den Umwandlungssatz, wie ihn die Kommissionsmehrheit beschlossen hat, aber innerhalb einer Frist von 10 Jahren. Gerade bei den grossen Differenzen, die sich im Rahmen der Kommissionsberatungen zwischen Lebensversicherern, die Sammelstiftungen vertreten, und autonomen Vorsorgeeinrichtungen gezeigt haben, ist dieser Entscheid unserer Meinung nach zu verantworten. Eine Fraktionsminderheit unterstützt den Antrag des Bundesrates.

Im Rahmen ihrer familienpolitischen Zielsetzungen hat sich die FDP intensiv mit den Fragen der Teilzeitarbeit, der kleineren Pensen und den damit verbundenen tieferen Einkommen beschäftigt. Bekanntlich sind mehrheitlich die Frauen teilszeitlich erwerbstätig, wobei der Trend zu flexiblen Beschäftigungsgraden generell zunimmt. Nicht einverstanden ist die Mehrheit der FDP-Fraktion mit der Halbierung der Einkommensgrenze bzw. der Senkung der Eintrittsschwelle von 24 720 auf 12 360 Franken. Wir werden in der Detailberatung noch darauf zurückkommen. Der Antrag Suter trägt den Bedürfnissen einer grossen Zahl von Teilzeitbeschäftigten nach einer Versicherungsmöglichkeit genügend Rechnung. Am Rande erwähnen möchte ich doch den Zusammenhang mit der AHV-Revision. Wir können nicht auf der einen Seite die Witwenrente schrittweise anpassen und auf der anderen Seite verhindern, dass sich auch Frauen mit Teilzeitpensen für eine zweite Säule versichern können. Zur Selbstverantwortung bei der Vorsorge gehört auch diese Seite – dies an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen, welche die Eintrittsschwelle weiterhin bei 24 720 Franken belassen wollen. Bei der Frage der Höhe der Zusatzkosten sind auch mögliche Einsparungen bei Fürsorgeabhängigkeit trotz AHV und Ergänzungsleistungen, trotz Erziehungs- und Betreuungsgutschriften mit einzubeziehen, wenn eine zweite Säule aufgebaut werden kann.

Sicher: Die Kosten aus dieser BVG-Revision sind hoch. Oder wie sich Frau Bundesrätin Dreifuss in der Kommission ausdrückte: Die Revision ist logisch, kohärent, aber «vachement chère». Die Lösung der dringenden Probleme überzeugt viele Kreise. Eine Quadratur des Kreises gibt es nicht. Wir können nicht den Umwandlungssatz an die höhere Lebenserwartung anpassen ohne Reduktion der Renten. Wir können nicht die Eintrittsschwelle halbieren, das System ändern, ohne dass es etwas kostet. Die Mehrheit unserer Fraktion ist aber der Meinung, dass Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in diesen Bereich eingesetzt werden müssen.

Beim Abwägen der Nachteile sind jedoch bei einer grossen Zahl zukünftiger Rentner die Auswirkungen einer Verbesserung der finanziellen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen: Senkung der Ergänzungsleistungen, Reduktion der umstrittenen sozialen Abfederung bei frühzeitiger Pensionierung oder eine erhöhte Kaufkraft. Alle diese Folgen sind bei der Abwägung der finanziellen Konsequenzen mit einzubeziehen.

Es ist wenig konsequent, wenn wir zwar für ein Dreisäulenkonzept eintreten, aber bei der AHV sparen wollen und gleichzeitig eine Stärkung der zweiten Säule ablehnen. Wenn sich 40 Prozent aller berufstätigen Frauen nicht versichern können und 16 Prozent der Männer keine zweite Säule aufbauen können, weil sie die Eintrittsschwelle nicht erreichen, so hat unser vorbildliches Dreisäulenkonzept Lücken, die geschlossen werden sollten.

Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, einzutreten und notwendige Reformschritte vorzunehmen.

Suter Marc F. (R, BE): In Ergänzung zu den Ausführungen von Frau Heberlein möchte ich noch speziell darauf eingehen, inwiefern die FDP-Fraktion die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen unterstützt:

Die bundesrätliche Botschaft kam relativ bescheiden daher, und die Kommission hat diesen Revisionsentwurf doch sehr grundlegend umgebaut. Die Mehrheit unserer Fraktion attestiert der Kommission, dass sie ganze Arbeit geleistet und die wesentlichen Fragen einer Lösung zugeführt hat. Insbesondere hat der bundesrätliche Entwurf der tatsächlichen Situation der Frauen in der Altersvorsorge viel zu wenig Rechnung getragen. Man muss sich bewusst sein: Fast jede zweite Frau ist heute von der zweiten Säule ausgeschlossen. Viele von ihnen haben heute gar keine oder nur eine sehr bescheidene Rente der Pensionskasse, aufgrund von niedrigen Löhnen, aber auch von unterbrochenen Erwerbslaufbahnen und, was vielfach übersehen wird, aufgrund des früher geltenden Systems der Barauszahlung bei der Verheiratung. Wir sind also absolut damit einverstanden, dass hier Remedur geschaffen werden muss, und halten den Weg, den die Kommission aufzeigt, für richtig.

Die wesentliche Neuerung – dort war die Kommission sicher sehr innovativ – betrifft die Reduktion des Koordinationsabzuges auf 40 Prozent des AHV-pflichtigen Einkommens. Diese Änderung ist unseres Erachtens wesentlicher als die Frage der Eintrittsschwelle. Durch die Angleichung des Koordinationsabzuges an den Beschäftigungsgrad wird für niedrige und mittlere Einkommen eine doch wesentliche Flexibilisierung und Verbesserung erreicht.

Für die Versicherten ist es nicht nur entscheidend zu wissen, ob sie der Versicherung überhaupt unterstehen. Für sie ist es entscheidend – das können Sie an Ihrem eigenen Beispiel nachvollziehen – zu wissen, welches der versicherte Lohn ist, also welche Leistungen letztendlich aus der zweiten Säule resultieren. Dies gilt nicht nur betreffend Erreichen des Pensionsalters; falls im Laufe der Berufstätigkeit ein Invalidisierungsgrund eintritt, kommen diese Leistungen auch in Form von Leistungen für den Invaliditätsfall zum Tragen. Dieser Vorsorgeschutz ist ebenso wichtig; und der Ausbau und das Entgegenkommen, die durch die Flexibilisierung des Koordinationsabzuges erreicht werden, wirken sich ebenso bei den Leistungen im Falle von Invalidität aus.

Aus diesem Grund und aus dieser Überlegung folgt die Mehrheit unserer Fraktion der Kommission insoweit, als sie diesen Systemwechsel beim Koordinationsabzug unterstützt. Die Mehrheit unserer Fraktion ist aus derselben Überlegung gegen das Konzept, das in allen Minderheitsanträgen Meyer Thérèse und Widrig zum Ausdruck kommt, weil diese gerade die Flexibilisierung und Anpassung des Koordinationsabzuges nicht berücksichtigen.

Für uns ist in zweiter Linie die Frage zu prüfen gewesen, auf welcher Höhe die Eintrittsschwelle angesetzt wird. Die Mehrheit unserer Fraktion ist einverstanden, den Überlegungen der Kommission insoweit zu folgen, als wir die Eintrittsschwelle auch abzusenken bereit sind, und zwar auf 18 540 Franken. Wir möchten aber nicht so weit gehen wie die Kommissionsmehrheit und die Eintrittsschwelle auf 12 360 Franken festsetzen, was im Vergleich zu heute immerhin eine Halbierung darstellt.

Dies im Wesentlichen aus zwei Überlegungen:

1. Es geht um die Akzeptanz seitens der Wirtschaft. Ein solcher Schritt muss «verdaut» werden. Wir denken, dass wir mit einer mittleren Lösung diesen Bedenken Rechnung tragen.

2. Bei Kleinsteinkommen führt der vorgeschlagene Versicherungsschutz dazu, dass die Vorsorgeleistungen höher ausfallen als das letzte Einkommen der Versicherten. Wir finden, dies widerspreche dem Versicherungsgedanken. Dieses Problem besteht bei einer Eintrittsschwelle von 18 540 Franken nicht.

Infolge der knapp bemessenen Zeit möchte ich noch festhalten, dass die FDP-Fraktion in ihrer Mehrheit die Bestimmungen zur Verbesserung der Transparenz überzeugt und vollständig mitträgt und als sehr wertvoll und notwendig erachtet. Was die Obergrenze bei den hohen und höchsten Einkommen anbelangt, sind wir als liberal Eingestellte der Meinung, dass man hier in der beruflichen Vorsorge für die sehr hohen Einkommen kein Sonderrecht schaffen sollte. So gut, wie bei tiefen und mittleren Einkommen darauf abgestellt wird, dass die zweite Säule die Eigenverantwortung zum Ausdruck bringt und hier beide Seiten – entsprechend dem Einkommen – mittragen, Vorsorgeguthaben zu öffnen, soll dieses Prinzip auch im obersten Bereich Geltung haben.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Die berufliche Vorsorge soll zusammen mit den Leistungen der AHV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung sichern. Dank dem BVG und insbesondere auch dank dem Feizügigkeitsgesetz konnte der Sicherungsgrad in den letzten Jahren bedeutend verbessert werden. Trotz dieser Fortschritte sind aber im bestehenden System gravierende Mängel festzustellen. An erster Stelle ist der in Franken fixierte Koordinationsabzug zu nennen, der die kleinen und mittleren Einkommen und die Teilzeitbeschäftigten in krasser Weise benachteiligt. 60 Prozent eines Monatslohnes zwischen 1000 und 4000 Franken genügen zudem nicht, um die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung zu sichern. Wir wissen aus zahlreichen Studien der Wissenschaft, aber auch aus dem Anschauungsunterricht der kantonalen Sozialämter, dass die 60-Prozent-Philosophie, verursacht durch den unsäglichen Koordinationsabzug, nach wie vor zu grossen Notlagen im unteren Mittelstand führt. Eine Korrektur ist deshalb überfällig. Die steigende Lebenserwartung und der in der Folge sinkende Umwandlungssatz lassen den Ruf nach Ausgleichmassnahmen lauter werden.

Die SGK schlägt für diese beiden Probleme ein ebenso einfaches wie kongeniales Vorgehen vor. Ich danke bei dieser Gelegenheit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Subkommission und im Speziellen deren Präsidentin, Frau Egerszegi. Durch den Koordinationsabzug von 40 Prozent, der nun eingeführt werden soll, und durch die Absenkung der Eintrittsschwelle ins Obligatorium kann die Stellung der unteren und mittleren Einkommen bedeutend verbessert werden. Bei den oberen Einkommen kann der Besitzstand gewahrt werden. Sie sind, anders als bei allen anderen Modellen, nicht mit Renteneinbussen oder einer Verteuerung der Prämien – insbesondere einer Verteuerung der Prämien von älteren Arbeitnehmern – konfrontiert.

Die Verbesserungen sind für kleine Einkommen ebenso wirksam wie für Teilzeitbeschäftigte, und sie sind administrativ einfach zu bewältigen, einfacher jedenfalls als alle anderen Modelle. Der neue Koordinationsabzug gemäss dem Antrag der Kommissionsmehrheit kommt somit einem sehr breiten Kreis von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute und nützt weiss Gott nicht nur den kleinen Einkommen unter 24 000 Franken, die bisher nicht versichert waren. Die Mehrkosten betragen im Vergleich mit den Zahlen in der Botschaft des Bundesrates 590 Millionen Franken und sind angesichts der Breitenwirkung als sehr bescheiden zu bezeichnen. Die Kassen mit überobligatorischen Leistungen und solche, die die kleinen Einkommen heute freiwillig versichern, kostet diese Lösung kaum etwas.

Das Modell der Kommission wirkt somit integrierend. Es vermeidet ein weiteres Auseinanderdriften der Lohnnebenkosten zuungunsten der Älteren. Es vermeidet aber auch die Fehler des bundesrätlichen Modells, welches den Besitzstand nur halbherzig wahrt. Wir wissen, dass Arbeitgeber wie beispielsweise McDonald's heute die Arbeitsverträge

ganz gezielt so gestalten, dass sie die Prämien für die berufliche Vorsorge umgehen können. Dieses Schwarz-Peter-Spiel muss endlich aufhören. Die Praktiken sind missbräuchlich, und sie schaden einem fairen Wettbewerb. Sie schaden jenen Arbeitgebern, die ihre Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen schon heute anständig versichern. Arbeitgeber wie McDonald's sind eigentlich staatlich subventioniert. Denn die Betroffenen, das sehen Sie im Sozialamt, brauchen im Alter Ergänzungsleistungen oder landen bei der Fürsorge und belasten die öffentliche Hand.

Der sanfte Einstieg, wie ihn die Kommission vorsieht, ab 1000 Franken Monatslohn mit dem Obligatorium zu beginnen, eignet sich gut, um solche Missbräuche zu verhindern. Auch kleine Einkommen sollen endlich Arbeitgeberbeiträge erhalten, und sie sollen von den erheblichen freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber an die zweite Säule profitieren.

Zur obligatorischen Beitragspflicht gehören auch eine integrale Verwaltung des Versichertenkapitals und die volle Transparenz bezüglich Verwaltungskosten. Hier kann die Schweiz von Amerika lernen. In den USA ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Performance der Kassen offen gelegt wird und dass die Verwaltungskosten in einem Kontenplan sauber rubriziert werden.

Ich bitte Sie, auf diese Revision einzutreten.

Rechsteiner Paul (S, SG): Als erste Säule ist die AHV die mit Abstand wichtigste, leistungsfähigste und wirksamste Form der Altersversicherung, als so genannte Volksversicherung. Die zweite Säule ist eine Versicherung für die Beschäftigten, die Lohnabhängigen. Sie ist für die Beschäftigten ebenso zentral: Ohne Pensionskassenrenten wäre die Mehrheit der Lohnabhängigen im Alter arm. Die Pensionskassen sind heute eine ökonomisch und sozial gewichtige Realität. 30 Jahre nach Annahme des Dreisäulenprinzips in der Verfassung, 17 Jahre nach Inkrafttreten des BVG übersteigen die Kapitalien der zweiten Säule das jährliche Bruttoinlandsprodukt bei weitem. Trotzdem ist die zweite Säule bis heute eine Vorsorge geblieben, die auf vollzeitbeschäftigte, anständig verdienende Männer zugeschnitten ist und tiefe Einkommen und Teilzeitbeschäftigte – es sind vor allem Frauen – systematisch ausschliesst.

Im Rahmen der ersten BVG-Revision stellen sich zwei Fragen:

1. Wird dafür gesorgt, dass die Diskriminierung der Teilzeitbeschäftigten und der Gruppe mit tiefen Einkommen endlich beseitigt wird?

2. Wird dafür gesorgt, dass die Kapitalien der zweiten Säule effektiv denen zugute kommen, die sie geöffnet haben, nämlich den Versicherten? Oder konkreter, wird gewährleistet, dass die Kapitalien der zweiten Säule von den Versicherungskonzernen nicht für ihr Finanzgeschäft abgezweigt werden und den Versicherten die versprochenen Renten nicht gesenkt werden?

Zur zweiten Frage: Es sind die Versicherungskonzerne, die das Geschäft mit der zweiten Säule mit Blick auf die Börse – höhere Gewinne, der Druck von Standard & Poor's und anderen Rating-Agenturen – weiter «rentabilisieren» möchten, wie sich Herr Leuenberger von der Rentenanstalt gestern ausgedrückt hat. Es sind diese grossen Versicherungen, die den Versicherten deshalb die versprochenen Renten senken wollen. Und es sind die Versicherungen, die bisher jede Auskunft über Rechnung und Reserven verweigert haben – im Stile der drei Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Der Antrag der Kommissionsmehrheit sorgt dafür, dass die in der zweiten Säule versicherten Renten auch bezahlt werden müssen – auch von den Versicherungen –, statt dass die frei werdenden Gelder für andere Zwecke verwendet werden. Der Antrag der Kommissionsmehrheit sorgt dafür, dass die Transparenzregeln der beruflichen Vorsorge auch für die Versicherungsgesellschaften gelten, wenn sie berufliche Vorsorge betreiben. Schliesslich sorgt er dafür, dass die gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmung endlich auch von den Sammelstiftungen der Versicherungen eingehalten wird. Es sind also alles Selbstverständlichkeiten, die für die

gewöhnlichen Pensionskassen – die so genannten autonomen Kassen – schon lange gelten.

Ein Wort zu den Kosten: Die Leistungen der zweiten Säule sind nicht gratis; diejenigen, die bisher in die zweite Säule einbezogen waren, ebenso wenig wie diejenigen, die künftig einbezogen würden. Wenn die Vertreter der Tieflohnarbeitgeber, allen voran Herr Triponez, aber lamentieren, dass der Einbezug der Gruppe mit tiefen Löhnen und der Teilzeitbeschäftigten zu viel koste, muss ihnen entgegengehalten werden, dass es sich um jene Beträge handelt, die den Beschäftigten in diesen Tieflohnbranchen bisher vorenthalten worden sind. Der Einbezug der Gruppe mit tiefen Einkommen und der Teilzeitbeschäftigten bedeutet damit nicht nur eine Anpassung der zweiten Säule an die gesellschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten, sondern auch eine Absage an die staatlich gestützte Tieflohnpolitik; denn der heutige Anschluss der tiefen Einkommen und der Teilzeitbeschäftigten vom BVG heisst ökonomisch nichts anderes, als dass diese Tieflohnbranchen vom Gesetzgeber auf Kosten der Beschäftigten unterstützt werden. Das ist aber volkswirtschaftlich, gesellschaftlich und sozial eine verkehrte Politik. Auch die Tieflohnbeschäftigten in diesen Branchen, auch die Teilzeitbeschäftigten haben Anspruch nicht nur auf einen anständigen Lohn, sondern auch auf den so genannten indirekten Lohn, nicht nur auf Beiträge an die AHV, sondern auch auf Beiträge an die Pensionskasse.

Zusammenfassend: Die Anträge der Kommissionsmehrheit haben aus der Sicht der SP und der Gewerkschaften starken Kompromisscharakter. Dieser Kompromisscharakter erklärt Ihnen im Übrigen das Fehlen vieler weiter gehender Anträge von unserer Seite auf der Fahne. Sie bleiben weit hinter den Zielen zurück, die aus der Sicht der Lohnabhängigen eigentlich realisiert werden müssten, vor allem bei den Leistungsgarantien für die Renten im Alter und bei der Invalidität. Es gibt ja nach wie vor nicht einmal einen Leistungsprimat für die Invalidenrenten, und es gibt auch noch keinen garantierten Teuerungsausgleich bei den Altersrenten. Aber auch bei der paritätischen Mitbestimmung – und überhaupt beim Einsatz des gewaltigen Kapitals, das in der zweiten Säule angehäuft wird – könnten wir uns sehr wohl Verbesserungen vorstellen. Aber – das ist das Entscheidende – der Kompromiss, den die Kommissionsmehrheit vorschlägt, geht in die richtige Richtung. Er ist das Minimum dessen, was im Rahmen der ersten BVG-Revision realisiert werden muss, damit die zweite Säule ihrem Auftrag auch in Zukunft im Interesse aller Beschäftigten einigermaßen gerecht wird.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien souscrit au but de la révision évoqué dans le message du Conseil fédéral: harmonisation de l'âge de la retraite pour les hommes et pour les femmes et retraite à la carte, en relation avec la 11e révision de l'AVS. Il souscrit à la consolidation nécessaire à cause de l'accroissement de l'espérance de vie. Il souscrit aussi à l'aménagement de la rente de veuf et du quart de rente d'invalidité et à une amélioration de la transparence.

Par rapport au Conseil fédéral, le groupe démocrate-chrétien ajoute un objectif d'amélioration pour les travailleurs à temps partiels et ceux qui ont de bas revenus. Les objectifs sont donc pour lui les suivants: permettre l'accès au deuxième pilier aux personnes qui ont un salaire annuel supérieur à 18 540 francs versé par un ou plusieurs employeurs. Ainsi, toutes les personnes qui ont un salaire de 1500 francs par mois auront droit au deuxième pilier et l'injustice générée par la non-obligation d'assurance pour les personnes qui ont plusieurs employeurs – et qui n'en sont souvent pas responsables – sera réparée. Une solution concernant l'application est proposée dans cette révision de loi. Avec cette proposition défendue par la minorité I à l'article 2 du projet, environ 180 000 salariés supplémentaires auraient accès au deuxième pilier.

Le groupe démocrate-chrétien propose aussi une amélioration de la prévoyance pour tous les revenus jusqu'à 30 000 francs en assurant un salaire coordonné minimum

de 6180 francs par an, et il maintient, pour le reste, la déduction de coordination actuelle. Il milite également pour la consolidation des autres rentes, et tout cela dans un cadre financier supportable et avec une application simple.

Une majorité nette du groupe démocrate-chrétien soutiendra les propositions de la minorité I, tandis qu'une minorité du groupe soutiendra les propositions de la majorité de la commission.

En ce qui concerne le taux de conversion, qui a été le point le plus épineux de la révision au regard des rapports différents et souvent contradictoires dont nous avons eu connaissance pendant les travaux et aussi du manque de transparence qui était de mise avant la révision, nous n'avons pas pu évaluer avec certitude toutes les possibilités qui s'offraient. Mais nous sommes bien sûr d'accord qu'il convient de le baisser, parce que l'allongement de l'espérance de vie est vraiment confirmé.

Le groupe démocrate-chrétien soutiendra donc dans sa majorité la proposition de la majorité de la commission afin d'arriver à un taux de conversion de 6,8 pour cent, mais en étalant la baisse sur 10 ans. En soutenant l'article 14 alinéa 3 qui est proposé par la majorité de la commission, le groupe demande que le Conseil fédéral fournisse un rapport pour la fixation des taux des années suivantes. Ce rapport sera délivré automatiquement en 2011 à la lumière des nouveaux chiffres de 2010. Nous proposons ainsi une solution responsable et raisonnable. Pour compléter ce concept, une adaptation des bonifications de vieillesse est nécessaire, mais, par rapport au Conseil fédéral, nous la proposons mieux répartie et moins pénalisante pour les travailleurs plus âgés, en utilisant l'échelle utilisée actuellement pour les femmes avec une petite modification à la hausse pour les années de cotisation effectuées au début de l'activité professionnelle.

Le groupe démocrate-chrétien n'a pas pu se rallier au concept général de la majorité de la commission, même s'il est techniquement intéressant. En effet, ce concept, qui permet aux salariés d'entrer dans la prévoyance professionnelle à partir de 12 360 francs de salaire annuel, provoque aussi une extension assez grande de la prévoyance des salaires supérieurs, ce qui forcera les jeunes familles à économiser plus pendant la vie active et générera un coût plus élevé aussi pour les PME avec ses 865 millions de francs nets. La proposition de minorité III (Suter) provoque la même extension pour les personnes déjà assurées. Nous pensons que nous avons besoin de moyens pour soutenir notre politique familiale. Nous y mettons notre priorité.

Pour la question de la transparence, le groupe démocrate-chrétien estime que l'amélioration est nécessaire et il soutiendra massivement la proposition de la commission.

Pour le problème du plafonnement des hauts revenus, le groupe démocrate-chrétien soutient la transmission des trois postulats de la commission et ceci pour éviter les abus. Nous reviendrons lors de l'examen de détail pour vous expliquer notre concept.

Widrig Hans Werner (C, SG): Für die CVP-Fraktion sind in der ersten BVG-Revision drei Eckwerte wichtig.

1. Der Einbezug der kleinen Einkommen, Anstoss durch die Parlamentarische Initiative Zapfl – Höhe, Ausgestaltung zusammen mit den Sozialpartnern –: Die Mehrheit der CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Senkung des Schwellenwertes auf 18 540 Franken realistischer ist als auf die rund 12 000 Franken gemäss der Kommissionsmehrheit. Die geringere Senkung der Schwelle gibt zudem die Möglichkeit, den verschärften Mindestlohn auf 6180 Franken zu erhöhen – eine Verdoppelung des heutigen Betrages. Damit ergibt sich beim Koordinationsabzug von 24 000 Franken ein Ausbau für Einkommen bis rund 30 000 Franken. Auf diese Weise kommen die Verbesserungen gezielt den kleinen Einkommen zugute und geringfügige Nebenerwerbe sind ausgeschlossen.

Ich habe gesehen, dass die Minderheit III (Suter) den Schwellenwert bei rund 18 000 Franken belassen, aber den

heutigen Koordinationsabzug stark reduzieren will. Wenn Sie beim Koordinationsabzug schrauben, dann gibt es natürlich Probleme, Friktionen mit dem Dreisäulenkonzept, wonach bei Einkommen zwischen 24 000 und 72 000 Franken der Einkommensersatz 60 Prozent ist – erste und zweite Säule. Es gibt natürlich erstens Überversicherungen bis zu 16 000 Franken Einkommen und als Folge davon hohe Kosten, also unter dem Strich: beim Bundesrat gesamthaft 290 Millionen Franken, bei der Kommissionmehrheit 880 Millionen Franken und bei der Minderheit III 660 Millionen Franken. Zum Zweiten gibt es massive Verlagerungen von der ersten zur zweiten Säule, deren Auswirkungen noch überprüft werden müssten.

2. Der Umwandlungssatz: Dieser muss von 7,2 auf 6,8 Prozent gesenkt werden. Umso wichtiger: Die sehr lange Frist der Absenkung muss reduziert werden. Hören wir auf, ganze Generationen mit Administrationaufgaben einzudecken! Wir sind für eine Frist von zehn Jahren.

3. Die Transparenz bei Sammelstiftungen: Diese verbesserte Transparenz, wie sie vom Bundesrat und von der Kommission vorgeschlagen wird, findet unsere volle Unterstützung.

Noch eine Bemerkung zur Begrenzung des versicherbaren Verdienstes: Die Forderung des Bundesrates, den nach BVG versicherbaren Verdienst auf das Fünffache des oberen Grenzbetrages der Minimalvorsorge zu limitieren, lehnen wir ab. Der politische Schaden wäre grösser als die – kaum bezifferbaren – steuerlichen Mehreinnahmen. Es wäre falsch, einerseits in der AHV die unlimitierte Solidarität zu fordern, aber andererseits bei der zweiten Säule Grenzen für die Versicherbarkeit zu ziehen. Die CVP-Fraktion unterstützt aber die von der Kommission eingereichten Postulate, wonach Missbräuche in diesem Bereich unterbunden werden müssen. Aber das ist eine steuerliche Frage – Stichwort: Amtshilfeverfahren – und weniger eine Frage des BVG.

Das sind die drei wesentlichsten Eckpunkte, die für uns von Bedeutung sind und die vor allem in die Gesamtschau der drei Säulen passen müssen. Es wird am Schluss, nach Verabschiedung der ersten BVG-Revision, interessant sein, eine Wertung der entsprechenden Gewichtung vorzunehmen.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten.

Borer Roland (V, SO): Die Fraktion der SVP beantragt Ihnen Eintreten auf die Vorlage zur ersten BVG-Revision. Grundsätzlich ist die überwiegende Mehrheit der Fraktion der Meinung, dass eine entsprechende Revision zur längerfristigen Sicherung der Rentenansprüche unumgänglich ist. Eingehend hat sich die SVP-Fraktion an der Fraktionssitzung mit den Themen der mangelnden Transparenz vor allem bei den Sammelstiftungen, der Senkung der Eintrittsschwelle für Kleinstverdiener und Teilzeitbeschäftigte sowie der Absenkung des Umwandlungssatzes befasst.

Bei der Eintrittsschwelle beantragt Ihnen die SVP-Fraktion, am Status quo festzuhalten. Für uns ist das Festlegen der Eintrittsschwelle ein typischer Bereich, der sozialpartnerschaftlich gelöst werden muss. Das heute gültige Gesetz trägt diesem Umstand Rechnung, was daraus zu ersehen ist, dass heute schon viele Unternehmen mit ihren Vorsorgeeinrichtungen eine tiefere Eintrittsschwelle bzw. einen angepassten Koordinationsabzug kennen.

In den übrigen Punkten – vor allem bei der Absenkung des Umwandlungssatzes – empfiehlt Ihnen die Fraktion, den ursprünglichen Revisionsanträgen des Bundesrates zu folgen und es der Exekutive gleichzeitig zu ermöglichen, den Umwandlungssatz selbstständig anheben zu können, wenn dies finanziell angebracht erscheint.

Ohne schon jetzt auf die Details eingehen zu wollen, haben folgende Überlegungen innerhalb der SVP-Fraktion zu diesen Entscheidungen geführt: Betrachtet man die schon realisierten und die geplanten Änderungen im Bereich der Sozialversicherungen und Sozialwerke, so muss festgehalten werden, dass ein Ausbau der Sozialwerke geplant ist, der die Steuer- und Beitragszahlerinnen und -zahler jährlich zusätz-

lich mehrere Milliarden Franken kosten wird. Nach der Ansicht der Mehrheit unserer Fraktion kommt man angesichts dieser Perspektiven nicht darum herum, diesen Tendenzen klar entgegenzutreten.

Im Bereich der beruflichen Vorsorge haben wir nicht nur zwei verschiedene Systeme – das Beitragsprimat und das Leistungsprimat –, sondern von der Versicherungsart her auch zwei verschiedene Vorsorgeeinrichtungen. Unbestritten ist nach Ansicht der SVP-Fraktion, dass die autonomen Vorsorgeeinrichtungen gemäss den geltenden gesetzlichen Bestimmungen mit den heute gültigen Eckwerten praktisch keine Probleme darstellen. Diese Feststellung deckt sich weitestgehend auch mit den Aussagen der Experten.

Probleme, die zum Entscheid der Mehrheit der vorberatenden Kommission geführt haben, sind vor allem bei den Sammeleinrichtungen zu orten. Dort haben mangelnde Transparenz und zusätzlich mangelnde Kontrolle vonseiten der zuständigen Aufsichtsbehörde im EJPD dazu geführt, dass bis heute keine genauen und vor allem keine kontrollierbaren Aussagen über die Verwendung der Vorsorgegelder aus dem Kollektiv-Leben-Geschäft gemacht werden können.

Für die SVP ist dieser Zustand, gelinde gesagt, skandalös; er hat zu einem tief greifenden Misstrauen in weiten Kreisen der Versicherten geführt. Nach Ansicht der SVP-Fraktion haben der Bundesrat und die vorberatende Kommission gute Grundlagen geschaffen, um diesem unhaltbaren Zustand Einhalt zu gebieten.

Über die Zustimmung zum Gesetzentwurf oder die Ablehnung desselben entscheidet die SVP-Fraktion nach den Detailberatungen.

Gestatten Sie mir nun noch einige persönliche Bemerkungen: Einführend möchte ich festhalten, dass ich als Mitglied der vorberatenden Subkommission BVG und der SGK als kleine Minderheit innerhalb der SVP-Fraktion die Kommissionsentscheide in dieser Phase mittragen werde. Meiner Ansicht nach haben wir uns in den vorberatenden Gremien unter Beizug von Experten sehr seriös und umfassend mit den Problemen dieses sehr komplexen Themas befasst.

Nach mittlerweile elf Jahren im Rat und gleich langer Mitgliedschaft in der SGK erlaube ich mir zudem festzuhalten, dass die Revision dieses BVG so, wie wir das jetzt im Rat tun, die Grenzen des Milizparlamentes klar und deutlich aufzeigt. Die Behandlung von zwei AHV-Revisionen und eines meines Erachtens leider verunglückten Krankenversicherungsgesetzes war im Vergleich dazu eine einfache Legiferationsarbeit. Dies sage ich nicht allein aufgrund der zeitlichen Belastung, dies sage ich auch aufgrund der Komplexität des Themas.

Weshalb nun unterstütze ich die Anträge der vorberatenden Kommission?

1. Ich stehe zu hundert Prozent hinter den Grundsätzen der SVP bezüglich Eigenverantwortlichkeit, auch in der Frage der Altersrenten. Gerade die zweite Säule ist derjenige Teil, der primär eigenverantwortlich erschaffen und geschaffen wird.

Aufgrund meiner Überzeugungen muss ich deshalb alle Forderungen unterstützen, die das Vertrauen meiner Wählerschaft, nämlich des Mittelstandes, in dieses wichtige Vorsorgewerk stärken.

2. Es nützt niemandem etwas, wenn sich z. B. infolge einer übermässigen Absenkung des Umwandlungssatzes in Zukunft ein Grossteil der Neurentnerinnen und Neurentner das Alterskapital auszahlen lässt. Die Aussage der Arbeitgeberverbände – nach der ja nicht das Rentenkapital an sich, sondern nur die einzelne Rente verkleinert würde, weil die Rentnerinnen und Rentner statistisch gesehen eben länger leben – wird die Betroffenen geradezu dazu anregen, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, sich das Kapital auszahlen zu lassen. Wenn das in grossem Umfang geschieht, wird die zweite Säule des Vorsorgesystems zusammenbrechen.

Vergessen wir nicht, dass die Variante einer sicheren Rente – wie sicher sie ist, wird sich allerdings zeigen, das hängt vom Entscheid der eidgenössischen Räte ab – im Falle eines frühzeitigen Ablebens des Versicherten und einer Leis-

tung an die Erben schon heute grosse Nachteile aufweist. Der Entscheid der Subkommission bezüglich der Absenkung des Umwandlungssatzes auf nur 6,8 Prozent – auch das ist eine Kürzung – trägt diesem Wunsch meines Erachtens voll Rechnung. Er wurde unter anderem aufgrund der Tatsache gefällt, dass vor allem die Privatversicherer trotz mehrmaligem Nachfragen, ja trotz Bitten um Auskunft, nicht in der Lage waren, darüber Auskunft zu geben, wie die verschiedensten Fonds, z. B. die Schwankungsreserven oder der Längerlebensfonds, verwendet worden sind oder verwendet werden.

Vor allem die Nichtbeantwortung der Frage nach der Umlagerung dieser Gelder ins Einzel-Leben-Geschäft ist für mich der Grund, den Kommissionsanträgen zuzustimmen. Für mich sind die kleinere Absenkung des Umwandlungssatzes und die damit faktisch gesetzliche Festschreibung der Mindestrente eine Möglichkeit, den Rentnerinnen und Rentnern zu den ihnen zustehenden Leistungen zu verhelfen.

3. Der Kompromiss, einerseits eine tiefere Eintrittsschwelle für die berufliche Vorsorge zuzulassen und andererseits die Einzahlungen in die Vorsorgewerke nach oben offen zu lassen, ist ein Entscheid, den Realitäten und vor allem auch den veränderten Arbeitsbedingungen Rechnung trägt.

Fasel Hugo (G, FR): Wenn wir die Arbeit rund um die erste BVG-Revision überschreiben müssten, könnten wir auch einen Titel setzen, der mit einer Frage endet, nämlich etwa: «Wo sind die Milliarden, wo sind sie geblieben?»

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge ist 1985 in Kraft getreten. Kurz nach seiner Einführung traten die ersten Schwierigkeiten auf. So brauchte es bald einmal ein Extragesetz für die Freizügigkeit, ein Gesetz, das 1995 in Kraft trat. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich immer wieder auch bei Konkursen von Firmen, bei Fehlspekulationen einzelner Pensionskassen und bei Teilliquidationen. Sonst aber war es um die berufliche Vorsorge übermässig still und ruhig. Demgegenüber war innerhalb des Dreisäulensystems die AHV weit mehr im Gespräch. Sie wurde in den letzten Jahren immer wieder schlecht geredet, es wurden in Bezug auf die Finanzierung der AHV Ängste geschürt, derweil die zweite Säule als sicherer Hafen, als krisenresistent, als Versicherung ohne finanzielle Sorgen dargestellt wurde. In dieser Revision merken wir nun aber, dass auch in der zweiten Säule die Renten sinken können. Zeitweise haben manche Versicherungsgesellschaften sogar Hunderttausende von Franken in Medienkampagnen gesteckt, um die AHV schlecht zu machen und damit das Terrain für die Einzelversicherung zu ebnen.

Mit der ersten BVG-Revision haben wir nun erstmalig die Chance, einmal in aller Breite über die Schwierigkeiten, Ungereimtheiten und Probleme der beruflichen Vorsorge zu reden.

Dabei sollten wir uns erst einmal dessen bewusst sein, dass die berufliche Vorsorge – Obligatorium und Überobligatorium zusammengefasst – heute insgesamt rund 500 Milliarden Franken an Vorsorgekapital bindet. Diese Summe von nahezu einer halben Billion Franken ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz in einem Jahr. Allein diese Grössenordnung legt uns nahe, bei der Revision vorsichtig, aufmerksam und sorgfältig vorzugehen.

Einige Bemerkungen zu diesen Grössenordnungen: Wir sollten uns bewusst sein, dass wir im Rahmen dieser Revision immer nur über einen Teil der zweiten Säule reden, nämlich über das Obligatorium. Das Überobligatorium hingegen ist der Diskussion weitgehend entzogen. Daraus ergibt sich eine gewaltige Verzerrung bei der Wahrnehmung der zweiten Säule. So haben auch IDA-Fiso 1 und 2 immer nur vom Obligatorium gesprochen. Es wird heute in diesem Land nicht wahrgenommen – ich stelle es immer wieder fest –, dass das Überobligatorium, also das Wachsen der zweiten Säule in die Höhe, in die Beletage hinein, praktisch gleich viele Mittel verschlingt wie die ganze AHV. Also nochmals, damit wir uns dessen künftig bewusst sind – auch bei

der Kostendiskussion, die wir noch führen werden –: Das Überobligatorium in der zweiten Säule ist finanziell ähnlich gross wie die ganze AHV. Es gibt einen Unterschied: Über die AHV wird debattiert, über den überobligatorischen Teil der zweiten Säule nicht, auch in dieser ersten Revision nicht. Bei den Beratungen in der Kommission und in der Subkommission hat es sich gezeigt, dass die berufliche Vorsorge einen gewaltigen Komplexitätsgrad erreicht hat. Die Experten und Expertinnen, die die Arbeiten begleitet haben, sind nicht selten an ihre Grenzen geraten. Die Frage stellt sich also: Werden wir es uns längerfristig leisten können, das Gesetz zur beruflichen Vorsorge nur als Rahmengesetz auszugestalten und grosse Teile des Gestaltungsraumes den Reglementen der einzelnen Pensionskassen und Sammeleinrichtungen zu überlassen? Was ursprünglich als Gestaltungsfreiheit angelegt war, ist heute zu einem Dschungel von Lösungen verkommen, sodass viele die Übersicht verloren haben.

Wer heute mit Kleinunternehmern über die zweite Säule spricht, wird feststellen, dass die allermeisten mit den Regeln der beruflichen Vorsorge wenig vertraut sind. Es herrscht die moderne Unübersichtlichkeit. Für viele gilt das Prinzip: Augen zu und durch und die Rechnung bezahlen, die die Sammeleinrichtung geschickt hat.

Die Kommissionsarbeiten haben gezeigt, dass die Transparenz in der beruflichen Vorsorge weitgehend fehlt, insbesondere bei den Sammeleinrichtungen. Die Informationslücken sind gewaltig. Ohne alle Sammeleinrichtungen in den gleichen Topf werfen zu wollen, muss doch die Frage gestellt werden, auf die wir von den Sammeleinrichtungen, das heisst von den Versicherungsgesellschaften, bis heute keine brauchbare Antwort bekommen haben: Wo sind die Milliarden von Franken geblieben, die man in den Neunzigerjahren verdient hat? Die Versicherungsgesellschaften geben uns keine Informationen über die Berechnungen der Überschussbeteiligungen, keine Angaben über die Performance des Vorsorgekapitals.

Diese Situation ist umso gravierender, als dass das BVG, in Artikel 65 Absatz 3, von den Vorsorgeeinrichtungen klar und deutlich verlangt, dass sie ihre Verwaltungskosten in der Betriebsrechnung offen ausweisen müssen. Leider blieb das bis heute toter Buchstabe.

Doch nicht nur die Arbeitnehmenden, auch die Arbeitgeber sind von der fehlenden Transparenz betroffen. Sie können keine Vergleiche zwischen den Vorsorgeeinrichtungen anstellen. Wenn sie eine Vorsorgeeinrichtung wählen, ist das in den meisten Fällen ein Entscheid über eine Blackbox. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Vorsorgeeinrichtungen ist damit völlig ausgeschlossen.

Weil wir anschliessend darüber nicht mehr reden werden, will ich es doch in der Eintretensdebatte machen, nämlich ein paar Worte zu den Verwaltungskosten sagen. Denn es geht bei den Verwaltungskosten um viel Geld, um Hunderte von Millionen Franken. Bisher haben die Versicherungsgesellschaften auch dazu nichts, aber auch gar nichts gesagt. Erst bei der Diskussion um den Mindestzinssatz haben sie den Schleier etwas gelüftet. So wissen wir, dass bei den Sammelstiftungen heute rund 1,1 Millionen Personen versichert sind. Immer dann, wenn für eine versicherte Person eine Mutation ausgeführt werden muss, werden diese Kosten verrechnet. Gleiches gilt, wenn die Vorsorgeeinrichtungen Inkassomassnahmen, unter Umständen auch Betreibungen, durchführen. Doch neben diesen verrechneten Kosten, so haben uns die Versicherungsgesellschaften bei den Hearings gesagt, hätten sie jährlich noch Zusatzkosten im Rahmen von 0,9 Prozent. Das heisst, auf 100 Milliarden Franken gerechnet, dass die Versicherungsgesellschaften für die Administration jährlich fast eine Milliarde Franken Zusatzkosten verrechnen.

Zum Vergleich: Die AHV hat 3,5 Millionen Versicherte und 1 Million Rentnerinnen und Rentner. Für deren Verwaltung und Administration kommt sie mit 400 Millionen Franken aus. Wir legen heute bei den Sammeleinrichtungen 1 Milliarde Franken irgendwo auf die Seite, lassen sie in Schubladen verschwinden, über die die Versicherungsge-

sellschaften mit grösster Wahrscheinlichkeit das Einzelgeschäft finanzieren; Quersubventionierung par excellence, umso schlimmer, wenn wir wissen, dass bei den Sammel-einrichtungen vor allem kleine Betriebe und tiefere Einkommen versichert sind.

Die grüne Fraktion tritt unter mehreren Bedingungen auf diese Vorlage ein: eine Verbesserung der Transparenz und eine Herabsetzung des Umwandlungssatzes auf maximal 6,8 Prozent; unter der Bedingung, dass die riesigen Vermögen sozial und ökologisch verträglich angelegt werden, die berufliche Vorsorge nicht zu einem Steuerschlupfloch wird, der Koordinationsabzug beseitigt wird und der Schwellenwert auf 12 000 Franken gesenkt wird.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Nous allons vivre trois jours passionnants à essayer de trouver réponse à un certain nombre de questions et problèmes qui existaient déjà lors de l'introduction du régime obligatoire de la prévoyance professionnelle, au moment où l'on est passé d'une réglementation entre partenaires sociaux à un encadrement du deuxième pilier par une loi fédérale. Nous sommes un peu en retard par rapport au rendez-vous que nous nous étions nous-mêmes fixé, soit dix ans après l'entrée en vigueur de la loi. Ce temps est déjà passé, mais nous en avons eu besoin pour trouver ou chercher avec vous l'exacte mesure des réformes qui doivent être entreprises aujourd'hui.

Heureusement, nous avons toujours eu les moyens d'ajuster, au fur et à mesure que les problèmes se posaient, la loi à ces exigences. M. Robbiani vous a cité tout à l'heure les modifications qui ont eu lieu depuis l'entrée en vigueur de la LPP et qui ont permis notamment de garantir le libre passage, c'est-à-dire de se débarrasser des chaînes dorées, comme l'on disait, que l'employeur pouvait imposer aux salariés. Nous avons réussi à utiliser cet instrument pour l'encouragement de la propriété du logement, et surtout, nous avons trouvé une réponse au problème des comptes en déséquence et de la nécessité de pouvoir retrouver les personnes qui, ayant fait confiance au système, y avaient participé et se retrouvaient des années après à l'étranger sans avoir touché l'intégralité de leur avoir.

Mais maintenant, le moment est venu de faire une réelle réforme. Et j'aimerais remercier la sous-commission et la commission du travail extrêmement sérieux et prudent qui a été fait, et du bon climat qui a régné depuis le début. Nous pouvons être très reconnaissants envers la présidente et les membres de la sous-commission.

J'ai été personnellement très impressionnée de voir que, dans un climat de polarisation politique, de difficultés au sujet de la conception de la sécurité sociale, ce qu'on peut appeler de façon un peu générale le partenariat social jouait de nouveau. Tout d'un coup, on se souvenait qu'à l'origine du deuxième pilier, il y avait la volonté des employeurs et des salariés de trouver des solutions pour la prévoyance vieillesse. Et ce sentiment d'une oeuvre commune a joué son rôle dans la sous-commission, puis dans la commission. C'est un moment toujours très heureux, je crois, lorsque l'on sent une volonté d'arriver à des solutions, et dans un climat de respect des uns et des autres. Toutefois, plusieurs concepts sont en présence.

J'ai aussi le sentiment que nous avons évité, dans les discussions qui ont eu lieu ces derniers jours, qu'aujourd'hui l'on entre dans cette salle en roulant immédiatement les mécaniques et en disant: «C'est le référendum», de gauche ou de droite. Vous êtes arrivés dans cette salle avec l'intention de trouver une solution qui puisse être largement approuvée et donner ensuite au Conseil des Etats toutes les chances de mettre au point un système satisfaisant. Je me réjouis donc, avec vous, de passer ces trois jours à chercher une solution.

Je fais juste une parenthèse avant de dire quelques mots sur le projet et les propositions elles-mêmes. J'ai eu l'occasion, la semaine passée à Madrid, de diriger la délégation suisse à la deuxième Assemblée mondiale sur le vieillissement. Je me suis rendu compte à quel point nous étions privilégiés, à quel point nous avions de la chance dans ce pays.

J'aimerais évoquer deux ou trois chances. La première, c'est justement ce climat de partenariat dans la recherche de solutions. Depuis la votation sur l'article constitutionnel relatif aux trois piliers, nous avons réussi à conserver, pour l'essentiel, ce système qui consiste à combiner différents types d'institutions pour arriver à en tirer le maximum, à donner aussi à chacune de ces institutions son rôle spécifique. Cela est déjà une première chance qui fait que nous avons construit quelque chose ensemble depuis trente ans et qu'il est plus facile, de ce fait, de rénover ce qu'on a construit ensemble que cela n'est le cas dans d'autres pays où la situation est plus tendue.

La deuxième chance, c'est que nous envisageons depuis longtemps les questions liées à l'allongement de l'espérance de vie. Quelle jolie expression d'ailleurs, l'«espérance de vie»! C'est extraordinaire de se dire qu'à 65 ans, on a encore une véritable espérance de vie et que le vieillissement ne signifie pas que l'on ajoute des années de dépendance à la fin d'une vie, mais qu'on ajoute, au moment même où l'on quitte la vie professionnelle, des années encore pleines de possibilités et pleines de venin, si vous me permettez cette expression. Voyant arriver le problème depuis longtemps, nous avons pu prendre des dispositions dans l'AVS également. Nous avons une espèce de boussole qui nous indique la direction générale et nous savons à quoi nous devons faire face.

La troisième chance enfin, que j'ai sentie fortement à Madrid, c'est que nous sommes un pays riche. Imaginez ce que signifie la charge que représentent les générations qui ne pourront peut-être plus être actives à cause de leur état de santé, imaginez cette charge sur des pays du tiers monde. La Suisse a les moyens de résoudre les problèmes qui se posent à elle; elle a su depuis longtemps quels étaient ceux-ci et elle a un climat social qui lui permet de les résoudre sans polarisation excessive.

J'aimerais revenir aux propositions. Quelques orateurs ont souligné les limites du système politique de milice, la complexité des propositions, la haute technicité du deuxième pilier, le fait qu'il est difficile de savoir ce que signifient exactement un taux technique, un taux de conversion, et qui aura raison dans vingt ou trente ans. Je dirai que ces problèmes ne sont pas des problèmes techniques, mais des problèmes politiques et sociaux. La question qui se pose est de savoir comment nous pouvons aider les hommes et les femmes de ce pays à forger des projets de vie et à savoir comment ils pourront les réaliser. Il est clair que lorsque ces projets de vie se situent dans un avenir à vingt, trente ou quarante ans, on ne peut pas donner des assurances à cent pour cent. Ce qu'il faut, c'est accompagner, durant toute une vie, cet objectif qui est de maintenir un niveau de vie acceptable, de donner la possibilité de faire des projets, de mener une vie digne, d'assurer une certaine indépendance, même lorsque l'âge de la retraite est atteint.

Le problème auquel nous sommes confrontés – le Conseil fédéral comme la commission –, dans le cadre des différentes propositions qui ont été faites, est celui d'un allongement de l'espérance de vie au moment de l'âge de la retraite. C'est-à-dire que dans un système de capitalisation, qui a révélé d'ailleurs toutes ses qualités, nous devons savoir que le capital vieillesse accumulé, ou qui sera accumulé au moment de la retraite, doit couvrir un plus grand nombre d'années de versement de la rente. Cela signifie que nous devons nous poser la question de savoir comment, si nous sommes obligés – et nous le sommes – de réduire le taux de conversion, c'est-à-dire de répartir sur plus d'années, sur plus de mois, le bénéfice de ce capital qui aura été accumulé au moment de la retraite, nous pouvons être sûrs que les rentes qui en découlent seront encore suffisantes pour réaliser l'objectif de la LPP.

Le Conseil fédéral a trouvé comme réponse à l'obligation de réduire le taux de conversion, clairement, le fait qu'il faut augmenter le capital par une augmentation du taux de cotisation. Le Conseil fédéral a trouvé cette réponse en réalisant qu'il y a d'ailleurs un problème: plus on approche de la retraite et plus il est difficile d'arriver à reconstituer un mon-

tant suffisant pour annuler dans une large mesure la réduction de rente, qui résulte automatiquement de la réduction du taux de conversion.

Le Conseil fédéral a présenté cette solution tout en renonçant à quelque chose qui lui tenait à cœur, qui figurait dans le projet envoyé en procédure de consultation et correspondait à une exigence très claire de l'égalité entre hommes et femmes. Il s'agit de l'intégration dans le deuxième pilier des bas salaires qui sont, il faut le rappeler, des salaires versés aux femmes avant tout. Le Conseil fédéral y a renoncé après la procédure de consultation à cause du résultat de celle-ci et aussi parce qu'il ne voyait pas réellement le lien que l'on pouvait faire entre le premier problème que j'ai mentionné et le deuxième problème que je viens de souligner. En d'autres termes, dans le modèle du Conseil fédéral, il y avait un problème, indépendant, qui formait un tout en lui-même, soit la réduction du taux de conversion et la compensation de celui-ci, et un deuxième problème, celui des bas et moyens salaires.

La commission et la sous-commission ont eu l'idée de joindre les deux problèmes en démontrant que si l'on arrivait à modifier le seuil d'entrée dans le système et la base salariale sur laquelle les cotisations sont perçues, on aurait peut-être une réponse à la question que j'ai posée d'emblée: comment compenser la réduction de la rente mensuelle à cause de l'augmentation du nombre d'années pendant lesquelles elle doit être versée? Et cette idée a beaucoup d'avantages. C'est la raison pour laquelle vous en discutez; c'est la raison pour laquelle elle a convaincu la commission. Mme Heberlein m'a citée – je suis un peu honteuse de voir que l'on cite les expressions que j'utilise derrière les portes fermées d'une séance de commission –, en disant que c'est un système cohérent, logique, mais qu'il est «vachement cher». En général, je réserve ce genre d'expression à des huis clos, je ne les utilise pas dans des salles aussi importantes et inspirant un tel respect que celle-ci. Mais puisque Mme Heberlein m'a citée, je dirai qu'effectivement, j'ai dit devant la commission que c'était un excellent projet, mais qu'il était «vachement cher». Mais rien n'est gratuit et il faut décider ce que l'on veut. La commission, très clairement, a dit que ce qu'elle voulait, c'était ce lien entre les deux problèmes que j'ai évoqués. Et la question de savoir combien d'argent on veut exactement y consacrer se pose maintenant à votre Chambre. Je suis très intéressée de savoir quelle réponse vous allez y apporter.

Il est clair que le Conseil fédéral était très attentif à l'aspect financier et qu'il n'a pas voulu modifier sa position avant que vous en débattiez. Il aura l'occasion de le faire une fois que vous aurez pris votre décision et que la révision ira dans la deuxième Chambre.

Mais j'aimerais malgré tout annoncer un certain nombre de points sur lesquels la position du Conseil fédéral est tout à fait consolidée et sur lesquels, de ce fait, je vais intervenir au cours de l'examen de détail.

L'un de ces points, c'est celui de savoir s'il faut ou non un plafond pour les cotisations qui peuvent être versées dans le deuxième pilier et risquent d'échapper de ce fait à l'impôt. Je sais que la suppression du plafond a fait l'objet d'un compromis au sein de la sous-commission et de la commission. Mais je dois dire que pour le Conseil fédéral, une double question se pose, et j'y reviendrai. La première est de savoir s'il ne faut pas revenir au projet du Conseil fédéral qui, pour des raisons fiscales, considérait que l'on ne pouvait pas abandonner 80 millions de francs pour un cadeau fiscal – «cadeau» n'est jamais une expression très bienvenue, je le reconnais volontiers –, en d'autres termes pour avantager fiscalement une épargne pour des personnes à très hauts revenus. Pour le Conseil fédéral, on peut discuter de la question de savoir si la limite, c'est cinq, six ou sept fois le revenu maximal du deuxième pilier. Je crois que la discussion doit avoir lieu. Mais ça, c'est le point de vue fiscal.

L'autre question, c'est celle des abus du système. On peut tromper le fisc en passant par le deuxième pilier; on peut quasiment assurer auprès du deuxième pilier des revenus plus élevés qu'on ne les assure à l'AVS. Cela, c'est tromper

l'AVS. Il y a certainement dans ce domaine, quelle que soit la décision sur l'aspect fiscal du problème, des mesures à prendre. Est-ce que ces mesures doivent être prises par un plafonnement ou par des formules plus subtiles, qui permettent aussi de combattre les abus, non pas seulement pour les hauts salaires mais pour toutes les catégories salariales, et d'éviter ainsi que le deuxième pilier soit un lieu d'évasion fiscale et d'évasion des cotisations AVS? Là, je dois dire que le problème s'est posé dans la commission à un moment déjà trop tardif pour que l'on arrive à trouver des solutions optimales.

De toute façon, il faudra agir à ce niveau: pour des raisons fiscales, en fixant un plafond, ou pour des raisons de lutte contre les abus, en trouvant un système de collaboration, d'échange d'informations entre les autorités fiscales, les organes de l'AVS, ceux du deuxième pilier, ce qui facilitera la tâche consistant à contrôler les fondations, etc. Voilà donc un point où le Conseil fédéral considère que les travaux de la commission ne sont pas encore satisfaisants.

Un deuxième point où nous ne considérons pas les travaux de la commission comme satisfaisants est la période durant laquelle s'étale la réduction du taux de conversion. Nous sommes d'accord qu'il est extrêmement difficile de prévoir quel est le taux optimal sur une période très longue. Donc, nous pensons que nous pouvons nous arrêter à 6,8 pour cent plutôt que d'insister sur 6,65 pour cent, tel que cela a été discuté dans la commission. Nous pouvons donc, quant au taux, nous rallier à la position de la majorité de la commission, mais pas dans quinze ans. Ce que je veux dire, c'est qu'il faut qu'on agisse plus vite pour pouvoir réajuster le tir si nous nous sommes trompés. Nous savons si peu sur ces évolutions que nous ne pouvons pas d'emblée fixer sur une période aussi longue la réduction du taux de conversion et, entre-temps, ne pas agir. Nous devons nous donner rendez-vous à nous-mêmes ou donner rendez-vous à nos successeurs dans un laps de temps plus raisonnable que les quinze ans. Voilà un autre point sur lequel, en tant que représentante du Conseil fédéral, je soutiendrai des propositions qui iront plutôt dans ce sens.

Mais là où je peux me rallier avec enthousiasme aux travaux de la commission, parce qu'elle va plus loin que le Conseil fédéral, qui est pourtant tout à fait conscient du besoin, c'est en ce qui concerne la transparence, la gouvernance des caisses, et les progrès en termes de gestion paritaire. Il faut se rendre compte qu'il s'agit de l'argent des assurés, de l'argent dont ils auront besoin pour vivre, 15, 20, 25 ans de leur vie, de manière indépendante. Dans certains pays, la perte de substance de ce contrat a conduit à la catastrophe! Ces questions de transparence et de gouvernance sont donc essentielles. Je dois dire que je ne pourrais pas suivre, mais cela n'est pas à l'ordre du jour maintenant, des propositions qui consisteraient à dire que chacun peut choisir comment il peut en profiter davantage – car chacun peut aussi choisir comment il se ruine et comment il tombe à la charge de la collectivité en choisissant de placer lui-même ses fonds!

Non, le caractère de droit collectif et de partenariat social doit demeurer. La commission l'a maintenu, comme le Conseil fédéral lui-même. Je crois que cela est juste et que c'est un élément de stabilité pour les relations sociales dans notre pays aussi. C'est d'une énorme importance non seulement pour l'individu assuré, mais aussi pour notre pays: 500 milliards de francs, c'est une part très importante de l'épargne collective, c'est une part très importante des investissements qui sont faits dans ce pays, grâce à l'argent du deuxième pilier. Cela doit s'accompagner de transparence et de contrôle accru. C'est la raison pour laquelle je remercie la sous-commission et la commission d'avoir été dans ce domaine plus loin que le Conseil fédéral, et je les remercie en son nom.

Je vous invite à entrer en matière.

Vous aurez compris que j'aimerais manifester ici mon estime pour le travail qui a été fait en commission et ma reconnaissance d'avoir été associée aux réflexions et à la discussion.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Die berufliche Vorsorge soll zusammen mit der eidgenössischen Versicherung (AHV/IV) den Betagten, Hinterlassenen und Invaliden die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen.

Art. 1 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

Ajoutée à l'assurance fédérale (AVS/AI), la prévoyance professionnelle doit permettre aux personnes âgées, aux survivants et aux invalides de maintenir de façon appropriée leur niveau de vie antérieur.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Ich beantrage Ihnen die gesetzliche Verankerung des Zwecks der beruflichen Vorsorge im BVG. Ich halte mich im Wortlaut ganz an den Text der Bundesverfassung: Bezweckt wird die «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise». Damit ist gesagt, welches Ziel das ganze Gesetz verfolgen soll. Die Frage ist nämlich alles andere als banal oder nebensächlich. Es geht beim BVG nämlich nicht um ein gesetzliches Zwangssparen zum Zweck der Förderung des Umsatzes von Privatversicherungsgesellschaften, und es geht auch nicht, wie kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» zu lesen war, um 60 Prozent des früheren Lohnes. Im Mittelpunkt steht vielmehr das Bestreben, allen unselbstständig Erwerbstätigen im Alter die Möglichkeit zu geben, das gewohnte Konsumniveau ohne fremde Hilfe und ohne Fürsorgeleistungen weiterführen zu können. Es geht also um die Deckung eines bestimmten Lebensbedarfs, und dieser orientiert sich an der Lebenshaltung in der aktiven Erwerbszeit. Eine solche Definition fehlt heute im Gesetz. Sie ist aber für die Interpretation dessen, was die AHV und das BVG konkret leisten sollen, entscheidend. Sie ist auch für die Beantwortung der Fragen entscheidend, wie weit die Kapitalisierung der Renten gehen soll und wie weit die steuerliche Förderung der zweiten Säule gehen soll, und der Frage, wo schliesslich dann eben der Missbrauch beginnt. Die jüngsten von den Medien aufgegriffenen Fälle deuten darauf hin, dass nicht alles, was in die Stiftungen fliesst, einem ehrlichen Zweck in der beruflichen Vorsorge dient. Wir müssen vermuten, dass nicht alle Beiträge im Sinn und Geist das decken, was in der Bundesverfassung verankert ist.

Die Bundesverfassung setzt aber klare Leitplanken. Wir wollen nicht, dass die Beiträge an die zweite Säule höher sind als die empfangenen AHV-Löhne. Solche Praktiken wären

missbräuchlich, denn sie verletzen den Zweck der beruflichen Vorsorge, wie er in der Bundesverfassung definiert ist. Die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung bedeutet in der Regel für die mittleren und oberen Einkommen, dass 60 Prozent des früheren Lohnes tatsächlich auch genügen sollten und in Form von Rechtsansprüchen eine Sicherung verdienen. Bei den Leuten mit kleinen Einkommen aber genügen die 60 Prozent häufig eben nicht. Wenn sie nämlich im Erwerbsleben von 2000 Franken Monatslohn leben, dann sind 60 Prozent oder 1200 Franken ganz einfach zu wenig, um den gewohnten Lebensstandard im Alter aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat hat dieses Problem des zu tiefen Sicherungsgrades schon seit langem erkannt. Der Dreisäulenbericht hält fest: «In der Nähe des angemessenen Existenzbedarfs ist nicht die Ersatzquote, sondern das absolute Niveau der Renten massgebend. In diesem Bereich dürfen die Renten nicht wesentlich tiefer liegen als das Einkommen, ohne dass deutliche Einnahmelücken entstehen. Aus diesem Grund muss bei tieferen Einkommen von einer Ersatzquote von 80 Prozent ausgegangen werden.» Dies ist eine aktuelle Interpretation des Verfassungsziels durch den Bundesrat.

Armut ist in der Schweiz trotz bestehender sozialstaatlicher Sicherung eine Realität. Die Armutsstudie von Professor Leu aus dem Jahr 1997 kommt zum Schluss, dass 5 bis 15 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer als arm gelten. Der Bericht identifiziert klare Problemgruppen: wirtschaftlich Schwache, Betagte, allein lebende Frauen, allein lebende Männer und vor allem Alleinerziehende mit geknickter Erwerbsbiographie. Im Besonderen führen heute gerade flexible Arbeitsverhältnisse zur sozialen Not. Denn Personen mit mehreren Stellen, mit Teilzeitbeschäftigungen oder mit Temporärstellen und kleinen Verdiensten sind in der zweiten Säule häufig nicht oder ungenügend versichert. Seit der Studie von Willy Schweizer über die Lage der Rentner wissen wir, dass es ganz besonders die Frauen sind, die von der heutigen Rentenformel benachteiligt werden. Deshalb ist es geboten, den Zweck der beruflichen Vorsorge auch im Gesetz festzuhalten.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns endlich auf die ursprünglichen Werte, auf den Sinn und Geist der Bundesverfassung besinnen. Denn nicht alles, was im BVG steht, ist im Sinne der Bundesverfassung, und nicht alles, was im Sinne der Bundesverfassung nötig wäre, wird heute von der zweiten Säule wirklich geleistet.

Deshalb bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe démocrate-chrétien, le groupe de l'Union démocratique du centre et le groupe radical-démocratique communiquent qu'ils soutiennent la majorité.

Rossini Stéphane (S, VS): Je ne vais pas reprendre ici les propos tenus par M. Rechsteiner. Bien évidemment, le groupe socialiste soutient la proposition de minorité.

Sur la problématique de la mention du niveau de vie antérieur dans la loi, du taux de 60 pour cent, qui est un taux déclaratoire, théorique et qui n'a franchement pas de réalité pour le vécu et la situation économique des rentières et des rentiers de ce pays, eh bien, derrière ce but, il y a un problème fondamental qui a été évoqué par M. Rechsteiner, c'est celui du respect du principe constitutionnel des trois piliers, ni plus ni moins.

Dans les différents débats que nous avons tenus ces dernières années autour de l'AVS, on peut avoir eu l'impression qu'il existe une sorte de tendance politique à banaliser ou à diminuer la portée de la norme constitutionnelle qui mentionne la prévoyance professionnelle. Or, le premier pilier ne vise pas à moins qu'à couvrir les besoins vitaux et le deuxième pilier doit permettre de couvrir le niveau de vie antérieur. Malheureusement, et j'insiste là-dessus, j'aurais envie de dire qu'il existe une sorte de dérive qui nous amène à concevoir le principe des trois piliers en disant que le premier pilier plus le deuxième pilier pourraient servir à couvrir

les besoins vitaux. Eh bien, non, de cette situation-là, nous n'en voulons point! C'est la raison pour laquelle il est important qu'on mentionne très clairement dans cette loi la nécessité de couvrir le niveau de vie antérieur.

Bien évidemment, et je me réfère à la réponse du Conseil fédéral à mon interpellation 00.3098, celui-ci a dit très clairement que l'objectif à long terme est d'atteindre ce niveau de vie antérieur avec les deux premiers piliers. Aujourd'hui, le problème, c'est que dans le droit en vigueur cité par le dépliant, on a la notion de «temps utile». Il me semble, et tout le groupe socialiste en est convaincu, que le «temps utile» est désormais arrivé. L'article constitutionnel date de 1975, la LPP date de 1985: je crois que maintenant, nous devons définitivement nous donner les moyens pour atteindre ces objectifs avec les deux premiers piliers.

Par conséquent et en conclusion, le but de cet alinéa est d'assumer des décisions politiques fondamentales ancrées dans la constitution. Il s'agit aussi de renforcer le premier pilier dans la couverture des besoins vitaux et il s'agit enfin de donner grâce au deuxième pilier, pour tous, une place dans ce système. L'essentiel pour nous, aujourd'hui, est d'éviter toute dérive et de renforcer les choix de la population de ce pays.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe libéral communique qu'il soutient la majorité.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Mit Stichtscheid der damaligen Präsidentin – es war noch Rosmarie Dormann – hat die Kommission entschieden, auf diesen Zusatz zu verzichten. In der Bundesverfassung, das wurde richtig gesagt, steht in Artikel 113 Absatz 2 Buchstabe a: «Die berufliche Vorsorge ermöglicht zusammen mit der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise.»

Wenn es schon in der Bundesverfassung steht, warum wollen wir es dann nicht in das Gesetz schreiben? Wir haben das mit einer knappen Mehrheit abgelehnt, weil in der Botschaft zur Einführung des BVG zwar 60 Prozent erwähnt waren. Aber man sah dann, dass es folgendes Problem gibt: Wenn Artikel 1 Absatz 2 tel quel so formuliert ist, ist er nicht justiziabel. Ein Leistungserbringer könnte seine Leistung mit der Begründung anfechten, dass sie diesem Artikel nicht gerecht werde, dass die Leistung diesen Artikel nicht erfülle. Es sind formal-rechtliche Argumente, nicht inhaltliche, die uns zu diesem Entscheid gebracht haben.

Es ist ganz klar, dass das Ziel einer angemessenen Leistung erfüllt ist und es wirklich vorhanden ist. Der Bundesrat wollte damals bei der Beratung des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge in Artikel 15 Absatz 2 eine Aufnahme der Möglichkeit, dass bei aussergewöhnlichen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen das Leistungsziel herabgesetzt werden kann. Aber der Nationalrat hat dieses Begehren kurzerhand gestrichen. Er wollte die «angemessene Weise» nicht von wirtschaftlicher Knappheit abhängig machen.

Es ist also klar: «Angemessen» muss es sein. Wir wissen aber auch, dass 60 Prozent in vielen Fällen nicht genügen. Es braucht dazu noch Ergänzungsleistungen, Kinderrenten, Alimente und jetzt – das ist gerade die Absicht der Kommission – eine Stärkung der zweiten Säule durch Verbreiterung der Lohnbasis. Hier wollen wir etwas tun, um dieses Ziel zu erfüllen. Diese rechtlichen Aspekte haben uns aber dazu geführt, auf eine Aufnahme, wie es die Minderheit Rechsteiner-Basel gewünscht hat, zu verzichten.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Après les considérations exposées par le rapporteur de langue allemande, je me limiterai à souligner que l'alinéa 2 selon la minorité charge le Conseil fédéral de proposer une révision de la loi de manière à assurer que le premier et le deuxième

piliers permettent aux assurés de maintenir de façon appropriée leur niveau de vie antérieur. La majorité de la commission, avec la voix prépondérante du président, est d'avis que le projet tel qu'il ressort des travaux de la commission, avec les améliorations apportées par rapport au message, répond déjà à cette tâche. Il faut aussi souligner que cet objectif de caractère général est déjà codifié dans la constitution même, à l'article 113 alinéa 2 lettre a, qui prévoit que «la prévoyance professionnelle conjuguée avec l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité permet à l'assuré de maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur».

Pour ces raisons, la majorité de la commission estime que l'on peut abroger l'alinéa 2 du droit en vigueur.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je remercie les rapporteurs des explications qu'ils ont données au sujet de la proposition de la majorité de la commission.

D'abord, le Conseil fédéral souhaite que cette disposition soit abrogée, principalement parce qu'il trouve qu'elle est rendue caduque par la révision actuelle. On ne peut pas toujours promettre une révision comme dans la fameuse pièce «En attendant Godot». On n'est pas toujours en train d'attendre une révision ou de la repousser d'une réforme à l'autre.

Ensuite, nous pensons aussi que la nécessité de fixer ce principe est relativement atténuée parce que les assurés de la génération d'entrée se trouvent peu à peu dans la situation de retraite satisfaisante que nous avons essayé de leur garantir. Pour les autres, il y a déjà le capital accumulé qui doit permettre de s'approcher de cet objectif.

Enfin, étant donné que la loi prévoit la possibilité d'avoir la primauté des cotisations, nous pensons que l'on ne peut pas partir dans tous les cas du principe de l'obligation de la primauté des prestations qu'implique en fait plus ou moins cette formulation.

Dans ce sens, nous vous invitons à abroger l'article 1er alinéa 2. Nous vous prions donc de suivre la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 61 Stimmen

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 12 360 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Minderheit I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr erreicht haben und bei einem oder mehreren Arbeitgebern einen Jahreslohn von mehr als 18 540 Franken erhalten (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 24 720 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Minderheit III

(Suter, Bortoluzzi, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez, Widrig)

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 18 540 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Minderheit IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(falls der Antrag der Mehrheit abgelehnt wird)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und einen Jahreslohn von mehr als 6180 Franken beziehen, unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Antrag Riklin

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 15 450 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Art. 2 al. 1*Proposition de la commission**Majorité*

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 12 360 francs (art. 7).

Minorité I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un ou de plusieurs employeurs un salaire annuel supérieur à 18 540 francs (art. 7).

Minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 24 720 francs (art. 7).

Minorité III

(Suter, Bortoluzzi, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez, Widrig)

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 18 540 francs (art. 7).

Minorité IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(au cas où la proposition de la majorité serait rejetée)

Sont soumis à l'assurance obligatoire tous les salariés qui ont plus de 17 ans et qui reçoivent un salaire annuel supérieur à 6180 francs.

Proposition Riklin

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 15 450 francs (art. 7).

Art. 7 Abs. 1*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 12 360 Franken beziehen, unterstehen ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.

Minderheit I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bei einem oder mehreren Arbeitgebern einen Jahreslohn von mehr als 18 540 Franken beziehen, unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 24 720 Franken beziehen, unterstehen ab

1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.

Minderheit III

(Suter, Bortoluzzi, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez, Widrig)

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 18 540 Franken beziehen, unterstehen ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod und Invalidität, ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres auch für das Alter der obligatorischen Versicherung.

Minderheit IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

(falls der Antrag der Mehrheit abgelehnt wird)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und einen Jahreslohn von mehr als 6180 Franken beziehen, unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Art. 7 al. 1*Proposition de la commission**Majorité*

Les salariés qui reçoivent d'un même employeur un salaire annuel d'au moins 12 360 francs sont soumis à l'assurance obligatoire pour les risques de décès et d'invalidité dès le 1er janvier qui suit la date à laquelle ils ont eu 17 ans et, pour la vieillesse, dès le 1er janvier qui suit la date à laquelle ils ont eu 24 ans.

Minorité I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Les salariés auxquels un ou plusieurs employeurs versent un salaire annuel supérieur à 18 540 francs sont soumis à l'assurance obligatoire

Minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 24 720 francs (art. 7).

Minorité III

(Suter, Bortoluzzi, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez, Widrig)

Les salariés auxquels un même employeur verse un salaire annuel supérieur à 18 540 francs sont soumis à l'assurance obligatoire pour les risques de décès et d'invalidité dès le 1er janvier qui suit la date à laquelle ils ont eu 17 ans et, pour la vieillesse, dès le 1er janvier qui suit la date à laquelle ils ont eu 24 ans.

Minorité IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

(au cas où la proposition de la majorité serait rejetée)

Sont soumis à l'assurance obligatoire tous les salariés qui ont plus de 17 ans et qui reçoivent un salaire annuel supérieur à 6180 francs.

Art. 8*Antrag der Kommission**Mehrheit**Abs. 1*

Untersteht ein Arbeitnehmer der obligatorischen Versicherung gemäss den Artikeln 2 und 7, ist der Jahreslohn bis 74 160 Franken abzüglich des Koordinationsabzuges zu versichern. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Der Koordinationsabzug beträgt 40 Prozent des Jahreslohnes, jedoch mindestens 9270 Franken und höchstens 21 810 Franken.

Minderheit I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Abs. 1

Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes zwischen 24 720 und 74 160 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Liegt der koordinierte Lohn unter 6180 Franken pro Jahr, muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.

Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Abs. 1

Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes zwischen 24 720 und 74 160 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3090 Franken im Jahr, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.

Minderheit IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(falls der Antrag der Mehrheit abgelehnt wird)

Abs. 1

Zu versichern ist der Jahreslohn bis 74 160 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Antrag Riklin**Abs. 2**

Der Koordinationsabzug beträgt 40 Prozent des Jahreslohnes, jedoch mindestens 12 360 Franken und höchstens 21 810 Franken.

Antrag Suter**Abs. 2**

Der Koordinationsabzug beträgt 40 Prozent des Jahreslohnes, jedoch mindestens 15 450 Franken und höchstens 21 810 Franken.

Art. 8**Proposition de la commission****Majorité****Al. 1**

Si le salarié est soumis à l'assurance obligatoire selon les articles 2 et 7, la partie du salaire annuel jusqu'à 74 160 francs doit être assurée, après soustraction de la déduction de coordination. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

La déduction de coordination correspond à 40 pour cent du salaire annuel, mais au minimum à 9270 francs et au maximum à 21 810 francs.

Minorité I

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Al. 1

La partie du salaire comprise entre 24 720 francs et 74 160 francs doit être assurée. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

Si le salaire coordonné n'atteint pas 6180 francs par an, il doit être arrondi à ce montant.

Minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Gutzwiller, Stahl)

Al. 1

La partie du salaire annuel comprise entre 24 720 et 74 160 francs doit être assurée. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

Si le salaire coordonné n'atteint pas 3090 francs par an, il doit être arrondi à ce montant.

Minorité IV

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(au cas où la proposition de la majorité serait rejetée)

Al. 1

Est soumis à l'assurance le salaire annuel jusqu'à concurrence de 74 160 francs. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Proposition Riklin**Al. 2**

La déduction de coordination correspond à 40 pour cent du salaire annuel, mais au minimum à 12 360 francs et au maximum à 21 810 francs.

Proposition Suter**Al. 2**

La déduction de coordination correspond à 40 pour cent du salaire annuel, mais au minimum à 15 450 francs et au maximum à 21 810 francs.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je vous propose de mener un seul débat sur l'article 2 alinéa 1er, l'article 7 alinéa 1er et l'article 8 alinéas 1er et 2, dans la mesure où les différentes propositions sont des concepts.

Meyer Thérèse (C, FR): Voici l'un des concepts en présence aux articles 2, 7 et 8, celui de la minorité I, c'est-à-dire celui que soutient la majorité du groupe démocrate-chrétien. Nous demandons que tous les salariés qui ont un salaire annuel supérieur à 18 540 francs aient accès au deuxième pilier, qu'ils aient un ou plusieurs employeurs. Tous les salariés de ce pays qui ont un salaire mensuel de 1500 francs auraient alors accès au deuxième pilier; environ 180 000 personnes seraient nouvellement assurées. Le salaire minimum assuré proposé serait de 6180 francs par an, ce qui améliore la situation des assurés jusqu'à un salaire annuel de 30 000 francs. Actuellement, une personne qui gagne 24 800 francs par an touche une rente annuelle de 1112 francs. Avec notre modèle, elle toucherait une rente annuelle de 2269 francs. Un mot sur le problème des employeurs multiples. L'aspect facultatif de l'assurance pour ceux qui ont plusieurs employeurs fait que, dans toute la Suisse, seuls 66 salariés y sont affiliés, parce qu'ils doivent s'en occuper eux-mêmes et que souvent, les employeurs les embauchent quand ils prennent l'engagement de ne pas s'assurer. C'est l'occasion de corriger l'injustice suivante: des gens qui gagnent maintenant déjà plus que la déduction de coordination ne sont pas assurés, et ce sont souvent des femmes! L'article 11 alinéa 7bis et l'article 46 prévoient une solution d'application et devraient être votés conjointement en cas d'acceptation du changement d'optique consistant à obliger les salariés qui ont plusieurs patrons à s'assurer.

En ce qui concerne les salariés dont les revenus sont proches de 1000 francs par mois, donc de 12 000 francs et quelques par année, il faut savoir que lorsque ces personnes arriveront à la retraite, elles auront, grâce à la rente AVS, le même revenu que pendant leur vie active. Le concept de la majorité de la commission leur permettrait d'accéder au deuxième pilier et elles toucheraient une rente mensuelle d'environ 86 francs une fois l'âge de la retraite atteint, ce qui, dans de nombreux cas, ne changerait pas leurs ressources totales puisque les prestations complémentaires seraient de toute façon nécessaires. Donc, le montant total à disposition serait le même, et les personnes à très bas salaires devraient économiser plus pendant leur vie active. Il y a donc quelques problèmes. C'est la raison pour laquelle nous demandons de baisser la déduction de coordination à 18 540 francs, puisque les personnes qui ont de tels salaires n'ont pas une rente AVS entière. Il y a donc une petite lacune à combler.

Le concept de la majorité, qui prévoit 40 pour cent de déduction de coordination, est intéressant par sa progression régulière et il règle aussi en une fois l'adaptation du taux de conversion. Mais il provoque une extension importante des rentes avec un coût net total de 865 millions de francs par an. En comparaison, notre modèle génère 475 millions de francs par an de dépenses supplémentaires par rapport à aujourd'hui. Le modèle Suter prévoit le même seuil d'entrée que nous, un seul employeur, mais une déduction de coordination de 40 pour cent, et les dépenses supplémentaires par rapport à aujourd'hui s'élèvent à 660 millions de francs. En clair, les assurés devraient économiser plus pendant leur vie active et souvent ils ont besoin de leurs moyens pour élever leurs enfants, et bien sûr la participation des employeurs devrait augmenter dans la même mesure pour compléter ce pilier.

En moyenne suisse, les retraités économisent plus que les personnes actives. Même si je suis tout à fait d'accord et favorable à une amélioration nécessaire pour certains d'entre eux, j'estime que l'extension proposée par la majorité est trop importante. Le groupe démocrate-chrétien sera derrière moi.

Nous avons mis la priorité sur le seuil de 18 540 francs permettant d'accéder au deuxième pilier même s'il y a plusieurs employeurs, sur l'amélioration jusqu'à 30 000 francs avec la technique bien connue du «Knickpunkt», comme dans l'AVS par exemple, et sur le maintien avec consolidation pour les autres rentes. J'ai entendu dire, comme critique, que notre modèle génère une diminution des rentes. C'est faux! Avec un taux de conversion de 6,8 pour cent, il y a un maintien des rentes et, même, à la fin de la période de cotisations une toute petite augmentation.

Donc nous n'avons pas comme objectif d'augmenter toutes les prestations de la prévoyance professionnelle, mais les améliorations proposées seront quand même sensibles. Nous concentrons nos moyens dans les projets de politique familiale. Je vous demande donc de soutenir les propositions de minorité I aux articles 2, 7 et 8.

Encore une petite remarque: les propositions de minorité I, concernant le taux de coordination, sont compatibles avec d'autres modèles.

Fasel Hugo (G, FR): Frau Meyer, Ihre Minderheit hat den Schwellenwert höher angesetzt. Sie versuchen sich dann aus diesem Problem zu retten, indem Sie kleinste Einkommen zusammenzählen. Können Sie in diesem Saal einmal sagen, wie viel die Administration dieser Maschinerie kosten würde, die Sie einführen wollen?

Sie haben es nicht erwähnt, deshalb erkläre ich, was das bedeutet: Wenn ich zu Beginn des Jahres irgendwo angestellt bin, muss mir der Arbeitgeber unter Umständen 4 oder 5 Franken abziehen. Wenn sich Ende Jahr herausstellt, dass ich die Schwelle nicht erreicht habe, muss man mir das wieder zustellen. Umgekehrt bezahlt der Arbeitgeber eineinhalb Jahre später noch Beiträge. Sagen Sie mir, was diese Maschinerie kostet.

Meyer Thérèse (C, FR): La question a été posée, mais on n'a pas eu de réponse précise, il est vrai. Le mécanisme proposé existe d'ailleurs déjà puisque les salariés qui ont plusieurs employeurs et qui en font la demande peuvent déjà s'affilier à une institution de prévoyance. A l'article 11 alinéa 7bis et à l'article 46, nous proposons que la caisse de compensation AVS annonce à l'institution supplétive les salariés et que cette dernière règle le problème avec les moyens proposés. Nous avons un système assez simple parce que nous prévoyons un salaire minimum assuré pour les salariés qui gagnent jusqu'à 30 000 francs par an et ensuite une déduction de coordination égale pour tout le monde. Donc, le projet a des conséquences supportables et j'espère qu'au cours des débats, nous pourrions vous donner plus de précisions sur les coûts effectifs.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Frau Meyer, Sie wollen keinen proportionalen Koordinationsabzug, und um die kleinere

Rente, die wegen des sinkenden Umwandlungssatzes kompensiert werden muss, dann trotzdem aufzustocken, wollen Sie die Kosten bei älteren Arbeitnehmern durch höhere Altersgutschriften verteuern. Haben Sie nicht Angst, dass bei einem solchen Auseinanderklaffen der Kosten bei unterschiedlichem Lebensalter die Nachteile für die älteren Arbeitnehmer noch grösser werden?

Meyer Thérèse (C, FR): C'est vrai que notre modèle, pour maintenir le montant des rentes, prévoit une petite augmentation et une répartition différente en fonction des âges pour les bonifications de vieillesse. Mais la répartition est beaucoup mieux faite que dans le projet du Conseil fédéral et ne désavantage donc pas réelement les travailleurs âgés. La proposition de la majorité de la commission, sur ce point, génère des rentes beaucoup plus élevées en valeur réelle, aussi pour les travailleurs âgés. Il faudrait donc vraiment comparer les modèles pour voir où il y a le plus de désavantages.

Triponez Pierre (R, BE): Die Minderheit II beantragt Ihnen im Einklang mit dem Bundesrat, die Eintrittsschwelle unverändert bei 24 720 Franken zu belassen und auf kostspielige Ausbauschritte zu verzichten. Eine Halbierung der bisherigen Eintrittsschwelle auf 12 360 Franken ist schlicht und einfach untragbar. Diese Fassung würde insgesamt Mehrkosten in Milliardenhöhe verursachen, und zwar Jahr für Jahr, und dazu führen, dass Erwerbstätige mit einem jährlichen Einkommen bis zu etwa 16 000 Franken nach ihrer Pensionierung eine Rentenleistung erhalten würden, die insgesamt höher wäre als ihr Einkommen während ihrer ganzen aktiven Lebenszeit. Sie müssten dies allerdings in all den Jahren der aktiven Erwerbszeit mittels obligatorischen Lohnabzügen Monat für Monat vor- und mitfinanzieren.

Sämtliche Wirtschaftsverbände der Schweiz, die Spitzenverbände, sind einhellig der Auffassung, dass eine Halbierung der Eintrittsschwelle für unsere Volkswirtschaft inakzeptabel wäre und bekämpft werden müsste. Als Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes – womit auch meine Interessenbindung offen gelegt ist – mache ich übrigens darauf aufmerksam, dass der KMU-untaugliche Administrativmehraufwand, der mit der Halbierung der Eintrittsschwelle verbunden wäre, und der riesige Kostenschub in Milliardenhöhe jährlich ganz speziell die KMU des Gewerbes treffen würden. Sie würden also jenen Teil der Volkswirtschaft treffen, den viele von Ihnen jeweils hier am Rednerpult als Rückgrat dieser Volkswirtschaft bezeichnen und der im Interesse eines gesunden Mittelstandes unbedingt von übermässigen Belastungen befreit werden sollte.

Die Minderheit II widersetzt sich aber auch der Reduktion der Eintrittsschwelle auf 18 540 Franken. Eine solche Reduktion hätte zwar weniger gravierende Konsequenzen als der Antrag der Kommissionsmehrheit, aber auch diese Lösung ist teuer – Frau Bundesrätin Dreifuss hat gesagt «vachement chère» – und wäre eben doch ein klarer Ausbauschritt mit entsprechenden Mehrkosten. Das Schlimme an diesen Mehrkosten ist, dass sie nicht schön regelmässig über die ganze Wirtschaft verteilt würden, sondern schwerwichtig Branchen und Betriebe treffen würden, die schon heute vielfach mit einer unzureichenden Ertragslage zu kämpfen haben und sich vielfach nur knapp über Wasser halten können. Zu erwähnen gilt es hier insbesondere das Gastgewerbe, den Detailhandel, aber auch die Landwirtschaft.

Gegen eine Senkung der obligatorischen Eintrittsschwelle sprechen die folgenden Gründe:

1. In einer Vielzahl von Fällen würden die Versicherten trotz jahrzehntelangen Beitragszahlungen in Pensionskassen gar nicht besser gestellt. Rentnerinnen und Rentner haben nämlich bekanntlich Anspruch auf Ergänzungsleistungen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, und diese würden bei einer Senkung der Eintrittsschwelle natürlich verringert oder sogar ganz wegfallen.

2. Von den zahlreichen Teilzeitbeschäftigten, die sich übrigens heute schon fakultativ versichern lassen können, ma-

chen lediglich etwa zwei Promille überhaupt von dieser Möglichkeit Gebrauch, was auch auf die nicht gerade dringliche Wünschbarkeit dieser Herabsetzung hinweist.

3. Eine Senkung der Eintrittsschwelle hätte negative volkswirtschaftliche Auswirkungen: Lohndruck, Preissteigerungen, negative Beschäftigungseffekte, Steuerausfälle.

4. Die Schwarzarbeit würde zweifellos zunehmen; das ist ein Aspekt, der hier noch nicht behandelt worden ist. Höhere Auflagen und Sozialabgaben sind bekanntlich der beste Nährboden für das Aufblühen der Schattenwirtschaft. Deshalb beantragt Ihnen die Minderheit II, an der bestehenden Eintrittsschwelle festzuhalten.

Aber auch beim Koordinationsabzug, bei Artikel 8, vertritt die Minderheit II die gleiche Haltung wie der Bundesrat. Eine Verringerung des Koordinationsabzuges und damit eine Erhöhung des versicherten Lohnes hätten einfach massive Mehrkosten zur Folge. Die Zielsetzung des Bundesrates, die BVG-Revision auf eine Konsolidierung des heutigen Systems zu beschränken, würde verfehlt.

Genauso wichtig wie die Beibehaltung des heutigen Koordinationsabzuges ist für die Minderheit II die Beibehaltung des mindestens verdienten Niveaus auf dem Niveau von 3090 Franken. Verdoppeln wir nämlich diesen Wert – wie dies Frau Meyer Thérèse vorhin vorgeschlagen hat –, so schnellen die Kosten, die beim Überschreiten dieser Eintrittsschwelle entstehen, sehr rasch sehr stark in die Höhe. Sie müssen sich das so vorstellen: Bis zum Erreichen dieser Eintrittsschwelle hätten dann weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer Beiträge zu entrichten. Wenn man diese Eintrittsschwelle einmal erreicht hätte, würde das im Extremfall für den Arbeitgeber Kosten in der Grössenordnung von jährlich 1000 Franken und für den Arbeitnehmer zumindest mehrere Hundert Franken Lohneinbusse bedeuten. Dass natürlich angesichts solcher Auswirkungen weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber ein Interesse daran hätten, diese Eintrittsschwelle beispielsweise knapp zu überschreiten, liegt auf der Hand. Hüten wir uns deshalb davor, Bestimmungen ins BVG aufzunehmen, die zwar auf dem Papier gut aussehen mögen, sich in der Praxis aber fast ausnahmslos zum Nachteil aller Betroffenen auswirken könnten.

Ich beantrage im Namen der Minderheit II, bei all den jetzt behandelten Bestimmungen in den Artikeln 2, 7 und 8 auf der bundesrätlichen Linie zu bleiben.

Rossini Stéphane (S, VS): En fonction de l'objectif fixé par la constitution et sur la base des informations chiffrées qui sont à notre disposition, puisque la moitié des rentiers de ce pays touchent uniquement l'AVS et puisque nous avons vu que l'objectif constitutionnel n'est pas atteint en additionnant l'AVS et la LPP, seriez-vous prêt, à moyen terme, à augmenter alors la rente AVS, si votre proposition devait passer?

Triponnez Pierre (R, BE): Ecoutez, je crois qu'avec la solution de la minorité II, qui est d'ailleurs semblable à celle du Conseil fédéral – ne l'oublions pas! –, l'objectif constitutionnel est sans doute atteint, sinon le Conseil fédéral ne l'aurait pas présentée. Et ne me posez pas aujourd'hui une question sur l'évolution future de l'AVS – ça, c'est une autre discussion. Ici, je crois qu'il faut trouver une solution qui permette une consolidation du deuxième pilier et que l'on puisse financer. Ce que l'on prépare ici, avec les propositions de la majorité surtout, c'est une augmentation des coûts qui est, à mon avis, inacceptable.

Suter Marc F. (R, BE): Die Minderheit III möchte zwei Knackpunkte miteinander auf einer mittleren Linie verbinden. Die eine Frage betrifft die Eintrittsschwelle, die andere Frage die Anwendung des Koordinationsabzuges. Bei Letzterem, also beim Koordinationsabzug, folgt die Minderheit III der Kommissionsmehrheit. Sie befürwortet mit anderen Worten den Koordinationsabzug von 40 Prozent des Jahreslohnes – der Abzug soll sich also nach dem Beschäftigungsgrad ausrichten –, und zwar mit der Unter- und der Obergrenze, wie sie in Artikel 8 festgehalten werden.

Ein technisches Problem gilt es dann bei der Abstimmung zu beachten: Mein Einzelantrag hätte eigentlich auf der Fahne stehen sollen, aber aus irgendwelchen Gründen ist er unter Eis geraten. Deshalb habe ich betreffend Koordinationsabzug einen Einzelantrag zu Artikel 8 gestellt. Dieser bezieht sich aber auf das System und muss im Ganzen gesehen werden.

Zunächst eine Bemerkung zum Koordinationsabzug: Sehr viele Leute in der Praxis verstehen nicht, welche Bewandnis es mit diesem Koordinationsabzug hat. Wie wir wissen, dient er der Abgrenzung von erster und zweiter Säule. Es gibt aber sehr viele Vorsorgeeinrichtungen, die diesen Koordinationsabzug gemäss Reglement im unteren Einkommensbereich gar nicht anwenden. Damit ist auch gesagt, dass eine Anpassung dieser starren Regelung, die ja sehr viele Arbeitnehmer von der zweiten Säule ausschliesst, bzw. deren Flexibilisierung dringend notwendig ist.

Der Koordinationsabzug steht in einem engen Zusammenhang mit der Frage der Eintrittsschwelle. Bisher war die Eintrittsschwelle bei einem Jahresgehalt von 24 720 Franken festgesetzt. Die Kommissionsmehrheit hat diese Eintrittsschwelle halbiert. Die Minderheit III geht in die Mitte dieser Differenz, und da besteht in Bezug auf den Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse) kein Unterschied.

Der Unterschied zum Antrag der Minderheit I besteht aber darin, dass jenes System nicht den flexibilisierten Koordinationsabzug, wie ihn die Kommissionsmehrheit vorschlägt, zur Anwendung bringen will. Diese Differenz zum Antrag der Minderheit I ist natürlich von sehr grosser Tragweite, auch wenn die Eintrittsschwelle zahlenmässig die gleiche ist. Der Antrag der Minderheit I – das könnten die Kommissionssprecher vielleicht noch verdeutlichen – hat zur Folge, dass die Besitzstandswahrung bei den mittleren Einkommen nicht gegeben ist und dort im Gegenteil Abstriche vorgenommen werden müssen. Frau Meyer, Sie haben aus diesem Grunde natürlich die Altersgutschriften angehoben, indem der Zuschlag von 1 Prozent vorgesehen wird; aber ich muss Ihnen sagen, dass dieses System nachhaltig zu wenig konsistent ist, und es sollte von Ihnen deshalb nicht gutgeheissen werden. Das System der Kommissionsmehrheit ist in diesem Punkt eindeutig vorzuziehen: Es ist einfach, praktikabel und entspricht der wirtschaftlichen Realität bei den tiefen und mittleren Einkommen.

Nun noch ein Wort zum Antrag der Minderheit II: Es ist ein Fehlschluss, zu argumentieren, die zweite Säule solle nicht für Personen mit kleinen Einkommen zur Verfügung stehen. Was passiert nämlich, wenn man auf die AHV und die Ergänzungsleistungen verweist? Man zeigt damit einen etwas billigen Ausweg auf, der dazu führt, dass die Selbstverantwortung geschwächt wird. Denn all jene, die auch bei kleinen Einkommen die Beiträge für die zweite Säule bezahlen müssen, könnten darauf verzichten – aufgrund der Überlegung, man wolle während der Erwerbszeit keine Abzüge in Kauf nehmen, da man die Sicherheit habe, dass im Rahmen der ersten Säule die AHV zahlt und die Ergänzungsleistungen zum Tragen kommen, wenn dies nicht genügt.

Wir befürworten etwas anderes: Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, die Eintrittsschwelle bei der zweiten Säule zu senken. Damit können auch Personen mit kleinen Einkommen eine Vorsorge treffen. Sie bezahlen ja die Hälfte dieser Beiträge, und entsprechend wird die Selbstverantwortung gestärkt, und die Ergänzungsleistungen werden tendenziell entlastet.

Warum will die Minderheit III die Eintrittsschwelle nicht bei etwas mehr als 12 000 Franken ansetzen wie die Mehrheit? Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits wollen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einem Einkommen von 1000 Franken pro Monat keine Abzüge vornehmen, haben also kein Interesse, bei dieser tiefen Schwelle der zweiten Säule überhaupt beizutreten. Andererseits hat die Lösung der Mehrheit zur Folge, dass zusammen mit der AHV die Ersatzleistungen aus der ersten und zweiten Säule bei diesen tiefen Einkommen höher sind als das versicherte Gehalt. Uns scheint, dass diese Konsequenz des Modells für diese Lohnempfänger zwar finanziell vorteilhaft ist, aber dem Ver-

sicherungsprinzip entgegensteht. Dieses Problem besteht ab einem Jahreseinkommen von 14 000 Franken nicht; bei der Fassung der Minderheit III entfällt diese Verzerrung mit hin.

Ich komme noch zu den Mehrkosten. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat diese Mehrkosten geschätzt. Nach dem Modell der Minderheit I belaufen sie sich auf 485 Millionen, nach jenem der Minderheit III auf 660 Millionen und nach jenem der Mehrheit auf 865 Millionen Franken pro Jahr. Bei diesen Beträgen ist natürlich zu berücksichtigen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch für sie aufkommen. Mit anderen Worten: Wenn Sie sich die Frage stellen, inwiefern die Unternehmungen belastet sind, dann können Sie diese Mehrbelastungsbeträge halbieren. Das relativiert die Frage der Mehrbelastung doch erheblich. Die Flexibilisierung des Koordinationsabzuges und die Senkung der Eintrittsschwelle bedeuten, dass sehr viele Personen, die heute nicht der zweiten Säule angehören, hier neu mitmachen können. Wenn Sie dies gegen die Mehrbelastung abwägen, die für die Unternehmen doch gering ist, dann kann ja die Antwort nur lauten, dass Sie dieser Änderung, der Senkung der Eintrittsschwelle wie auch der Flexibilisierung des Koordinationsabzuges, zustimmen müssen. Sie müssen dies tun, um den vielen Teilzeiterwerbstätigen Rechnung zu tragen, um den vielen Frauen entgegenzukommen, die aufgrund der traditionellen Rollenverteilung sonst die Schwelle des nötigen Erwerbseinkommens nicht erreichen.

Wollen Sie alle diese Erwerbstätigen tatsächlich weiterhin von der zweiten Säule ausschliessen, wie dies von der Minderheit III verlangt wird? Die Antwort kann doch nur Nein lauten! Zusammenfassend: Wir denken, dass die Lösung der Minderheit III auch für die Wirtschaft und die Versicherungen akzeptabel ist. Das ist uns signalisiert worden. Wir denken, dass wir die Hauptprobleme mit diesem vermittelnden Vorschlag lösen. Wir denken, dass der Antrag der Minderheit III doch erhebliche Vorzüge gegenüber dem Antrag der Minderheit I aufweist. Und wir finden, dass der Antrag der Minderheit II nicht akzeptabel ist, insbesondere nicht für all jene, die sonst weiterhin von der zweiten Säule ausgeschlossen wären und die wir wie die Kommissionsmehrheit nun einbeziehen wollen.

Ich bitte Sie also, hier der Minderheit III zu folgen.

Noch eine letzte Bemerkung: Bei der Abfassung des Textes ist eine Unterlassung passiert. Wir haben auch in der Kommissionsberatung ausdrücklich gesagt, dass die Teilzeitleistungen bei mehreren Arbeitgebern zusammengerechnet werden müssen. Mit anderen Worten: Es sollte wie im Antrag der Minderheit I auch bei der Minderheit III heissen: «bei einem oder mehreren Arbeitgebern». Ich bitte die Präsidentin, das bei der Abstimmung dann noch zu präzisieren, damit alle, die jetzt nicht im Saal sind, das nachvollziehen können.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je peux rassurer M. Suter que son voeu sera exaucé.

Meyer Thérèse (C, FR): Monsieur Suter, est-ce que je me trompe si je dis que les chiffres que vous avez évoqués, qui démontrent que les propositions de minorité I entraînent une baisse des rentes, découlent en fait d'un modèle qui propose un taux de conversion de 6,65 pour cent? Je précise que le modèle de la minorité précitée présuppose un taux de conversion de 6,8 pour cent, ce qui maintient les rentes et offre un soutien pendant la période de transition, comme c'est le cas avec d'autres modèles. Vers la fin de la période de transition, s'il est maintenu, on a une petite augmentation des rentes. C'est le département qui m'a fourni ces chiffres, je peux vous les montrer. Je crois donc qu'il y a une confusion entre le modèle de la minorité I et celui de la minorité Widrig. Le modèle de la minorité I postule un taux de conversion de 6,8 pour cent, ce qui conduit à un maintien des rentes, voire à une petite augmentation de celles-ci.

Suter Marc F. (R, BE): Frau Meyer, die Minderheit III folgt bei der Frage des Umwandlungssatzes der Kommissionsmehrheit, sieht also 6,8 Prozent vor, allerdings mit einer Anpassungsfrist von 10 Jahren.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je rappelle que nous aurons l'occasion de creuser la question du taux de conversion en temps utile, lorsque nous aborderons les articles 14 et suivants.

Goll Christine (S, ZH): Bei den Artikeln 2, 7 und 8, die wir gemeinsam behandeln, geht es um die Modellfrage und damit auch um eine entscheidende inhaltliche Frage. Es geht nämlich um die Frage, ob eine der massivsten Diskriminierungen in der zweiten Säule für Frauen und Männer mit kleinen Einkommen und für Teilzeiterwerbstätige endlich beseitigt wird. Es geht, wenn wir das Modell der SGK-Mehrheit anschauen, auch um die entscheidende Frage, ob dieses Parlament gewillt ist, Verbesserungen für die mittleren Einkommenskategorien zu erzielen. Dies kann vor allem durch den angestrebten Systemwechsel geschehen, wie ihn die SGK-Mehrheit vorsieht.

Die SGK war mit der Botschaft des Bundesrates nicht zufrieden. Sie hat die Chance gepackt, eine zeitgemässe, sozial ausgewogene Vorlage zu erarbeiten, welche endlich von den Arbeits- und Lebensrealitäten der Bevölkerung ausgeht und auch ein Stück mehr Frauengerechtigkeit bringt. Das Modell der Kommissionsmehrheit, das Sie auf der Fahne finden, ist bereits ein Kompromissmodell. Die SP-Fraktion hat im Laufe der Beratungen grundsätzlich immer substanziellere Verbesserungen gefordert. Schauen wir die Auswirkungen des Modells der Kommissionsmehrheit an, so stellen wir fest, dass über die Hälfte der Erwerbstätigen besser versichert wären, dass fast 60 Prozent der Frauen besser gestellt würden. Wir stellen fest, dass 17,4 Prozent der Frauen und 7,1 Prozent der Männer neu versichert würden.

In diesem Zusammenhang bietet die SP Hand zu diesem Kompromiss, vor allem angesichts der Tatsache, dass heute jede zweite erwerbstätige Frau nicht versichert ist, und vor allem auch angesichts der Tatsache, dass mit dieser ersten BVG-Revision ein Abbau der Leistungen für die Frauen stattfindet, indem nämlich das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöht werden soll.

Aber wenn Sie das Modell der Kommissionsmehrheit anschauen, stellen Sie auch fest, dass 8 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen – also mehr als doppelt so viel – nach wie vor nicht versichert werden. Trotz der Verbesserungen im Modell der Kommissionsmehrheit bleibt ein Teil der Bevölkerung aus dem Versicherungsschutz der zweiten Säule ausgeklammert.

Was schlagen wir Ihnen nun mit dem Modell der Minderheit IV vor? Als Erstes schlagen wir Ihnen vor, den Koordinationsabzug abzuschaffen. Das ist nicht etwa ein Novum, sondern bereits heute Realität. 37 Prozent der Versicherungseinrichtungen kennen nämlich schon heute das Modell «Koordinationsabzug null». Diese Forderung entspricht auch den jahrzehntealten Forderungen der Frauenorganisationen. Bereits 1988, also kurz nach Inkrafttreten des BVG, hat die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen den Vorschlag gemacht, den Koordinationsabzug gänzlich abzuschaffen.

Als Zweites fordern wir in unserem Modell, dass eine Eintrittsschwelle festgelegt wird, die der Hälfte der heutigen AHV-Minimalrente oder, anders gesagt, einem Viertel der heutigen AHV-Maximalrente entspricht. Diese Eintrittsschwelle beträgt 6180 Franken. Mit der Eintrittsschwelle von 6180 Franken in unserem Modell wird verhindert, dass ein unverhältnismässig hoher administrativer Aufwand für ganz kleine Einkommen, also für so genannte Bagatellöhne von gut 500 Franken pro Monat, betrieben werden muss.

Das Modell der Minderheit IV findet später auch in Artikel 16 seinen Niederschlag, wo es um die Altersgutschriften geht. Als Kompensation zu unserem Modell schlagen wir vor, dass die Altersgutschriften um rund einen Drittel gesenkt werden

können, damit bei den höheren Einkommen keine Überversicherung stattfindet.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass nur das Modell der Kommissionsmehrheit dazu beiträgt, auch Hand für Lösungen zu bieten, wenn es um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, die mehrere Arbeitsverhältnisse bei verschiedenen Arbeitgebern haben. Denn dank der Eintrittsschwelle von 12 360 Franken, wie sie die Kommissionsmehrheit beantragt, würde auch eine ganze Reihe von Mehrfach-Angestellten von dieser Versicherungslösung erfasst. Die Kommissionsmehrheit hat auch vorgesorgt für den Fall, dass ihr Modell nicht obsiegt, indem sie bei Artikel 46, wo es um die grundsätzliche Frage des Obligatoriums geht, beantragt, dass ein Obligatorium für Arbeitnehmende mit mehreren Arbeitgebern eingeführt werden muss, wenn das Modell der Kommissionsmehrheit nicht obsiegt. Deshalb ist auch zu betonen, dass der «Köder», den Frau Meyer vorhin vorgestellt hat, vollkommen überflüssig ist.

Ich sage es nochmals: Die SP-Fraktion trägt diesen Kompromiss der Kommissionsmehrheit mit. Deshalb erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag der Minderheit IV, wenn sich das Konzept der Kommissionsmehrheit durchsetzt. Ich möchte hier auch in aller Deutlichkeit sagen, dass sowohl der Antrag der Minderheit III (Suter) als auch der Antrag Riklin, der anschliessend noch begründet wird, erst recht aber der Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse) eine Abweichung des hart erarbeiteten Kompromisses darstellen und für uns in dieser Form nicht akzeptiert werden können.

Bühlmann Cécile (G, LU): Bei den Artikeln 2, 7 und 8 geht es um die Wurst dieser Vorlage. Sie bilden den Kern dieser Revision, und wie diese Frage entschieden wird, ist für uns Grüne der Gradmesser für die soziale Ausgestaltung der Revision. Das hat die deutliche Mehrheit der SGK – 16 zu nur 5 Stimmen – begriffen und entgegen der Absicht des Bundesrates diese Artikel so verändert, dass damit eine alte und störende soziale Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft wird: Endlich sollen Kleinverdienende und Teilzeitbeschäftigte auch die Möglichkeit bekommen, ihre Altersvorsorge auf sicherere Beine zu stellen. Da die AHV diese Funktion ja nicht erfüllt, ist es nicht mehr als recht, dass dieses Problem bei der zweiten Säule geregelt wird. Insofern kann ich im Namen der Grünen der Mehrheit der Kommission nur ein Kränzchen winden und hoffen, dass dieser Rat der klugen Vorlage der Kommissionsmehrheit folgt und sich nicht von den Referendumsdrohungen der Arbeitgeberseite beeindrucken lässt. Da teile ich für einmal – es ist selten genug – die Meinung der sozialpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Frau Egerszegi, die hinter diesem Begehren steht. Wenn Frau Egerszegi das tut, kann ja wohl niemand behaupten, es handle sich um eine extreme Forderung.

Wer sind denn die Leute, die mit dieser Revision besser gestellt werden? Die Antwort ist gleichstellungspolitisch absolut brisant: 50 Prozent der Frauen – ich lasse die Männer für einmal weg, obwohl auch Männer besser gestellt werden – sollen mit der Version der Mehrheit der SGK gegenüber heute besser gestellt werden, und 17 Prozent mehr Frauen sollen gegenüber heute neu versichert werden.

Das ganze Ausmass der heutigen Diskriminierung von Frauen wird aber erst sichtbar, wenn wir uns bewusst machen, dass selbst mit dieser Verbesserung immer noch 17 Prozent der Frauen – das ist fast jede fünfte erwerbstätige Frau – von der zweiten Säule ausgeschlossen bleiben. Wenn wir dieses Gesetz im Sinne des Bundesrates oder im Sinne der Minderheitsanträge, die vorhin begründet wurden, revidieren würden, würden wir uns den Vorwurf machen müssen, dass wir die Verfassung verletzen. Denn Artikel 8 der Verfassung verlangt, dass wir die faktische Gleichstellung der Frauen in allem gesetzlichen Tun anstreben. Die Version der Mehrheit der Kommission geht einen grossen und wichtigen Schritt in die richtige Richtung, aber keineswegs einen zu grossen. Es ist immer noch ein Kompromiss: Immer noch bleibt jede fünfte Frau von der zweiten Säule ausgeschlossen.

Absolut kein Verständnis hat die grüne Fraktion für den Antrag der Minderheit I. Frau Meyer Thérèse ist immerhin eine CVP-Frau, die die massive heutige Diskriminierung der Frauen mit ihrem Antrag nur ganz, ganz leicht korrigieren will. Nur 6 Prozent der Frauen sollen besser gestellt werden gegenüber immerhin 50 Prozent, wie es die Kommissionsmehrheit beantragt. Es kommt uns so vor, als hätte Frau Meyer nach dem Motto gehandelt: Jetzt peile ich mal die Mitte dessen an, was vorliegt. Das ist dann eben der Betrag, bei dem sie gelandet ist. Wir Grünen wundern uns tatsächlich darüber, dass eine CVP-Frau hinter den von der FDP-Frau Egerszegi mit unterstützten Antrag zurückgeht. Die Sorge um die Frauen kann es ja wohl nicht sein, und ich frage mich, wie Frau Meyer das den Frauen im Land draussen erklären will. Ich nehme an, dass auch sie den Brief ihrer Kollegin erhalten hat, die jetzt gerade den Saal betritt, nämlich von Frau Simoneschi. Sie hat in ihrer Funktion als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen uns allen einen schönen, netten Brief geschrieben. Freundlich bittet sie uns: «Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen bittet Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die Frage des Koordinationsabzuges in die Revision aufzunehmen und einer deutlichen Senkung, mindestens Halbierung, der Eintrittsschwelle in eine Pensionskasse zuzustimmen.» Wenn ich richtig rechne, ergibt die Halbierung der heutigen Eintrittsschwelle von 24 720 Franken 12 360 Franken. Damit landen wir beim Vorschlag der Kommissionsmehrheit und nicht beim Antrag der Minderheit I, bei 18 540 Franken.

Da es sich hier um zwei CVP-Frauen handelt, die unterschiedliche Positionen vertreten, bitte ich sie, vielleicht miteinander über die Bücher zu gehen, und rate Frau Simoneschi an, ihre Kollegin doch zu überzeugen, ihren Antrag zurückzuziehen. Denn es besteht die Gefahr, dass er als Kompromiss zwischen dem Antrag der Minderheit II (Triponez), der die Schwelle gar nicht senken will, und dem Antrag der Kommissionsmehrheit angeschaut wird. Aber der Antrag der Kommissionsmehrheit ist schon ein Kompromiss, deshalb ist der Antrag der Minderheit I sehr gefährlich.

Er hat auch noch einen Pferdefuss – es wurde in der Frage von Herrn Fasel vorhin erwähnt –: die ganze Frage des Zusammenzählens der einzelnen Anstellungsverhältnisse, der ganze administrative Aufwand, die Unpraktikabilität. Das ist einfach nicht praktikabel, und deshalb ist das Modell der Minderheit I bzw. Meyer Thérèse insgesamt abzulehnen.

Herr Triponez will überhaupt nichts. Er markiert den Hardliner. Er vertritt ganz klar Arbeitgeberinteressen, aber das ist auch nur vordergründig, denn es gibt durchaus Arbeitgeberinteressen, die eigentlich dem entgegenstehen müssten. Aus der Praxis ist bekannt, dass es heute schon fortschrittliche Gewerbebetriebe gibt, die genau das tun, was die Kommissionsmehrheit vorschlägt. Es gibt allerdings auch Branchen, die sich mit allen Mitteln gegen einen tieferen Schwellenwert wehren, das stimmt. Es sind aber genau die Branchen mit den allertiefsten Löhnen, im Verkauf und im Gastrogewerbe, und statt endlich für zeitgemässe Anstellungsbedingungen zu sorgen, will man die Angestellten weiterhin vom BVG ausschliessen. Interessant ist auch, dass es die Landwirtschaft und das Gastrogewerbe waren, die im letzten Jahr mächtig Druck auf Bundesrätin Metzler machten, es bräuchte neue, zusätzliche ausländische Arbeitskräfte, weil zu den Bedingungen, wie sie heute gälten, hier im Land niemand mehr arbeiten wollte. Das sind doch eigentlich Widersprüche. Diesem Verhalten könnten wir mit der Revision im Sinne des Antrages der Kommissionsmehrheit heute einen Riegel vorschieben.

Zum Antrag der Minderheit IV (Goll): Er setzt die Eintrittsschwelle noch weiter herunter, was uns natürlich sympathisch ist, weil damit noch ein weiterer Teil von Kleinverdienenden ins BVG aufgenommen würde, aber wir sagen ganz offen: Wenn der Kompromissvorschlag der Mehrheit der Kommission angenommen wird, dann sind wir Grünen mehr als zufrieden, und wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, diesen durchzubringen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie klugerweise dem Antrag der Mehrheit der Kommission folgen.

Riklin Kathy (C, ZH): Das Ziel der meisten Anträge zu Artikel 2 BVG ist die Besserstellung der Personen mit niedrigen Einkommen, der Teilzeitbeschäftigten, und das sind vor allem die Frauen. Für sie will ich mich hier engagieren. Mit meinem Antrag nehme ich das Anliegen von Rosmarie Zapfl auf, dem mit voller Unterstützung der CVP-Fraktion Folge gegeben wurde. Mein Vorschlag liegt zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem Antrag der Minderheit III (Suter).

Der Schweizerische Pensionskassenverband hält in seiner Stellungnahme fest, dass das von der Mehrheit vorgeschlagene Modell in den Lohnbereichen unter etwa 16 000 Franken zu eigentlichen Überversicherungen führt. Das heisst, dass die Leistungen der AHV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge mehr als 100 Prozent des Einkommens abdecken würden. Daher beantrage ich als Eintrittsschwelle 15 450 Franken. Der Koordinationsabzug soll aber gemäss der Mehrheit 40 Prozent des Jahreslohnes betragen und nicht 24 720 Franken. Mein Modell wurde von der Verwaltung verdankenswerterweise durchgerechnet: Es würde zusätzliche Kosten von 780 Millionen Franken verursachen. Herr Suter hat Ihnen den Mechanismus hier genau erklärt. Die Kosten würden auf die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber aufgeteilt; das wäre eine gute Investition für die Zukunft, denn damit erhalten die Leute Pensionen, die ihnen ein würdiges Altwerden erlauben.

Wenn Wirtschaftskreise schreiben – wie das in unseren Unterlagen zu finden war –, dass die Leute mit kleinen Einkommen Ergänzungsleistungen beziehen könnten, ist dazu zu sagen, dass dies erstens erniedrigend und zweitens eine Abwälzung der sozialen Verantwortung ist. Die Ergänzungsleistungen werden bekanntlich vom Bund, vom Kanton und von der Wohngemeinde bezahlt. Damit wälzen sie die Kosten einfach auf die öffentliche Hand und die Steuerzahler ab. Mit dem Modell der Minderheit I (Meyer Thérèse) würden alle Einkommen bis 30 900 Franken gleich behandelt, d. h., die Personen mit Einkommen von 18 000 bis 31 000 Franken erhielten dann alle eine jährliche Pension von 2269 Franken. Das ist beinahe zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Stimmen Sie diesem Vermittlungsantrag zu. Die ehemalige Präsidentin der SGK, Frau Dormann, und die Initiantin, Frau Zapfl, die leider beide krank sind und an dieser Session nicht teilnehmen können, unterstützen diesen ausgewogenen Antrag zugunsten der Personen mit kleinen Einkommen, zugunsten der Frauen.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Widrig Hans Werner (C, SG): Zu den Artikeln 2, 7 und 8 betreffend den Schwellenwert beim Koordinationsabzug: Die hohen Kosten, die der Antrag der Kommissionsmehrheit verursachen würde, sind das eine – wobei die Schätzungen, wonach das heute schon viele freiwillig machen, sehr optimistisch sind. Das andere ist bei diesem Antrag die ungleiche Verteilung der strukturschwachen Berufe, die ohne Staatssubventionen auskommen müssen. Diese sind natürlich speziell betroffen. Es gibt viele KMU, bei denen heute mehr oder weniger eine Minimalversicherung besteht; das Beispiel Gastro wurde erwähnt, und die Landwirte werden sich auch melden. Da bräuchte das Modell der Kommissionsmehrheit eine Kostensteigerung von rund 50 Prozent. Das Modell der Minderheit I (Meyer Thérèse) geht weniger weit als jenes der Mehrheit, ist aber mit den Eckwerten der Eintrittsschwelle von 18 550 Franken und dem minimal versicherten Lohn von 6180 Franken finanzierbar. Damit entstünden gegenüber dem heutigen System Mehrkosten von noch 140 Millionen Franken. Mit diesem effizienten Modell werden alle Versicherten im Einkommensbereich zwischen 18 540 und 30 000 Franken besser versichert als heute. Das ist nicht nichts, Frau Bühlmann! Dagegen ergeben sich für die höheren Einkommensbereiche keine Änderungen, da der Koordinationsabzug von 24 000 Franken beibehalten wird; das ist der Vorteil.

Der Antrag der Minderheit III (Suter) mit einem Schwellenwert von 18 540 Franken ändert aber auch das System und

liegt beim Koordinationsabzug, bei Artikel 8, auf der Linie der Kommissionsmehrheit. Das hat natürlich zwei Nachteile: Der erste betrifft die hohen Kosten. Herr Suter hat die effektiven Nettokosten unter dem Strich genannt – 295 Millionen Franken gemäss Bundesrat, 475 Millionen Franken gemäss Minderheit I (Meyer Thérèse), 660 Millionen Franken gemäss Minderheit III (Suter) und 890 Millionen Franken gemäss Kommissionsmehrheit. Das zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – das ist die Wirtschaft! Der zweite Nachteil besteht darin, dass man im Lohnbereich bis 16 000 Franken zum Teil Überversicherungen hat, wie meine Vorrednerin, Frau Riklin, gesagt hat.

Wenn Sie am Koordinationsabzug zu schrauben beginnen, gibt es natürlich Probleme mit der Balance des Dreisäulenkonzeptes. Die Auswirkungen der Verlagerungen von erster, zweiter und dritter Säule bzw. erster und zweiter Säule sollten wir dann am Schluss der Beratungen im Zusammenhang mit der 11. AHV-Revision schon noch überprüfen.

Ich bitte Sie, hier dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen; er beruht auf dem heute bekannten BVG-System und ist administrativ ohne weiteres und einfach umzusetzen. Wir haben das Problem der Mitarbeiter bei mehreren Arbeitgebern mit einbezogen.

Noch etwas zu diesem ganz tiefen Schwellenwert: Sie können im Tiefstlohnbereich von 12 000 Franken schon Lohnabzüge machen, aber das ist natürlich eine Kaufkrafteinbusse. Bei den kleinen Löhnen ist der Lohnabzug überproportional, das hat natürlich zur Folge, dass einige der Betroffenen gegen diese Ausweitung sind. Nun sagen Sie, man müsse diese Leute zu ihrem Glück zwingen. Ja, ich bin einverstanden mit diesem Zwang, aber bitte mit Mass. Der massvolle Antrag ist der Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse) mit dem Schwellenwert von 18 000 Franken bei gleich bleibendem Koordinationsabzug. Dieser Antrag ist ein Konzept und betrifft die Artikel 2, 7 und 8. Die CVP-Fraktion wird grossmehrheitlich diesem Konzept zustimmen.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Man ist doch immer wieder hin und her gerissen, wen man unterstützen oder bevorzugen sollte: die Arbeitnehmenden, die Arbeitgebenden, die Frauen, die wirklich ein grosses Potenzial für die Wirtschaft darstellen und denen man z. B. im Sektor der Kinderbetreuung wirklich helfen sollte, die Jugendlichen, die ja schliesslich unsere Zukunft sind, oder die ältere Generation, zu der wir auch einmal gehören werden.

Man hat sich zu entscheiden, und ich will nun eine Lanze zugunsten der KMU brechen. Denn ich bin der Überzeugung: Wenn es den kleinen und mittleren Betrieben schlechter geht, geht es eben allen schlecht. Haben Sie sich überlegt, was mit der Öffnung des europäischen Marktes auf diese Betriebe zukommt? Sie werden sich im anstehenden Wettbewerb behaupten müssen und ihre ganze Kraft für den Konkurrenzkampf benötigen. Viele sind dafür gewappnet, viele haben einige Bedenken. Auf jeden Fall ist es aber ein Challenge, der die KMU enorm fordern wird.

Nun ist es wirklich der denkbar schlechteste Moment, in dieser Zeit die kleinen und mittleren Betriebe noch mehr zu belasten. Ich denke da besonders an die Landwirtschaftsbetriebe, an sämtliche Betriebe der Baubranche und an den Handel mit Baumaterialien, der ja in der Schweiz wirklich eine grosse Rolle spielt.

Schliesslich möchte ich noch ein Argument einbringen, das bisher noch nicht genannt wurde und das auch gegen die Senkung des Schwellenwertes für den BVG-Beitritt spricht: Es könnte durchaus sein, dass Betriebe in Zukunft Festanstellungen möglichst vermeiden werden, damit sie keine zusätzlichen Abgaben leisten müssen. Arbeitsmodelle im Netzwerkssystem sind schon heute im Trend, und ich kenne Betriebe, die aus diesem Grund von zehn auf zwei Angestellte reduzieren, indem sie Dienstleistungen von anderen Betrieben in Anspruch nehmen und dabei besser fahren.

Ich weiss, es gibt dadurch mehr kleine Betriebe, aber gesamthaft gesehen gehen eben Arbeitsplätze verloren. Das ist so, und das wollen wir ganz bestimmt vermeiden.

Noch eine Bemerkung in Bezug auf die Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern: Man muss sich wirklich bewusst sein, dass die Versicherung von Beschäftigten mit mehreren Arbeitgebern mit einem sehr teuren administrativen Aufwand verbunden ist. Es wurde auch gesagt, es sei fast nicht zu bewerkstelligen. Wir können dies einfach nicht verantworten: Mehrkosten erstens durch eine Reduktion der Eintrittsschwelle und zweitens durch die Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern.

Ich bitte Sie einfach, diese Überlegungen zugunsten unseres Gewerbes mit einzubeziehen. Ich bitte Sie, die Eintrittsschwelle nicht zu senken und die Praxis des Bundesrates beizubehalten und bei 24 720 Franken zu bleiben. Dies auch beim Koordinationsabzug – ganz im Sinne des Bundesrates.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Es geht hier um eine ansehnliche Ausdehnung des in der zweiten Säule versicherten Personenkreises und auch um ansehnliche materielle Folgen. Es gilt dabei, auch ein paar grundsätzliche Überlegungen anzuführen. Es wird ja in der Sozialpolitik immer wieder eine Gesamtsicht über die Entwicklung unserer Sozialwerke verlangt. Seltsamerweise wird diese Übersicht bei der Beratung der Einzelgesetze unter dem Eindruck einer Interessengruppe immer wieder vergessen. Wenn ich Ihnen hier einmal aufzähle, was Sie in den vergangenen zweieinhalb Jahren so alles unterstützt haben, dann geht es mir vor allem darum, Ihnen eine Übersicht darüber zu geben, was uns an Ausbau alles erwartet, wenn sich die Mehrheit Ihrer Kommission durchsetzt.

Sie haben beispielsweise bei der AHV-Revision beschlossen, 400 Millionen Franken mehr auszugeben. Sie haben eine Mutterschaftsversicherung mit jährlichen Folgekosten von 500 Millionen Franken unterstützt. Sie unterstützen die Anstossfinanzierung von Kinderkrippen für 100 Millionen Franken jährlich. Sie verabschieden ein Assistenzmodell in der Invalidenversicherung mit voraussichtlichen jährlichen Folgekosten von 200 bis 300 Millionen Franken. Bei der ersten BVG-Revision schlägt die Kommissionsmehrheit eine tiefere Eintrittsschwelle mit Mehrkosten in der Grössenordnung von 1,2 Milliarden Franken vor; allerdings wird ein Teil davon, nämlich rund 400 bis 500 Millionen Franken, bereits freiwillig geleistet, aber es geht darum, die gesetzliche Ausdehnung der Kosten aufzuzählen. Dazu kommen die Mehrwertsteuerrhöhungen für die AHV und die IV als Folge der demographischen Entwicklung – ich meine, früher oder später eine unausweichliche Folge. Wir müssen weiter damit rechnen, dass in der Krankenversicherung die Kosten jedes Jahr um etwa eine Milliarde Franken steigen.

Jetzt zählen Sie das einmal zusammen. Das ist die Übersicht darüber, was Sie hier jeweils beschliessen und zur Kenntnis nehmen. Sie kommen im Jahr auf reale höhere Kosten von etwa 6 oder 7 Milliarden Franken, vielleicht sind es auch 8 Milliarden – es bewegt sich in dieser Grössenordnung.

Unter diesem Eindruck sagen Sie: Wir müssen die zweite Säule unbedingt und dringendst noch etwas ausbauen. Meines Erachtens ist das konzeptionslose Sozialausbaupolitik. Das kann man auch daraus ersehen, dass die Mehrheit mit einer Eintrittsschwelle von 12 360 Franken dazu übergeht, das Dreisäulenprinzip aus den Angeln zu heben.

Der Zugang zur ersten und zur zweiten Säule ist einkommensabhängig und funktioniert nach dem Versicherungsprinzip. Daraus entsteht der heutige Koordinationsabzug zu Recht, der auch beibehalten werden soll. Einkommensschwäche wird im Rentenalter mit den Ergänzungsleistungen überbrückt. Sie haben ja eigentlich im Widerspruch zu den Anträgen der Kommissionsmehrheit beschlossen, dass die Ergänzungsleistungen abschliessend in der Bundesverfassung Aufnahme finden sollen; heute haben wir eine Übergangsregelung. Aber wenn Sie schon sagen, die Ergänzungsleistungen sollten in die Bundesverfassung aufgenommen werden, dann müssten Sie auch merken, dass eine Senkung der Eintrittsschwelle in der zweiten Säule ein absoluter Widerspruch dazu wäre. Die Ergänzungsleistungen ha-

ben nämlich den Vorteil, dass sie für Betroffene direkt wirksam werden. Wenn Sie die Eintrittsschwelle senken, ob mehr oder weniger, dann konkurrenzieren Sie diese sozial direkt wirksame Leistung für einen kleinen Teil der Bevölkerung zugunsten einer pauschalisierten Lösung in der zweiten Säule.

Das Problem, das Sie damit schaffen und dabei völlig ausser Acht lassen – darüber wurde bisher nichts gesagt –: Sie machen damit die Teilzeitarbeit unattraktiv, weil wesentliche Teile der Erwerbstätigen, deren Einkommen dann in die zweite Säule einbezogen wird, das weder wollen noch sozial brauchen. Ich möchte Ihnen auch in Erinnerung rufen, dass auch Arbeitgeber dieser Veränderung gegenüber eine Antwort haben werden, indem nämlich viele der Teilzeitstellen, die heute unter der Einkommensgrenze von 24 720 Franken liegen, entfallen werden, allenfalls zugunsten tieferer Teilzeiteinkommen oder wie auch immer.

Der Druck zu Schwarzarbeit jedenfalls nimmt mit dieser Massnahme auch wieder ein Stück weit zu. Wenn Sie sich dann wieder einmal über die Entwicklung in diesem Bereich beklagen wollen, dann müssen Sie sich daran erinnern, dass das eine Folge solcher Ausbauten von Sozialleistungen ist. Mit den Vorschlägen wird diesem Umstand und dieser Entwicklung in keiner Art und Weise Rechnung getragen. Dieser Ausbau ist meines Erachtens in dieser pauschalen Art mit unnötigen Vorsorgekosten verbunden, die vermieden werden sollten.

Die SVP-Fraktion wird mehrheitlich den Antrag der Minderheit II (Triponez) unterstützen, allenfalls in zweiter Priorität den Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse).

Ich möchte in diesem Zusammenhang Wert darauf legen, dass zu Artikel 2 auch eine Abstimmung stattfindet, die dem Umstand Rechnung trägt, dass hier die Minderheit III (Suter) beantragt, dass es sich um einen Arbeitgeber handeln muss. Gemäss Antrag der Minderheit I können es mehrere Arbeitgeber sein. Ich empfehle Ihnen, hier die Minderheit III zu unterstützen, sonst in zweiter Priorität den Antrag der Minderheit I.

Studer Heiner (E, AG): Die Mehrheit der evangelischen und unabhängigen Fraktion, die aus den Vertretern der EVP besteht, hat in diesem Bereich folgende Haltung: Uns ist wichtig, dass wir hier gerade auch familienpolitisch einen wirkungsvollen Schritt tun können.

Das möchte ich Ihnen gerade an einem aktuellen Beispiel aus einer Organisation zeigen, deren Vorsitzender ich bin; wir sprechen ja über die Realität, die wir besonders kennen. Ich habe eine ausgezeichnete Mitarbeiterin – Anfang dreissig –, und die wurde erfreulicherweise schwanger. Ihr Mann und sie entschieden miteinander, dass er sein Arbeitspensum reduziert und dass sie neben dem bewussten Mutterwerden teilszeitlich auch einen sinnvollen beruflichen Auftrag ausführt. Heute besteht das Risiko, dass in einem solchen Fall einfach beide die Dummen sind, wenn sie bei ihren Besoldungen nicht so hoch eingestuft sind. Das beschlägt die beiden Fragen des Eintritts und des Koordinationsabzugs.

Ich habe einen anderen Fall aus einer anderen Organisation: Da hat eine Frau in den Vierzigern als Wiedereinsteigerin versucht, sich als Sekretärin einzuarbeiten. Sie ist nicht nur froh darüber, dass sie hier teilberuflich etwas Sinnvolles tun kann, sondern auch darüber, dass sich das dann irgendwie auch auszahlt, wenn sie das AHV-Alter erreicht. Auch hier gab es eine Absprache mit dem Ehemann.

Meine Kinder gehören der Generation der jüngsten Nationalrätin an, die heute gekommen ist – sie kennen sich auch noch, weil sie in Nachbargemeinden leben. Es wird etwas Wesentliches ändern: Wenn die Anträge der Kommissionsmehrheit durchgehen, wird es in einer Reihe von Jahren gar nicht unbedingt so sein, dass mehr Männer als Frauen davon profitieren. Ich kenne aus der Generation meiner Kinder, je länger je mehr Paare, die wieder gemeinsam Familie sein wollen, bei denen der überwiegende Teil des Einkommens eben auch von der Frau erbracht wird, weil in manchen Fällen der Ehemann der bessere Haushalter ist: Das Kochen

und das Putzen liegen ihm besser. Das ist nicht nur das Privileg der Frauen. Ich könnte mir vorstellen, dass sich da einiges geändert haben wird, wenn hier in zwanzig Jahren darüber diskutiert wird, wie sich das Verhältnis gestaltet.

Die EVP-Vertreter sind der Meinung, dass wir die in diese Richtung gehende Entwicklung stärken sollten. Und wenn wir das stärken wollen, damit eben gerade auch Ehepaare mit Familien freier und gesicherter verschiedene Varianten wählen können, dann ist – auch aus diesem Gesichtswinkel – der Antrag der Kommissionsmehrheit das Sinnvollste. Es gibt noch viele, viele andere gute Gründe für den Antrag der Kommissionsmehrheit, aber das ist einfach ein Aspekt, der uns wichtig ist.

Wir sind eigentlich enttäuscht, dass angesichts einer Kommissionsmehrheit, die hinter dem Antrag steht, das Abbröckeln in den Fraktionen immer deutlicher wird. Ist es denn nicht so, dass wir bei einer Gesamtbetrachtung der Artikel 2, 7 und 8 feststellen können, dass das, was die Kommissionsmehrheit hier vorschlägt, vielen zusätzlichen Arbeitnehmern echt etwas bringt und auch gesellschaftspolitisch für die nächste Zukunft sinnvoll ist?

Rechsteiner Paul (S, SG): Wir sind in dieser Debatte um die Artikel 2, 7 und 8 bei der alles entscheidenden Frage dieser gesamten Revision. Es gibt eine Reihe von weiteren wichtigen Punkten, die aber auf der Ebene der Kompromissvorschläge nicht derart umstritten sind wie der zentrale Entscheid bei diesen Artikeln. Hier werden zwei grosse Fragen, die zur Debatte stehen, massgebend geregelt. Es geht einerseits um die Frage, wie es in Zukunft mit dem Einbezug der Teilzeitbeschäftigten und der Personen mit tiefen Einkommen in die berufliche Vorsorge steht. Andererseits geht es darum, ob die Rentenversprechen, die den Versicherten in den letzten fünfzehn Jahren bei der zweiten Säule gemacht worden sind, eingehalten oder gebrochen werden. Werden den Pensionskassenversicherten die Renten gesenkt, oder werden jene Leistungen ausgerichtet, die ihnen immer versprochen worden sind? In diesem Sinne geht es um einen absolut wichtigen Entscheid für die Schweizer Bevölkerung, für die Schweizer Beschäftigten, und damit auch um einen zentralen Entscheid für die Glaubwürdigkeit der zweiten Säule, für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit im Alter und bei Invalidität.

Wir haben hier die «Hardcore-Anträge» – so müsste man sie bezeichnen –, einerseits von Herrn Triponez, der gerade offen sagt, was er will, nämlich keinen Einbezug der tiefen Einkommen, keinen Einbezug der Teilzeitbeschäftigten und knallharte Rentensenkungen für die Einkommen, die oberhalb dieser Schwelle liegen, aber andererseits auch den Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse). Er ist ein «Antrag im Schafspelz». Letztlich zielt auch dieser Antrag in dieselbe Richtung: Auch er hat zur Folge, dass die Renten für die heute Versicherten gesenkt werden, und zwar in einem erheblichen Ausmass, obwohl ihnen höhere Renten versprochen worden sind. Das ist die Folge des Antrages der Minderheit I, der optisch etwas besser aussieht als der Antrag der Minderheit II (Triponez), aber im Effekt trotzdem sehr nahe beim Antrag der Minderheit II liegt.

Frau Meyer, Sie können den Kopf schütteln, es ist aber leider mathematisch so, dass Sie auf die Einkommen zwischen 18 000 und 24 000 Franken ausgerichtet sind. Sie lösen damit nur einen Bruchteil des Problems, bezogen auf den Einbezug der tieferen Einkommen und der Teilzeitbeschäftigten. Aber Sie senken die Renten der Arbeitnehmenden mit höheren Einkommen, weil Sie die Einkommen über 24 000 Franken, d. h. über 2000 Franken pro Monat, eben nicht zusätzlich in die berufliche Vorsorge einbeziehen.

Das ist gerade der Lösungsvorschlag der Kommissionsmehrheit. In diesem Sinne geht es bei Frau Meyer Thérèse um eine Lösung, die erneut die Schwierigkeiten und den grossen Mangel der bisherigen Lösung perpetuiert, nämlich dass die tiefen Einkommen und die Teilzeitbeschäftigten aus der beruflichen Vorsorge ausgeschlossen bleiben.

Nun muss man sagen, Frau Meyer Thérèse – Sie hören nicht zu, bzw. es ist Ihnen offenbar gleichgültig –, es ist so:

Die Lösung, die Sie für die Zukunft vertreten, ist nach wie vor frauendiskriminierend. Der fehlende Einbezug der Teilzeitbeschäftigten und der tiefen Einkommen trifft in der Realität in der Schweiz die Frauen, weil die Erwerbstätigkeit bei den Teilzeitbeschäftigten und bei den tiefen Einkommen weiblich ist. Das ist unbestritten: Die Mehrheit der Frauen, die erwerbstätig sind, sind teilzeitbeschäftigt. Die erdrückende Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten überhaupt sind Frauen, das ist eine Tatsache. Wenn die Mehrheit der Menschen, die teilzeitbeschäftigt sind und tiefe Einkommen haben, Frauen sind und wenn diese Frauen keine zweite Säule haben, bleiben sie diskriminiert.

Es muss von einem System der sozialen Sicherheit, das auf der Höhe der Zeit ist, verlangt werden, dass es nichtdiskriminierend ausgestaltet ist. Deshalb ist die wichtigste Forderung bezüglich der Gleichstellung der Frauen neben der Anhebung der immer noch zu tiefen Frauenlöhne der Einbezug der Frauen in die zweite Säule. Wenn es bei dem bleibt, was Herr Triponez offen vorschlägt und Frau Meyer Thérèse in etwas sanfterer Form, aber in der Realität ähnlich begründen will, wird unser System nach wie vor nicht auf der Höhe der Zeit sein, wird es frauendiskriminierend sein. Das ist keine haltbare Position.

Es ist auch nicht so, dass es – wie Herr Triponez meint – sozialpolitisch vertretbar wäre, die Leute mit tiefen Einkommen einfach auf die Ergänzungsleistungen zu verweisen; das ist keine Haltung, die eines Sozialstaates würdig ist. Wer arbeitet, hat auch Anspruch darauf, dass die Lohnnebenkosten – der indirekte Lohn – bezahlt werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit: Wenn jemand arbeitet, müssen auf dem Lohn-einkommen AHV-Beiträge bezahlt werden, es müssen Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlt werden, es müssen Unfallversicherungsprämien bezahlt werden; das ist eine Selbstverständlichkeit. Weshalb nun den tiefen Einkommen, weshalb nun den Teilzeitbeschäftigten ausgerechnet die zweite Säule vorenthalten, obwohl man weiss, dass, wer über keine zweite Säule verfügt, im Alter arm sein wird? Die Berichte über die Working Poor zeigen es: Die Problematik der Working Poor besteht nicht nur während der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit, in der sie zu wenig verdienen, um vom Lohn leben zu können, sondern auch darin, dass sie im Alter arm sind, weil sie keine zweite Säule haben.

Es spielt für jemanden, der alt ist, eine Rolle, ob er Ergänzungsleistungen beantragen muss oder ob er Lohn beziehen oder ob er Pensionskassenleistungen beziehen kann. Es ist nicht jedermanns und «jederfraus» Sache, Ergänzungsleistungen zu beziehen.

Es ist noch etwas Weiteres zu beachten: Die Biografien verlaufen höchst unterschiedlich. Der grössere Teil der Menschen lebt in Beziehungen. Dann führt die fehlende zweite Säule nicht unbedingt zum Anspruch auf Ergänzungsleistungen, sondern bedeutet einfach, dass die Lebenshaltung empfindlich beeinträchtigt ist. Auch das ist keine Lösung, die auf Dauer haltbar ist. In diesem Sinne ist es nun wichtig, einen Systemsentscheid zu treffen und endlich auch unser System der zweiten Säule so auszugestalten, dass dieses System auf lange Sicht nicht diskriminierend ist.

Der Unterschied zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem Antrag der Minderheit III (Suter), der weit besser oder weniger schlecht ist als derjenige der Minderheit I (Meyer Thérèse), ist, dass die Lösung der Minderheit III auf der Hälfte des Weges stehen bleibt. Herr Suter hat zu wenig beachtet, dass die Eintrittsschwelle von 18 000 Franken, dieser halbe Weg, doch wenig durchdacht ist. Man muss sehen, dass anders als bei der zweiten Säule bei der AHV jeder unserer politischen Entscheide unmittelbar Wirkungen für die Betroffenen zeitigt. Werden Rentenleistungen hier drin beschlossen, werden sie den Betroffenen unmittelbar zugute kommen. Bei der zweiten Säule dauert der Ansparprozess vierzig Jahre. Das ist die Langfristigkeit des Systems der zweiten Säule. Wenn aber dieses System schon so langfristig angelegt ist – vierzig Jahre Ansparprozess –, dann muss doch dieser Entscheid so getroffen werden, dass wir nicht heute einen Schritt machen und in fünf oder zehn Jahren einen zweiten Schritt machen müssen, weil der Schritt,

namentlich auch mit Blick auf die Mehrfachbeschäftigung, nicht genügt. Wenn wir diesen Schritt jetzt schon machen, dann müssen wir doch auch aus Gründen der Verwaltungsökonomie, aus Gründen der Ökonomie für die Vorsorgeeinrichtungen, diesen Schritt ein für allemal machen. In diesem Punkt haben wir das System dann auf Dauer so ausgelegt, dass wir sagen können, unser System der zweiten Säule genüge den Anforderungen der Zeit, den Anforderungen der Gesellschaft, aber auch den Anforderungen der Wirtschaft. In diesem Sinne bitte ich Sie, den wohl überlegten Forderungen, den wohl überlegten Anträgen, der Mehrheit zuzustimmen. Es sind keine Radikalanträge, es sind Kompromissanträge. An sich wünschbar aus linker Sicht wäre der Antrag der Minderheit IV (Goll) gewesen: Wir haben daran nicht mehr festgehalten unter der Voraussetzung, dass der Antrag der Mehrheit angenommen wird, aber das wäre an sich das Optimum gewesen. Ich bitte Sie, diesem wohl überlegten Kompromiss zuzustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Sie haben unterdessen realisiert, dass die verschiedenen Anträge zu diesen Artikeln auch das gesamte politische Meinungsspektrum zur Frage der Eintrittsschwelle und zur Frage des Koordinationsabzuges beinhalten. Während eine Minderheit der FDP-Fraktion dem Antrag der Minderheit II (Triponez) zustimmt, unterstützt die Mehrheit der FDP-Fraktion den Systemwechsel gemäss Kommissionsmehrheit, und zwar in Bezug auf den prozentualen Abzug wie auch in Bezug auf die Senkung der Eintrittsschwelle, nicht aber in Bezug auf die rund 12 000 Franken. Dort unterstützt sie den Antrag der Minderheit III (Suter) mit 18 540 Franken. Abgelehnt wird damit der Antrag der Kommissionsmehrheit.

Ich möchte nicht wiederholen, was Herr Suter ausgeführt hat. Der Bundesrat rechnet bei der AHV-Revision mit der Wiederaufnahme der Berufstätigkeit der Frau. Die Arbeitswelt setzt zu Recht Flexibilität voraus. Die demographische Entwicklung wird einen Mangel an Arbeitskräften zur Folge haben. All dies verlangt neue Möglichkeiten eines Einbezuges der kleinen und mittleren Einkommen in die Altersvorsorge. Dieser Einbezug kann nicht ohne zusätzliche Lohnnebenkosten anfallen; das ist auch mit einzubeziehen. Sie sind jedoch bei einer Eintrittsschwelle von 18 540 Franken verkraftbar, auch wenn Sie die Zahlen der Gastrosuisse unter die Lupe nehmen. Verkraftbar sind auch die Beiträge, welche die Arbeitnehmerinnen – es sind ja insbesondere Arbeitnehmerinnen – mit kleinen Einkommen hier zusätzlich zu leisten haben.

Entschärft wird mit diesen Regelungen klar auch das Problem mehrerer Arbeitgeber. Nicht entschärft wird es meiner Meinung nach mit dem Antrag der Minderheit I (Meyer Thérèse), der in der Umsetzung einen grossen Aufwand verursachen würde. Dieser Meinung ist auch unsere Fraktion, denn die Komplexität des Einbezuges mehrerer Arbeitgeber in den Prozess wird sehr aufwendig. Ich nehme das Beispiel einer Reinigungsfrau, die bei zehn verschiedenen Arbeitgebern arbeitet: Wie wollen Sie hier den Einbezug der verschiedenen Arbeitgeber vornehmen, wenn nicht mit einem Pauschalbetrag als Koordinationsabzug?

Der Koordinationsabzug entspricht heute der maximalen Altersrente der AHV. Dies ist aus der Sicht der Entstehungsgeschichte des BVG sicher sinnvoll. Die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Realität zeigen jedoch, dass die bestehende Regelung gesellschaftspolitisch problematische Auswirkungen hat.

Stellen Sie sich folgendes Beispiel vor: Bei einer Vollzeitstelle mit 36 000 Franken Einkommen beträgt der Koordinationsabzug 24 720 Franken, womit gerade noch ein Einkommen von 11 280 Franken bleibt. Erzielen Sie dasselbe Einkommen mit einer 50-Prozent-Arbeitsstelle, beträgt der Koordinationsabzug 12 360 Franken, der Lohnbetrag ist also 23 640 Franken. Ich denke, dass solche Ungerechtigkeiten mit dem Pauschalabzug von 40 Prozent besser korrigiert werden können.

Wie in der Eintretensdebatte erwähnt, unterstützt die Mehrheit der FDP-Fraktion den Antrag der Minderheit III, eine

starke Minderheit den Antrag der Minderheit II. Der Antrag der Minderheit II und auch jener des Bundesrates tragen den veränderten Verhältnissen und den Änderungen, die wir bei den Sozialwerken vornehmen wollen – ich habe die Anpassung der Witwenrente an die Witwenrente erwähnt –, zu wenig Rechnung.

Wenn Frau Goll von einem hart erarbeiteten Kompromiss der Subkommission spricht, so muss auch festgestellt werden, dass diesem Kompromiss ein rauer Wind entgegenbläst. Letztlich wollen wir eine Regelung, die auch für jene Kreise, die jetzt mit dem Referendum drohen, akzeptabel ist. Dies wäre bei 18 540 Franken sicher viel eher der Fall. Gerade die Tieflohnbranchen müssten bei einer Senkung auf 12 360 Franken mit erheblich höheren Kosten rechnen, die dann natürlich wiederum auf die Kaufkraft zurückschlagen würden. Herr Rechsteiner, die Renten werden beim Antrag Suter nicht reduziert. Sie werden auch mit dem Modell der Kommissionsmehrheit ausgebaut – dies muss auch so gesagt werden. Der Schritt genügt vielleicht Ihnen nicht, er ist für uns aber das Maximum dessen, dem wir zustimmen können.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Es war eigentlich der Kommission schnell klar: Die berufliche Vorsorge von Teilzeitbeschäftigten und von Personen mit kleinen Einkommen muss verbessert werden. Wir hatten nicht nur den Auftrag aus dem Parlament in Form der Parlamentarischen Initiative Zapfl (97.414); auch der Dreisäulenbericht des EDI von 1995, den Sie alle gutgeheissen haben, zeigt ganz klar auf, dass hier Handlungsbedarf besteht, denn die Rentenleistungen bei kleinen und mittleren Einkommen erreichen nicht mehr den angemessenen Bedarf von 60 Prozent des letzten Lohnes. Auch der OECD-Bericht, der beileibe nicht von einem gewerkschaftlichen Gremium geschrieben worden ist, zeigt uns auf den Seiten 113 und 114 der französischen Fassung ganz klar, dass wir ein sehr gutes Altersvorsorgesystem haben, aber längerfristig im Bereich der kleinen und mittleren Einkommen und im Bereich der Teilzeiteinkommen Schwierigkeiten haben werden. Wir müssen längerfristig die kleinen und mittleren Einkommen in der Altersvorsorge stützen.

Wie kann man das jetzt tun? Man kann es über den Ausbau der AHV tun, und der Bauernverband hat uns ganz klar geschrieben, Herr Präsident Walter, er sei für die Stärkung der kleinen und mittleren Einkommen, aber gefälligst über den Weg der AHV und nicht über die zweite Säule. Dazu muss ich sagen: Das können wir von der Kommissionsmehrheit nicht befürworten, weil die AHV einen Ausbau von Leistungen beinhaltet, die auch jenen Personen zugute kommen, die das gar nicht nötig haben. Das ist eine Volksversicherung.

Herrn Bortoluzzi muss ich sagen: Das geht dann über Mehrwertsteuerprozente, und das ist genau das, was auch Ihrem Gewerbe alles andere als recht wäre.

Wenn man sieht, dass man in einen Engpass gerät, kann man auf die Ergänzungsleistungen zurückgreifen; Sie haben mich als Urheberin der entsprechenden Parlamentarischen Initiative angesprochen. Natürlich kann man das, aber das sind Steuermittel, und Ergänzungsleistungen sind notwendige Ergänzungen zum Existenzminimum und nicht ein Ersatz für die zweite Säule. Wenn man davon ausgeht, Herr Bortoluzzi, dass Eigenverantwortung gross geschrieben wird, gibt es halt nur einen Weg. Wenn wir sehen, dass wir bei der Altersvorsorge in einen Engpass geraten, sind wir menschlich und gesetzlich verpflichtet, solche Leistungen zu garantieren, und dann gibt es nur den Weg über die zweite Säule. Dann haben wir nicht nur die staatliche Vorsorge; Ergänzungsleistungen werden über Steuermittel finanziert, die auch Sie nicht gerne zur Verfügung stellen. Es bleibt also nur der Weg über die persönliche Vorsorge.

Die Teilzeitbeschäftigung ist seit langem ein Anliegen. Sie ist in der Schweiz nach Dänemark prozentual am allerhöchsten. Ich habe es schon in der Eintretensdebatte gesagt:

Der Bundesrat rechnet in der AHV-Revision mit der Berufstätigkeit der Frau in der Familienphase. Er reduziert die Witwerrente, aber er war zu mutlos für den zweiten Schritt. Jetzt kann man ihm sagen, er habe den Mut verloren, nachdem er ein Konzept für den Einbezug von Teilzeiteinkommen und kleineren Einkommen in der Vernehmlassung hatte. Sie erinnern sich, die Vernehmlassung über die erste Revision des BVG hatte zwei Teile: Auf der einen Seite sah sie eine Konsolidierung und Anpassung an die AHV vor und auf der anderen Seite die Ausweitung des Obligatoriums. Da muss ich Ihnen sagen: Das sah auf den ersten Blick so aus wie Notwendigkeit und Wunschbedarf. Am Ende der Neunzigerjahre, nach der Rezessionsphase, wurde aber ganz klar, dass sich die an der Vernehmlassung beteiligten Parteien und Verbände mehrheitlich dafür aussprachen, sich auf das wirklich Notwendige zu beschränken und den Wunschbedarf auf der Seite zu lassen.

Aber das Modell des Bundesrates hatte denselben Schönheitsfehler wie die Parlamentarische Initiative Zapfl 97.414. Die Initiative Zapfl hätte Kosten von 2,4 Milliarden Franken zur Folge, und zwar deshalb, weil sie den Koordinationsabzug je nach Beschäftigungsgrad generell herunterbringen will; dann wird das einfach so teuer. Das Modell der Kommissionmehrheit hat den Vorteil, dass es nur halb so viel kostet, weil es eine Kompensation vornimmt: Wir können auf die Erhöhung der Altersgutschriften verzichten, die nicht nur eine Verteuerung der älteren Arbeitskräfte bringt, sondern eben auch über 1 Milliarde Franken kostet.

Hier haben wir dieses Gleichgewicht geschaffen – das ist neu an diesem Modell –, das schlussendlich zu diesem breiten Kompromiss geführt hat. Ich muss Ihnen sagen: Es gibt in diesem Saal keine einzige Partei, die nicht immer betont, dass sie für das Dreisäulenmodell ist. Aber das Dreisäulenmodell kann nicht nur theoretisch funktionieren, und ein Dreisäulensystem, das wirklich funktioniert, muss den Zugang möglichst vieler zu den drei Vorsorgemöglichkeiten gewährleisten. Wenn 44 Prozent der Frauen und 16 Prozent der Männer, die erwerbstätig sind, keine zweite Säule haben und die unteren und Teile der mittleren Einkommen auch keine dritte Säule, dann kann man nicht guten Gewissens vom Dreisäulensystem sprechen, für das wir im In- und Ausland immer gelobt werden.

Die Kommission sah sich vor diesen Fakten, und wir hatten alle Möglichkeiten auf dem Tisch: mit heutigem Koordinationsabzug, ohne Koordinationsabzug, mit dem halben Koordinationsabzug, mit früherem Beginn. Wir mussten diese Eckpunkte diskutieren, und im Zentrum stand vor allem, dass es gut durchführbar, finanzierbar und eine wirkliche Verbesserung sein muss. Ich habe den jetzigen Antrag der Minderheit I im Vorfeld der Beratungen gestellt. Ich habe dann gesehen, dass es eine Alibiübung ist. Der Anteil der Erwerbstätigen, den wir damit tatsächlich besser stellen, ist nicht zu vergleichen mit dem Anteil, den wir jetzt erreichen, und die Kosten sind nicht entsprechend tiefer.

Heute gilt ein Koordinationsabzug von 24 720 Franken. Wer weniger verdient, hat keine Versicherung, und es ist eine Tatsache, dass 37 Prozent aller Vorsorgeeinrichtungen keinen Koordinationsabzug haben. Warum? Gerade im Gesundheits- und Pflegebereich, den ich selber sehr gut kenne, ist man darauf angewiesen, dass man den Leuten mehr Arbeit geben kann, wenn man viel Arbeit hat, wenn man es streng hat. Auch im Bildungsbereich hat man im einen Jahr durchschnittlich zehn Stunden Arbeit pro Woche und ist unter dem Koordinationsabzug; im nächsten Jahr hat man mehr Arbeit und kommt hinein. In diesen Fällen hat man viel mehr Möglichkeiten, flexibel zu reagieren. Deshalb ist das Modell der Kommissionmehrheit am besten: Eintrittsschwelle 12 360 Franken, Lohnproportionaler Koordinationsabzug von 40 Prozent des AHV-Lohnes. Das Problem der verschiedenen Arbeitgeber haben wir studiert. Artikel 46 eröffnet ja heute schon diese Möglichkeit, aber wegen dem enormen Bürokratismus wird sie fast nicht benutzt.

Falls Sie diesen unteren Wert von 12 360 Franken nicht akzeptieren, müssen wir das Problem auch in Artikel 46 angehen. Aber wir sind davon ausgegangen, dass das Problem

mit 12 360 Franken zwar nicht gelöst, aber entschärft wird. Wenn Sie dem allenfalls nicht zustimmen können, möchte ich den allergrössten Zweiflern raten, als allerletzten Ausweg die Minderheit III zu unterstützen, denn dort haben wir das selbe Modell, aber mit einem höheren Eintrittswert.

Das Modell der Minderheit I (Meyer Thérèse) wurde bereits besprochen.

Zum Modell der Minderheit II (Triponez): Hier wird ja immer mit dem Referendum gedroht. Ich muss Ihnen sagen, dass ich mit erhobenem Haupt in diesen Abstimmungskampf gehen würde. Sagen Sie einmal Ihren Leuten, dass Sie den Umwandlungssatz senken, ohne die Altersgutschriften heraufzusetzen! Sagen Sie einmal den Leuten, sie hätten sondern so viel jährlich bezahlt, und am Schluss hätten sie 8 bis 10 Prozent tiefere Renten! Bei allem Sparwillen muss ich Ihnen sagen: So geht es nicht! Das geht gegen Treu und Glauben. Ich möchte dieser Minderheit sagen: Eigentlich ist das gewerbetypisch; nicht immer ist das billigste auch das günstigste Modell. Sie müssen immer schauen, welcher Aufwand dem tatsächlichen Nutzen gegenübersteht.

Es ist so: Mit dem Modell, das wir hier auf dem Tisch haben, haben wir zwar Kosten von 865 Millionen Franken; diese werden paritätisch geteilt. Eine Studie von Professor Schips sagt ganz deutlich, in den ersten Jahren gebe es bei den Arbeitgebern einen Schub, nachher werde das als Lohnbestandteil auf den Arbeitnehmer überwälzt. Jetzt stellt sich die Frage, ob diese das dann trotzdem wollen. Aufgrund der so zahlreichen Reaktionen, die wir erhalten haben, muss ich Ihnen sagen: Ja. Die Arbeitnehmerinnen vor allem und die Arbeitnehmer wollen eine bessere Lösung. Es ist die Sozialversicherung, bei der man nicht solidarisch für andere spart, sondern im bürgerlichen Sinn selbstständig zu seiner Altersvorsorge beiträgt.

Deshalb bitte ich Sie, das Modell der Kommissionmehrheit voll und ganz anzunehmen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: On est en présence de plusieurs modèles dans un domaine déjà très complexe en lui-même. Cherchons donc à regarder d'un peu plus près quelle est leur nature et quelles sont leurs caractéristiques.

Les propositions de la majorité introduisent un triple changement par rapport à aujourd'hui. D'abord, elles établissent une séparation nette entre, d'un côté, le seuil d'entrée et, de l'autre, la déduction de coordination; aujourd'hui, les deux coïncident et se montent à 24 720 francs. Ensuite, elles fixent le seuil d'entrée à la moitié de ce qu'il est aujourd'hui, c'est-à-dire à 12 360 francs. Enfin, elles changent la formule de la déduction de coordination: on passe à une déduction qui n'est plus fixe en chiffre absolu, mais qui devient variable et qui représente un pourcentage du salaire, et d'autre part le montant maximum est un peu plus bas par rapport à ce qu'il est aujourd'hui.

Concernant le seuil d'entrée, la réduction à 12 360 francs permet, on l'a déjà dit, à une partie significative des personnes qui aujourd'hui en sont exclues d'accéder à la prévoyance professionnelle. On passe d'une proportion d'exclus de 34 pour cent pour les femmes et de 17 pour cent pour les hommes à une proportion de 16 pour cent pour les femmes et de 8 pour cent pour les hommes. On donne donc une première réponse adéquate aux changements intervenus dans le monde du travail, et en particulier à la présence accrue des femmes sur le marché du travail – j'ai rappelé tout à l'heure que la proportion de femmes actives était aujourd'hui de 75 pour cent – et à l'extension de nouveaux modèles de travail, et surtout du travail à temps partiel qui, entre autres, est exercé à 80 pour cent par des femmes.

Dans les années nonante, nous avons assisté à une perte de 100 000 emplois à plein temps. A l'inverse, nous avons enregistré la création de 250 000 places de travail à temps partiel. Le taux de travail à temps partiel est passé en vingt ans de 15 pour cent – taux de personnes occupées en 1980 – à plus de 30 pour cent. Il s'agit donc d'un phéno-

mène structurel qui doit trouver une place sur le plan structurel dans la prévoyance professionnelle.

La troisième réponse concerne les bas salaires, les salaires modestes. C'est un phénomène qui est, lui aussi, très stable sur notre marché du travail. 25 pour cent des hommes et 60 pour cent des femmes gagnent moins de 40 000 francs par an. Si, dans le passé, un mécanisme faisait en sorte que, partant avec un salaire bas, on pouvait espérer l'augmenter tout au long de sa carrière professionnelle, aujourd'hui, ce mécanisme ne joue pas de la même manière. Cela est dû à des problèmes individuels, à des changements de travail, au chômage, aux interruptions d'activité; au niveau des catégories, il y a des travailleuses et des travailleurs qui sont moins qualifiés et qui, de ce fait, n'arrivent pas à accéder à des carrières ascendantes; finalement, au niveau des sexes, on relève en fait que le salaire annuel moyen des femmes reste stable tout au long de leur vie professionnelle: autour des 39 000 francs. Donc, si on veut éviter des contre-coups à long terme sous la forme de précarité, sous la forme de pauvreté, il faut intégrer davantage ces catégories dans la prévoyance professionnelle.

Deuxième question, la déduction de coordination. Pourquoi la commission a-t-elle changé de formule? Avant tout pour trois raisons:

1. L'actuelle déduction de coordination, qui est un montant fixe, exerce évidemment, par sa nature même, une incidence accrue sur les bas revenus. Une déduction variable, au contraire, proportionnelle au revenu, serait certainement plus équitable.

2. Une formule modifiée permet aussi de mieux tenir compte des assurés qui travaillent à temps partiel. La commission ne vise pas ce but par l'adoption d'une déduction de coordination proportionnelle au taux d'activité, comme proposée dans l'initiative parlementaire Zapfl (97.414). En effet, cela finirait par avoir une incidence négative sur les bas salaires. Prenons un exemple. Si on adoptait une déduction de coordination proportionnelle au taux d'occupation, une personne occupée à mi-temps qui gagne aujourd'hui 20 000 francs par an, pourrait arriver, selon la formulation actuelle, à un salaire annuel assuré de 8000 francs, ce qui correspondrait donc à la moitié de la déduction de coordination. En même temps, un travailleur à bas salaire qui travaille à plein temps et qui gagne, lui aussi, 20 000 francs par an, resterait encore en dehors de la prévoyance professionnelle. Donc, la commission s'est dit que, du moment que le revenu est aussi lié en quelque sorte au degré d'occupation, le fait d'introduire une déduction proportionnelle au revenu permettrait tout de même, bien qu'indirectement, d'intégrer dans la prévoyance professionnelle les travailleurs à temps partiel. On va donc dans la même direction que l'initiative parlementaire Zapfl (97.414) sans tomber toutefois dans le même piège.

3. Le changement de formule pour la déduction de coordination permet de compenser l'effet de l'allongement de l'espérance de vie, sans toucher aux bonifications de vieillesse, c'est-à-dire le pour cent retenu sur le salaire. Cela permet donc d'éliminer un élément très négatif du système en vigueur aujourd'hui.

La commission, concrètement, qu'est-ce qu'elle a fait? Elle a introduit une déduction de coordination variable, c'est-à-dire 40 pour cent du salaire AVS, et elle a fixé un montant minimum de 9270 francs et un montant maximum de 21 180 francs. Ce montant maximum permet de compenser entièrement la baisse du taux de conversion. Cette solution présente un avantage crucial: elle permet d'abord, dans sa conception, de donner une réponse simultanée, par le même mécanisme, aux différents objectifs qui sont visés ici, c'est-à-dire une plus large intégration des travailleurs à temps partiel; ensuite, d'accorder un traitement meilleur pour les salariés à bas salaire et à revenu modeste; et, enfin, de compenser la réduction du taux de conversion.

De plus, cette solution permet de mieux prendre en considération la génération de transition en ce qui concerne la compensation de la baisse du taux de conversion. Par la fixation d'une déduction de coordination maximale de 21 810 francs, on fait en sorte que presque tous les assurés puissent gar-

der le niveau prévu des rentes, parce que le salaire assuré augmente d'un pourcentage au moins égal à la baisse du taux de conversion. Cela évite de toucher aux bonifications de vieillesse, ce qui risquerait d'aggraver les inconvénients que l'on constate aujourd'hui et qui pénalisent les assurés plus âgés. C'est un aspect décisif. L'expérience la plus récente nous a montré que les travailleurs plus âgés sont pénalisés sur le marché du travail, en particulier à cause de retenues sur les salaires plus élevées en matière de prévoyance professionnelle.

J'en viens aux propositions de minorité. Celles de la minorité I (Meyer Thérèse) ont plusieurs faiblesses. D'abord, elles prévoient le maintien de la courbe de coordination fixe qui, de par sa nature, a une plus grande incidence sur les bas revenus.

Ensuite, ces propositions introduisent un saut excessif. Si vous gagnez 18 000 francs par an, vous n'êtes pas intégré dans la prévoyance professionnelle. Si vous gagnez 18 600 francs par an, vous êtes intégré avec un salaire annuel assuré de 6180 francs. Ces propositions introduisent aussi un aplatissement de la courbe: entre 18 000 francs et 31 000 francs, le salaire annuel assuré reste le même, soit 6180 francs, ce qui est une logique étrangère au système de la prévoyance professionnelle qui lie le montant des rentes à celui des salaires.

Les propositions de la minorité I sont aussi moins favorables aux salaires modestes et aux travailleurs à temps partiel que les propositions de la majorité de la commission. N'oublions pas qu'en ce qui concerne les salaires modestes, nous n'avons pas encore dans la prévoyance professionnelle d'obligation d'adapter les rentes au renchérissement. En effet, les rentes peuvent être sensiblement érodées si l'inflation dure tout au long de la vie des retraités qui touchent des rentes modestes issues de salaires modestes. Il faut donc vraiment mieux prendre en considération les salaires modestes dans la prévoyance professionnelle.

En outre, les propositions de minorité I ne prévoient pas de compenser la baisse du taux de conversion, ce qui, comme je l'ai déjà dit, pénalise les travailleurs plus âgés.

Enfin, leur parallélisme avec la 11e révision de l'AVS est moins marqué. Je rappelle que celle-ci, par la retraite flexible, permet aussi, par des facilités accordées à ceux qui ont des salaires modestes, de choisir une préretraite. Mais ce choix n'est pas réel si, par là même, on ne cherche pas à améliorer la prévoyance professionnelle de ces personnes. Donc, si on veut vraiment réaliser un parallélisme clair entre la 11e révision de l'AVS et la 1ère révision de la LPP, il faut améliorer la situation des personnes qui touchent des salaires bas et modestes.

La minorité II s'en tient strictement au statu quo. Elle fait comme si rien n'avait changé dans le monde du travail. Elle ne se pose même pas la question de savoir pourquoi, dans les années nonante, le nombre des assurés au deuxième pilier a diminué de 300 000. En plus, les propositions de la minorité II cachent un grave danger du fait qu'elles ne prévoient même pas de modification des bonifications de vieillesse. Donc, elles conduiraient même à une réduction des rentes en chiffres absolus, ce qui évidemment menace la crédibilité et l'efficacité du deuxième pilier.

Les propositions de la minorité III et les propositions Riklin reprennent au moins la logique des propositions de la majorité, bien qu'avec un seuil d'entrée plus haut.

Les propositions subsidiaires de la minorité IV, évidemment, vont un peu trop loin.

En ce qui concerne les craintes liées aux coûts, les coûts qui découlent des propositions de la majorité représentent 3,6 pour cent par rapport aux cotisations globales d'une année à la prévoyance professionnelle. Ce n'est pas quelque chose de gigantesque et, vis-à-vis des salaires AVS, les coûts représentent un demi pour cent. Je pense donc qu'il est tout à fait possible de les couvrir. Il est vrai qu'il y a des branches qui sont plus touchées: ce sont les branches dont le personnel touche de bas salaires et celles qui emploient beaucoup de monde à temps partiel. Prenons l'exemple de l'hôtellerie. Vous savez que dans l'hôtellerie, il y a un salaire

minimum, à partir de cette année, de 3000 francs par mois, ce qui fait 39 000 francs par année. Pour ces personnes-là, il y aurait une augmentation des cotisations de 50 francs par mois. Est-ce que cela met à genoux cette branche? Soyons sérieux, ce n'est vraiment pas le cas. Quelqu'un a estimé que, du côté des employeurs, pour compenser la hausse des cotisations, il faudrait augmenter de deux centimes le prix d'un café. Mais même si on l'augmentait de 10 centimes, nous sommes habitués, dans cette branche, à des prix d'un autre niveau.

Je laisse de côté le problème de la situation de ceux qui ont plusieurs emplois. La majorité de la commission, comme on l'a déjà rappelé, a renoncé à proposer le cumul de tous les revenus, car, indirectement, par l'abaissement du seuil d'entrée, on répond à ce problème.

La majorité de la commission vous invite vivement à adopter son modèle.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Il m'est difficile de prendre position dans ce débat, puisque personne ne soutient le projet du Conseil fédéral et que vous avez à choisir entre différents modèles.

Mais si je prends quand même la parole, c'est pour dire trois choses:

1. M. Triponez a dit qu'on n'avait pas besoin d'abaisser le seuil d'entrée ni d'introduire une déduction de coordination variable, que le Conseil fédéral lui-même n'avait pas envisagé cette solution et qu'on satisfaisait à l'objectif de la constitution en suivant les propositions de la minorité II. Je dois m'inscrire en faux contre cette déclaration. D'une part, le Conseil fédéral n'a jamais affirmé qu'en renonçant à présenter une solution pour les bas salaires et le travail à temps partiel, il considérait que le système des trois piliers était «résolu» de façon satisfaisante, sinon il n'aurait jamais rien modifié. Cela signifie qu'il a tout simplement renoncé à réaliser cet objectif actuellement.

D'autre part, l'objectif n'est pas réalisé: d'un côté, avec une rente représentant 60 pour cent des revenus les plus bas, cela ne correspond pas au maintien du minimum existentiel et, de l'autre, en ne compensant pas par une augmentation des bonifications de vieillesse le capital accumulé qui permet de corriger l'inconvénient résultant de la baisse du taux de conversion, on n'obtient pas non plus un niveau de rente suffisant pour maintenir le niveau de vie antérieur d'une façon adéquate. Donc, le Conseil fédéral considère qu'il n'a pas encore réalisé l'objectif.

2. A mon avis, la contribution la plus importante de la commission a été de mettre en évidence la déduction de coordination variable en fonction du revenu. C'est l'élément central des propositions de la majorité de la commission: ne pas avoir un seuil fixe, mais variable en fonction du revenu. Alors, toutes les propositions qui incluent la déduction variable sont à préférer. Pourquoi? D'un côté parce qu'elles évitent l'effet de seuil, votre rapporteur l'a fort bien dit, c'est-à-dire le sentiment d'engager les salariés en dessous du seuil d'accès, et avec cela nous avons réglé une fois pour toutes le problème, nous n'avons pas d'engagements à prendre envers ces personnes-là. D'un autre côté parce qu'elles permettent de tenir compte du besoin le plus évident qui est de prendre en considération des carrières fluctuantes en termes de taux d'emploi. Il est erroné d'imaginer que la plupart des femmes travaillent avec la même intensité pendant toute leur vie professionnelle. Il faut tenir compte de ces fluctuations qui sont ravageuses en termes de revenu selon l'âge si elles conduisent à exclure les femmes du système à certaines périodes de la vie et à les réintégrer à d'autres, avec éventuellement le problème du rachat obligatoire. C'est bien ces fluctuations qui peuvent être mieux réglées par l'introduction d'une déduction de coordination variable représentant 40 pour cent du revenu AVS.

3. En ce qui concerne le seuil d'accès proprement dit, je m'en remets à la sagesse du Conseil pour décider entre les propositions de la majorité de la commission, les propositions Riklin et les propositions de la minorité III (Suter). Si

vous voulez aller dans cette direction, et encore une fois je vous ai dit ce que j'en pensais, l'essentiel n'est pas dans le seuil fixé à 12 000, 15 000 ou 18 000 francs de salaire annuel, mais bien dans la déduction de coordination variable en fonction du revenu. Seules les trois propositions précitées vont dans ce sens.

Je tenais donc à m'exprimer brièvement pour vous donner quelques indications sans soutenir au nom du Conseil fédéral l'une ou l'autre des propositions.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous nous prononçons maintenant sur des concepts valables à l'article 2 alinéa 1er, à l'article 7 alinéa 1er et à l'article 8 alinéas 1er et 2. La proposition Suter à l'article 8 alinéa 2 fait partie du concept de la minorité III (Suter).

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2203)

Für das Konzept der Minderheit III 132 Stimmen

Für das Konzept der Minderheit II 38 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2204)

Für das Konzept der Minderheit III 106 Stimmen

Für das Konzept der Minderheit I 64 Stimmen

Dritte Eventualabstimmung – Troisième vote préliminaire (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2205)

Für das Konzept der Minderheit III 97 Stimmen

Für den Antrag Riklin 71 Stimmen

Vierte Eventualabstimmung – Quatrième vote préliminaire (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2206)

Für das Konzept der Minderheit III 90 Stimmen

Für das Konzept der Mehrheit 81 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Dans ces conditions nous passons au vote pour savoir si la proposition de minorité III est amendée par la proposition de minorité I en ce qui concerne l'alternative «un même employeur» ou «un ou plusieurs employeurs».

Fünfte Eventualabstimmung – Cinquième vote préliminaire (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2209)

Für das modifizierte Konzept

der Minderheit III 103 Stimmen

Für das Konzept der Minderheit III 67 Stimmen

Definitiv – Définitivement

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 00.027/2207)

Für das modifizierte Konzept

der Minderheit III 103 Stimmen

Für das Konzept der Minderheit IV 65 Stimmen

Art. 2 Abs. 2–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2 al. 2–4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ordnungsantrag Grobet

Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), angesichts der Interessenbindungen zahlreicher Nationalrätinnen und Nationalräte mit Versicherungsgesellschaften und Versorgungsfonds, beauftragt der Nationalrat sein Büro:

– bis Dienstag, den 16. April, um 15 Uhr, von jedem Nationalrat und jeder Nationalrätin eine Erklärung einzuholen, in der festgehalten wird, ob er oder sie mit Versicherungsge-

sellschaften oder Vorsorgefondseinrichtungen Interessenbindungen irgendwelcher Art hat oder in den letzten Jahren hatte;

– die Ratsmitglieder über diese offen gelegten Interessenbindungen zu informieren.

Motion d'ordre Grobet

Vu les enjeux économiques particulièrement importants de la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP), vu les liens d'intérêts de nombreux conseillers nationaux avec les compagnies d'assurance et les fonds de prévoyance le Conseil national décide de charger son Bureau:

– de demander à chacun de ses membres de remplir, d'ici mardi 16 avril à 15 h, une déclaration indiquant s'il a ou a eu ces deux dernières années des liens d'intérêts, de quelque nature que ce soit, avec des compagnies d'assurance ou des institutions gérant des fonds de prévoyance;

– d'informer les membres du Conseil des liens d'intérêts ainsi déclarés.

Grobet Christian (S, GE): J'ai rarement reçu, comme conseiller national, autant de lettres et d'interventions des milieux économiques à la veille d'un débat parlementaire. Certes, les enjeux de la révision de la LPP sont particulièrement importants, mais on constate que les milieux économiques directement concernés entreprennent des démarches persistantes et importantes auprès des parlementaires. Il ressort, par ailleurs, de divers articles de la presse, qu'un certain nombre de parlementaires ont des liens directs et indirects avec les milieux économiques intéressés, plus particulièrement les compagnies d'assurance.

Je tiens à rappeler également les problèmes de transparence parlementaire qui sont apparus lors de la dernière législature. Je ne veux pas refaire l'historique des tourments que nous avons vécus avec l'ancien président du Conseil national qui, en fin de course, a quand même joué le jeu en déclarant l'ensemble de ses intérêts. J'estime qu'au moment où ce débat sur la LPP s'engage, il importe que chaque conseiller national remplisse une déclaration d'intérêts qui indique quels sont les liens d'intérêts qu'elle ou il entretient avec les milieux économiques concernés.

Je pense que cette transparence est la moindre des choses vis-à-vis de nos concitoyennes et de nos concitoyens qui suivent ces débats. Il importe de savoir quels sont les parlementaires qui ont effectivement des liens d'intérêts avec les milieux concernés. On m'a cité notamment le cas du «Beirat» du Crédit suisse, grande banque qui a des liens directs avec la Winterthur: il y a plusieurs parlementaires qui font partie de ce «Beirat» que M. Blocher a qualifié de «Korruptionsrat». Voilà un exemple d'un conseil où siègent des collègues et où il se justifie que leurs liens d'intérêts soient connus.

Je vous invite, au moment où nous avons déclaré notre désir de faire preuve de transparence, à voter cette motion d'ordre qui vise effectivement à ce que la transparence soit garantie à l'occasion de ce débat particulièrement important pour nos concitoyennes et pour nos concitoyens.

Je vous remercie par avance de l'appui que vous accorderez à cette motion.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Der Ordnungsantrag Grobet mag ein bisschen exotisch aussehen. Aber ich möchte sagen, dass Herr Grobet im Kern durchaus Recht hat. Es gibt eine Regelung betreffend Interessenbindungen: Diese sind offen zu legen. Ich muss hier einfach feststellen, dass das Lobbying der Versicherungen bei diesem Geschäft absolut extrem war. Es sind Kolleginnen und Kollegen unter uns, die ihre Interessenbindung nicht offen legen. Es ist nämlich heute so, dass in den so genannten Beiräten der Banken massiv Versicherungsinteressen vertreten werden. Herr Grobet hat es gesagt: Hinter dem Beirat der Credit Suisse stecken die Winterthur Versicherungen; das wird heute aus den Interessenbindungen, die publiziert sind, nicht ersicht-

lich. Sie wissen genau, dass in diesen Bereichen sehr grosse Beträge fliessen. Deshalb wäre es sehr angemessen, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die sich von Versicherungen bezahlen lassen, dies auch im Interessenregister entsprechend offen legen würden.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Grobet 111 Stimmen

Dagegen 39 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous veillerons donc à mettre en application cette motion d'ordre dans les délais prescrits.

Art. 4 Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)

Absatz 1 und Absatz 2 finden keine Anwendung auf freiwillige Versicherungen von Selbstständigerwerbenden bei Vorsorgeeinrichtungen im Bereich der weitergehenden Vorsorge sowie bei Vorsorgeeinrichtungen, die nicht im Register für die berufliche Vorsorge eingetragen sind.

Antrag Engelberger

Selbstständigerwerbende haben ausserdem die Möglichkeit, sich ausschliesslich bei einer Vorsorgeeinrichtung im Bereich der weitergehenden Vorsorge, insbesondere auch bei einer Vorsorgeeinrichtung, die nicht im Register für die berufliche Vorsorge eingetragen ist, zu versichern, sofern diese Einrichtung die berufliche Vorsorge nach den Grundsätzen der Planmässigkeit und Kollektivität betreibt. In diesem Fall finden die Absätze 1 und 2 keine Anwendung.

Art. 4 al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)

L'alinéa 1er et l'alinéa 2 ne s'appliquent pas aux assurances facultatives prises par les indépendants auprès d'une institution de prévoyance dans le domaine de la prévoyance plus étendue ou auprès des institutions de prévoyance qui ne sont pas inscrites au registre de la prévoyance professionnelle.

Proposition Engelberger

Les travailleurs indépendants ont d'autre part la possibilité de s'assurer uniquement auprès d'une institution de prévoyance active dans le domaine de la prévoyance étendue, et notamment auprès d'une institution de prévoyance non inscrite au registre de la prévoyance professionnelle, pour autant qu'elle dispose d'un plan de prévoyance et applique le principe de la collectivité. Dans ce cas, les alinéas 1er et 2 ne s'appliquent pas.

Triponez Pierre (R, BE): Selbstständigerwerbende unterstehen bekanntlich dem BVG-Obligatorium nicht. Sie haben aber die Möglichkeit, sich auf freiwilliger Ebene versichern zu lassen. Sie können dies entweder im Bereich der obligatorischen Vorsorge, also im Rahmen der Säule 2a, oder im Bereich der weitergehenden Vorsorge, im Rahmen der Säule 2b, tun. Selbstverständlich ist auch eine Kombination beider Vorsorgeformen möglich. Diese seit Jahrzehnten angewandte Praxis wurde in jüngster Zeit im Zusammenhang mit einem konkreten Fall, bei dem es aber eher um steuerliche Aspekte als um grundlegende Probleme ging, infrage gestellt.

Mit meinem Minderheitsantrag geht es darum, sicherzustellen, dass seit langer Zeit angewandte Vorsorgelösungen, die in idealer Weise auf die spezifischen Bedürfnisse der betroffenen Versicherten, der Selbstständigerwerbenden, abgestimmt sind, weiterhin zugelassen werden. Es sollen damit keine Steuerschlupflöcher geschaffen werden oder solche beibehalten werden, sollte es sie tatsächlich geben. Einzig sollen bewährte Vorsorgelösungen nicht ohne Not aufgegeben werden müssen – deshalb dieser Minderheitsantrag. Es geht also nicht darum, mit diesem Antrag etwas Neues einzuführen, sondern darum, die bestehende Praxis, d. h. eine ausserobligatorische Vorsorge im Sinne der Säule 2b für Selbstständige, die der Säule 2a nicht obligatorisch unterstellt sind, weiterhin zu gewährleisten.

In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass dieser Minderheitsantrag vielleicht etwas missverständlich formuliert ist. Es könnte nämlich der Eindruck entstehen, dass die Selbstständigerwerbenden mit diesem Antrag vor die Wahl gestellt würden, sich entweder für die obligatorische oder die ausserobligatorische Vorsorge entscheiden zu müssen, dass also eine Kombination beider Vorsorgeformen nicht möglich wäre. Dies ist aber nicht die Absicht dieses Minderheitsantrages. Um klar zu sein: Falls Selbstständige dies möchten, sollen sie weiterhin beide Vorsorgen – 2a und 2b – kombinieren können. Herr Kollega Engelberger hat in der Zwischenzeit einen Einzelantrag eingereicht, der vorhin verteilt worden ist.

Der Antrag nimmt das Grundanliegen der Kommissionsminderheit voll und ganz auf. Gleichzeitig geht er auch auf die Bedenken ein, die vonseiten des Bundesrates und der Verwaltung in der SGK vorgebracht wurden und die schliesslich dazu führten, dass der Minderheitsantrag knapp abgelehnt wurde.

So verlangt der Antrag Engelberger insbesondere – das scheint mir entscheidend zu sein –, dass die weitergehenden Vorsorgelösungen den Grundsätzen der Planmässigkeit und der Kollektivität gerecht werden müssen. Er ist auch so formuliert, dass klar zum Ausdruck kommt, dass eine weitergehende Vorsorge, eine obligatorische Vorsorge, nicht ausgeschlossen ist.

Falls sich auch der Bundesrat und die Verwaltung hinter den Antrag Engelberger stellen könnten, würden wir den Antrag der Minderheit zugunsten des Antrages Engelberger zurückziehen.

Engelberger Eduard (R, NW): Wie es mein Vorredner bei der Begründung seines Minderheitsantrages bereits dargelegt hat, geht es bei der vorliegenden Bestimmung darum, Selbstständigerwerbenden die Möglichkeit einzuräumen, eine weitergehende ausserobligatorische berufliche Vorsorge abzuschliessen, ohne dass sich diese gleichzeitig auch in der obligatorischen beruflichen Vorsorge versichern lassen müssen. Es handelt sich hierbei um Vorsorgelösungen, die im Bereich der Verbandsvorsorge weit verbreitet sind und auf eine jahrzehntelange Praxis zurückblicken können.

Ziel der beantragten ergänzenden Bestimmungen der Minderheit in Artikel 4 soll es sein, derartige Vorsorgelösungen weiterhin zu ermöglichen, ohne dass aber das Instrument dazu missbraucht werden kann, Steueroptimierung zu betreiben. Wenn das Instrument der weitergehenden beruflichen Vorsorge in diesem Sinne eingesetzt wird, entspricht es durchaus einem öffentlichen Interesse, profitiert doch auch unser Staat davon, wenn sich die Selbstständigerwerbenden eine ausreichende Altersvorsorge aufbauen.

Der Antrag der Minderheit Triponez, der seitens des Bundesrates und der beratenden Kommission zur Ablehnung empfohlen wird, ist wohl etwas problematisch formuliert. Insbesondere könnte er den Eindruck erwecken, dass es nur die beiden Alternativen obligatorische oder ausserobligatorische Versicherung geben soll. Dies wäre aber kaum sinnvoll und entspricht auch nicht der Ansicht des Antragstellers, wie Sie in der Zwischenzeit selber seinen Worten entnehmen konnten.

Der modifizierte Antrag, den ich als Alternativantrag zu demjenigen der Minderheit Triponez sehe, verfolgt im Grundsatz die gleiche Stossrichtung, ist aber präziser formuliert. Er unterscheidet sich gegenüber dem Antrag der Minderheit Triponez insbesondere in folgenden Punkten: Mit dieser Formulierung wird klar präzisiert, dass es keinesfalls um ein Entweder-oder geht. Die ausserobligatorische Vorsorge soll durchaus auch als Ergänzung zur obligatorischen Vorsorge betrieben werden können, dies auch ohne dass die ausserobligatorische Vorsorge zwingend eine obligatorische vorschreibt.

Mit diesem Antrag verlange ich ausdrücklich, dass die Grundsätze der Planmässigkeit und der Kollektivität eingehalten werden. Damit will ich ausschliessen, dass die weitergehende Vorsorge als Steueroptimierungsinstrument missbraucht werden könnte.

Des Weiteren will ich mit dieser Formulierung festhalten, dass die überobligatorische Vorsorge auch bei Vorsorgeeinrichtungen betrieben werden kann, die nicht im Register über die berufliche Vorsorge eingetragen sind. Damit soll sichergestellt werden, dass bestehende bewährte Vorsorgelösungen fortgeführt werden können, sofern sie den geforderten Grundsätzen entsprechen. Ich denke, dass ich mit diesem Antrag für die notwendige Präzisierung des Anliegen von Herrn Triponez Sorge und gleichzeitig auf die Bedenken des Bundesrates, der Verwaltung und der Mehrheit der Kommission eingehe. Angesichts der Berücksichtigung dieser Bedenken hoffe ich, dass es dem Bundesrat bzw. der Frau Bundesrätin möglich ist, auf diesen Alternativantrag einzuschwenken. Ich gehe davon aus, dass Herr Triponez den Minderheitsantrag zurückziehen kann, womit eine einvernehmliche Lösung erzielt werden könnte. Diese Lösung wäre wohl auch im Ständerat mehrheitsfähig.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe libéral communique qu'il soutient la proposition de minorité.

Hassler Hansjörg (V, GR): Die Minderheit Triponez will eine Präzisierung im Gesetz, um Klarheit zu schaffen, dass es den Selbstständigerwerbenden wie bis anhin erlaubt sein soll, berufliche Vorsorge auf freiwilliger Basis ausschliesslich im Bereich der weitergehenden Vorsorge oder der beruflichen Vorsorge über nichtregistrierte Vorsorgeeinrichtungen zu betreiben. Die Selbstständigerwerbenden brauchen einen anderen Aufbau der beruflichen Vorsorge als die Arbeitnehmer. Die obligatorische berufliche Vorsorge für die Arbeitnehmenden geht richtigerweise davon aus, dass im Rentenfall – sei dies bei Invalidität, Todesfall oder im Alter – eine Rente zur Auszahlung gelangt, die in Relation zum entgangenen Lohn steht. Dabei wird auch die Altersvorsorge kontinuierlich bis zur Pensionierung aufgebaut.

Dieses System kann aber nicht einfach für die Versicherung der Selbstständigerwerbenden angewendet werden, da sich deren Einkommenssituation und Bedürfnisse von jenen der Arbeitnehmenden stark unterscheiden. Die Selbstständigerwerbenden sind ganz besonders auf einen guten Risikoschutz angewiesen. Ein Risikoschutz in Form von einkommensabhängigen Leistungen und Prämien ist aber für den Selbstständigerwerbenden völlig ungeeignet. Der Grund liegt darin, dass die Einkommen aufgrund verschiedener Einflüsse ganz erheblich schwanken können. Dagegen bleiben die Vorsorgebedürfnisse unverändert. Es ist daher erforderlich, dass sich die Selbstständigerwerbenden unabhängig vom jährlichen Einkommen gegen die bestehenden Risiken versichern können.

Die Selbstständigerwerbenden sind auch darauf angewiesen, ihre Altersvorsorge im Rahmen der zweiten Säule dann aufbauen zu können, wenn ihnen die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Bei den Selbstständigerwerbenden gilt es ja immer, eine Abwägung der Bedürfnisse der Familie, der Investitionen in den Betrieb und der Vorsorge vorzunehmen. Die Altersvorsorge muss dann vorgenommen

werden, wenn die dazu notwendigen Mittel auch tatsächlich vorhanden sind. Meines Erachtens muss auch die öffentliche Hand ein grosses Interesse daran haben, dass den Selbstständigerwerbenden ein Vorsorgesystem im Bereich der zweiten Säule zur Verfügung steht, das ihren speziellen Verhältnissen entspricht. Die öffentliche Hand kann doch kein Interesse daran haben, den Selbstständigerwerbenden ein System aufzuzwingen, das nicht ihren Bedürfnissen entspricht.

Ich bitte Sie daher zusammen mit der SVP-Fraktion, den Antrag Engelberger zu unterstützen, sofern der Antrag der Minderheit zurückgezogen wird.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutient la proposition Engelberger.

Fasel Hugo (G, FR): Eigentlich weiss man nicht genau, was man zu diesem Minderheitsantrag sagen soll, denn eigentlich ist es beschämend. Ich halte fest, dass wir vor zwei, vielleicht drei Minuten in diesem Saal darüber entschieden haben, ob wir jenen Leuten, die weniger als 24 000 Franken verdienen, den Zugang zur zweiten Säule verwehren. Sie, Herr Triponez, haben mit allem Engagement für die Beibehaltung der Grenze von 24 000 Franken plädiert. Drei Minuten später kommen Sie und sagen: Nein, nein – jene, die mehr als 24 000 Franken verdienen, sollen problemlos Zugang zur zweiten Säule haben! Dann kommt auch die Landwirtschaft dazu. Die Landwirtschaftsvertreter haben bei der vorigen Abstimmung gesagt: Unsere Angestellten, denen wir weniger als 24 000 Franken Lohn im Jahr bezahlen, sollen nichts von der zweiten Säule bekommen, aber bei uns selber, weil wir Bauern sind, ist das kein Problem. Was 24 000 Franken Einkommen übersteigt, soll in der zweiten Säule versichert sein. Da sieht man plötzlich das Problem nicht mehr, und das drei, vier Minuten später. Da muss ich sagen, da bleibt auch mir die Sprache weg, denn solche Dinge versteht man nicht. Das ist wahrscheinlich nur in diesem Haus möglich.

Triponez Pierre (R, BE): Herr Kollege Fasel, es gibt eine relativ einfache Erklärung: Dieser Antrag, falls Sie ihn begriffen haben, will eine freiwillige Vorsorgemöglichkeit schaffen. Was wir vorher diskutiert haben, war das Obligatorium der zweiten Vorsorgesäule. Sie sollten versuchen, ganz ruhig zu überlegen, bevor Sie ans Rednerpult treten; dann sehen Sie die Differenz zwischen den beiden Dingen sehr wohl.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich habe eigentlich zu diesem Antrag nicht Stellung nehmen wollen, Herr Triponez, aber das Problem liegt bei der gelinde gesagt etwas schizophrenen Haltung, die bei unterschiedlichen betroffenen Gruppen eingenommen wird. Bei den Bauern ist es besonders stossend. Es ist leider so, dass zumindest einem Teil der landwirtschaftlichen Angestellten – vor allem in der Deutschschweiz; im Kanton Genf, in der Suisse romande, hat man nun teilweise Fortschritte gemacht – anständige Arbeitsbedingungen verweigert werden. Ein Gesamtarbeitsvertrag wird diesen Angestellten bis heute verweigert. Ausgerechnet jenen Angestellten, die so schlecht verdienen, dass ihr Lohn den Koordinationsabzug nicht überschreitet, wollen Sie – das ist die Deklaration des Bauernverbandes – die zweite Säule weiter vorenthalten. Sie wollen sich damit die Kosten für eine genügende Altersvorsorge für diese Leute sparen, die dann im Alter zwangsläufig arm sind. Gleichzeitig versuchen Sie hier, eine Lösung ins Gesetz zu schreiben, die den selbstständig erwerbenden Bauern wiederum die Möglichkeit einer Versicherung gibt. Wir mögen den Bauern ja einiges gönnen, aber es ist einfach nicht anständig, wenn man – im gleichen Atemzug – für sich selber Vorteile bei der zweiten Säule will, diese Vorteile aber anderen, die es nötiger hätten, nämlich den landwirtschaftlichen Angestellten, verweigert.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Der Entscheid in der Kommission in Bezug auf den Antrag Triponez ist mit einer nicht sehr grossen Differenz ausgefallen. Herr Engelberger hat hier erklärt, welches die Bedenken waren, diesem zuzustimmen.

Nachdem sich die Mehrheit der Kommission immer dafür eingesetzt hat, dass auf der einen Seite liberale Lösungen möglich sein sollen, sie aber auch gewillt ist, dann wirklichen Missbrauch auf allen Ebenen zu bekämpfen, denke ich, dass man hier nicht dem Antrag der Minderheit Triponez, aber dem Antrag Engelberger zustimmen kann, weil der ja den Bedenken, die in der Kommission geäussert worden sind, Rechnung getragen hat.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: En ce qui concerne l'article 4 alinéa 3, la majorité de la commission estime que la proposition de la minorité est en opposition avec l'esprit de la loi. Si l'on veut rester dans le cadre de la prévoyance professionnelle – avec d'ailleurs les avantages qui en découlent, en particulier de nature fiscale –, il faut respecter la loi sur la prévoyance professionnelle. Sinon on risquerait de s'éloigner par trop de l'esprit du deuxième pilier et de laisser à chacun le libre choix de verser des contributions et de retirer le capital quand il le désire. On trahirait évidemment l'esprit et le but mêmes de la prévoyance professionnelle. Cela en ce qui concerne la proposition de la minorité.

La proposition Engelberger, avec sa nouvelle formulation qui s'éloigne partiellement de celle de la proposition de la minorité, pourrait être plus acceptable. La commission n'a toutefois pas eu la possibilité de l'examiner de manière approfondie.

Elle s'en remet donc au choix du plénum.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je peux vous recommander de soutenir la proposition Engelberger, car la proposition de minorité Triponez présente un certain nombre de difficultés, notamment d'interprétation. La proposition Engelberger est beaucoup plus claire.

De quoi s'agit-il? Nous sommes dans le domaine des assurances facultatives; c'est donc le cadre qui est ouvert aux travailleurs indépendants pour s'assurer. La proposition Engelberger demande à ce que les travailleurs indépendants puissent s'assurer aussi exclusivement dans le cadre de la prévoyance surobligatoire. Cela n'est pas une obligation. Ils peuvent s'assurer pour l'ensemble de leur revenu, ou uniquement pour la partie surobligatoire.

Dans le droit actuel, de nombreuses caisses de pension permettent cela, c'est-à-dire qu'elles offrent cette forme d'assurance facultative. Or aujourd'hui, cela est contesté. Nous pensons que pour que les institutions de prévoyance des entreprises artisanales, qui existaient déjà avant l'entrée en vigueur de la LPP et qui prévoient de telles possibilités, puissent continuer à le faire, mais que cela devienne aussi la règle générale, nous pourrions introduire ici la base légale claire proposée par M. Engelberger.

Ce qui est important, c'est que la proposition Engelberger – c'est ce qui manquait à la proposition de minorité Triponez – préconise bien d'appliquer dans ce cas les principes qui sont à la base de la prévoyance professionnelle, c'est-à-dire les principes de planification et de collectivité, et du même coup aussi le principe d'adéquation.

Je vous rappelle brièvement la portée de ces principes. Le principe de planification exige de préciser dans le règlement de prévoyance quels sont les prestations, les conditions d'octroi de celles-ci et le financement. Le principe de collectivité impose de traiter sur un pied d'égalité l'ensemble des assurés et, selon le principe d'adéquation, la prévoyance doit viser au maintien approprié du niveau de vie antérieur. La proposition Engelberger permet de respecter ces trois principes.

C'est la raison pour laquelle je vous propose de soutenir la proposition Engelberger.

La présidente (Maury Pasquier Lilliane, présidente): M. Triponez retire la proposition de la minorité au profit de la proposition Engelberger.

*Angenommen gemäss Antrag Engelberger
Adopté selon la proposition Engelberger*

Art. 5 Abs. 1; 10 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5 al. 1; 10 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2, 3bis, 4–7

Antrag der Kommission

Abs. 2

Verfügt der Arbeitgeber nicht bereits über eine Vorsorgeeinrichtung, wählt er eine im Einverständnis mit seinem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung

Abs. 3bis

.... durch den Arbeitgeber erfolgt im Einverständnis mit dem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet ein neutraler Schiedsrichter, der im gegenseitigen Einverständnis oder, bei Uneinigkeit, von der Aufsichtsbehörde bezeichnet wird. Die Vorsorgeeinrichtung hat die Auflösung des Anschlussvertrages der zuständigen Ausgleichskasse der AHV zu melden.

Abs. 4–7

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 11 al. 2, 3bis, 4–7

Proposition de la commission

Al. 2

.... avec son personnel ou, si elle existe, avec la représentation des travailleurs. Faute d'entente

Al. 3bis

.... par l'employeur s'effectue après entente avec le personnel ou, si elle existe, avec la représentation des travailleurs. Faute d'entente, la décision sera prise par un arbitre neutre désigné soit d'un commun accord, soit, à défaut, par l'autorité de surveillance. L'institution de prévoyance doit annoncer la résiliation du contrat d'affiliation à la caisse de compensation de l'AVS compétente.

Al. 4–7

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 7bis

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Die Ausgleichskassen der AHV melden der Auffangeinrichtung diejenigen Arbeitnehmer, welche ein Einkommen von weniger als den Mindestbetrag von Artikel 2 Absatz 1 erzielen.

Art. 11 al. 7bis

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Les caisses de compensation de l'AVS annoncent à l'institution supplétive les salariés qui réalisent un revenu annuel ne dépassant pas le montant minimum de l'article 2 alinéa 1er.

Art. 46

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

.... Jahreslohn 12 360 Franken übersteigt

Eventualantrag der Mehrheit

(falls der Antrag der Minderheit obsiegt)

Abs. 1

Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, die oder der im Dienste mehrerer Arbeitgeber steht, wird entweder bei der Auffangeinrichtung oder bei der Vorsorgeeinrichtung, der einer ihrer oder seiner Arbeitgeber angeschlossen ist, versichert.

Abs. 2

Ist die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer bereits bei einer Vorsorgeeinrichtung obligatorisch versichert, kann sie oder er sich bei ihr oder bei der Auffangeinrichtung versichern.

Minderheit

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Abs. 1

Die Auffangeinrichtung versichert die ihr von den Ausgleichskassen der AHV gemeldeten Arbeitnehmer, sofern deren Einkommen insgesamt über dem Mindestbetrag von Artikel 2 Absatz 1 liegt.

Abs. 2

Sind die gemeldeten Arbeitnehmer für einen Teil ihres Einkommens einer anderen Vorsorgeeinrichtung angeschlossen, so versichert sie den Differenzbetrag.

Abs. 3, 4

Aufheben

Art. 46

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

.... dépasse 12 360 francs

Proposition subsidiaire de la majorité

(au cas où la proposition de la minorité l'emporte)

Al. 1

Tout salarié au service de plusieurs employeurs est assuré auprès de l'institution supplétive ou de l'institution de prévoyance à laquelle est affilié l'un de ses employeurs.

Al. 2

Lorsqu'il est déjà assuré obligatoirement auprès d'une institution de prévoyance, le salarié peut s'assurer auprès d'elle ou auprès de l'institution supplétive.

Minorité

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Fattebert, Triponez, Widrig)

Al. 1

L'institution supplétive assure les salariés qui lui sont annoncés par la caisse de compensation, dans la mesure où le total de leurs revenus dépasse le montant minimum de l'article 2 alinéa 1er.

Al. 2

Si les salariés annoncés sont déjà assurés auprès d'une institution de prévoyance, elle assure la différence.

Al. 3, 4

Abroger

Meyer Thérèse (C, FR): Je serai brève. L'article 11 alinéa 7bis est une conséquence logique de la décision du Conseil national d'ouvrir la possibilité aux salariés qui ont plusieurs employeurs de s'affilier, et donne ainsi la mesure d'application possible. «Les caisses de compensation de l'AVS annoncent à l'institution supplétive les salariés qui réalisent un revenu annuel ne dépassant pas le montant minimum de l'article 2 alinéa 1er», c'est-à-dire le montant que le Conseil a fixé, soit 18 540 francs.

Cet alinéa est nécessaire pour pouvoir procéder à la mise en oeuvre de cette mesure telle qu'elle a été décidée dans

cette salle; et il devra aussi être couplé avec l'article 46, qu'on devrait logiquement adopter en même temps et qui donne à l'institution supplétive la mission d'administrer ce deuxième pilier, d'opérer les déductions de coordination nécessaires, de déterminer le salaire assuré et de facturer les cotisations aux divers employeurs.

Je pense qu'il serait logique, après la décision prise par le Conseil, de soutenir la minorité de la commission à l'article 11 alinéa 7bis et à l'article 46, cela afin de disposer de l'outil permettant de mettre en oeuvre l'article 2 tel que nous l'avons adopté.

Widrig Hans Werner (C, SG): Der Antrag der Minderheit hat einen Zusammenhang mit Artikel 2. Es stellt sich allgemein die Frage, wer das Koordinationsorgan sein soll. Die Minderheit sieht hier die Auffangeinrichtung vor. Gut, man kann darüber diskutieren, ob es nicht das Bundesamt für Sozialversicherung sein kann. Das ist eine Frage, welche der Zweirat noch vertieft prüfen wird. Aber als Konsequenz von Artikel 2 muss das Koordinationsorgan definiert sein.

Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, hier den Antrag der Minderheit zu unterstützen. Es betrifft auch den Zwillingsartikel 46; die Bestimmungen in Artikel 11 Absatz 7bis und in Artikel 46 sind ganz ähnlich.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Ich gehe eigentlich davon aus, dass das bei den anderen Anträgen bereits inbegriffen ist. Sie haben bereits eine Abstimmung durchgeführt und entschieden, dass man bei mehreren Arbeitgebern die Beitragszahlungen koordinieren muss. Die Minderheit Meyer Thérèse hat dazu einen Antrag eingereicht, dass das von der Auffangeinrichtung geleistet wird – Sie sehen das in Artikel 46. Ich frage mich deshalb, ob wir darüber wirklich noch abstimmen müssen. Wir haben nämlich keinen Antrag dazu vorliegen, und Sie haben bereits so beschlossen, obwohl unsere Fraktion es vorgezogen hätte, die tiefere Eintrittsschwelle anstelle des Modells mit der Berücksichtigung mehrerer Arbeitgeber zu installieren.

Stahl Jürg (V, ZH): Dieses Parlament hat vor 45 Minuten beschlossen, dass die Eintrittsschwelle auf 18 000 Franken fixiert wird. Um diese Schwelle zu erreichen, können Tätigkeiten bei mehreren Arbeitgebern den Ausschlag geben. Es scheint mir wichtig, dass wir diese Art von Systemwechsel sowohl für die Versicherten als auch für die Arbeitgeber aufgrund des administrativen Aufwandes nicht zu einem Bumerang werden lassen. Ich glaube nicht, dass sich die Mitglieder der Kommission dessen genau bewusst waren.

Aus diesem Grunde beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Minderheit zu folgen, damit auch der Zweirat noch einmal über dieses Thema befinden kann. Es scheint mir ebenso wichtig, dass diesem Vorgang der Meldepflicht, d. h. der Koordination der verschiedenen Summen von Tätigkeiten bei verschiedenen Arbeitgebern, nochmals gebührend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Es ist meine Forderung – und deswegen bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit zu unterstützen –, dass sich der administrative Aufwand beim Arbeitgeber keinesfalls nochmals vermehren sollte. Wir sind an einem Limit der administrativen Belastung angelangt. Mir scheint der Antrag der Minderheit am sinnvollsten: Es soll dort koordiniert werden, wo diese Zahlen eben vorhanden sind. So kann sich auch der Zweirat dann nochmals vertieft dieser Thematik widmen.

Egerszegi-Obirst Christine (R, AG), für die Kommission: Das Problem, das sich stellt, wenn jemand bei mehreren Arbeitgebern versichert ist, haben wir in der Kommission sehr ausführlich diskutiert. Es ist gemäss Artikel 46 heute schon möglich, verschiedene Pensen zu versichern, sofern der Gesamtbetrag über der Eintrittsschwelle liegt. Die Mehrheit hat ganz bewusst gedacht, dass der administrative Aufwand zu gross wäre, wenn man das auf verschiedene Pensen aufteilen würde, wenn die Eintrittsschwelle bei 12 360 Franken liegt. Wir haben aber zu Artikel 46 einen Eventualantrag.

Man müsste diese beiden Artikel eigentlich gemeinsam beraten. Dort haben wir die Möglichkeit, nicht nur die Auffangeinrichtung als Ort zu nehmen, wo man diese Pensen melden kann, sondern je nach Gegebenheiten entweder die Auffangeinrichtung oder die Vorsorgeeinrichtung bei einem dieser verschiedenen Arbeitgeber. Deshalb haben wir uns gegen den Antrag der Minderheit Meyer Thérèse ausgesprochen.

Deshalb denke ich, dass ich im Namen der Kommission jetzt beim Eventualantrag der Mehrheit bleibe. Denn es braucht hier verschiedene Flexibilität. Entweder ist der Minderheitsantrag mit «Die Auffangeinrichtung oder Vorsorgeeinrichtung des einen Arbeitgebers versichert» zu ergänzen, oder dann – das ist für die Kommission der kongruentere Weg – muss bei Artikel 46 Absatz 1 der Eventualantrag der Mehrheit angenommen werden, weil ja vorhin die Minderheit Suter gesiegt hat.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Le principe du cumul des revenus lorsqu'une personne a plusieurs employeurs ayant été adopté, il reste évidemment à régler son application. L'article 11 alinéa 7bis et l'article 46 prévoient une façon de faire selon la proposition de majorité et une autre selon la proposition de minorité.

La majorité propose, à ce sujet, de laisser ouvert le choix entre, d'un côté, l'institution supplétive et, de l'autre, l'institution de prévoyance de l'un des employeurs. La minorité, au contraire, prévoit que ce soit une institution unique qui se charge de la prévoyance de ces travailleurs, donc l'institution supplétive si la personne n'est pas encore assurée, ou bien l'institution à laquelle la personne est éventuellement déjà affiliée.

Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à choisir la voie qu'elle a tracée. Ce sera éventuellement dans l'ordonnance que seront fixés les détails de la réglementation.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: A mon avis, il faudrait suivre la proposition de minorité Meyer Thérèse à l'article 11 alinéa 7bis, ce qui ne signifie pas, je dois le dire, que vous soyez forcément arrivés à la solution la plus satisfaisante et que le Conseil des Etats n'aura pas à se repencher sur la question et en particulier sur les questions liées à la protection des données. D'autres choses devront être examinées ensuite de façon très soignée.

Il est clair qu'à partir du moment où on veut que la situation d'une travailleuse ou d'un travailleur qui a plusieurs employeurs soit prise en considération, il faut bien qu'il y ait un endroit où l'on annonce la situation de celle-ci ou de celui-ci. A notre avis, il n'y a pas d'autre endroit où l'annoncer que l'institution prévue par la proposition de minorité Meyer Thérèse. C'est le seul endroit où l'on peut centraliser l'annonce des différentes situations de façon que le contrôle des employeurs multiples puisse se faire.

Je crois que si l'on veut considérer avec sérieux la décision et, je n'en doute pas, prendre en compte les employeurs multiples, il faut alors bien un mécanisme qui permette de les annoncer.

A ce stade-là, il serait très judicieux de suivre la proposition de minorité Meyer Thérèse.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous allons voter en premier lieu sur l'article 46. Dans la mesure où la proposition de la majorité devient sans objet, nous opposerons la proposition subsidiaire de la majorité à la proposition de la minorité. Le résultat de ce vote sera considéré comme acquis pour l'alinéa 7bis de l'article 11.

Art. 46

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 86 Stimmen

Für den Eventualantrag der Mehrheit 62 Stimmen

*Art. 11 Abs. 7bis – Art. 11 al. 7bis
Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité*

Art. 13 Abs. 2

Antrag der Kommission

Um Leistungskürzungen im Falle von Frühpensionierungen abzumildern, können die reglementarischen Bestimmungen vorsehen, dass versicherte Arbeitnehmer über die reglementarischen Prämien hinaus persönliche Beiträge leisten, um ihr Altersguthaben aufzustocken.

Art. 13 al. 2

Proposition de la commission

Dans le but d'atténuer les effets d'une réduction des prestations en cas de retraite anticipée, les dispositions réglementaires peuvent prévoir que les salariés assurés versent en sus des primes réglementaires des montants individuels, afin d'accroître leur avoir de vieillesse.

Angenommen – Adopté

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je vous signale que vous trouverez sur vos pupitres demain matin à la première heure un questionnaire qui vous permettra de remplir les exigences de la motion d'ordre Grobet.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.55 Uhr
La séance est levée à 19 h 55*

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 16. April 2002

Mardi, 16 avril 2002

08.00 h

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)
Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Art. 14

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Die Altersrente wird in Prozenten des Altersguthabens (Umwandlungssatz) berechnet, das der Versicherte bei Erreichen des Rentenalters erworben hat.

Abs. 2

Der Mindestumwandlungssatz beträgt 6,8 Prozent für das ordentliche Rentenalter 65 von Frau und Mann.

Abs. 3

Der Bundesrat unterbreitet ab 2011 mindestens alle zehn Jahre einen Bericht über die Festlegung des Umwandlungssatzes in den nachfolgenden Jahren.

Minderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Gutzwiller, Triponez)

Abs. 1

Unverändert

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Schmied Walter

Abs. 1

.... erworben hat. Der Bundesrat bestimmt den Mindestumwandlungssatz unter Berücksichtigung der anerkannten technischen Grundlagen. Dabei trägt er für jede Generation von Versicherten der künftigen Entwicklung ihrer Lebenserwartung Rechnung.

Antrag Maillard

Abs. 2

.... beträgt 7,2 Prozent

Art. 14

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

La rente de vieillesse est calculée en pour cent de l'avoir de vieillesse acquis par l'assuré au moment où celui-ci atteint l'âge ouvrant le droit à la rente (taux de conversion).

Al. 2

Le taux de conversion minimal s'élève à 6,8 pour cent à l'âge ordinaire de la retraite de 65 ans pour les hommes et les femmes.

Al. 3

Le Conseil fédéral soumet un rapport pour déterminer le taux de conversion des années suivantes tous les dix ans au moins, la première fois en 2011.

Minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Gutzwiller, Triponez)

Al. 1

Inchangé

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Schmied Walter

Al. 1

.... droit à la rente (taux de conversion). Le Conseil fédéral fixe le taux de conversion minimum en se fondant sur des données techniques reconnues. Il tient compte à cet égard de l'évolution à venir concernant l'espérance de vie des assurés, génération par génération.

Proposition Maillard

Al. 2

.... minimal s'élève à 7,2 pour cent

Art. 14a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Laubacher, Stahl, Triponez)

....

Jahrgang/ordentliches Rentenalter Männer/Mindestumwandlungssatz Männer/ordentliches Rentenalter Frauen/Mindestumwandlungssatz Frauen

1938/65/7,200

1939/65/7,150

1940/65/7,100

1941/65/7,025/63/7,090

1942/65/6,950/64/6,980

1943/65/6,850/64/6,870

1944/65/6,750/64/6,760

1945/65/6,650/65/6,650

Art. 14a

Proposition de la commission

Majorité

Biffer

Minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Laubacher, Stahl, Triponez)

....

Classes/Âge ordinaire de la retraite (hommes)/Taux de conversion minimal (hommes)/Âge ordinaire de la retraite (femmes)/Taux de conversion minimal (femmes)

1938/65/7,200

1939/65/7,150

1940/65/7,100

1941/65/7,025/63/7,090

1942/65/6,950/64/6,980

1943/65/6,850/64/6,870

1944/65/6,750/64/6,760

1945/65/6,650/65/6,650

Art. 16

Antrag der Kommission

Mehrheit

....

Altersjahr/Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–34/7

35–44/10

45–54/15

55–65/18

Minderheit I

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(falls der Antrag der Mehrheit abgelehnt wird)

....

Altersjahr/Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–34/5

35–44/6

45–54/10

55–65/12

Minderheit II

(Widrig, Bortoluzzi, Meyer Thérèse)

....

Altersjahr/Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–31/8

32–41/10

42–51/15

52–65/18

Antrag Polla

....

Altersjahr/Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–34/8

35–44/11

45–54/15

55–65/17

Art. 16

Proposition de la commission

Majorité

....

Age/Taux en pour cent du salaire coordonné

25–34/7

35–44/10

45–54/15

55–65/18

Minorité I

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
(au cas où la proposition de la majorité serait rejetée)

....

Age/Taux en pour cent du salaire coordonné

25–34/5

35–44/6

45–54/10

55–65/12

Minorité II

(Widrig, Bortoluzzi, Meyer Thérèse)

....

Age/Taux en pour cent du salaire coordonné

25–31/8

32–41/10

42–51/15

52–65/18

Proposition Polla

....

Age/Taux en pour cent du salaire coordonné

25–34/8

35–44/11

45–54/15

55–65/17

Art. 70

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Meyer Thérèse, Stahl, Triponez)

Abs. 1

Jede Vorsorgeeinrichtung hat einen Beitrag für die Anwendung des im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Revision gültigen Umwandlungssatzes auf den dann bestehenden, weiterhin mit dem Mindestzinssatz zu verzinsenden Altersgut haben bereitzustellen.

Abs. 2

Leistungsansprüche aufgrund der weitergehenden Vorsorge können von der Vorsorgeeinrichtung berücksichtigt werden.

Abs. 3

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, insbesondere legt er den Beitrag unter Berücksichtigung der anerkannten technischen Grundlagen fest. Dieser Beitrag darf 1 Prozent der koordinierten Löhne aller Versicherten, die für die Altersleistungen Beiträge zu entrichten haben, nicht übersteigen.

Art. 70

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Meyer Thérèse, Stahl, Triponez)

Al. 1

Chaque institution de prévoyance est tenue de prévoir une contribution pour l'application du taux de conversion valable au moment de l'entrée en vigueur de la révision à l'avoir de vieillesse existant à ce moment, rémunéré à un taux d'intérêt minimum.

Al. 2

Les droits aux prestations découlant de la prévoyance plus étendue peuvent être pris en considération par l'institution de prévoyance.

Al. 3

Le Conseil fédéral règle les modalités de détail, en fixant notamment la cotisation en fonction des bases techniques reconnues. Cette cotisation ne doit pas dépasser 1 pour cent des salaires coordonnés de tous les assurés tenus de s'acquitter d'une cotisation pour les prestations de vieillesse.

Widrig Hans Werner (C, SG): Zuerst zum Hauptgrund für die Minderheitsanträge zu den Artikeln 14, 14a und 16: Wir sind beim Umwandlungssatz, dem Hauptgrund für die BVG-Revision. Wenn Sie gleich viel Prämien einziehen, die Lebenserwartung nach der Pensionierung aber 18 statt 15 Jahre beträgt, bekommen Sie weniger pro Jahr – es ist eine einfache Division: geteilt durch x Jahre. Es stellt sich nun die Frage, wie gross die Senkung ist.

Ich möchte Ihnen meine Interessen offen legen: Ich bin im Verwaltungsausschuss der Asga, der Pensionskasse des Gewerbes. Das ist eine autonome Kasse, paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Wir haben also keine Transparenzprobleme. Gemäss den Pensionskassen ist ein Umwandlungssatz von 6,65 Prozent unumgänglich. Der Bundesrat schlägt dies ja auch vor. Auch wir im Pensionskassenverband möchten innert sechs Jahren auf diesen Satz hinunter. Das ist in Artikel 14a. Die Kommissionsmehrheit schlägt vor, innert zehn Jahren von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent hinunterzugehen. Wir können ja die Gesetze des Alterwerdens nicht mit dem BVG ausser Kraft setzen – schön wäre es. Mit einer solchen Verdrängungstaktik lösen Sie keine Probleme, sondern verschieben sie nur auf eine andere Ebene. Der Umwandlungssatz ist keine politische, sondern eine versicherungstechnische Grösse. Nun braucht ja mein Antrag flankierende Massnahmen. Ich mache dies mit der Erhöhung der Summe der Altersgutschriften von 500 auf 540 Prozent.

Bei Artikel 14a sehen Sie, dass ich schneller hinuntergehe, nämlich innert 6 Jahren. Mir gefällt der Entwurf des Bundes-

rates nicht. In der Subkommission war einmal sogar die Rede von 20 und dann von 15 oder 13 Jahren. Eine halbe Generation mit dieser Administration zu belasten wäre falsch. Wir sollten also möglichst schnell hinuntergehen.

Ich habe bei Artikel 16 die leicht modifizierte Frauenskala übernommen, um diese Unebenheiten auszugleichen. Zudem schlage ich im Antrag der Minderheit zu Artikel 70 vor, für die Jahrgänge, welche das revidierte Altersguthaben von 45 Prozent nicht erreichen, die Besitzstandswahrung für das im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Revision vorhandene Deckungskapital mit Hilfe eines Beitrages vorzusehen. Diese Sondermassnahme in Artikel 70 gibt es ja schon heute. Neu braucht es sicher nicht mehr einen so grossen Beitrag, sondern nur noch einen Teil davon.

Seit gestern liegt nun aber eine neue Situation vor. Wir haben gestern im Plenum im Prinzip zwar den Schwellenwert 18 540 Franken beschlossen, aber den Koordinationsabzug geändert. Wir haben das Finanzierungssystem geändert, und ich möchte fast sagen, es gibt jetzt mit diesen 40 Prozent eine Kurve oder einen Knick in der Finanzierung. Angesichts dieser neuen Situation ist Artikel 16 mit den Ansätzen von 7 bis 18 Prozent nicht mehr notwendig. Vor allem möchte ich von der Verwaltung Folgendes wissen: Mit dem gestrigen Ratsbeschluss, der Annahme des Antrages Suter – 6,8 Prozent auf 10 Jahre –, haben wir die Finanzierung weitgehend gemacht, wenn ich den Beschluss von gestern richtig interpretiere. Darum möchte ich zuerst noch eine Auskunft des Bundesrates, nämlich in Bezug auf die Konsequenzen des gestrigen Beschlusses – die Annahme des Antrages Suter –, in Bezug auf die Mehrfinanzierung, die wir «unten» gemacht haben. Welche Auswirkungen hat das auf die Finanzierung des Umwandlungssatzes?

Ich beantrage also, wie gesagt, einen Umwandlungssatz von 6,65 Prozent. Dieser entspricht übrigens auch demjenigen des Gutachtens von Professor Schips – bei einer Absenkungsdauer von 6 Jahren. Ich habe vorgeschlagen, die Besitzstandswahrung bei der Übergangsgeneration mit Altersgutschriften und Sondermassnahmen zu sichern. Das wäre möglich.

Zuerst aber nochmals die Frage an den Bundesrat: Welche Auswirkungen auf dieses neue Modell hat der gestrige Entscheid zugunsten des Konzepts der Minderheit III (Suter)? Dann sind allenfalls meine Anträge zu den Artikeln 16 und 70 hinfällig. Ich möchte mir deshalb vorbehalten, meine Anträge je nach Auskunft zurückzuziehen oder eben aufrechtzuerhalten. Wenn am Schluss, wie ich es jetzt überblicke, ein Umwandlungssatz von 6,8 Prozent und eine Absenkungsdauer von 10 Jahren herauskommen, könnte ich persönlich damit leben, aber sicher nicht mit einer längeren Absenkungsdauer. Ich wehre mich gegen eine Dauer von 13 bzw. 15 Jahren, wie es am Anfang vorgeschlagen wurde.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je vous signale que la proposition de minorité I (Goll) à l'article 16 est caduque du fait des résultats des premiers votes.

Schmied Walter (V, BE): M. Widrig a évoqué, en fait, le problème central qui nous préoccupe. Je constate qu'en fin de compte, malgré les bonnes intentions du projet du Conseil fédéral et de la proposition de la majorité de la commission, on ne résout pas le problème fondamental.

Voyez-vous, si un jeune commence à cotiser auprès d'une caisse de pensions à 20 ans et finit à 65 ans, cela représente une durée de cotisation de 45 ans, et ici on discute de périodes de 10 ou 15 ans, pour lesquelles il faut revoir le taux de conversion.

Je crois qu'il serait utile de tenir compte de l'évolution de l'espérance de vie de chaque génération. Avec ma proposition, j'essaye de résoudre le problème de ces cascades qui font que, de temps en temps, on doit modifier le taux de conversion en fonction du vieillissement de la population, ce qui produit chaque fois certaines injustices, des vides ou des difficultés, pour lesquels il faut prendre des mesures de transition.

Alors, je crois qu'il serait relativement simple de fixer un taux de conversion minimal, comme le Conseil fédéral l'envisage dans son projet, et de tenir compte d'un tableau qu'il y a lieu d'établir en fonction des données scientifiques. On connaît par exemple l'évolution de l'espérance de vie en fonction de statistiques très fiables, et on peut faire une projection sur la base de ces données et les insérer dans un tableau à disposition du Conseil fédéral. On arrive ainsi à tenir compte d'un taux de conversion défini en fonction de l'année de naissance de la personne qui a droit aux prestations d'une caisse de pensions le moment venu. Avec cette solution, on résoudrait le problème de réadapter le taux unique tous les 10 ou 15 ans et la crainte de M. Widrig ne serait plus d'actualité. J'ose espérer que pouvez suivre cette réflexion et, si vous avez encore des doutes, la commission du Conseil des Etats peut toujours reprendre la discussion.

Mais, en substance, je vous propose de faire confiance au Conseil fédéral en le laissant fixer le taux de conversion et en l'incitant à tenir compte des années de naissance pour chaque assuré et pour chaque génération. A ce moment-là, on peut faire des projections à 30 ou à 40 ans, mais le taux de conversion sera solide et ne devra pas être adapté tous les 10 ou 15 ans.

Polla Barbara (L, GE): Je suis désolée que ma proposition, pourtant déposée avant 20 heures hier, ne vous ait pas encore été distribuée, d'autant plus qu'il est toujours assez ennuyeux de recevoir une proposition en séance plénière. C'est vrai que, dans la mesure où le groupe libéral n'est pas représenté dans la commission, c'est finalement la seule façon de procéder. Donc nous sollicitons votre compréhension à cet égard.

En fait, ma proposition concerne l'article 16, et son objectif est une meilleure répartition des charges en fonction de l'âge, en chargeant légèrement le bateau des plus jeunes pour alléger celui des plus âgés. Les plus jeunes s'y retrouveront de toute façon au bout du compte si, effectivement, cette mesure permet de prolonger la durée de vie active de ceux qui le souhaitent, et ils sont en général beaucoup plus nombreux qu'on ne veut bien le dire.

Il s'agirait donc de changer les pourcentages de la proposition de la majorité: augmenter le taux appliqué pour les bonifications de vieillesse de 7 à 8 pour cent pour la classe d'âge de 25 à 34 ans, de 10 à 11 pour cent pour celle de 35 à 44 ans, le maintenir à 15 pour cent pour celle de 45 à 54 ans, le diminuer à 17 pour cent pour celle de 55 à 65 ans. Il ne s'agit évidemment que d'un tout petit pas en direction d'un allègement des charges des personnes les plus âgées. Pourtant, c'est une mesure incitative qui vise à ce que la prise d'emploi ou le maintien en emploi de ces personnes soient favorisés.

Idéalement, nous aimerions en fait un taux unique pour tout le monde, mais ma proposition est un pas dans la direction dans laquelle les libéraux voudraient aller – ce point de vue leur est très cher: pour éviter toute tension économique intergénérationnelle, il faut prendre en compte l'évolution réelle de la longévité dans la mise en place des assurances sociales; c'est d'ailleurs bien pour ça que nous sommes réunis en session spéciale. Il faut que les personnes les plus âgées ne soient absolument pas discriminées sur le marché du travail, comme nous en avons déjà discuté lors de la révision de la loi sur l'assurance-chômage.

Il s'agit donc de mettre en place des mesures incitatives. Elles doivent être incitatives à la fois pour les employeurs et pour les employés. Tout à fait personnellement, en tant qu'employeur, essentiellement de femmes, et dont une grande partie d'ailleurs de celles-ci travaillent à temps partiel et gagnent de petits salaires, tout en défendant clairement l'abaissement du seuil d'entrée au deuxième pilier, j'aimerais aussi que lorsqu'il s'agit d'engager une collaboratrice, il n'y ait pas de pénalisation par l'intermédiaire des charges sociales en cas d'engagement d'une femme de plus de 55 ans plutôt que d'une femme de 25 ou de 35 ans.

La proposition qui vous est faite est tout à fait compatible avec le concept sur lequel nous travaillons à l'heure actuelle;

elle est également neutre du point de vue économique par comparaison avec la proposition de la majorité. Néanmoins, elle nécessitera évidemment une phase d'adaptation afin d'abaisser à 17 pour cent le taux de cotisation des personnes les plus âgées tout en évitant de se retrouver avec un déficit en termes de constitution du capital. Cette phase de transition n'a pas été clairement explicitée dans ma proposition; je constate d'ailleurs que vous ne l'avez toujours pas reçue. Mais si le Conseil suit l'argumentation consistant à dire qu'il faut absolument éviter de pénaliser les personnes les plus âgées sur le marché du travail, je suis certaine que, dans sa grande sagesse, le Conseil des Etats remédiera à l'omission qui concerne la période de transition.

Je vous remercie de prendre ma proposition pour ce qu'elle est, à savoir une mesure incitative supplémentaire pour les travailleurs âgés de plus de 55 ans, et de la soutenir.

D'autre part, c'est Mme Wirz-von Planta qui s'exprimera sur les autres points puisque je suis dans la minorité du groupe libéral pour ce qui concerne le taux de conversion.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Je propose tout simplement d'en rester à un taux de conversion de 7,2 pour cent. Le régime du deuxième pilier n'a pas de problème financier. C'est un régime qui croule sous les milliards: 450 milliards de francs dans le régime obligatoire, entre 600 et 700 milliards de francs si l'on tient compte du régime facultatif. Malgré le vieillissement de la population qui a commencé il y a plus d'une décennie déjà, la fortune accumulée dans le deuxième pilier n'a cessé d'augmenter, à tel point qu'elle a presque doublé au cours de la dernière décennie. Il est donc faux de dire, dans ce régime comme dans celui de l'AVS, qu'à moyen terme le phénomène démographique du vieillissement mettra en péril le niveau des rentes. Certes, ce phénomène a une influence, mais les derniers scénarios de l'Office fédéral de la statistique relativisent les perspectives alarmistes du point de vue de la démographie.

Il n'y a donc pas de raison d'avoir un discours catastrophiste, d'autant plus que l'avenir du deuxième pilier – comme d'ailleurs celui du premier, l'AVS – dépend pour beaucoup également de la croissance économique. Or, ce que ce Parlement est en train de faire, c'est de transférer des ressources de la consommation vers l'épargne – et ceci dès 2004 –, ce qui, pour la croissance, n'est pas bon. Nous avons intérêt à prendre des mesures qui soutiennent la consommation, et non pas des mesures qui renforcent encore l'attrait de l'épargne.

Enfin, une dernière chose: le compromis de la majorité de la commission, qui permettrait également une forme de redistribution vers les bas revenus dans le deuxième pilier, a été sérieusement mis à mal, notamment par le groupe démocrate-chrétien qui a changé son fusil d'épaule et à cause du lobbying intense des caisses de pensions. Dans ces conditions, puisque ce compromis n'est plus celui que la majorité de la commission avait élaboré, et également à cause de l'absence de transparence et de clarté concernant la structure des âges des assurés dans le deuxième pilier, tout ceci ne nécessite pas de mesures urgentes.

Pour toutes ces raisons, je vous demande d'en rester au taux de conversion de 7,2 pour cent.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je me permets d'intervenir à ce stade, puisque ma réponse à la question posée par M. Widrig peut-être faciliter la suite du débat. J'aimerais répondre par une explication des conséquences des décisions prises hier et de leur lien avec la discussion que nous menons aujourd'hui.

M. Widrig a posé la question suivante. Si l'on raccourcit à 10 ans la période durant laquelle s'étale la diminution du taux de conversion à 6,8 pour cent – c'est l'objectif qui a été retenu par la majorité de la commission et qui correspond d'ailleurs à ce que le Conseil fédéral préconise désormais – et si l'on tient compte des décisions prises hier, qu'en est-il de la nécessité de modifier les taux des bonifications de vieillesse pour maintenir un niveau de rente semblable à celui d'aujourd'hui?

Je peux répondre ainsi. Une fois atteint le taux de conversion de 6,8 pour cent, quelle que soit la longueur de la période de transition, et avec les décisions que vous avez prises hier, c'est-à-dire l'élargissement de la masse salariale sur laquelle sont perçues les bonifications, il n'y a pas besoin de modifier les taux de celles-ci pour arriver au même résultat. Donc, à M. Widrig qui demande si, dans ce cas, on peut maintenir les taux actuels des bonifications de vieillesse et obtenir ainsi les mêmes résultats, je peux répondre oui.

Pourquoi ai-je aussi parlé de la période de transition, puisque la réponse que je viens de donner se rapporte au moment où le taux de conversion de 6,8 pour cent est entré pleinement en vigueur? C'est parce que pendant cette période de transition, certaines rentes subissent une petite diminution. Alors, il est facile de dire ici «petite». Concrètement: la plus grande perte que peut subir un assuré sur sa pension pendant la période de transition, c'est-à-dire quel que part dans la durée de ladite période, au moment où l'effet maximum se fait sentir – je ne me rappelle plus sur quelle année c'est –, est de 450 francs par année pour un revenu de l'ordre de 74 000 francs par an. C'est la perte maximale sur une rente à un moment donné au cours de la période de transition. Et nous sommes d'avis que cette perte maximale, qui, encore une fois, concerne les salaires moyens supérieurs, est acceptable pour l'avantage d'un système qui, lui, sera de nouveau équilibré à la fin de la période de transition. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle le Conseil fédéral, je le dis peut-être déjà maintenant, est pour cette période de 10 ans et non pour une période plus longue. Je reviendrai ensuite, au cours de l'examen des propositions individuelles, sur les avantages de ce système qui consiste à faire des réexamens sur des périodes qui ne soient ni trop courtes ni trop longues.

Mais ma réponse est claire: il n'y a pas besoin, pour obtenir le résultat que nous souhaitons, de modifier les taux des bonifications de vieillesse. Toutefois, certaines des propositions reposent sur d'autres motifs, et j'y reviendrai tout à l'heure.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Die Kommission hat sich lange und intensiv mit der Frage des richtigen Umwandlungssatzes beschäftigt. Im Vergleich mit den Anträgen des Bundesrates sind wir zu einer grundsätzlichen Neubeurteilung der Situation gelangt. Wir haben dazu verschiedene Gespräche mit Experten geführt, und dabei ist Folgendes zutage getreten:

1. Das höhere Frauenrentenalter gemäss dem Entwurf bewirkt bereits eine starke Entlastung der Kassen und wirkt den Folgen der höheren Lebenserwartung entgegen.
2. Folgende Erkenntnis erwuchs eigentlich erst nach Erscheinen der Botschaft des Bundesrates: Die Lebenserwartung in der Schweiz entwickelt sich weniger rasch nach oben, als der Bundesrat dies aufgrund von älteren Statistiken noch annehmen musste.
3. Beim Umwandlungssatz führt ein Seitenblick auf die hohen Renditen der zweiten Säule zur Frage, ob eine Reduktion des Umwandlungssatzes im heutigen Zeitpunkt überhaupt berechtigt ist.

Die Kommission war sich deshalb einig, dass der Umwandlungssatz weniger stark und weniger schnell abgesenkt werden muss, als dies im Entwurf des Bundesrates vorgesehen ist. Uns schwebte ein Modell vor, das mit der Neudefinition des Koordinationsabzuges, mit der Erweiterung der Lohnbasis und einem verzögerten Absenken des Umwandlungssatzes für die grosse Mehrheit der Versicherten zur Besitzstandswahrung beiträgt, sodass grosso modo in den kommenden zwanzig bis dreissig Jahren keine Renteneinbussen entstehen; so lange wirken sich diese Beschlüsse nämlich wegen des Ansparprozesses aus.

Dies ist auch weitgehend gelungen. Die Neudefinition des Koordinationsabzuges wird es den meisten Versicherten ermöglichen, die Ausfälle, die durch die Reduktion des Umwandlungssatzes entstehen, zu kompensieren. Gleichzeitig

gelang es – dies haben Sie bereits beschlossen –, auf die Verteuerung der Altersgutschriften für die älteren Arbeitnehmer zu verzichten. In diesem Sinne lehnen wir auch weitere Modifikationen bei den Altersgutschriften ab, wie sie jetzt zum Teil noch zur Diskussion gestellt werden. Das sind keine guten Lösungen: Wenn sie auf eine Rückführung der hohen Beiträge für die Älteren hinauslaufen, würden sie letztlich den Besitzstand der heute Versicherten angreifen. Insgesamt hat die Kommission trotzdem berücksichtigt, dass die Lebenserwartung ansteigt bzw. ansteigen wird, nur wird sie eben weniger stark ansteigen.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir, Ihnen einige Daten der Experten in Erinnerung zu rufen. Bei den Frauen im Alter 65 ging der Bundesrat von einer verbleibenden Lebenserwartung von 23,5 Jahren aus, und bei den Männern von einer verbleibenden Lebenserwartung von 19 Jahren. Laut den Zahlen der Eidgenössischen Versicherungskasse aus dem Jahr 2000 haben die Frauen aber nicht eine verbleibende Lebenserwartung von 23,5 Jahren, sondern nur eine von 20,5 Jahren. Und nach der Statistik der Zürcher Versicherungskasse haben die Frauen nur eine verbleibende Lebenserwartung von 21 Jahren. Das Bundesamt für Statistik schliesslich, das einen viel grösseren Personenkreis in seine Analyse einbezogen hat, geht bei den Frauen im Alter 65 von einer verbleibenden Lebenserwartung von 20 Jahren aus – ansteigend auf 21 Jahre bis im Jahr 2020. Sie sehen also: Aus all diesen Schätzungen geht hervor, dass der Bundesrat die Lebenserwartung um mindestens 10 Prozent zu hoch einschätzt.

Das Gleiche gilt für die Männer, bei denen das Bundesamt für Statistik für Männer im Alter 65 auf eine verbleibende Lebenserwartung von heute 17 Jahren und von 18 Jahren im Jahr 2020 kommt; also auch hier 10 Prozent weniger als die 19 Jahre, die der Bundesrat noch unterstellt hat. Das zeigt, dass alle verfügbaren neueren Zahlen für die nächsten Jahre davon ausgehen, dass wir die Annahmen des Bundesrates korrigieren können. Wir lehnen deshalb auch den Antrag der Minderheit Widrig ab, der den Umwandlungssatz stärker absenken möchte. Ich zitiere dazu aus dem Branchenperiodikum «Schweizer Personalvorsorge» den Versicherungsmathematiker Olivier Kern. Er schreibt in der Ausgabe 2/2001 auf Seite 127: «Bei einem Rücktrittsalter von 65 Jahren für die Männer und 62 Jahren für die Frauen liegt der gemeinsame durchschnittliche Umwandlungssatz aufgrund der EVK 2000 bei 6,96 Prozent. Mit dem ab 2005 geltenden AHV-Rücktritt klettert der Umwandlungssatz auf 7,12 Prozent, und bei gleichem Rücktrittsalter 65 Jahre erreicht er 7,21 Prozent.» Herr Kern stützt sich dabei auf die EVK-Daten. Hierzu muss man festhalten, dass die Beamten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine überdurchschnittliche Lebenserwartung aufweisen.

Man muss sich angesichts dieser klaren Analyse effektiv fragen, ob eine Absenkung des Umwandlungssatzes unter 7,2 Prozent überhaupt notwendig ist. Effektiv beruht diese Absenkung nämlich auf unterschiedlichen Erwartungen bezüglich des Verlaufes in den nächsten zwanzig Jahren. Nur wenn man den Kompromiss mit einbezieht, den die Kommission vorschlägt, nämlich die schrittweise Absenkung, kann man eigentlich dem Antrag auf 6,8 Prozent ehrlicherweise folgen.

Es gibt in meiner Fraktion klar eine Gruppe, die der Meinung ist, dass wir 7,2 Prozent vorläufig weiterführen können, und die auch entsprechend stimmen wird.

Dazu kommt noch ein Weiteres: Die grossen Klagelieder in dieser Hinsicht haben nur die Privatversicherungen angestimmt. Alle autonomen Kassen, die von uns konsultiert wurden, haben genug Mittel in der Kasse, um die Verpflichtungen zu decken. Im Gegenteil: In den letzten Jahren waren die Erträge ausserordentlich hoch. Sie lagen im Mittel bei den Obligationen Ausland bei 8 Prozent, bei den Obligationen in Schweizerfranken bei 6 Prozent Rendite pro Jahr und bei den Aktien Schweiz bei 20 Prozent Rendite; das ist die durchschnittliche Rendite, die die Konferenz der Geschäftsführer von Anlagestiftungen für die Jahre 1991 bis 2000 publiziert hat. Somit muss man sagen: Es ist genug

Geld da, wir können uns lange Übergangsfristen leisten, und wahrscheinlich ist ein Umwandlungssatz von 6,8 Prozent eher zu tief als zu hoch. In diesem Sinne ist es auch zu begrüssen, dass die Annahmen, die dem BVG zugrunde liegen, in der kommenden Zeit vom Bundesrat regelmässig überprüft werden sollen.

Noch ein Wort zum Mindestzinssatz: Herr Schmied Walter beantragt, diesen vom Bundesrat jährlich festsetzen zu lassen. Wir lehnen diesen Antrag ab. Wir möchten keine Verpolitisierung der Mindestverzinsung. Wir haben Angst, dass bei einer solchen Flexibilisierung – unter dem massiven Druck der Versicherungsbranche, der ja bei der Beratung dieses Gesetzes immer wieder deutlich wurde – die Flexibilität eben dann nur nach unten funktioniert. Es ist doch einigermaßen überraschend, wie viele Artikel in der letzten Zeit in der Presse erscheinen und auf die schwachen Renditen der Pensionskassen in den letzten 24 Monaten hinweisen. Aber in den vorangehenden zehn Jahren, wo Renditen von 6, 8 oder 10 Prozent erzielt wurden, hat man nie darüber gesprochen, den Mindestzinssatz zu erhöhen.

Hier macht die Branche keinen guten Eindruck. Es wird immer dann gespart, wenn man etwas in den eigenen Sack wirtschaften kann, und die Versicherten mit ihren berechtigten Ansprüchen haben weder klare Transparenz über die Rendite noch einen Rechtsanspruch auf die Leistungen. Zum Glück hat sich auch die Kommission dieses Problems angenommen und will die Transparenz in dieser Hinsicht deutlich verbessern. Dies bedeutet auch, dass wir in Zukunft bessere Grundlagen haben werden, um die Leistungsfähigkeit der Kassen und die Notwendigkeit der Anpassung von Parametern besser beurteilen zu können.

Ich bitte Sie, in diesem Punkt der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Borer Roland (V, SO): Wir haben gestern Entscheide gefällt, die wegweisend sind, die auch bezüglich der Finanzierung ganz neue Perspektiven eröffnen, die gewisse Änderungen zulassen. Das hat zur Folge, dass die SVP-Fraktion nun aus diesem Blickwinkel bei den Artikeln 14, 16 und 70 der Mehrheit der Kommission folgen kann. Wir haben durch die Entscheide, die gestern gefällt wurden, die Finanzierung auf der Basis eines Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent mit einer Reduktion über 10 Jahre sichergestellt. Wir haben aber auch sichergestellt, dass wir bezüglich der Altersgutschriften nicht auf einer nach oben angepassten Frauenskala fahren müssen, sondern dass wir in der Finanzierung auf der normalen Männerkala fahren können. Unserer Ansicht nach ist es jetzt nur sinnvoll, wenn wir auf der Linie der Kommissionsmehrheit fahren können. Das freut mich natürlich besonders, weil ich immer der Überzeugung war, dass die Kommission sehr gute Arbeit geleistet hat.

Das meiste Technische und die Details wurden vorhin schon erwähnt. Es macht keinen Sinn, dass ich das hier wiederhole. Gestatten Sie mir aber doch eine Bemerkung zum Antrag Schmied Walter und zum Antrag Polla. Zuerst zum Antrag Schmied Walter zu Artikel 14 Absatz 1: Der Antrag wäre versicherungsmathematisch wahrscheinlich der genaueste und somit auch korrekt. Man kann nicht sagen, dass ein Fehler gemacht würde, wenn man den Mindestumwandlungssatz nach diesem Grundsatz festlegen würde.

Die laufende Anpassung an jede neue Generation der Versicherten und eine Festlegung jeweils für eine Generation haben aber zur Folge – davon sind wir überzeugt –, dass dies technisch-administrativ nicht handhabbar sein wird. Obwohl der Antrag mathematisch korrekt ist, werden wir in der Umsetzung, im Handling dieses Antrages, ein Problem bekommen. Aus diesem Grund sind wir mehrheitlich der Meinung, dass der Antrag Schmied Walter, obwohl er sehr gut gemeint ist, nicht umgesetzt werden kann und somit auch nicht unterstützt werden sollte.

Das Gleiche gilt auch für den Antrag Polla zu Artikel 16. Es wäre natürlich erfreulich, wenn man die Kurve für das Ansparen flacher legen könnte. Es gibt Vorsorgeeinrichtungen, die das freiwillig gemacht haben. Das Problem ist nun

folgendes: Wenn wir inmitten der Situation, in der die Vorsorgeeinrichtungen sich befinden, zu einem solchen Systemwechsel kommen, und zwar gesetzlich vorgeschrieben, werden wir unter Umständen in der gleichen Sammeleinrichtung parallel zwei verschiedene Vorsorgeeinrichtungen laufen lassen müssen: eine mit dem alten System, mit den alten Altersgutschriften, die andere für die Neueintretenden mit den neuen Altersgutschriften. Das ist der Grund, weswegen wir auch hier Vorbehalte haben und meinen, man sollte jetzt weiterhin auf der Linie der Mehrheit mit dem bisherigen Umwandlungssatz für Männer bleiben.

Wir sind uns bewusst, dass dieser Umwandlungssatz gewisse Mängel hat, das wollen wir nicht einmal wegdiskutieren; wir haben auch in der Kommission dementsprechend die Diskussion geführt. Aber wir sind auch der Meinung, dass eine Anpassung, eine Änderung und eine parallele Führung von zwei verschiedenen Systemen in der gleichen Vorsorgeeinrichtung nicht handhabbar sind und dass man deswegen diesen Antrag nicht unterstützen kann.

Meyer Thérèse (C, FR): La fixation du taux de conversion a été le problème le plus épineux de nos travaux en commission. D'un côté, ce taux détermine la hauteur des rentes; de l'autre, il est le facteur qui va aussi déterminer la consolidation de l'assurance.

Nous avons vécu une période de turbulences puisque le Conseil fédéral avait articulé son projet à la lumière des statistiques de 1990 qui indiquaient un rallongement de l'espérance de vie – qui s'est avéré – d'une année tous les dix ans. Le projet reposait donc sur cette tendance. Pendant nos travaux, les nouvelles statistiques sorties en l'an 2000 ont montré un éventuel fléchissement, surtout pour la gent féminine, de cette augmentation de l'espérance de vie, ce qui a une influence directe sur la fixation du taux de conversion. Nous avons eu droit à plusieurs rapports quelque peu différents et contradictoires, ce qui fait que nous avons dû nous déterminer sur une solution qui, d'un côté, ne lèse pas les rentiers – donc, qui leur donne droit à la rente à laquelle ils peuvent prétendre d'après l'espérance de vie et le capital économisé – et, de l'autre, n'assèche pas non plus les possibilités des caisses de pensions sous peine de créer des problèmes encore plus graves pour les générations futures.

L'autre élément déterminant pour la possibilité de servir ce taux de conversion est le rendement des capitaux, qui est aussi un élément fluctuant.

A la lumière de tous ces éléments, nous avons dû choisir une solution. La décision a été difficile à prendre. La solution qui, je crois, est la plus raisonnable et la plus responsable, c'est celle de la majorité de la commission. En d'autres termes, nous pouvons nous déterminer pour une baisse du taux de conversion – laquelle est absolument nécessaire – de 7,2 à 6,8 pour cent.

Ensuite, l'alinéa 3 de l'article 14 demande au Conseil fédéral de soumettre en 2011 un rapport, à la lumière des statistiques 2010, pour fixer le taux de conversion des années suivantes. Nous soutenons cette proposition de la majorité, puisqu'elle est issue de nos rangs.

Dans les rapports reçus, par exemple ceux des caisses de pensions EVK et VZ, nous voyons qu'en 2013, le taux moyen de conversion sera proche de 6,8 pour cent. Nous pouvons donc également nous appuyer sur ces rapports qui sont assez probants.

Si nous adoptons la proposition de la majorité à l'article 14, il s'ensuivra un droit transitoire portant sur le calcul des années nécessaires pour parvenir au taux de conversion de 6,8 pour cent. Nous soutenons donc la proposition de la majorité de biffer la disposition très précise du projet du Conseil fédéral à l'article 14a.

Pour l'article 16, le modèle que nous avons adopté hier nous permet de camper sur nos positions au point de vue du taux des cotisations parce qu'il propose un autre système, c'est-à-dire l'augmentation du capital assuré pour compenser la baisse du taux de conversion.

Je voulais faire remarquer en passant que le modèle adopté hier a bien des vertus, mais il coûte 660 millions de francs

et, pour les revenus annuels de 18 000 francs, il est moins favorable que celui que nous avons proposé – c'est-à-dire que les gens toucheront une rente de moitié moins élevée. Mais enfin, c'est le choix du Conseil national et le mécanisme est intéressant.

Nous avons examiné la proposition Polla, qui est intéressante elle aussi parce qu'elle répartit d'une autre manière les taux des bonifications de vieillesse en soulageant un tout petit peu la tranche d'âge la plus élevée, qui pose parfois des problèmes sur le marché du travail. Nous ne pouvons pas nous prononcer positivement sans avoir vraiment un rapport à ce sujet. Je suggère que cette proposition soit reprise par le Conseil des Etats et qu'elle soit évaluée pour en voir tous les effets. C'est un domaine compliqué où tous les éléments sont imbriqués les uns dans les autres et nous avons vu que si nous touchons une partie du paquet, les conséquences peuvent être quelquefois inconsidérées si les calculs ne sont pas vraiment faits d'une façon très précise. Le groupe démocrate-chrétien vous propose donc d'adopter les articles 14, 14a et 16 selon la majorité de la commission.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Der Parameter des Umwandlungssatzes muss so festgesetzt werden, dass das Altersguthaben bei der Pensionierung so hoch ist, dass die Rentenansprüche gedeckt werden können – so ist es doch. Es ist unumgänglich, dass aufgrund der hohen Lebenserwartung ein Umwandlungssatz von 6,65 Prozent vorgegeben ist. Der heutige Satz von 7,2 Prozent geht davon aus, dass Rentnerinnen und Rentner im Durchschnitt noch 21 Jahre erleben dürfen – und dies aufgrund von Datenmaterial aus dem Jahre 1980. Heute darf man ruhig von 24 bis 25 Jahren ausgehen, die nach der Pensionierung noch verbleiben. Es wurde schon gesagt: Frauen leben länger als Männer. Es wurde auch schon gesagt, dass die Eintrittsschwelle gestern in der Hauptsache zugunsten der Frauen herabgesetzt wurde. Wenn der Anteil der Frauen in den beruflichen Vorsorgeeinrichtungen im gewünschten, angestrebten Sinne stark ansteigt, so ist ein Umwandlungssatz von 6,65 Prozent sicher gerechtfertigt.

Ich weiss, das tönt schrecklich, als ob man sich heute für das Altwerden, das Älterwerden entschuldigen muss. Das ist nicht so, denn es handelt sich um eine rein rechnerisch bedingte Anpassung, bestimmt durch die höhere Lebenserwartung und den Willen, die Renten garantieren zu können. Eine andere Möglichkeit, um dies aufzufangen, wäre z. B., das Pensionsalter noch weiter heraufzusetzen, und das steht nun wirklich nicht zur Debatte.

Der grösste Teil der Sammelstiftungen wird von Versicherungen verwaltet. Diese hatten unbestritten Mühe, die Höhe der Erträge und der angelegten Reserven offen zu legen – das darf gesagt werden. Aber heute haben die Versicherungen trotz Lockerung der Anlagevorschriften Mühe aufgrund des Börsentiefs und müssen die Reserven angreifen, um der gesetzlich verankerten Verzinsung der Altersguthaben von 4 Prozent nachkommen zu können.

In den fetten Jahren war dies unbestritten einfacher. Transparenz postulieren wir deshalb mit Recht. Dass aber bei der Umsetzung der Einführung des Umwandlungssatzes ein Rhythmus vorgegeben wird, bei dem Deckungslücken bewusst in Kauf genommen werden, respektive einfach an die Eigenverantwortung der Vorsorgeeinrichtungen appelliert wird, ist mit hoher Risikobereitschaft verbunden, dies natürlich besonders bei Kassen mit einer ungünstigen Altersstruktur. Wir unterstützen hier den Bundesrat. In Bezug auf die Ausgleichung über die Altersgutschriften in Artikel 14 hat Frau Polla zugunsten der älteren Generation einen Vorschlag gemacht, den die Liberalen natürlich unterstützen.

Fasel Hugo (G, FR): Wir tangieren jetzt tatsächlich eines der zentralen Probleme bei dieser Revision, nämlich den Umwandlungssatz. In eine verständliche Sprache übersetzt heisst das, wir diskutieren über Rentensenkungen. Interessant ist – und das ist eigentlich neu –, dass man in diesem Lande bisher immer stillschweigend davon auszugehen versuchte, dass wir Fragen der Finanzierung, der Rentenhöhe

und der Demographie nur bei der AHV diskutieren müssten. Jetzt stellen wir fest, dass die «allheilige» zweite Säule auch ihre Probleme kennt und dass wir hier plötzlich auch über Rentensenkungen – sprich Umwandlungssatz – zu reden haben, und wenn wir keine Rentensenkungen wollen, dann haben wir über die Bereitstellung der entsprechenden Mittel Beschlüsse zu fassen, so, wie wir das gestern getan haben. Wie nun der Umwandlungssatz – sprich die Rentensenkung – auszusehen hat, da gehen die Meinungen selbstverständlich weit auseinander. Man muss vor allem eine wesentliche Unterscheidung machen: die Haltung der Pensionskassen und jene der Sammelstiftungen der Versicherungsgesellschaften. Die Privatversicherungen haben verlangt, dass man den Umwandlungssatz von 7,2 auf 6,4, zuletzt auf 6,5 Prozent herunterfahren müsse. Das wäre eine Rentenkürzung von 10 Prozent. Die Versicherungsgesellschaften haben dazu ein aufdringliches Lobbying aufgezo-gen, obwohl wir die Versicherungsgesellschaften durch den Chef des Verbandes bereits bei den Arbeiten der Subkommission eingebunden hatten, sodass er alle ihre Meinungen dort präsentieren konnte.

In diesem Zusammenhang noch eine Nebenbemerkung zu den ETH-Studien: Ursprünglich hatte der Versicherungsverband einmal vorgeschlagen, dass man aufgrund einer ETH-Studie den Umwandlungssatz auf 6,4 Prozent herunterfahren müsse. Als wir uns dieses Gutachten vorlegen liessen, stellten wir fest, dass es gravierende Mängel hatte, dass es nämlich nicht einmal das Rentenalter der Frauen, das auf 65 Jahre erhöht wird, berücksichtigte. Dann hat man das Gutachten zurückgenommen, es korrigiert, und dann war man plötzlich nahe bei 7 Prozent.

Das ging natürlich nicht, ergo haben die Versicherungsgesellschaften wiederum Druck auf die ETH gemacht, sie solle doch etwas anderes errechnen. Die dritte Version, die zuletzt präsentiert wurde, war dann wieder etwa bei 6,6 Prozent. Man sieht, dass es beim Zahlenmaterial, das uns zur Verfügung stand, natürlich auch sehr stark um Manipulation ging.

Wenn wir nun über die Änderung des Umwandlungssatzes und über Rentensenkungen reden, ist zu berücksichtigen, dass dies nicht nur die Frage der Lebenserwartung betrifft, sondern immer auch die Frage der erwirtschafteten Überschüsse. Wenn wir die Modelle der Kommission in Bezug auf die Lebenserwartung betrachten, dann könnten wir sehr wohl auch noch einige Zeit mit dem Faktor 7,2 weiterfahren. Das ist der Antrag Maillard, dem auch ein grosser Teil der grünen Fraktion zustimmen wird.

Einige Worte zu den Sammeleinrichtungen, die so viel Druck gemacht haben, dass man den Umwandlungssatz senken müsse: Wir wissen, dass in den Neunzigerjahren – 1991 bis 2000 – die Rendite weit über 4 Prozent lag, nämlich bei durchschnittlich 8 Prozent. Wenn wir berücksichtigen, dass bei den Sammeleinrichtungen heute 100 Milliarden Franken an Anlagevermögen vorhanden sind, können wir uns vorstellen, dass Überschüsse bis 20 Milliarden Franken akkumuliert wurden. Es stellt sich heute die Frage: Wo sind diese Überschüsse geblieben? Die Versicherungsgesellschaften haben uns bei den Beratungen nie die Bücher offen gelegt. Sie legen sie auch ihren Versicherten nicht offen. Das ist ein gewaltiger Mangel, dem wir nur begegnen können, indem wir im Gesetz für wesentlich bessere Transparenz sorgen.

Das heisst, dass wir auch heute noch über eine Senkung des Umwandlungssatzes – sprich Rentenkürzungen – reden müssen, ohne Auskunft zu haben, wo diese Überschüsse bei den Sammelstiftungen geblieben sind. Mein Kollege hat geschrieben, das sei eigentlich «Rentensenkung im Blindflug» – der bestmögliche Titel für das, was wir im Sinne haben. Vor diesem Hintergrund sehen wir, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit tatsächlich einem Kompromiss entspricht. Deshalb wird auch ein Teil unserer Fraktion den Antrag Maillard unterstützen. Herr Maillard sagt, dass es vorläufig keine Gründe gibt, auf diesen Kompromiss einzutreten. Wir tun es dann, wenn wir aufgrund der verfügbaren Zahlen eine Notwendigkeit erkennen; bis dann können wir bei den 7,2 Prozent verweilen.

Den Antrag Schmied Walter lehnen wir ab, weil er eben nur auf die Lebenserwartung achtet, aber keine Rücksicht auf die Bildung von Reserven und auf Abweichungen bei den Rentabilitäten nimmt.

Das ist die Haltung der grünen Fraktion, die mehrheitlich dem Antrag Maillard und allenfalls dem Kompromiss zustimmen wird.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich kann es kurz machen – im Sinne einer persönlichen Erklärung auf die Antwort von Frau Bundesrätin Dreifuss.

Zu Artikel 14: Mit einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent erkläre ich mich vor dem Hintergrund der gestern gefassten Beschlüsse einverstanden. Die Minderheit würde den Antrag auf eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,65 Prozent zugunsten von 6,8 Prozent zurückziehen.

Artikel 14a betrifft die Zeitdauer. Da gehe ich auf 6 Jahre. Ich stelle fest, dass die Kommissionsmehrheit dies nach hinten im Gesetz verschoben hat, in die Übergangsbestimmungen. Ich beantrage, dass man die Übergangsbestimmungen auf Seite 39 der Fahne jetzt bespricht und dass man jetzt darüber abstimmt. Das betrifft die Zeitdauer. Der Antrag der Minderheit sieht 6 Jahre vor. Die Kommissionsmehrheit ist immer noch bei 15 Jahren. Ich bitte Sie, bei den Übergangsbestimmungen dem Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse) zuzustimmen. Er verlangt 10 Jahre. Ich stelle fest, dass Frau Bundesrätin Dreifuss ebenfalls für 10 Jahre im Sinne des Antrages der Minderheit II votiert hat.

Der Antrag der Minderheit II zu Artikel 16, «Altersgutschriften», ist aufgrund der gestern gefassten Beschlüsse zur Finanzierung der Koordinationsabzüge natürlich auch hinfällig. Wichtig ist also mein Antrag, dass über die Zeitdauer gemäss Seite 39 der Fahne jetzt debattiert und abgestimmt wird, denn das gehört dazu: 15 Jahre nach dem Antrag der Kommissionsmehrheit, 20 Jahre nach dem Antrag der Minderheit I (Rechsteiner-Basel) und 10 Jahre nach dem Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse).

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je formule une remarque à l'intention de M. Widrig, dans la mesure où l'annonce n'a pas été clairement faite que le débat aurait lieu sur la durée. Nous reprendrons le débat sur ce qui n'est que des dispositions transitoires. Nous voterons tout à l'heure sur les articles 14, 14a et 16 après avoir écouté les rapporteurs, comme je l'ai annoncé en début de séance.

Suter Marc F. (R, BE): Wie ich beim Votum von Herrn Widrig festgestellt habe, vertritt die FDP-Fraktion eigentlich die gleiche Auffassung wie er: Senkung des Umwandlungssatzes von 7,2 auf 6,8 Prozent, aber mit einer Absenkungsfrist von zehn Jahren. Wir sind auch der Meinung, dass die beiden Dinge sehr eng zusammengehören und eigentlich vom Konzept her auch aufeinander abgestimmt werden sollen. Wir unterstützen bei den Übergangsbestimmungen auf Seite 39 der Fahne den Antrag, die Absenkung gestuft auf zehn Jahre vorzunehmen. Der Bundesrat hat heute durch Frau Bundesrätin Dreifuss signalisiert, dass er auch auf dieser Linie liegt. Deshalb zeichnet sich hier ein Kompromiss ab. Wir wären dankbar, wenn die Abstimmung über die Absenkungsfrist im Konnex mit dem Umwandlungssatz vorgenommen würde, so, wie es vorhin auch Herr Widrig beliebt gemacht hat.

Warum ist die FDP-Fraktion dieser Auffassung? Mit der Senkung des Umwandlungssatzes will man ja der demographischen Entwicklung Rechnung tragen. Es ist falsch zu meinen, dass in der zweiten Säule ein ausschliesslich individualisiertes Ansparen geschieht. Auch in der zweiten Säule haben wir vielmehr einen Solidaritätseffekt. Denn wenn Vorsorgeeinrichtungen für Neurentner zu hohe Anwartschaften ausrichten bzw. bereitstellen müssen, dann geht das zulasten der übrigen Versicherten. Hier darf man sodann die Kehrseite des Versicherungssystems nicht aus dem Blick verlieren, nämlich die Frage, welche Beiträge bezahlt werden müssen. Wir plädieren dafür, den Status quo so weit wie

möglich zu bewahren, d. h., eine möglichst beitragsneutrale Lösung zu finden.

Eine zweite Überlegung, die man eigentlich auch machen müsste, ist die, dass die Experten bei der Festsetzung des Umwandlungssatzes den Königsweg aufzeigen können sollten, indem objektiv aufgrund statistischer Gegebenheiten festgestellt werden sollte, wie sich die Veränderung der Lebenserwartung auf die Finanzierung auswirkt. Wir haben aber in langen Debatten in der Kommission von verschiedenen Experten natürlich sehr verschiedene Auffassungen zu dieser Frage, deren Beantwortung schwer vorauszusehen ist, zu hören bekommen. Wir denken allerdings, dass der Umwandlungssatz von 6,8 Prozent in der Bandbreite dessen liegt, was die Mehrheit der Experten als plausibel aufgezeigt hat.

Es ist ja schwierig, so weit in die Zukunft zu blicken; niemand weiss genau, wie sich die Demographie entwickeln wird. Immerhin ist uns bewusst, dass die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen, wie sie in der AHV beschlossen ist, jetzt aber auch in der zweiten Säule zum Tragen kommt, natürlich einen wesentlichen Teil der demographischen Entwicklung auffängt, weshalb die Absenkung auf den Umwandlungssatz von 6,65 Prozent, wie vom Bundesrat beantragt, zu weit geht. Wir möchten hier nicht wiederum auf dem Buckel der Frauen eine Finanzierungslösung beschliessen, wie es die Versicherer eigentlich verlangt haben, die sogar noch weiter gehen wollen.

Noch ein Wort zu dieser Seite: Wir haben in den Kommissionsverhandlungen den Eindruck erhalten, dass die Vorsorgeeinrichtungen und die Lebensversicherer etwas gar vorsichtig sind. Es ist richtig, im Zweifel eher vorsichtig sein zu wollen, damit die Finanzierung immer gesichert ist. Das ist sicher das Hauptanliegen. Aber es kann natürlich nicht angehen, eine schlechte Performance durch eine übermässige Absenkung des Umwandlungssatzes gleichsam kaschieren zu wollen. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich auch froh, dass die Transparenzbestimmungen verbessert werden, damit man weiss, welches die Performance der verschiedenen Einrichtungen ist. Wir sind ohnehin davon überzeugt, dass eine geschickte Pensionskassenverwaltung, die sich auf dem Markt gut positioniert, Wesentliches erwirtschaften und entsprechend auch einen Teil der demographisch bedingten Einbussen auffangen kann.

Zusammenfassend: Die Absenkung des Umwandlungssatzes auf 6,8 Prozent ist massvoll. Sie soll, wie es der Bundesrat mit guten Gründen aufgezeigt hat, aber nicht in 15 Jahren erfolgen, sondern stufenweise in 10 Jahren. Damit haben wir nach unten die Sicherheit, dass die Finanzierung für diesen Zeitraum, der überblickbar ist, auf alle Fälle stets gewahrt bleibt. Wir denken, dass mit dieser Lösung keine übermässigen Härten geschaffen werden, insbesondere nicht zulasten der Frauen, die wegen der Erhöhung des Rentenalters ohnehin einen wesentlichen Beitrag zur Beibehaltung des finanziellen Gleichgewichtes in der zweiten Säule leisten. Wir möchten auch nicht – darüber sind wir froh – die Beiträge erhöhen, und das heisst auch, dass die Altersgutschriften beim heutigen Stand belassen werden.

Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, diesem sich abzeichnenden massvollen Kompromiss Ihre Zustimmung zu geben.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Die Frage des Umwandlungssatzes hat die Kommission sehr stark beschäftigt. Wir haben uns das nicht leicht gemacht.

Die Rente berechnet sich mit Beiträgen von den Altersgutschriften und den Zinsen und Zinseszinsen. Nachher spielt die Grösse des Umwandlungssatzes die entscheidende Rolle für die Rentenhöhe. Wenn der Umwandlungssatz hoch ist, ist die Rente höher; ist er tief, sinkt die Rente. Deshalb kann man einen solchen Schritt nicht leichtfertig machen.

Es ist klar: Die Altersvorsorge wird durch die demographische Entwicklung herausgefordert, und ich habe Ihnen gestern gezeigt, dass die AHV hier ein viel grösseres Problem hat, weil dort nicht nur die Langlebigkeit der Menschen mit

einbezogen werden muss, sondern auch der Umstand, dass wir immer weniger Erwerbstätige haben, die mit ihren Beiträgen die Nichterwerbstätigen stützen. In der beruflichen Vorsorge haben wir mehr Spielraum, weil wir nur die Langlebigkeit der Menschen mit einbeziehen müssen. Wer verantwortungsbewusst gearbeitet hat, der hat jedes Jahr eine Reserve für diese demographische Entwicklung gebildet. Die demographische Entwicklung ist nicht neu. Dieses Phänomen kannte man seit Einführung der beruflichen Vorsorge, und man hat damit gerechnet.

Es war allen klar, dass der Umwandlungssatz gesenkt werden muss. Die Frage ist nur, auf wie viel und in welcher Frist. Der Bundesrat schlägt eine Senkung von 7,2 auf 6,65 Prozent innert dreizehn Jahren vor. Er basiert seine Berechnungen auf den bisher nie bestrittenen Zahlen der Eidgenössischen Versicherungskasse von 1990. Seit der Botschaft des Bundesrates sind aber die Zahlen von 2000 herausgekommen. Egal, welchen Berechnungen wir glauben – es gibt ganz verschiedene Berechnungen, die Privatversicherer haben Aufträge gegeben, wir haben Abklärungen machen lassen, es gibt x Berechnungen –, stellen wir eines fest:

Auf der Basis der Zahlen von 1990 muss der Umwandlungssatz etwa 0,2 Prozent tiefer sein als auf der Basis der Zahlen von 2000. Wir konnten in der Kommission unsere Basis auf die Zahlen von 2000 stützen, und deshalb, egal, wie wir das gedreht haben, muss der Umwandlungssatz höher sein als im Antrag des Bundesrates.

Frau Wirz-von Planta hat in der Eintretensdebatte gesagt, man müsse den Umwandlungssatz auf 6,65 Prozent senken, und zwar möglichst schnell. Das war das, was uns die Privatversicherer immer klar machen wollten: lieber gestern bereits und nicht erst heute. So geht das nicht, weil das ganz krasse Auswirkungen hat. Wenn ich mich richtig erinnere: Noch vor zwei Jahren war in einem «Cash»-Artikel zu lesen – auch von den Versicherern –, man müsse den Umwandlungssatz senken, und zwar auf 6,4 Prozent, und den Mindestzinssatz auch noch gerade auf 3,5 Prozent. Das hätte eine Renteneinbusse von 22 Prozent zur Folge. Es war die Aufgabe der Kommission, hier wirklich gründlich nachzubooren und sich die Frage zu stellen, wie das mit einer Senkung um 8 Prozent, also auf 6,65 Prozent, wäre. Das wäre nicht verantwortbar, wenn man nicht überzeugt ist, dass das sein muss.

Beiträge der beruflichen Vorsorge sind Lohnbestandteile, und diese Leistungen sollten möglichst eingehalten werden. Das war der Grundsatz, den sich die Kommission gegeben hat. Jetzt schlagen wir Ihnen eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,8 Prozent vor; und die Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen vor, das dann in einer Zeitspanne von 15 Jahren zu tun. Es ist nicht ganz so, dass dies ohne Einbusse erfolgt. Es gibt eine Einbusse, die wir für vertretbar halten: Beim Jahrgang 1948 – das spricht für die Unabhängigkeit nicht nur der Subkommissionspräsidentin, sondern auch derjenigen im BSV, die das berechnet haben – gibt es eine Einbusse von 455 Franken. Wenn man eine längere Dauer nimmt, dann wäre das bei einem anderen Jahrgang der Fall.

Wenn man dieser Problematik nachgeht, dann muss man sich die Frage stellen, wie es mit der Basis derjenigen steht, die die Renten zahlen müssen. In der Beurteilung der Dringlichkeit einer Absenkung des Umwandlungssatzes stellten wir grundsätzliche Differenzen fest zwischen den autonomen Pensionskassen und den Lebensversicherern, welche Sammelstiftungen führen. Vor allem kam dies eben bei der Einschätzung der Lebenserwartung zutage. Diese Diskrepanzen machten eine vertiefte Analyse des Funktionierens der Führungsstruktur der Sammeleinrichtungen nötig. Es zeigte sich, dass wir über die Höhe der Verwaltungskosten, die Berechnung von Überschussbeteiligungen, die Performance und auch die Renditen keine befriedigenden Antworten erhielten. Wir dachten: Wir gehen mit unseren Fragen zum Bundesamt für Privatversicherungen, weil dieses ja die Oberaufsicht über diese Tätigkeiten hat. Da muss ich Ihnen sagen, dass wir diese Antworten dort nicht bekamen. Ich habe mit der Subkommission nüchtern feststellen müssen,

dass das BPV das Bundesamt der Privatversicherer ist! Stellen Sie sich vor, wenn das Bundesamt für Sozialversicherung das Bundesamt des Schreinerverbandes wäre! So geht das nicht. Wir konnten in diesem Zusammenhang nicht alle Probleme lösen, die wir gesehen hatten, weil das über die Aufgabe der BVG-Revision hinausginge. Aber hier müssen wir Korrekturen schaffen und die Oberaufsicht neu regeln!

Nun noch zu den Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Ich bitte Sie, den Antrag Maillard abzulehnen. Wir sahen: Eine Korrektur des Umwandlungssatzes ist nötig, aber wir waren uns über die Tiefe und die Zeitspanne nicht einig. Die Kommissionmehrheit ist der Meinung, dass eine Absenkung auf 6,8 Prozent innerhalb von 15 Jahren richtig ist.

Ich bitte Sie, auch den Antrag Schmied Walter abzulehnen. Denn es ist heute so, dass der Bundesrat den Umwandlungssatz festlegt. In der neuen Vorlage wird das im Gesetz geregelt. Wir finden, das ist richtig so. Denn wenn der Druck von aussen zur Senkung sehr gross ist, braucht es eine Konstante. Das Gesetz bringt diese Konstante. Der Bundesrat hat dann die Kompetenz, beim Mindestzinssatz flexibler zu reagieren. Dort kann er auf die verschiedenen Möglichkeiten eingehen.

Herr Schmied will die Berechnung nach den Generationentafeln. Das ist eine Möglichkeit; die Privatversicherer rechnen heute so. Die autonomen Kassen rechnen mit Periode-Sterbetafeln. Ich bin der Ansicht, dass man hier möglichst objektive Kriterien haben sollte. Dazu sollte die Basis der Pensionskassenstatistik herangezogen werden. Hier müssten wir sicher noch eine allgemein anerkannte Basis schaffen.

Den Antrag Polla zu den Altersgutschriften halten wir nicht für richtig. Wir haben die verschiedenen Modelle diskutiert. Wir haben mit der Berechnung des Koordinationsabzuges im System viel geändert. Deshalb möchten wir die anderen Konstanten so belassen, obwohl der Antrag auf den ersten Blick den Vorteil hat, dass Jüngere mehr bezahlen und dafür Ältere auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger werden.

Ich möchte vor allem noch der CVP-Fraktion danken: für ihre Einsicht, dass wir mit dem Modell der Kommission, das wir gestern angenommen haben – nämlich eine tiefere Eintrittsschwelle und eine andere Berechnung des Koordinationsabzuges –, viele Probleme gelöst haben.

Damit ist eine Erhöhung der Altersgutschriften eben hinfällig. Damit werden dann aber auch in Artikel 70 die Sondermassnahmen überflüssig sein. Dieses Modell – deshalb hat sich ja die Kommission so sehr dafür eingesetzt – löst uns viele Probleme auf einen Schlag.

Ich bitte Sie noch einmal namens der Kommissionmehrheit: Senkung des Umwandlungssatzes – damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass die Lebenserwartung steigt –, aber nur auf 6,8 Prozent, und später dann in den Übergangsbestimmungen 15 Jahre. Vergessen Sie nicht: Für die Rentnerinnen und Rentner geht es bei der Rente nicht um Prozente, sondern ganz allein um Franken und Rappen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: En ce qui concerne d'abord le taux de conversion, la loi actuelle laisse au Conseil fédéral le soin de fixer le taux de conversion en fonction de données techniques reconnues. Ce taux est aujourd'hui de 7,2 pour cent. Le Conseil fédéral propose toutefois de mentionner, à l'avenir, le taux de conversion directement dans la loi, et ce compte tenu de l'importance qu'il a pour la détermination du niveau des rentes. La commission, qui accepte cette inscription dans la loi, s'éloigne toutefois du Conseil fédéral en ce qui concerne le niveau du taux ainsi que la durée du régime transitoire.

Le Conseil fédéral propose de passer à un taux de 6,65 pour cent, tandis que la commission propose de passer à un taux de 6,8 pour cent. Pourquoi cette différence? Parce que la commission a pu disposer des dernières données statistiques, celles qui se rapportent à l'année 2000, qui ont été fournies par l'Office fédéral de la statistique, d'une part, et par la Caisse fédérale d'assurance et la Caisse de pensions de la ville de Zurich, d'autre part. Le Conseil fédéral, lui, dis-

posait, lors de l'élaboration de son message, des données de 1995 et 1990.

Ainsi, les données statistiques les plus récentes permettent de constater que l'espérance de vie marque toujours une progression, mais un peu ralentie par rapport au passé. Les scénarios de l'Office fédéral de la statistique permettent en particulier d'estimer une augmentation de l'espérance de vie de 0,8 année pour les hommes et de 0,9 année pour les femmes entre 2000 et 2020. Sur la base des calculs et de ces données, on arrive à un taux de conversion de 6,8 pour cent.

Comme je l'ai déjà souligné, ces derniers temps d'autres estimations, provenant des assureurs ou d'organes mandatés par eux, ont été avancées – à un po' come al mercato di Luino! Ces dernières estimations demandent finalement un taux de conversion de 6,65 pour cent – les premières demandaient un taux encore beaucoup plus bas. Mais il ne faut pas penser qu'il s'agit là de la même solution que celle du Conseil fédéral. Car les estimations en provenance des assureurs sont construites sur la base d'une méthode tout à fait différente que celle qui a été utilisée par le Conseil fédéral, nous le verrons plus tard encore. Comme il n'existe aucune raison plausible pour changer de méthode, il semble justifié que le taux de conversion soit fixé à 6,8 pour cent sur la base des dernières données démographiques. Ceci semble également être démontré par le fait que la minorité Widrig a retiré sa proposition.

La proposition Schmied Walter veut faire entrer par la fenêtre ce que nous ne voulons pas laisser entrer par la porte. Cette proposition vise à faire adopter la méthode de calcul utilisée par les assureurs, c'est-à-dire la méthode basée sur la table de génération au lieu de la table de mortalité par période. Il n'y a aucune raison valable à l'appui d'un changement de méthode de ce genre. Le Conseil fédéral et les caisses autonomes ont toujours suivi la méthode basée sur la table de mortalité. Evidemment, les assureurs suivent d'autres critères – il ne faut pas oublier qu'ils doivent toujours dégager des bénéfices, ce qui est certes légitime, mais qui ne justifie toutefois pas qu'on change de méthode et de principe dans le deuxième pilier.

La proposition Maillard veut en rester au taux actuel. La discussion a été assez longue au sein de la commission. On se demandait en effet si, sur la base des résultats économiques des institutions de prévoyance, on n'aurait pas pu compenser l'effet de l'allongement de l'espérance de vie sans toucher au taux de conversion actuel. Mais on est arrivé à la conclusion qu'il est rationnel, clair et plus cohérent de séparer les deux niveaux: d'un côté, ce qui est lié à l'évolution démographique doit être traité en s'en tenant aux données actuarielles et démographiques; de l'autre, ce qui est lié au rendement de la fortune des institutions de prévoyance doit évidemment bénéficier aux assurés, mais directement, et pas par le biais du taux de conversion. Pour y arriver, la commission a proposé des dispositions concernant la transparence dans la gestion des institutions, surtout des institutions collectives – j'espère que vous soutiendrez cette proposition. L'exigence de transparence concerne justement, entre autres, le rendement du capital et la participation aux excédents.

Donc, pour la clarté de tout le système, la commission vous invite à maintenir ces deux niveaux séparés, soit d'un côté celui de la démographie qui est résolu par le taux de conversion, et de l'autre celui de la répartition des bénéfices qu'on doit atteindre par les dispositions concernant la transparence.

J'en viens maintenant à l'article 16 concernant les taux des bonifications de vieillesse. Le message du Conseil fédéral propose leur adaptation afin de pouvoir constituer, à la fin de la période de cotisation, une somme majorée par rapport à ce qui a cours aujourd'hui, afin de compenser la baisse du taux de conversion. Etant donné ce que nous avons décidé hier, nous arrivons à cette compensation non pas par le relèvement des taux des bonifications de vieillesse, mais par l'augmentation du salaire assuré, ce qui évite de pénaliser surtout les travailleurs plus âgés.

A ce sujet, à l'article 16, il y a encore une proposition Polla qui mérite une réflexion particulière. Cette proposition répond en effet à la préoccupation réelle et pleinement justifiée de ne pas désavantager les assurés plus âgés. Le système actuel, avec un échelonnement sur la base de l'âge, finit en effet par pénaliser les travailleurs plus âgés. Ce problème a d'ailleurs été discuté au sein de la commission. Une proposition demandait entre autres d'introduire une prime unique homogène, au moins pour les employeurs. Mais il y a des problèmes en ce qui concerne le passage du système actuel à un nouveau système, qui méritent d'être approfondis ultérieurement parce qu'ils ont évidemment des conséquences sur le montant des rentes.

Avec la proposition Polla, pour ceux qui se trouvent dans la tranche d'âge la plus élevée, il y aurait évidemment une baisse des primes, mais aussi une baisse des rentes. Et du moment qu'il y a déjà un effet lié à l'introduction d'un taux de conversion plus bas par rapport au taux actuel, il faut éviter d'en arriver à des conséquences négatives sur le niveau des rentes en touchant aussi – c'est le sens de la proposition Polla – aux bonifications de vieillesse. C'est pourquoi, même si l'on partage le souci qui est à la base de cette proposition, il paraît préférable aujourd'hui de renoncer à modifier les taux des bonifications de vieillesse et de continuer à examiner ce problème de manière approfondie.

Donc, je vous invite à adopter les propositions de la commission aux articles 14, 14a et 16.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich ziehe den Minderheitsantrag zu Artikel 14 – Umwandlungssatz 6,65 Prozent – zugunsten des Antrages der Mehrheit – Umwandlungssatz 6,8 Prozent – zurück.

Ich ziehe ebenfalls den Minderheitsantrag zu Artikel 16 zurück, da die Altersgutschriften aufgrund der gestrigen Beschlüsse wegfallen. Auch der Minderheitsantrag zu Artikel 70, «Sondermassnahmen», ist aufgrund der gestern beschlossenen Finanzierungsart natürlich hinfällig.

Verbleibt noch der Minderheitsantrag zu Artikel 14a, der sich auf die Zeitdauer und auf den Zeitpunkt bezieht, zu dem diese Absenkung stattfindet. Dieser Artikel hängt mit den Übergangsbestimmungen zusammen. Ich habe in meinem kurzen Votum beantragt, dass man das jetzt bespricht und auch darüber abstimmt. Ich stelle fest, dass die Mehrheit immer noch für 15 und nicht für 10 Jahre ist.

Deshalb beantrage ich, dass man über die Übergangsbestimmungen jetzt noch kurz spricht – das muss von den Antragstellern noch begründet werden – und dann darüber abstimmt. Es ist ja auch ein Antrag Suter; Herr Suter hat den gleichen Antrag gestellt. Von der Gesetzestechnik her gehören die Übergangsbestimmungen möglicherweise schon hinten in die Vorlage hinein, aber von der Thematik her, von der Sache her, gehören sie natürlich hier nach vorne zu Artikel 14a.

Ich bitte Sie, meinem Ordnungsantrag zuzustimmen: dass man im Zusammenhang mit Artikel 14a jetzt auch über die Übergangsbestimmungen auf Seite 39 der Fahne debattiert und dann darüber zusammen mit den Artikeln 14, 14a und 16 abstimmt.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): M. Widrig propose donc que nous votions sur les dispositions transitoires avant de voter sur l'article 14a.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Ich bitte Sie, am eingefädelten Verfahren festzuhalten. Die Übergangsbestimmungen sollten in Kenntnis der gesamten Vorlage verabschiedet werden. Ich möchte Herrn Widrig eigentlich beliebt machen, dass sein Minderheitsantrag zu Artikel 14a dann eben hinten behandelt wird. Das wäre sachlogisch das Richtige, weil der Antrag tatsächlich jetzt in der Beratung einen Fremdkörper darstellt. Aber Sie haben ja noch verschiedene Entscheide über die Leistungen zu treffen. Ich erinnere Sie beispielsweise an die Frage «Kapitalabfindung ja oder nein?». Das betrifft natürlich die Versicherungsbilanzen, ebenso die neue

Lösung betreffend Teilliquidationen, worüber sich die Kommission eindeutig geäußert hat. Deshalb sollten wir die Übergangsbestimmungen in Kenntnis der gesamten Vorlage beraten.

Ich bitte Sie, nicht jetzt kurzfristig vom eingefädelten Verfahren abzuweichen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: En ce qui concerne la motion d'ordre, je voulais souligner que la lettre abis des dispositions transitoires est effectivement liée aux discussions sur la durée de la période durant laquelle s'étale l'abaissement du taux de conversion. C'est la raison sans doute de la motion d'ordre Widrig. Cela ne peut concerner, bien sûr, que ce point-là, puisque à l'article 14a, on aborde la question à travers le projet du Conseil fédéral – la majorité aborde cette question dans les dispositions transitoires. Mais le projet du Conseil fédéral n'est plus en discussion sous sa forme initiale puisque nous renonçons aux deux dernières périodes de réduction qui y sont prévues. Donc, je comprends bien que la discussion soit relativement difficile puisque à l'article 14a, nous discutons de la période de transition, même si la majorité a repoussé son traitement dans les dispositions transitoires. Mais c'est le même problème. Voilà la raison de cette petite difficulté de procédure.

Si vous me le permettez, je vais quand même m'exprimer aussi sur cette durée, puisqu'on en parle ici et qu'elle sera traitée tôt ou tard, parce qu'elle forme effectivement un tout. Nous sommes donc bien au clair: il s'agit, à l'article 14, de savoir de combien vous voulez réduire le taux de conversion, ce taux permettant de déterminer le montant de la rente à partir du capital vieillesse accumulé au moment du passage à la retraite. C'est important et pas purement technique. La hauteur du taux définit en fait le contrat entre le cotisant – l'assuré – et l'assurance et permet à l'assuré de savoir combien il touchera au moment où il partira à la retraite. C'est un élément essentiel du système, de ce que j'appellerai les conditions permettant de planifier sa vie, de prendre des décisions et de se dire: «Quand je serai retraité, j'aurai tant.» On ne peut pas tout simplement jouer avec ce taux ou le considérer comme une valeur purement technique.

La première raison pour laquelle on ne peut pas le faire, c'est l'importance qu'a toute modification de ce taux sur les bases sur lesquelles vont se dérouler les vingt ans de vie après la retraite. Peut-être dois-je rappeler, pour ceux qui l'auraient oublié, que la loi actuelle donne au Conseil fédéral la compétence de fixer le taux de conversion minimum en se fondant sur des données techniques reconnues. Si le Conseil fédéral n'a pas modifié ce taux depuis l'entrée en vigueur de la LPP, c'est parce qu'il est conscient de l'importance de ce taux sur l'avenir et parce qu'il considère qu'on ne peut pas le diminuer sans prendre des mesures correctives qui permettent d'obtenir de nouveau le même objectif, mais avec d'autres moyens.

Au fond, c'est le lien entre l'abaissement du taux de conversion et les mesures de correction des effets de cet abaissement qui est au cœur de la présente réforme. Le Conseil fédéral avait préconisé des augmentations des taux des bonifications de vieillesse, la taxation – et vous savez déjà l'estime que je porte à ses travaux et aux solutions qu'elle préconise – a choisi d'élargir le salaire assuré. L'effet est le même: on compense l'abaissement du taux de conversion.

Ce qu'il faut noter, c'est que le Conseil fédéral est conscient qu'il ne peut pas exercer son pouvoir seul. Pour lui, le Parlement doit prendre les décisions nécessaires, parce que ce n'est pas quelque chose de technique et que l'on ne peut pas faire comme si l'on demandait à un mécanicien de tout simplement resserrer les boulons lorsque bon lui semble. Le Conseil fédéral souhaite inscrire cela dans la loi parce qu'il est ainsi possible de prévoir en même temps les mesures compensatoires. C'est donc vous qui assumez cette responsabilité et qui êtes conscients du contenu social de cette disposition.

Alors, il va sans dire que la proposition Schmied Walter va encore plus dans le sens de la «précision mécanicienne» et

revient à dire: «Le Conseil fédéral a une clé à molette ou une clé anglaise, qu'il resserre les boulons! Vas-y, règle cette machine!» Eh bien non! Le Conseil fédéral ne veut pas de cette compétence parce qu'il ne se sent pas en mesure de l'exercer maintenant pour une deuxième raison. Pourquoi? Parce qu'il ne peut pas définir avec précision les corrections à apporter. Il s'agit de projections dans l'avenir et ces projections dans l'avenir sont marquées au sceau de l'imprécision. Il s'agit donc toujours de savoir sur quelle table de mortalité on va se baser. Il y aura toujours un décalage entre les informations qu'on a aujourd'hui et la réalité telle qu'elle se présentera.

Au fond, on a affaire à un spectre relativement large de prévisions. Nous avons montré aux membres de la commission que, selon les hypothèses faites et selon les différents centres d'étude consultés, le spectre des prévisions est relativement large. La question est de savoir si vous voulez le minimum – soit tenir compte de la prévision la plus pessimiste –, si vous voulez tenir compte de la prévision la plus optimiste ou si vous voulez essayer de viser à peu près le centre de la dispersion des prévisions.

Nous nous sommes ralliés à la commission qui est d'avis que le taux de conversion de 6,8 pour cent est aussi probable, aussi raisonnable qu'un autre taux. Cela, nous pouvons l'assumer dans la révision actuelle. Mais en commission, j'ai ajouté aussi que cela était raisonnable à condition que l'on ne se projette pas trop loin dans l'avenir. Si, dans 10 ans, on a l'occasion de rediscuter et de corriger en fonction du spectre des prévisions qui sera établi à ce moment-là, alors nous sommes raisonnables. Voilà la raison pour laquelle nous renonçons nous aussi à poursuivre au-delà de 10 ans cette projection, et nous nous sommes trouvés avec la commission au taux de 6,8 pour cent. Mais ce taux de 6,8 pour cent n'est pas un compromis issu d'un marchandage, nous l'avons nous-mêmes proposé à l'horizon de 10 ans. C'est la raison pour laquelle je dis qu'il faut conserver la solution du Conseil fédéral, mais non la poursuivre au-delà de 10 ans et réexaminer les prévisions à ce moment-là. Nous nous sommes retrouvés sur le taux, mais je vous demanderai de suivre le Conseil fédéral sur la durée. Cela crée une opposition avec le travail de la commission.

Une autre proposition prévoit de ne pas changer du tout ce taux.

La troisième raison pour laquelle nous devons être prudents – la première étant l'importance sociale, la seconde la difficulté de faire des prévisions très précises –, c'est le fonctionnement des caisses de pensions et surtout des assurances qui placent l'argent de ces caisses. Il y a là aussi une grande dispersion et cela pose la question des réserves, des fonds libres, en particulier dans les caisses de retraite. Les contrats passés entre les assurances et les caisses de retraite sont respectés, mais les excédents provenant des revenus de certains placements ne sont pas intégralement mis au bénéfice des assurés. Cela fait que la plupart des caisses de retraite ont des réserves qui leur permettent de verser des rentes sur une période plus longue en raison de l'allongement de l'espérance de vie, et qui n'ont pas un besoin mathématique de baisser le taux de conversion pour tenir leurs engagements. C'est le raisonnement de M. Maillard. Mais j'ajoute ceci: premièrement, ce n'est pas le cas de toutes les caisses, cela dépend du moment où elles ont commencé à effectuer des placements; deuxièmement, il est possible d'utiliser ces fonds libres de manière sensée. Ils ne devraient pas être utilisés pour respecter des engagements contractuels. Ils peuvent être engagés, par exemple, pour améliorer la compensation du renchérissement des rentes. Les fonds libres appartiennent aux assurés et ils peuvent être utilisés pour des objectifs de prévoyance vieillesse au-delà de ce qui est contractuellement annoncé. C'est dans ce sens-là que nous pensons qu'il est plus sain d'ajuster le taux de conversion, tout en étant conscient de l'existence de fonds rendant pour certaines caisses cette mesure non indispensable dans l'immédiat.

Mais c'est là que la commission a fait un pas de plus. Et je l'admire d'avoir voulu aussi améliorer le contrôle sur les cais-

ses et les assurances, améliorer la transparence du système pour savoir ce que sont ces réserves et comment elles sont allouées. Je crois qu'on a de nouveau une espèce de lien entre une volonté politique de la commission d'améliorer la transparence du système et la concession qu'elle était prête à faire d'abaisser le taux de conversion, concession justifiée par les prévisions relatives à l'allongement de l'espérance de vie ou, plutôt, par ce qui s'est déjà passé auparavant.

En ce qui concerne le lien entre le taux de conversion, la durée durant laquelle s'étale sa diminution et les décisions prises hier, je crois que j'ai été suffisamment explicite.

Il me reste à dire deux choses concernant les propositions individuelles.

La première concerne la proposition Schmied Walter de laisser de nouveau au Conseil fédéral la compétence de fixer le taux de conversion minimum, tout en lui demandant de le faire sur la base de la notion de générations. Je crois que vous avez compris pour quelle raison je m'y oppose. Il est clair que parler de génération pour des gens nés la même année, cela revient à restreindre la solidarité dans ce système, en créant des groupes, des segments extrêmement fins. Je crois que ce n'est pas judicieux. Une chose est certaine: nous tenons à ce que chaque génération, par principe, paye pour ce qu'elle recevra – c'est la clé du système de capitalisation, et nous réalisons ce principe avec les ajustements que nous vous avons proposés.

La deuxième remarque concerne la proposition Polla qui est, au fond, tout autre chose. Elle n'est pas liée à cette mécanique-là. C'est une proposition sur les taux des bonifications de vieillesse prévus à l'article 16. Et j'aimerais vous prier plutôt de nous faire confiance, en précisant que cet ajustement ne devrait pas être fait à la légère. Il faudrait procéder sur la base d'études sérieuses sur les effets sur l'emploi de l'une ou l'autre formule. Nous avons promis à la commission de poursuivre cette étude. La LPP peut être révisée de dix en dix ans sur des points essentiels, mais elle peut être révisée à tout moment sur des points de détail qui se suffisent à eux-mêmes. La proposition Polla est précisément une proposition qui concerne des modifications de points de détail, et je pense que nous aurons au cours des prochaines années à nous reposer cette question.

Quels sont les problèmes que je vois dans votre proposition, Madame Polla? Vous vous attachez d'abord à un problème qui avait aussi été soulevé en commission par M. Robbiani, rapporteur de langue française, qui est celui de savoir si l'on péjore la situation sur le marché de l'emploi des travailleurs âgés avec leur taux de cotisation plus élevé. Je vous dirai que l'on sait peu de choses à ce propos, parce qu'il faudrait aussi voir quel est, pour ces travailleurs âgés, le poids du rachat qu'ils doivent faire au moment de changer d'emploi. Il est clair que si leurs cotisations auraient dû être auparavant plus élevées, et qu'elles ne l'ont pas été, ils seront pénalisés parce que leurs rachats seront plus importants. Ils devront donc eux-mêmes payer davantage ou demander à leur employeur de le faire. Dans ce sens-là, il y a un lien entre l'échelle inscrite à l'article 16 et l'état de ce qui est dû au moment de l'entrée dans une nouvelle caisse en raison d'un changement d'emploi.

D'un autre côté, la proposition Polla revient à demander davantage aux jeunes. Or les jeunes qui fondent une famille ont des charges importantes. Il résulte de l'analyse globale de leur situation qu'ils connaissent des difficultés. En revanche, la situation des travailleurs âgés est plutôt meilleure, car leurs charges sont moins grandes du fait que leurs enfants ont atteint l'âge adulte.

La question est donc de savoir si c'est une charge excessive pour le travailleur, si ça l'est pour l'employeur et si cela a des effets sur l'emploi. Dans ce sens-là, le problème que vous soulevez est important, mais je ne crois pas que l'on puisse le traiter aussi rapidement. Nous avons pris l'engagement de faire les études nécessaires pour que ce point-là, individuellement, puisse, si cela s'avérait utile, donner lieu à une décision.

La proposition Polla pose aussi le problème du passage d'un système à l'autre. Est-ce qu'on garderait l'ancienne généra-

tion dans l'ancien système en mettant la jeune génération dans le nouveau système? J'aimerais vous inviter à nous donner l'indication claire de nous attaquer à ce problème. Je préfère cela plutôt que de voir le Parlement se prononcer aujourd'hui sur une question qui a l'air d'être simplement technique, mais qui a des conséquences encore difficilement évaluables aujourd'hui.

Beck Serge (L, VD): Lorsque nous parlons du taux de conversion, nous abordons bien entendu tout le problème des réserves, du rendement des placements, de la transparence de gestion. Je crois que l'un des éléments qui est sous-jacent à notre débat est celui, particulièrement mis en évidence tant au cours des travaux de la commission que du débat que nous menons actuellement, des fondations collectives. Alors finalement, est-ce que nous n'avons pas raté une occasion dans cette première révision de la LPP de remettre en question le principe même des fondations collectives et de les inciter éventuellement à se transformer en caisses autonomes par branche par exemple si on pense aux multiples petites entreprises? Parce qu'on a là finalement une intersection entre deux régimes, entre deux offices et deux bases législatives, ce qui nuit à la transparence et à l'efficacité de la gestion. Pour quelles raisons est-ce que le Conseil fédéral n'a finalement pas remis en question le principe des fondations collectives?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Vaste question! Et question tout à fait justifiée. Il faut toujours comprendre, dans un tel domaine, la prudence de ceux qui font des propositions, que ce soit le Conseil fédéral ou la commission.

Je l'ai dit tout à l'heure, il s'agit d'un système dont l'importance sociale et économique est énorme: 500 milliards de francs d'épargne gérés dans ce système. Il s'agit d'un domaine où la première chose à faire, c'est d'essayer de jeter le coup de projecteur le plus éclairant possible sur ce système avant de prendre des décisions. Je reconnais que ce qui a été mis en place depuis quinze ans s'est révélé d'une grande efficacité, mais que certains des postulats de départ – la gestion paritaire, le sentiment que c'est quelque chose de facile à contrôler – ne se sont pas réalisés. Donc, nous en sommes à l'étape où nous jetons un coup de projecteur sur ce secteur. Dans ce domaine, des réformes sont possibles à tout moment. Je crois que la réforme que vous êtes en train de décider sera un tournant important sur le plan de la liberté qui a été laissée jusqu'à présent à cette institution générale.

Maintenant, sur le plan administratif, est-ce qu'il y aura des changements à faire en termes de contrôles? Là aussi, je suis prudente, mais je pense qu'on devra améliorer de façon sensible la collaboration entre les deux offices compétents, c'est absolument évident. Certains coups de semonce nous y ont d'ailleurs déjà poussés. Il faudra en outre veiller à ce que le Conseil fédéral assume sa responsabilité globale, de façon à accroître la cohérence entre le fonctionnement des assurances privées et celui des assurances sociales.

Fasel Hugo (G, FR): Ich habe in meiner Intervention darauf hingewiesen, dass die Versicherungsgesellschaften in den Neunzigerjahren Überschüsse in Milliardenhöhe erzielt haben. Nachdem wir in der Kommission keine Auskünfte bekommen haben, nachdem auch Leute, die in Beiräten sitzen, hier keine Offenlegung gemacht haben, frage ich jetzt den Bundesrat als letzte Instanz an: Wissen Sie, wo die Milliarden aus diesen Überschüssen sind?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je peux postuler que les relations contractuelles entre les assurances et les caisses de retraite ont été respectées et que, si elles ne l'ont pas été, les caisses ont pris les mesures nécessaires. Les cas où, dans une relation contractuelle, il y a la possibilité que l'assurance fasse des bénéfices et que ceux-ci soient versés à la caisse ou que l'assurance les garde, sont à traiter individuellement. Donc, on ne peut pas dire que l'argent a été re-

tenu. Toute la question est de savoir dans quelle mesure les assurances ont réalisé pleinement les relations contractuelles qu'elles avaient avec les caisses de retraite. C'est le point important juridiquement. Je ne peux donc pas vous dire s'il s'agit de centaines de millions ou de milliards de francs. Je ne peux pas vous dire quels montants exactement ont été, dans ces placements, reversés aux caisses selon les engagements pris ou, au contraire, retenus comme bénéfices des institutions qui ont fait les placements.

Polla Barbara (L, GE): Après les explications données par Mme Dreifuss, conseillère fédérale, concernant ma proposition à l'article 16, vu l'intérêt qu'elle y apporte et l'engagement qui est pris de traiter cette question ultérieurement en commission, je propose de retirer ma proposition à ce stade avec deux possibilités ultérieures: soit de déposer un postulat pour inciter la commission à poursuivre ses travaux, soit, comme Mme Meyer Thérèse l'a également proposé, éventuellement que quelqu'un présente une nouvelle proposition lorsque la révision sera discutée au Conseil des Etats.

Je voudrais souligner à quel point je suis reconnaissante à Mme Dreifuss de l'importance qu'elle accorde effectivement à mon souci de maximiser, par des incitations destinées à la fois aux employés et aux employeurs, le maintien en emploi ou la prise d'emploi de travailleurs qui ont plus de 55 ans notamment, ceci dans l'objectif de la meilleure cohésion possible au niveau intergénérationnel. Je retire donc ma proposition.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La motion d'ordre Widrig consiste à demander de nous prononcer maintenant sur la lettre abis des dispositions transitoires.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Widrig 117 Stimmen
Dagegen 62 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous nous prononçons donc sur la lettre abis des dispositions transitoires.

Übergangsbestimmungen der Änderung vom

(1. BVG-Revision)

Dispositions transitoires de la modification du
(1ère révision de la LPP)

Bst. abis

Antrag der Kommission

Titel

abis. Übergangsbestimmungen für den Mindestumwandlungssatz

Abs. 1

Mehrheit

Der Bundesrat legt den Mindestumwandlungssatz fest für die Versicherten derjenigen Jahrgänge, die in den fünfzehn auf diese Gesetzesänderung folgenden Jahren das ordentliche Rentenalter erreichen. Er senkt ihn dabei ab, bis 6,8 Prozent erreicht sind.

Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... in den zwanzig auf die Gesetzesänderung folgenden Jahren

Minderheit II

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Hassler, Herberlein, Laubacher, Stahl, Triponez, Widrig)

.... in den zehn auf die Gesetzesänderung folgenden Jahren

Abs. 2

Solange für Frau und Mann verschiedene ordentliche Rentenalter gelten, kann auch der Mindestumwandlungssatz verschieden sein.

Abs. 3

Der Bundesrat regelt den anwendbaren Mindestumwandlungssatz für die Berechnung der Invalidenrenten sowie die Berechnung der Altersgutschriften und des koordinierten Lohnes für fehlende Jahre nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung.

Let. abis

Proposition de la commission

Titre

abis. Régime transitoire pour le taux de conversion minimal

Al. 1**Majorité**

Le Conseil fédéral fixe le taux de conversion minimal pour les assurés des classes d'âge qui vont atteindre l'âge ordinaire de la retraite dans les quinze années suivant l'entrée en vigueur de la présente modification. Il abaissera le taux de conversion jusqu'à 6,8 pour cent dans ce même laps de temps.

Minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... dans les vingt années suivant

Minorité II

(Meyer Thérèse, Bortoluzzi, Dunant, Gutzwiller, Hassler, Heberlein, Laubacher, Stahl, Triponez, Widrig)

.... dans les dix années suivant

Al. 2

Tant que l'âge ordinaire de la retraite sera différent pour les femmes et les hommes, le taux de conversion minimal pourra être également différent.

Al. 3

Le Conseil fédéral fixe le taux de conversion minimal applicable pour le calcul de la rente d'invalidité ainsi que pour le calcul des bonifications de vieillesse et du salaire coordonné afférents aux années futures après l'entrée en vigueur de la présente modification.

Titel, Abs. 2, 3 – Titre, al. 2, 3

Angenommen – Adopté

Abs. 1 – Al. 1

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Herr Widrig hat mit dem Ordnungsantrag das Verfahren jetzt umgestellt. Sie haben so entschieden. Jetzt sollten wir auch Gelegenheit haben, unsere Einzelanträge bzw. Minderheitsanträge zu Buchstabe abis der Übergangsbestimmungen auf Seite 39 der Fahne zu begründen. Das hat gar nicht stattfinden können. Es tut mir Leid, aber wir müssen jetzt anders verfahren.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Vous avez la parole, M. Rechsteiner.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Chère présidente, vous êtes trop rapide! (*Hilarité*)

Es geht beim Entscheid über die Übergangsbestimmungen um sehr viel Geld. Es geht insbesondere darum, ob die Privatversicherungen die Gewinne aus dem Kapital von 120 Milliarden Franken, das sie verwalten, weitergeben müssen oder nicht. Alle autonomen Kassen haben uns erklärt, dass das Geld für Übergangsbestimmungen, die zwanzig Jahre lang gelten, ausreicht, wie ich sie beantrage. Dies war auch der ursprüngliche Antrag der Kommissionsmehrheit. Nun vernehme ich mit grossem Erstaunen und Bedauern, dass Kräfte sowohl in der FDP als auch in der SVP dahintendieren, die Übergangsfristen auf zehn Jahre zu verkürzen. Das heisst, dass sie den Versicherten Leistungen in Milliardenhöhe vorenthalten.

Wir haben in den letzten Monaten bei der Beratung einiges erlebt. Die Kommissionspräsidentin, Frau Egerszegi, hat das deutlich gemacht. Das Bundesamt für Privatversicherungen

ist der verlängerte Arm der Versicherungswirtschaft. Es ist schon erstaunlich, dass dieses Amt jedes Jahr etwa eineinhalb Kilo Papier über die Versicherungen, insbesondere auch über die Kollektivvorsorge, publiziert. Aber dieses Amt ist nicht in der Lage, eine Aussage über die Versicherungsgewinne und über die Verwaltungskosten zu machen. Was wir haben, ist ein Vollzugsnotstand. Im Gesetz ist seit fünfzehn Jahren vorgeschrieben, dass die Verwaltungskosten der Privatversicherungen offen zu legen sind. Hier haben wir es mit einer illoyalen Abteilung der Bundesverwaltung zu tun, weil diese Abteilung uns auch bei der Beratung des Gesetzes kaum mit klaren Aussagen darüber geholfen hat, welche Reserven bei den Versicherungen bestehen und welches Geld den Versicherten eigentlich gehört.

Das BVG beruht auf dem Stiftungsrecht. Das Stiftungsrecht besagt, das Kapital folge den Destinatären und nicht den Vermögensverwaltern. Das sind Grundsätze des Rechtes, die in der bisherigen Praxis in eminentem Masse verletzt wurden, und das Bundesamt für Privatversicherungen hat zu diesem Vollzugsmissstand in erheblichem Masse beigetragen.

Weil wir die Zahlen der Versicherungen nicht kennen, kann ich Ihnen nur sagen, was die Anlagestiftungen der Banken in den letzten Jahren erwirtschaftet haben. Diese Daten wurden in der Zeitschrift «AWP – Soziale Sicherheit», die den Bürgerlichen wohlgesinnt ist, offen gelegt. Mit Datum vom 21. Februar 2001 werden die jährlichen Durchschnittsrenditen der letzten zehn Jahre wie folgt beziffert: Aktien Schweiz 20,1 Prozent, Aktien Ausland 12,8 Prozent, Obligationen Ausland 8,2 Prozent, Obligationen Ausland in Schweizerfranken 6,2 Prozent und Obligationen Schweiz 6,2 Prozent. Sie sehen, die Differenz zum Mindestverzinsungssatz beträgt 2 bis 16 Prozent. Das heisst also: Es wurden sehr grosse Gewinne erwirtschaftet, und nur ein sehr kleiner Teil davon wurde in Form einer Überschussbeteiligung – in einem nicht nachvollziehbaren Verfahren – an die Versicherten weitergegeben.

Es ist anzunehmen, dass die Versicherungen eben ähnliche Renditen erwirtschaftet haben wie die Banken. Aber es gibt auch noch den Pictet-Index der Banken, der für den Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten des Obligatoriums und dem Jahr 2001 – das schlechte Börsenjahr also inbegriffen – auf eine mittlere Rendite von 7,2 Prozent kommt, bei einem BVG-Portefeuille mit einem Aktienanteil von 25 Prozent. Sie wissen, dass der Aktienanteil inzwischen noch höher liegt und dass die Gewinne wegen der besseren Aktienrendite eigentlich noch wesentlich höher liegen.

Und nun wollen Sie hingehen und den Versicherungen sagen: Ihr dürft diese Gewinne behalten. Darauf läuft nämlich der Antrag hinaus, die Übergangsfrist auf zehn Jahre zu verkürzen. Das ist Diebstahl an den Versicherten! Man kann es nicht anders sagen. Wenn Sie Hand bieten zur Verkürzung der Übergangsfrist, ist das Diebstahl und gar nichts anderes, weil dieses Geld den Versicherten gehören würde und auch weil die Kommission nun wenigstens für die Zukunft Vorkehrungen getroffen hat, dass sich die Situation ändert und dass diese Transparenz endlich Einzug hält. Wir haben aber die Altgewinne; die sind vorhanden, und die müssen den Versicherten verteilt werden.

Deshalb bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag I zuzustimmen, der ursprünglich der Antrag der einhelligen Subkommission war, und die Übergangsfrist auf 20 Jahre festzulegen. Dann darf und soll der Bundesrat darüber berichten – man wird das in der Zwischenzeit ja sehen –, wie sich die Parameter Rendite und Lebenserwartung entwickeln. Renten senken kann man immer, wenn es wirklich hart auf hart geht, aber im Moment ist das Geld vorhanden. Dieses Geld muss an die Versicherten ausgeschüttet werden, und nicht an die Verwaltungsräte in den Versicherungskonzernen.

Meyer Thérèse (C, FR): A la lettre abis des dispositions transitoires, je vous engage, au nom de la minorité II, à adopter le principe d'une période de transition de 10 ans, ce qui correspond ainsi exactement au projet du Conseil fédéral.

Les analyses actuarielles de 1990 proposaient une baisse par étapes du taux de conversion de 7,2 pour cent à 6,65 pour cent jusqu'en 2016. Nous l'avons expliqué largement: il y a eu des rapports qui présentaient des différences et une autre évolution de l'allongement de l'espérance de vie. La majorité de la commission propose un taux de conversion de 6,8 pour cent, avec obligation pour le Conseil fédéral, à la lumière des statistiques de 2010, de fixer le taux des années suivantes. C'est une décision judicieuse. Reste à fixer maintenant l'échelonnement de l'adaptation au nouveau taux de 6,8 pour cent. Pour nous aider, il y a les analyses mathématiques qui plaident pour une adaptation rapide et, lié à cette question, le volume des réserves qui ont été en partie accumulées pour faire face à l'allongement de l'espérance de vie.

Le groupe démocrate-chrétien, à l'origine de la proposition de minorité II, suit le Conseil fédéral et préconise une baisse par étapes du taux de conversion étalée sur 10 ans, car c'est nécessaire pour consolider le deuxième pilier. Elle est justifiable d'un point de vue technique et elle tient compte des fonds appartenant aux assurés. Elle tient compte, bien sûr, du calcul actuariel, mais c'est aussi une décision politique pour atténuer les effets de la diminution du montant des rentes. C'est un délai responsable qui fait appel aux réserves constituées, mais qui permet d'assurer la pérennité du deuxième pilier, et c'est important.

Il est vrai que, dans tous les modèles, il y a une petite diminution de rente pour les personnes nées certaines années et ayant de hauts revenus – ce sont justement les personnes nées la même année que moi, je dois vous le dire, qui sont touchées le plus. La diminution maximum, selon la proposition de minorité II, qui prévoit une période de transition de 10 ans, serait de 38 francs par mois pour les personnes nées en 1948 et ayant un revenu annuel de 74 000 francs, mais les fonds libres, qui doivent être gérés par les principes de collectivité et de solidarité aussi, pourront justement éviter ce désavantage.

Nous faisons donc confiance au Conseil fédéral dans cette question. Il estime que les échelonnements plus longs – entre 15 et 20 ans – sont problématiques et pourraient souffrir d'un manque de financement. Nous pouvons décider ce que nous voulons, si les moyens ne suivent pas, c'est aussi grave pour les assurés.

Je vous engage donc à soutenir la minorité II. Ainsi l'article 14a pourra être biffé.

Hassler Hansjörg (V, GR): Die Kommissionsmehrheit will eine Übergangsfrist von 15 Jahren für die Senkung des Umwandlungssatzes von heute 7,2 auf 6,8 Prozent. Die Kommissionsmehrheit räumt aber selber ein, dass der von ihr vorgeschlagene Rhythmus der Senkung des Umwandlungssatzes nicht den technischen Gegebenheiten entspricht. Technisch richtig ist unbestrittenermassen die Übergangsfrist von 10 Jahren.

Es sprechen weitere Gründe für die Übergangsregelung von 10 Jahren. Im Jahre 2010 verfügen wir mit der nächsten Volkszählung über neue statistische Daten, dies auch im Hinblick auf die Entwicklung der Lebenserwartung. Die neuen statistischen Daten geben uns dann die Grundlage, den Umwandlungssatz wieder den neuen Gegebenheiten anpassen zu können. Innert 10 bis 15 Jahren wird eine weitere BVG-Revision nötig sein; auch im Hinblick auf die nächste Revision wäre eine 15-jährige Übergangsfrist für die Herabsetzung des Umwandlungssatzes zu lange. Die Entwicklung der Lebenserwartung ist der wichtigste Faktor für die Festlegung des Umwandlungssatzes, und die Entwicklung der Lebenserwartung kann nicht für 15 oder gar 20 Jahre zuverlässig abgeschätzt werden. Darum ist eine Übergangsfrist von 10 Jahren richtig.

Die SVP-Fraktion unterstützt daher den Minderheitsantrag II (Meyer Thérèse).

Widrig Hans Werner (C, SG): Die CVP-Fraktion wird für den Antrag der Minderheit II stimmen. Mit einer Übergangsfrist

von 10 Jahren sehen wir einerseits eine vernünftige, angemessene Belastung der Versicherten vor, andererseits aber auch eine Finanzierung, die längerfristig verantwortet werden kann. Ich ziehe deshalb den Antrag der Minderheit zu Artikel 14a zugunsten des Antrages der Minderheit II bei den Übergangsbestimmungen zurück.

Ich bitte Sie, bei den Übergangsbestimmungen dem Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse) zuzustimmen.

Fasel Hugo (G, FR): Ich werde mich kurz fassen, weil Herr Rechsteiner Rudolf das Wesentliche gesagt hat. Er ist auch berechtigterweise zornig geworden, weil die Frage – ich habe sie vorher gestellt – im Raum bleibt: Wo sind die Milliarden, die in den Neunzigerjahren verdient wurden? Alle, die sagen, man solle den Umwandlungssatz, die Renten Kürzung, möglichst schnell vollziehen – das heisst es ja: nicht in zwanzig Jahren, sondern bereits nach zehn Jahren –, geben nie darüber Rechenschaft, wo diese Gelder sind. Und es ist tatsächlich so, dass wir bei den Beratungen in der Kommission dem Bundesamt für Privatversicherungen – Privatversicherungen, damit keine Verwechslungen entstehen – in jeder Sitzung Fragen zu diesem Bereich gestellt haben. Die Antwort war seit jetzt sechs Monaten gleich null! Null! Da sind Beamte am Werk, die uns nicht die Elemente liefern können, die man braucht, um eine vernünftige Gesetzesarbeit zu machen.

Nachdem niemand sagen kann, wo diese Überschüsse sind, kann ich vielleicht sagen, dass Herr Rechsteiner und ich schon wissen, wo sie sind. Sie wurden verdient. Die Überschüsse der Gelder, die für das Kollektivgeschäft eingenommen und dann für 8 Prozent im Durchschnitt angelegt wurden, sind dann einfach ins Einzelgeschäft übergegangen. Das ist Quersubventionierung des Einzelgeschäftes in Milliardenhöhe. Da staune ich schon, Frau Meyer Thérèse, dass Sie dann einfach über Lebenserwartungen reden. Da hat man in der Zwischenzeit Milliarden von Franken angelegt, und die verschenken Sie.

Dann sage ich auch den Gewerbevertretern – Herrn Widrig, der vorhin hier war –: Sie werden ja verstehen, dass ich mich hier für die Arbeitnehmenden ins Zeug lege. Ich weiss auch, warum: Bei den Sammelstiftungen sind praktisch 99 Prozent Kleinstbetriebe, eben diejenigen, die keine eigene Pensionskasse führen können – das sind die Kleinstbetriebe in diesem Lande. Wenn man den Arbeitnehmenden dieser Gewerbetreibenden diese Milliarden jetzt nicht gibt, dann sage ich: Dann gibt man sie eben zur Hälfte auch den Gewerbetreibenden nicht. Ich frage mich ernsthaft, warum ich in dieser Frage bei den Vertretern des Gewerbes keinen Partner habe.

Ich freue mich natürlich, wenn die Abstimmung so ausgeht, wie sie jetzt die Minderheit zusammen mit den Versicherungsgesellschaften haben will. Dieses Gesetz wird dann ja nächstes Jahr wieder zur Diskussion stehen, im Wahljahr. Ich freue mich wirklich auf diese Leute, die beim Gewerbe arbeiten; ich freue mich, über Rentensenkungen zu reden und dann auch noch zu sagen, dass der Gewerbeverband diese seine eigenen Mitglieder hier nicht vertreten hat. Diese Milliarden, ich sage es noch einmal, fehlen nicht einfach den Arbeitnehmenden, sie fehlen auch den Gewerblern, die bei den Sammeleinrichtungen untergebracht sind und untergebracht sein müssen, weil sie keine eigene Sammelstiftung führen können.

Kurz: Das Geld ist im Kasten, die Frage, die wir heute hier entscheiden, ist nur: Wohin geht dieses Geld?

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Dinge liegen auf dem Tisch. Wir haben in der Kommission die Ausgangslage sorgfältig geprüft. Es ist uns glaubhaft erklärt worden, dass die autonomen Kassen, diejenigen Kassen, bei denen die Beiträge dafür bestimmt sind, die Leistungen zu bezahlen, keine Probleme haben, den Umwandlungssatz zu garantieren, und dass die Probleme einzig und allein bei den Versicherungsgesellschaften bestehen – aber sie sind eben gewichtig –; bei den Versicherungsgesellschaften, das ist jetzt mehrfach gesagt worden, wo ja nach den Grundsätzen auch des Pri-

vatversicherungsrechtes Längerlebigkeitsreserven geäuftet worden sind, aber eben keine Transparenz über diese Reserven herrscht. Roland Chlapowski, jetzt zum CEO der Rentenanstalt befördert, war nie in der Lage zu sagen, wo diese Reserven sind. Sie sind irgendwo im Kapital der Rentenanstalt, aber sie werden nicht ausgewiesen, sie kommen nicht den Versicherten zugute. Das ist das grosse Problem der grossen Versicherungsgesellschaften bei dieser für die Betroffenen doch zentralen Frage.

Wir haben hier eine entscheidende Bestimmung, in der es um die Garantie der Leistungen geht, bei dieser Übergangsbestimmung, die unauffällig auf Seite 39 der Fahne steht. Es geht im Ergebnis um nichts anderes als um die Frage, ob die abgegebenen Versprechen bezüglich der Renten auf den Versicherungsausweisen, die die Leute am Ende jedes Jahres nach Hause geschickt bekommen, eingehalten werden, ob diese Renten bezahlt werden oder nicht. Wenn Sie dem Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse) mit diesen zehn Jahren folgen – Frau Meyer bringt ja bei dieser Revision regelmässig die versicherungsnahen Vorschläge ein –, heisst das, dass für ein bestimmtes Segment der Einkommen die Rentenversprechungen, die auf den Versicherungsausweisen schwarz auf weiss gemacht worden sind, für eine bestimmte Übergangsgeneration, nicht eingehalten werden, dass man also sagt, «vor Tische las man's anders». Es steht ein bestimmter Altersrentenbetrag auf dem Versicherungsausweis, und der wird nachher trotzdem nicht ausbezahlt. Das ist die Konsequenz der Reduktion der Frist auf 10 Jahre.

Diese Problematik reduziert sich dann, wenn die Mehrheit mit den 15 Jahren durchkommt, aber ganz beseitigt ist sie erst mit dem Antrag der Minderheit I. Erst mit 20 Jahren ist diese Problematik beseitigt, erst dann ist garantiert, dass die Renten nicht gesenkt werden, auch nicht für ein bestimmtes Einkommensegment.

Das ist eine Frage von Treu und Glauben, auch eine Frage des Vertrauens in die zweite Säule überhaupt. Werden Versprechen, die einmal abgegeben worden sind, gehalten, und zwar nicht nur von den autonomen Pensionskassen, wo das eine Selbstverständlichkeit ist, sondern auch von den Versicherungsgesellschaften? Sie leisten der zweiten Säule einen schlechten Dienst, wenn Sie dem versicherungsinspirierten Antrag der Minderheit II (Meyer Thérèse) folgen und am Schluss die Rentenversprechen für einen Teil der Versicherten nicht einhalten.

Es ist gesagt worden: Die Längerlebigkeitsreserven sind geöffnet, auch bei den Versicherungsgesellschaften, nicht nur bei den autonomen Pensionskassen. Die Versicherungsgesellschaften müssen diese Gelder für die Längerlebigkeit verwenden. Man muss auch sagen, dass die Längerlebigkeit, die ja auch eine erfreuliche Tatsache ist, kein neues Phänomen ist. Sie ist ja nicht, sagen wir, in den Jahren von 1998 bis 2003 aufgetaucht. Es ist vielmehr so, dass die Schweizerinnen und Schweizer – freuen wir uns doch darüber – seit vielen, vielen Jahrzehnten älter werden. Über ein längeres Leben verfügen ist Ausdruck eines steigenden Lebensstandards, eines besseren Gesundheitswesens, von weiteren Fortschritten in der Gesellschaft. Schon 1948, bei der Einführung der AHV, war das eine Problematik, die allen bekannt war, die man auch positiv lesen kann. Die Versicherungsgesellschaften mussten diese Tatsache bereits 1990 kalkulieren. Aufgrund der neuen Grundlagen der EVK hat sich die Überalterung eher etwas verflacht. Man kann aus diesem Grunde erst recht sagen, die bereits geöffneten Längerlebigkeitsreserven müssen für die Bezahlung der Renten eingesetzt werden.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion muss ich Sie deshalb dringend einladen, dem Antrag der Minderheit I (Rechsteiner-Base) zu folgen – der übrigens mit jenem der Subkommission übereinstimmt –, mindestens aber dem der Kommissionsmehrheit, die eine Übergangsfrist von 15 Jahren vorsieht.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique et le groupe libéral communiquent qu'ils soutiennent la minorité II.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Vorher wurde verschiedentlich das Gewerbe angesprochen, das sich bei der Frage der Verhaltensweise der Sammelstiftungen besonders betroffen fühlen muss. Es scheint mir, dass einer der wichtigsten Punkte in dieser Revision in den Vorschauen keine oder nur wenig Beachtung gefunden hat. Es ist darauf zurückzuführen, weil die betreffenden Artikel unbestritten sind und keine Minderheitsanträge gestellt worden sind. Die Kommission hat festgestellt, dass die autonomen Kassen weitgehend zufriedenstellend funktionieren und dass die Interessen der Versicherten dort wahrgenommen werden können.

Für die Sammelstiftungen trifft das nicht vorbehaltlos zu. Das war die Feststellung, welche in der Kommission gemacht wurde. Aufgrund dieser Feststellung kann gesagt werden, dass die Arbeitsweise der Sammelstiftungen für die Versicherten intransparent war. Es betrifft immerhin etwa die Hälfte aller Versicherten. Das muss man wissen. Dabei handelt es sich um unsere Leute in den kleinen Betrieben. Für diesen Teil der Versicherten wurde im Rahmen der Sammelstiftungen wahrscheinlich – so meine ich – auf fragwürdige Weise gearbeitet. Die Kommission hat ja diese Problematik erkannt und eine Antwort darauf gefunden. Das ist wichtig und wurde bisher nicht erwähnt. In die Artikel 65, 68 und 86a wurde das Element der Transparenz ausgesprochen deutlich aufgenommen. Diese Massnahme soll dazu führen, dass in Zukunft undurchsichtige Abläufe in den Pensionskassen eben nicht mehr möglich sind.

Es gibt heute keine Beweise dafür, dass Gelder aus diesen Kassen abgezweigt wurden. Man kann nur aufgrund der Ergebnisse der autonomen Kassen davon ausgehen, dass Erträge nicht zugunsten der Versicherten verwendet werden. Was mit diesen Geldern geschehen ist, ist nicht nachzuvollziehen. Ich glaube aber, dass es in dieser Revision wichtig ist, dass wir sagen können, wir haben dieser Undurchsichtigkeit etwas Wirksames entgegengesetzt. Das haben wir meiner Meinung nach mit diesen «Transparenzartikeln» getan. Es bringt aus meiner Sicht nichts, wenn wir heute mit einer langen Übergangsfrist den Spielraum der Kassen einengen.

Meine persönliche Erklärung ist etwas lange, aber ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang nötig, um die Sache zu erklären. Ich meine, es braucht keine lange Übergangsfrist, um damit die Kassen einzuschränken. Der «Transparenzartikel» und die Möglichkeit der Einsicht sind genügende Voraussetzung und bieten die Möglichkeit für die Versicherten, zu ihren Rechten zu kommen.

Ich bitte Sie, eine kurze Übergangsfrist zu wählen, weil die Problematik, die hier angetönt wurde, meines Erachtens damit gelöst ist.

Triponez Pierre (R, BE): Ich fasse mich wirklich kurz. Einen schönen Teil dessen, was ich sagen musste oder wollte, hat Herr Bortoluzzi vorweggenommen. Allerdings ist die Kritik bezüglich der Anlagen der autonomen Kassen und der Sammelstiftungen in letzter Zeit nicht mehr so laut. Es hat sich da einiges geändert. Plötzlich sind die Zahlen, die wir von den Sammelstiftungen erhalten, gar nicht mehr so schlecht.

Bezüglich der Milliarden von Franken, Herr Fasel und Herr Rechsteiner Paul: Bedenken Sie, dass diese Gelder auch für Prämienreduktionen, für Leistungsverbesserungen und für Reservenbildungen eingesetzt werden können und müssen. Es ist nicht fair, wenn man hier einfach sagt, es würden da Milliarden von Franken herumgeschoben.

Ich habe heute den Fragebogen über meine Interessenbindung abgegeben. Ich habe keine Bindungen irgendwo, sondern bin als Gewerbler wie Sie daran interessiert, dass unser Geld gut angelegt ist. Darum sollte man hier nicht in dieser Art und Weise und mit Rundumschlägen etwas in die Welt setzen. Eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,8 Prozent ist wegen der Lebenserwartung notwendig. Darüber haben wir jetzt lange diskutiert. Es ist dringend notwendig, dass dieser Schritt in 10 Jahren vollzogen wird. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Blocher Christoph (V, ZH): Ich muss zum Mittel der persönlichen Erklärung greifen, weil es keine andere Möglichkeit gibt.

Es ist hier für alle Kassen das Gleiche gefordert worden, aber es wurde nur von den Sammelstiftungen gesprochen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie den Spielraum auch für die autonomen Kassen einengen, und die sind in Ordnung. Auf sie treffen alle diese Vorwürfe nicht zu, Herr Fasel. Wir lassen es nicht zu, dass einfach alles über einen Leisten geschlagen wird.

Wenn Sie bei den Sammelstiftungen Ordnung haben wollen, müssen Sie jedes Jahr von all diesen Sammelstiftungen alles veröffentlichen, damit man sieht, wie sie gearbeitet haben und wer die beste ist – es geht zudem um die völlige Freizügigkeit. Der Artikel, den Sie punkto Transparenz heute im Gesetz schaffen, ist mir auch recht, obwohl ich nicht weiss, ob er zum gewünschten Resultat führt, denn er ist noch nicht sehr bindend. Bei voller Transparenz stellt sich das Problem gar nicht mehr. Dann kann jeder die beste Kasse wählen, dann spielt der Wettbewerb, und das ist die beste Versicherungsaufsicht.

Rechsteiner Paul (S, SG): Es ist ja schön, wenn sich Herr Blocher auch um diese Frage der Pensionskassen kümmert. Es ist so, dass die Frage des Umwandlungssatzes und die Einhaltung der abgegebenen Versprechen seitens der autonomen Kassen – das ist klar erklärt worden – kein Problem sind. Die autonomen Kassen sind in der Lage und bereit, diese Versprechen einzuhalten.

Dieser Antrag und auch diese Übergangsfrist betreffen die Leistungsverprechen der Sammelstiftungen der Versicherungen. Es geht hier um die Versicherungsgesellschaften, und es ist jetzt neu, dass dieses grosse Vertrauen gegenüber den Versicherungsgesellschaften von Herren wie Herrn Bortoluzzi und Herrn Triponez vertreten wird. Es geht um die Längerlebensreserven, die bei den grossen Versicherungsgesellschaften geäuft worden sind, geäuft werden mussten, genauso wie bei den autonomen Kassen, für die Generation, die jetzt immer einbezahlt hat, z. B. die über 50-Jährigen, die nun in den Jahren 2012 bis 2015 pensioniert werden und bei denen nun plötzlich gesagt wird: Wir können diese Rentenversprechen nicht einhalten. Es geht genau um diesen Punkt!

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Wir haben keine einzige autonome Kasse gefunden, die gesagt hat, die Reserven reichen nicht, um 20 Jahre lang die Renten zu finanzieren. Man muss eben schon zwischen den Verbänden der autonomen Kassen und der Versicherungswirtschaft, die zusammenhängen, und den Kassen selber unterscheiden. Herr Triponez, ich frage Sie: Ist es neuerdings Aufgabe einer Pensionskasse, mit den Reserven Prämienenkungen zu finanzieren, oder ist es Aufgabe einer Pensionskasse, mit den Reserven die Leistungen zu garantieren? Ich meine, im Gesetz stehe das Zweite: Man hat den Versicherten Leistungen versprochen, und jetzt wollen Sie den Versicherten auf kaltem Weg Geld wegnehmen. Der einzige Motor, den wir erkennen können, sind die Privatversicherungen und nicht die autonomen Kassen. Die autonomen Kassen sind eine geschlossene Einheit. Dort verhindert das Stiftungsrecht, dass die Aktionäre den Griff in die Kasse machen können. Deshalb haben wir dort auch gar kein Finanzierungsproblem. Aber bei den Sammelstiftungen der Privatversicherungen haben wir das Finanzierungsproblem: Dort rinnt das Gefäss, dort verschwindet das Geld in die Säcke der Aktionäre und der Verwaltungsräte. Das ist die Situation.

Wenn Sie den 10 Jahren zustimmen, dann verschenken Sie Milliarden auf Kosten der Rentner.

Beck Serge (L, VD): Monsieur Rechsteiner-Basel, est-ce volontairement, délibérément que vous évitez de mentionner qu'un certain nombre de caisses autonomes de droit public, et en particulier celle du Valais, n'arrivent déjà plus aujourd'hui à remplir leurs obligations à cause de leur dé-

couvert? Est-ce que c'est volontairement que vous omettez de parler de ces caisses-là?

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Die öffentlich-rechtlichen Kassen bilanzieren ja gar nicht in geschlossener Kasse. Die mussten noch nie die Beiträge zahlen, um die Leistungen auszurichten. Dort hat man den Rückgriff auf die Steuern, und deshalb hat man gesagt, man brauche keine volle Finanzierung. Die öffentlich-rechtlichen Kassen sind hier für einen Vergleich nicht dienlich. Das ist ein völlig untauglicher Vergleich. Sie müssen sehen: Bei den Kassen, die das Geld einbezahlt haben, ist das Geld auch vorhanden, um die Leistungen zu erbringen.

Blocher Christoph (V, ZH): Herr Rechsteiner, Sie geben mir doch Recht! In den autonomen Kassen besteht das Problem nicht, aber Sie binden uns heute mit einer 20-jährigen Übergangsfrist. Wenn wir in der freien Wirtschaft stehen, wissen wir nicht, was in den nächsten zwanzig Jahren geht. Sie verlieren ja gar nichts, wenn Sie uns 10 Jahre geben und wir dann wieder schauen können. Aber das wollen Sie nicht, und das ist das Risiko.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Herr Blocher, ich kann Ihnen gerne antworten. Sie haben Recht: Bei den autonomen Kassen, vielleicht mit Ausnahme von gewissen Ermessensleistungen für Manager, gibt es keine Löcher, wo das Geld verschwindet. Aber wenn Sie jetzt mit der Übergangsbestimmung die 10 Jahre verankern, dann erlauben Sie bei den Privatversicherungen den Griff in die Kasse, und die verwalten im Moment 120 Milliarden Franken; darum geht es, und ein Prozent davon sind jährlich 1,2 Milliarden Franken. Es geht um diese Beträge, Herr Blocher.

Fasel Hugo (G, FR): Jetzt kann man langsam kurz werden. Immerhin hat diese «Arena» gezeigt, dass man sich am Schluss versteht und auch vom Gleichen reden kann. Herr Blocher, ich habe hier noch nie über etwas anderes gesprochen als über Sammeleinrichtungen.

Wenn Sie sagen, man solle auf den anstehenden «Transparenzartikel» Bezug nehmen, bin ich mit Ihnen völlig einverstanden. Auch das habe ich gesagt. Nur gilt dann die Transparenz für alles Kommende, und Sie haben eben keine Auskünfte – Herr Bortoluzzi war in diesem Punkt zumindest ehrlich –; über die Vergangenheit haben wir in den Kommissionen keine Angaben bekommen. Ich bin auch überrascht: Herr Triponez hat hier einfach gesagt, ich hätte einen Rundumschlag gemacht. Er hat gesagt, diese Gelder seien ja teilweise für Überschussbeteiligungen, für die Berechnung von Überschüssen usw. Herr Triponez, das ist nur Geplauder, weil Sie eben nichts Genaueres wissen. Sie sagen einfach, dass es gewisse Berechnungen gegeben habe. Aber wir haben keine Angaben dazu bekommen. Sie behaupten etwas und können keine Zahlen dazu vorlegen.

Erklären Sie das bitte den Gewerbetreibenden!

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich kann als Kommissionssprecherin sehr vielem beipflichten, was über das Bundesamt für Privatversicherungen gesagt worden ist. Seine Aufgabe ist es nicht nur, Reglemente und Statuten zu überprüfen; aber wir haben es in der Hand, hier Remedur zu schaffen und die Korrektur einzuleiten, damit wirklich die Obergrenze ausgeübt werden kann, die ausgeübt werden muss. Ich kann sehr vielem beipflichten, was über die Privatversicherungen gesagt worden ist. Ich werde mich aber zur Transparenz erst dann äussern, wenn das zur Diskussion steht. Ich werde das sachlich, aber bestimmt bei Artikel 65 und auch bei den folgenden tun, denn auch hier haben wir die Korrekturen bereits eingeleitet, und sie werden öffentlich nicht mehr infrage gestellt. Deshalb werde ich das als Kommissionssprecherin dann aufgreifen.

Der Umwandlungssatz muss gesenkt werden, das haben wir festgestellt, und es gilt zu bedenken, dass der Umwandlungssatz nicht nur für Privatversicherungen gilt, sondern

auch für autonome Kassen. Es ist mehrmals angeführt worden, dass diese nicht dieselben Schwierigkeiten hätten, wie das die Sammelstiftungen zu haben vorgeben. Das stimmt, aber da die autonomen Pensionskassen durch und durch paritätisch funktionieren, ist das kein Problem, weil das BVG in jedem Fall nur die Mindestvorschrift regelt. Jede bessere Ausgestaltung kann paritätisch beschlossen werden. So ist es möglich, dass bei gut funktionierenden Pensionskassen einmal keine Beiträge bezahlt werden. Es ist nie eine Muss-Vorschrift, was man hier regelt, sondern nur die Mindestvorschrift.

Jetzt stellt sich die Frage, ob die Übergangsfrist 20, 15 oder 10 Jahre dauern soll.

Die Subkommission hat seinerzeit eine Übergangsfrist von 20 Jahren vorgeschlagen. Sie war sich damals im Klaren, dass das der versicherungstechnischen Notwendigkeit nicht völlig entspricht. Aber es wurden dauernd Rückstellungen für die laufenden Renten gemacht, und allenfalls hat man auch damit gerechnet, dass man Rückgriffe auf Kapitalüberschüsse oder auf nicht aufgebrauchte Beiträge für Sondermassnahmen machen kann. Wir müssen aber sagen, dass das mit 20 Jahren auch für die autonomen Kassen nicht garantiert finanzierbar ist.

In der Kommission war man geteilter Meinung, ob man 15 oder 10 Jahre Übergangsfrist nehmen sollte. Mit einer Mehrheit von einer Stimme beschloss die Kommission 15 Jahre als Kompromiss. Deshalb empfehle ich Ihnen hier, die Übergangsfrist mit 15 Jahren zu regeln. Wichtig ist, dass der Satz mit 6,8 Prozent festgeschrieben wird.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La commission, tout en ayant largement approuvé le principe de réduire le taux de conversion à 6,8 pour cent, s'est divisée sur le sujet de la durée de la période de transition du taux actuel au taux nouveau. Nous sommes en présence de trois solutions: 1. y arriver en 10 ans, ce qui correspond au simple calcul actuariel et technique; 2. y arriver en 15 ans, comme le propose la majorité de la commission; 3. y arriver en 20 ans, comme le propose la minorité (Reichsteiner-Basel).

Un échelonnement plus long par rapport au simple calcul technique se justifie pour deux raisons. La première raison est de type social. Si on veut faire en sorte que personne n'ait à subir de perte au niveau de sa rente, il faut dépasser le simple calcul technique. Pourquoi? Parce qu'une partie des assurés de la génération de transition, en particulier ceux qui appartiennent aux catégories salariales plus élevées, pourraient subir une certaine perte. La perte maximale toucherait les assurés nés en 1948 avec un revenu annuel dépassant environ 52 000 francs; cette perte serait de 450 francs par an.

Une deuxième raison, de nature économique, justifie un allongement de la période simplement technique. Elle prend en compte les disponibilités financières des institutions de prévoyance. Le rendement des capitaux de la prévoyance professionnelle durant ces dernières années a été tel qu'il permet certainement un certain allongement de la durée prévue pour le passage au taux nouveau. A lire la presse spécialisée, ce rendement a même dépassé en moyenne le double du taux d'intérêt habituellement appliqué aux avoirs de vieillesse. En ce qui concerne, entre parenthèses, la question de la transparence, je pense qu'on aura l'occasion d'en discuter plus tard.

La majorité de la commission vous invite donc à adopter une solution ralentie par rapport au simple calcul technique, soit un passage au taux de 6,8 pour cent en 15 ans.

Bien que s'insérant dans cette ligne, la minorité a un peu trop loin en demandant qu'on y arrive en 20 ans. On dépasserait ainsi l'année 2020, et il est clair qu'entre-temps on sera de toute façon obligé de reprendre cette question du fait de l'évolution démographique.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'ai déjà eu l'occasion de dire que le Conseil fédéral tenait pour judicieux le laps de

temps de 10 ans, principalement pour éviter qu'il y ait trop d'assurés ayant des régimes différents. Il est certain, comme vient de le dire M. Robbiani, que c'est une question lancinante. Rien ne nous dit que l'on ne devra se la reposer que dans 15 ans, il se peut que nous soyons amenés à le faire plus tôt. De ce fait, il vaudrait mieux fixer un horizon raisonnable, jusqu'au prochain réexamen, tel que l'on peut l'imaginer actuellement. C'est la raison de ce laps de temps.

Quel est l'effet sur les rentes? D'abord, j'aimerais quand même souligner que lorsqu'on dit que les rentes diminueront, il faut bien préciser les choses: les personnes qui sont actuellement rentières et les personnes qui entreront progressivement dans le système ne subiront pas les mêmes effets. Les rentiers ne verront pas leurs rentes corrigées. Donc, personne ne subira une diminution de ses revenus. Mais, comme je l'ai dit tout au long de la matinée, nous essayons aujourd'hui d'évaluer la somme dont nous disposerons, dans l'avenir. C'est une question capitale pour l'autonomie de la personne, pour savoir comment elle vivra lorsqu'elle aura atteint l'âge de la retraite. Il est clair qu'une période plus longue atténue cet effet sur les rentes futures parce que les personnes paieront plus de cotisations. Le niveau de la rente dépend toujours, dans une certaine mesure, des cotisations versées. Si nous faisons la transition en 10 ans, ça veut dire qu'il y aura eu moins d'accumulation de capital vieillesse, pour les assurés, que si nous prolongeons cette période.

Voilà l'effet sur les rentes. Nous pensons, et nous l'avons calculé, que la diminution des rentes futures pendant cette période de transition n'est pas inacceptable pour les personnes concernées. Il s'agit-là des effets sociaux de la décision. J'aimerais ajouter que le taux de conversion inscrit dans la loi est un taux minimum qui peut être plus élevé selon les caisses de pensions qui, en particulier, peuvent moduler aussi sa diminution. Ce qui est proposé désormais par la commission, c'est que cet échelonnement disparaisse de la loi et que ce soit le Conseil fédéral qui le fixe par ordonnance et en respectant le laps de temps que la loi fixerait dans ses dispositions transitoires. Dans ce cas, les caisses peuvent encore faire elles-mêmes ce qu'elles veulent, à condition de ne pas descendre en dessous de ce seuil minimum. Voilà donc l'aspect juridique et les effets financiers des décisions que vous prendrez.

J'aimerais revenir une nouvelle fois à la question qu'avait posée M. Beck et à laquelle je n'avais pas répondu de façon satisfaisante. Ce n'est pas à vous que je dirai l'intérêt d'avoir soit des fondations collectives, soit de préférence encore des fondations communes qui permettent de regrouper toutes les petites entreprises qui ne pourraient jamais elles-mêmes avoir une caisse de pensions, la gérer et faire les placements, et qui, de ce fait, trouvent un avantage à pouvoir confier à des professionnels et à une institution plus large les fonds du deuxième pilier. Ces petites entreprises sont celles qui ont principalement recours aux fondations collectives. C'est la raison qui explique la prudence dont j'ai fait état tout à l'heure.

En ce qui concerne la question du contrôle et des fonds libres, nous espérons que les fonds libres servent à compenser le renchérissement. Cela a été l'espoir du Conseil fédéral quand nous nous sommes posés la question de savoir si nous pouvions régler par la loi la compensation du renchérissement. Nous avons finalement répondu en disant que nous ne pouvions pas le faire parce que cela représenterait une charge trop lourde. C'est l'AVS qui doit garantir non seulement le renchérissement mais, par l'indice mixte, beaucoup plus aussi. Nous ne pouvons pas l'imposer aux caisses de pensions, mais nous pouvons clairement formuler l'espoir que la mission principale des fonds libres soit celle de compenser le renchérissement. Mais dans la période de transition dont nous avons discuté, la mission de ces fonds peut aussi être celle d'atténuer les effets de cette réforme.

En ce qui concerne la question du contrôle telle qu'elle a été posée – nous aurons l'occasion d'y revenir avec l'article 65a –, la commission va avec raison plus loin que le pro-

jet du Conseil fédéral. A l'avenir, nous voulons améliorer l'information obligatoire qui doit être donnée et surtout la différencier, mais il reste un problème de contrôle que nous devons améliorer.

J'aimerais vous rappeler qu'à l'occasion de la CEP sur la Caisse fédérale d'assurance, vous nous avez aussi chargés d'améliorer le système de surveillance et de haute surveillance sur les caisses. Nous y travaillons actuellement. Nous travaillons également, en particulier avec le Département fédéral des finances, sur différents modèles de haute surveillance.

Il est clair que la division actuelle du travail entre l'OFAS et l'Office fédéral des assurances privées pose un problème que nous avons à résoudre. Je le formulerai de la façon suivante. Le contrat qui existe entre une petite entreprise et une fondation collective fait l'objet d'un contrôle selon la LPP; c'est un contrôle de type OFAS. Il peut être cantonal ou fédéral, mais là, nous avons des possibilités de contrôle. En revanche, le contrat d'assurance collective qui, lui, est passé entre la fondation collective et la société d'assurance, est un contrat de droit privé. Celui-ci dépend de l'Office fédéral des assurances privées. Et sur celui-ci, nous n'exerçons pas de surveillance du type de celle propre aux assurances sociales. C'est là que se situe le problème et nous devons l'aborder. C'est ce que nous faisons déjà.

Cela ne nous permet pas de dire que des fonds ont disparu. Cela permet de dire que ces contrats d'assurance collective laissent une part des bénéfices à l'appréciation des partenaires, que la question de la participation aux excédents qui doit être reversée aux caisses de pensions dépend aussi de la capacité de négociation de ces dernières et que cette participation peut être plus ou moins élevée. C'est à ce niveau-là que se posent les problèmes. Mais à partir de là, dire que l'on doit choisir une période d'autant plus longue pour tout le monde pour le passage au taux de conversion de 6,8 pour cent, voilà un pas que je ne vous encourage pas à franchir. Je crois qu'il convient ici d'identifier les problèmes et de les aborder là où ils doivent l'être.

Je vous recommande donc de suivre l'idée du Conseil fédéral telle qu'elle est reprise par la minorité II (Meyer Thérèse) à la lettre abis des dispositions transitoires.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je vous signale que notre collègue Alexander Tschäppät atteint aujourd'hui la moitié de l'âge de ce vénérable Palais. Je lui souhaite donc un excellent anniversaire. (*Applaudissements*)

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit II 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 63 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Minderheit II 100 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 80 Stimmen

Art. 14 Abs. 1 – Art. 14 al. 1

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de minorité Widrig a été retirée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 157 Stimmen

Für den Antrag Schmied Walter 6 Stimmen

Art. 14 Abs. 2 – Art. 14 al. 2

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de minorité Widrig a été retirée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 121 Stimmen

Für den Antrag Maillard 59 Stimmen

Art. 14 Abs. 3 – Art. 14 al. 3
Angenommen – Adopté

Art. 14a

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de minorité Widrig a été retirée.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 16

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Les propositions des minorités I et II sont caduques. Mme Polla a retiré sa proposition.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 70

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de minorité Widrig a été retirée.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 15 Abs. 1 Bst. a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 15 al. 1 let. a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 15 Abs. 2

Antrag Schmied Walter

Der Bundesrat legt aufgrund der Anlagemöglichkeiten den Mindestzinssatz jährlich fest.

Art. 15 al. 2

Proposition Schmied Walter

Le Conseil fédéral fixe chaque année le taux d'intérêt minimal en tenant compte des possibilités de placement.

Schmied Walter (V, BE): Je souhaite introduire la flexibilisation du taux d'intérêt minimal pour l'avoir de vieillesse. En fait, ce taux d'intérêt minimal est fixé à l'article 15 alinéa 2, qui ne fait pas l'objet de la révision actuelle. C'est pour ça que je souhaite modifier la loi actuellement en vigueur qui dit que «le Conseil fédéral fixe le taux d'intérêt minimal» – sous-entendu pour l'avoir de vieillesse – «en tenant compte des possibilités de placement».

Or, lors de l'entrée en vigueur de la loi sur la prévoyance professionnelle, en 1985, le Conseil fédéral avait fixé dans l'ordonnance pertinente ce taux d'intérêt minimal à 4 pour cent. On constate aujourd'hui que ce taux n'a jamais été réadapté malgré l'évolution des possibilités techniques de placement. Aujourd'hui, force est de constater, et je crois que personne ne me contredira, que 4 pour cent est une exigence trop élevée par rapport aux possibilités réelles de placement des capitaux, contrairement aux années nonante, où ce taux d'intérêt était trop faible par rapport aux possibilités qu'offrait le marché.

Vous voyez donc que je ne souhaite pas une révolution en la matière, mais une flexibilisation de ce taux d'intérêt, pour que l'on puisse l'adapter aux réalités. Je laisse au Conseil fédéral la compétence de fixer ce taux, je n'enfreins pas les règles de la séparation des pouvoirs et je ne marche pas sur les plates-bandes du Conseil fédéral. Mais une flexibilisation est de mise aujourd'hui.

Certains porte-parole de groupes ont déjà exposé leurs arguments quant à un rejet de ma proposition. J'évoque ici notamment l'argumentation de M. Rechsteiner-Basel qui craint ici une pression qui s'exercerait sur le Conseil fédéral de la part des assureurs. Il m'est très facile de répondre à cela. Je constate que, aujourd'hui déjà, la fixation de ce taux est de la responsabilité du Conseil fédéral. Il l'a fixé à 4 pour cent. Et je constate qu'il n'y a pas eu de pression de la part des assureurs jusqu'à ce jour. Ou alors, que Mme Dreifuss, conseillère fédérale, réponde à la question suivante: y a-t-il eu pression de la part des assureurs? Si tel a été le cas, je dois avouer que le Conseil fédéral y aura fait face et aura su résister très facilement.

Je ne fais pas de comparaison. Mais j'ose tirer un parallèle avec un autre mécanisme où l'on donne aussi la compétence au Conseil fédéral d'adapter un taux toutes les années: c'est celui de la compensation du renchérissement sur les salaires du personnel de la Confédération. Là, on voit aussi que le Conseil fédéral est à la hauteur pour discuter d'une question de ce genre année après année. Je n'en demande pas moins ici en ce qui concerne le taux minimal pour l'avoir de vieillesse.

Je vous recommande de soutenir ma proposition.

Je demande simplement que le Conseil fédéral fixe le taux d'intérêt minimal chaque année. Je l'oblige ainsi à ouvrir une discussion en son sein, libre à lui de reprendre le taux de l'année précédente s'il le juge utile. Je pourrais aussi me rallier à une période allant de cinq ans en cinq ans. Mais je crois qu'il faut avoir le courage d'adapter ce taux: cela n'a jamais été fait depuis 1985, soit durant une période de 17 ans. L'évolution a démontré qu'il faut flexibiliser ce taux, c'est dans l'intérêt des assurés et de la société en général.

Egerszegi-Obriest Christine (R, AG), für die Kommission: Der Mindestzinssatz – Herr Schmied hat es gesagt – ist seit Einführung des BVG fix. Er ist einer jener Eckwerte, die nicht leichthin verändert werden sollten, weil er grosse Auswirkungen auf die Höhe der späteren Renten hat. Ich bitte Sie, den Antrag Schmied Walter, der der Kommission nicht vorgelegen hat, abzulehnen.

Stellen Sie sich vor, wenn der Mindestzinssatz derart flexibel gehandhabt und jährlich angepasst würde: In den Neunzigerjahren, in der Zeit der grossen Börsengewinne, hätte das zur Folge gehabt, dass der Mindestzinssatz etwa neun Prozent betragen hätte. Das hätte ganz krasse Auswirkungen auf die möglichen Reservenbildungen der Institutionen. Das ist nicht eine Grösse, die man jährlich je nach Situation flexibel handhaben kann. In einem Punkt könnte ich mit Herrn Schmied aber einig gehen: Dass man die Parameter bestimmt, nach welchen Grundsätzen man hier eine Anpassung machen sollte.

Wir haben ja ganz bewusst Artikel 15 so belassen, wie er war, nämlich in der Kompetenz des Bundesrates – dies, weil jetzt als Gegenpunkt der Umwandlungssatz im Gesetz festgeschrieben wird. Es ist sehr viel schwieriger, ein Gesetz zu ändern als eine Verordnung. Hier hat der Bundesrat tatsächlich die Möglichkeit, flexibel zu reagieren. Aber gerade die Tatsache, dass es der Bundesrat, die verschiedenen Bundesrätinnen und Bundesräte, in den letzten fünfzehn Jahren nie gemacht hat, zeigt doch, dass wirklich die Notwendigkeit vorhanden sein muss, damit man das macht.

Uns hat diese Frage in der Kommission natürlich auch interessiert, obwohl wir hier keine andere Regelung getroffen haben. Wir wollten wissen, wie gross die Auswirkungen auf die Kassen in den schlechten eineinhalb Börsenjahren waren, und haben diese Frage in Auftrag gegeben. Wir erhielten zur Antwort, dass insgesamt drei Kassen angesichts dieser schlechten finanziellen Bedingungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten seien. Es handelt sich dabei vorwiegend um jüngere Kassen mit einer ungünstigen Altersstruktur, bei welchen es einfach zu einem krassen Missverhältnis zwischen Arbeitenden und nicht mehr Erwerbstätigen gekommen ist. Es ist also nicht so, dass hier wirklich unmittelbar Handlungsbedarf bestünde.

Der Bundesrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um dieses Problem vertieft zu studieren. Diese Arbeitsgruppe hat ähnliche Aussagen gemacht und festgehalten, dass hier kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht. Die grossen Reserven, die man anlegen konnte, sollten auch über ein, zwei schwierige Jahre hinweghelfen. Die Forderung nach Senkung des Mindestzinssatzes kommt regelmässig dann, wenn wir ein schlechtes Jahr hinter uns haben. Wir alle wünschen uns, dass es in nächster Zeit wieder besser geht. Ich bitte Sie, den Antrag Schmied Walter abzulehnen, weil er mit der Flexibilität, die wir zwar alle sehr schätzen, hier übertreibt.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: On ne peut que s'opposer à la proposition Schmied Walter pour deux types de considération.

1. Considération relative à un aspect temporel: ce sujet, qui est décisif pour la détermination des rentes, est actuellement dans une phase d'examen approfondi. Des rapports sont déjà disponibles, d'autres suivront visant à vérifier les différentes solutions envisageables. Mais aujourd'hui, on ne dispose pas encore d'éléments suffisants pour un choix sur ce sujet crucial.

2. Considération relative au contenu: le taux d'intérêt constituant un paramètre fondamental du deuxième pilier pour la détermination des rentes, une solution garantissant une certaine stabilité dans le temps et évitant ainsi des changements annuels ou même un peu moins fréquents, paraît certainement plus adéquate. On risque sinon d'avoir des retombées négatives sur la crédibilité, sur la compréhension et peut-être aussi sur la gestion technique. Pensons à ce propos aux problèmes liés au financement et aux réserves.

Au nom de la commission, je vous invite donc à rejeter la proposition Schmied Walter.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral a la compétence de fixer chaque année le taux d'intérêt minimal. La proposition Schmied Walter à l'article 15 alinéa 2 ne change rien à cette compétence. M. Schmied aimerait que cet examen se fasse annuellement. Ce faisant, il accroit, et de façon très sensible, la pression périodique sur le Conseil fédéral. Vous avez vous-mêmes assisté à des batailles dans la presse; elles se sont peut-être aussi reflétées dans la correspondance que vous avez reçue. Les voix les plus fortes prétendent que l'année passée a été mauvaise et, de ce fait, réclament de payer un rendement moins important.

Depuis que je suis à la tête de ce département, j'ai déjà connu une fois des pressions permanentes, vraiment, pendant une période où – je crois que c'était en 1994 ou en 1995 – les rendements boursiers n'étaient pas les meilleurs. Puis, un boom boursier inconnu jusqu'ici a eu lieu les années suivantes; et les pressions ont cessé. Personne ne m'a demandé à ce moment-là de relever le taux d'intérêt minimal. Non, tout le monde était très heureux avec ce 4 pour cent qui permettait de limiter les obligations envers les caisses.

Les pressions de ce genre ne sont pas saines. Je suis soulagée que le Conseil fédéral y ait résisté, parce qu'on ne répond pas comme cela à l'appel de l'une ou l'autre des institutions de prévoyance qui – pour des raisons soit d'entrée sur le marché, soit d'éventuels problèmes de mauvaise gestion – n'a pas réalisé tous ses objectifs. Je pense qu'il est important de miser sur la durabilité, comme les rapporteurs de la commission l'ont dit. Ce n'est pas un élément que l'on peut modifier chaque année. Nous parlons ici de «trends» qui doivent jouer et que nous voulons examiner.

J'aimerais dire encore une chose. En collaboration avec la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle, nous avons effectivement mis au point un plan de travail et des modèles qui nous permettraient de savoir comment et à quel moment réagir. J'aurai l'occasion de m'en entretenir avec le Conseil fédéral et de voir quelles sont les décisions qui peuvent lui être soumises. En d'autres termes, puisque la proposition Schmied Walter ne nous donne pas une nou-

velle compétence mais fixe un rendez-vous régulier qui risquera, en particulier chaque fois que la situation boursière ne sera pas excellente, de tourner au psychodrame, je la considère comme n'étant pas très judicieuse. Nous avons à coeur de travailler sérieusement, dans la durée, en tenant compte de ce qu'il est possible de faire actuellement, mais en tenant compte aussi du «mix» des placements que font les différentes caisses de pensions et en essayant de sortir un peu de cette fièvre de la Bourse qui n'a fait que trop de mal au cours des dernières années.

Schmied Walter (V, BE): J'aimerais être bien compris, Madame la Conseillère fédérale. Je comprends aussi que vous ne pouvez pas écouter toutes les interventions vu le nombre de personnes qui sont autour de vous quand quelqu'un s'exprime à la tribune.

Qu'il soit bien compris que mon intention n'est pas d'augmenter la pression sur votre département pour baisser le taux d'intérêt minimal. J'ai effectivement insisté sur le fait que, dans les années nonante, alors que la conjoncture était bonne, j'aurais été de votre avis, c'est-à-dire de l'avis d'augmenter le taux précité pendant les bonnes années; c'est la philosophie que j'aimerais introduire sous forme de pratique usuelle. J'estime que vous devez avoir les coudées franches pour adapter ce taux vers le haut quand vous pensez que c'est possible.

Je n'ai pas dit non plus qu'il fallait reprendre la moyenne des intérêts sur les placements réalisés chaque année pour en faire le taux de conversion; ce n'est pas non plus ce que je souhaite. Si j'ai évoqué une année, c'est parce que je n'ai pas trouvé d'autre solution. J'aimerais simplement que vous ayez ce rendez-vous plus fréquemment que tous les 17 ans seulement, que vous ayez aussi le courage d'augmenter le taux quand vous estimez que c'est possible et que vous disposiez de l'appui nécessaire pour cela. C'est cela ma vision des choses.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Schmied Walter 0 Stimmen
Dagegen 125 Stimmen

Art. 18

Antrag der Kommission

....
a. im Zeitpunkt des Todes oder bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, die zum Tod geführt hat, versichert war oder, wenn zu diesem Zeitpunkt keine Versicherung bestand, im Zeitpunkt, in dem sich eine bestehende Arbeitsunfähigkeit verschlimmert hat, oder
....

Art. 18

Proposition de la commission

....
a. si le défunt était assuré au moment de son décès ou lorsqu'est survenue l'incapacité de travail à l'origine du décès, ou si aucune assurance n'existait à ce moment, au moment où une incapacité de travail existante s'est aggravée, ou
....

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich möchte mich zu den Invaliditätsbestimmungen äussern, die wir in der Kommission behandelt haben. Es betrifft die Artikel 18, 22 Absatz 2, 23 und 26 Absatz 4. Wir haben hier keine Wortmeldungen, und trotzdem möchte ich namens der Kommission etwas deponieren. Das Grundproblem ist das folgende: Mit der Einführung des BVG wurde die Situation der Behinderten wesentlich verbessert. Bei der Berechnung der Invaliditätsleistungen werden nicht nur die bis zur Invalidisierung erworbenen und aufgezinnten Altersgutschriften berücksichtigt, sondern es werden bei der Berechnung auch die Altersgutschriften für die bis zum Erreichen des Rentenalters fehlenden Jahre angerechnet, allerdings ohne Zins. Diese Regelung verschafft allen Personen, welche im Ver-

laufe ihrer beruflichen Laufbahn invalid werden, in der Regel eine ausreichende Invalidenleistung, die häufig noch durch das Überobligatorium verbessert wird.

Hingegen ist es problematisch, wenn eine Person, welche bereits mit einer Behinderung in die Arbeitsfähigkeit, ins Erwerbsleben, einsteigt, nachher noch mehr beeinträchtigt wird. Wenn sich das Leiden verschlimmert, hat sie nämlich keinen Anspruch auf Invalidenleistungen. Nur wenn noch zusätzlich ein anderes Gesundheitsproblem auftritt, was seltener vorkommt, können diese Personen Invalidenleistungen erhalten. Das ist insbesondere deshalb störend, weil die berufliche Vorsorge nicht nur die Altersvorsorge abdeckt, sondern diese Personen müssen mit ihren Beiträgen auch voll für Risikoversicherungsleistungen bezahlen.

Die Subkommission der SGK hat sich mit diesen Invaliditätsfragen nicht mit der gleichen Gründlichkeit befassen können wie beim Systemwechsel. Es liegt mir hier daran, im Namen der Kommission festzuhalten, dass der Zweitrat unsere Vorschläge noch einmal überprüfen soll. Es gibt noch ein paar offene Fragen; auch die Formulierung wurde nicht ausgefeilt. Aber es war der Kommission wichtig, dass das Anliegen erkannt ist und dass es hier deponiert wird, um weiterbehandelt werden zu können. Das Anliegen – wie wir gesehen haben – ist auch unbestritten, aber es sollte noch an der Formulierung gefeilt werden.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La commission a voulu approfondir l'examen des questions liées aux prestations de la prévoyance professionnelle en cas d'invalidité. Elle a désiré combler un certain nombre de lacunes. Elle a réussi à les combler seulement en partie parce que le problème est effectivement très complexe. D'un côté, elle introduit donc certaines modifications dans la loi et, de l'autre, elle présente le postulat 02.3006 dans lequel elle exprime le besoin d'examiner d'autres points délicats de façon plus approfondie afin de pouvoir procéder encore à des amendements à ce sujet.

Qu'en est-il des modifications que l'on trouve aux articles 18, 22 et 23? D'une part, selon le droit actuel, les prestations d'invalidité de la prévoyance professionnelle ne sont dues que si la personne était déjà assurée lors de la survenance de l'incapacité de travail. En cas d'aggravation de cette incapacité, l'institution doit évidemment verser les prestations correspondantes. Par contre si, au moment de l'entrée dans la prévoyance professionnelle, une invalidité partielle existe déjà, il n'y a pas de droit aux prestations, même au cas où intervient ultérieurement une aggravation de cette incapacité et cela même si, entre-temps, l'assuré a payé les contributions pour risques. En vue d'éviter cette distorsion et de combler cette lacune, la commission a complété plusieurs articles de la LPP, notamment l'article 18 qui concerne les prestations pour survivants.

D'autre part, la commission souhaite aussi améliorer la situation des personnes pour lesquelles il n'est pas établi clairement, entre plusieurs institutions de prévoyance, laquelle est tenue de verser des prestations. Désirant éviter que les ayants droit se trouvent temporairement dépourvus de prestations, on prévoit que les prestations seront versées par l'institution à laquelle l'assuré était affilié en dernier. Celle-ci pourra remonter à l'institution à laquelle la personne était assurée au moment où est né le droit aux prestations et lui répercuter les prestations anticipées.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le problème mis en évidence par la commission est sérieux. La solution proposée ne nous paraît pas être encore totalement achevée, comme l'a reconnu la présidente de la sous-commission. Il faudra reprendre le travail. Tel quel, nous aurions un problème de financement, puisque des prestations devraient être versées qui ne seraient pas préfinancées dans le système de la prévoyance professionnelle.

Si on déclare clairement que la proposition de la commission est à réexaminer, qu'il faut voir plus loin comment faire fonctionner cela, que c'est notre intention de trouver une solu-

tion, je peux très bien ne pas m'y opposer et m'engager à continuer à travailler sur ce problème.

Angenommen – Adopté

Art. 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 20a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Leutenegger Oberholzer

Abs. 1

....

c. gesetzlichen oder eingesetzten Erben, mit Beschränkung auf natürliche Personen, unter Ausschluss des Gemeinwesens, im Umfang von entweder 50 Prozent der von der versicherten Person einbezahlten Beiträge oder 50 Prozent des Vorsorgekapitals.

Art. 20a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Leutenegger Oberholzer

Al. 1

....

c. héritiers légaux ou constitués, limités aux personnes physiques, à l'exclusion des collectivités publiques, à concurrence de 50 pour cent des cotisations payées par l'assuré ou de 50 pour cent du capital de prévoyance.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Mit der vorliegenden Revision wird die Begünstigtenordnung im überobligatorischen Bereich erweitert. Es wird neu der Vorsorgeeinrichtung überlassen, ob sie eine solche Erweiterung überhaupt vornehmen will. Ich denke, die Erweiterung als solche ist grundsätzlich positiv zu werten, weil damit die Vorsorge für nichtverheiratete Lebenspartner und Lebenspartnerinnen verbessert werden kann.

Bemerkenswert ist zugleich, dass mit dieser Revision der Kreis der möglichen begünstigten Personen zwingend abschliessend geregelt wird. Die Vorsorgeeinrichtungen müssen sich also im überobligatorischen Bereich zwingend an die Ordnung von Artikel 20a halten und können nicht darüber hinausgehen. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden, wenn sich diese Erweiterung ganz strikt auf den Kreis von unterstützungsbedürftigen Personen beschränken würde, was aber nicht der Fall ist.

Das Gesetz, wie es jetzt vorliegt, sieht insgesamt eine Kaskade möglicher Begünstigter vor, und dazu gehören – wenn auch in einem beschränkten Mass – auch irgendwelche gesetzlichen Erben, die damit in den Genuss von Hinterlassenenleistungen aus dem überobligatorischen Bereich kommen können. Das können also auch Personen sein – z. B. Cousins, Personen der dritten oder vierten Parentel –, die mit der verstorbenen Person überhaupt keine persönlichen Beziehungen hatten. Ich denke, wenn das Gesetz den Kreis schon weiter ziehen will und zugleich eine abschliessende Ordnung vorsieht, dann sollte man diesen Schritt auch konsequent vollziehen. Es müsste damit möglich sein, dass in einem beschränkten Rahmen auch eingesetzte Erben in letzter Reihe zum Kreis der Begünstigten gehören können – das selbstverständlich mit der Beschränkung auf natürliche Personen.

Ich denke nur, mit einer solchen Regelung tragen wir allen möglichen neuen Lebensformen auch tatsächlich Rechnung und beachten auch die Verfügungsfreiheit im Todesfall.

Pflichtteilsberechtigte kommen damit nicht zu kurz, sie sind ja mit den Regelungen in den vorhergehenden Artikeln bzw. Absätzen auf jeden Fall prioritär zu behandeln. Es geht um jene Fälle, in denen eine verstorbene Person weder Ehepartner noch Kinder, noch Eltern, noch Geschwister hat. Ich denke, in diesem Fall muss es möglich sein, den Kreis der überobligatorisch Begünstigten frei bestimmen zu können. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen und Litera c mit den «eingesetzten Erben» zu erweitern.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Es wurde aber aus den Ausführungen von Frau Leutenegger Oberholzer klar, dass sie mit dieser Formulierung eine gewisse Nähe zur verstorbenen Person voraussetzt. Im liberalen Sinn, wie wir bis jetzt dieses Gesetz durchberaten haben, denke ich, dass man diesen Antrag annehmen könnte.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La commission n'a pas pu discuter de cette proposition. Elle accepte l'élargissement envisagé par le Conseil fédéral. Malgré cela, on pourrait être d'accord avec la proposition Leutenegger Oberholzer, mais il serait nécessaire de garder une certaine prudence. Il serait en effet opportun de veiller à ce que le cercle des survivants soit formé de personnes ayant une proximité avec l'assuré décédé.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le but de cette proposition, c'est que l'article 20a, qui élargit déjà énormément le cercle des bénéficiaires, permette de l'élargir librement.

Ce qui m'interpelle plutôt, c'est de savoir si l'on n'a pas trop étendu le cercle des bénéficiaires, en particulier à l'alinéa 1er lettre c. C'est une question que je vais me poser. Mais dire qu'il ne s'agit, dans le deuxième pilier, que d'une épargne forcée et qu'elle est dans tous les cas transmissible à des héritiers, y compris des héritiers que l'on désigne soi-même, sans la moindre limitation, sans le lien de vie qui doit exister, c'est nier également dans la LPP la solidarité qui existe entre les personnes qui meurent tôt et les personnes qui vivent longtemps. Ce système est très largement un système d'épargne forcée, mais c'est aussi un système de solidarité sur le plan du destin d'une génération. Je pense qu'on ne peut pas aller au-delà de ce que le Conseil fédéral a prévu.

Je vous invite à rejeter la proposition Leutenegger Oberholzer.

Mais je me demande encore une fois si on n'a pas déjà été trop loin, lorsque j'entends cette argumentation.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Frau Bundesrätin, teilen Sie die Ansicht, dass – ich habe dies Ihrem Votum entnommen – eigentlich bereits mit den Literae b und c der Kreis derjenigen, die in einer Sozialversicherung begünstigt werden sollten, massiv durchbrochen wird und dass somit zumindest sichergestellt werden sollte, dass allein stehende Personen mit ihrer Partnerschaft, mit der sie nicht in einem gemeinsamen Haushalt leben, die Möglichkeit haben müssen, in diesem Sinne frei zu verfügen?

Ich denke, alles andere wäre ein Widerspruch zum Grundsatz, dass in diesem Gesetz alle Lebensformen Beachtung und Nachachtung finden sollen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Pour répondre à votre question, je dirai que l'article 20a alinéa 1er lettre c du projet du Conseil fédéral prévoit un élargissement du cercle des bénéficiaires, mais fixe une limite à 50 pour cent des cotisations payées par l'assuré ou à 50 pour cent du capital de prévoyance. Tous les autres élargissements possibles du cercle des bénéficiaires présupposent un lien du sang, des liens profonds, une biographie partagée très largement, et cela est juste. J'aimerais vous rappeler qu'à l'article 20a, l'institution de prévoyance peut prévoir dans son règlement, outre les ayants droit, qui sont les autres bénéficiaires. On laisse ainsi à la communauté des assurés le soin de fixer

l'élargissement du cercle des bénéficiaires. Il ne s'agit pas d'un élargissement automatique, mais d'une autorisation d'élargir le cercle des bénéficiaires.

La proposition Leutenegger Oberholzer permettrait dans tous les cas aux caisses de retraite de prévoir la possibilité de mettre dans l'héritage l'intégralité ou la moitié de l'épargne accumulée dans le deuxième pilier.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 81 Stimmen

Für den Antrag Leutenegger Oberholzer 55 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 21

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 22

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Befand sich der Versicherte beim Entstehen des Leistungsanspruches nicht in der leistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung, so ist jene Vorsorgeeinrichtung vorleistungspflichtig, der er zuletzt angehört hat. Steht die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung fest, so kann die vorleistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung auf diese Rückgriff nehmen.

Art. 22

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Si l'assuré n'était pas affilié à l'institution de prévoyance tenue de lui fournir des prestations au moment où est né le droit à la prestation, l'institution de prévoyance à laquelle il était affilié en dernier est tenue de verser la prestation préalable. Si l'institution de prévoyance tenue de verser la prestation est établie, l'institution tenue de verser la prestation préalable peut répercuter la prétention sur elle.

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit versichert waren.

Abs. 2

Ist unklar, welche von zwei oder mehreren Vorsorgeeinrichtungen, welcher die invalid gewordene Person nacheinander angehört hat, zur Ausrichtung der Invaliditätsleistungen verpflichtet ist, so hat einstweilen diejenige Vorsorgeeinrichtung mindestens die obligatorischen Leistungen zu erbringen, welcher die versicherte Person zuletzt angehört hat. Sie kann auf die gemäss Absatz 1 leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung Rückgriff nehmen. Für Streitigkeiten ist Artikel 73 BVG sinngemäss anwendbar.

Abs. 3

Erhöht sich der Invaliditätsgrad einer zu weniger als zwei Dritteln invaliden Person, so kommen die Absätze 1 und 2 ebenfalls zur Anwendung.

Art. 23

Proposition de la commission

Al. 1

.... l'incapacité de travail.

Al. 2

S'il n'est pas clairement établi, parmi plusieurs institutions de prévoyance auxquelles la personne devenue invalide était affiliée successivement, laquelle est tenue de verser la prestation d'invalidité, c'est à l'institution à laquelle la personne était affiliée en dernier de verser provisoirement au moins les prestations obligatoires. Cette dernière peut recourir à l'institution obligée de verser la prestation conformément à l'alinéa 1er. L'article 73 LPP s'applique en cas de litige.

Al. 3

Si le degré d'invalidité d'une personne invalide à moins de deux tiers augmente, les alinéas 1er et 2 sont également applicables.

Angenommen – Adopté

Art. 24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 26 Abs. 4

Antrag der Kommission

Befindet sich der Versicherte beim Entstehen des Leistungsanspruches nicht in der leistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung, so ist jene Vorsorgeeinrichtung vorleistungspflichtig, der er zuletzt angehört hat. Steht die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung fest, so kann die vorleistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung auf diese Rückgriff nehmen.

Art. 26 al. 4

Proposition de la commission

Si l'assuré n'est pas affilié à l'institution de prévoyance tenue de lui fournir des prestations au moment où est né le droit à la prestation, l'institution de prévoyance à laquelle il était affilié en dernier est tenue de verser la prestation préalable. Si l'institution de prévoyance tenue de verser la prestation est établie, l'institution tenue de verser la prestation préalable peut répercuter la prétention sur elle.

Angenommen – Adopté

Art. 33 Abs. 2; 33a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 33 al. 2; 33a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 34 Abs. 3

Antrag Leutenegger Oberholzer

Gegenüber einem haftpflichtigen Dritten, der Versicherungsleistungen auslöst, tritt die Vorsorgeeinrichtung bis auf die Höhe ihrer Leistungen in die Rechte der versicherten Anspruchsberechtigten ein.

Art. 34 al. 3

Proposition Leutenegger Oberholzer

L'institution de prévoyance est subrogée aux droits de l'assuré envers le tiers responsable jusqu'à concurrence des prestations qu'elle doit fournir.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich denke, dieser Antrag dürfte politisch völlig unbestritten sein. Es geht darum, dass man die Abtretung von Forderungen nicht nur im Reglement vorsehen kann – sofern die Vorsorgeeinrichtung in eine Leistungsverpflichtung eingetreten ist –, son-

dern dass ein gesetzliches Subrogationsrecht verankert wird. Es bestehen heute in verschiedenen Pensionskassenreglementen bereits ähnliche Bestimmungen; ich möchte z. B. auf die Pensionskasse des Bundes hinweisen. In Artikel 26 der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) ist ebenfalls vorgesehen, dass eine derartige Subrogation reglementarisch vorgesehen werden kann. Diese befindet sich allerdings auf sehr schmaler gesetzlicher Basis, und ich denke, wir sollten die Gelegenheit nutzen, das jetzt auch gesetzlich ordentlich zu verankern.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Es ist tatsächlich so, das ist heute in Artikel 26 BVV 2 geregelt. Es gibt andere Gesetze, bei denen die Regressmöglichkeit in den Gesetzen selber und nicht in der entsprechenden Verordnung geregelt ist. Es kann sinnvoll sein, dass wir das hier auch nachziehen.
Man kann dem Antrag zustimmen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Cet aspect est aujourd'hui réglé à l'article 26 OPP 2. Rien n'empêche d'intégrer cette disposition directement dans la loi, cela me semble même utile.
La commission est donc favorable à la proposition Leutenegger Oberholzer.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: A la suite des interventions de la rapporteure de langue allemande et du rapporteur de langue française, ainsi qu'au nom du Conseil fédéral, je vous recommande également de suivre la proposition Leutenegger Oberholzer. Les cas où la situation se présentera sont relativement rares, mais lorsqu'il y a des paiements de capitaux, le problème peut effectivement se poser. Nous pensons que la proposition Leutenegger Oberholzer mérite votre soutien.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Leutenegger Oberholzer 73 Stimmen
Dagegen 52 Stimmen

Art. 35a, 36

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 37

Antrag der Kommission

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul)
Streichen

Abs. 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 37

Proposition de la commission

Al. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul)
Biffer

Al. 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Es geht hier um die Kapitalauszahlungen. Ich möchte vorausschicken, dass ich generell kein Gegner von Kapitalauszahlungen bin. Es stört mich aber, dass Kapitalauszahlungen auf gesetzlicher Ebene verankert werden sollen. Es stört mich, weil insbesondere Kassen mit Leistungsprimat eine solche Regelung heute nicht kennen. Würden wir Kapitalauszahlungen auf gesetzlicher Ebene verankern, wären wir mit einer ähnlichen Situation wie in der Krankenversicherung konfrontiert, indem in den Pensionskassen tendenziell eine Entsolidarisierung stattfände. Versicherte, die krank sind oder eine kürzere Lebenserwartung haben – typischerweise sind dies Versicherte männlichen Geschlechts –, würden dann von der Möglichkeit der Kapitalausschüttung übermässig Gebrauch machen. Dies führte wiederum dazu, dass Kassen, die diese Regelung bis heute nicht kennen, die Beiträge hinaufsetzen müssen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Zweck des BVG darin besteht, die Fortsetzung der gewohnten Lebensweise zu ermöglichen, d. h., es wird durch ein Einkommen nach dem regulären Erwerbsleben ein Konsumbedürfnis abgedeckt. Das BVG verfolgt nicht den Zweck, Erbschaften vorzufinanzieren. In diesem Sinne ist die Kapitalleistung eigentlich ein Element, das dem Versicherungswesen in der Altersvorsorge fremd ist. Wir machen ja auch die Erfahrung, dass Menschen, die sich das Kapital auszahlen lassen, im Alter erheblich zögern, dieses Geld auch wirklich zu brauchen, obwohl sie es eigentlich nötig hätten. Das führt dann zu der merkwürdig hohen Sparquote, die wir bei den Betagten beobachten. Der Zweck des BVG ist es ja einfach, die Fortführung des Konsums zu sichern, ohne dass Verhaltensänderungen nötig sind. Mit Absatz 2 wird etwas Sachfremdes in das Gesetz eingefügt, das wir bisher nicht kannten und das eben vor allem bei den Kassen mit Leistungsprimat zu schmerzhaften Beitragserhöhungen führen könnte.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Es handelt sich bei den BVG-Geldern um zwangsgesparte Gelder. Das BVG ist ein liberales Gesetz, in das nur Mindestvorschriften aufgenommen werden. Wenn sich jemand einen Teil als Kapitalzahlung ausbezahlen lassen will, dann soll er diese Möglichkeit haben. Es ist auch nicht so, dass das mit dem Auftrag in Konflikt kommt, dass man sein Leben in angemessener Weise weiterführen soll. Wenn jemand noch nicht in Pension ist, dann kann er sich etwas vom täglichen Leben absparen, damit er dann eine Reise machen kann. Mit dem neuen Absatz 2 ist es auch möglich, dass man einen Teil zurückzieht und sich etwas ganz Besonderes leistet. Herr Rechsteiner, in der Logik, wie wir die Arbeiten in der Kommission ausgeführt haben, wäre das so: Wir haben gesehen, dass jene Kreise, die ganz bestimmt Druck gemacht haben, um den Mindestzinssatz zu senken, um den Umwandlungssatz zu senken, jederzeit in Zeitungen Inserate machen und 7 Prozent Zins versprechen. Eigentlich sollte hier die Möglichkeit bestehen, einen Teil der Kapitalabfindung zu erhalten und ihn dann so Gewinn bringend wie möglich anzulegen. Auch das wäre eine Möglichkeit.

Ich beantrage Ihnen namens der Kommissionsmehrheit, diese Freiheit im Gesetz zu belassen. Stimmen Sie der Mehrheit zu, zumal es sich ja nur um einen Viertel handelt, bei dem es möglich ist, ihn ganz konkret zurückzuziehen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Les prestations de prévoyance sont allouées, en règle générale, sous forme de rente. Ce principe reste inchangé. Le Conseil fédéral propose toutefois que l'assuré puisse demander que le quart de l'avoir de vieillesse soit versé sous forme de capital. Aujourd'hui, ce sont les règlements des institutions de prévoyance qui peuvent prévoir le choix entre rente et capital. Qu'est-ce qui change donc avec le projet du Conseil fédéral? C'est que le choix de l'assuré ne serait plus subordonné aux dispositions de la loi, au moins pour le quart de sa rente. On peut effectivement se demander si, du fait que les institutions de prévoyance ont déjà aujourd'hui la possibilité de

prévoir pour l'assuré le choix entre rente et capital, il est nécessaire d'introduire cette disposition. On ne peut exclure le risque que ce choix introduise un élément impondérable, surtout dans les institutions avec des systèmes de prévoyance plus favorables par rapport au minimum prescrit dans la loi. Toutefois, la majorité de la commission a adhéré à l'élargissement proposé par le Conseil fédéral.

Peut-être aussi une autre précision en ce qui concerne l'article 37: on peut relever que, par rapport à la situation actuelle, on laisse aux institutions de prévoyance la possibilité de définir le délai à respecter pour l'annonce de l'intention de retirer le capital en lieu et place de la rente. Aujourd'hui, la loi prévoit que l'assuré doit faire connaître sa volonté au moins trois ans avant le droit aux prestations de vieillesse. De plus, cet article prévoit que, pour le versement du capital, on obtienne le consentement du conjoint. Cette règle existe d'ailleurs déjà pour le paiement en espèces de la prestation de libre passage ainsi que pour le versement anticipé dans le cadre de l'encouragement de la propriété du logement.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique et le groupe démocrate-chrétien communiquent qu'ils soutiennent la majorité.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 79 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 46 Stimmen

Abs. 3–5 – Al. 3–5

Angenommen – Adopté

Art. 41

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Guthaben, welche auf Freizügigkeitskonten oder -policen nach Artikel 10 FZV angelegt sind, verjähren innert zehn Jahren ab dem ordentlichen Rücktrittsalter (Art. 13 BVG). Nach Ablauf dieser Frist werden sie zu verjährten vergessenen Guthaben und sind von den Einrichtungen, welche sie verwalten, an den Sicherheitsfonds zu überweisen, der sie zur Finanzierung der Zentralstelle zweite Säule verwendet.

Abs. 4

Wenn es nicht möglich ist, das genaue Geburtsdatum des Versicherten zu ermitteln, werden diejenigen Freizügigkeitsguthaben, für welche bei den Einrichtungen, die sie verwalten, während zehn Jahren keine Nachrichten des Versicherten oder von dessen Erben eingegangen sind, bis ins Jahr 2010 von diesen Einrichtungen weiterverwaltet. Danach werden sie ebenfalls an den Sicherheitsfonds überwiesen, wo sie entsprechend Absatz 3 verwendet werden.

Abs. 5

Auch nach eingetretener Verjährung erfüllt der Sicherheitsfonds Ansprüche an den ihm nach den Absätzen 3 und 4 überwiesenen Guthaben, sofern deren Bestand vom Versicherten oder von dessen Erben nachgewiesen wird.

Abs. 6

Die Absätze 1 bis 5 sind auch auf Verpflichtungen aus Verträgen zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen, welche der Versicherungsaufsicht unterstellt sind, anwendbar.

Abs. 7

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen im Hinblick auf die Geltendmachung von Ansprüchen der Versicherten.

(= Abs. 4 gemäss Fassung des Bundesrates)

Art. 41

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Les avoirs déposés sur des comptes ou des polices de libre passage conformément à l'article 10 OLP se prescrivent par dix ans à compter de l'âge ordinaire de la retraite selon l'article 13 LPP. Passé ce délai, ils deviennent des avoirs oubliés prescrits et sont transférés par les institutions qui les gèrent au fonds de garantie LPP qui les affecte au financement de la Centrale du deuxième pilier.

Al. 4

Lorsqu'il n'est pas possible d'établir la date de naissance de l'assuré avec exactitude, les avoirs de libre passage pour lesquels les institutions qui les gèrent n'ont aucune nouvelle des assurés ou de leurs héritiers pendant dix ans, sont maintenus auprès des institutions jusqu'en l'an 2010. Passé ce délai, ils sont transférés au fonds de garantie. Celui-ci en dispose conformément à l'article 3.

Al. 5

Nonobstant l'écoulement du délai de prescription, le fonds de garantie LPP satisfait aux prétentions pouvant être prouvées par l'assuré ou ses héritiers qui résultent d'avoirs transférés conformément aux alinéas 3 et 4.

Al. 6

Les alinéas 1er à 5 sont aussi applicables aux créances découlant de contrats entre institutions de prévoyance et institutions d'assurances soumises à la surveillance des assurances.

Al. 7

Le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la conservation des pièces en vue de l'exercice des droits des assurés.

(= al. 4 selon la version du Conseil fédéral)

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Je tiens seulement à préciser que, dans la version française de l'article 41 alinéa 4, une faute – de frappe, je pense – s'est introduite.

Vers la fin du texte, l'an 2020 doit être corrigé en 2010.

Angenommen – Adopté

Art. 44

Antrag der Kommission

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)

Abs. 1

Selbstständigerwerbende können sich nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 bei der Vorsorgeeinrichtung ihres Berufes oder ihrer Arbeitnehmer versichern lassen.

Art. 44

Proposition de la commission

Majorité

Inchangé

Minorité

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Hassler, Meyer Thérèse, Stahl, Widrig)

Al. 1

Les indépendants peuvent se faire assurer selon l'article 4 alinéas 1er et 2 auprès de l'institution de prévoyance qui assure leurs salariés ou dont ils relèvent à raison de leur profession.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La décision concernant la proposition de minorité a été prise lors du vote sur l'article 4.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 48 Abs. 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 48 al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 49*Antrag der Kommission**Mehrheit**Abs. 1*

.... Organisation frei. Sie können im Reglement vorsehen, dass Leistungen, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgehen, nur bis zum Erreichen des Rentenalters ausgerichtet werden.

Abs. 2

Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge nur die Vorschriften über die Begünstigten bei Hinterlassenenleistungen (Art. 20a), die Gleichbehandlung von Frauen und Männern (Art. 33a), die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen (Art. 35a), die Anpassung an die Preisentwicklung (Art. 36 Abs. 2–4), die Verjährung von Ansprüchen und die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen (Art. 41), die paritätische Verwaltung (Art. 51), die Verantwortlichkeit (Art. 52), die Kontrolle (Art. 53), die Teil- oder Gesamtiliquidation (Art. 53a–53c), die Auflösung von Verträgen (Art. 53d), den Sicherheitsfonds (Art. 56 Abs. 1 Bst. c, Abs. 2–5, Art. 56a, 57 und 59), die Aufsicht (Art. 61, 62 und 64), die finanzielle Sicherheit (Art. 65 Abs. 1, Art. 66 Abs. 3, Art. 67 und 69), die Transparenz (Art. 65a), die Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen (Art. 68 Abs. 3 und 4), die Vermögensverwaltung (Art. 71), die Rechtspflege (Art. 73 und 74), die Strafbestimmungen (Art. 75–79) sowie die Information der Versicherten (Art. 86a).

Minderheit

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Abs. 1

Unverändert

Art. 49*Proposition de la commission**Majorité**Al. 1*

.... qui leur conviennent. Elles peuvent prévoir dans le règlement que les prestations qui dépassent les dispositions légales minimales ne soient versées que jusqu'à l'âge de la retraite.

Al. 2

Lorsqu'une institution de prévoyance étend la prévoyance au-delà des prestations minimales, seules s'appliquent à la prévoyance plus étendue, les dispositions sur les bénéficiaires de prestations de survivants (art. 20a), l'égalité de traitement entre les hommes et les femmes (art. 33a), la restitution des prestations indûment touchées (art. 35a), l'adaptation à l'évolution des prix (art. 36 al. 2–4), la prescription de droits et la conservation des pièces (art. 41), la gestion paritaire (art. 51), la responsabilité (art. 52), le contrôle (art. 53), la liquidation partielle ou totale (art. 53a–53c), la résiliation de contrats (art. 53d), le fonds de garantie (art. 56 al. 1er let. c, al. 2–5, art. 56a, 57 et 59), la surveillance (art. 61, 62 et 64), la sécurité financière (art. 65 al. 1er, art. 66 al. 3, art. 67 et 69), la transparence (art. 65a), les contrats d'assurance entre institutions de prévoyance et institutions d'assurance (art. 68 al. 3 et 4), l'administration de la fortune (art. 71), le contentieux (art. 73 et 74), les dispositions pénales (art. 75–79) et l'information des assurés (art. 86a).

Minorité

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Al. 1

Inchangé

Gross Jost (S, TG): Ich möchte Ihnen hier für die Kommissionminderheit den Antrag stellen, dem Bundesrat zu folgen. Das geltende Recht sagt in Artikel 49 Absatz 1: «Die Vorsorgeeinrichtungen sind im Rahmen dieses Gesetzes in der Gestaltung ihrer Leistungen, in deren Finanzierung und in ihrer Organisation frei.» Das betrifft den überobligatorischen Bereich. Kollege Widrig hat nun in Reaktion auf einen Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes einen zusätzlichen Satz in Vorschlag gebracht, der gemäss Fahne so lautet: «Sie (die Vorsorgeeinrichtungen) können im Reglement (im Bereich des Überobligatoriums) vorsehen, dass Leistungen, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgehen, nur bis zum Erreichen des Rentenalters ausgerichtet werden.»

Man muss jetzt das, was im Bereich der Regelung der Invaliditätsleistungen in der beruflichen Vorsorge der Hintergrund ist, sehr grundsätzlich sehen. Diese Invaliditätsleistungen sind ein ungelöstes Problem. Die Kommission hat aber in verdankenswerter Weise – und das war völlig unbestritten – in Artikel 23 doch zwei, drei Sachen geordnet, die eine Teillösung des Problems darstellen. Sie hat unter anderem in Artikel 23 Absatz 3 ein Problem gelöst, das die Teilbehinderten betrifft. Sie hat dafür gesorgt, dass Teilbehinderte, die bereits mit einer Teilbehinderung in den Erwerbsprozess eintreten – das sind vor allem auch Behinderte mit Geburtsgebrechen –, von der beruflichen Vorsorge nicht einfach ausgeschlossen sind, sondern dass sie im Ausmass der Verschlechterung ihrer Arbeitsfähigkeit einen grundsätzlichen Anspruch auf Invaliditätsleistungen haben. Nach geltendem Recht und nach geltender Praxis sind sie faktisch – wenn sie bereits als Teilbehinderte in die Vorsorgeeinrichtung eingetreten sind – von diesem Versicherungsschutz ausgeschlossen.

Wir haben in Artikel 23 ein zweites Problem gelöst: Wir haben ganz genau bestimmt, dass im Zweifelsfalle der letzte Vorsorgeträger der Ansprechpartner und in einem strittigen Verfahren allenfalls auch der Beklagte ist, bei dem entsprechende Invaliditätsleistungen gefordert werden müssen. Wir haben darüber hinaus aber gesehen, dass wir das Problem der Invaliditätsleistung – vor allem die Frage, ob das geltende Beitragsprinzip beizubehalten sei oder ob zum Leistungsprinzip übergegangen werden solle – nicht haben lösen können. Aber Sie sehen auf der letzten Seite der Fahne, dass wir den Bundesrat beauftragen, diese Frage – «Beitrags- oder Leistungsprinzip?» – in einem ergänzenden Bericht zuhanden des Ständerates zu thematisieren und auch auf die Frage der Risikoselektion bei der Prämiengestaltung einzugehen; das wird die Kommissionssprecherin sicher noch darstellen.

Meines Erachtens ist der Satz, den Herr Widrig jetzt hier einbauen will, eine Vorwegnahme dessen, was wir in einem viel grösseren Kontext vom Bundesrat als Antwort auf diese Fragen erwarten. Es wäre eine punktuelle Antwort auf ein Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes (EVG), das aber nur einen Teil des Invaliditätsproblems löst, das wir in der beruflichen Vorsorge haben. Das EVG hat in einem Urteil im Wesentlichen gesagt – und das hat durchaus auch Kontroversen ausgelöst, da ist Herrn Widrig zuzustimmen –, dass jemand, der eine Invaliditätsleistung bezieht, im überobligatorischen Bereich im Prinzip eine Altersleistung in gleicher Höhe haben soll. Damit sind jetzt natürlich Vorsorgeträger von der Kapitalbildung, von den vorhandenen Reserven her, in der Tat überfordert, wenn sie das hier gewährleisten müssen.

Dieser Antrag kommt zu früh. Ich habe Herrn Widrig schon in der Kommission gebeten, er solle doch bitte die Antwort, den Bericht des Bundesrates, abwarten, der das Problem in einen breiteren Zusammenhang stellt. Der Antrag steht auch

im Widerspruch zum verfassungsmässigen Auftrag von Artikel 113 Absatz 2 Litera a, der den Betroffenen die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung gewährleisten will. Ich meine auch, Herr Widrig, dass er letztlich kontraproduktiv ist. Sie bestätigen eigentlich mit dem Gesetz das EVG-Urteil, weil der Vorsorgeträger die Sache ja nur durch eine entsprechende abweichende Statutenbestimmung dann anders regeln kann und weil sonst im Regelfall eben das gilt, was das EVG-Urteil in nicht unumstrittener Weise tatsächlich geregelt hat. Letztlich ist Ihr Anliegen damit schlecht untergebracht, weil alle Vorsorgeträger, die das nicht in den Statuten geregelt haben, diesem umstrittenen EVG-Urteil dann in voller Wirkung unterzogen werden müssen. Herr Widrig, ich bitte Sie eindringlich, zu warten, bis der Bundesrat den Bericht über diese zentrale, hier ungelöste Frage vorlegt, spätestens zum Zeitpunkt der Beratung über das BVG im Ständerat.

Widrig Hans Werner (C, SG): Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen – es ist ja ein Antrag der Mehrheit – und den Antrag der Minderheit Gross Jost abzulehnen. Die Kommissionsmehrheit möchte präzisieren, dass Vorsorgeeinrichtungen im Reglement vorsehen können, «dass Leistungen, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgehen, nur bis zum Erreichen des Rentenalters ausgerichtet werden». Stimmen Sie dem bitte zu, aus drei Gründen:

1. Die neueste Rechtsprechung des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes – vom 24. Juli 2001 – fordert, wie erwähnt, dass überobligatorische temporäre IV-Renten in gleicher Weise lebenslang ausgerichtet werden müssen, auch wenn sie vorgängig nicht durch Beiträge finanziert sind und die Leistungen gemäss Reglement der paritätisch besetzten Stiftungen nach Alter 65 tiefer ausfallen würden. Das ist natürlich gegen das Versicherungsprinzip im BVG, wonach der Anspruch auf eine volle, ungekürzte Leistung auch eine vollständige Beitragsdauer voraussetzt. Was müsste eine Pensionskasse bei Umsetzung dieses EVG-Urteils machen? Das Reglement ändern und Leistungen kürzen kann ja nicht die Absicht sein.

2. Eine Privilegierung der IV-Leistungen ist bis zum Erreichen des Rentenalters der betroffenen Person gerechtfertigt, aber nachher nicht. Dann müsste die IV-Rente lebenslang auf gleicher Höhe belassen werden, das heisst, dass erwerbstätige Personen mit gleichen Vorsorgelücken bezüglich den Altersleistungen schlechter fahren würden als invalid gewordene. Das gibt falsche Anreize im Falle von Beitragslücken, eine Invalidität anzustreben, weil sich dies nicht mehr auf die Leistungen auswirkt.

3. Alle Systeme mit derart privilegierten IV-Leistungen sehen temporäre Systeme vor. Wenn sie diesem Versicherungsgerichtsurteil nachleben müssten, ergäben sich – wir haben das im Pensionskassenverband abgeschätzt – latente Mehrkosten von mehreren 100 Millionen Franken, die nicht finanziert wären. Herr Gross sagt, der Antrag komme zu früh. Also bitte, verstehen Sie uns, dass wir bei dieser offenen Kostendeckung von Leistungen, die nicht finanziert sind, rechtzeitig reagieren müssen.

Die Formulierung der Mehrheit hat einen weiteren Vorteil: Es gibt Vorsorgeeinrichtungen, die trotz Bestehen von Beitragslücken zeitweise höhere IV-Leistungen ausrichten, weil sie sich am Leistungsprimat orientieren. Diese Leistungen werden bis zum Alter von 65 Jahren ausgerichtet und dann von einer Altersleistung abgelöst, die tiefer als die IV-Leistung ist. Mit der Formulierung der Mehrheit können die Pensionskassen diese Modelle weiterhin umsetzen. Lesen Sie im Antrag: Es heisst ja «können» und nicht «müssen».

Schlussbemerkung: Warten auf den zweiten Versicherungsgerichtsentscheid bringt nichts, obwohl er anders aussehen könnte. Es ist deshalb notwendig, diesen Satz bei Artikel 49 Absatz 1 einzubauen. Denn wenn kurzfristig keine anderen Perspektiven auftauchen, werden Vorsorgeeinrichtungen die Systeme mit privilegierten IV-Renten abschaffen oder stark einschränken, um die ohnehin stark wachsenden Kosten der IV in Grenzen zu halten. Damit würde aber den Versicherten ein Bärendienst erwiesen, was mit der beantragten Präzisierung

der Kommissionsmehrheit in Artikel 49 vermieden werden kann.

Stimmen Sie bitte in Absatz 1 der Mehrheit zu, und lehnen Sie den Antrag der Minderheit Gross Jost ab.

Egerszegi-Obriest Christine (R, AG), für die Kommission: Zahlreiche Vorsorgeeinrichtungen sehen eine weitere Begünstigung bei Invalidität vor. Sie haben nämlich Reglementsbestimmungen, wonach die Invalidenleistungen nicht nach den bisher vorliegenden Altersgutschriften, also nach dem Beitragsprimat, sondern in Form eines Prozentsatzes des letzten Einkommens ausgerichtet werden, also nach dem Leistungsprimat. Die reglementarischen Bestimmungen sehen in der Regel aber vor, dass solche Begünstigungen nur bis zur Erreichung des Rentenalters gelten. Diese Regelungen galten bisher als unproblematisch, weil sie im überobligatorischen Bereich angesiedelt sind, welcher ja nicht von den Minimalvorschriften des BVG geregelt wird. Hier haben die Vorsorgeeinrichtungen in der Regel Gestaltungsfreiheit. Zur allgemeinen Überraschung hat nun das Eidgenössische Versicherungsgericht in einem Urteil vom 24. Juli 2001 entschieden, dass derartige Begünstigungen lebenslang gelten müssen. Dieses Urteil erweist sich als sehr problematisch, weil die Leistungen, die man hier ausrichtet, gar nicht finanziert sind. Dieses Urteil stellt zahlreiche Vorsorgeeinrichtungen vor etwelche Probleme. Das Urteil hat aber auch sozialpolitisch fragwürdige Konsequenzen, weil sich heute doch etliche Vorsorgeeinrichtungen fragen, ob sie diese Reglemente nicht gegen unten anpassen müssen, denn in einem Invaliditätsfall – wenn es so geregelt sein muss – können sie die Leistungen nicht mehr finanzieren.

In der Literatur wird das Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes einhellig als Ausrutscher bezeichnet. Die Kommission wurde über unseren Experten, den Präsidenten der Asip, auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Es sind bereits wieder Rechtsfälle hängig gemacht worden, mit welchen die Pensionskassen versuchen wollen, das Eidgenössische Versicherungsgericht zu bewegen, sein Urteil zu korrigieren.

Die SGK stand nun vor der schwierigen Frage, ob man diesen unbefriedigenden Zustand auf dem Weg der Gesetzgebung durch ein zweites Urteil korrigieren lassen will oder ob man jetzt eine Regelung so trifft, wie es die Mehrheit nun beantragt. Es ist nicht unproblematisch, weil wir hier ja den überobligatorischen Teil regeln, den wir ja eigentlich nicht regeln wollen. Wenn wir das hier regeln wollen – wie wir es mit den anderen Artikeln gemacht haben, die die Invalidität betreffen –, dann sind wir uns bewusst, dass es einmal so ist, dass man nachher die kritisierte Rechtsprechung des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes korrigiert hat, dass die rechtliche Grundlage entzogen ist, um solche Fälle anders zu sehen. Hier wollten wir einmal Klarheit einleiten. Ob das tatsächlich Klarheit bringt, wird sich weisen.

Aber ich bitte Sie, für diese Klarheit diesen Satz der Mehrheit, den Zusatz, zu belassen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Suite à un arrêt du Tribunal fédéral des assurances du 24 juillet 2001, une rente d'invalidité dépassant le minimum légal, et donc basée sur une solution subobligatoire, doit être payée à vie, et non pas jusqu'à l'âge de la retraite, comme c'était généralement le cas. L'opposition des institutions de prévoyance a conduit à de nouveaux recours au sujet desquels il n'y a pas encore de décision finale. Ce dossier est donc toujours ouvert.

La majorité de la commission aimerait résoudre ce problème directement dans la loi. Que peut-on dire à ce sujet? Il est certes vrai que l'arrêt du Tribunal fédéral des assurances pourrait comporter un certain risque, celui que les institutions de prévoyance essaient de baisser leurs prestations subobligatoires afin de ne pas être obligées de les verser aussi après l'âge de la retraite. Il y a en plus d'autres considérations, en particulier de nature financière, qui sont liées au financement de ces prestations.

Sur la base de ces considérations, la commission – à une courte majorité de 9 voix contre 8 – a proposé d'inscrire directement dans la loi la possibilité de limiter les prestations subrogatoires en cas d'invalidité jusqu'à l'âge de la retraite. Une forte minorité de la commission souhaite au contraire en rester à la situation confirmée jusqu'à présent par la jurisprudence, à savoir qu'une rente d'invalidité dépassant le minimum légal est payée à vie.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Les choses se sont passées de la façon suivante. L'arrêt du Tribunal fédéral des assurances du 24 juillet 2001 a un peu perturbé, si j'ose dire, les travaux de la commission. Sur la base de cet arrêt, la majorité, certes très faible, de la commission a décidé de régler la question au niveau de la loi dans un sens que je peux en principe accepter quant au contenu.

Cela pose un peu un problème: est-ce que, chaque fois que le Tribunal fédéral des assurances décide quelque chose, il est bon que le législateur corrige immédiatement la loi pour clarifier les choses? Oui, peut-être. Mais est-ce qu'il ne faudrait pas plutôt donner la chance au Tribunal fédéral des assurances de corriger cette décision? D'autres cas sont pendants devant le tribunal. Nous allons être de toute façon confrontés à ce problème et nous aurons la possibilité de le traiter de façon plus approfondie dans le cadre de l'examen global de la question de l'invalidité dans la LPP.

Donc, si je considère uniquement la relation législatif/judiciaire, j'aimerais vous recommander de vous en tenir au projet du Conseil fédéral, en sachant que le problème surgira à nouveau. Mais vous voyez qu'au fond, quelle que soit votre décision, nous serons obligés de traiter de façon plus approfondie la question de l'invalidité dans la LPP. C'est la raison pour laquelle la commission a déposé le postulat 02.3006. Nous discuterons plus tard de ce postulat que j'ai bien l'intention de mettre en oeuvre s'il est transmis, parce qu'il pose une question judicieuse.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Art. 51

Antrag der Kommission

Abs. 1

Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht, in das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung die gleiche Zahl von Vertretern zu entsenden.

Abs. 3

Die Versicherten wählen ihre Vertreter unmittelbar oder durch Delegierte. Ist dies wegen der Struktur der Vorsorgeeinrichtung, namentlich bei Sammelstiftungen, nicht möglich, kann die Aufsichtsbehörde andere Formen der Vertretung zulassen.

Abs. 6

Die Vorsorgeeinrichtung hat die Erst- und Weiterbildung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter im obersten paritätischen Organ auf eine Weise zu gewährleisten, dass diese ihre Führungsaufgaben wahrnehmen können.

Abs. 7

Die Vorsorgeeinrichtung kann vom Mitglied des obersten paritätischen Organs angehalten werden, eine angemessene Entschädigung im Zusammenhang mit der Teilnahme an Sitzungen und Schulungskursen auszurichten.

Art. 51

Proposition de la commission

Al. 1

Salariés et employeurs ont le droit de désigner le même nombre de représentants dans l'organe suprême de l'institution de prévoyance.

Al. 3

Les assurés désignent leurs représentants directement ou par l'intermédiaire de délégués. Si tel ne peut être le cas en raison de la structure de l'institution de prévoyance, notam-

ment dans les institutions collectives, l'autorité de surveillance peut admettre un autre mode de représentation.

Al. 6

L'institution de prévoyance doit garantir la formation initiale et continue des représentants des salariés et de l'employeur dans l'organe paritaire suprême de façon qu'ils puissent assumer pleinement leurs tâches de direction.

Al. 7

L'institution de prévoyance peut être tenue par le membre de son organe paritaire suprême de verser une indemnité équitable pour la participation à des séances et à des cours de formation.

Angenommen – Adopté

Art. 52

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... zufügen. Das Mass der Sorgfalt bestimmt sich nach den Fachkenntnissen.

Abs. 2

Der Anspruch auf Schadenersatz gegen die nach den vorstehenden Bestimmungen verantwortlichen Organe verjährt in fünf Jahren von dem Tage an, an dem der Geschädigte Kenntnis vom Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen erlangt hat, jedenfalls aber mit dem Ablaufe von zehn Jahren, vom Tag der schädigenden Handlungen an gerechnet.

Abs. 3

Wer als Organ einer Vorsorgeeinrichtung schadenersatzpflichtig wird, hat die übrigen regresspflichtigen Organe zu informieren. Die fünfjährige Verjährungsfrist für die Geltendmachung von Regressansprüchen gemäss Absatz 3 beginnt mit dem Zeitpunkt der Leistung von Schadenersatz.

Art. 52

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Inchangé

Minorité

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

.... négligence. La diligence exigée se détermine en fonction des connaissances.

Al. 2

Le droit à la réparation du dommage que la personne lésée pourra faire valoir auprès des organes responsables d'après les dispositions ci-dessus, se prescrit à l'expiration d'un délai de cinq ans à compter du jour où la personne lésée a eu connaissance du dommage et de la personne tenue d'effectuer le dédommagement, en tout état de cause à l'écoulement de la dixième année à partir du jour où le dommage a été commis.

Al. 3

Tout organe d'une institution de prévoyance tenu d'effectuer un dédommagement doit informer les autres organes impliqués. Le délai de prescription de cinq ans pour l'exercice du droit de recours selon l'alinéa 3 commence au moment où le dédommagement est effectué.

Gross Jost (S, TG): Artikel 52 BVG regelt die Verantwortlichkeit der Verwaltungs-, der Geschäftsführungs- und der Kontrollorgane.

Ich bitte Sie, zum geltenden Recht einen zusätzlichen Satz anzufügen: «Das Mass der Sorgfalt bestimmt sich nach den Fachkenntnissen» der involvierten Organe. Diese Bestim-

mung umfasst einen breiten Kreis von verschiedenen Organen: Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Revisionsorgane mit ganz unterschiedlichen Funktionen, z. B. Stiftungsräte von Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen, die paritätischen Verwaltungskommissionen, wo von Gesetzes wegen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter dabei sein müssen, dann aber auch ausgesprochene professionelle Fachorgane wie die Kontrollstelle und den Experten für die berufliche Vorsorge.

In einem als Postulat überwiesenen Vorstoss habe ich auf diesen Umstand hingewiesen. Der Bundesrat hat in seiner Antwort dazu ausgeführt: «Naturgemäss verfügen nicht alle diese Personen über dasselbe Fachwissen. So haben z. B. bei Anlageentscheiden die Anlagespezialisten meist einen grossen Wissensvorsprung gegenüber Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Der Bundesrat ist deshalb grundsätzlich damit einverstanden, zu prüfen, inwieweit sich eine Neuregelung bzw. Differenzierung der Verantwortlichkeit dieser Personen aufdrängt.»

Der Minderheitsantrag geht wesentlich weniger weit als dieses Postulat. Ich verlange keine Kausalhaftung, ich verlange auch keine solidarische Haftung von Geschäftsführungs- und Kontrollorganen bzw. staatlichen Aufsichtsorganen. Das sind alles Forderungen, die auch in der Lehre und in der Praxis durchaus erhoben werden. Ich möchte mich auf die bescheidene Forderung beschränken: Der Richter soll der unterschiedlichen Fachkompetenz der involvierten Organe Rechnung tragen können und müssen.

Das entspricht dem massgebenden Verschuldensprinzip. Beispielsweise enthält das Arbeitsrecht durchaus eine analoge Bestimmung in Artikel 321e OR, wo es etwa sinngemäss heisst, das Mass der Sorgfalt, für die der Arbeitnehmer einzustehen habe, bestimme sich nach dem einzelnen Arbeitsverhältnis unter Berücksichtigung des Berufsrisikos, des Bildungsgrades, der Fachkenntnisse, der Fähigkeiten und Eigenschaften des Arbeitnehmers usw. Dieser bescheidene Änderungsantrag möchte nichts anderes als sicherstellen, dass die Verantwortlichkeit der in die Verantwortung einbezogenen Organe nicht weiter gehen kann als ihre mögliche und zumutbare Fachkompetenz.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Änderungs- bzw. Minderheitsantrag zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Wir haben in Artikel 51 Absatz 6 die Schulung, die Erst- und Weiterbildung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, geregelt. Diese haben ein bestimmtes Fachwissen. Die Mehrheit der Kommission war aber nicht bereit, das Fachwissen hier aufzuführen, denn das Fachwissen, das man sich aneignet und das für ganz verschiedene Herausforderungen bereitstehen muss, kann nicht definiert werden.

Wir sind uns aber bewusst, dass alle, die in diesen Stiftungsräten sind, dass alle, die mit der Verwaltung, der Geschäftsführung und der Kontrolle betraut sind, gemeinsam Verantwortung tragen. Wir wollten ihnen mit dem vorangegangenen Artikel die nötige schulische Grundlage geben. Wir fanden deshalb, dass es nicht richtig sei, wenn wir die Verantwortung hier wieder aufsplitten und sagen, der ist dazu befähigt und der nicht. Die Verantwortung soll vielmehr gemeinsam wahrgenommen werden.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Il ne s'agit pas ici d'une vraie opposition entre majorité et minorité.

Pour la majorité, on est en présence d'un complément superflu, dans la mesure où les notions de diligence et de négligence sont indéniablement à mettre en relation avec une série de conditions qui permettent d'en évaluer la portée. Parmi ces conditions, il y a évidemment les connaissances dont dispose l'intéressé.

Le résultat du vote, au sein de la commission, 10 voix contre 9, démontre qu'il s'agit d'une perplexité vis-à-vis de la nécessité de ce complément, plutôt que d'une vraie opposition. Ce n'est donc évidemment pas un point susceptible de dé-

clencher une guerre de religion, mais la majorité de la commission vous invite tout de même à soutenir sa proposition.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Nous sommes plus ouverts aux contributions des parlementaires pour améliorer la version du Conseil fédéral. Nous pouvons aussi bien accepter la proposition de la minorité que les ajouts de la majorité de la commission. D'ailleurs, on ne peut pas les opposer l'une aux autres, et je pense qu'il faut voir d'abord quel est le sort réservé à l'alinéa 1er.

En ce qui concerne l'alinéa 1er, nous pouvons très bien nous rallier à la proposition de la minorité. Ce n'est peut-être pas absolument nécessaire, mais c'est un signal important dans la gestion paritaire. Nous avons de plus en plus de peine à trouver des travailleurs prêts à assumer des responsabilités si on ne leur montre pas quelle est l'ampleur, mais aussi quelles sont les limites de cette responsabilité, et quelle est l'obligation de la direction de la caisse d'informer. C'est la raison pour laquelle, en ce qui concerne l'alinéa 1er, le Conseil fédéral peut accepter la proposition de la minorité. Le Conseil fédéral est favorable également aux ajouts de la majorité de la commission.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 79 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 52 Stimmen

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3

Angenommen – Adopté

Art. 53

Antrag der Kommission

Abs. 1bis

Für die Haftung der Kontrollstelle gelten die Bestimmungen des Aktienrechtes über die Revisionsstelle sinngemäss.

Abs. 5

Die Kontrollstelle überwacht die Einhaltung der Loyalität in der Vermögensverwaltung.

Art. 53

Proposition de la commission

Al. 1bis

Pour la responsabilité de l'organe de contrôle, les dispositions du droit de la société anonyme concernant l'organe de révision sont applicables par analogie.

Al. 5

L'organe de contrôle s'assure que la gestion de fortune se déroule de manière loyale.

Angenommen – Adopté

Art. 53a1

Antrag der Kommission

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen gegen Missbräuche von Insiderwissen bei der Vermögensverwaltung von Vorsorgeeinrichtungen, insbesondere zur Unterbindung von Frontrunning, von nicht deklarierten Provisionen, Schubladengeschäften und dergleichen. Er kann die Offenlegung der Vermögensverhältnisse der verantwortlichen Verwalter anordnen.

Art. 53a1

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral édicte des dispositions contre l'utilisation abusive des connaissances acquises lors de l'administration de la fortune des institutions de prévoyance (opérations d'initiés), aux fins d'empêcher le frontrunning, le versement non déclaré de commissions, les affaires occultes et les autres affaires similaires. Il peut ordonner au gestionnaire responsable de fournir les éclaircissements relatifs aux affaires de placements.

Angenommen – Adopté

Art. 53a, 53b*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 53c*Antrag der Kommission*

Abs. 1–3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3bis

Beabsichtigt der Arbeitgeber seinen Anschlussvertrag aufzulösen, so müssen sich die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung über den Verbleib der Rentner bei der bisherigen oder den Wechsel zur neuen Vorsorgeeinrichtung einigen. Verbleiben die Rentner bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung, so bleibt der Anschlussvertrag mit Bezug auf die Rentner weiter bestehen. Dies gilt auch für Invaliditätsfälle, bei denen die Invalidität nach der teilweisen Auflösung des Anschlussvertrages, die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, aber vor der teilweisen Auflösung des Anschlussvertrages eingetreten ist.

Abs. 4–6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Rechsteiner-Basel**Abs. 1*

Die Teil- und Gesamtliquidation der Vorsorgeeinrichtung muss nach fachlich anerkannten Grundsätzen durchgeführt werden. Bei der Teilliquidation müssen die Bleibenden und die Austretenden gleich behandelt werden. Der Bundesrat regelt die Grundsätze.

Abs. 2–6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 53c*Proposition de la commission**Al. 1–3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3bis

En cas de résiliation du contrat d'affiliation, le maintien des rentiers dans l'actuelle institution de prévoyance ou leur transfert à la nouvelle institution est réglé par accord entre l'ancienne institution de prévoyance et la nouvelle. Si les rentiers restent dans l'ancienne institution, le contrat d'affiliation concernant les rentiers est maintenu. Cette règle s'applique aussi aux cas d'invalidité déclarés après la résiliation du contrat d'affiliation, lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité est survenue avant la résiliation du contrat d'affiliation.

Al. 4–6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Rechsteiner-Basel**Al. 1*

La liquidation totale ou partielle de l'institution de prévoyance doit respecter les principes techniques reconnus. En cas de liquidation partielle, les affiliés restants et ceux qui quittent l'institution sont traités de manière égale. Les Conseil fédéral définit les principes.

Al. 2–6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Bei diesem Antrag geht es um eine Sache, die ich stellvertretend für und im Einvernehmen mit der Kommission als Einzelantrag einreiche, weil das Problem erst nach der Beratung in der Kommission bekannt geworden ist. Es geht um die Teilliquidation, insbesondere um den Fall, wo Firmen aufgesplittet werden, also um Abspaltungen von Firmenteilen, die dann als solche weiterexistieren. Wir haben die Gerichtsunterlagen im Falle der Firma Vantico erhalten. Sie sind auch an den Präsidenten der

Kommission, Herrn Bortoluzzi, gegangen. Wir konnten dort feststellen, dass bei der Aufspaltung von Unternehmen höchst merkwürdige Dinge passieren, die die Leute, die dann in einem neuen Unternehmen arbeiten, sehr stark benachteiligen.

Ich gebe Ihnen dazu die Zahlen der Firma Vantico bekannt. Das ist ein Fall, der jetzt vor die Gerichte kommt und bei dem es sehr wertvoll wäre, wenn auch der Rat ein Zeichen setzen könnte, dass es so nicht geht. Die Vantico ist eine Abspaltung der Firma Ciba. Vor dieser Abspaltung bestanden freie Mittel in der Höhe von 39,5 Prozent des Deckungskapitals. Die bisherige Praxis – auch in diesem Fall war das so – ging davon aus, dass Schwankungs- oder Kursreserven bei Aktienbesitz wie auch Reserven für höhere Lebenserwartung nicht den freien Mitteln zugerechnet werden. Das heisst, dass die Leute, die neu bei Vantico arbeiten, nur einen kleinen Teil der freien Mittel bekamen, die ihnen eigentlich zugestanden hätten. Konkret heisst das, dass die Restbestände der Firma Ciba nach der Aufspaltung in zwei Firmen plötzlich einen Zuwachs an stillen Reserven erfahren haben: Die stillen Reserven stiegen von 139 auf 142 Prozent des Deckungskapitals. Dort blieben ja 90 Prozent der Versicherten. Bei der Firma Vantico sind in der Pensionskasse nur 114 Prozent des Deckungskapitals.

Das heisst also, dass man einfach der alten Firma den grossen Brocken der Schwankungsreserven zugewiesen hat, während jene, die abgespalten wurden, fast nichts bekommen haben.

Wir haben uns darüber informieren lassen und festgestellt, dass dies offenbar schon seit langem einer gewissen Praxis entspricht, die sich – mangels einer rechtlichen Regelung im Gesetz – eingebürgert hat. Aufgrund von verschiedenen empörten Zuschriften haben wir aber darüber beraten und von der Verwaltung den Ihnen vorliegenden Antrag erhalten; danach sollen bei der Teilliquidation die Bleibenden und die Austretenden grundsätzlich gleich behandelt werden. Die übrige Formulierung dieses Artikels bleibt, wie sie ist. Das heisst also: Gleichbehandlung von jenen, die in der Kasse bleiben, und jenen, die mit einem Teil der Belegschaft in eine neue Kasse abwandern. Ich meine, dass auf der Basis dieses Grundsatzes auch in der Verordnung eine vernünftige Regelung möglich ist.

Ich bitte Sie im Einvernehmen mit der Gesamtkommission, diesem Antrag zuzustimmen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich kann es kurz machen: Es geht mir hier tatsächlich nur darum, Sie zu bitten, den Antrag Rechsteiner-Basel zu unterstützen – entgegen meiner sonstigen Gewohnheit, werden Sie feststellen. Aber hier ist nach Abschluss der Kommissionsarbeit ein Problem aufgetaucht, und dieser Antrag wurde in Rücksprache mit der Verwaltung formuliert.

Es geht darum, dass bei einer Trennung die Verbleibenden in einer Pensionskasse bevorzugt werden können und das offensichtlich auch immer wieder stattgefunden hat. Das ist eine Bereicherung zulasten einer kleineren, sich abspaltenden Minderheit. Das muss als Missbrauch taxiert werden. Mit dieser Regelung, denken wir, haben wir solchen Missbräuchen eine wirksame Massnahme entgegengesetzt.

Ich bitte Sie, den Antrag Rechsteiner-Basel zu unterstützen.

Goll Christine (S, ZH): Auch ich möchte Sie bitten, diesen Antrag, der eigentlich ein Antrag der Verwaltung ist, zu unterstützen. Es geht in diesem Artikel um den wichtigen Grundsatz der Gleichbehandlung. Es geht auch um ein Problem, das in der Praxis auftaucht; Sie haben dazu das konkrete Beispiel von Herrn Rechsteiner gehört. Die SGK konnte diese Frage nur andiskutieren, und zwar nach Beendigung unserer Arbeiten am BVG. Es war in diesem Sinne aus Zeitgründen nicht mehr möglich, vertieft darauf einzugehen. Ich habe aber in der Kommissionssitzung von Ende letzter Woche festgestellt, dass Einhelligkeit darüber besteht, dass wir dieser einfachen Lösung der Verwaltung zustimmen müssen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, das jetzt zu tun, damit in der Praxis eine Gleichbehandlung stattfindet.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Wir haben das Anliegen aufgenommen. Wir hatten aber die Beratungen der BVG-Revision bereits abgeschlossen. Das Anliegen steht im Raum. Eigentlich ist es unbestritten. Wir könnten es aufnehmen, aber dem Ständerat so weitergeben, dass er es noch einmal behandeln muss. Das Anliegen wurde in der Kommission nicht vertieft diskutiert.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La commission n'a pas eu l'occasion d'approfondir de manière spécifique ce sujet. Elle en a pris connaissance à la fin de ses travaux, mais elle a constaté que cette proposition répond tout de même aux préoccupations qui ont inspiré son travail. Il paraît effectivement parfaitement équitable qu'en cas de liquidation partielle, les affiliés restants et ceux qui quittent l'institution soient traités de manière égale. La commission vous invite donc à accepter la proposition Rechsteiner-Basel.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je vous invite à adopter la proposition Rechsteiner-Basel.

Ce n'est pas une proposition de la commission, parce que ses travaux étaient déjà achevés au moment où le problème s'est posé.

Dans la discussion qui a eu lieu, cette idée a trouvé un soutien. De quoi s'agit-il? En cas de liquidation partielle non seulement le risque existe, mais il y a des cas connus de personnes qui quittent la caisse de retraite aux conditions minimales, c'est-à-dire à celles fixées par le règlement. De ce fait, le personnel qui reste dans l'entreprise bénéficie de réserves qui auraient dû permettre d'améliorer les rentes des personnes qui sont parties. C'est cet effet-là qui, à la limite, pourrait toucher un groupe de plus en plus petit qui bénéficierait de réserves de plus en plus importantes, alors que les personnes qui ont constitué ces réserves ont déjà quitté l'entreprise avec un avoir de libre passage ou des prestations insuffisantes par rapport au potentiel de ces réserves. Cette inéquité-là doit être corrigée. C'est le sens de la proposition Rechsteiner-Basel.

Vous pouvez l'adopter sans problème. Il pourrait y avoir des questions de formulation, mais je ne le pense pas, puisque d'autres services de l'administration fédérale ont été consultés. Cela répond à ce problème qui est choquant en termes d'équité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Rechsteiner-Basel 133 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 1 Stimme

Schmied Walter (V, BE): Certaines personnes m'abordent parce qu'elles n'ont pas compris pourquoi je n'ai pas soutenu ma propre proposition, à l'article 15 alinéa 2. Moi-même, je ne le comprends pas non plus! Trêve de plaisanterie. En fait, la situation est claire. Ma proposition touche à un article qui ne faisait pas l'objet de cette réforme. Je parlais du principe qu'on la soumettait au vote et que je devais la soutenir. Or, la présidente l'a soumise au vote sous une autre forme et on n'entend pas forcément bien ce qui se dit. Je tenais à ce que ce mea culpa figure dans le Bulletin officiel.

Art. 53d

Antrag der Kommission

Titel

Auflösung von Verträgen

Abs. 1

Bei der Auflösung von Verträgen zwischen Versicherungseinrichtungen und Vorsorgeeinrichtungen, die dem FZG unterstehen, besteht ein Anspruch auf das Deckungskapital.

Abs. 2

Der Anspruch nach Absatz 1 erhöht sich um eine anteilmässige Beteiligung an den Überschüssen und vermindert

sich durch die Rückkaufskosten. Die Versicherungseinrichtung hat der Vorsorgeeinrichtung eine detaillierte, nachvollziehbare Abrechnung vorzulegen.

Abs. 3

Unter Rückkaufskosten versteht man Abzüge für das Zinsrisiko. Hat das Vertragsverhältnis mindestens fünf Jahre gedauert, können keine Rückkaufskosten abgezogen werden. Das Altersguthaben nach Artikel 15 darf nicht geschmälert werden, selbst wenn der Vertrag weniger als fünf Jahre gedauert hat.

Abs. 4

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Anforderungen an die Ausweisung der Kosten und die Berechnung des Deckungskapitals.

Art. 53d

Proposition de la commission

Titre

Résiliation des contrats

Al. 1

Lors de résiliations de contrats entre des institutions d'assurance et des institutions de prévoyance soumises à la LFLP, il existe un droit à la réserve mathématique.

Al. 2

Le droit défini à l'alinéa 1er est augmenté d'une participation proportionnelle aux excédents; les coûts du rachat sont toutefois déduits. L'institution d'assurance doit fournir à l'institution de prévoyance un décompte détaillé et compréhensible.

Al. 3

Par coûts du rachat, on entend le risque d'intérêt. Ils ne peuvent être déduits si le contrat a duré cinq ans au moins. Dans tous les cas, l'avoir de vieillesse selon l'article 15 est garanti, même si le contrat a duré moins de cinq ans.

Al. 4

Le Conseil fédéral règle les détails, en particulier les exigences pour la justification des coûts et le calcul de la réserve mathématique.

Angenommen – Adopté

Art. 54 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Fasel, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber errichten zwei paritätisch zu verwaltende Stiftungen und führen eine Sammeleinrichtung in Form einer Stiftung.

Art. 54 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Inchangé

Minorité

(Fasel, Baumann Stephanie, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)

Les organisations faïtières des salariés et des employeurs érigent deux fondations dont la gestion est paritaire et gèrent une institution collective sous forme de fondation.

Fasel Hugo (G, FR): Die Erklärungen zu diesem Antrag, zu dem, was die Minderheit beantragt, sind relativ rasch gemacht. Es ist nämlich die Reaktion auf Entwicklungen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben. Es ist die Entwicklung, dass die Versicherungsgesellschaften versucht haben, unseren Beratungen gewaltig Druck aufzusetzen. Sie sind so weit gegangen, dass einige damit begonnen haben, damit zu drohen, aus dem Kollektivgeschäft überhaupt auszusteigen. Das hat natürlich bei den bei Sammeleinrichtungen Versicherten zu Unsicherheiten geführt; es hat zur Frage geführt, was sie dann tun würden. Denn man weiss ganz genau: Kleinunternehmen wollen sich im Alltag nicht mit

solchen komplexen Fragen beschäftigen, die uns selber teilweise an die Grenze unserer Fähigkeiten bringen.

Deshalb beantragen wir hier, dass – ähnlich wie bei der Auffangeinrichtung – die Spitzenorganisationen eine Sammeleinrichtung gründen, sodass im Fall, dass Sammeleinrichtungen von Versicherungsgesellschaften aussteigen wollen, die Einzelunternehmungen, Kleinunternehmungen, Gewerbetreibenden die Möglichkeit haben, dort Unterschlupf zu finden. Dies ist notwendig, damit wir nicht weiter den Erpressungen der Versicherungsgesellschaften ausgesetzt sind, wenn sie auf diese relativ eigenartige Weise versuchen, Druck auszuüben. Das ist also eine Reaktion, die eine Möglichkeit schafft, dass künftig jedes Unternehmen autonom selber entscheiden kann, wo es Unterschlupf finden möchte, wenn es seine Arbeitnehmenden versichern möchte.

Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Die Mehrheit der Kommission fand, dass es nicht nötig sei, dass eine eigene Sammeleinrichtung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dieser Form eingerichtet werde. Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe de l'Union démocratique du centre et le groupe démocrate-chrétien communiquent qu'ils soutiennent la majorité.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La minorité Fasel souhaite introduire dans la loi le principe de la création par les partenaires sociaux d'une institution collective. La commission, par 12 voix contre 9, est opposée à cela et met en évidence le fait que rien n'empêche les organisations des employeurs et des salariés de procéder ainsi aujourd'hui déjà, mais qu'une telle possibilité doit rester facultative. D'ailleurs, on a pu entendre certaines craintes, parce que si on devait aller dans ce sens, le manque de réserves initiales pourrait conduire à demander à la Confédération une garantie, ce qui donnerait évidemment lieu à pas mal de débats et de réactions qu'on peut facilement imaginer. C'est pour cette raison que la majorité de la commission vous invite à maintenir le droit en vigueur.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Au nom du Conseil fédéral, j'aimerais vous prier de ne pas obliger les organisations faïtières à gérer une institution collective sous forme de fondation. Vous l'avez entendu: il pourrait y avoir un problème concernant le capital de départ. Si l'on crée une obligation pour des organisations qui en elles-mêmes ne sont pas fortunées – une association faïtière de partenaires sociaux n'est pas une banque –, il y aura des difficultés. D'un autre côté, je souligne que si l'on veut créer des institutions collectives, il est important que ce soit par les branches respectives, et non pas par des organisations faïtières. Je répète que cette possibilité existe, mais que c'est l'obligation qui nous gêne.

C'est pourquoi nous vous recommandons de rejeter la proposition de minorité Fasel.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 57 Stimmen

Art. 56 Abs. 1 Bst. g, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 56 al. 1 let. g, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 56a Abs. 1

Antrag der Kommission

Gegenüber Personen, die für die Zahlungsunfähigkeit der Vorsorgeeinrichtung oder des Versichertenkollektivs ein Verschulden trifft, kann der Sicherheitsfonds im Zeitpunkt der Sicherstellung im Umfang der sichergestellten Leistungen in die Ansprüche der Vorsorgeeinrichtung eintreten.

Art. 56a al. 1

Proposition de la commission

Le fonds de garantie peut, vis-à-vis des personnes responsables de l'insolvabilité de l'institution de prévoyance ou du collectif d'assurés, participer aux prétentions de l'institution à concurrence des prestations garanties.

Angenommen – Adopté

Art. 58 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

.... Altersgutschriften 14 Prozent

Minderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Fattebert, Meyer Thérèse, Triponez)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 58 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

.... dépasse 14 pour cent de la somme

Minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Fattebert, Meyer Thérèse, Triponez)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité est retirée comme à l'article 16.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 60 Abs. 2bis; 61 Abs. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 60 al. 2bis; 61 al. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 62 Abs. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

e. Sie beurteilt Streitigkeiten betreffend das Recht der versicherten Person auf Information gemäss den Artikeln 65a und 86a Absatz 2; dieses Verfahren ist für die Versicherten in der Regel kostenlos.

Art. 62 al. 1 let. e

Proposition de la commission

e. elle connaît des contestations relatives au droit de l'assuré d'être informé conformément aux articles 65a et 86a alinéa 2; cette procédure est en principe gratuite pour les assurés.

Angenommen – Adopté

Art. 65 Abs. 3

Antrag der Kommission

Sie weisen ihre Verwaltungskosten in der Betriebsrechnung aus. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Verwaltungskosten und die Art und Weise, wie sie ausgewiesen werden müssen.

Art. 65 al. 3*Proposition de la commission*

Les frais d'administration des institutions de prévoyance figureront au compte d'exploitation. Le Conseil fédéral édicte des dispositions relatives aux frais d'exploitation et fixe de quelle manière ceux-ci doivent être pris en compte.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich habe Ihnen bereits gesagt, weshalb wir diese Artikel eigentlich aufnehmen. Wir haben im Laufe der Beratungen festgestellt, dass hier Transparenz vonnöten wäre, dass Transparenz innerhalb des BVG mehr als gewünscht wird: Es ist wirklich absolut erforderlich. Das war nicht nur die Meinung von Arbeitnehmerkreisen, genau dasselbe wollen auch Arbeitgeber; weil die Mittel, die hier zwangsgespart werden, und das BVG ist ja ein Gesetz, das Zwangssparen will, auch gezielt verwendet werden müssen. Es ist ganz klar, dass man mit diesen Geldern Gewinne machen soll, dass man mit diesen Geldern Gewinne machen muss. Aber es muss nachvollziehbar sein, wie viel und auf welcher Grundlage – und hier haben wir Differenzen zwischen den autonomen Pensionskassen und den Lebensversicherern festgestellt.

Einerseits beruht diese Differenz auf dem Aufbau: Die autonomen Pensionskassen sind vollkommen paritätisch aufgebaut; Arbeitnehmer und Arbeitgeber gestalten das Reglement mit und beschliessen regelmässig, was sie mit diesen Geldern tun. Bei den Lebensversicherern ist das nicht so. Es ist ein Mittel der Transparenz, dass wir diese Parität dann bis in die obersten Gremien hinaufziehen wollen, um hier auch tatsächlich den Durchblick zu schaffen.

Auf der anderen Seite ist es das Ziel, den Versicherten wie den Arbeitgebern, die an Sammelstiftungen von Versicherungsgesellschaften angeschlossen sind, dieselben Informationen über die Vorsorgeeinrichtungen zu verschaffen, wie es eben auch die autonomen Pensionskassen ihren Beitragszahlern bieten. Das betrifft im Besonderen die Offenlegung der vorhandenen Reserven, Angaben über die Renditen, Angaben über die Berechnung der Überschussanteile, die Darstellung der verschiedenen Kosten.

Hier fehlen ganz konkret die gesetzlichen Grundlagen. Zum Teil sind sie vorhanden, aber sie sind zu abstrakt, um umgesetzt werden zu können. Die Kommission fordert, dass alle Informationen ökonomischer und finanzieller Art zur Verfügung gestellt werden müssen. Damit dieser Anspruch durchgesetzt werden kann, gibt die SGK den Versicherten sogar ein Beschwerderecht. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit diesen Bestimmungen in einem sonst eher freiheitlichen Rahmengesetz ganz klare Bedingungen fordern; aber wir sind uns eben auch bewusst, dass wir mit den lockeren Bestimmungen, die wir in diesem Bereich bis anhin hatten, nicht an die gewünschten Informationen herangekommen sind. Es wird also Folgendes festgehalten: Die Versicherungseinrichtung wird verpflichtet, der bei ihr rückgedeckten Sammel- und Gemeinschaftseinrichtung Informationen zur Verfügung zu stellen. Andererseits muss die Sammel- und Gemeinschaftseinrichtung die Versicherten über die finanzielle Situation der Stiftung informieren. Die Sammelstiftung ihrerseits muss die ihr angeschlossenen Vorsorgewerke und die Gemeinschaftseinrichtung der ihr angeschlossenen Arbeitgeber informieren. Wir wollen Transparenz auf allen Stufen. Es ist das Recht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, hier den Durchblick zu haben. Es ist nicht ein Zeichen des Misstrauens – oder es war eigentlich nicht ein Zeichen des Misstrauens –, aber wir müssen Klarheit darüber haben, was mit den Geldern passiert. Für die Kommission, die diese Bestimmungen einstimmig verabschiedet hat, sind sie in Bezug auf die Transparenz und den paritätischen Aufbau absolut wichtig.

Angenommen – Adopté

Art. 65a*Antrag der Kommission**Titel*

Transparenz

Abs. 1

Die Vorsorgeeinrichtungen haben bei der Regelung des Beitragssystems und der Finanzierung den Grundsatz der Transparenz zu beachten.

Abs. 2

Sie müssen in der Lage sein, Informationen über den Kapitalertrag, den Risikoverlauf, die Kosten, die Verwaltungskosten im Sinne von Artikel 65 Absatz 3, die Grundsätze der Deckungskapitalberechnung, die Zusatzrückstellungen sowie den Deckungsgrad abgeben zu können. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Art und Weise, wie diese Informationen ausgewiesen werden müssen.

Abs. 3

Sind einer Vorsorgeeinrichtung mehrere Vorsorgewerke angeschlossen, ist der Grundsatz der Transparenz im Sinne von Absatz 1 auf jedes derselben anwendbar.

*Antrag Grobet**Abs. 2*

Sie müssen in der Lage sein, den Arbeitgebern, Versicherten und Anspruchsberechtigten regelmässig Informationen über den Kapitalertrag, den Risikoverlauf, die Kosten, die Verwaltungskosten im Sinne von Artikel 65 Absatz 3, die Grundsätze der Deckungskapitalberechnung, die Zusatzrückstellungen sowie den Deckungsgrad und den Bericht des Kontrollorgans abgeben zu können. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Art und Weise, wie diese Informationen ausgewiesen werden müssen.

Art. 65a*Proposition de la commission**Titre*

Transparence

Al. 1

Les institutions de prévoyance doivent observer le principe de la transparence dans le cadre de la réglementation du système de cotisations et du financement.

Al. 2

Elles doivent être en mesure de fournir des informations sur le rendement du capital, l'évolution du risque, les coûts, les frais d'administration au sens de l'article 65 alinéa 3, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions supplémentaires et le degré de couverture. Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur la manière dont ces informations doivent être prises en compte.

Al. 3

Lorsqu'une institution de prévoyance se compose de plusieurs caisses de pensions affiliées, le principe de la transparence au sens de l'alinéa 1er s'applique pour chacune de celles-ci.

*Proposition Grobet**Al. 2*

Elles doivent être en mesure de fournir régulièrement aux employeurs, assurés et ayants droit des informations sur le rendement du capital, l'évolution du risque, les coûts, les frais d'administration au sens de l'article 65 alinéa 3, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions supplémentaires, le degré de couverture et le rapport de l'organe de contrôle. Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur la manière dont ces informations doivent être prises en compte.

Grobet Christian (S, GE): Je fais une modeste proposition afin de compléter l'article 65a alinéa 2 en espérant que vous l'adopterez.

De quoi s'agit-il? L'article 65a est nouveau, bienvenu. Il porte sur la transparence des institutions de prévoyance. A l'alinéa 2, il est indiqué que ces institutions «doivent être en mesure de fournir des informations sur le rendement du capital, l'évolution du risque, les coûts, les frais d'administration au sens de l'article 65 alinéa 3, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions ...». Il n'est toutefois pas indiqué expressément quels sont les destinataires de cette

information. Par mon expérience professionnelle, j'ai pu constater que les employés des entreprises soumis au deuxième pilier sont très mal informés au sujet de leur deuxième pilier. Il me paraît indispensable de compléter l'alinéa 2 en disant que les institutions de prévoyance «doivent être en mesure de fournir régulièrement» – ça pourrait être une fois par année – «aux employeurs, assurés et ayants droit des informations».

C'est donc un simple complément et, à la fin de cette phrase, je souhaite qu'il soit indiqué que cette information porte également sur le rapport de l'organe de contrôle. Je crois qu'il est indispensable – il y a là une lacune – que l'information donnée par les institutions de prévoyance contienne également des indications sur le rapport de l'organe de contrôle puisque c'est finalement lui qui atteste si oui ou non les différentes opérations effectuées par les institutions sont conformes à la loi. C'est une information essentielle pour les personnes concernées par les institutions de prévoyance.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Wir haben uns den Wortlaut sehr wohl überlegt; in der Art und Weise, wie ihn Herr Grobet beantragt, lag er der Kommission nicht vor. Neu ist – wenn ich das überblicke –, dass die Informationen den Anspruchsberechtigten, und dies regelmässig, abgegeben werden müssen. Mit dem «regelmässig» habe ich weniger Mühe.

Wir haben in der Kommission an der Formulierung, wie sie beschlossen worden ist, zusammen mit unseren Experten gefeilt. Ich bin der Ansicht, dass man es dabei belassen sollte – aber Sie haben zu entscheiden.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Il s'agit ici d'un point crucial de la révision sur lequel la commission s'est particulièrement concentrée, désirant apporter une amélioration tangible par rapport à la situation actuelle. En général, mais surtout en ce qui concerne les institutions collectives, le deuxième pilier souffre d'un manque évident de transparence. Cela est surtout dû au fait que, dans les institutions collectives, les fondations de prévoyance se superposent pratiquement aux compagnies d'assurance et se confondent avec elles qui, d'ailleurs, sont soumises à d'autres dispositions de loi qui n'ont aucun rapport avec le droit des assurances sociales. Il y a aussi un autre élément lié au fait qu'il n'y a pas une distinction nette entre la fortune gérée pour le compte de la prévoyance professionnelle et celle gérée pour le compte des autres branches de l'institution d'assurance.

La commission souhaite ancrer dans la loi, de façon suffisamment explicite et efficace, le principe de la transparence. Elle le fait en introduisant un nouvel article et en complétant d'autres dispositions en vigueur. On prévoit en particulier à l'article 65a l'obligation pour les institutions d'observer le principe de la transparence et, en plus, on souhaite la traduction concrète de ce principe par l'obligation de fournir des informations concernant le rendement du capital, l'évolution du risque, les coûts, les frais administratifs, les principes de calcul du capital de couverture, le degré de couverture et les provisions supplémentaires.

Il faut aussi souligner qu'on est en présence de rapports juridiques assez complexes. Il y a premièrement un rapport entre l'assuré et son institution, deuxièmement, dans les fondations collectives, une relation entre la caisse affiliée et la fondation collective, et, troisièmement, une relation entre la fondation collective et la compagnie d'assurance.

Il faut donc régler le droit d'information à tous les niveaux pour le rendre efficace; c'est le sens des articles 68 et 86. Il faut imposer à l'institution d'assurance de fournir des renseignements à la fondation collective, imposer à celle-ci de fournir des renseignements aux caisses affiliées et, en fin de compte, imposer aux caisses affiliées d'informer les assurés.

A la lumière des modifications introduites dans la loi, la proposition qui nous est soumise maintenant paraît un peu superflue. Mais elle s'insère de toute façon dans la ligne tracée

et voulue par la commission. Nous vous laissons donc le soin de décider s'il faut compléter cet article selon la proposition Grobet.

Titel, Abs. 1, 3 – Titre, al. 1, 3
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 91 Stimmen

Für den Antrag Grobet 55 Stimmen

Art. 66 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 66 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 68

Antrag der Kommission

Abs. 3

Die Versicherungseinrichtungen haben den Vorsorgeeinrichtungen die nötigen Angaben zu liefern, damit diese in der Lage sind, die in Artikel 65a geforderten Informationen abgeben zu können.

Abs. 4

Zu diesen Angaben gehört insbesondere auch:

a. Eine jährliche, nachvollziehbare Abrechnung über die Überschussbeteiligung. Aus der Abrechnung muss insbesondere ersichtlich sein, auf welchen Grundlagen die Überschussbeteiligung berechnet und nach welchen Grundsätzen sie verteilt wurde.

b. Eine Aufstellung über die Verwaltungskosten. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Verwaltungskosten und die Art und Weise, wie sie ausgewiesen werden müssen.

Art. 68

Proposition de la commission

Al. 3

Les institutions d'assurance doivent donner aux institutions de prévoyance les indications nécessaires pour que celles-ci soient en mesure de fournir les informations exigées par l'article 65a.

Al. 4

Les institutions d'assurance doivent en particulier:

a. Etablir un décompte annuel compréhensible concernant la participation aux excédents, si une participation aux excédents a été convenue dans le cadre d'un contrat d'assurance collective entre une institution de prévoyance et une institution d'assurance. Ce décompte doit notamment démontrer de manière évidente sur quelle base la participation aux excédents se calcule et selon quels principes elle se partage.

b. Etablir une présentation des coûts administratifs. Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur la manière dont ces coûts administratifs doivent être pris en compte.

Angenommen – Adopté

Art. 69 Abs. 2

Antrag Beck

Aufheben

Art. 69 al. 2

Proposition Beck

Abroger

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition Beck concerne également la lettre dbis des dispositions transitoires.

Beck Serge (L, VD): Je reprends par cette proposition le contenu de la motion 99.3063 que j'ai déposée en 1999 et qui, malheureusement, par le mécanisme du tiroir automatique au bout de deux ans de non-débat au Parlement, a finalement été retirée de la liste des interventions en suspens.

L'article 69 alinéa 1er de la loi sur la prévoyance professionnelle contraint les institutions de prévoyance à l'équilibre financier. En d'autres termes, cela signifie que toute caisse doit en tout temps avoir les réserves nécessaires au versement des prestations de libre passage pour l'ensemble des affiliés ou qu'elle doit avoir une couverture financière de l'ensemble des prestations promises. Ce principe est la base d'une saine gestion financière et il est le seul susceptible de garantir la transparence des coûts réels des prestations de prévoyance professionnelle.

En 1982, le législateur a introduit, avec l'article 69 alinéa 2, la possibilité pour le Conseil fédéral d'autoriser les institutions de prévoyance des corporations de droit public à déroger à ce principe. Or, cette possibilité présente un certain nombre d'inconvénients majeurs. D'une part, elle repousse le financement d'une partie des prestations acquises par les assurés à une période ultérieure, encourageant les corporations de droit public à financer en quelque sorte à crédit une partie des prestations dues. D'autre part, elle permet à ces mêmes institutions de prévoyance des corporations de droit public d'offrir aux assurés des prestations non financées par des hausses de cotisations, telle par exemple l'indexation des rentes ou des retraites anticipées.

Elle n'est plus adaptée à la loi fédérale du 17 décembre 1993 sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité, qui prévoit que chaque assuré a droit à l'intégralité du montant couvrant les prestations acquises en cas de départ de la caisse. Cela entraîne en effet, à l'occasion de chaque départ, la nécessité pour la caisse d'assumer une partie de son découvert. Elle a ainsi donc des conséquences néfastes pour de nombreuses caisses de pensions de corporations de droit public de niveau cantonal, intercommunal ou communal.

Parmi ces caisses, certaines sont d'ailleurs bloquées par des structures de gestion paritaires qui ne voient pas forcément l'utilité de modifier un financement déséquilibré dans la mesure où les corporations de droit public cotisantes sont garantes du découvert. Il convient d'éviter de perpétuer ces erreurs à l'égard des générations futures et de faire appliquer aux corporations de droit public la rigueur financière qu'elles imposent logiquement par la loi sur la prévoyance professionnelle aux institutions de prévoyance des entreprises privées.

Le Conseil fédéral l'a d'ailleurs reconnu dans sa prise de position du 19 mai 1999, suite à l'examen de la motion 99.3063 que j'avais déposée. Je vous cite rapidement quelques extraits de cette réponse: «Le Conseil fédéral est conscient du fait que la raison pour laquelle cette réglementation particulière avait été adoptée autrefois ne peut pas être reprise sans hésitations aujourd'hui, compte tenu des modifications qu'ont connues les conditions-cadres Le Conseil fédéral n'ignore pas non plus que les lacunes de couverture que présentent les institutions de prévoyance des corporations de droit public ont des conséquences néfastes.» Le Conseil fédéral proposait finalement, dans sa déclaration, de transformer la motion en postulat.

La proposition que j'ai déposée prévoit donc l'abrogation de la possibilité offerte aux caisses de pensions des corporations de droit public de pouvoir décapitaliser et leur impose le principe du bilan en caisse fermée, avec, au chapitre des dispositions transitoires (let. dbis), l'introduction d'une mesure qui leur donne un délai de dix ans pour atteindre cet objectif. Ce que la Confédération effectue actuellement pour un montant global de 16 milliards de francs sur six ans, je crois qu'il est de notre devoir et de notre responsabilité de l'imposer dans un délai de dix ans aux caisses de pensions des corporations de droit public qui ne sont pas couvertes à 100 pour cent. Je crois que cela est dans l'intérêt général, et des employeurs, et des employés.

J'y faisais allusion tout à l'heure dans ma question adressée à M. Rechsteiner-Basel: la caisse de pensions de l'Etat du Valais, dont la couverture des engagements dus ou promis est actuellement inférieure à 50 pour cent, a dû prendre dans le courant de l'année passée des mesures de diminution des prestations promises pour parvenir à terme à essayer d'atteindre un équilibre financier. Il est donc dans l'intérêt des assurés avant tout que les prestations promises soient totalement couvertes et y compris pour les caisses des corporations de droit public dont nous savons que les effectifs et les conditions-cadres du personnel sont appelés à évoluer.

Je vous prie de bien vouloir soutenir ma proposition.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Herr Beck beantragt die Bilanzierung in geschlossener Kasse für die öffentlich-rechtlichen Kassen. Ich muss Sie fragen, Herr Beck: Haben Sie sich schon einmal gefragt, was das kostet? Meines Wissens kostet dies beim Bund allein 13 Milliarden Franken. Ich bin aber nicht sicher, ob die Zahl stimmt. Ich nehme an, dass es bei den Kantonen noch einmal mindestens doppelt so viel ist. Sie sollten eigentlich auch gerade die Steuererhöhungen beantragen, die Sie damit verursachen.

Ich bin der Meinung, dass man bei öffentlich-rechtlichen Kassen nicht von einem echten Konkursrisiko ausgehen kann. Das Unschöne, was mit der Bilanzierung in offener Kasse in der Vergangenheit tatsächlich auftrat, ist, dass von Parlamenten zum Teil Leistungen beschlossen wurden, die man dann späteren Generationen zur Finanzierung überliess. Auch die laufenden Beiträge des Arbeitgebers blieben tiefer als eigentlich nötig. Solche Dinge sind vorgekommen. Umgekehrt kann ich Ihnen beispielsweise aus dem Kanton Basel-Stadt berichten, dass im Zuge der Börsenhausse der letzten fünfzehn Jahre ein Versicherungsloch von einem Drittel des Deckungskapitals ohne jeglichen Beitrag des Staates geschlossen werden konnte. Wer richtig investiert hat, bei dem hat sich das Problem teilweise tatsächlich gelöst – ohne Steuererhöhung. Nur, Herr Beck, ich gehe nicht davon aus, dass die Kassen in der Lage sind – wenn Sie dies heute beim aktuellen Verlauf der Börsenkurse beschliessen –, in den zehn Jahren, für die Sie die Bilanzierung in geschlossener Kasse verlangen, aus den Erträgen diese Löcher zu stopfen. Ich meine vielmehr, dass das, was Sie hier der öffentlichen Hand aufbürden, saftige Steuererhöhungen sind.

Die Notwendigkeit dieser Übung bleibt doch etwas zweifelhaft. Wir haben in der Schweiz das Problem, dass eigentlich zu viel gespart wird. Bezogen auf das Bruttoinlandprodukt werden 6 Prozent mehr gespart als investiert. Wir haben einen sehr hohen Kapitalexport, sonst würde die zweite Säule ja gar nicht funktionieren; wir hätten dann eine ständige Rezession. Nur weil wir das Geld zur Investition ins Ausland schicken, ist diese extreme Grösse der zweiten Säule volkswirtschaftlich überhaupt halbwegs verträglich. Ich möchte doch festhalten: Ich bin überzeugt, dass dieses «Übersparen» – die Reduktion der Konsumausgaben zugunsten von Ersparnissen – natürlich einen wesentlichen Kern des Problems der tiefen Wachstumsraten in der Schweiz darstellt. Die tiefen Wachstumsraten sind also hausgemacht, und sie haben mit der hohen Sparquote zu tun, die uns in der zweiten Säule mit dem Obligatorium auferlegt wird.

Sie verlangen jetzt einfach, dass man auf den bestehenden Kapitalstock von etwa 500 Milliarden Franken noch etwa 50 Milliarden Franken der öffentlichen Hand draufbeigt, also zusätzlich spart. Unter dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt kann ich dem wirklich keinen Sinn abgewinnen. Die Anlagen der Vorsorgeeinrichtungen ist bekannt. Die Vorsorgeeinrichtungen wissen gar nicht, wohin mit dem Geld. In der Vergangenheit haben sie an der Börse jede Internetfirma «vergoldet». Es gab gefährliche Auswüchse. Leute haben sich bereichert. Die Leistungen der Kassen waren damit nicht sicherer als mit einer offenen Finanzierung, bei der man der öffentlichen Hand ein Stück weit überlässt, wann sie diese Mittel finanziert.

Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

Borer Roland (V, SO): Der überwiegende Teil der SVP-Fraktion wird den Antrag Beck unterstützen. Es wurde vorhin der Vorwurf erhoben, dass das Ganze ein Schuss aus der Hüfte sei. Ich glaube nicht, dass es ein Schuss aus der Hüfte ist. Herr Beck hat – es wurde erwähnt – am 10. März 1999 eine entsprechende Motion eingereicht (99.3063). Leider ist diese dann infolge der Zweijahresfrist aus Abschied und Traktanden gefallen. Aber es war schon damals ein wohl überlegter Vorstoss, der eigentlich Transparenz verlangte. Wir haben ja heute die Situation, dass gerade bezüglich Personalkosten vor allem im Lohnnebenkostenbereich nicht mit offenen, sondern mit gezinkten Karten gespielt wird. Das ist ein Faktum; Herr Beck hat darauf hingewiesen.

Weiter kommt dazu, dass es auch ordnungspolitisch nicht korrekt ist, wenn die öffentliche Hand in einer Bilanz Ende Jahr ihre Verpflichtungen – und es sind Verpflichtungen – nicht vollumfänglich und genauestens ausweist. Auch hier gibt uns Herr Beck mit seinem Antrag eigentlich ein Instrument, damit Transparenz herrscht. Durch diesen Antrag – das erscheint mir eben auch wichtig – entsteht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gewisse Sicherheit. Eine Sicherheit, wie sie in der Privatwirtschaft auch gewährleistet werden muss.

Es gibt also keine zwingenden Gründe, den Antrag Beck nicht zu unterstützen, ausser vielleicht den, dass man sagt, wir könnten uns das nicht leisten. Frau Bundesrätin, ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir eine Frage beantworten könnten. Ich möchte von Ihnen aktuell – die Zahlen aus dem Jahr 1999 haben wir gesehen – Folgendes wissen, wenn es möglich ist: Was würde es den Bund heute kosten, wenn man den Antrag Beck, den wir ordnungspolitisch unterstützen, finanzieren müsste?

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La commission n'a évidemment pas eu l'occasion de discuter cette proposition. Il me paraît toutefois excessif de vouloir empêcher qu'il y ait, pour certaines institutions de prévoyance des corporations de droit public, une garantie externe de la part de l'entité à laquelle elles se réfèrent. Comme ces dernières ont, de part leur nature même, un caractère de stabilité dans le temps, on ne voit pas pourquoi on doit, de toute manière, exclure un lien entre ces entités et les institutions de prévoyance qui leur sont rattachées. S'il y a des situations de déséquilibre, ce qui est bien possible, il faut chercher à les résoudre, ce n'est pas en contradiction avec la possibilité de garder et de maintenir une garantie externe pour les institutions couvertes par des entités publiques.

Au nom de la commission, je vous invite à en rester à la situation actuelle.

Beck Serge (L, VD): Monsieur le Rapporteur, est-ce que vous pourriez m'expliquer pourquoi nous devrions renoncer à appliquer aux autres caisses de pensions des corporations de droit public ce que nous avons déjà décidé – et là je rends attentif M. Rechsteiner-Basel – pour ce qui concerne la Confédération? Je me réfère ici aux mesures d'assainissement de la Caisse fédérale de pensions, qui s'appelle maintenant Publica, et des autres caisses de pensions, pour un montant de 16 milliards de francs, que nous allons rattraper dans un délai de six ans, si ma mémoire est bonne. Les décisions ont déjà été prises pour ce qui concerne la Confédération.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Je précise qu'on ne parle pas seulement de la Confédération ici, mais de toutes les institutions de prévoyance à caractère public. A mon avis, il n'y a pas une contradiction ou une alternative entre, d'un côté, le fait d'être de caractère public et, de l'autre, celui d'être transparent. On peut assurer la transparence en disant: «Le degré de couverture est de tel niveau et les garanties externes de tel niveau.» A mon avis, on peut très bien continuer avec le système actuel, en assurant la transparence évidemment, parce qu'on est tout de même dans un système dont la pérennité forme le socle. Ce n'est

pas comme dans les institutions normales où les choses peuvent changer à plus ou moins brève échéance. Ici, il y a tout de même une garantie d'avoir toujours un noyau d'assurés assez stable sur le long terme. On peut donc avoir d'autres critères qui régissent ces institutions-là.

Weyeneth Hermann (V, BE): Herr Kommissionssprecher, darf ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Ich gehe davon aus, dass Sie sich darüber im Klaren sind, dass dieses Parlament im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Pensionskasse des Bundes die Schliessung dieser Kasse verlangt hat und dass diese Kasse geschlossen werden muss, bevor sie in eine autonome Führung durch die Kassenorgane übergeführt wird.

2. Wenn Sie sich schon auf den Standpunkt stellen, diese Schliessung sei nicht erforderlich oder nicht zwingend, dann möchten Sie mir bitte die Frage beantworten, wie es denn mit der Verzinsung dieser offenen Schuld ist.

3. Der dritte Punkt ist derjenige der Transparenz. Bisher wurden diese Fehlbeträge ausserhalb der ordentlichen Bilanz ausgewiesen.

Aus diesen drei Gründen glaube ich, dass Sie die Auskunft, die Sie soeben gegeben haben, noch einmal überprüfen sollten.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Ici, vous partez d'une situation particulière pour arriver à une décision sur le principe. A mon avis, c'est faux. La loi doit prévoir la possibilité d'une garantie par les pouvoirs publics. Ce n'est pas une nécessité, mais une possibilité. Il ne faut pas partir d'un cas particulier pour le généraliser. Le droit en vigueur est suffisant. En ce qui concerne la transparence, on peut être transparent même avec une garantie des pouvoirs publics. Il est clair que tous les chiffres nécessaires doivent être fournis.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La proposition Beck vise à ramener les institutions de droit public sous le droit commun. A première vue cela peut paraître tout à fait raisonnable et correspondre aussi à une tendance puisque, comme vous l'avez fort bien dit, Monsieur Beck, des décisions qui vont dans ce sens-là ont déjà été prises au niveau de la Confédération et de certains cantons, et pas les plus petits.

Il se pose immédiatement la question de la capitalisation nécessaire. Mais puisque l'engagement est de toute façon pris par l'entité publique de promettre des prestations, cela peut paraître plus brutal de l'obliger à atteindre l'équilibre financier en cinq ou six ans ou à partir du moment où on libéralise une partie d'une ancienne régie publique affiliée à la Caisse fédérale de pensions. Cela peut éventuellement peser sur le climat des dépenses publiques à ce moment-là; mais en fait on peut dire que c'est la même obligation tout simplement concentrée; dans l'autre cas, c'est une obligation qui s'étendra sur les 60 ou 80 prochaines années.

En fait, on peut dire que la proposition Beck prescrit une obligation qui est déjà sous-entendue dans le projet du Conseil fédéral, mais qu'elle le fait d'une façon tout simplement plus concentrée. Dans le projet du Conseil fédéral, cette obligation s'étendra sur les 60 ou 80 prochaines années. Donc, je dirai que ce n'est pas déraisonnable, que ce n'est pas attaquer le système que de proposer ce que réclame M. Beck.

Pourquoi devrions-nous obliger les institutions de prévoyance des corporations de droit public à atteindre l'équilibre financier? Pourquoi devrions-nous obliger toutes les institutions précitées à procéder ainsi? Pourquoi la Confédération devrait-elle intervenir, alors que, au cours des quinze dernières années – et bien avant puisque le système est ancien –, elle a très bien vécu avec l'idée que, dans les cantons et dans les communes, les caisses publiques pouvaient fonctionner avec la garantie de l'Etat? Cela me rappelle un peu le débat sur les banques cantonales. Je crois qu'il faut être prudent – je m'attendrais d'ailleurs, de la part des libéraux, à ce qu'ils le soient – avec le fédéralisme.

La tendance existe. Le délai de 10 ans peut être particulièrement problématique: regardez le temps qu'il faut pour faire passer une décision dans un Parlement et ensuite la mettre en oeuvre. Ce délai est très court. Pourquoi imposer quelque chose de la part de la Confédération à des entités publiques?

Ce que j'aimerais dire, en tout cas, c'est qu'il n'y a eu aucun problème social en lien avec les caisses publiques. Les engagements ont été tenus, du moins dans tous les cas que je connais. A ce titre, il n'y a pas de problème d'urgence sociale. Je distingue un léger courant idéologique dans la volonté de faire rapidement revenir – et d'autorité – sous le droit général qui régit les caisses de retraite, celles dont la pérennité est garantie par l'Etat.

C'est la raison pour laquelle je trouve que cette proposition est plutôt malvenue aujourd'hui.

Blocher Christoph (V, ZH): Frau Bundesrätin, ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen:

1. Finden Sie das richtig, dass in unserem Land öffentlich-rechtliche Kassen mit Milliardenverpflichtungen bestehen, die nirgends ausgewiesen sind?

2. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Öffentlichkeit, wo das der Fall ist, gar nicht weiss, was eine Arbeitsstelle kostet, weil nämlich die vollen Kosten und die Nebenkosten nirgends ausgewiesen werden?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: En tant que ministre des affaires sociales, ce qui m'intéresse, c'est la solidité et la pérennité du contrat entre le salarié et ce à quoi il a droit lorsqu'il quitte l'entreprise, lorsqu'il atteint l'âge de la retraite ou qu'un autre des risques couverts est effectivement réalisé. Donc, mon point de vue fixe cette priorité-là et je crois que toutes les caisses publiques répondent à cette exigence.

Votre exigence vise la transparence du système, des finances publiques et des responsabilités de l'employeur. C'est une question que je considère comme légitime. En termes de fédéralisme, comme je l'ai dit, je ne vois pas de raison à ce que le législateur impose une marche à suivre aux cantons et aux autres collectivités publiques de façon à suivre la tendance du moment.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Madame la Conseillère fédérale, je souhaite vous poser une question. Au fond, est-ce que, dans ce débat important – que j'estime fondamental – nous n'avons pas tendance à sous-estimer un aspect que le rapporteur de la commission a parfaitement souligné: c'est la différence de philosophie assez fondamentale entre ceux qui croient encore à la pérennité des institutions et des corporations publiques, en gros à la pérennité de l'Etat, et ceux qui n'y croient pas? Parce que, si on admet que l'Etat est pérenne – je comprends que certains espèrent que celui-ci ne soit pas pérenne et soit amené un jour à disparaître –, il n'y a alors aucune raison de couvrir à 100 pour cent les rentes à servir. Cette obligation n'a de sens que si, tout à coup, il fallait libérer l'entier du capital parce que, par exemple, une entreprise ferait faillite. Nous estimons tous que les collectivités cantonales et fédérales ne sont pas amenées à disparaître. Est-ce que cet aspect, Madame la Conseillère fédérale, ne devrait pas être remis au centre de cette discussion?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La priorité que je donne consiste en la solidité des engagements pris. Sur ce plan-là, il n'y a aucune raison de douter que les engagements pris par l'Etat, à quelque niveau que ce soit, soient tenus. Une autre question – presque technique – est de savoir si ces engagements sont mieux couverts, puisqu'ils le sont, dans tous les cas, par la constitution d'une réserve – quasiment stérilisée si l'on veut – ou par les dépenses courantes de l'entité publique en question.

Sur cette question technique, on peut avoir toutes sortes d'avis. La Confédération pensait qu'il valait mieux constituer une réserve et créer une institution autonome. Vous savez

que la malheureuse Caisse fédérale de pensions a quand même vécu quelques jours orageux et que l'on espère, par cette mesure, qu'elle se retrouvera en eaux plus calmes.

Donc, je ne ferai pas de cette question technique une question fondamentale. Par contre, je considère qu'il y a de bonnes raisons d'avoir donné cette possibilité aux caisses publiques et qu'il est malvenu d'obliger aujourd'hui toutes ces caisses, dans un délai de 10 ans, à appliquer d'autres règles.

Finalement, pourquoi ne pas conserver les aspects qui fonctionnent? Et la pérennité, elle, est assurée grâce à la pérennité de l'Etat.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Beck 72 Stimmen

Dagegen 80 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je rappelle à celles et à ceux qui ne l'ont pas encore fait que le délai pour le retour des formulaires concernant le registre des intérêts est échu depuis quinze minutes, mais que nous acceptons tout de même volontiers les formulaires rendus après coup.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.15 Uhr

La séance est levée à 13 h 15

Dritte Sitzung – Troisième séance**Dienstag, 16. April 2002****Mardi, 16 avril 2002**

15.00 h

00.027

BVG. 1. Revision**LPP. 1ère révision***Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

**Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité****Art. 71***Antrag der Kommission**Abs. 2*

Die Verpfändung oder Belastung von Ansprüchen einer Vorsorgeeinrichtung aus Kollektivlebensvertrag oder aus Rückversicherungsvertrag ist nicht zulässig.

*Abs. 3**Mehrheit*

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
Die Vorsorgeeinrichtung muss angeben, ob sie bei ihren Anlageentscheidungen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt.

*Antrag Ménétreay-Savary**Abs. 1*

.... an flüssigen Mitteln gewährleistet sind. Sie verpflichten sich, mit ihren Anlagen die nachhaltige Entwicklung zu fördern und ihrer ethischen und sozialen Verantwortung nachzukommen.

*Antrag Sommaruga**Abs. 1*

.... dass Sicherheit, Nachhaltigkeit und genügender Ertrag der Anlagen

*Antrag Grobet**Abs. 1*

.... flüssigen Mitteln gewährleistet sind. Der Immobilienwert ist auf der Grundlage eines Gutachtens festzulegen, das insbesondere den Ertragswert der Liegenschaften ermittelt.

*Antrag Beck**Abs. 1bis*

Die Vorsorgeeinrichtungen können bei ihnen angeschlossenen Unternehmen höchstens 3 Prozent ihres Vermögens anlegen.

Art. 71*Proposition de la commission**Al. 2*

Une institution de prévoyance n'a pas le droit de mettre en gage ou de grever d'un engagement ses droits découlant d'un contrat d'assurance collective sur la vie ou d'un contrat de réassurance.

*Al. 3**Majorité*

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Goll, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini)
L'institution de prévoyance indique si elle tient compte de critères sociaux et écologiques pour prendre ses décisions de placement.

*Proposition Ménétreay-Savary**Al. 1*

.... la couverture des besoins prévisibles de liquidités. Par leurs placements, elles s'engageront à favoriser le développement durable et à exercer leur responsabilité éthique et sociale.

*Proposition Sommaruga**Al. 1*

.... de manière à garantir la sécurité des placements, le développement durable, un rendement raisonnable

*Proposition Grobet**Al. 1*

.... des besoins prévisibles de liquidités. La valeur des immeubles doit être fixée sur la base d'une expertise retenant principalement la valeur de rendement de ceux-ci.

*Proposition Beck**Al. 1bis*

Les institutions de prévoyance ne peuvent engager plus de 3 pour cent de leur fortune auprès des entreprises qui en sont membres.

Ménétreay-Savary Anne-Catherine (G, VD): Les salariés sont les plus gros investisseurs de Suisse, parce que les 450 milliards de francs que représente la fortune des caisses de pensions sont leur propriété. Cela donne à chacun d'entre nous, notamment à tous ceux qui ne possèdent par ailleurs ni fortune ni actions, la possibilité d'investir de manière utile et conforme à des valeurs de justice sociale et de solidarité, ou d'une manière qui préserve l'avenir de notre planète, selon ce qu'on appelle communément le développement durable.

Ce terme générique de développement durable pourrait résumer à lui tout seul la dimension éthique et sociale des investissements, comme le propose Mme Sommaruga. Mais je me méfie que ce concept bateau puisse parfois être utilisé à toutes les sauces, et c'est pourquoi nous jugeons utile d'être plus précis.

La population suisse peut souhaiter par exemple que ses économies capitalisées dans les caisses de pensions servent à favoriser le commerce équitable avec les pays du Sud, ou aussi à faire en sorte que les habitants de ces mêmes pays aient accès aux médicaments. Elle peut le faire soit en soutenant les entreprises qui travaillent dans ce sens, soit en excluant les placements dans des entreprises qui ne respectent pas ces critères ou qui sont actives dans les secteurs de l'armement, du nucléaire, du jeu de hasard, du tabac ou autres.

Il faut rappeler que l'investissement dans des entreprises cotées en bourse s'accompagne d'un droit de vote dans les assemblées générales des actionnaires. Et quand ce droit de vote est utilisé, la possibilité d'infléchir la politique économique des entreprises est importante. Il semblerait que ce sont les votes des actionnaires pour des placements éthiques qui

ont pu avoir pour effet, par exemple, qu'ABB a renoncé au projet de barrage des Trois-Gorges en Chine, un projet pharaonique et dévastateur qui était fortement contesté, ou que cette même entreprise a décidé, jusqu'en l'an 2005, d'investir 1 milliard de francs dans les énergies nouvelles et le développement durable.

C'est pourquoi d'ailleurs la proposition que j'ai déposée mentionne que les caisses de pensions s'engageront «à exercer leur responsabilité éthique et sociale». Donc, les placements écologiques et éthiques, cela marche! De nombreuses caisses s'y sont déjà engagées. Il y a une demande pour cela, bien que les montants investis ne représentent pour le moment que 5,5 milliards de francs environ, ce qui n'est presque rien par rapport au total des milliards investis. Mais je voudrais souligner que ça marche aussi sur le plan économique, et ça c'est très important. De nombreuses recherches montrent que les fonds de placements éthiques ou environnementaux s'en tirent aussi bien, ou même mieux, que l'évolution moyenne des titres cotés en Bourse. Il existe un indice Dow Jones écosocial qui englobe 230 des 2000 plus grandes sociétés de la planète et sa valeur a progressé de 163,8 pour cent entre 1994 et 1999, alors que le Dow Jones mondial ne progressait que de 111 pour cent dans le même temps.

Vous remarquerez, par ailleurs, que ma proposition ne comporte aucun mandat impératif, mais qu'elle insiste sur le choix responsable des caisses de pensions. Je respecte ainsi le vœu du Conseil fédéral et de la commission de garantir aux caisses de pensions une certaine liberté dans le choix de leurs placements. Cette proposition ne remet évidemment pas non plus en question celle de la minorité Goll à l'alinéa 3, elle est simplement complémentaire.

Par conséquent, je vous invite à adopter aussi bien ma proposition à l'alinéa 1er que la proposition de minorité Goll à l'alinéa 3.

Sommaruga Simonetta (S, BE): Die Schweizerische Eidgenossenschaft fördert «die nachhaltige Entwicklung». «Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» Das steht in Artikel 2 unserer Bundesverfassung. Ich bin mir bewusst, dass der Begriff «Nachhaltigkeit» häufig und fast inflationär verwendet wird. Trotzdem scheint mir «Nachhaltigkeit» ein ernst zu nehmender Begriff und vor allem ein ernst zu nehmendes Anliegen zu sein.

In Artikel 71 Absatz 1 BVG geht es darum, welche Kriterien wir für die Vermögensverwaltung der Vorsorgeeinrichtungen definieren. Es ist verständlich und klar, dass dabei die Sicherheit und ein genügender Ertrag im Vordergrund stehen und wesentliche, zentrale Elemente sind. Doch mir fehlt bei dieser Aufzählung eine Verknüpfung oder eine Übereinstimmung mit den Zielen der Bundesverfassung. Mittlerweile wissen wir alle, dass die Anlagestrategien und -entscheide der Vorsorgeeinrichtungen, vor allem der institutionellen Anleger, einen enormen Einfluss auf das Angebot nehmen können. Diesen Einfluss sollten wir vermehrt nutzen. Ich möchte Ihnen deshalb beantragen, dass wir für die Vermögensverwaltung der Vorsorgeeinrichtungen nebst der Sicherheit und dem genügenden Ertrag als weiteres Kriterium die Nachhaltigkeit anfügen.

Unter den privaten Anlegerinnen und Anlegern sind Anlagen unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit mittlerweile etabliert. Sie stossen auf grosses Interesse. Die Zahl der Angebote und das Kapital, das in diese Anlagen investiert wurde, haben sich allein im Jahr 2000 verdoppelt. Diese Strategie und diese Entwicklung sind nicht verwunderlich, weil Investitionen in nachhaltige Anlagen langfristig finanziell erfolgreicher sind. Deshalb nehmen diese Angebote rasant zu. Gerade die Börsenbaisse der letzten Jahre hat gezeigt, dass diese Anlagen auch sicherer sind. Bei den Kriterien der Nachhaltigkeit bin ich mir bewusst, dass der Bundesrat in einer Verordnung noch Präzisionsarbeit leisten müsste. Es gibt aber mittlerweile international anerkannte Kataloge und Benchmarks für die Nachhaltigkeit.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Ménétrey-Savary, der etwas präziser und vielleicht etwas detaillierter ist, zu unterstützen. Ich unterstütze ihn ebenfalls. Trotzdem werde ich meinen Antrag als Eventualantrag aufrechterhalten, für den Fall, dass der Antrag Ménétrey-Savary abgelehnt wird. Selbstverständlich bitte ich Sie auch, den Antrag der Minderheit Goll zu unterstützen, der komplementär ist und keine Vorschriften darüber macht, wie die Anlagen getätigt werden sollen. Aber er verlangt eine Transparenz, die in diesem Geschäft absolut zentral ist.

Beck Serge (L, VD): C'est dans ce même état d'esprit, celui qui consiste à assurer la protection des intérêts des assurés, même si tout à l'heure certains n'ont pas perçu cet état d'esprit, que je développe ma proposition à l'article 71 alinéa 1bis. Cette mesure vise à éviter que les assurés mettent tous leurs oeufs dans le même panier. Elle est d'autant plus indispensable aujourd'hui face à la tendance toujours plus importante en faveur de l'alignement derrière des règles économiques anglo-saxonnes et il est d'autant plus nécessaire de distinguer clairement entre les institutions de prévoyance et les employeurs, de distinguer très clairement, donc, entre la marche économique des caisses de pensions et celle des entreprises qui emploient leurs assurés. L'actualité récente a en effet démontré que des entreprises de dimensions multinationales, qui avaient des caisses de pensions autonomes, pouvaient s'écrouler sans avertissement. Il est important que de telles corrections économiques ne pénalisent pas les employés, d'une part en tant que tels, et d'autre part au niveau de leur capital de prévoyance et donc de leurs prestations de prévoyance future. La rigueur voudrait que l'on interdise purement et simplement les engagements financiers d'une caisse de pensions à l'égard de l'entreprise qui l'a fondée, et cela quelle que soit la nature de ces engagements, que ce soit sous forme de participation au capital de l'entreprise ou sous forme de prêts en faveur de l'entreprise.

Actuellement, ces limites sont prévues dans l'OPP 2, section 3, plus précisément à l'article 57 qui dit:

«1. Dans la mesure où elle est liée à la couverture des prestations de libre passage et à celle des rentes en cours, la fortune ne peut être placée sans garantie chez l'employeur.

2. Des placements sans garantie chez l'employeur ne sont admis que jusqu'à concurrence de 20 pour cent au plus de la fortune de l'institution de prévoyance.

3. Une participation financière chez l'employeur est toutefois limitée à 10 pour cent au plus de la fortune.

4. Les créances de l'institution de prévoyance envers l'employeur doivent être rémunérées d'un intérêt conforme à celui du marché.»

Pour ma part, au vu de l'importance et de l'actualité des risques, et surtout en regard du contexte économique général, j'estime cependant qu'il convient d'inscrire une limite au niveau de la loi elle-même. C'est la raison pour laquelle je vous propose, à l'article 71, l'introduction d'un alinéa 1bis.

Il est bien entendu nécessaire, au regard de la situation actuelle et de la nécessité de faire évoluer celle-ci sans péjorer la valeur du portefeuille des institutions de prévoyance, qu'une mesure transitoire doive être apposée à ma proposition. C'est pour cela que je vous propose d'introduire, dans les dispositions transitoires, une lettre dter qui donne aux institutions de prévoyance un délai de cinq ans pour ne pas dépasser le 3 pour cent d'engagement de leur fortune auprès des entreprises qui sont membres de ladite institution de prévoyance.

Je vous prie donc, dans l'intérêt des assurés, de bien vouloir adopter ma proposition.

Grobet Christian (S, GE): Par ma proposition je souhaite compléter l'article 71 alinéa 1er, qui est une disposition qui concerne l'administration de la fortune des institutions de prévoyance. L'alinéa 1er prévoit donc que les institutions de prévoyance doivent administrer leur fortune de manière à garantir la sécurité des placements, un rendement raisonnable, une répartition appropriée des risques.

Or, il s'est avéré que certaines institutions de prévoyance ont fait dans le passé des placements véritablement catastrophiques dans le secteur immobilier, prises dans la frénésie de la spéculation foncière qui a touché notre pays. C'est ainsi que des institutions de prévoyance ont acquis des objets immobiliers dont la valeur n'avait aucun lien avec la réalité économique de cet objet.

Aujourd'hui, heureusement, les banques et les institutions financières sont revenues à plus de sagesse, à la règle qui aurait toujours dû être appliquée en matière de calcul de la valeur d'un objet immobilier, c'est-à-dire recourir principalement à un calcul sur la base de sa valeur de rendement. Actuellement du reste, les immeubles ne s'acquièrent, sauf par ceux qui recommencent à spéculer, que sur la base d'une valeur de rendement complétée des fois par un élément de valeur intrinsèque.

Je pense, en raison des graves pertes qu'ont subies certaines institutions de prévoyance, qu'il est indispensable de préciser dans la loi que la valeur des immeubles doit être fixée sur la valeur d'une expertise, parce que ce point est déjà essentiel, en indiquant que cette expertise doit retenir principalement – non pas exclusivement mais principalement – la valeur de rendement de l'objet immobilier. Cette règle me paraît essentielle après toutes les pertes qu'ont subies de nombreuses institutions de prévoyance en raison d'acquisitions spéculatives et faites dans l'inconscience la plus totale.

Souvent, j'en reviens à la protection des assurés, ceux-ci connaissent fort mal ces questions; il faut les protéger et veiller à ce que les expertises soient faites, et faites d'une manière correcte.

Goll Christine (S, ZH): Die Minderheit beantragt Ihnen, in Artikel 71 einen neuen Absatz 3 einzuführen. Sie wissen es: Die Nachhaltigkeit ist in der Bundesverfassung festgeschrieben. Angesichts des finanziellen Volumens, über welches die Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz verfügen, ist es klar, dass auch die Anleger und Anlegerinnen in diesem Bereich das Prinzip der Nachhaltigkeit befolgen sollten. Bei den Pensionskassen geht es immerhin um Vorsorgegelder in der Höhe von mehreren hundert Milliarden Franken. Was der Antrag der Minderheit jedoch gerade nicht verlangt, ist eine Verpflichtung zur nachhaltigen Anlage von Pensionskassengeldern. Der Minderheitsantrag ist nämlich viel bescheidener.

Ich gehe davon aus, dass verschiedene von Ihnen über eine zweite Säule verfügen. Ich frage Sie, ob Sie nicht zumindest wissen wollen, ob Ihre Pensionskasse unserem Verfassungsgrundsatz der Nachhaltigkeit nachlebt und ihre Verantwortung als institutionelle Anlegerin überhaupt wahrnimmt. Eine vor kurzem durchgeführte Meinungsumfrage in England hat ergeben, dass sich 75 Prozent der Bevölkerung wünscht, dass ihre Pensionskasse eine ethische Anlagepolitik verfolgt. Ich glaube nicht, dass es in der Schweiz anders wäre.

Nachhaltiges Investieren hat sich in den letzten Jahren auch in der Schweiz durchgesetzt. Nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch soziale und ökologische Erfolgskriterien sichern heute den Vermögensaufbau und übertreffen mittlerweile sogar die Konkurrenz auf dem Markt. Im Falle des BVG geht es um Sicherheit, es geht aber auch um Transparenz für die Versicherten und die Pensionierten. Der Antrag der Minderheit verpflichtet also nicht zu einer nachhaltigen Anlagepolitik, sondern er verlangt lediglich eine Information gegenüber den Versicherten. Die Minderheit verlangt also Folgendes: Die Vorsorgeeinrichtung soll «angeben, ob sie bei ihren Anlageentscheiden soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt». Mit einer solchen Offenlegung würde sich die Schweiz nicht auf einsames Terrain begeben. Bei Investitionsentscheiden soziale und ökologische Kriterien anzugeben entspricht einem internationalen Trend. Ähnliche gesetzliche Bestimmungen, wie sie die Minderheit hier vorschlägt, existieren z. B. bereits in Deutschland, in Grossbritannien und auch in Australien.

Nachhaltige Geldanlagen erzielen heute auch in der Schweiz Renditen, die mit jenen herkömmlicher Investitionen durchaus vergleichbar sind. Mit dem Antrag der Minderheit würde endlich die Grundlage geschaffen, damit Anleger im Bereich des BVG vergleichen und nach einem solchen Vergleich auch entscheiden können, ob sie soziale und ökologische Kriterien überhaupt berücksichtigen wollen. Sie können sicher sein, dass die Vorsorgeeinrichtungen bei ihren Investitionsentscheiden in keiner Art und Weise eingeschränkt werden, wenn Sie meinem Antrag zustimmen. Sie können aber auch sicher sein, dass eine Vorsorgeeinrichtung in ihrer Anlagepolitik heute auch soziale und ökologische Anliegen berücksichtigen muss, wenn sie einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erzielen will. Ob die Vorsorgeeinrichtung das tut, erfahren Sie aber nur, wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Namens der SP-Fraktion bitte ich Sie, den Anträgen zur Transparenz bezüglich der ökologischen und sozialen Dimensionen der Kapitalanlagen stattzugeben. Wir stellen fest, dass eine solche Transparenz in anderen Ländern längst Wirklichkeit ist, und wir anerkennen auch die Grenzen des Instruments. Es ist tatsächlich so, dass man mit einer bestimmten Anlagepolitik eine begrenzte Reichweite hat, was die Beeinflussung des gesellschaftlichen Verhaltens bezüglich der Umwelt oder der Sozialbeziehungen anbelangt.

Immerhin darf gesagt werden, dass Unternehmen mit ihren Produkten, in der Unternehmenskommunikation oder in der Finanzierung von Parteien heutzutage natürlich eine zentrale Rolle in Politik und Gesellschaft spielen und dass es deshalb für die Versicherten interessant ist zu wissen, in welchen Bereichen und für welche Firmen ihr Geld investiert wird. Tatsächlich stellen wir fest, dass bei den Versicherten das Bewusstsein vorhanden ist und auch der Wunsch besteht, mit dem Alterskapital sinnvolle Investitionen zu tätigen, d. h., das Geld so zu investieren, dass es auch mit Blick auf die Zukunft tragfähig angelegt wird.

Andererseits anerkennen wir auch, dass Umweltschutz nach staatlichen Rahmenbedingungen ruft, dass es ohne Umweltpolitik nicht geht und dass die Kapitalanlage im Gesamtspektrum der anstehenden Probleme natürlich nur eine mögliche Politik ist, die zur Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beitragen kann. Wie auch gewisse Steuerprivilegien in anderen Ländern – beispielsweise in Holland – zeigen, gibt es durchaus ökologische Branchen, die als solche identifiziert werden können; Versicherte möchten beispielsweise gerade auch bezüglich Waffengeschäften oder bezüglich der Kernenergie Transparenz darüber, welche Anlagen getätigt werden.

Deshalb bitte ich Sie, insbesondere den Anträgen Ménétrey-Savary und Sommaruga und der Minderheit Goll zuzustimmen. Es wurde gesagt, dass die Anlagepolitik selber dadurch nicht definiert wird, sondern dass die Freiheit für die Kapitalverwalter bestehen bleibt, die Investitionen zu tätigen, die sie für richtig halten. Aber die Berichterstattung findet statt; und diese zusätzliche Dimension neben Rendite und Sicherheit findet heute eben Beachtung.

Fasel Hugo (G, FR): Wenn wir uns bewusst sind, dass bei der zweiten Säule heute 500 Milliarden Franken Anlagekapital zu verteilen sind, dann können wir der Frage, um die es hier geht, sehr wohl einiges an Bedeutung zumessen. Was hier verlangt wird, ist eigentlich nichts Ausserordentliches, weil im Bereich der ethischen Kriterien, der sozialen Kriterien und der ökologischen Kriterien für Geldanlagen bereits einiges an Vorarbeiten geleistet wurde. Es gibt heute Fonds, die bereits sehr intensiv in dieser Richtung arbeiten. Es gibt auch bei den Banken längstens einen Durchbruch; man weiss, dass man in dieser Richtung arbeiten muss, weil ökologische Anlagen – selbstverständlich langfristig – oft auch bessere Renditen abwerfen; das ist erkannt.

Deshalb wird hier – sei es über den Antrag Ménétrey-Savary oder über den Antrag Sommaruga oder schliesslich über

den Minderheitsantrag Goll – verlangt, dass jetzt definitiv auch einmal im Gesetz erscheint, was zunehmend Praxis ist. Mit diesem Vorschlag könnten wir auch der praktischen Entwicklung noch etwas besser weiterhelfen. Es ist auch in dem Sinne nicht ausserordentlich, als viele Unternehmungen heute eine ISO-Zertifizierung haben. Warum soll es nicht auch ein Sozialrating, ein ökologisches Rating geben, wenn ich Geld anlegen will? Das hat an und für sich für unsere ganze ökologische Politik langfristig nur Vorteile.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Anträgen zuzustimmen.

Noch eine Bemerkung zum Antrag Beck: Ich kann eigentlich dessen Tragweite nicht überblicken. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen, denn heute sind die Anlagevorschriften und -formen alle in der Verordnung des Bundesrates festgeschrieben. Jetzt ein Element herauszubrechen und dieses dann auf Gesetzesebene zu regeln, scheint mir unpassend, weil ich nicht genau weiss, welche Auswirkungen es dann auf andere Anlageeinschränkungen oder -vorschriften haben wird. Deshalb würde ich es vorziehen – ich denke, Frau Bundesrätin wird noch darauf hinweisen, dass Berichte zu diesem Thema vorliegen –, zuerst einmal diese Berichte zu erhalten und erst dann in diesem Bereich zu legislieren. Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, den Antrag Beck abzulehnen.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich äussere mich zur Minderheit Goll und zum Antrag Ménétre-Savary sowie zum Eventualantrag Sommaruga. Mein Kollege Robbiani wird sich zu den Anträgen Beck und Grobet äussern.

Das BVG ist ein Gesetz, das Mindestanforderungen enthält. Alle, die versichert sind, sind darauf angewiesen, dass man mit den Geldern Gewinn machen kann, und zwar primär Gewinn, weil es sonst mit der Höhe der Renten schlecht steht. Jetzt stellt sich die Frage, ob wir diesen Zweck einengen sollen, denn sozial und ökologisch nachhaltige Anlagen sind wichtige Zwecke, da gehen wir mit Ihnen einig. Aber die Mehrheit möchte sie trotzdem nicht in den Vordergrund rücken, weil wir erstens die Prioritäten anders setzen und weil zweitens – das scheint mir ein wichtiger Aspekt – Engagements in diesen Bereichen und in dem Umfang, den wir haben sollten, gar nicht vorhanden sind.

Wir haben mit diesem Gesetz auch die paritätische Mitwirkung verstärkt, und zwar bis in alle obersten Gremien, egal, welche Art Versicherung man hat. Die paritätisch zusammengesetzten Gremien müssen auch darauf achten, dass die Anlagestrategie nach den Wünschen der Betroffenen funktioniert und diese die Art, wie dort investiert wird, auch mittragen können. Dort haben die Betroffenen die Möglichkeit, das zu beeinflussen; hier möchten wir das so belassen und die Möglichkeiten nicht gesetzlich einengen.

Deshalb bitte ich Sie namens der Mehrheit, die Minderheit Goll, aber auch den Antrag Ménétre-Savary und den Antrag Sommaruga abzulehnen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Concernant les propositions individuelles Beck et Grobet, la commission ne les a évidemment pas examinées. Je m'arrêterai donc essentiellement sur une considération de caractère plutôt technique.

Cela ne m'empêche toutefois pas, à titre préliminaire, de dire, concernant la proposition Beck, qu'elle répond à une préoccupation légitime et certainement justifiée. Il faut empêcher qu'un lien trop étroit s'établisse entre une institution de prévoyance et l'entreprise qui y est affiliée, surtout en ce qui concerne les investissements qui pourraient entraîner des difficultés pour la fondation même, en particulier pour les prestations en faveur des assurés. D'ailleurs, une réflexion sur ce thème est déjà en cours au sein de l'administration.

C'est plutôt au niveau de la technique législative que cela pose quelques problèmes. Il n'apparaît en effet pas approprié d'introduire cette clause dans la loi du moment que toutes les dispositions concernant les limites et la répartition

des placements sont réglées aujourd'hui dans l'ordonnance. Or, transférer une seule de ces dispositions dans la loi ne paraît pas complètement logique.

La même considération vaut pour la proposition Grobet. Il s'agit d'un aspect réglé lui aussi au niveau de l'OPP 2.

On est donc placé devant la même question, à savoir: est-il raisonnable de transférer dans la loi certaines dispositions et d'en laisser d'autres au niveau de l'ordonnance? Ce qui semble opportun, c'est d'éviter d'avoir des aspects réglés d'un côté et d'autres de l'autre. La logique, la cohérence et même la lisibilité de la loi en souffriraient. Je pense tout de même que les considérations que pourra apporter Mme Dreifuss, conseillère fédérale, aideront à mieux clarifier cet aspect-là.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: En ce qui concerne la proposition de minorité Goll et les propositions Ménétre-Savary et Sommaruga, la question qui se pose est de savoir si l'on veut imposer aux caisses de pensions une contrainte quant à leur politique de placement, une contrainte de nature qualitative et non pas de sécurité, etc., ou si l'on considère que cela doit faire l'objet du règlement des caisses et ressortit au contrôle des assurés. Bien sûr, cela ne fonctionne que dans un certain nombre de caisses où le contrôle des placements est direct. Le Conseil fédéral a choisi une ligne qui consiste à dire que, si, là où on peut permettre au droit collectif et aux relations de partenariat de se développer, cela conduit à la formulation de règles de fonctionnement, il faut laisser faire. Dans cette loi qui est, au fond, une loi-cadre qui réglemente ce qui relève traditionnellement du domaine du partenariat social, laissons le plus d'espace possible.

Je sais qu'il est un peu illusoire de croire à la belle image de la communauté réunie dans une caisse de pensions, avec une parité qui marche bien, des représentants des travailleurs, des représentants du patron, qui gèrent ensemble leur avoir; je sais aussi que la réalité est parfois différente. Mais le choix qui a été fait est malgré tout celui-ci: développer les instruments qui permettent à la communauté de se prononcer autant que possible, de savoir ce qu'il en est, de donner des indications, de pouvoir suivre les politiques de l'institution de prévoyance, ou au moins le choix qu'elles font de leurs partenaires en matière de politique de placement.

Ce sont donc les raisons pour lesquelles le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité de la commission et non pas à celle de la minorité Goll, ni aux propositions individuelles Ménétre-Savary et Sommaruga.

En ce qui concerne les propositions Beck et Grobet, c'est effectivement un argument plutôt formel qui nous retient surtout de les soutenir: ces questions sont réglées dans une ordonnance. Pourquoi sortir deux éléments – un peu à cause de la conjoncture et du rôle qu'ont joué les placements immobiliers dans certaines difficultés, en ce qui concerne la proposition Grobet – et en laisser d'autres dans l'ordonnance? Il vaut mieux que la politique de placement soit réglée dans son ensemble et à un seul endroit.

Si j'entre maintenant dans le détail, la proposition que vous faites, Monsieur Beck, de réduire la part de fortune engagée auprès d'entreprises membres à 3 pour cent au maximum, représente, comme vous le savez, une contrainte majeure pour les caisses par rapport à la situation actuelle. En effet, ces placements s'élèvent à 20 pour cent s'il s'agit de prêts sans garantie et de 10 pour cent s'il s'agit d'actions, donc de parts de la fortune. C'est actuellement le cadre fixé par l'ordonnance. Quant à savoir dans quel cas, dans la réalité, ce plafond est atteint, une fois de plus «Black Box»! Nous n'en savons rien, en tout cas moi, je n'en sais rien. Alors, vous voulez diminuer cette part et vous prévoyez cinq ans pour le faire. Si on part du plafond théorique que l'on connaît et du nouveau plafond que vous voulez fixer, cette période paraît quand même courte. Vous l'avez dit vous-même, il s'agit de se désengager sans mettre en péril l'entreprise.

J'ai l'impression que M. Beck aimerait me poser une question. Je ne sais pas à quoi cela tient, mais j'ai cette impres-

Ménétre-Savary Anne-Catherine (G, VD): Madame la Conseillère fédérale, pouvez-vous m'expliquer pourquoi vous considérez comme une contrainte la phrase de la proposition de la minorité qui dit que, par leurs placements, les caisses de pensions s'engageront à favoriser le développement durable et à exercer leur responsabilité éthique et sociale? Pourquoi n'y voyez-vous pas un intérêt économique puisque j'ai bien montré que les placements écologiques et sociaux sont rentables, et parfois même plus que les placements ordinaires?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Eh bien, la phrase est fort belle! elle donne le sentiment qu'il s'agit d'une attente que les caisses de pensions auront à cœur, je dirai, spontanément, de réaliser. Mais ce très beau texte figurerait dans une loi et celle-ci obligerait les caisses à s'engager, et les instances de surveillance à veiller à ce que cet engagement soit tenu.

Voilà la raison pour laquelle cette disposition me paraît une contrainte et non pas une incitation.

Beck Serge (L, VD): Madame la Conseillère fédérale, votre intervention de tout à l'heure m'interpelle très fortement. S'il y a une personne, ou plutôt une autorité, dans cette salle, qui devrait connaître quelle est la proportion d'engagement des caisses de pensions dans les entreprises qui les ont créées, c'est bel et bien le Conseil fédéral par l'intermédiaire de l'OFAS, sans quoi cela signifie que vous n'êtes pas en état de contrôler l'application de l'article 57 de l'OPP 2, me semble-t-il.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je comprends très bien votre réaction, Monsieur Beck, mais mettez-la plutôt sur le compte de ma mémoire déficiente que de mon ignorance profonde! Et surtout ne la mettez pas sur le compte de l'ignorance de mes collaborateurs qui ont l'air, eux, d'être beaucoup plus sûrs que moi.

Voilà donc encore une fois les raisons principales de notre opposition: délai très court pour un changement majeur et réglementation d'une partie des placements dans la loi et de l'autre partie dans l'ordonnance. Le même problème se pose pour la proposition Grobet qui, elle aussi, comme vous le savez, se réfère à quelque chose qui est réglé aux articles 53 et 54 de l'OPP 2: nous considérons qu'il ne convient pas de sortir de l'ordonnance cet unique élément pour le mettre au niveau de la loi. Vous avez effectivement mis le doigt sur des points délicats de la gestion des placements et c'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a chargé mon département de préparer à l'intention de la commission du Conseil des Etats un rapport sur la problématique des placements auprès d'entreprises membres dans lequel figurera le montant actuel et un inventaire des problèmes que nous avons eus dans le passé, et nous en avons effectivement eu. Cette question reviendra vraisemblablement lors de la procédure d'élimination des divergences.

En ce qui concerne les placements immobiliers, nous faisons actuellement une étude, Monsieur Grobet, sous l'égide des autorités de surveillance, qui nous permettra de savoir si la méthode d'évaluation est conforme ou non. A partir du moment où nous aurons le rapport définitif des autorités de surveillance sur la méthode d'évaluation, nous pourrions sans problème modifier l'ordonnance. Cela montre d'ailleurs l'avantage de régler ce genre de choses au niveau de l'ordonnance et non pas de la loi.

Abs. 1 – Al. 1

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag Ménétre-Savary 63 Stimmen
Dagegen 92 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Sommaruga 65 Stimmen
Dagegen 92 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote
Für den Antrag Grobet 60 Stimmen
Dagegen 97 Stimmen

Abs. 1bis – Al. 1bis

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Mme la conseillère fédérale a la réponse à la question de M. Beck.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Monsieur Beck, plaignez les conseillers fédéraux qui se trouvent tout seuls, dépourvus de leurs collaborateurs, face à une salle de 200 personnes qui attendent des réponses très pointues. J'ai dû demander à mes collaborateurs de m'aider. Alors, je vous donne la réponse. Elle est intéressante et relativise un des éléments de ma réponse, mais pas le fond.

Actuellement, les caisses de pensions privées n'ont placé – je crois pouvoir le dire – que 2,7 pour cent de leur fortune auprès de leurs entreprises membres. Donc, votre plafond de 3 pour cent n'entraînerait pas une révolution. C'est en cela que ma réponse est relativisée, mais je crois que cela relativise aussi votre proposition dans la mesure où cela signifie que selon le cas et après discussion, comme je l'ai dit, nous pouvons envisager, soit au niveau de l'ordonnance soit au Conseil des Etats ensuite, de voir s'il y a lieu de légiférer. Mais je crois que vous êtes vous-même partisan de Montequieu qui disait en substance: «Lorsqu'une loi n'est pas nécessaire, il est nécessaire de ne pas faire la loi.» Dans ce cas, je crois que le chiffre que je viens de donner va dans ce sens-là.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le vote est valable aussi pour la lettre dter des dispositions transitoires.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Beck 30 Stimmen
Dagegen 120 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Art. 73 Titel, Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 73 titre, al. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 74
Antrag der Kommission
Abs. 2

....
a. Verfügungen der Aufsichtsbehörden, einschliesslich diejenigen gemäss Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe e;

Abs. 3

Das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren ist auf das Verfahren vor der Beschwerdekommission anwendbar; im Gegensatz zu dessen Artikel 63 ist das Verfahren gegen Entscheidungen gestützt auf Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe e BVG für die Versicherten in der Regel kostenlos.

Art. 74*Proposition de la commission**Al. 2*

....
a. les décisions des autorités de surveillance, y compris celles fondées sur l'article 62 alinéa 1er lettre e;

Al. 3

La loi fédérale sur la procédure administrative s'applique à la procédure devant la commission de recours; cependant, en dérogation à l'article 63 de ladite loi, la procédure contre les décisions fondées sur l'article 62 alinéa 1er lettre e LPP, est en principe gratuite pour les assurés.

*Angenommen – Adopté***Art. 75 Ziff. 1; 76; 77 Abs. 4; 79 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 75 ch. 1; 76; 77 al. 4; 79 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 79a***Antrag der Kommission*

Aufheben

Antrag Studer Heiner

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Theiler

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 79a*Proposition de la commission*

Abroger

Proposition Studer Heiner

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Theiler

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 79b*Antrag der Kommission*

Streichen

Antrag Studer Heiner

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Theiler

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 79b*Proposition de la commission*

Biffer

Proposition Studer Heiner

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Theiler

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 79c*Antrag der Kommission*

Streichen

Antrag Studer Heiner

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Genner

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Theiler

.... ist auf den zehnfachen oberen Grenzbetrag nach Artikel 8 Absatz 1 beschränkt.

Art. 79c*Proposition de la commission*

Biffer

Proposition Studer Heiner

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Genner

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Theiler

.... est limité au décuple du montant limite supérieure selon l'article 8 alinéa 1er.

Studer Heiner (E, AG): Unsere Fraktion hat mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass bei dieser Frage die Kommission einen Streichungsantrag stellt und nicht einmal ein Minderheitsantrag auf der Fahne figuriert. Wir haben als Begründung gehört, das sei ein Gesamtpaket; was immer dies auch ist, es überzeugt nicht.

Wir haben schon beim Eintreten gesagt: Das übrige Paket der Kommission hat uns sehr überzeugt, und wir haben auch sehr konsequent mit der Kommission gestimmt. Aber hier müssen wir ganz klar sagen: So geht es nicht. Keine Obergrenze zu setzen, das ist nicht in Ordnung. Es ist sachlich nicht gerechtfertigt, und es ist unvernünftig. Wenn Sie hier keine Obergrenze festlegen, dann wird für diese kleine Minderheit, deren Lohn oder Einkommen sich in diesen Regionen bewegt, Tür und Tor geöffnet, dass sie auf eine gewisse Art ganz klar Steuerhinterziehung begehen kann.

Von daher sind wir eindeutig der Meinung: Wir brauchen im Gesetz eine Obergrenze, und wir halten aufgrund der Prüfung auch dafür, dass das, was uns hier vom Bundesrat vorgeschlagen wird, auch in der Grössenordnung vernünftig ist. Wir bitten Sie: Stimmen Sie hier dem Bundesrat zu, weil er das vorschlägt, was vernünftig ist. Wenn wir auch noch den Finanzminister in diesem Saal hätten und ihn befragen könnten, dann würde er ergänzend klar und deutlich das sagen, was uns wahrscheinlich Frau Dreifuss noch sagen wird: Hier muss der Rat ein klares, sachliches politisches Zeichen setzen.

Genner Ruth (G, ZH): Interessanterweise debattieren wir in diesem Rat des Öfteren über Plafonds oder über Begrenzungen nach oben und nach unten. Ich möchte Sie an die Diskussion um den Beitragssatz im Zusammenhang mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Avig) erinnern. Wir haben einen Plafond bei 106 000 Franken Einkommen gesetzt: Nur bis zu diesem Lohnbetrag sollen gemäss bürgerlicher Mehrheit Beiträge an die Arbeitslosenversicherung gezahlt werden. Höhere Einkommen sind nach der Revision nun beitragsbefreit – eine Ungerechtigkeit und ein Grund dafür, dass wir das Referendum unterstützen. Ein Grund auch, warum das Avig nicht mehr zu den Sozialversicherungen zu zählen ist; das Avig ist nämlich mit diesem Entscheid zu einer ganz normalen Versicherung degradiert worden.

Gestern haben wir über den Lohnplafond oder über die Lohnschwelle diskutiert, die überschritten werden muss, damit man den Eintritt in die zweite Säule schafft und bei dieser Versicherung überhaupt dabei ist. Auch da wurde keine soziale Lösung getroffen: erstens, weil ausgerechnet tiefe Einkommen weiterhin ausgeschlossen sind, und zweitens, weil eine grosse Gruppe von Frauen nach wie vor von einer der wichtigsten Säulen der Altersvorsorge ausgesperrt bleibt.

Mit meinem Antrag möchte ich analog zum Entwurf des Bundesrates einen Plafond bei den steuerbefreiten Beträgen an der zweiten Säule einführen. Es handelt sich im Übrigen um eine grosszügige Grenze. Bei der Bemessung soll nämlich

ein Fünffaches des oberen obligatorischen Grenzbetrages als Grenze gesetzt werden. Das ist nicht weniger, als die Grenze bei einem Plafond von 370 000 Franken zu setzen. Immerhin gilt bei dieser zweiten Säule der Grundsatz der Angemessenheit, was bei der zweiten Säule, d. h. im Hinblick auf die Alterssicherung impliziert, dass es die zweite Säule zusammen mit der ersten Säule ermöglichen soll, die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise fortzuführen.

Sie alle wissen, dass es in der Vergangenheit zu stossenden Vorkommnissen gekommen ist. Offensichtlich überrissene Summen wurden an die Vorsorgeeinrichtungen überwiesen und dort dann eben auch wieder entnommen. Die Beletages, wie diese institutionalisierte Form der Stiftungseinrichtungen heissen, werden im Volk deshalb mit Missbrauch und vor allem mit – gegenüber einer Gemeinschaft und einer Firma verantwortungslosem – Eigennutz gleichgesetzt.

Die skizzierte Problematik steht allein im Kontext mit hohen, mit sehr hohen Löhnen, wo die zweite Säule nämlich zweckentfremdet für die Steueroptimierung eingesetzt wird und wo bis jetzt ganz legal Steuern am Fiskus vorbeigeschleust worden sind. Wir müssen hier eine Obergrenze einführen, nicht nur, weil wir es mit Vorsorgegeldern zu tun haben, sondern weil es sich tatsächlich um einen steuerrechtlichen Missbrauch handelt. Behalten wir unsere Glaubwürdigkeit, und schieben wir diesen Machenschaften einen Riegel! Die grenzenlose Gewährung von Steuerprivilegien ist gerade angesichts der Tatsache, dass auf der anderen Seite noch ein grosser Teil der Berufstätigen vom BVG ausgeschlossen ist, ungerecht und unsozial.

Ich möchte Sie bitten, hier dem Bundesrat zu folgen.

Theiler Georges (R, LU): Ich trete dafür ein, dass wir eine Obergrenze festlegen, wie es der Bundesrat beantragt hat, aber dass wir die Obergrenze nicht beim Fünffachen, sondern beim Zehnfachen ansetzen. Meine Idee ist, dass man hier einen reinen Missbrauchsartikel macht und nicht mit fiskalpolitischen Hintergedanken ans Werk geht. Aber es geht nicht an, dass man mit diesem Gesetz nun einfach zweistellige Millionenbeträge – Stichwort: Steuerprivileg – auf die Seite bringen kann. Das war nie und nimmer die Idee dieses Gesetzes, und das war eigentlich schon so, bevor es die Problematik mit Herrn Barnevik gab. Das Gesetz bezweckt ganz klar und eindeutig die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Art und Weise. Wie die Fälle ja zeigen, gehen die Meinungen bezüglich dieser Angemessenheit jetzt natürlich weit auseinander.

Es stellen sich zwei Fragen. Erstens: Welche Basis wird für das Einkommen, das Sie erzielen, gewählt? Gehören die Boni dazu? Gehören Optionen und Gewinnbeteiligungen dazu oder nicht? Zweitens: Welcher Anteil ist dann effektiv für die gewohnte Lebenshaltung massgebend? Ich möchte mich von zwei Prinzipien leiten lassen: Erstens soll man wenigstens die Lebensgewohnheiten fortsetzen können, die dem Standard angemessen sind. Dazu kann ich stehen, aber darunter verstehe ich keinen Superluxus, sondern eben den normalen Standard, vor allem bezüglich Wohnen usw. Zweitens meine ich, je höher diese Einkommensschwellen sind, umso mehr ist auch die Eigenverantwortung gefragt. Es handelt sich um Einkommen, bei denen der Staat eigentlich gar keine Eingriffe mehr machen sollte und müsste.

Was bedeutet nun der Entwurf des Bundesrates praktisch? Er geht vom versicherten Einkommen von 370 000 Franken aus, zufälligerweise etwa dem Betrag, den ein Bundesrat verdient, nehme ich an. Ich weiss nicht, ob das irgendeine Korrelation hat, ich nehme mal an, es hat keine. Das ergibt ein Altersguthaben von 4 Millionen Franken, auf das Sie warten können, Frau Bundesrätin. Die Rente wird etwa 72 Prozent betragen und bei 265 000 Franken liegen. Davon sind möglicherweise etwa 10 000 Menschen in diesem Land betroffen, also doch schon eine rechte Zahl.

Bei meinem Antrag wäre der Plafond bei 740 000 Franken; das Sparkapital beträgt etwa 8 Millionen Franken, die Rente daraus 550 000 Franken, und es sind möglicherweise noch 2000 Menschen davon betroffen.

Meine Lösung ist ein echter Beitrag zur Missbrauchsbekämpfung, und die Lösung des Bundesrates enthält doch in ganz wesentlicher Weise auch eine fiskalpolitische Idee, für die – so meine ich – dieses Gesetz nicht der richtige Platz ist. Gegen die Lösung des Bundesrates wird eingewandt, sie sei nicht kongruent mit dem AHV-Gesetz, weil dort natürlich ein anderes System herrscht – alle, auch die hohen Einkommen werden voll belastet –, und die Bekämpfung von Missbräuchen gehöre nicht hierhin, sondern ins Steuergesetz.

Beides ist nicht ganz zutreffend. Die AHV basiert ja auf einem ganz anderen Prinzip: Besserverdienende sollen dort Schlechterverdienende solidarisch stützen, diese Umlagerung beginnt ja bereits bei 70 000 Franken. Beim BVG geht es um eine Spareinrichtung: Jeder bezahlt ein und bekommt das, was er einbezahlt hat, womöglich wieder einmal zurück. Aber auch hier im BVG haben wir eine Limite gesetzt. Wir haben die Limite, bis zu welcher die Arbeitgeber die Versicherung eben leisten müssen, bei 74 000 Franken gesetzt. Wenn wir jetzt eine zweite Obergrenze festlegen, ist das nicht systemfremd. Gutverdienende haben zusätzlich die Möglichkeit, via die Säulen 3a und 3b ebenfalls steuerprivilegiert zu sparen. Es gibt auch weitere Säulen: die Säule 4 für den Ferrari und die Säule 5 für die Luxusjacht. Aber dafür soll man privat aufkommen; ich mag das jedem gönnen, aber es gehört nicht in eine Altersversicherung.

Die Kommission hat diese Fragen diskutiert. Sie hat das ein erstes Mal vor dem Fall Barnevik getan, und hat auch danach noch einmal darüber gesprochen. Ich bin ein wenig enttäuscht, dass die Kommission einfach alles so herausgestrichen hat. Es liegt an diesem Parlament, die politische Frage zu beantworten, was angemessen ist und was nicht. Wir sollten das Problem jetzt nicht einfach mit den erwähnten Kommissionspostulaten, die uns noch nicht vorliegen, wieder an den Bundesrat zurückschieben: Er soll das Problem lösen, er soll es erst noch rasch lösen, und er soll – wie ich da gelesen habe – einen Vorschlag für die Amtshilfe zwischen Steuerbehörden und Stiftungsaufsicht machen. Das sind alles Prozesse, die zwei, drei Jahre dauern, und dann werden sich wieder Bundesgerichte damit zu befassen haben.

Sie haben hier und heute die Möglichkeit zu entscheiden, was Sie für angemessen halten. Man kann es auch dem Ständerat überlassen, diese Limite noch mehr zu erhöhen, damit wirklich nur der Missbrauch bekämpft und nicht eine fiskalpolitische Idee umgesetzt wird.

Ich bitte Sie: Beantworten Sie hier und heute die Frage der Angemessenheit und nicht erst morgen, beseitigen Sie hier und heute Missbräuche und nicht erst morgen, aber beseitigen Sie nur die Missbräuche und machen Sie bitte keine Fiskalpolitik. Deshalb beantrage ich, den zehnfachen oberen Grenzbetrag festzuschreiben.

Genner Ruth (G, ZH): Herr Theiler, wir sind in mancherlei Hinsicht gleicher Meinung. Wir haben auch gleiche Überlegungen gemacht, beispielsweise im Hinblick auf die Angemessenheit. Meine Frage ist vielmehr: Wollen Sie vor allem beim BVG, also dort, wo das Potenzial einer möglichen Rente ausgelöst wird, einen Deckel aufsetzen? Oder sind Sie nicht auch der Meinung, dass wir vor allem darauf hinarbeiten müssen, dass in der beruflich aktiven Phase nicht übermässig viel Geld am Fiskus vorbeigeschleust wird?

Theiler Georges (R, LU): Wir sprechen ja seit Stunden und Tagen vom BVG. Ich wüsste nicht, wovon ich sonst gesprochen hätte. Das gilt auch für Sie. Übrigens freut es mich, dass wir einmal im Grundsatz fast die gleiche Meinung haben. Aber was die Höhe anbelangt, bin ich ganz klar anderer Meinung. Ich habe Mühe mit Ausdrücken wie dem, dass das Geld jetzt «am Fiskus vorbeigeschleust» werde. Wenn wir als Gesetzgeber das zulassen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn es auch gemacht wird. Das ist nicht illegal, wie gesagt worden ist, sondern wir haben die Frage der Angemessenheit nicht geregelt. Dann müssen Sie eben damit

rechnen, dass es Menschen gibt, die sich nicht mehr angemessen verhalten. Es tut mir auch Leid, dass es so gekommen ist.

Rossini Stéphane (S, VS): Il est évident pour le groupe socialiste que le cas Barnevik marque un tournant dans l'application de la loi sur la prévoyance professionnelle. Il nous faut donc réagir, et nous entendons bien soutenir le projet du Conseil fédéral, parce que l'après-Barnevik doit être différé et que les pratiques d'abus sont à bannir.

Après les questions liées à la transparence, il nous incombe maintenant d'éviter que cette législation sociale ne soit appliquée à travers divers artifices qui sont à la fois des abus manifestes – cela a déjà été dit – et des pratiques relevant de l'inéquité fiscale, quand ce n'est pas purement et simplement de la fraude fiscale.

Lors de la dernière séance de notre commission, nous avons pu prendre connaissance du rapport «Bel-Etage» réalisé par l'administration. On y découvre un certain nombre d'éléments tout à fait intéressants, certains franchement à peine croyables. On y découvre ainsi que les formes de prévoyance «Bel-Etage» sont caractérisées par une totale opacité, une absence de contrôle rigoureux, un aspect éminemment choquant de certaines situations, une absence de définition du rapport de prévoyance basé sur une légitimité, un problème d'adéquation au but de la prévoyance, ou encore des inégalités de traitement. Pour terminer, on y découvre que si la prévoyance est exagérée et viole les principes de planification d'égalité de traitement, il s'agit sur le plan fiscal d'une répartition cachée de bénéfices, rien de moins que cela! Cette situation est donc inacceptable.

De même, s'agissant du problème du rachat mentionné à l'article 79b, introduit dans le cadre de la «table ronde», il s'agit également d'une source d'abus qu'on ne saurait accepter.

Par conséquent, il n'est pas tolérable à nos yeux que, pour une certaine catégorie de directeurs et de cadres supérieurs – donc pour une toute petite minorité –, dont les revenus sont fréquemment à la limite de l'indécence tellement ils sont élevés, on tolère encore une pratique consistant à octroyer des revenus déguisés, cela par le biais d'une législation sur la prévoyance professionnelle relevant de la législation sociale et en fonction de ses avantages fiscaux.

Enfin, en plus des postulats qui ont été déposés par la commission, soutenir le projet du Conseil fédéral est aujourd'hui pour nous non seulement un signe, c'est un premier pas concret qu'il nous faut franchir en maintenant le plafond à un salaire annuel de 370 800 francs, tel que M. Studer Heiner le propose.

Le groupe socialiste soutient donc prioritairement la proposition Studer Heiner.

Widrig Hans Werner (C, SG): Die fünf Mitglieder der CVP-Fraktion in der SGK haben beim Themenbereich oberer Grenzbetrag der versicherten Einkommen in Artikel 79c dem Antrag der Kommission zugestimmt, keine willkürliche Obergrenze zu setzen. Wir lehnen somit die Lösung des Bundesrates ab, den im BVG versicherbaren Lohn auf den fünffachen oberen Grenzbetrag zu limitieren. Der politische Schaden wäre grösser als die kaum bezifferbaren steuerlichen Mehreinnahmen. Es wäre falsch, einerseits in der ersten Säule – bei der AHV – die unlimitierte Solidarität zu fordern, aber andererseits bei der zweiten Säule Grenzen für die Versicherbarkeit zu ziehen. Was wir in der Schweiz in der ersten Säule machen, ist weltweit einzigartig. In Deutschland ist es mit den Sozial- und Rentenabgabebeträgen bei einem Einkommen ab 120 000 Franken pro Jahr fertig und Schluss. Es ist immer falsch, aufgrund eines Einzelfalles, wo die Pensionspläne den Grundsätzen der Kollektivität bzw. der Gleichbehandlung offenbar nicht entsprechen, einfach eine willkürliche Zahl für alle anderen x-Hunderttausend als Obergrenze festzulegen. Der Fall Barnevik ist genannt worden; ich denke, das ist mehr ein Problem der internen Kontrollmechanismen der ABB und weniger eines der Gesetz-

gebung beim BVG. Nun wollen wir ja, dass künftig keine solchen Missbräuche passieren.

Wir sind uns in der CVP-Fraktion bezüglich der Zielsetzung mit den Anträgen Genner, Theiler und Studer Heiner einig; wir wollen diese Zielsetzung auch. Wir unterstützen deshalb einhellig die von der Kommission eingereichten Postulate, die solche Einzelfälle künftig unmöglich machen. Das ist aber keine Frage des BVG, das ist eine steuerliche Frage. Sie betrifft z. B. das Amtshilfeverfahren, das im Eidgenössischen Finanzdepartement angesiedelt ist.

Der Antrag der Kommission erfolgte praktisch einstimmig – es gibt keinen Minderheitsantrag, wie Sie der Fahne entnehmen –, wahrscheinlich auch im Wissen um das Problem der Verfassungsmässigkeit. Die Sicherheit der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise, was immer das heissen mag, ist nicht plafoniert. Wir haben diese Diskussion ja bereits 1998 beim Stabilisierungsprogramm geführt und das damals abgelehnt.

Ich bitte Sie nun namens der Mehrheit der CVP-Fraktion, dem Antrag der Kommission zuzustimmen und dann vor allem die Postulate zur Missbrauchsbekämpfung zu überweisen – das ist systemkonform –, die sicher Ergänzungen der Steuergesetzgebung zur Folge haben werden.

Heberlein Trix (R, ZH): In der Kommission haben wir die Frage der Festlegung einer Höchstgrenze sehr intensiv diskutiert und uns nach Prüfung aller Möglichkeiten – insbesondere auch der Frage einer willkürlichen Festlegung der Obergrenze – dazu entschlossen, die Fragen gesamthaft zu betrachten und zu beurteilen und nicht einen Beschluss zu fassen, dessen Konsequenzen dann doch nicht befriedigend sind.

Wir haben auch andere Probleme in diesem Bereich. Ich möchte die Ratslinke daran erinnern, dass sie diesen Kompromiss mitgetragen hat und sich nicht darauf berufen kann, jetzt wieder auszusteigen, sobald dann in der Plenumsdiskussion die Möglichkeit dazu gegeben wird.

Die Einkaufsbeschränkungen sind rein fiskalische Massnahmen. Auch Personen mit hohen Löhnen haben das verfassungsmässige Recht, die Ziele der beruflichen Vorsorge zu erfüllen. Dabei müssen selbstverständlich die steuerlichen Vorgaben erfüllt sein und die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Die Vorsorge muss angemessen sein. Gerade an diesem Begriff haben sich die Geister bereits geschieden, und daher haben wir auch das entsprechende Postulat formuliert. Es gibt eine völlig unangemessene Vorsorge, dies ist richtig, es gibt auch völlig unangemessene Löhne. Gerade das war bei einzelnen missbräuchlichen Situationen jetzt der Fall; es ging nicht so sehr um fiktive Einzahlungen in die Pensionskassen, sondern um überrissene Löhne.

Die Vorsorge muss auf einem Reglement beruhen. Es dürfen keine Einzelversicherungen abgeschlossen werden, sondern die Voraussetzung ist eine Kollektivität und eine Planmässigkeit. Einzelabmachungen sind klar widerrechtlich. Die Problematik bei den überrissenen Lohnzahlungen kann aber auch am anderen Ende des Spektrums sein. Wir haben in der Kommission die Beispiele von den Verantwortlichen gehört: Bei KMU-Betrieben oder bei Selbstständigerwerbenden kann es vorkommen, dass man aufgemuntert wird, eine Vorsorge für 100 000 Franken abzuschliessen, obwohl man niemals auf eine derartige Einkommenssumme kommt.

Zusammengefasst: Die Postulate ermöglichen uns eine differenzierte Abklärung der vorhandenen Probleme und Schwierigkeiten, die vielschichtig sind und nicht einfach mit einer Obergrenze geregelt werden können. Danach müssen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen und die gesetzlichen Grundlagen schaffen. Eine heute willkürlich eingefügte Begrenzung widerspricht möglicherweise der Verfassung und hätte ganz sicher neue Diskussionen über die unbeschränkte Beitragspflicht bei der ersten Säule zur Folge, nämlich für jenen Bereich, in dem eine Versicherung der zweiten Säule verboten wird.

Ich habe es erwähnt, die Ratslinke hat diesen Kompromiss in der Kommission klar mitgetragen. Wenn nun Herr Rossini nicht mehr dabei ist, so scheint mir das angesichts des Kompromisses, den wir gefunden haben, falsch zu sein. Ich beantrage Ihnen, der Kommission zuzustimmen.

Fasel Hugo (G, FR): Es ist eigentlich schade, dass es zu erst dieses krassen Falles Barnevik bedurfte, bis wir überhaupt über diese Frage diskutieren, denn bereits zu Beginn der Beratungen hatten wir im Visier, eine Diskussion zu den «Beletage»-Versicherungen zu führen. Doch damals hat man gerade von rechter Ratsseite jede Diskussion zu diesem Thema unterbunden und klar und deutlich abgelehnt. Insofern haben wir wenigstens jetzt einen Schritt vorwärts gemacht, indem anscheinend der ganze Rat einsieht, dass gewisse Grenzen zu setzen sind. Grundsätzlich sind ja die Grenzen gegeben; Orientierungspunkt ist die gewohnte Lebenshaltung. Heute geht es eigentlich darum, die «gewohnte Lebenshaltung» näher zu umschreiben.

Dabei gibt es zwei Wege. Die einen sagen, die Obergrenze könne jetzt gezogen werden; das tun die Anträge Genner und Theiler. Andererseits haben wir die Kommissionspostulate, die den einen oder anderen Aspekt noch vertieft untersuchen möchten. Ich bin zusammen mit der grünen Fraktion der Auffassung, dass es sehr sinnvoll ist, heute einmal eine solche Obergrenze zu setzen, die nicht willkürlich ist, sondern die sich an der gewohnten Lebenshaltung orientiert und die politisch gesetzt wird. Wer es etwas feiner haben will, der soll tatsächlich den anschliessenden Postulaten zustimmen. Diese Postulate werden Berichte auslösen, und aufgrund dieser Berichte kann dann der Ständerat meinetwegen noch die eine oder andere Optimierung vornehmen.

Noch zur Bemerkung von Frau Heberlein: Es ist falsch, wenn man sagt, jemand schere aus dem Kompromiss aus. Bisher haben jene, die an den Kompromiss gemahnt haben, den Kompromiss wohl am besten eingehalten. Bisher ist Ihre Seite bei der Eintrittsschwelle und bei der Senkung des Umwandlungssatzes bezüglich der Dauer ausgestiegen. Sie sollten hier nicht anderen etwas vorwerfen, wenn man selber bereits zwei Mal in viel wesentlicheren Punkten aus dem Kompromiss ausgestiegen ist. Wenn Sie die Postulate konsequent umsetzen, haben Sie die Möglichkeit, das wiederum hereinzuholen, was Sie gerne möchten, nämlich eine dynamische Obergrenze zu setzen, eine verfeinerte Form dessen, was heute die Anträge Studer Heiner, Genner und Theiler vorschlagen.

Wir werden prioritär den Anträgen Genner und Studer Heiner zustimmen.

Hess Peter (C, ZG): Ich habe soeben den Wortlaut der drei Postulate zu Gesicht bekommen. Sie sind uns bis jetzt nicht ausgeteilt und offenbar nur in der Kommission besprochen worden. Ich war seinerzeit am «runden Tisch» mit dabei, als wir diese vielleicht etwas unelegante Lösung eingeführt haben.

Ich bin aber der Meinung, dass wir es jetzt im Revisionsprozess nicht nur bei diesen Postulaten bewenden lassen dürfen, sondern dass wir ganz klar den Ständerat dazu auffordern müssen, hier eine taugliche Lösung zu finden – wenn nicht im BVG, dann sicher in der Steuergesetzgebung, damit das gleichzeitig verabschiedet werden kann. Ich befürchte nämlich, dass wir sonst in einem Bereich, der aus steuerlichen Überlegungen klar Missbräuche zulässt, keine Regelung haben werden. Das wollten wir beim Stabilisierungsprogramm ausmerzen.

Goll Christine (S, ZH): Ich möchte zuerst die Frage von Herrn Hess Peter beantworten. Wir haben Ende letzter Woche in der SGK nochmals über diese Problematik diskutiert und in diesem Rahmen drei Postulate überwiesen. Ich bin sicher, dass die Kommissionssprecher Ihnen nachher auch genau sagen können, was der Inhalt dieser Postulate ist. Ich möchte jetzt aber auf eine Äusserung zurückkommen, die Frau Heberlein hier vorne gemacht hat. Sie haben uns

unterstellt, dass wir einen Kompromiss mitgetragen und uns dagegen gewehrt hätten, dass diese Begrenzung des versicherten Verdienstes jetzt im BVG festgeschrieben wird, wie es der Bundesrat vorschlägt. Sie haben die Erklärung meines Fraktionskollegen Rossini gehört, und Sie haben auch gehört, dass wir den Bundesrat selbstverständlich unterstützen werden. Das heisst nicht, dass wir aus einem Kompromiss ausgeschert sind, wie Sie uns unterstellt haben. Wenn hier jemand aus einem Kompromiss ausgeschert ist, dann sind es Ihre Kreise, und zwar in Bezug auf die Höhe des Koordinationsabzuges – der Kompromiss war nämlich bei 12 000 Franken – und in Bezug auf die Senkung des Umwandlungssatzes, wo wir im Kompromisspaket der Kommission einen Satz von 6,8 Prozent mit einer Übergangsfrist von 15 Jahren vorgesehen haben.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Diese Artikel gaben in der Kommission sehr viel zu reden. Bisher wurde der Regelungsspielraum von Vorsorgeeinrichtungen nur durch Minimalvorschriften eingengt, und der Bundesrat schlug uns vor, mit den Obergrenzen beim Einkauf und einer maximalen Höhe des versicherbaren Verdienstes auch eine Maximaleinschränkung zu erlassen. Das hat die Kommission im ersten Anlauf ganz abgelehnt, und zwar aus Systemgründen.

In der ersten Säule haben wir das System, dass man auf allem, was man verdient, Abgaben entrichten muss; aber man erhält nur einen kleinen Plafond, aus dem man dann wirklich eine Rente erhält. Die AHV ist darauf angewiesen, dass die sehr gut Verdienenden ihre Beiträge leisten.

Die zweite Säule hat ein anderes System. Es besteht aus der persönlichen Vorsorge, mit der man den angemessenen Lebensstandard nach der Pensionierung weiterführen können soll.

Ich habe Ihnen bereits gestern gesagt: Wenn nun jemand 10 Millionen Franken verdient – und wir gehen davon aus, dass man 60 Prozent des letzten Erwerbseinkommens haben sollte –, sollte er theoretisch 6 Millionen Franken davon versichern können. Daraus ersehen Sie, dass wir an bestimmten Grenzen stossen. Die Lebenshaltung soll ja nach Artikel 1 «in angemessener Weise» ermöglicht werden.

Ich muss Ihnen sagen: Ich war letzthin für ein Referat über die 1. BVG-Revision bei einer grossen Versicherung eingeladen. Nach mir kam ein zweiter Referent mit dem Referat «Steuroptimierung im Rahmen der persönlichen Vorsorge». Da muss ich Ihnen gestehen: Eigentlich hätte ich dasitzen und die Augen und Ohren verschliessen müssen, um weder etwas zu sehen noch etwas zu hören.

Wir sind im Konflikt. Auf der einen Seite zahlt niemand gerne Steuern, und alle, wirklich alle, versuchen dort Optimierungen zu machen, wo es möglich ist. Aber hier kommen wir an Grenzen, wo der Begriff der beruflichen Vorsorge nicht mehr zutreffend ist. Niemand von denen, die diese Einkaufsbeschränkungen und Beschränkungen des versicherbaren Lohnes nicht mehr wollten, hat daran gedacht, dass es hier um Zahlen in der Höhe von dreistelligen Millionenbeträgen gehen könnte. Das ist ein Problem.

Aber primär – das möchte ich hier festhalten – sind diese übergrossen Löhne das Problem der Unternehmer selber, das Problem der Aktionäre. Es ist ihr Problem, dass überhaupt so etwas vorkommt. Es ist auch ein Problem, wenn ein Transfer eines Fussballers für eine Summe in Millionenhöhe stattfindet. Wir sind im Begriff, hier das vernünftige Mass überhaupt zu verlieren. Bei den überhohen Löhnen ist es aber Sache der Verwaltungsräte – sofern sie sich das nicht selber geben wollen – oder dann der Aktionäre, hier vernünftige Schranken zu setzen.

Das Problem, das wir aber haben – und dessen waren wir uns in der Kommission bewusst –: Es ist nicht einfach, eine Obergrenze zu setzen. Sind das, wie der Bundesrat vorschlägt, 361 000 Franken? Sind das, wie Kollege Theiler vorschlägt, 1 oder 1,2 Millionen Franken? Das Problem ist, dass wir nirgendwo definiert haben, was berufliche Vorsorge ist. Wenn man das definiert hat, kann man ausscheiden. Die

Kommission war sich dieser Schwierigkeit spätestens nach dem Fall Barnevik bewusst, und es hat etwas Verlockendes gehabt, einfach eine Zahl ins Gesetz zu schreiben. Dann hätte am anderen Tag die Schlagzeile gelautet: «Nationalratskommission will Abzocker an die Kandare nehmen» – oder irgend so etwas. Aber wir wollten nicht nur Kosmetik betreiben, sondern wir haben uns in verschiedenen Gesprächen, auch mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung, mit dem Problem auseinander gesetzt, und wir wollten mit einem dreiteiligen Vorstoss wirklich Missbrauch bekämpfen. Deshalb figuriert auch kein Minderheitsantrag auf der Fahne.

Diese drei Postulate – Sie werden die Texte ausgeteilt bekommen; wir können sie heute nicht verabschieden, weil dies unüblich ist, wenn der Bundesrat dazu noch nicht Stellung genommen hat – sollen uns erlauben, Missbrauch in der beruflichen Vorsorge wirklich zu bekämpfen. Gemäss dem ersten Vorstoss muss man die berufliche Vorsorge definieren. Was nicht zur beruflichen Vorsorge gehört, kann dann nicht mehr von Steuererleichterungen profitieren. Der zweite Vorstoss will, dass eine Amtshilfe zwischen Steuerbehörde und Sozialversicherung möglich ist, damit man sieht, dass auf diesen Beträgen ordnungsgemäss AHV- und andere Sozialversicherungsbeiträge geleistet wurden und nicht einfach ein fiktives Einkommen vorhanden ist.

Schon heute müssen ja die Grundsätze vorhanden sein, Reglemente müssen da sein, die Anforderungen der Planmässigkeit und Kollektivität müssen erfüllt sein. Aber bereits zwei Versicherte können ja dem Kriterium der Kollektivität entsprechen.

Mit dem dritten Vorstoss verlangen wir vom Bundesrat einen Bericht darüber, wo Missbräuche in der beruflichen Vorsorge geortet werden, und zwar nicht nur bei den allerhöchsten Einkommen. Diese allerhöchsten Einkommen, über die wir sprechen – Einkommen in der Höhe von über einer Million Franken –, betreffen nur 0,3 Promille unserer Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass wir Missbräuche wirksam eingrenzen müssen, und zwar mit diesen drei Vorstössen. Wenn Sie diesen Forderungen zustimmen, geben wir das Problem weiter an den Ständerat. Wir müssen hier regulieren und sind bereit dazu; das hat nichts mit der Einhaltung eines «Pakets» zu tun. Wir sind als Parlament nicht nur dazu befähigt, sondern wir sind auch aufgerufen, dies zu tun. Deshalb hat die Kommission beschlossen, diesen Weg zu gehen. Sie empfiehlt Ihnen, sich ihr anzuschliessen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: D'un côté, le Conseil fédéral suggère qu'à l'article 79b soit reprise la réglementation déjà en vigueur concernant la limitation des rachats introduite par la loi fédérale sur le programme de stabilisation et, de l'autre, il propose à l'article 79c de limiter le salaire annuel assurable à cinq fois le montant supérieur prévu à l'article 8 alinéa 1er, c'est-à-dire à 370 800 francs. Après de longues discussions, la commission a fini par décider de biffer ces deux dispositions pour les raisons suivantes.

1. Pour une raison de nature «politique», c'est-à-dire comme résultat d'un compromis réalisé au sein de la commission. Ayant pu élaborer un modèle favorable aux bas salaires, la commission a jugé contre-productif d'introduire en même temps une forme de «pénalisation» des assurés à hauts revenus. Evidemment, ce compromis a été un peu modifié de par les décisions du Conseil, ce qui conduit, nous venons de l'entendre, une partie des forces représentées aussi au sein de la commission à choisir aujourd'hui une autre direction.

2. Pour une raison liée au jugement concernant la relation qui doit exister entre d'un côté la LPP et de l'autre la législation fiscale. Nous reconnaissons que la prévoyance professionnelle des personnes à hauts revenus peut conduire à des abus. En même temps, nous sommes convaincus qu'il est plus logique de lutter contre ces abus par la voie de la législation fiscale que par la LPP. Mais honnêtement, nous devons tout de même admettre que le temps nous a manqué en commission pour examiner de façon plus approfondie ces aspects qui se sont révélés très complexes.

La commission a donc choisi de formuler trois postulats qui devraient permettre d'orienter la discussion et de prévoir des mesures plus efficaces et qui vont dans cette direction.

Ces trois postulats vont d'ailleurs être distribués. Le premier concerne une question de principe, à savoir une meilleure définition de ce qu'est la prévoyance professionnelle. Le deuxième demande que soit rapidement communiqué par quelles dispositions de la LPP et de la législation fiscale, ou par quelles autres mesures on peut lutter contre les abus. Le troisième demande d'améliorer la coopération entre les autorités fiscales et les autorités de surveillance de la LPP. Cela devrait permettre d'approfondir ultérieurement le problème des interventions et des mesures précises à prendre. Il faut aussi admettre qu'entre-temps, les choses ont évolué très rapidement. D'un côté, nous avons été confrontés à des cas concrets qui prouvent qu'il est nécessaire de régler ce problème et, de l'autre, on nous a mis à disposition les premières études écrites qui soulèvent des questions pour l'avenir. Donc, je pense que l'on peut avoir de la compréhension pour les intervenants qui, aujourd'hui, demandent d'aller encore plus vite et d'adopter des solutions concrètes déjà au stade actuel.

En tant que rapporteur, je ne peux que souhaiter que l'orientation que la commission propose de prendre soit acceptée. Celle-ci, de toute façon, demande de prendre des mesures concrètes, mais la commission reste ouverte à toute réflexion ultérieure, ce qui devrait d'ailleurs aussi intéresser l'autre Chambre.

Theiler Georges (R, LU): Die Kommission schlägt vor, drei Postulate einzureichen. Ich habe gemerkt, dass Sie diese Postulate offensichtlich nicht erhalten haben; ich habe sie mir irgendwie erschlichen, ich gebe es zu. Mir ist ein Postulat aufgefallen, zu dem ich doch noch gerne Ihre Erläuterungen hätte, Herr Robbiani. Darin wird tatsächlich die Umschreibung der beruflichen Vorsorge verlangt: «Der Bundesrat wird eingeladen, die gesetzlichen Bestimmungen vorzuschlagen, welche eine Umschreibung der beruflichen Vorsorge ermöglichen.»

Jetzt haben wir nach zehn Jahren ein Gesetz revidiert, Ihre Kommission hat während Monaten daran gearbeitet, wir haben schon den zweiten Tag mit den Beratungen dazu verbracht, und ich bekomme jetzt ein solches Postulat auf den Tisch, das verlangt, man solle präzisieren, was eigentlich berufliche Vorsorge sein soll! Entweder hat die Kommission die Arbeit nicht vollständig gemacht, oder dieses Postulat ist völlig überflüssig. Ich werde der Überweisung des Postulates so ganz sicher nicht zustimmen, ob Sie dieser Obergrenze jetzt zustimmen oder nicht. Es geht nicht an, so zu arbeiten, dass wir am Schluss von Beratungen sagen müssen: Lieber Bundesrat, du hast zwar etwas vorgeschlagen, das passt uns aber nicht, nimm das Ganze wieder zurück. So kann man nicht legislieren! Erklären Sie mir jetzt, wie so etwas in einer Kommission zustande kommt!

Robbiani Meinrad (C, TI), pour la commission: D'abord, Monsieur Theiler, il ne faut pas isoler un postulat mais les prendre en considération ensemble parce qu'ils contiennent les orientations propres à définir des mesures plus concrètes. Vous avez affirmé que le premier postulat était superflu, ce n'est pas vrai du tout. Vous avez répondu indirectement à ce que demande ce postulat. Si vous dites que la prévoyance professionnelle est limitée au décuple du montant limite supérieur prévu à l'article 8 alinéa 1er LPP, vous donnez une définition de ce que couvre la prévoyance professionnelle, mais c'est votre interprétation! A notre avis, il est opportun d'aller de l'avant dans cette réflexion, d'approfondir ce thème et d'apporter une réponse. Vous avez donné une réponse, il y en a peut-être d'autres qui vont dans cette direction.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich möchte noch gerne Herrn Theiler eine Antwort geben auf die Frage, wie das zustande kam: Wir hatten schlichtweg keine Zeit mehr. Es waren breite bürgerliche Kreise, die dahinter standen, diese Obergrenze aus Systemgründen fest-

zusetzen. Wir sahen am Schluss, dass wir hier etwas tun müssen, aber ich gebe zu: Wenn wir eine Grenze festlegen – ob sie bei 361 000 Franken oder bei 1,2 Millionen Franken ist –, ist sie willkürlich; jede Grenze ist willkürlich. Um hier wirklich eine Lösung zu finden, hätten wir noch Zeit gebraucht. Jetzt ist aber die BVG-Revision so angelegt, dass künftige Revisionen gemeinsam mit jenen der AHV erfolgen sollten. Man muss ja diese beiden Sozialwerke irgendwie koordinieren können. Deshalb standen wir vor dem Problem, eine obere Grenze festzulegen oder die berufliche Vorsorge in diesem Punkt auf andere Art zu regeln. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete der Chef der Eidgenössischen Steuerverwaltung eine Woche nach der Frühjahrs-session. Wir wollten dann nicht einfach irgendeinen Text zu Papier bringen, sondern das Problem ausdiskutieren, um nachher hinter der Lösung stehen zu können. Dazu hätten wir aber mehr Zeit gebraucht. Für eine verantwortungsbewusste Legiferierung, wie wir das beim Systemwechsel und bei den anderen Punkten machten, fehlte uns die Zeit.

Aber es lag uns daran, dieses Problem in den Raum zu stellen und mögliche Lösungen ins Auge zu fassen. Wenn wir jetzt eine Obergrenze nehmen, Herr Theiler, z. B. Ihre, dann müssen wir uns bewusst sein, dass diese noch einmal angeschaut und diskutiert werden muss.

Wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, haben Sie aber festgestellt, dass ich mich nicht gegen eine solche Obergrenze gewehrt habe. Ich habe als Kommissionssprecherin aber betont, dass man dieses Problem anschauen muss. Im Übrigen denke ich, dass Sie sich eine Meinung gebildet haben, und Sie werden gut entscheiden.

Studer Heiner (E, AG): Gerade weil ich der Kommissionssprecherin sehr gut zugehört habe, bin ich über das Resultat erstaunt. Wir sind ja jetzt der Erstrat, der diese Revision behandelt, wir haben ein Problem erkannt. Deshalb ist es wichtig, dass wir einen Entscheid treffen. Selbstverständlich kann dann der Zweitrat in diesem Rahmen intensiv überlegen, ob man das gleiche Ziel auch anders erreichen könnte. Aber jetzt müssen wir unbedingt die Richtung bestimmen, damit der andere Rat dazu seine Überlegungen anstellen kann. Deshalb ist es wichtig, dass Sie hier jetzt eine Obergrenze beschliessen und sich nicht einfach auf Vorstösse verlassen, die dann erst noch kommen werden.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je crois que M. Theiler a bien montré dans son intervention les deux facettes du problème. Il y a la facette fiscalité et la facette lutte contre les abus. La disposition du Conseil fédéral est de nature fiscale. Il part du principe que s'il est tout à fait légitime et nécessaire de favoriser l'accumulation d'un capital de prévoyance pour permettre de maintenir un niveau de vie satisfaisant ou, comme le dit la constitution à l'article 113 alinéa 2 lettre a, le maintien de manière appropriée du niveau de vie antérieur, il n'est pas légitime de soutenir fiscalement n'importe quel revenu ou une échelle ouverte vers l'infini. Le Conseil fédéral part effectivement de l'idée que ce qu'il doit favoriser fiscalement, c'est une épargne par rapport à un salaire dont la limite supérieure est fixée au quintuple du montant limite supérieur prévu à l'article 8 alinéa 1er, c'est-à-dire à 370 800 francs par an.

Mais, encore une fois, le but est l'équité fiscale. Peut-on diminuer la charge des personnes qui épargnent dans le deuxième pilier au-delà de ce seuil? Peut-on les favoriser fiscalement par rapport à tous les autres? Cette disposition du Conseil fédéral, qui rapporterait 80 millions de francs par année, est une contribution à l'équilibre général des assurances sociales, en particulier à celui du deuxième pilier. Voilà le sens du projet du Conseil fédéral.

Je vous invite à suivre ceux qui soutiennent le projet du Conseil fédéral, c'est-à-dire le groupe évangélique et indépendant (proposition Studer Heiner) et le groupe écologiste (proposition Genger).

Combien de personnes sont touchées? 3,2 pour mille des personnes salariées. C'est vraiment dire que, là, on vise un groupe restreint dont le salaire est nettement au-dessus de

celui de l'ensemble de la population. Il est vrai que le Conseil fédéral se situe dans la frange inférieure de ce groupe, tel que M. Theiler l'a décrit, mais cela ne nous a pas particulièrement influencés, et je souligne qu'il est vraiment la frange inférieure.

Par son projet, le Conseil fédéral a donc implicitement défini ce qu'il faut entendre par «maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur», et c'est la raison pour laquelle il l'a présenté.

Comment la discussion s'est-elle déroulée au sein de la commission et quelle a été sa décision? La commission a d'abord dit que, pour obtenir un équilibre entre ceux qui sont favorisés et ceux qui sont défavorisés par le système que nous mettons en place, elle était prête à avantager les hauts revenus et à renoncer à un objectif fiscal. C'est la raison pour laquelle elle n'a pas soutenu le projet du Conseil fédéral. Mais, à la fin de ses travaux, elle s'est aperçue que l'on pouvait fort bien abuser du système, et cela quel que soit le niveau de revenu. L'abus n'est pas un privilège réservé au 0,6 pour cent de la population que M. Theiler serait prêt à faire passer dans la catégorie désavantagée fiscalement.

C'est la raison pour laquelle la commission est revenue sur sa décision de ne rien faire, mais pas sur celle de ne pas vouloir une intention fiscale là-dedans. Elle ne veut pas fixer réellement un plafond à ce que l'on considère comme le maintien de manière appropriée du niveau de vie antérieur, mais elle veut agir contre les gens qui, par exemple, annoncent à l'AVS un salaire très bas pour payer le moins de cotisations possible à l'AVS, mais qui annoncent, pour ce qui concerne la LPP, un salaire beaucoup plus élevé pour pouvoir disposer d'une épargne favorisée sur le plan fiscal. Ce que la commission ne veut pas, c'est que l'on puisse jouer sur le plan fiscal en utilisant la définition de la LPP, et je l'ai dit, elle a soulevé ce problème au dernier moment. Et nous, administration, Conseil fédéral ou cheffe du département, n'avons pas été en mesure de lui faire des propositions suffisamment convaincantes pour montrer, sans objectif fiscal, mais uniquement avec un objectif de lutte contre les abus, nous pourrions trouver la meilleure façon d'agir. C'est pourquoi la commission s'est résignée à transmettre le problème au Conseil des Etats.

Alors:

1. Le Conseil fédéral tient à sa mesure fiscale.
2. De toute façon, le Conseil fédéral tient à analyser de façon plus approfondie quelles sont les possibilités d'abuser du système sur le plan de la fiscalité et de la prévoyance vieillesse. Il sera amené à faire une analyse et des propositions au Conseil des Etats. Cela, il le fera de toute façon parce qu'il est lui aussi encore au milieu du chemin. Il va de soi que ces propositions toucheront à la fois la législation du deuxième pilier et la législation fiscale, et qu'elles toucheront la collaboration, avec les problèmes de protection des données que cela implique, entre les autorités fiscales et les autorités de surveillance des fondations. C'est donc un problème important qu'il aura à résoudre.

Je tiens à répéter encore une fois que le Conseil fédéral, lui, veut les deux: il veut les 80 millions de francs; il considère que, si le salaire dépasse la limite de 370 000 francs par année, alors ce n'est pas à la collectivité de faire un sacrifice pour garantir le niveau de vie antérieur. Mais il veut, pour lutter contre les abus, trouver une solution plus convaincante que celle de M. Theiler, plus convaincante qu'un plafond très élevé.

Strahm Rudolf (S, BE): Ich habe zwei Fragen an Frau Bundesrätin Dreifuss zum konkreten Vorgehen. Es stellt sich die Frage, wie und wann diese Kommissionspostulate für die Missbrauchsgesetzgebung umgesetzt werden.

1. Wird der Bundesrat jetzt einen Vorschlag zur Umsetzung im Steuerrecht, im BVG oder anderswo bringen?
2. Ist der Bundesrat bereit, schon für die ständerätliche Beratung ausformulierte Vorschläge zu unterbreiten, auch wenn wir hier die drei Postulate aus formellen Gründen – wir haben es von den Berichterstattern gehört – nicht verabschieden können? Ich wäre froh um eine Konkretisierung.

Abschliessend möchte ich einfach sagen: Wenn die beiden Artikel 79b und 79c fallen und einfach ersatzlos gestrichen werden, ist das finanzpolitisch gesehen eine Schandtat. Dies gilt vor allem für Artikel 79b, den wir beim Kompromiss des «runden Tisches» verabschiedet haben und der nach zwei Jahren wieder abserviert werden soll. Ich rechne es Ihnen hoch an, Herr Hess Peter – wir haben sonst in fiskalpolitischen Fragen meistens Streit –, dass Sie zum alten Kompromiss des «runden Tisches» stehen und sagen: Artikel 79b sollte aufrechterhalten werden.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Peut-être que j'apprécie l'argument que vous avez apporté à l'appui du projet du Conseil fédéral, mais ce n'est pas de cela dont il s'agit. Je peux répondre à la question, et j'y avais déjà répondu en partie, dans le sens suivant: les postulats sont des instruments très puissants. Ils peuvent développer leurs effets déjà avant d'avoir été transmis. J'ai l'intention de proposer, au Conseil des Etats, qu'un rapport sur les possibilités d'abus dans le domaine de la prévoyance professionnelle soit rédigé en collaboration avec le Département fédéral des finances. J'envoie, au stade actuel, une formulation qui portera à la fois sur la LPP et sur le droit fiscal et qui prévoira une collaboration, et donc des échanges d'informations, entre les autorités fiscales et les autorités de surveillance de la LPP. Monsieur Strahm, je crois avoir répondu ainsi à vos deux questions qui portent sur le temps et le contenu.

Theiler Georges (R, LU): Ich meine, dass der Vorschlag von Herrn Studer die einfachste Lösung wäre: Wir entscheiden heute in der Richtung, dass wir eine Obergrenze festlegen. Der Ständerat kann dann austarieren, wo sie liegt. Mein Kollege Leutenegger Hajo und ich haben eine Tabelle gemacht, die sehr eindrücklich ist. Wenn eine solche Tabelle vorliegt und die Fakten klar sind, kann der Ständerat dann doch darüber entscheiden.

Aber ich möchte Ihnen, Frau Bundesrätin, jetzt eine Frage stellen: Von zwei Votanten wurde gesagt, dass der Entwurf des Bundesrates – und damit natürlich auch mein Antrag – verfassungswidrig sei. Sind Sie der Meinung, dass das verfassungswidrig ist?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Non, vraiment pas. C'est vous-même qui avez posé la question de savoir ce que l'on entend par le maintien approprié du niveau de vie antérieur et jusqu'à quel niveau la prévoyance professionnelle doit être garantie. La constitution n'évoque qu'un principe général et c'est à nous qu'il appartient de moduler la réponse dans la loi.

Art. 79a, 79b

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Studer Heiner/Theiler 99 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 58 Stimmen

Art. 79c

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag Theiler 86 Stimmen
Für den Antrag Studer Heiner/Genner 76 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag Theiler 118 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 43 Stimmen

Art. 83 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Die von einem in einem Drittland wohnhaften Versicherten erhobenen Steuern müssen dem Kanton entrichtet werden, in dem der Versicherte erwerbstätig war.

Minderheit

(Gutzwiller, Dormann, Egerszegi, Guisan, Heberlein, Suter, Triponez, Widrig)

Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Art. 83 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

L'imposition à la charge des assurés résidant dans un pays tiers doit être versée au canton où l'assuré a exercé son activité professionnelle.

Minorité

(Gutzwiller, Dormann, Egerszegi, Guisan, Heberlein, Suter, Triponez, Widrig)

Rejeter la proposition de la majorité

Gutzwiller Felix (R, ZH): Ich habe in Artikel 83 Absatz 2 eine Minderheit zu vertreten. Worum geht es? Heute werden die Leistungen der beruflichen Vorsorge als Einkommen des Leistungsempfängers am Wohnsitz besteuert. Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz bezahlen Quellensteuern auf diesen Leistungen. Für die Bestimmung des Kantons, der diese Quellensteuern empfängt, wird auf den Sitz der Vorsorgeeinrichtung abgestellt.

Die Mehrheit möchte, dass das geändert wird und dass die Steuern dem Kanton entrichtet werden, in dem der Versicherte erwerbstätig war. Natürlich liegt das im Interesse beispielsweise von Kantonen mit vielen erwerbstätigen Grenzgängern. Die Minderheit beantragt Ihnen, bei der Fassung des Bundesrates, also beim jetzigen System zu bleiben, das darin besteht, dass Personen ohne entsprechenden Wohnsitz die Steuern am Sitz der Vorsorgeeinrichtung entrichten. Drei Gründe sind für den Antrag der Minderheit massgebend:

1. Das BVG ist der falsche Ort, um dieses Thema zu regeln, denn es geht um ein Thema der Steuergesetzgebung. Gemäss Artikel 129 der Bundesverfassung ist diese Frage dort zu regeln. Es bestünde hier auch die Gefahr, im BVG Regelungen einzuführen, die teilweise im Widerspruch zu detaillierten Bestimmungen der Steuergesetzgebung stehen würden.

2. Es geht um die Praktikabilität der Durchführung dieses Antrages der Mehrheit. Beispielsweise müsste man über die entsprechenden Informationen zur Zeit der Auszahlung verfügen. Die Erwerbstätigkeit liegt eventuell lange Zeit zurück. Es ginge um die Frage der anteilmässigen Berücksichtigung verschiedener Kantone, die bei vierzig Jahren Erwerbstätigkeit doch sehr ungleich ausfallen kann. Es ginge auch um die Frage: Soll nur der letzte Erwerbsort in den Genuss dieser Steuern kommen oder alle anteilmässig? Auch wenn man beispielsweise nur den letzten Erwerbsort berücksichtigen würde, könnten sich neue Ungleichheiten einschleichen.

3. Es liegt ein Bericht der Kommission für die Sitzung vom 10. April 2002 vor. Dieser Bericht besagt, dass der Umverteilungseffekt in Bezug auf die Quellensteuer sehr bescheiden ausfallen würde.

Die Minderheit beantragt Ihnen deshalb, dieses Konzept nicht zu ändern und dabei zu bleiben, dass bei Personen, die nicht im Lande ansässig sind, der Sitz der Vorsorgeeinrichtung Ort der Quellensteuer ist. Dies mit der Begründung, dass eine Änderung – wenn schon – im Steuergesetz anzu bringen wäre, dass diese Lösung, auch wenn sie für die Grenzkantone interessant wäre, nicht sehr praktikabel ist und dass die finanziellen Auswirkungen eh bescheiden sind. Auch wenn man sich zu den Freunden der Grenzkantone zählt, kann man also nicht unbedingt davon ausgehen, dass sie sehr viel davon hätten, wenn Sie der Mehrheit zustimmen würden.

Ich empfehle Ihnen also, mit der Minderheit dem Bundesrat zuzustimmen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Pour les personnes ayant cotisé à la prévoyance professionnelle en Suisse mais résidant à l'étranger, ce qui est le cas surtout des frontaliers, qui retirent leur capital au terme de leur acti-

tivité professionnelle, les prestations du deuxième pilier sont imposées à la source.

Derrière ce principe se cache une distorsion qui mérite d'être corrigée. Pourquoi? Parce que, comme ces personnes sont assurées, dans la plupart des cas, dans des institutions de prévoyance ayant leur siège dans un canton différent de celui où se situait l'endroit où elles ont travaillé, l'impôt à la source reste acquis entièrement au canton où est sise l'institution de prévoyance. Cela ne paraît pas équitable. D'abord, parce que les retenues destinées à la prévoyance professionnelle constituent une partie du salaire, elles devraient donc être imposées de la même manière. Ensuite, parce que les cantons où les assurés travaillent imposent le revenu du travail même, de façon à tenir compte des primes payées pour le deuxième pilier en tant que déduction. Quand le capital de prévoyance est perçu, ces cantons devraient donc pouvoir récupérer les déductions reconnues avant. Enfin, parce que le lieu de travail est de toute façon le lieu primaire de référence pour toutes les questions liées à l'exercice d'une activité professionnelle et aussi à la sécurité sociale, il devrait donc l'être aussi pour l'imposition de prestations de prévoyance professionnelle.

Selon la majorité de la commission, la LPP est donc appelée à codifier cette primauté du lieu de travail, laissant ensuite à la législation fiscale le soin de définir les modalités concrètes suivant lesquelles les retenues à la source doivent être effectuées.

La commission a adopté cette proposition, par 11 voix contre 8. Elle vous invite à faire de même.

Meyer Thérèse (C, FR): Je voulais donner un avis positif sur la proposition de la majorité à l'article 83 alinéa 2, pour les mêmes raisons que celles qu'a invoquées M. Robbiani. Dans certains cantons périphériques, beaucoup de travailleurs s'expatrient à la fin de leur vie professionnelle. Ces cantons ne peuvent pas récupérer une miette d'impôt puisque les institutions de prévoyance qui versent les prestations aux travailleurs précités sont situées dans d'autres cantons plus centraux et souvent plus favorisés.

Donc, je vous invite à adopter la proposition de la majorité.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral tient à sa solution et remercie la minorité de l'avoir remise sur le tapis. Je vous prie de l'adopter.

J'aimerais dire que le problème n'est peut-être pas, du point de vue financier, aussi important que vous l'imaginez parce que, dans la plupart des accords bilatéraux relatifs à la fiscalité, la fiscalité s'applique au lieu de domicile, et non pas au lieu où la rente est payée. Donc, pour la plupart des pays avec lesquels nous avons signé des accords, c'est de toute façon le pays de domicile de l'assuré, puisqu'il ne peut pas y avoir de double imposition selon ces accords, qui est le lieu où l'impôt est perçu. Il s'agit donc ici de personnes domiciliées à l'étranger, qui reçoivent une rente suisse et qui ne vivent pas dans un pays avec lequel nous avons signé un accord de double imposition. Cela réduit quand même le nombre de cas. Cela réduit aussi le gâteau fiscal dont il s'agit ici.

C'est la raison pour laquelle, étant donné les difficultés qu'il y a à déterminer le lieu où l'assuré a exercé son activité professionnelle en Suisse, je vous invite à ne pas suivre cette piste-là. Si nous voulions aller dans ce sens, ce serait réglé dans des lois fiscales, en particulier dans la réglementation concernant l'impôt à la source, et non pas dans la LPP. L'idée était de ne pas avoir une concentration de ressources fiscales à l'endroit du siège des assurances. Mais il ne s'agit pas du tout de montants très importants et la difficulté de les partager ne peut pas être réglée au niveau de la LPP.

Je vous invite à adopter la proposition de minorité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 66 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 61 Stimmen

Art. 86a

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Auf Anfrage hin sind den Versicherten die Jahresrechnung und der Jahresbericht auszuhändigen. Ebenso hat ihnen die Vorsorgeeinrichtung auf Anfrage hin Informationen über den Kapitalertrag, den Risikoverlauf, die Kosten, die Verwaltungskosten im Sinne von Artikel 65 Absatz 3, die Grundsätze der Deckungskapitalberechnung, die Zusatzrückstellungen sowie den Deckungsgrad abzugeben.

Art. 86a

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Les assurés peuvent demander la remise des comptes annuels et du rapport annuel. L'institution de prévoyance doit en outre informer les assurés qui le demandent sur le rendement du capital, l'évolution du risque, les coûts, les frais d'administration au sens de l'article 65 alinéa 3, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions supplémentaires et le degré de couverture.

Angenommen – Adopté

Art. 89a–89d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 97bis

Antrag der Kommission

Er erlässt Vorschriften über die Erarbeitung und Veröffentlichung von Erhebungen und Informationen betreffend Organisation, Finanzen und Leistungsbezüge, welche der Anwendung, Kontrolle und Evaluation dieses Gesetzes dienen.

Art. 97bis

Proposition de la commission

Il édicte les conditions d'élaboration et de publication des informations statistiques, organisationnelles, financières et des bénéficiaires, servant à l'application, au contrôle et à l'évaluation de la présente loi.

Angenommen – Adopté

Übergangsbestimmungen der Änderung vom

(1. BVG-Revision)

Dispositions transitoires de la modification du

(1ère révision de la LPP)

Bst. a, b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Let. a, b

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Bst. c

Antrag der Kommission

Streichen

Let. c

Proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Bst. d

Antrag der Kommission

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Der Sicherheitsfonds richtet ergänzende Zuschüsse zu den Zuschüssen nach Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe a aus.

Abs. 3

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Die zuschussberechtigte Vorsorgeeinrichtung nach Artikel 58 erhält ergänzende Zuschüsse auf den Zuschuss nach Artikel 58 für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Umwandlungssatz. Der Bundesrat regelt den Prozentsatz dieser ergänzenden Zuschüsse und die Einzelheiten.

Let. d

Proposition de la commission

Titre

Lacune de couverture et mesures en relation avec le taux de conversion

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
Le fonds de garantie verse des subsides complémentaires aux subsides selon l'article 56 alinéa 1er lettre a.

Al. 3

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Rossini)
L'institution de prévoyance subventionnée selon l'article 58 reçoit des subsides complémentaires à ceux perçus selon l'article 58 pour les mesures en relation avec le taux de conversion. Le Conseil fédéral fixe le pourcentage de ces subsides complémentaires et les détails.

Titel, Abs. 1 – Titre, al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité a été retirée.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Bst. dbis

Antrag Beck

Titel

Finanzielles Gleichgewicht

Text

Den Vorsorgeeinrichtungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften gemäss Artikel 69 Absatz 2 wird eine Frist von zehn Jahren ab Inkrafttreten dieser Änderung eingeräumt, um das finanzielle Gleichgewicht zu sichern (Bilanzierung in geschlossener Kasse).

Let. dbis

Proposition Beck

Titre

Equilibre financier

Texte

Les institutions de prévoyance des corporations de droit public, qui bénéficiaient de l'article 69 alinéa 2, disposent d'un délai de dix ans dès l'entrée en vigueur de la présente modification, pour atteindre l'équilibre financier (bilan en caisse fermée).

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Les propositions Beck ont été rejetées.

Bst. dter

Antrag Beck

Titel

Anlagebegrenzung

Text

Die Vorsorgeeinrichtungen, die bei ihnen angeschlossenen Unternehmen über 3 Prozent ihres Vermögens angelegt haben, müssen diese Grenze innerhalb von fünf Jahren erreichen.

Let. dter

Proposition Beck

Titre

Limite de placement

Texte

Les institutions de prévoyance dont la part de fortune engagée auprès d'entreprises membres dépasse 3 pour cent, disposent d'un délai de cinq ans pour atteindre cette limite.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Les propositions Beck sont été rejetées.

Bst. e, f; Ziff. II, III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Let. e, f; ch. II, III

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Änderung weiterer Erlasse**Modification d'autres actes législatifs****Einleitung, Ziff. 1 Ingress**

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Introduction, ch. 1 préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 89bis Abs. 6

Antrag der Kommission

Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundes-

gesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge: Artikel 20a (Begünstigte für die Hinterlassenenleistungen), Artikel 33a (Gleichbehandlung von Frauen und Männern), Artikel 36 Absätze 2 bis 4 (Anpassung der reglementarischen Leistungen an die Preisentwicklung), Artikel 41 (Verjährung von Ansprüchen und Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen), Artikel 52 (Verantwortlichkeit), Artikel 53 (Kontrolle), die Artikel 53a bis 53c (Teil- oder Gesamtliquidation), Artikel 53d (Auflösung von Verträgen), die Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe c und Absätze 2 bis 5, 56a, 57 und 59 (Sicherheitsfonds), die Artikel 61, 62 und 64 (Aufsicht), die Artikel 65 Absatz 1, 66 Absatz 3, 67 und 69 (finanzielle Sicherheit), Artikel 65a (Transparenz), Artikel 68 Absätze 3 und 4 (Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen), Artikel 71 (Vermögensverwaltung), die Artikel 73 und 74 (Rechtspflege), die Artikel 75 bis 79 (Strafbestimmungen) sowie Artikel 86a (Information der Versicherten).

Ch. 1 art. 89bis al. 6

Proposition de la commission

Les fondations de prévoyance en faveur du personnel, dont l'activité s'étend au domaine de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité sont en outre régies par les dispositions suivantes de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité: article 20a (bénéficiaires de prestations de survivants), article 33a (égalité de traitement entre les hommes et les femmes), article 36 alinéas 2 à 4 (adaptation à l'évolution des prix des prestations réglementaires), article 41 (prescription des droits et conservation des pièces), article 52 (responsabilité), article 53 (contrôle), articles 53a à 53c (liquidation partielle ou totale), article 53d (résiliation de contrats), article 56 alinéa 1er lettre c et alinéas 2 à 5, 56a, 57 et 59 (fonds de garantie), articles 61, 62 et 64 (surveillance), articles 65 alinéa 1er, 66 alinéa 3, 67 et 69 (sécurité financière), article 65a (transparence), article 68 alinéas 3 et 4 (contrats d'assurance entre institutions de prévoyance et institutions d'assurance), article 71 (administration de la fortune), articles 73 et 74 (contentieux), articles 75 à 79 (dispositions pénales) et article 86a (information des assurés).

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 331 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2 art. 331 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 336a Abs. 4

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini) Bei missbräuchlicher Kündigung gemäss Artikel 336 Absatz 2 Buchstabe b kann der Richter die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses anordnen.

Ch. 2 art. 336a al. 4

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rechsteiner Paul, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Robbiani, Rossini) En cas de congé abusif au sens de l'article 336 alinéa 2 lettre b, le juge peut ordonner la poursuite du rapport de travail.

Rechsteiner Paul (S, SG): Beim Antrag der Minderheit zu Artikel 336a Absatz 4 des Obligationenrechtes im Anhang zum BVG geht es um eine in praktischer Hinsicht nicht unwichtige Sache, die in der Kommission leider nur sehr summarisch behandelt worden ist. Ich muss einräumen, dass wir das Anliegen erst am Schluss eingebracht haben, das war der Nachteil. Immerhin liegt nun aber in dieser Revision doch ein wichtiger Antrag zur Stärkung der paritätischen Mitbestimmung vor.

Worum geht es? Es ist heute so, dass im schweizerischen Arbeitsrecht missbräuchliche Kündigungen nicht aufgehoben werden, sondern lediglich zu einer Entschädigung führen können. Diese Rechtslage ist im vorliegenden Fall – Schutz der Arbeitnehmervertreter in den Pensionskassen – ungenügend. Im Gleichstellungsgesetz gibt es bereits ein Präjudiz dafür, dass Kündigungen nicht nur zu Entschädigungen führen, sondern auch aufgehoben werden können, wenn dies erforderlich ist. Wenn im Zuge eines Gleichstellungsprozesses nach Gleichstellungsgesetz vom Arbeitgeber eine Kündigung ausgesprochen wird, kann sie aufgehoben werden.

Der Antrag der Minderheit sieht vor, dass eine Kündigung auch aufgehoben werden kann, wenn der Arbeitgeber einem Arbeitnehmervertreter in der Pensionskasse kündigt, ohne dazu einen begründeten Anlass zu haben. Das ist die Voraussetzung.

Ich meine, dass das eine wichtige Schutzbestimmung ist. Ansonsten können Arbeitnehmer ihre Funktion als Vertreter im paritätischen Mitbestimmungsorgan nicht richtig ausüben. In der Praxis hat der fehlende Kündigungsschutz in diesen Fällen zu gravierenden Missständen geführt. So gab es beispielsweise Arbeitnehmervertreter, die sich gegen krass rechtswidrige Beschlüsse bzw. Anordnungen des Arbeitgebers gewehrt und die Aufsichtsbehörde angerufen haben, worauf diese gesagt hat, dass sie dem vom Arbeitgeber beantragten Beschluss nicht zustimmen dürften; aufgrund der Rechtslage führte diese Weigerung sowie die Haltung der Aufsichtsbehörden, dem beantragten Beschluss des Arbeitgebers nicht zuzustimmen, zur Kündigung.

In solchen Fällen ist es dann das Maximum der Gefühle, dass sechs Monatslöhne ausgerichtet werden; bei tiefen Monatslöhnen macht das dann vielleicht einmal 30 000 Franken oder 25 000 Franken aus, damit hat sich die Geschichte. Es gibt Fälle, bei denen eigentlich nur ein entsprechend rechtsgetreues und mutiges Verhalten des Arbeitnehmervertreters dazu geführt hat, dass Missbräuche bei Pensionskassen verhindert werden konnten. In solchen Fällen muss es möglich sein, eine Kündigung auch aufzuheben, statt sich mit dem Ausrichten einer entsprechenden Entschädigung zufrieden zu geben.

In diesem Sinne möchte ich Sie namens der Minderheit bitten, hier den Schutz der Arbeitnehmervertreter in der Pensionskasse zu verbessern, indem in solchen Fällen gegenüber dem heutigen Rechtszustand auch die Aufhebung der Kündigung möglich ist.

Goll Christine (S, ZH): Eine echte paritätische Mitbestimmung in der beruflichen Vorsorge ist von zentraler Bedeutung. Dies zu ermöglichen, ist auch das Ziel des Antrages der Minderheit Rechsteiner Paul. Eine echte paritätische Mitbestimmung kann nur gewährleistet sein, wenn die Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitnehmenden in den Stiftungsräten einen genügenden Kündigungsschutz haben. Im heutigen Obligationenrecht ist es leider nicht vorgesehen, dass eine Kündigung für ungültig erklärt werden kann. Im Bereich einer missbräuchlichen Kündigung ist nur eine relativ bescheidene Entschädigung vorgesehen, wie Sie vorhin bei den Beispielen gehört haben, die Paul Rechsteiner geschildert hat.

Wir haben seit Mitte der Neunzigerjahre ein Gleichstellungsgesetz – ein Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Seit dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes haben wir in Bezug auf die Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen eine neue gesetzliche Grundlage. Wenn z. B.

eine Frau klagt oder eine Frau geltend macht, dass sie eine Lohndiskriminierung erlebt, und sie deshalb entlassen wird, kann nach dem Gleichstellungsgesetz ein Richter oder eine Richterin anordnen, dass das Arbeitsverhältnis weitergeführt werden muss. Im bestehenden Artikel 336 OR wird in Absatz 2 Buchstabe b – auf diesen OR-Artikel bezieht sich auch der Minderheitsantrag Rechsteiner Paul – der Kündigungsschutz für Arbeitnehmervertreterinnen in den Stiftungsräten von Pensionskassen während ihrer Amtsdauer formuliert. Die Minderheit Rechsteiner Paul beantragt Ihnen nun eine Ergänzung, die verlangt, dass bei einer missbräuchlichen Kündigung eine richterliche Anordnung zur Beibehaltung dieses Arbeitsverhältnisses bzw. zur Beibehaltung der Amtsausübung als Stiftungsrätin oder Stiftungsrat erfolgen kann.

In diesem Antrag ist also auch eine Kann-Formulierung enthalten, es ist keine zwingende Verpflichtung. Es geht ganz einfach darum, dass wir hier eine Analogie zum Gleichstellungsgesetz schaffen und in diesem Zusammenhang eine Verbesserung des Kündigungsschutzes erreichen, wenn Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmervertreterinnen in Stiftungsräten von Pensionskassen im Interesse der Arbeitnehmenden und im Interesse des Vorsorgeschutzes entscheiden, aber sich damit allenfalls gegen die Interessen der Arbeitgeberseite stellen. Umgehende Rachekündigungen sind in der Praxis an der Tagesordnung, wie Sie das auch bei den Beispielen gehört haben, die vorhin geschildert wurden.

Es ist klar, dass mit der Kündigung einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers auch ihre oder seine Funktion in der paritätischen Kommission gleichzeitig und automatisch erlischt. Es geht also bei diesem Antrag nicht darum, ein Arbeitsverhältnis grundsätzlich weiterführen zu können, wenn eine missbräuchliche Kündigung vorliegt. Aber es geht darum, die Arbeitgebervertretung in der Vorsorgeeinrichtung zu gewährleisten. Um diese paritätische Mitbestimmung zu gewährleisten, muss eben auch klargestellt sein, dass bei einer missbräuchlichen Kündigung die Amtsausübung der Arbeitnehmervertretung in diesen Stiftungsräten weiterhin funktioniert.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Es war uns in der Kommission ein Anliegen, Parität durchzusetzen, aber nur dort, Frau Goll, wo es im Rahmen der beruflichen Vorsorge tatsächlich geregelt sein kann. Was Sie hier wollen, das mag berechtigt sein – das gestehe ich Ihnen zu, das kann ein Problem sein. Aber das können wir doch nicht im Anhang zum BVG regeln! Wir können ja nicht im Anhang jetzt das Obligationenrecht verändern – mit Konsequenzen, die etwas ganz anderes betreffen.

Deshalb gehe ich inhaltlich nicht auf diese Forderung ein, sondern bitte Sie, das BVG als BVG zu belassen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je pense qu'il est sage de ne pas trop charger cette révision et de ne pas traiter ici cette modification du Code des obligations. Elle a bien sûr sa logique, elle a son lien interne avec ce qui vient d'être discuté, avec le fonctionnement de la parité, avec le fait que des travailleurs peuvent, à un moment donné, être punis par la perte de leur emploi pour des interventions qu'ils ont faites en tant que représentants des travailleurs dans la caisse de retraite. Le législateur a voulu donner une certaine protection à ces personnes. Un tel congé est de toute façon abusif si l'employeur ne peut pas prouver qu'il a un motif justifié de résiliation du contrat.

Le problème soulevé par la proposition de la minorité, c'est que la sanction pour l'employeur se limite dans ce cas au versement d'une indemnité dont le montant s'élève, au maximum, à six mois de salaire. C'est une indemnité qui a un caractère de sanction, parce qu'il y a eu abus d'une institution légale. Mais cela n'est pas forcément prohibitif: l'employeur peut préférer licencier un travailleur, payer les six mois de salaire et se débarrasser ainsi de lui.

C'est la raison pour laquelle la minorité considère que la vraie sanction, c'est la poursuite du rapport de travail de ce représentant des travailleurs. C'est une proposition qui a du sens, qui est nourrie de certaines expériences pratiques. Mais, aux yeux du Conseil fédéral, c'est une proposition qui dépasse le cadre de cette réforme.

C'est la raison pour laquelle je vous recommande de suivre la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 81 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 56 Stimmen

Ziff. 2 Art. 339e

Antrag Leutenegger Oberholzer

Titel

Aufklärungspflichten

Text

Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer darüber zu orientieren, welche Versicherungsverhältnisse mit dem Arbeitsverhältnis enden und welche Rechte und Ansprüche sich daraus ergeben.

Ch. 2 art. 339e

Proposition Leutenegger Oberholzer

Titel

Obligation d'informer

Texte

L'employeur est tenu d'informer l'employé des conséquences que la fin des rapports de travail entraîne en termes d'assurance, et des droits qui en résultent pour lui.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich hoffe, dass die Kommissionssprecherin mir nicht sagen wird, das sei der falsche Ort, um das Anliegen zu verankern. Ich bitte Sie, mit einer Revision des OR durch Hinzufügung eines neuen Artikels 339e die Verpflichtung zu verankern, dass nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Ansprüche und Rechte gegenüber den Sozialversicherungen informieren muss. Dazu gehören z. B. die Nachdeckung im Bereich der beruflichen Vorsorge oder auch im UVG und das Recht, eine Versicherung weiterzuführen, wie es auch im BVG vorgesehen ist, mit der Möglichkeit zum Anschluss an die Auffangeinrichtung oder auf Weiterführung der freiwilligen Versicherung. Bei der Krankentaggeldversicherung geht es zum Beispiel um das Recht, von der Kollektivversicherung in die Einzelversicherung überzutreten.

Vielfach sind die Versicherten über ihre Rechte nicht informiert, und dadurch können empfindliche Versicherungslücken entstehen. Wenn Sie diese Verpflichtung verankern, haben Sie einen kleinen zusätzlichen Aufwand für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, aber Sie verhindern damit, dass nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Versicherungslücken entstehen in all jenen Fällen, in denen nicht unmittelbar nach dessen Abschluss eine neue Stelle angetreten wird oder ein allfälliger Versicherungsschutz über das Arbeitslosenversicherungsgesetz besteht.

Wo Sie diese gesetzliche Verpflichtung zur Aufklärung verankern wollen, ist offen, das wäre noch zu diskutieren. Denkbar wäre auch, dass man es in Artikel 328 OR im Rahmen der Fürsorgepflichten des Arbeitgebers, der Arbeitgeberin verankert. Mir ist es wichtig, dass gesetzlich sichergestellt wird, dass die versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Dieser Antrag lag uns in der Kommission nicht vor. Sie haben aber gemerkt, dass wir der Information der Versicherten einen sehr grossen Stellenwert gegeben haben. Es würde eigentlich auf dieser Linie liegen, dass man nicht nur ein Informationsrecht hat, sondern sich dieses auch erkämpfen kann.

Wir bieten die Möglichkeiten dazu, und deshalb wäre ich bereit, diesen Vorschlag entgegenzunehmen. Aber, wie bereits gesagt, konnte die Kommission darüber nicht beraten.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: En tant que conseillère fédérale, je vous demande de soutenir la proposition Leutenegger Oberholzer à l'article 339e du Code des obligations. Cette proposition vise à introduire dans le Code des obligations une nouvelle disposition qui impose à l'employeur d'informer ses employés de la conséquence de la fin des rapports de travail et des droits dont ils disposent en pareil cas. Cette proposition complète des dispositions qui existent déjà en ce qui concerne l'information des assurés qui quittent une institution de prévoyance. Elle améliore donc la position des assurés dans la mesure où ceux-ci seraient mieux renseignés sur leur situation à l'égard du deuxième pilier à la fin des rapports de travail. Elle correspond tout à fait à l'esprit de la présente révision qui va notamment dans le sens d'une meilleure information des assurés. Lorsque l'on a appris, comme mes collaboratrices, mes collaborateurs et moi-même, quelle était la situation de travailleurs qui étaient partis à l'étranger en abandonnant en Suisse, par manque d'information, des avoirs qu'ils avaient acquis, on voit toute l'importance d'une telle proposition.

Madame Leutenegger Oberholzer, je vous remercie d'avoir présenté cette proposition.

Hess Peter (C, ZG): Das Votum der Kommissionssprecherin hat mich etwas überrascht. Ich bin der Meinung, dass das vorgetragene Anliegen durchaus prüfenswert ist. Ich wehre mich aber dagegen, dass wir eine Verpflichtung für die Arbeitgeber ins Obligationenrecht aufnehmen und damit wieder mehr reglementieren. Wir kämpfen ja gegen mehr Reglementierung, vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben. Ich glaube, es ist Sache der Versicherer – allenfalls mit Hilfe der Arbeitgeber –, dafür zu sorgen, dass diese Informationen nachher fliessen. Aber ich wehre mich dagegen, dass wir hier wieder eine spezielle Bestimmung ins Obligationenrecht aufnehmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Leutenegger Oberholzer 58 Stimmen
Dagegen 77 Stimmen

Ziff. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 3, 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.027/2248)

Für Annahme des Entwurfes 129 Stimmen
Dagegen 11 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Antrag der Kommission

Die Motion 98.3013 «Vorsorgeeinrichtungen. Spezielle Rechtsform» nicht abschreiben

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Proposition de la commission

Ne pas classer la motion 98.3013 «Institutions de prévoyance. Forme juridique spéciale»

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

02.3007

Motion SGK-NR (00.027).

Sammelstiftungen.

Neue Regelung

Motion CSSS-CN (00.027).

Fondations collectives.

Nouvelle réglementation

Einreichungsdatum 22.02.02

Date de dépôt 22.02.02

Nationalrat/Conseil national 16.04.02

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Cette intervention a été discutée au cours du débat concernant l'objet 00.027.

Überwiesen – Transmis

dente): Cette in-
concernant l'ob-



2. Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen, stellt aber bereits eine Fristverlängerung um zwei Jahre in Aussicht. Wir meinen, dass der Bundesrat alles daransetzen muss, um diese Frist einzuhalten. Die Situation ist sehr gravierend. Es braucht wohl einigen Aufwand, um die Grundlagen für Massnahmen zusammenzutragen, aber sie sind politisch höchst prioritär.

3. In der französischen Fassung hat sich ein Fehler eingeschlichen, den ich zu korrigieren bitte. Man spricht von «le taux d'invalidité», das heisst eigentlich Invalidisierungsgrad. Aber wir wollen ja von der Anzahl der Invalidenrentenbezüger sprechen. Das würde auf Französisch in der ganzen Motion heissen: «le pourcentage de personnes invalides».

Berger Michèle (R, NE): Personnellement, je m'oppose à cette motion. Je m'y oppose parce que les handicapés ne font pas exprès de l'être. Ils le sont par naissance, par maladie ou par accident. Je sens bien que le but de cette motion est de mettre un bouclier de protection à l'augmentation des coûts de l'assurance-invalidité. Si l'intention de contrôler les coûts de l'AI peut être largement partagée en considérant certains abus, alors cette motion n'est pas le bon moyen. Cette motion, par son libellé, pénalise les handicapés eux-mêmes, c'est-à-dire ceux qui ont effectivement droit aux

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion 27 Stimmen

Dagegen 4 Stimmen

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: In der Tat haben

auch darüber kündigt zu machen, was dann die Wirkungen dieses Gesetzes sind. Wir verlangen mit diesem Vorstoss nichts anderes. Das richtet sich überhaupt nicht gegen Menschen mit Behinderungen, es unterstellt auch nichts, sondern wir wollen Klarheit haben über die Auswirkungen unserer Taten in diesem Saal; wir wollen nichts anderes.

Entgegen der Erklärung des Bundesrates müssten wir aber diesen Bericht meines Erachtens bis 2006 haben. Dafür, dass die Frist bis zur Ausarbeitung einer Botschaft möglicherweise noch etwas ausgeweitet werden muss, könnte ich Verständnis aufbringen. Aber der Bericht sollte uns früher vorliegen, weil dies im Interesse der Verwaltung selbst und des Bundesrates ist.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je dirai que si le Conseil fédéral se réserve le droit, si besoin est, de prolonger le délai en fixant d'ailleurs une limite à cette prolongation, c'est tout simplement parce que vous ne pouvez pas lui demander de faire un rapport sur l'efficacité des mesures prises dans le cadre de la 4e révision de l'AI dans un laps de temps qui ne lui permet ni de la mettre en oeuvre, ni de récolter des données sur l'efficacité de ces mesures mêmes. Il ne s'agit donc pas du tout de refuser de faire l'analyse que vous souhaitez. Au contraire, c'est très bien de pouvoir évaluer une loi, encore faut-il qu'elle puisse entrer en vigueur et déployer des effets avant qu'on l'évalue.

und verbessert werden, wobei insbesondere den Anliegen der Versicherten Rechnung getragen werden soll.

Neben diesen Schwerpunkten hat der Bundesrat eine weitere Reihe sekundärer Massnahmen vorgeschlagen, beispielsweise die Begrenzung des versicherbaren Einkommens auf das Fünffache des oberen Grenzbetrages, sprich: auf ein jährliches Einkommen von etwa 370 000 Franken.

Die parlamentarischen Beratungen haben aber einen etwas anderen Verlauf genommen. Selbstverständlich haben der Umwandlungssatz und die Frage, wie wir den reduzierten Umwandlungssatz ausgleichen, im Zentrum gestanden. Gleichzeitig aber haben zwei weitere Bestimmungen höchste Priorität erhalten. Zum Ersten die Frage der Transparenz: Wie erhalten die Versicherten Klarheit darüber, wie ihr Guthaben angelegt ist, welchen Ertrag es abwirft?

Zum Zweiten hat der Mindestzinssatz – Sie erinnern sich an die verschiedenen «Sommergewitter» – hohe Wellen geworfen und einen sehr hohen Stellenwert beansprucht, auch in der heutigen Revisionsvorlage, die wir Ihnen vorlegen. Lassen Sie mich die Kernpunkte in sechs Elementen zusammenfassen und damit den Überblick über die wesentlichen Revisionspunkte geben.

1. Die Eintrittsschwelle sollte im BVG gemäss Beschluss des Nationalrates von heute 24 720 auf 18 540 Franken gesenkt werden. Gleichzeitig wollte der Nationalrat einen im Einzelfall nicht leicht nachvollziehbaren Koordinationsabzug

einführen, der 40 Prozent des versicherten Einkommens betragen würde. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, bei der heutigen Regelung, d. h. der Eintrittsschwelle von 24 720 Franken und dem bisherigen Koordinationsabzug, zu bleiben. Es gibt dafür eigentlich drei Gründe.

Zum ersten Grund: Indem wir auch die kleinsten Einkommen versichern, entlasten wir zu einem grossen Teil nur die Ergänzungsleistungen der Kantone, ohne dass wir den Versicherten zusätzliches Renteneinkommen verschaffen. Wer immer auf einem tiefen Einkommen bleibt, erhält im Alter Ergänzungsleistungen, und diese Ergänzungsleistungen werden vom Kanton bezahlt. Zusätzliche BVG-Renten führen zur Kürzung der Ergänzungsleistungen, entlasten also die Kantone. Zudem sind Aufwand und Ertrag dieser kleinen versicherten Einkommen ungünstig: Die durchschnittlichen Prämien betragen von 400 bis 500 Franken, und die Verwaltungskosten sind ungefähr gleich gross.

Zum zweiten Grund: Durch die Senkung der Eintrittsschwelle werden alle Einkommen zu höheren Beiträgen, zu höheren Prämien, verpflichtet. Diese höheren Prämien sind nicht nur als Jahresprämien zu sehen, sondern sie führen auch dort, wo das Leistungsprimat gegeben ist, zu sehr hohen Nachzahlungen.

Zum dritten Grund: Die zusätzlichen Aufwendungen würden nach gesenkter Eintrittsschwelle 300 bis 400 Millionen Franken betragen, welche insbesondere von den so genannten schwachen Branchen wie Bau, Gastgewerbe und Detailhandel zu erbringen wären.

Gesamthaft halten sich nach Auffassung der Kommissionsmehrheit der Ertrag – auch der Rentenertrag – der zusätzlichen Versicherung kleiner Einkommen und der Aufwand bzw. die Nachteile nicht die Waage.

2. Bisher hat der Bundesrat den Mindestzinssatz festgelegt, ohne dass das Gesetz ihm Vorgaben gemacht hätte. Wir haben uns für folgende Regelung entschlossen: Der Mindestzinssatz soll flexibilisiert werden und in der Kompetenz des Bundesrates bleiben. Wir geben aber die Kriterien zur Festlegung des Mindestzinssatzes vor. Er soll etwa dem entsprechen, was bei einem guten Anlagenmix erwirtschaftet werden kann, einem Anlagenmix aus Bundesobligationen, anderen Obligationen, Aktien und Liegenschaften. Der Bundesrat ist verpflichtet, ihn alle zwei Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Klar ist damit die Aussage verbunden, dass der Mindestzinssatz ein Marktzins und kein politischer Zins ist.

3. Beim Umwandlungssatz schliessen wir uns dem Nationalrat an und wollen den Satz auf 6,8 Prozent festlegen. Der Bundesrat wollte ihn auf 6,65 Prozent reduzieren. Die Ursache für die Differenz des Ergebnisses liegt in der Verlässlichkeit der unterschiedlichen biometrischen Daten. Nach Zürcher Skala lebt man nicht genau gleich lang wie nach der Bundesskala. Das mag auch lokal bedingt sein, doch angesichts dieser Unsicherheit haben wir uns zugunsten der Rentenbezüger entschieden. Die Senkung des Umwandlungssatzes soll auf zehn Jahre abgefedert sein. Weil dadurch aber weniger Renten resultieren, wollen wir die Differenz auffangen. Das kann man auf zwei Arten tun: entweder indem wir die Lohnbasis erweitern – diese Lösung hat der Nationalrat gewählt – oder indem wir die Beitragsskala neu festschreiben und sie gegenüber heute leicht erhöhen. In diesem Punkt sind wir dem Bundesrat gefolgt. Dadurch wird ein Alterskapital angespart, das gleiche Renten wie heute erwarten lässt, auch wenn wir den Umwandlungssatz senken.

4. Die Transparenzbestimmungen entsprechen in der heutigen Zeit einem Bedürfnis der Versicherten. Wir haben die Bestimmungen des Nationalrates bestätigt, vertieft und präzisiert. Namentlich haben wir die Anforderungen, welche Informationen den Versicherten zur Verfügung gestellt werden müssen, verdeutlicht. Wir haben auch die Pflichten der Pensionskassenverwalter hinsichtlich der unabhängigen, getreuen Geschäftsführung klarer gefasst und verschärft. Wer als Pensionskassenverwalter private Geschäfte zulasten seiner Pensionskasse tätigt, soll als ungetreuer Geschäftsführer bestraft werden.

Schliesslich haben wir in diesem Zusammenhang klar geregelt, dass bei Sammelstiftungen das Vermögen bei den Versicherungsgesellschaften separat anzulegen ist und dass die Versicherungsgesellschaften detailliert über folgende Fragen Auskunft zu geben haben: Wie viel Vermögen ist angelegt? Wie hat sich die Anlage rentiert? Welche Verwaltungskosten, welche Boni usw. wurden nachvollziehbar ausbezahlt? Sie erinnern sich: Genau diese fehlende Transparenz hat zu erheblichen Problemen geführt.

5. Bei der Höchstgrenze haben wir uns wie der Nationalrat für den zehnfachen Höchstbetrag entschieden. 740 000 Franken sollen künftig maximal versicherbar sein. Damit sind immerhin 99,94 Prozent aller Schweizer abgedeckt. Nur 0,06 Prozent könnten sich im Zusammenhang mit dem Höchsteinkommen nicht mehr voll versichern. Wir haben aber die wesentliche Erleichterung eingeführt, wonach bis zum 65. Altersjahr der volle Einkauf gemäss Reglement der Pensionskasse erfolgen kann. Das ist eine wesentliche Erleichterung für Selbstständigerwerbende und für Betriebsinhaber, die ihren Betrieb kurz vor der Pensionierung verkaufen und in diesem Zeitpunkt ausgleichen möchten, was sie in früheren Jahren nicht an Lohn in der Pensionskasse versichern konnten. Allerdings soll das Geld nicht sofort wieder bezogen werden können. Wir wollen kein steuerbegünstigtes Kontokorrent in der Pensionskasse; es soll eine dreijährige Sperrfrist für den Rückzug der Gelder bestehen. Der Gestaltungsspielraum hat sich dadurch insbesondere für Selbstständigerwerbende massiv erhöht.

6. Bei der Aufsicht müssen wir eingestehen, dass wir noch nicht die endgültige Lösung gefunden haben. Wir haben den Bundesrat beauftragt, den Bereich der Aufsicht neu zu bearbeiten und zu studieren. Ihnen liegt zu diesem Zweck auch eine Motion des Nationalrates vor, welche wir als Postulat überweisen möchten. Die Lösung ist noch nicht gefunden, aber die gute Richtung geben wir heute vor.

Ihre Kommission hat die Pensionskassenrevision in diesen sechs Punkten beraten und ist sich, mit Ausnahme der Eintrittsschwelle, in allen wesentlichen Punkten einig.

Wir bitten Sie, uns zu folgen und die intensive Diskussion über die Eintrittsschwelle zu führen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je suis vos conseils de tout à l'heure et renonce à intervenir. L'entrée en matière n'étant pas combattue, on peut entrer dans l'examen de détail. M. le président de la commission a bien montré quelle est la principale divergence. Le reste a été approfondi par votre commission qui a trouvé une solution que vous pouvez accepter.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité**

Detaillberatung – Examen de détail

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates**

**Titre et préambule, ch. I introduction, préambule
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national**

Angenommen – Adopté

**Art. 1
Antrag der Kommission
Abs. 1**

Unter beruflicher Vorsorge versteht man die Gesamtheit der Massnahmen auf kollektiver Basis, die den älteren Men-

schen, den Hinterbliebenen und Invaliden beim Eintreten eines Versicherungsfalles (Alter, Tod oder Invalidität) zusammen mit den Leistungen der AHV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise erlauben.

Abs. 2

Der versicherbare BVG-Lohn oder das versicherbare Einkommen der Selbstständigerwerbenden darf das AHV-beitragspflichtige Einkommen nicht übersteigen.

Abs. 3

Der Bundesrat präzisiert die Grundsätze der Angemessenheit, der Kollektivität, der Gleichbehandlung, der Planmässigkeit sowie des Versicherungsprinzips. Er kann ein Mindestalter für den vorzeitigen Altersrücktritt festlegen.

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Par prévoyance professionnelle, on entend l'ensemble des mesures prises sur une base collective pour permettre aux personnes âgées, aux survivants et aux invalides, ensemble avec les prestations de l'AVS, de maintenir leur niveau de vie de manière appropriée, lors de la réalisation d'un cas d'assurance-vieillesse, décès ou invalidité.

Al. 2

Le salaire assuré LPP ou le revenu assuré des travailleurs indépendants ne doit pas dépasser le revenu soumis à la cotisation AVS.

Al. 3

Le Conseil fédéral précise les notions d'adéquation, de collectivité, d'égalité de traitement, de planification et le principe d'assurance. Il peut fixer un âge minimal pour la retraite anticipée.

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Die Kommission beantragt Ihnen eine Neufassung des Zweckartikels des BVG, und zwar aus zwei Gründen:

1. Man will dem BVG als beruflicher Vorsorge einen klaren Rahmen geben.

2. Man will hier sagen, was letztlich dann steuerlich privilegiertes Vorsorgespargen unter der zweiten Säule ist.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen die Kommission, in Artikel 1 Absatz 1 eine Definition der beruflichen Vorsorge vorzunehmen und hier insbesondere auch einzufügen, dass die berufliche Vorsorge zusammen mit den Leistungen der AHV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise erlauben soll. Der Ausdruck «in angemessener Weise» weist auch darauf hin, dass eben das steuerlich privilegierte Vorsorgespargen eine Obergrenze hat, die dann nicht überschritten werden sollte, damit man noch von «angemessenem Vorsorgespargen» sprechen kann.

Die Kommission will nicht, dass das BVG letztendlich zu einem reinen Steuersparvehikel umfunktioniert werden kann – auch wenn es nur eine sehr kleine Gruppe betrifft –, sondern es soll seinen Zweck für die breite Bevölkerung erfüllen, nämlich eine sichere zweite Säule zur Verfügung zu stellen. Daher wird dies in Artikel 1 Absatz 1 so umschrieben.

Ergänzend dazu hat die Kommission in Artikel 1 Absatz 2 auch direkt eine Grenze in das Gesetz geschrieben, nämlich dass der versicherbare BVG-Lohn das AHV-beitragspflichtige Einkommen nicht überschreiten darf. Die Kommission will also, dass dort, wo privilegiert auf Einkommensteilen BVG angespart wird, auch von diesen Einkommensteilen AHV-Beiträge gezahlt werden. Sie will die heutige Situation, wo zum Teil auf viel tieferen Einkommen AHV-Beträge geleistet werden, aber auf wesentlich höheren Einkommen nachher Steuerabzüge gemacht werden, für das BVG so nicht weiterführen.

Schliesslich ist in diesem Zusammenhang auch Absatz 3 wichtig, nämlich die Grundsätze, die für die zweite Säule gelten sollen. Es werden hier die Angemessenheit, die Kollektivität, die Gleichbehandlung, die Planmässigkeit sowie das Versicherungsprinzip als Grundsätze festgelegt. Diese Grundsätze bestehen bereits; sie sind zum Teil in der BVG-Praxis, zum Teil in der Steuerpraxis entwickelt worden. Nach

Auffassung der Kommission ist es aber Sache des Gesetzgebers, diese Grundsätze einmal klar als Leitlinien aufzunehmen und hier auch dem Bundesrat als delegiertem Gesetzgeber den Auftrag zu erteilen, diese Grundsätze auf der Basis der heute geltenden Praxis zu konkretisieren und damit auch für die zweite Säule einen klaren Rahmen zu schaffen. Das sind die Anträge, die Ihnen die Kommission zu Artikel 1 unterbreitet.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Comme il n'y a pas de proposition contraire, j'aimerais vous encourager à bien mettre en évidence qu'il s'agit là d'un des mécanismes qui doit empêcher les abus du système du deuxième pilier à des fins fiscales, ou qui doit empêcher que par le truchement du deuxième pilier, des bonifications qui ne correspondent pas au salaire proprement dit soient distribuées.

L'alinéa 3 prévoit que le Conseil fédéral précise certaines notions. Je vais expliquer le sens de ces mots pour le Bulletin officiel. L'adéquation signifie que l'objectif de la LPP ajoutée à l'AVS/Al est le maintien approprié du niveau de vie antérieur, et que cet objectif doit être ainsi réaffirmé. L'assuré devrait disposer au moment de la retraite, avec sa prestation du deuxième pilier, d'un revenu de substitution correspondant au moins à 60 pour cent de son dernier revenu assuré – en d'autres termes entre 60 et 70 pour cent.

La notion de collectivité signifie que la prévoyance professionnelle doit s'appliquer collectivement aux assurés. Il ne peut donc pas y avoir une individualisation de la prévoyance, contrairement au troisième pilier. L'égalité de traitement revient à dire qu'à l'intérieur de cette collectivité, il faut que le plan de prévoyance s'applique aux mêmes conditions à l'ensemble des membres de la collectivité des assurés. La planification est aussi très importante, car elle définit que les différentes prestations et les conditions de financement et d'octroi de celles-ci doivent être clairement fixées dans le règlement de prévoyance.

Enfin, le principe d'assurance affirme qu'en dehors du principe général – cotisation, relation entre cotisations versées et prestation reçue –, s'ajoute le fait que la prévoyance professionnelle doit toujours comporter une assurance pour les risques d'invalidité et de décès en plus de son caractère d'épargne.

Voilà les principes qu'il appartiendra au Conseil fédéral, si nécessaire avec un degré de détail plus élevé, de définir et de rappeler en préambule. En général, je m'oppose plutôt à ce qu'on fasse des articles déclamatoires au début d'une loi, parce que c'est un peu contraire à notre esprit. Mais ici ce n'est pas déclamatoire, c'est la base pour empêcher les abus et pour veiller à ce que les principes fondamentaux de la prévoyance professionnelle obligatoire, et donc sociale, soient respectés.

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 18 540 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Abs. 2–4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Inchangé

Minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 18 540 francs (art. 7).

Al. 2-4

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Mit Artikel 2 Absatz 1 kommen wir bereits zur Frage der Eintrittsschwelle. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass wir diese Frage hier behandeln. Nachher nehmen die Artikel 7 und 9 wieder auf die Eintrittsschwelle Bezug, und es scheint mir sachgerecht, wenn wir das bei diesem Artikel behandeln.

Der Kommissionspräsident hat einleitend gesagt, weshalb die Kommissionsmehrheit der Auffassung ist, dass wir die bisherige Eintrittsschwelle belassen sollten. Insbesondere geht es um Folgendes: Wenn wir diese Absenkung der Eintrittsschwelle vornehmen, nehmen wir nicht nur einen Einfluss auf die unteren Einkommen – also auf die Einkommen zwischen 18 000 und 24 000 Franken –, sondern wir bewirken unmittelbar und sofort eine Ausweitung der Bemessungsbasis für sämtliche unter dem BVG versicherten Einkommen. Diese Massnahme bewirkt natürlich dann auch sofort und unmittelbar eine entsprechende Anpassung der Prämienleistungen, die von den Versicherten – Arbeitgebern und Arbeitnehmern – zu leisten sind.

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass wir diesen Weg jetzt nicht beschreiten sollten. Die Kommission wird ja nachher in Bezug auf den Umwandlungssatz auch Anträge auf eine langsame Anpassung gewisser Beitragsleistungen stellen.

Hingegen ist die Kommissionsmehrheit der Auffassung, die von der Minderheit beantragte Lösung sei im Moment eigentlich nicht verkraftbar, auch nicht für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.

Wir verkennen nicht, dass ein Bedürfnis besteht, eine Lösung für die Einkommen unter 24 000 Franken zu finden. Der Kommissionspräsident hat allerdings mit einem gewissen Recht ausgeführt, dass die Wirkung, die bei diesen Kleinstinkommen im Bereich der zweiten Säule entstehen, minimal ist. Es entstehen minimale Renten, aber es muss eine Prämie eingezogen werden. Gerade in diesen Fällen könnten die Kosten für den Einzug der Prämie am Schluss sehr oft etwa gleich hoch sein wie die Versicherungsleistung, die damit erzielt wird. Auch wenn die Kommissionsmehrheit hier der Vorgabe des Nationalrates nicht zustimmt, so möchte doch wenigstens ein Teil der Kommissionsmehrheit darauf hinweisen, dass dann eine Differenz zum Nationalrat besteht und man nochmals überprüfen muss, ob die unterste Einkommensgruppe mit Einkommen zwischen 18 000 und 24 000 Franken allenfalls mit einer Massnahme in das BVG einbezogen werden kann. Dabei wird an eine Massnahme gedacht, die nicht diese weittragenden Auswirkungen hat wie die vom Nationalrat beschlossene Lösung, bei welcher sämtliche Einkommen nachher in der Bemessungsbasis ausgedehnt werden und entsprechende – auch zum Teil sehr hohe – Nachzahlungen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, die bisherige Eintrittsschwelle beizubehalten.

Auch wenn es vielleicht etwas ungewöhnlich ist, hat mich der Ratspräsident gebeten, gleich anschliessend den Minderheitsantrag zu diesem Punkt zu begründen, den ich zusammen mit Herrn Stähelin zu Artikel 9 Absatz 2 eingebracht habe. Der Minderheitsantrag sieht vor, dass man die Mindestgrenze zwar nicht senkt, aber jetzt die Anpassung für eine befristete Zeit nicht vornimmt. Sie finden diesen Antrag auf Seite 5 der Fahne. Das heisst, es bleibt bei den 24 000 Franken, und sie werden bis zum Jahre 2009 in der Höhe nicht angepasst. Das bedeutet einerseits, dass unsere

Einkommensschichten langsam in diesen «eingefrorenen» Grenzbetrag hineinwachsen können. Auf der anderen Seite ist auch klar, dass wir das nicht ewig so weiterlaufen lassen können, weil dann die Finanzierungsprobleme ansteigen könnten. Daher sieht der Minderheitsantrag die Befristung bis zum 31. Dezember 2009 vor, und dann müsste die Frage wieder überprüft werden: Muss die Eintrittsschwelle wegen der Finanzierungsmöglichkeiten erhöht werden, kann sie belassen werden oder nicht? Das ist der Inhalt des Antrages der Minderheit.

Nun bitte ich Frau Brunner, ihren Minderheitsantrag zu Artikel 2 Absatz 1 zu begründen, der das gleiche Thema – Eintrittsschwelle – betrifft.

Brunner Christiane (S, GE): Il est vrai que ma proposition de minorité ne concerne pas seulement l'article 2 alinéa 1er. Elle concerne également des dispositions qui suivent – à savoir l'article 7 alinéa 1er et l'article 8 alinéa 2 – puisque cette proposition de minorité demande de suivre, sauf sur un point, le système adopté par le Conseil national.

Je dois dire que le Conseil national a eu un trait de génie, et cela mérite d'être relevé. Il a fait d'une pierre deux coups: il a réussi à résoudre la question du travail à temps partiel et, simultanément, la question difficile de faire en sorte qu'une réduction du taux de conversion n'entraîne pas une baisse générale du niveau des prestations dans la prévoyance professionnelle.

Les petits revenus et les personnes employées à temps partiel sont désavantagés dans notre système actuel, car c'est un montant qui sera bientôt – au mois de janvier prochain – de plus de 25 000 francs par an – 25 520 exactement – qui correspond à la fois à la déduction de coordination et à la valeur seuil d'accès à la prévoyance professionnelle. Pour les petits revenus, il est donc difficile d'entrer dans la prévoyance professionnelle, ou bien ils n'y sont couverts que pour une part extrêmement restreinte. Et les personnes qui travaillent à temps partiel – notamment, et vous le savez, c'est une grande majorité de femmes – n'arrivent pas à assurer leur salaire alors que, finalement, elles ont fait le choix de travailler avec un taux réduit, ce qui les sort automatiquement de la prévoyance professionnelle, à moins qu'elles n'aient un salaire très élevé.

Je rappelle encore une fois que cela me paraît particulièrement injuste pour les personnes qui travaillent à temps partiel, notamment lorsque les parents se partagent effectivement les rôles et qu'ils décident de travailler les deux à l'extérieur à temps partiel afin de s'occuper de l'éducation de leurs enfants. Cela veut dire que le couple n'arrive pas à se créer une prévoyance professionnelle suffisante, ni l'homme ni la femme, puisque les deux travailleraient à temps partiel. Donc c'est un sujet qui concerne directement l'évolution de notre société: d'une part le fait qu'il y a de plus en plus de femmes actives, mais actives en général seulement à temps partiel, et d'autre part le fait que les parents nouveaux, avec de nouvelles idées, tiennent à partager les rôles et par conséquent tiennent à partager l'exercice d'une activité lucrative et le travail à la maison.

Je crois que nous devons prendre en compte ces considérations; le rapporteur l'a d'ailleurs dit tout à l'heure. Nous devons par conséquent adapter nos assurances sociales et notamment maintenant la loi sur la prévoyance professionnelle de manière à ne pas discriminer les personnes qui travaillent à temps partiel.

Le trait de génie du Conseil national ne consiste pas seulement à abaisser, à l'article 2, la valeur seuil pour entrer dans la prévoyance professionnelle et à diminuer la déduction de coordination au même montant, mais encore à l'article 8 alinéa 2 de prévoir que la déduction de coordination soit fixée avec un minimum et un maximum, ce qui permet ensuite d'élargir les possibilités pour les personnes à faible revenu ou pour les personnes dont le revenu est faible parce qu'elles ne travaillent pas à plein temps.

Il va de soi que ce système entraîne une extension de la base de salaire qui est assurée; ça entraîne un élargisse-

ment de ce qu'on appelle le salaire coordonné, donc le salaire assuré. Ce phénomène-là conduit donc au même but qu'une augmentation de la bonification de vieillesse pour permettre de maintenir à peu près dans l'ordre actuel le niveau des prestations garanties maintenant, même en abaissant le taux de conversion. Je trouve que le système proposé est, tout à la fois, imaginatif et correspond à des objectifs très clairs. L'un de ces objectifs est celui du Conseil fédéral, l'autre a été introduit également pour tenir compte de manière plus appropriée, dans le système de la prévoyance professionnelle, des personnes travaillant à temps partiel ou ayant un faible revenu.

On dit souvent – M. Frick, président de la commission, l'a encore dit tout à l'heure – que les prestations complémentaires résolvent la question. Je tiens à relever que les prestations complémentaires ne résolvent pas la question! Si un couple qui touche une rente AVS à peu près correcte n'a pas réussi à se forger une prévoyance professionnelle suffisante, les deux personnes n'entrent pas dans la catégorie des ayants droit aux prestations complémentaires, car la limite vers le bas n'est pas atteinte. Le couple paie donc très nettement le prix de la baisse du taux d'activité pendant la vie active.

Je crois par conséquent qu'il est totalement erroné de dire qu'il n'y a pas besoin de changer le système parce que nous avons la garantie que les gens ne tombent pas dans la misère en raison des prestations complémentaires. Il ne s'agit pas de misère ici, il s'agit d'une question d'équité. Il s'agit de donner la possibilité aux personnes qui exercent une activité lucrative de pouvoir assurer mieux leur salaire dans la prévoyance professionnelle. C'est un droit, c'est une manière de se forger un droit futur avec le salaire que l'on obtient pendant sa vie active. Le but du deuxième pilier n'est donc pas du tout le même que celui des prestations complémentaires.

Je souhaite ardemment que ce système, tel qu'il a été prévu par le Conseil national, trouve un écho aussi dans notre Conseil, parce que je crois que vous satisferez une revendication de longue date qui a surtout été posée par les femmes, mais qui est une revendication de société qui vise à ce que l'on adapte nos systèmes de sécurité sociale à l'évolution de notre société.

Je vous invite donc à soutenir ma proposition de minorité.

En ce qui concerne la proposition de minorité David, puisque nous traitons tous ces articles en commun, si vous êtes d'accord, c'est une proposition minimaliste dans le sens qu'elle tend, avec les années qui passent, à effectivement abaisser le seuil puisqu'elle propose de geler le montant de la déduction de coordination. Dans un sens, elle satisfait à la revendication puisque, avec les années qui passent, on arriverait peut-être au but recherché en ce qui concerne l'entrée dans le système de prévoyance professionnelle. On n'arriverait cependant pas tout à fait au but recherché dans la mesure où M. David ne propose pas de minimum et de maximum dans la déduction de coordination en pourcentage du salaire. Par conséquent, il propose un système qui ne va pas dans la direction de celui qui fait justement la qualité de la solution du Conseil national.

En plus, si on s'arrête sur la proposition de minorité David, on s'aperçoit qu'elle avantage surtout les revenus les plus élevés puisque à ce moment-là, la déduction de coordination serait moins grande et que ce sont ceux-ci qui seraient le plus avantagés. L'administration nous a montré à cet égard des courbes, des schémas tout à fait représentatifs. C'est donc mieux que rien, ce que M. David propose, mais c'est vraiment presque rien.

Je vous invite par conséquent à suivre ma minorité.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Wie ich einer Ostschweizer Zeitung entnehmen konnte, sind die Baumeister der Meinung, unsere Kommission habe sich zu wenig intensiv mit der Thematik der Senkung des Koordinationsabzuges auseinander gesetzt oder – was ich als viel gravierender erachten würde – wir hätten schlicht und einfach nicht verstanden,

um was es bei der ganzen Thematik geht. Dem ist aus meiner Sicht wohl einiges entgegenzuhalten.

Wenn der Schwellenwert für den Einstieg in die obligatorische Minimalvorsorge gesenkt wird, erhalten mehr Erwerbstätige Zugang zur zweiten Säule. Dem ist eigentlich nichts entgegenzuhalten. Dennoch haben wir zu prüfen, ob diese Erhöhung ausreichend ist, ob sie in einem vernünftigen Verhältnis zu den erhöhten Lohnnebenkosten steht und welches die Wirkungen auf das Gesamtsystem der beruflichen Vorsorge sind.

Berechnungen zeigen, dass die Senkung des Schwellenwertes für den Koordinationsabzug den neu Begünstigten in den Tieflohnbranchen kaum oder wenig bringt. Dabei sind zwei Dinge zu berücksichtigen: einerseits die Dauer der Erwerbstätigkeit unter dem Schwellenwert, andererseits die Frage, ob und um wie viel sich das Renteneinkommen pro saldo erhöht. Frauen, die während der Familienphase einer reduzierten Erwerbstätigkeit nachgehen, aber dennoch mehr als 30 000 Franken verdienen, werden durch die Senkung des Koordinationsabzuges tendenziell begünstigt, vor allem, wenn sie nach der Familienphase wieder eine Vollzeitstelle annehmen. In den Tieflohnbranchen hingegen finden lediglich zwei Verschiebungen statt: Erstens ist in den Jahren, die besonders ausgabenintensiv sind, das heisst in der Familienphase, weniger verfügbares Einkommen vorhanden. Zweitens werden im Rentenalter die Beiträge der staatlichen Ergänzungsleistungen um die spärlich fliessenden BVG-Gelder reduziert.

Per saldo bleiben die Auszahlungen im Rentenalter also gleich hoch, während in der Erwerbsphase das verfügbare Einkommen zurückgeht und für die Betriebe die Lohnkosten zunehmen. Dies führt zu einem sicher noch stärkeren Rationalisierungs- und Automatisierungsdruck, was wiederum Arbeitsplätze reduzieren könnte.

Oder anders formuliert: In den Tieflohnbranchen findet durch die Senkung des Schwellenwertes für den Koordinationsabzug eine Verschiebung von der staatlichen Aufstockung der unzureichenden Renteneinkommen in der AHV zu einer privaten Finanzierung über die Sozialpartner statt.

Nun kann man durchaus die Auffassung vertreten, die Sozialpartner müssten vollständig für die Sicherung der Altersvorsorge aufkommen. Dies würde jedoch bedingen, dass die Konsumenten, die Gesellschaft, ja wir alle bereit sind, über entsprechend höhere Konsumentenpreise für Güter des täglichen Bedarfs mehr zu bezahlen. Konkret bedeutet dies z. B., dass für eine Büchse Pelati anstelle von 85 Rappen 1 Franken oder mehr zu bezahlen ist. Solche Preiserhöhungen für Güter des täglichen Bedarfs belasten aber wiederum die tiefen Einkommen überdurchschnittlich. Deshalb erscheint es mir besser, wenn die entstehenden Sozialkosten durch uns alle, in Form von allgemeinen Steuermitteln, über Ergänzungsleistungen, abgegolten werden.

In der öffentlichen Diskussion vermisste ich die Auseinandersetzung mit der Wirkung, die eine Senkung des koordinierten Lohnes auf das Gesamtsystem des BVG hat. Für Arbeitnehmende und für Arbeitgebende käme es zu einem Kostenschub. Für die Arbeitnehmenden bedeutete dies erhöhte Lohnabzüge und für Arbeitgebende eine weitere Belastung durch steigende Lohnnebenkosten, was in unserem exportorientierten Hochpreisland sicher Folgen haben würde. Seit der 10. AHV-Revision verkünden wir, dass weitere Lohnabzüge für die Wirtschaft nicht mehr tragbar sind. Dies gilt aber nicht nur für die AHV, sondern eben auch für das BVG. Auch da führen zusätzliche Lohnabzüge letztlich nicht zum gewünschten Ergebnis. Ich kann es deshalb drehen und wenden, wie ich will: Die Senkung des Schwellenwertes kann es nicht sein!

Deshalb bin ich der Meinung, dass auch der Antrag der Minorität David zu Artikel 9 Absatz 2 abzulehnen ist. Er ist zwar etwas moderater, aber die Auswirkungen sind letztlich dieselben, die ich soeben geschildert habe. Wenn schon, so führt uns möglicherweise – und das wäre vielleicht in der nächsten Revision abzuklären – eine Lösung in Anlehnung an die gebundene, steuerlich begünstigte Vorsorge der Säule 3a weiter. Dort wäre möglicherweise ein Modell aus-

zuarbeiten, welches das Versicherungsproblem der tiefen Löhne und Teilzeiteinkommen entschärft und das BVG nicht aus den Fugen geraten lässt.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.

Berger Michèle (R, NE): A titre personnel, je soutiendrai également la proposition de la minorité Brunner Christiane. Je le ferai pour plusieurs raisons. D'abord, mis à part le trait de génie du Conseil national dont a parlé Mme Brunner, j'ai moi-même déposé une motion (00.3255) allant dans ce sens au début de la législature, motion qui a malheureusement, et à mon grand regret, été rejetée par notre Conseil. Ensuite, je suis persuadée, comme l'a rappelé Mme Brunner, que c'est aujourd'hui une obligation de notre temps que de permettre aux femmes qui travaillent à temps partiel – et je pense spécialement aux familles monoparentales, aux femmes mariées qui ont des enfants et qui souhaitent exercer une activité à côté de leur ménage, qui souvent est un travail à temps partiel – et également aux personnes qui ont un faible revenu, de pouvoir cotiser à la LPP.

J'aimerais ajouter qu'il faut une certaine cohérence de langage aussi. Alors qu'aujourd'hui les mouvements patronaux ont tout fait pour que les femmes puissent revenir sur le marché du travail, il faut justement, alors, leur permettre également de pouvoir cotiser à la LPP. Et j'estime que cette épargne, je dirai forcée, doit être vue dans sa globalité, c'est-à-dire qu'elle pourra être une rentrée d'argent supplémentaire au moment où les femmes atteindront l'âge de la retraite et que cela peut être aussi envisagé sous l'angle des prestations complémentaires qui n'auront pas besoin d'être versées aux femmes ayant travaillé à temps partiel.

J'aimerais également dire que j'exerce une profession où le personnel est largement féminin, où les femmes ont appris un métier et où elles sont heureuses de retourner à la vie active une fois que les enfants ont pris le chemin de l'école. Et la caisse professionnelle à laquelle j'appartiens permet à ces femmes de pouvoir cotiser. En expliquant les enjeux de cette participation à cette cotisation LPP, elles la comprennent, elles la souhaitent, elles la paient volontiers.

J'aimerais ajouter une autre explication pour laquelle je suis la minorité Brunner Christiane, c'est que je souhaite qu'il y ait enfin aussi une égalité de traitement par rapport aux personnes qui sont engagées dans les collectivités publiques qui ont déjà mis en place un tel système. Dans mon canton, cette possibilité est largement ouverte aux personnes qui travaillent à temps partiel dans le secteur public, et j'estime qu'il y a une inégalité de traitement avec les femmes ou les hommes qui exercent dans le privé. Et il est temps aujourd'hui de créer cette égalité de traitement.

C'est dans ce but-là que je soutiendrai la minorité Brunner Christiane.

Beerli Christine (R, BE): Ich möchte voranstellen, mit welchen Ansprüchen wir an diese Revisionsvorhaben herantreten sind: Wir haben einmal den Anspruch gestellt – ich habe es schon gestern gesagt, aber ich finde, wir müssen es immer wieder wiederholen –, die Finanzierbarkeit der Sozialwerke langfristig sicherzustellen; das war der erste Anspruch. Der zweite Anspruch, den wir immer wieder an uns stellen, lautet: Wir wollen in diesem Land keine höheren Lohnkosten! Wir wissen, dass wir – das wurde heute schon mehrmals gesagt – jeden Franken, den wir in Sozialleistungen investieren, zuerst erarbeiten müssen. Erarbeitet wird der Franken in der Wirtschaft: Unsere Wirtschaft erarbeitet jeden zweiten Franken im Ausland. Das bedeutet wiederum, dass wir konkurrenzfähig sein müssen und dass wir es uns nicht erlauben können, unsere Lohnkosten zu erhöhen. Ich glaube, diese Dinge müssen wir im Auge behalten, wenn wir über die Revisionsvorlagen sprechen.

Es ist mir auch sehr wichtig – und ich bin froh darüber –, dass es in diesem Rat gelungen ist, die AHV-Vorlage und die BVG-Vorlage wieder zusammenzuführen. Da wir gestern und heute Morgen die AHV-Vorlage behandelt haben, er-

laubt mir dies auch, noch einmal kurz den für mich wichtigen Zusammenhang aufzuzeigen: Ich habe heute Morgen als Sprecherin der Kommissionsmehrheit die AHV-Vorlage im Bereich der Flexibilisierung des Rentenvorbezuges vertreten und habe Ihnen beliebt gemacht, die 400 Millionen Franken dafür einzusetzen. Dadurch haben Leute mit einem geringen Einkommen und mit einem Anspruch auf eine geringe Rente einen reduzierten Kürzungssatz und können früher in Pension gehen. Ich bin überzeugt, dass wir diesem Antrag der Mehrheit hätten zustimmen können. Ich habe die Hoffnung, dass dieser Vorschlag noch einmal in diesen Rat zurückkehrt und wir allenfalls bereit sind, ihn noch einmal zu prüfen. Dieser Vorschlag hätte genau dieselbe Bevölkerungsgruppe begünstigt, die wir heute begünstigen würden, wenn wir den Koordinationsabzug flexibilisieren – wie das der Nationalrat beschlossen hat – bzw. den Schwellenwert senken würden. Er hätte zum grössten Teil die Einkommen bis zu 49 000 Franken im Jahr und auch noch zu einem gewissen Teil diejenigen bis zu 72 000 Franken im Jahr begünstigt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nicht beides tun können: Wir können nicht sowohl in der AHV als auch im BVG einen Ausbau, einen Schritt hin zur Besserstellung dieser Lohngruppen, machen, auch wenn uns dies freuen würde und wir sehen würden, dass beides sicher gute Dienste leisten würde. Aber wir können schlicht und einfach aus finanziellen Gründen und aus den Gründen, die ich in meinen Vorbemerkungen angebracht habe, nicht beides tun. Weshalb habe ich mich dafür entschieden, den Schritt bei der AHV und nicht beim BVG zu tun?

1. Der Bereich der AHV wird neu über die Mehrwertsteuer finanziert, währenddem es hier um den Ausbau des BVG geht. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Variante des Nationalrates 640 Millionen Franken mehr kostet. Auch diejenige des Ständerates kostet noch 295 Millionen Franken mehr, aber diejenige des Nationalrates kostet 640 Millionen mehr, und diese 640 Millionen muss man über Lohnprozente bezahlen. Das sind Lohnkosten, die sich ganz direkt auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auswirken.

Zudem ist es auch so, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmungen und vor allem das Gewerbe durch diese Herabsetzung des Schwellenwertes und die Flexibilisierung des Koordinationsabzuges sehr stark belastet würden. Es sind diejenigen Bereiche in den kleinen und mittleren Betrieben, wo heute häufig noch keine Gesamtarbeitsverträge bestehen, wo heute häufig diese Leistungen noch nicht erbracht werden, in denen diese Teilzeitleistungen und vor allem auch die niedrigen Löhne anfallen. Dort würde eine grosse Menge an zusätzlichen administrativen Unkosten entstehen, gerade im Niedriglohnbereich, gerade in Branchen, die heute schon grossen Schwierigkeiten begegnen. Ich möchte Sie an den Tourismus erinnern, an das Gastgewerbe, an weitere Bereiche in den kleinen und mittleren Unternehmungen, die wir nicht noch zusätzlich mit neuen administrativen Umtrieben, aber auch mit neuen Kosten und neuen Konkurrenznachteilen belasten sollten. Ich glaube, es ist nicht an der Zeit – und die wirtschaftliche Lage erlaubt es nicht –, dass wir einen Schritt in diese Richtung tun.

Der Kommissionspräsident hat es im Übrigen schon gesagt: Auch wenn wir davon ausgehen, dass es wünschenswert wäre, diese Einkommensklassen auch ins BVG integrieren zu können, müssen wir doch Kosten und Nutzen einmal gegeneinander abwägen. Dann sehen wir, dass bei Renten, die sich in der Tat im Jahr auf zwischen 400 und 500 Franken belaufen würden, für die Administration dieser Leistung Unkosten etwa in der Grössenordnung von 200 bis 300 Franken entstehen würden. Das steht in keinem Verhältnis zueinander. Wir machen einen Riesenapparat, der im Endeffekt nichts bringt und der den Leuten, die dann in den Genuss dieser Renten kommen, keine Verbesserung bringt, auch wenn man noch beachtet – das hat Frau Forster sehr schön ausgeführt –, dass die Abzüge gerade in den Zeiten zu bezahlen sind, in denen das Einkommen am dringendsten vonnöten ist, nämlich dann, wenn die Familie vollzählig ist, wenn Kinder vorhanden sind. Bei einem Einkommen von

jetzt 18 540 Franken – dort soll dieser Schwellenwert gemäss Nationalrat angesetzt werden – würde das neu Abgaben von 480 Franken im Jahr bedingen, bei 24 720 Franken wären es 1439 Franken zusätzlich. Dann gibt es ein Anwachsen um 200 Prozent bei einem Einkommen von 24 721 Franken, bei 30 000 Franken würden die Prämien um 150 Prozent anwachsen. Das sind Abgaben, die in einer gewissen Phase für die Familien sehr stark «ins Guttuch» gehen und sie sehr stark belasten. Später dann, wenn es zusätzlich zur AHV eine ganz kleine Rente von 400 bis 500 Franken gibt, ist der Nutzen weniger gross als die Belastung eben in Zeiten der Erwerbstätigkeit. Wir machen also einen grossen administrativen Aufwand für einen kleinen Nutzen. Wir generieren Mehrkosten von 640 Millionen Franken.

Ich würde Sie bitten, doch den Zusammenhang zwischen AHV und BVG im Auge zu behalten und sich allenfalls lieber dazu zu entschliessen, in einem zweiten Umgang bei der Flexibilisierung der AHV etwas grosszügiger zu sein, aber hier den Schritt nicht zu tun und bei der Lösung der Mehrheit zu bleiben.

Brunner Christiane (S, GE): J'aimerais juste revenir sur la question de la complexité administrative et des frais administratifs, parce que j'ai oublié de dire tout à l'heure que, par rapport à la décision du Conseil national, je ne reprends pas l'idée qu'il faut additionner les salaires acquis chez les différents employeurs. Un des grands arguments contre la solution décidée par le Conseil national, c'était, pour les employés à temps partiel, de devoir prendre en compte les différentes activités à temps partiel chez les différents employeurs. Cette proposition, je ne l'ai pas reprise parce que je suis d'accord que le travail administratif est trop grand par rapport à l'effet souhaité.

Pour le reste, que vous mettiez tel montant de coordination ou tel autre, le travail administratif est exactement le même. Il y a un peu plus de personnes qui entrent dans le système de la prévoyance professionnelle: s'il y a plus de personnes actives, il y a aussi plus de personnes qui entrent dans le système et c'est absolument normal, ça n'entraîne pas des coûts administratifs supplémentaires.

Il était pour moi encore important d'ajouter que je n'ai pas repris, et c'est la seule nuance avec le Conseil national, l'addition des différentes activités à temps partiel.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Vous vous souvenez qu'au moment de préparer le message, le Conseil fédéral avait envoyé en procédure de consultation, en le divisant en deux paquets – ce qu'il faut faire absolument, ce pour quoi il sollicitait l'avis des groupes concernés –, un projet de révision de la LPP. Il avait envisagé à ce moment-là, dans la partie obligatoire, l'augmentation de la bonification de vieillesse, et dans la partie soumise à l'appréciation, un modèle qui devait respecter à la fois les petits revenus et les personnes travaillant à temps partiel.

L'analyse du Conseil fédéral était très claire: les carrières non linéaires des femmes posent problème. En combinaison entre l'AVS et le deuxième pilier, il est clair que les rentes qui correspondent aux revenus les plus bas, si elles correspondent à 60 pour cent de ces revenus, ne suffisent pas à garantir le minimum vital. Le Conseil fédéral a donc été très sensible à ce problème, qui avait été remis au centre de la révision par le Conseil national et par les discussions au sein de la commission du Conseil des Etats.

D'ailleurs dans le projet que le Conseil fédéral avait envoyé en procédure de consultation, il envisageait déjà en termes réels, c'est-à-dire compte tenu des plans qui garantissent davantage que le caractère purement obligatoire – mais on peut faire le raisonnement aussi si on veut s'en tenir plutôt au cadre légal qu'à la réalité –, des dépenses supplémentaires par rapport à ce qui était nécessaire pour réaliser l'amélioration de la bonification de vieillesse, c'est-à-dire arriver à ce fameux taux de 540 au lieu de 500 du revenu assuré. Les dépenses pouvaient se situer dans une fourchette de 380 à 625 millions de francs par année. La réponse à la procédure

de consultation a été négative sur ce point-là pour des questions de coûts essentiellement. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral y avait renoncé en s'en tenant uniquement, pour arriver au taux de 540 pour cent, à l'augmentation des taux des bonifications de vieillesse.

La perception qu'avait le Conseil fédéral au moment de la procédure de consultation consistait à séparer les deux choses. Il s'agissait de se demander comment s'occuper, d'un côté, des gens qui sont actuellement dans le système pour que leur rente ne diminue pas trop par l'abaissement du taux de conversion et, de l'autre, comment prendre en compte les personnes qui ne sont pas dans le système. Les travaux au Conseil national ont montré en fait que cette perception du Conseil fédéral pouvait être suivie et concrétisée autrement. Mme Brunner l'a dit, l'excellente idée du Conseil national a été de lier les deux choses et de reconnaître qu'on peut éviter de recourir à l'augmentation des taux des bonifications de vieillesse en augmentant la masse salariale. Je reconnais que ça revient au même sur le plan du coût, mais on a un système intégré qui repose sur un élargissement de la catégorie des personnes touchées. On règle en d'autres termes deux problèmes d'un coup. Le modèle du Conseil national est donc vraiment digne d'être examiné avec sérieux. J'ajouterais qu'il est absolument digne d'être suivi.

Je dis cela «à titre personnel», parce que la discussion que nous avons menée au Conseil fédéral n'a pas abouti à une décision claire. Nous n'avons pas repris la question, considérant que, dans la phase du travail parlementaire, la créativité du Parlement et la collaboration avec celui-ci sont des points centraux de notre système et qu'il y a là une amorce de solution. Mais je ne vous cache pas que, vraisemblablement, la majorité des membres Conseil fédéral aimeraient la solution la plus légère possible, celle qui repousse à plus tard la solution des problèmes sociaux. Tel n'est pas mon cas.

Je vous invite donc à suivre la minorité à l'article 2 alinéa 1er.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 8 Stimmen

Abs. 2–4 – Al. 2–4

Angenommen – Adopté

Art. 4 Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Jenny, Brunner Christiane, Frick)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 4 al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Biffer

Minorité

(Jenny, Brunner Christiane, Frick)

Adhérer à la décision du Conseil national

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Der Nationalrat sieht in Artikel 4 Absatz 3 eine besondere Lösung für Selbstständigerwerbende bezüglich der Möglichkeit vor, sich in der zweiten Säule zu versichern. Nach dieser Lösung sollten Selbstständige insbesondere unter dem BVG auch die Risiken Invalidität und Tod versichern können, ohne am Sparprozess teilzunehmen, also eine Vermögensbildung für das Alter zu betreiben. Das wäre eine Ausnahme von den Prinzipien, wie wir sie jetzt in Artikel 1 des Gesetzes in diesem Rat übereinstimmend fixiert haben. Das wäre eine Abweichung von dieser Regel.

Die Argumente im Nationalrat gingen dahin, dass hiermit vor allem Selbstständigerwerbende mit kleinen Einkommen be-

günstigt werden sollten. Wir haben die Regelung, wie sie vorliegt, daraufhin geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass sie so, wie sie hier steht, doch eher eine Privilegierung für hohe Einkommen im Sinne von Steuereinsparungen wäre. Insbesondere hat diese Regelung auch die Möglichkeit in sich, dass Selbstständigerwerbende jederzeit ein- und austreten können und die steuerlich privilegierten Mittel mitnehmen können.

Arbeitnehmer können das ja bekanntlich nicht, indem sie ihre Mittel in Freizügigkeitsleistungen umwandeln müssen und über diese Mittel dann auch nicht verfügen können, sei es, dass sie in eine Freizügigkeitspolice umgewandelt werden, sei es, dass sie in eine neue Vorsorgeeinrichtung eingebracht werden müssen.

Wir erachten daher den Inhalt des vorliegenden Minderheitsantrages als Fremdkörper im Rahmen der zweiten Säule. Nach Meinung der Mehrheit der Kommission müsste diese Frage allenfalls im Rahmen der Säule 3a geprüft werden. Dort müssen Vorschläge für die steuerliche Begünstigung von Selbstständigerwerbenden mit kleinen Einkommen, die nur Risiko und Tod versichern wollen, nicht aber das Alter, adäquat eingebracht werden.

Hingegen wäre es nach der Meinung der Mehrheit falsch und würde Artikel 1 des Gesetzes wirklich widersprechen, wenn wir das ins System der zweiten Säule einbauen würden. Ich möchte betonen, dass sich die Kommission offen gezeigt hat, darauf einzutreten, wenn sich im Nationalrat in diesem Punkt eine Bewegung in Richtung Säule 3a abzeichnen sollte.

Jenny This (V, GL): Ich möchte Sie dringend bitten, der Minderheit und somit dem Nationalrat zu folgen. Ich bitte, auch die Zusammensetzung der Minderheit zu beachten, mit This Jenny, Christiane Brunner und Bruno Frick. (*Heiterkeit*) Auch Frau Bundesrätin Dreifuss hat sich ausdrücklich dieser Fassung angeschlossen.

Mit der vom Nationalrat oppositionslos verabschiedeten Ergänzung soll sichergestellt werden, dass die seit längerer Zeit angewendete Vorsorgeregelung für Selbstständigerwerbende weiterhin zugelassen werden kann. Sie geht in geradezu idealer Weise auf die Bedürfnisse der Selbstständigen ein. Wieso sollen oder müssen wir etwas ändern, wenn es sich doch bewährt hat? Vor allem profitierten hier die kleinen, die sehr kleinen Selbstständigerwerbenden. Sie haben weiss Gott zurzeit und im Moment andere Sorgen.

Es wird von Steuerschlupflöchern gesprochen; das war offensichtlich ein wenig das Argument der Mehrheit. Man hat Angst, man öffne damit Steuerschlupflöcher. Mit der vom Nationalrat oppositionslos verabschiedeten Fassung wird klar präzisiert, dass es nicht um ein Entweder-oder geht. Es wird ausdrücklich festgehalten, dass die Grundsätze der Planmässigkeit und der Kollektivität eingehalten werden müssen. Mit dieser Präzisierung – das ist nun wesentlich – wird sichergestellt, dass die weiter gehende berufliche Vorsorge nicht als Steueroptimierungsinstrument missbraucht werden kann. Das war im Nationalrat ein Thema, das war bekannt; man hat damit dieser Möglichkeit entgegengewirkt. Die Selbstständigerwerbenden sollen nun also gemäss dem Antrag der Minderheit weiterhin die Möglichkeit haben, sich bei einer Vorsorgeeinrichtung zu versichern, die nicht im Register für die berufliche Vorsorge eingetragen ist. Es hat sich bewährt; ich habe es angetönt. Ändern wir nichts daran. Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ): Die Kommission hat bei gelichteten Reihen diese neue Bestimmung des Nationalrates mehrheitlich abgelehnt. Ich möchte die Ausführungen von Herrn Jenny ergänzen und Sie bitten, dieser Bestimmung zuzustimmen.

Von wem stammt der Wunsch, und wem nützt er? Er nützt den Selbstständigerwerbenden mit sehr kleinen Einkommen, und er nützt den Bauern. Sie haben hier eine kleine zusätzliche Möglichkeit, indem sie nämlich beispielsweise nur die Risiken Invalidität und Tod versichern, auch wenn sie

nicht am Sparprozess teilhaben können, weil ihr Einkommen zu klein ist. Von diesen Kreisen wird diese Bestimmung angestrebt, und insbesondere die Bauern und viele Kleingewerbler, die heute wirklich Schwierigkeiten haben, sind darauf angewiesen, hier eine kleine Erleichterung für ihre Versicherungen der Risiken Invalidität und Tod zu erlangen. Ich kann Herrn David nicht widersprechen, dass selbstverständlich in einzelnen Fällen auch grosse Einkommen davon profitieren können; aber für sie wurde die Bestimmung nicht geschaffen. In der Tat ist es vielleicht nicht die vollkommene Lösung, aber es ist eine Lösung, die den guten Zweck realisiert, den wir für Kleingewerbler und Bauern wollen.

Stimmen Sie der Minderheit zu! Sollte sich diese Lösung auf Dauer nicht bewähren, folgt in einigen Jahren ja die nächste Revision, bei der wir nötige Anpassungen vornehmen könnten. Das Ziel ist gut, das Mittel ist tauglich.

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Was Kollege Frick jetzt ausgeführt hat, spricht eben dafür, dass wir eine Differenz schaffen. Ich habe ja auch betont, dass die Kommission das nicht generell vom Tisch haben möchte; aber die Lösung, wie sie die Minderheit vorsieht, hat zwei grosse Mängel:

1. Sie ist nicht auf die von Herrn Frick angesprochenen Kreise bzw. auf diese Situationen fokussiert, sondern sie ist sehr generell und öffnet einen sehr grossen Spielraum, um die zweite Säule für Steuerzwecke einzusetzen. Das wollen wir nicht. Das haben wir eigentlich unter Artikel 1 abgelehnt. Dieser Mangel muss und kann wahrscheinlich auch behoben werden, allenfalls in der zweiten Säule statt in der dritten Säule, aber er muss behoben werden. Wenn wir jetzt einfach der Minderheit zustimmen, bleibt dieser wesentliche Mangel bestehen.

2. Der zweite Mangel, der in dieser Lösung besteht und nicht behoben ist, ist die jederzeitige Herausnahmemöglichkeit. Diese ist uns immerhin von der Steuerbehörde so dargestellt worden. Das ist, wie wir wissen, ein grosses Risiko für eine Fehlentwicklung, die wir auch nicht wollen. Auch hier muss eine klare Grenze gesetzt werden.

Wenn Sie jetzt keine Differenz zum Nationalrat schaffen, bauen Sie nach meiner Meinung einen ziemlich grossen Fehler in das System ein. Denn dadurch wird hier ein Loch geöffnet, das wir nicht wollen und das die zweite Säule beschädigt. Mit der Zustimmung zur Mehrheit setzen wir ein Zeichen an den Nationalrat, diese zwei Mängel durch eine geeignete Ergänzung der Bestimmung zu beheben, sodass hier nachher eine korrigierte Fassung zur Abstimmung gebracht werden kann, die dann wirklich ideal ist.

Vom Vorschlag von Kollege Frick, wir sollten das jetzt zwei, drei Jahre so laufen lassen und dann den Fehler bei der nächsten Revision berichtigen, möchte ich abraten; das sollten wir nicht tun.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Au Conseil national, nous avons soutenu la proposition Engelberger qui est devenue la décision du Conseil. Elle correspond à un besoin. Avec ce libellé, nous mettons un peu d'ordre dans le système. En particulier, nous évitons les abus fiscaux, nous évitons les situations où, semble-t-il, le deuxième pilier est utilisé d'une façon non adéquate ou ne correspondant pas en tout cas à l'esprit de la loi.

Il faut régler le problème des indépendants, mais aussi la question de la prévoyance des paysans en particulier et des petits indépendants, des petits artisans. Ils n'ont pas les moyens de garantir leur entreprise et surtout de garantir la vie de leurs familles s'ils ne sont pas intégrés dans ce système, en particulier pour les risques de décès et d'invalidité. C'est de cela qu'il s'agit. Il ne s'agit pas de leur ouvrir une voie royale pour une retraite particulière, mais de garantir des risques. C'est la raison pour laquelle nous avons soutenu la proposition Engelberger au Conseil national. Alors, même si cette formulation n'est peut-être pas parfaite, je ne crois pas que les dangers soient si grands. Nous pourrions attirer l'attention de la commission du Conseil national là-

dessus; mais à notre avis, cela permet de maintenir un système qui existe déjà en l'encadrant mieux.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 17 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 12 Stimmen

Art. 5 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 7 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Unverändert

Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von

Art. 7 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Inchangé

Minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Les salariés auxquels un même employeur verse

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Ich muss darauf hinweisen, dass Artikel 7, über den wir entschieden haben, noch eine zweite Komponente beinhaltet. Zu klären ist die Frage, wie es sich verhält, wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer mehrere Arbeitgeber hat. Über diese Grundsatzfrage werden wir bei Artikel 46 zu entscheiden haben, daher wird sie dort von Herrn Studer Jean als Berichterstatter nochmals aufgenommen.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Über diese Bestimmung ist bei Artikel 2 Absatz 1 entschieden worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

Mehrheit

Streichen

Minderheit

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1

Biffer

Al. 2

Majorité

Biffer

Minorité

(Brunner Christiane, Studer Jean)

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 9 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(David, Stähelin)

Der Bundesrat passt den unteren Grenzbetrag bis am 31. Dezember 2009 nicht an.

Art. 9 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(David, Stähelin)

Le Conseil fédéral n'adapte pas la limite inférieure jusqu'au 31 décembre 2009.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Hier ist die Debatte wohl geführt worden.

Stähelin Philipp (C, TG): Die Debatte ist tatsächlich geführt worden. Die Argumente für und wider diesen Antrag sind bei Artikel 2 Absatz 1 dargelegt worden. Ich möchte hier einfach noch einmal kurz den Finger auf einen Punkt legen: Wir haben viele Argumente gehört, die dafür sprechen, dass der untere Grenzbetrag nicht herabgesetzt werden sollte. Gleichzeitig haben wir aber auch ein gewisses Verständnis für Massnahmen in diesem Bereich feststellen können.

Was will nun dieser Minderheitsantrag? Er will die Nachteile einer raschen Herabsetzung vermeiden, insbesondere die Nachteile, die durch die starke Belastung der Wirtschaft und die administrative Belastung der Kassen entstehen. Er will gesamthaft ein Einfrieren und damit ein langsames Hineinwachsen der unteren Einkommen in das Obligatorium und in die Teilhabe an der Versicherung. Wir suchen hier einen schlanken Weg, der vertretbar und für alle Beteiligten verkraftbar ist und so zum Ziele führen kann.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Permettez-moi de souligner que la proposition de la minorité David consiste à geler pour cinq ans au maximum le seuil inférieur. Pendant ces cinq ans, il y aurait au maximum deux adaptations, et elles pourraient être très faibles si le taux d'inflation devait être faible durant cette période.

Donc, je crois que c'est une mesure inutile!

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 19 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 15 Stimmen

Art. 10 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 10 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 11

Antrag der Kommission

Abs. 2

Verfügt der Arbeitgeber nicht bereits über eine Vorsorgeeinrichtung, wählt er eine im Einverständnis mit seinem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung.

Abs. 3bis

Die Auflösung eines bestehenden Anschlusses an eine Vorsorgeeinrichtung und der Wiederanschluss an eine neue

Vorsorgeeinrichtung durch den Arbeitgeber erfolgen im Einverständnis mit dem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung. Die Vorsorgeeinrichtung hat die Auflösung des Anschlussvertrages der zuständigen Ausgleichskasse der AHV zu melden.

Abs. 3ter

Kommt in den Fällen nach den Absätzen 2 und 3bis keine Einigung zustande, entscheidet ein neutraler Schiedsrichter, der im gegenseitigen Einverständnis oder, bei Uneinigkeit, von der Aufsichtsbehörde bezeichnet wird.

Abs. 4–7

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 7bis

Streichen

Art. 11

Proposition de la commission

Al. 2

Si l'employeur n'est pas encore affilié à une institution de prévoyance, il en choisira une après entente avec son personnel, ou, si elle existe, avec la représentation des travailleurs.

Al. 3bis

La résiliation de l'affiliation et la réaffiliation à une nouvelle institution de prévoyance par l'employeur s'effectuent après entente avec son personnel, ou, si elle existe, avec la représentation des travailleurs. L'institution de prévoyance doit annoncer la résiliation du contrat d'affiliation à la caisse de compensation de l'AVS compétente.

Al. 3ter

Faute d'entente dans les cas cités aux alinéas 2 et 3bis, la décision sera prise par un arbitre neutre désigné soit d'un commun accord, soit, à défaut, par l'autorité de surveillance.

Al. 4–7

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 7bis

Biffer

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Zu Artikel 11 möchte ich bemerken, dass es hier darum geht, dass nach dem Beschluss des Nationalrates bei der Auflösung einer bestehenden Vorsorgeeinrichtung nicht nur das paritätisch besetzte Organ, sondern das gesamte Personal in den Entscheidprozess einbezogen werden muss. Wir haben diese Beschlüsse unterstützt. Die Veränderungen gegenüber dem Beschluss des Nationalrates, die Sie auf der Fahne finden, sind nur redaktioneller Natur.

Zu Absatz 7bis wird Kollege Studer bei Artikel 46 sprechen. Er betrifft wieder den Fall von mehreren Arbeitgebern.

Angenommen – Adopté

Art. 13 Abs. 2

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 13 al. 2

Proposition de la commission

Biffer

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Wir beantragen Ihnen, diesen Absatz zu streichen, weil wir diese Bestimmung in Artikel 13a Absatz 8 aufgenommen haben. Damit ist Artikel 13 Absatz 2 bereits behandelt und erledigt.

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Artikel 14 betrifft nochmals eine ganz wichtige Entscheidung, nämlich den Mindestumwandlungssatz. Wie Sie wissen, hat der Bundesrat vorgeschlagen, den Mindestumwandlungssatz von jetzt 7,2 auf 6,65 Prozent zu senken. Dies bedeutet faktisch – das muss man auch so sagen – eine Rentenreduktion um 8 Prozent. Der Nationalrat hat diese Satzreduktion auf 6,8 Prozent zurückgenommen. Dies bedeutet eine Reduktion der Renten um 6 Prozent. Die Vorschläge, die Ihnen jetzt unterbreitet werden, haben im Prinzip drei zentrale Punkte:

1. Wir wollen in Zukunft den Mindestumwandlungssatz im Gesetz fixieren und nicht mehr durch den Bundesrat fixieren lassen. Hier stimmen wir auch mit dem Nationalrat überein. Die Frage ist für die Rentner und die Bildung der Renten dermassen zentral, dass sie im Parlament per Gesetz beschlossen werden muss. Dieser Mindestumwandlungssatz beinhaltet ja auch ein Rentenversprechen, und wenn Rentenversprechen gemacht werden, müssen sie nach unserer Überzeugung im Rahmen des Gesetzes erfolgen.

2. Wir sind, übereinstimmend mit dem Nationalrat, der Meinung, dass es leider aus Gründen der Demographie notwendig ist, diesen Satz zu senken. Es ist klar: Viele Personen werden älter. Das angesparte Volumen für das Leben als Rentner ist gleich geblieben, aber es sind mehr Jahre, auf die es zu verteilen ist. Letztlich sind wir durch diese Entwicklung gezwungen, den Mindestumwandlungssatz zu senken. Wir möchten aber erstens darauf hinweisen, dass diese Regel nur das Obligatorium betrifft. Es gibt auch viele Pensionskassen, die bereits Langlebkeitsreserven gebildet haben und die über diese Langlebkeitsreserven jedenfalls die bisher entstandenen Rentenansprüche abdecken können. Zweitens weisen wir darauf hin, dass die laufenden Renten von dieser Änderung nicht betroffen sind. Das heisst, die Rentner, die jetzt ihre BVG-Renten beziehen, haben weiterhin ihre sicheren Renten, wie sie ihnen beim Eintritt ins Rentenalter zugesagt wurden; das ist ein ganz wichtiger Punkt.

3. Wir haben für die zukünftigen Rentner zwei flankierende Massnahmen, um die Auswirkungen der Senkung des Mindestumwandlungssatzes massgeblich zu reduzieren. Einmal werden die Altersgutschriften erhöht, das kommt nachher in Artikel 16 des Gesetzes zum Ausdruck. Das heisst, es wird mehr Vermögen gebildet. Diese Änderung von Artikel 16, die Erhöhung der Altersgutschriften, wirkt sich insbesondere zugunsten jener Personen aus, die noch in den ersten Jahren ihres Erwerbslebens stehen, also insbesondere zugunsten der 25- bis 40-Jährigen. Diese haben nun noch Zeit, anzusparen und dann die Einbusse, die durch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes eintritt, mit dem höheren angesparten Vermögen aufzufangen.

Als zweite flankierende Massnahme ist Buchstabe abis der Übergangsbestimmungen vorgesehen; das steht auf Seite 39 der Fahne. Hier ist vorgesehen, dass der Umwandlungssatz langsam – nämlich über zehn Jahre – abgesenkt wird. Wenn das Gesetz im Jahre 2005 in Kraft gesetzt wird, dann erfolgt die Absenkung also bis zum Jahr 2015. Es ist eine langsame Absenkung, und zwar wird es etwa so gehen, dass pro Jahr 0,05 Prozent abgesenkt werden. Wenn wir bei 7,2 Prozent stehen, dann werden es im ersten Jahr 7,15 sein, dann sinkt der Umwandlungssatz auf 7,1, auf 7,05 und auf 7 Prozent usw. Dann haben wir erst noch eine Reserve von zwei Jahren, wo man den Satz also zwei Jahre lang unverändert lassen kann.

Diese zweite flankierende Massnahme wirkt sich zugunsten der älteren Erwerbsbevölkerung aus, also zugunsten jener Personen, die jetzt noch im Erwerbsleben stehen und älter sind. Das sind Personen ab 45, ab 55 Jahren und – was ganz wichtig ist – jene, die 60 bis 65 Jahre alt sind. Damit können ihre Rentenansprüche grosso modo trotz der Senkung des Umwandlungssatzes einigermaßen gewahrt werden.

Die Kommission beantragt Ihnen daher, in diesem Sinne dem Nationalrat zuzustimmen, wie das hier auch aufgeführt ist. Bei Artikel 16, den Altersgutschriften – das gehört dazu –, beantragt sie Ihnen, der Lösung des Bundesrates zu folgen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je voudrais souligner la nécessité d'abaisser le taux de conversion minimal. Il s'agit de répartir sur une période de vie plus longue le capital et les fruits du capital accumulés au moment du passage à la retraite. C'est une mesure difficile à prendre, qui doit pouvoir donner lieu à des compensations, celles dont nous avons discuté tout à l'heure. L'augmentation de la bonification de vieillesse permet de maintenir l'objectif. Il faut payer plus pour réaliser cet objectif qui compte.

Dans ce sens-là, le Conseil fédéral est heureux de remettre cette compétence entre les mains du Parlement, parce que seul le Parlement peut, lorsqu'il prend une telle décision, prendre aussi des décisions de compensation nécessaires, et il est aussi heureux que la commission ait décidé un abaissement du délai à dix ans et non pas à quinze. «Wenn man schon in den sauren Apfel beissen muss», autant le faire rapidement et ensuite avaler.

En dix ans, il faut qu'on arrive à prendre cette décision. A ce moment-là il faudra voir s'il est nécessaire, au vu de l'éventuelle prolongation de la durée de vie, d'envisager une nouvelle réduction du taux de conversion. La proposition qui visait à prendre plus de temps pour y arriver nous mettait en difficulté, parce qu'elle risquait de soumettre certaines générations à des régimes différents. Je suis donc satisfaite des 6,8 pour cent et du délai de dix ans, car cela signifie qu'en dix ans il faut qu'on arrive à gérer cela. Je pense que c'est une mesure courageuse, nécessaire et dont l'effet social est corrigé par la mesure compensatrice automatique au niveau de la bonification de vieillesse.

Angenommen – Adopté

Art. 14a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Kommission

Abs. 1 Bst. a

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Der Bundesrat legt den Mindestzins fest. Dabei berücksichtigt er die Entwicklung der Rendite marktgängiger Anlagen, insbesondere der Bundesobligationen, sowie zusätzlich Aktien, Anleihen, Liegenschaften.

Abs. 3

Der Bundesrat überprüft den Mindestzinssatz mindestens alle zwei Jahre. Er konsultiert dabei die Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge und die Sozialpartner.

Art. 15

Proposition de la commission

Al. 1 let. a

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe le taux d'intérêt minimal. Pour ce faire, il tiendra compte de l'évolution du rendement des placements usuels du marché, en particulier des obligations de la Confédération ainsi que, en complément, des actions, des obligations et de l'immobilier.

Al. 3

Le Conseil fédéral examine le taux d'intérêt au plus tard tous les deux ans. A cet effet, il consulte la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle et les partenaires sociaux.

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Hier geht es um das zweite Kernanliegen dieser Revision, nämlich um die Festlegung des Mindestzinssatzes: Wie Sie wissen – das hat Herr Frick schon einleitend gesagt –, hat der Bundesrat

bisher eigentlich nach freiem Ermessen entschieden, wie dieser Zinssatz festzulegen ist. Wir sind der Meinung, es wäre falsch, hier diese Kompetenz dem Gesetzgeber zu übertragen. Hier geht es darum, dass das Gesetz vorgibt, nach welchen Kriterien dieser Satz angepasst werden muss. Hingegen muss sich der Satz an der Verzinsung der Anlagen am Markt ausrichten. Daran führt leider kein Weg vorbei. Es ist eine Illusion zu meinen, wir könnten per Gesetz einen hohen Zinssatz festlegen, der dann effektiv nicht eingehalten werden kann. Wir möchten, dass dieser Zinssatz nach sicheren Grössen festgelegt wird, nämlich insbesondere bezogen auf die Bundesobligationen. Das ist wahrscheinlich die sicherste Grösse, um diesen Zinssatz zu bemessen. Es ist auch wichtig, wie hier zu sehen ist, dass umliegende Staaten, die ähnliche Rentensysteme haben, ebenso an die Staatsanleihen anknüpfen, wenn sie die Bemessung des Zinssatzes anordnen. Natürlich kann der Zinssatz nicht einfach jenem der Bundesobligationen entsprechen, vielmehr muss er höher sein als jener, weil den Pensionskassen andere Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen. Aber die Ausgangsmessgrösse soll der Zinssatz der Bundesobligationen sein.

Weiter sieht dieser Artikel vor, dass der Bundesrat bezüglich der Überprüfung des Mindestzinssatzes in die Pflicht genommen wird. Wir beantragen hier, dass er den Satz mindestens alle zwei Jahre überprüft und ihn, sofern notwendig, nach Konsultation der Eidgenössischen Kommission für die berufliche Vorsorge auch neu fixiert. Wir müssen uns auch klar darüber sein, dass es nicht sinnvoll ist, diesen Satz praktisch laufend zu ändern. Wir benötigen hier für alle Beteiligten, für die Pensionskassen, insbesondere aber auch für die Rentner und für alle Beteiligten im Ansparprozess, eine gewisse Rechtssicherheit über längere Zeit hinweg. Daher wird der Bundesrat die Satzanpassungen auch nicht wegen kleiner Veränderungen vornehmen. Aber die Satzanpassung – das ist uns sehr wichtig – darf nicht nur nach unten erfolgen, sondern sie muss insbesondere auch nach oben erfolgen, wenn sich, was wir alle hoffen, die Anlagemöglichkeiten in den kommenden Jahren wieder verbessern. Wir haben es abgelehnt, ein Zusatzkriterium einzuführen, wonach auf die finanzielle Lage der Pensionskassen Rücksicht zu nehmen sei. Dieses Kriterium wäre nicht sachgerecht. Wir können den Zinssatz nicht nach einem Kriterium festlegen, das sich an der ökonomischen Situation der Pensionskassen orientiert.

Ich bitte Sie, hier auch dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Il s'agit là d'une compétence du Conseil fédéral et il souhaite la garder, car il s'agit de pouvoir procéder à des adaptations périodiques et éventuellement urgentes, comme il a été obligé de le faire cette année. Le Conseil fédéral, s'il considère qu'il doit pouvoir exercer cette compétence, accepte tout à fait le principe de procéder à des consultations (art. 15 al. 3) et de se référer aux critères énumérés (art. 15 al. 2). Je soulignerai trois choses:

La première, c'est que nous sommes vraiment tous d'accord que la décision du Conseil fédéral ne peut pas être le résultat d'un simple calcul. Il y a une marge d'appréciation qui doit lui être laissée. Que dans cette marge d'appréciation, la situation des caisses de pension, etc., doive être prise en considération, je crois que c'est clair pour tout le monde, mais ce n'est pas le critère légal de fixation du taux d'intérêt minimal. C'est une préoccupation que le Conseil fédéral doit intégrer dans sa décision.

La deuxième, c'est que l'ordonnance impose de consulter les commissions compétentes du Parlement. Votre commission a considéré que ce n'était pas nécessaire. Donc, si ce n'est pas nécessaire, je tiens à dire que je suis très contente que cela ne soit pas dans la loi, mais il y a d'autres lois qui nous obligent, lorsqu'une décision a des effets importants pour la population, etc., à travailler très étroitement avec la commission compétente. Nous le ferons également dans ce

domaine, en fonction des relations entre l'exécutif et le législatif, non pas comme une condition directe liée à la question du taux d'intérêt minimal.

La troisième, c'est qu'il n'est pas souhaitable que le taux d'intérêt minimal soit d'une très grande volatilité et qu'il épouse tous les mouvements de la Bourse. Donc les caisses de prévoyance devraient avoir une stratégie de placement qui serait en fait pensée par le Conseil fédéral et non pas par leurs administrateurs. Il faut un réexamen régulier du taux d'intérêt minimal et que la flexibilité aille dans le sens de la hausse et de la baisse. Mais il ne faut pas oublier, en premier lieu, que c'est un taux minimal, donc qu'il ne doit pas coller à chaque mouvement du marché; en second lieu, que sur le long terme le voisinage des 4 pour cent s'est révélé jusqu'à présent être la bonne mesure. Nous espérons par conséquent qu'à l'avenir, le taux de 3 pour cent – vu les fluctuations que révèlent cette décision – pourra se révéler aussi le taux moyen, utile sur le long terme.

Nous acceptons tout à fait ce renforcement des règles pour l'exercice d'une compétence du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est une des dispositions importantes de cette révision dans la mesure où on assure ici l'octroi d'une rente au conjoint survivant, à savoir qui n'est pas simplement limitée aux veuves, mais qui s'étend aussi aux veufs, et aux mêmes conditions pour les uns et les autres.

Angenommen – Adopté

Art. 20a; 21; 22 Abs. 2, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 20a; 21; 22 al. 2, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Kommission

Abs. 1

Anspruch auf Invaliditätsleistungen haben Personen, die im Sinne der IV zu mindestens 40 Prozent invalid sind und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität geführt hat, oder bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursachen zu einer rentenrelevanten Erhöhung des Invaliditätsgrades geführt hat, versichert waren.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

Streichen

Art. 23

Proposition de la commission

Al. 1

.... l'incapacité de travail qui a conduit à l'invalidité ou lors de l'aggravation de l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'augmentation du degré d'invalidité ayant un effet sur la rente.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

Biffer

Studer Jean (S, NE), pour la commission: La modification proposée vise simplement à assurer le droit à l'invalidité lorsqu'il y a une aggravation de l'incapacité de travail. C'est une clarification qui est apportée sans modification fondamentale.

Angenommen – Adopté

Art. 24

Antrag der Kommission

Abs. 1

Der Versicherte hat Anspruch auf eine volle Invalidenrente, wenn er im Sinne der IV zu mindestens 70 Prozent, auf eine Dreiviertelsrente, wenn er zu mindestens 60 Prozent, auf eine halbe Rente, wenn er mindestens zur Hälfte, und auf eine Viertelsrente, wenn er mindestens zu 40 Prozent invalid ist.

Abs. 2

Die Invalidenrente wird nach dem gleichen Umwandlungssatz berechnet wie die Altersrente im 65. Altersjahr. Für die Versicherten der Übergangsgeneration gilt der vom Bundesrat nach Buchstabe abis Übergangsbestimmungen festgelegte Umwandlungssatz.

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24

Proposition de la commission

Al. 1

L'assuré a droit à une rente entière s'il est invalide à raison de 70 pour cent au moins au sens de l'AI, à trois quarts de rente s'il est invalide à raison de 60 pour cent au moins, à une demi-rente s'il est invalide à raison de 50 pour cent au moins et à un quart de rente s'il est invalide à raison de 40 pour cent au moins.

Al. 2

La rente d'invalidité est calculée avec le même taux de conversion que la rente de vieillesse à 65 ans. Le taux de conversion fixé dans la lettre abis des dispositions transitoires selon le Conseil fédéral s'applique aux assurés de la génération transitoire.

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Juste une précision quant à la version française du dépliant. Il y a une répétition des éléments. A l'alinéa 1er, il faut commencer à partir de la deuxième phrase. On adapte ici le montant de la rente à ce qui a été décidé par notre Conseil au mois de septembre 2002 dans le cadre de la révision de l'AI.

Angenommen – Adopté

Art. 26 Abs. 4; 33 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 26 al. 4; 33 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 33a***Antrag der Kommission*

Streichen

Proposition de la commission

Biffer

Studer Jean (S, NE), pour la commission: La commission vous propose ici de biffer l'article concernant l'exigence d'égalité de traitement. La révision qui vous est proposée l'assure dans l'assurance obligatoire par l'intermédiaire de deux nouveautés, celle que je viens d'évoquer, c'est-à-dire l'octroi d'une rente de conjoint survivant, et celle de l'âge identique pour la retraite, que ce soit pour les femmes ou les hommes. La question qui se posait ici était de savoir si cette égalité de traitement devait aussi être assurée dans le système subobligatoire. La commission est d'avis que ce n'est pas opportun, car il y a actuellement déjà des assurances qui traitent différemment hommes et femmes dans le système subobligatoire. Nous sommes dans une phase d'adaptation qui conduira à une égalité de l'âge de la retraite, et il n'est pas forcément judicieux d'assurer immédiatement la même égalité dans le régime subobligatoire. C'est pour ça qu'on vous propose ici de biffer l'article 33a.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je suis heureuse qu'avec cette proposition de la commission il y ait une divergence avec le Conseil national parce que je ne suis pas convaincue qu'on puisse se passer de cet article. Au cours des travaux de la commission, je crois qu'un avis de droit de l'Office fédéral de la justice vous a été distribué et cet avis a conduit la commission à vous faire cette proposition. Je ne suis pas en mesure maintenant de vous dire si cet avis de droit était suffisamment convaincant pour que l'on puisse biffer cet article. Donc si je le dis ici, c'est pour le Bulletin officiel et pour que la discussion puisse être reprise au moment de l'élimination des divergences.

Je me réjouis que l'on respecte la volonté des deux Chambres d'éviter aussi des discriminations dans la partie subobligatoire.

*Angenommen – Adopté***Art. 34 Abs. 3***Antrag der Kommission*

Gegenüber einem Dritten, der für den Versicherungsfall haftet, tritt die Vorsorgeeinrichtung im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Person und ihrer Hinterlassenen ein.

Art. 34 al. 3*Proposition de la commission*

Dès la survenance de l'éventualité assurée, l'institution de prévoyance est subrogée, jusqu'à concurrence des prestations légales, aux droits de l'assuré et de ses survivants contre tout tiers responsable du cas d'assurance.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: La divergence tient au montant des prestations découlant du droit de subrogation qui est retenu pour l'institution de prévoyance. Votre commission propose de limiter ce droit de subrogation aux prestations légales, car ce droit concerne aussi d'autres assurances sociales, comme l'AVS ou l'AI. Si, dans le domaine de la prévoyance professionnelle, il n'était pas limité aux prestations légales, il pourrait s'étendre également aux prestations réglementaires, de telle sorte que c'est l'institution de prévoyance qui se verrait finalement intégralement couverte au détriment des autres assurances sociales. Il faut

qu'une certaine égalité soit conservée entre les assurances sociales concernées et, par conséquent, il est nécessaire de limiter le droit de subrogation aux prestations légales.

*Angenommen – Adopté***Art. 35a; 36***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 37***Antrag der Kommission*

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Brunner Christiane, Stähelin, Studer Jean)

Streichen

Abs. 3–5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 37*Proposition de la commission*

Al. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Brunner Christiane, Stähelin, Studer Jean)

Biffer

Al. 3–5

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 2 – Al. 2

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Une des autres innovations de cette révision, c'est la question de savoir s'il faut donner à l'assuré un droit ou non d'obtenir une partie de son avoir de vieillesse sous la forme d'une prestation en capital.

Une très courte majorité de la commission acquise grâce à la voix prépondérante de son président estime qu'il faut offrir cette flexibilité à l'assuré qui peut avoir effectivement un intérêt personnel à bénéficier d'une partie de son avoir de vieillesse sous forme de capital. Cette possibilité, de l'avis de la majorité de la commission, est quand même limitée; elle est limitée d'abord quant au montant: cela ne peut être qu'un quart de l'avoir de vieillesse; ensuite ce droit ne peut être exercé qu'une fois et il est soumis à l'accord du conjoint si l'assuré est marié. Cela n'empêche pas les règlements d'accorder plus, c'est ce que réserve l'alinéa 4, mais avec la version défendue par la majorité, indépendamment du règlement, l'assuré aurait de toute façon le droit de bénéficier d'un quart de son avoir de vieillesse sous forme de capital.

Brunner Christiane (S, GE): Vous avez tous et toutes connaissance probablement dans votre entourage d'une personne qui a pris son capital du deuxième pilier et qui, d'une manière ou d'une autre, l'a dilapidé. Je ne veux pas dire par là que les gens dilapident toujours leur capital, mais il arrive qu'on fasse un mauvais investissement, que l'on fasse un investissement pour ses enfants, par exemple, qui ne se révèle absolument pas rentable. Ensuite, on se retrouve avec les yeux pour pleurer parce que effectivement, on n'a plus suffisamment de moyens. C'est triste au niveau personnel; ce n'est pas non plus très agréable pour les collectivités publiques qui, ensuite, doivent pallier ce genre de situation au moyen des prestations complémentaires.

Cette disposition, telle que figurant au projet du Conseil fédéral, limite l'autonomie des caisses de pension. Jusqu'à

présent, les caisses de pension avaient la liberté de faire comme elles voulaient. Elles pouvaient dire: «On peut prendre toute sa retraite sous forme de capital, on peut prendre tout ou partie ou au contraire, on ne peut rien prendre sous forme de capital, mais seulement sous forme de rente.»

Avec cette disposition – ça ne se voit pas immédiatement, mais enfin c'est quand même comme ça –, si l'assuré peut demander, ça veut dire qu'il a un droit, ça veut dire que les règlements des caisses de pension doivent introduire cette possibilité qu'a l'assuré dans tous les cas de demander au moins un quart de son avoir de vieillesse soit versé sous forme de capital. Donc, avec cette disposition, on limite l'autonomie des institutions de prévoyance et on les oblige à aller dans une direction qui ne me paraît pas la bonne, parce que finalement la prévoyance vieillesse, c'est pour justement, comme son nom l'indique, assurer sa vieillesse et par conséquent, avoir les moyens à disposition pour vivre bien. Je crois que si on va dans cette direction, on fait fausse route et on donne une mauvaise indication au sujet de l'utilisation que l'on peut faire de son avoir de vieillesse, qui doit garantir de pouvoir bien vivre après l'âge de la retraite.

La minorité propose de biffer l'alinéa 2 de l'article 37, soit de laisser la liberté aux institutions de prévoyance, dont les règlements sont discutés de manière paritaire, de donner la possibilité de prendre une partie de son avoir de vieillesse en capital au moment du départ à la retraite.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'ai beaucoup de compréhension pour la proposition de la minorité, et cela doublement: d'un côté, à cause du risque de dilapider le capital, et de l'autre à cause de l'interférence avec les règlements des caisses de pension. Mais le Conseil fédéral a fait cette proposition, et il l'a faite parce qu'il y avait une forte pression pour qu'il soit possible de jouir d'une partie de cette épargne forcée sous forme de capital comme un droit qui serait placé au-dessus des règlements des caisses de pension. Malgré cela, je ne vois pas de raisons pour lesquelles, au nom du Conseil fédéral, je reviendrais en arrière sur la proposition qui vous avait été faite, et que le Conseil national et la majorité de votre commission ont soutenue.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 16 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 12 Stimmen

Abs. 3–5 – Al. 3–5

Angenommen – Adopté

Art. 41

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

Guthaben, welche auf Freizügigkeitskonten oder -policen nach Artikel 10 FZV angelegt sind, werden nach Ablauf von zehn Jahren ab dem ordentlichen Rücktrittsalter (Art. 13 BVG) an den Sicherheitsfonds überwiesen, der sie zur Finanzierung der Zentralstelle zweite Säule verwendet.

Abs. 4

Wenn es nicht möglich ist, das genaue Geburtsdatum des Versicherten zu ermitteln, werden diejenigen Freizügigkeitsguthaben, für welche bei den Einrichtungen, die sie verwalten, während zehn Jahren keine Nachrichten des Versicherten oder von dessen Erben eingegangen sind, bis ins Jahr 2010 von diesen Einrichtungen verwaltet. Danach werden sie ebenfalls an den Sicherheitsfonds überwiesen, wo sie entsprechend Absatz 3 verwendet werden.

Abs. 5

Der Sicherheitsfonds erfüllt Ansprüche auf nach den Absätzen 3 und 4 an ihn überwiesene Guthaben, sofern deren Bestand vom Versicherten oder von dessen Erben nachgewiesen wird.

Abs. 6

Ansprüche, die nicht nach Absatz 5 geltend gemacht werden, verjähren, wenn der Versicherte sein 100. Altersjahr vollendet hat oder vollendet hätte.

Abs. 7

Die Absätze 1 bis 6 sind auf die Verpflichtungen aus Verträgen zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungsgesellschaften, welche der Versicherungsaufsicht unterstellt sind, anwendbar.

Abs. 8

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen im Hinblick auf die Geltendmachung von Ansprüchen der Versicherten (= Abs. 4 der Botschaft).

Art. 41

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

Après un délai de dix ans à compter de l'âge ordinaire de la retraite selon l'article 13 LPP, les avoirs déposés sur des comptes ou des polices de libre passage conformément à l'article 10 OLP sont transférés au fonds de garantie LPP qui les affecte au financement de la Centrale du deuxième pilier.

Al. 4

Lorsqu'il n'est pas possible d'établir la date de naissance de l'assuré avec exactitude, les avoirs de libre passage pour lesquels les institutions qui les gèrent n'ont aucune nouvelle des assurés ou de leurs héritiers pendant dix ans, sont maintenus auprès des institutions jusqu'en l'an 2010. Passé ce délai, ils sont transférés au fonds de garantie. Celui-ci en dispose conformément à l'alinéa 3.

Al. 5

Le fonds de garantie LPP satisfait aux prétentions pouvant être prouvées par l'assuré ou ses héritiers qui résultent d'avoirs transférés conformément aux alinéas 3 et 4.

Al. 6

Les prétentions qui n'ont pas été exercées conformément à l'alinéa 5 se prescrivent lorsque l'assuré a eu 100 ans ou aurait eu 100 ans.

Al. 7

Les alinéas 1 à 6 sont aussi applicables aux créances découlant de contrats entre institutions de prévoyance et institutions d'assurances soumises à la surveillance des assurances.

Al. 8

Le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la conservation des pièces en vue de l'exercice des droits des assurés (= al. 4 du message).

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Cette disposition règle d'une manière peut-être plus systématique, selon la proposition de la commission, la question de la prescription des droits.

Je vais essayer de résumer simplement les choses. Tant qu'on est assuré au moment où on est à la retraite, au moment du décès ou au moment de l'invalidité, les droits sont imprescriptibles. Mais l'argent qu'on peut réclamer, et en particulier l'argent qu'on peut réclamer pour des prestations, lui, se prescrit dans la durée, se limitant à cinq ans pour les prestations périodiques et pour les cotisations, et à dix ans pour d'autres cas. Si l'assuré n'est plus affilié au moment où survient l'âge ordinaire de la retraite, par exemple, l'assurance concernée garde les avoirs ou la prestation de libre passage jusqu'à ce qu'il ait atteint l'âge de 75 ans et après cette date, les affecte au fonds de garantie LPP. C'est le sens de l'alinéa 3. Si la date de naissance ne peut pas être établie avec précision, la même obligation dure jusqu'en l'an 2010, après quoi, à partir du 1er janvier 2011, les avoirs seront transférés au fonds de garantie LPP. Si des personnes bénéficiaires se manifestent après ces délais, c'est le fonds de garantie LPP qui assume les obligations contractées.

Enfin, la commission a estimé qu'il fallait quand même fixer une limite à tout ce système; c'est la limite que vous trouvez

à l'alinéa 6. Toutes les prétentions sont éteintes lorsque l'assuré a 100 ans ou aurait eu 100 ans. C'est là un délai de péremption plus qu'un délai de prescription. Après 100 ans, quelle que soit la situation, on ne peut plus faire valoir des droits.

C'est un peu cette systématique qu'a voulu vous exposer, peut-être d'une manière plus claire que le Conseil national, la commission.

Angenommen – Adopté

Art. 45 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Bei vorbestehender Arbeitsunfähigkeit besteht dieser dreijährige Vorbehalt von Gesetzes wegen für den Fall, dass sich die Arbeitsunfähigkeit aufgrund der gleichen Ursache verschlimmert.

Art. 45 al. 1

Proposition de la commission

.... au plus. Toutefois, en cas d'incapacité de travail préexistante, la réserve de trois ans existe d'office pour toute aggravation de l'incapacité de travail ayant la même cause.

Angenommen – Adopté

Art. 46

Antrag der Kommission

Unverändert

Proposition de la commission

Inchangé

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Nous avons finalement déjà traité cette disposition lorsqu'on a examiné l'article 2 alinéa 1er; c'est une des conséquences de la décision de ne pas prendre en considération le salaire réalisé auprès de plusieurs employeurs.

On en reste donc au droit actuel qui est dans la colonne du dépliant réservée au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 48 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 48 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 49

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge nur die Vorschriften über die Begünstigten bei Hinterlassenenleistungen (Art. 20a), die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen (Art. 35a), die Anpassung an die Preisentwicklung (Art. 36 Abs. 2, 3), die Verjährung von Ansprüchen und die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen (Art. 41), die paritätische Verwaltung (Art. 51), die Verantwortlichkeit (Art. 52), die Kontrolle (Art. 53), die Interessenkonflikte (Art. 53a), die Teil- oder Gesamtliquidation (Art. 53abis-53c), die Auflösung von Verträgen (Art. 53d), den Sicherheitsfonds (Art. 56 Abs. 1 Bst. c, Abs. 2–5; Art. 56a, 57, 59), die Aufsicht (Art. 61, 62, 64), die Gebühren (Art. 63a), die finanzielle Sicherheit (Art. 65 Abs. 1, 3; Art. 66 Abs. 3; Art. 67, 69), die Transparenz (Art. 65a), die Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen (Art. 68 Abs. 3, 4), die Vermögensverwaltung

(Art. 71), die Rechtspflege (Art. 73, 74), die Strafbestimmungen (Art. 75–79) sowie die Information der Versicherten (Art. 86a).

Art. 49

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Lorsqu'une institution de prévoyance étend la prévoyance au-delà des prestations minimales, seules s'appliquent à la prévoyance plus étendue, les dispositions sur les bénéficiaires de prestations de survivants (art. 20a), la restitution des prestations indûment touchées (art. 35a), l'adaptation à l'évolution des prix (art. 36 al. 2, 3), la prescription de droits et la conservation des pièces (art. 41), la gestion paritaire (art. 51), la responsabilité (art. 52), le contrôle (art. 53), les conflits d'intérêt (art. 53a), la liquidation partielle ou totale (art. 53abis-53c), la résiliation de contrats (art. 53d), le fonds de garantie (art. 56 al. 1er let. c, al. 2–5; art. 56a, 57, 59), la surveillance (art. 61, 62, 64), les émoluments (art. 63a), la sécurité financière (art. 65 al. 1er, 3; art. 66 al. 3; art. 67, 69), la transparence (art. 65a), les contrats d'assurance entre institutions de prévoyance et institutions d'assurance (art. 68 al. 3, 4), l'administration de la fortune (art. 71), le contentieux (art. 73, 74), les dispositions pénales (art. 75–79) et l'information des assurés (art. 86a).

Studer Jean (S, NE), pour la commission: A l'article 49 alinéa 2 sont énumérées les dispositions de la loi qui doivent aussi être observées dans le cadre du régime subrogatoire.

Angenommen – Adopté

Art. 51

Antrag der Kommission

Abs. 1, 6, 7

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

.... durch Delegierte. Bei Sammelstiftungen erfolgt die Wahl in der Regel durch Delegierte, wobei jede angeschlossene Institution mindestens einen Delegierten entsenden kann. Ist dies ausnahmsweise nicht möglich, kann

Art. 51

Proposition de la commission

Al. 1, 6, 7

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

.... de délégués. S'agissant des institutions collectives, ce sont généralement des délégués qui procèdent à l'élection, chaque institution affiliée ayant la possibilité d'en désigner au minimum un. Si, pour une raison exceptionnelle, tel ne peut être le cas, l'autorité de surveillance peut

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Cette disposition règle la question controversée de la représentation paritaire. D'abord, à son alinéa 1er, l'article 51 confirme l'exigence de parité dans l'organe suprême de l'institution de prévoyance. A l'alinéa 3, la commission a essayé de trouver une solution compatible avec la difficulté de respecter cette exigence, en particulier dans les institutions collectives. Elle a opté pour un système qu'on retrouve déjà dans un certain nombre d'autres assurances – on citait notamment le cas de l'assurance-maladie –, à savoir la désignation par les assurés de délégués qui, eux-mêmes, devraient procéder à la désignation des organes paritaires.

On sait qu'il y a des institutions collectives qui comptent un grand nombre d'institutions affiliées. C'est la raison pour laquelle, si la commission pose le principe que les délégués doivent être désignés pour représenter des assurés et eux-mêmes assurer la constitution de l'organe paritaire, il peut tout de même y avoir des situations exceptionnelles où un autre mode de représentation doit être envisagé, compte

tenu en particulier de la taille de l'institution collective. C'est pour cela que la commission a repris aussi à son compte à la fin de l'alinéa 3 la précision qu'a apportée le Conseil national.

Angenommen – Adopté

Art. 52 Abs. 2, 3; 53 Abs. 1bis, 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 52 al. 2, 3; 53 al. 1bis, 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 53a1

Antrag der Kommission

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen:

- a. zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen den Destinatären und Personen, welche mit der Vermögensverwaltung betraut sind;
- b. über die Anforderungen, welche von Personen erfüllt werden müssen, welche mit der Anlage und Verwaltung von Vorsorgevermögen betraut sind;
- c. über die Offenlegung von Vermögensvorteilen dieser Personen, welche sie in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die Vorsorgeeinrichtungen erzielt haben.

Art. 53a1

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral édicte des dispositions:

- a. pour empêcher les conflits d'intérêt entre les destinataires et les gestionnaires de fortune;
- b. sur les exigences que doivent satisfaire les personnes qui gèrent les placements et l'administration de la fortune;
- c. sur l'obligation de publier les avantages financiers de ces personnes, obtenus en relation avec leur activité pour les institutions de prévoyance.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est une disposition sur laquelle la commission s'est longuement penchée. Il s'est agi de savoir de quelle manière il fallait veiller au mieux au devoir de loyauté des gestionnaires des institutions de prévoyance. Le Conseil national a finalement délégué au Conseil fédéral la possibilité d'édicter ce qu'on appellera des règles de conduite à l'égard des gestionnaires, mais votre commission a préféré finalement définir les domaines où une réglementation serait nécessaire – c'est l'article 53a1 lettres a, b et c. Fixer dans ces domaines les obligations des gestionnaires et donner une définition de ces obligations devrait permettre de définir quand les gestionnaires en question méconnaissent leur devoir de loyauté. Lorsqu'ils méconnaissent leur devoir de loyauté, les gestionnaires en question se rendraient ainsi coupables d'une gestion déloyale qui est réprimée par le Code pénal. La formulation qui est adoptée ici par votre commission permet de mieux ancrer dans la loi la définition de ces devoirs, de leur violation et, si violation il y a, la responsabilité pénale des personnes concernées.

Angenommen – Adopté

Art. 53a

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Vorsorgeeinrichtungen regeln in ihren Reglementen die Voraussetzungen und das Verfahren zur Teilliquidation. Die Voraussetzungen für eine Teilliquidation sind vermutungsweise erfüllt, wenn:

- a. eine erhebliche Verminderung der Belegschaft erfolgt;
- b. eine Unternehmung restrukturiert wird;
- c. der Anschlussvertrag aufgelöst wird.

Abs. 2

Die reglementarischen Vorschriften über die Voraussetzungen und das Verfahren zur Teilliquidation müssen der Aufsichtsbehörde unterbreitet werden.

Abs. 3

Streichen

Art. 53a

Proposition de la commission

Al. 1

Les institutions de prévoyance fixent dans leurs règlements les conditions et la procédure de liquidation partielle. Les conditions pour une liquidation partielle sont présumées remplies lorsque:

- a. l'effectif du personnel subit une réduction considérable;
- b. une entreprise est restructurée;
- c. le contrat d'affiliation est résilié.

Al. 2

Les prescriptions réglementaires concernant les conditions et la procédure de liquidation partielle doivent être approuvées par l'autorité de surveillance.

Al. 3

Biffer

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Les articles 53a et suivants essaient de régler la question difficile des liquidations partielles ou totales et de leurs conséquences. La question des liquidations partielles est fréquente. On a évoqué en commission qu'il y a en moyenne 30 000 liquidations partielles par an, ce qui nécessite une réglementation assez pointue.

Tout d'abord, la commission a été d'avis qu'il ne convenait pas de soumettre à des conditions différentes la liquidation partielle des institutions collectives par rapport à celle des autres institutions. Elle est d'avis qu'en fait, l'ensemble de la question doit d'abord être réglé dans le règlement de chacune de ces institutions, collective ou non, règlement qui sera soumis à l'approbation de l'autorité de surveillance.

Ensuite, un certain nombre de situations sont énumérées à l'alinéa 1er lettres a, b et c, où les conditions d'une liquidation partielle sont présumées. Bien entendu, selon les circonstances, on pourra avoir un autre avis et apporter des éléments qui iraient à l'encontre de cette présomption. L'article 53a veille ici simplement à mettre sur un pied d'égalité, face à la liquidation partielle, l'ensemble des institutions.

Angenommen – Adopté

Art. 53b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 53c

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Teil- und Gesamtliquidation der Vorsorgeeinrichtung muss unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und nach fachlich anerkannten Grundsätzen durchgeführt werden. Der Bundesrat bezeichnet diese Grundsätze.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3bis

Streichen

(siehe Art. 53d Abs. 3bis)

Abs. 4

Das paritätisch besetzte Organ oder das zuständige Organ legt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und des Reglementes fest:

- a. den genauen Zeitpunkt;

- b. die freien Mittel und den zu verteilenden Anteil;
- c. den Fehlbetrag und dessen Zuweisung;
- c. den Verteilungsplan.

Abs. 5

Die Vorsorgeeinrichtungen müssen die Versicherten, inklusive der Rentnerinnen und Rentner, über die Teil- oder Gesamtliquidation rechtzeitig und vollständig informieren. Es ist ihnen namentlich Einsicht in die Verteilungspläne zu geben.

Abs. 6

Die Versicherten, inklusive der Rentnerinnen und Rentner, haben das Recht, die Voraussetzungen, das Verfahren und den Verteilungsplan bei der zuständigen Aufsichtsbehörde überprüfen und entscheiden zu lassen. Eine Beschwerde gegen den Entscheid der Aufsichtsbehörde hat nur aufschiebende Wirkung, wenn der Präsident der Beschwerdekommision dies von Amtes wegen oder auf Begehren des Beschwerdeführers verfügt. Wird keine aufschiebende Wirkung erteilt, wirkt der Entscheid der Beschwerdekommision nur zugunsten oder zulasten des Beschwerdeführers. Im Übrigen gilt Artikel 74.

Art. 53c*Proposition de la commission***Al. 1**

La liquidation totale ou partielle de l'institution de prévoyance doit respecter le principe de l'égalité de traitement et les principes techniques reconnus. Le Conseil fédéral définit ces principes.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3bis

Biffer

(voir art. 53d al. 3bis)

Al. 4

L'organe paritaire désigné ou l'organe compétent fixe, dans le cadre des dispositions légales et du règlement:

- a. le moment exact de la liquidation partielle;
- b. le genre et le montant des fonds et de la part à répartir lors de la liquidation partielle;
- c. le montant du découvert et la répartition de celui-ci;
- d. le plan de répartition.

Al. 5

L'institution de prévoyance informe les assurés, y compris les bénéficiaires de rentes, sur la liquidation partielle ou totale de manière complète et en temps utile. Elle leur permet notamment de consulter le plan de répartition.

Al. 6

Les assurés, y compris les bénéficiaires de rentes, ont le droit de faire vérifier par l'autorité de surveillance compétente les conditions, la procédure et le plan de répartition et de leur demander de rendre une décision. Un recours contre la décision de l'autorité de surveillance n'a d'effet suspensif que si le président de la Commission de recours le décide, d'office ou sur requête du recourant. En l'absence d'effet suspensif, la décision de la Commission de recours n'a d'effet qu'à l'avantage ou au détriment du recourant. L'article 74 est applicable pour le surplus.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Cet article traite des conséquences de la liquidation partielle. Il faut mettre en rapport cette disposition avec le postulat 02.3640 que l'on aura l'occasion d'examiner après nos débats.

Une liquidation partielle pose des problèmes assez épineux, en particulier s'agissant de l'égalité de traitement entre les rentiers et les assurés, entre les personnes qui quittent l'institution et celles qui y restent affiliées. Plutôt que de prendre des directives aussi strictes que souhaitait le faire le Conseil national, la commission a souhaité fixer des règles d'abord de principe (al. 1er), puis des règles d'information (al. 4), une information qui doit aussi concerner l'éventuel découvert qui résulterait de la liquidation et la répartition de celui-ci – question extrêmement importante qui, malheureusement, se pose très fréquemment.

La commission règle ensuite les droits d'information et les droits de recours de toutes les personnes concernées, à savoir non seulement les assurés, mais également les rentiers, ce qui est aussi important. La commission a souhaité définir le cadre des droits puis après, on le verra dans le cadre du postulat, charger le Conseil fédéral de donner de plus amples informations et plus de précisions concernant le respect concret de l'égalité de traitement dans le cadre de telles liquidations.

*Angenommen – Adopté***Art. 53d***Antrag der Kommission***Abs. 1–3, 4**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3bis

Beabsichtigt der Arbeitgeber seinen Anschlussvertrag aufzulösen, so müssen sich die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung über den Verbleib der Rentner bei der bisherigen oder den Wechsel zur neuen Vorsorgeeinrichtung einigen. Verbleiben die Rentner bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung, so bleibt der Anschlussvertrag mit Bezug auf die Rentner weiter bestehen. Dies gilt auch für Invaliditätsfälle, bei denen die Invalidität nach der teilweisen Auflösung des Anschlussvertrages, die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, aber vor der teilweisen Auflösung des Anschlussvertrages eingetreten ist.

Art. 53d*Proposition de la commission***Al. 1–3, 4**

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3bis

En cas de résiliation du contrat d'affiliation, le maintien des rentiers dans l'actuelle institution de prévoyance ou leur transfert à la nouvelle institution est réglé par accord entre l'ancienne institution de prévoyance et la nouvelle. Si les rentiers restent dans l'ancienne institution, le contrat d'affiliation concernant les rentiers est maintenu. Cette règle s'applique aussi aux cas d'invalidité déclarés après la résiliation du contrat d'affiliation, lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité est survenue avant la résiliation du contrat d'affiliation.

*Angenommen – Adopté***Art. 56 Abs. 1 Bst. g, 2; 56a Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 56 al. 1 let. g, 2; 56a al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 58 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 58 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 59 Abs. 4***Antrag der Kommission*

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen kann der Bund dem Sicherheitsfonds zur Finanzierung von Insolvenzleistungen gemäss Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b, c und d Darlehen zu marktkonformen Bedingungen gewähren. Die Gewährung dieser Darlehen kann an Auflagen geknüpft werden.

Art. 59 al. 4*Proposition de la commission*

Pour combler des manques de liquidités en relation avec le financement des prestations d'insolvabilité au sens de l'article 56 alinéa 1er lettres b, c et d, la Confédération peut octroyer au fonds de garantie des prêts aux conditions du marché. L'octroi de ces prêts peut être subordonné à des conditions.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: L'article 59 alinéa 4 concerne le fonds de garantie qui est appelé à intervenir dans deux domaines particuliers: d'une part dans celui de l'insolvabilité, et d'autre part dans celui des bonifications de vieillesse dont on vient de parler en relation avec l'article 58 alinéa 1er.

Les montants sont importants. Le fonds de garantie dispose de prêts qui lui sont octroyés par un consortium de banques cantonales. Mais, compte tenu de la situation, ces facilités ne sont peut-être pas suffisantes et il apparaît nécessaire de permettre à la Confédération également d'octroyer des prêts, mais aux conditions usuelles du marché, à savoir des prêts qui ne constituent pas sous une forme ou sous une autre une sorte de subvention.

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 2bis; 61 Abs. 1, 2; 62 Abs. 1 Bst. e*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 60 al. 2bis; 61 al. 1, 2; 62 al. 1 let. e*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 63a*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Die Aufsichtsbehörde des Bundes erhebt zur Deckung der Aufsichtskosten von den ihrer Aufsicht unterstellten Einrichtungen eine jährliche Aufsichtsgebühr sowie Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen.

Abs. 2

Die Aufsichtsgebühr wird bei Vorsorgeeinrichtungen auf der Basis der Summe der per 31. Dezember berechneten regulatorischen Austrittsleistungen aller Versicherten nach Artikel 2 FZG, bei den Annexeinrichtungen auf der Basis des Vermögens und gegebenenfalls der Anzahl Sondervermögen bemessen.

Abs. 3

Der Bundesrat bestimmt die anrechenbaren Aufsichtskosten und legt den Gebührentarif fest.

Art. 63a*Proposition de la commission***Al. 1**

L'autorité de surveillance de la Confédération perçoit chaque année, afin de couvrir les coûts entraînés par la surveillance des institutions qui lui sont soumises, un émolument annuel de surveillance ainsi que des émoluments pour les décisions et les prestations de services.

Al. 2

La taxe de surveillance est évaluée, pour les institutions de prévoyance, sur la base de la somme des prestations de sortie réglementaires de tous les assurés, calculées au 31 décembre conformément à l'article 2 LFLP; pour les institutions annexes, sur la base de la fortune et éventuellement du nombre de compartiments d'investissement.

Al. 3

Le Conseil fédéral détermine les coûts de surveillance imputables et fixe le tarif des émoluments.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est une nouvelle disposition que propose la commission. Elle permet à

la Confédération de tenir compte, dans le cadre de son mandat de surveillance, des coûts qu'entraîne l'obligation de surveillance et l'autorise ainsi à prélever un émolument dont on définit à l'article 63a alinéa 2 la base de calcul.

Angenommen – Adopté

Art. 65 Abs. 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 65 al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 65a*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Die Vorsorgeeinrichtungen haben bei der Regelung des Beitragssystems, der Finanzierung, der Kapitalanlagen und bei der Rechnungslegung den Grundsatz der Transparenz zu beachten.

Abs. 2

Mit der Transparenz soll sichergestellt werden, dass:

- a. die tatsächliche finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtung ersichtlich wird;
- b. die Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke belegt werden kann;
- c. das paritätische Organ der Vorsorgeeinrichtung seine Führungsaufgabe wahrnehmen kann;
- d. die Informationspflichten gegenüber den Versicherten erfüllt werden können.

Abs. 3

Sie müssen in der Lage sein, Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgrad abgeben zu können.

Abs. 4

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Art und Weise, wie diese Informationen unter Beachtung der Verhältnismässigkeit des Aufwandes bis auf Stufe der Vorsorgewerke ausgewiesen werden müssen.

Abs. 5

Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Art und Weise, wie die Transparenz gewährleistet werden muss. Er erlässt dafür Rechnungslegungsvorschriften und legt die Anforderungen an die Kosten- und Ertragstransparenz fest.

Art. 65a*Proposition de la commission***Al. 1**

Les institutions de prévoyance doivent respecter le principe de la transparence dans la réglementation de leur système des cotisations, de leur financement, du placement du capital et de leur comptabilité.

Al. 2

La transparence implique que:

- a. la situation financière effective de l'institution de prévoyance apparaît;
- b. la sécurité de la réalisation des buts de prévoyance peut être prouvée;
- c. l'organe paritaire de l'institution de prévoyance est en mesure d'assumer ses tâches de gestion;
- d. les obligations d'informations à l'égard des assurés puissent être exécutées.

Al. 3

Elles doivent être en mesure de fournir des informations sur le rendement du capital, l'évolution du risque actuariel, les frais d'administration, les principes du calcul du capital de couverture, les provisions supplémentaires et le degré de couverture.

Al. 4

Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur la manière dont cette information doit être étendue à la caisse de pension affiliée, sans dépenses excessives.

Al. 5

Le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la manière dont la transparence doit être appliquée. Il édicte à cet effet des prescriptions comptables et définit les exigences pour la transparence au niveau des coûts et des rendements.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Cette disposition a de l'importance à la suite du débat qui a eu lieu au sujet du taux minimal. On constate que les solutions qu'on apporte suscitent moins d'intérêt que les problèmes qu'elles soulèvent. La commission s'est inspirée des réflexions qu'a menées à ce sujet le Conseil national et a souhaité qu'il y ait une plus grande précision concernant les attentes que l'on devait formuler à l'égard de l'ensemble des institutions de prévoyance. Cette précision concernant les attentes résulte notamment des alinéas 2 et 3 de la nouvelle formulation de l'article 65a ainsi que des compétences qui sont déléguées au Conseil fédéral aux alinéas 4 et 5. On définit de quelle manière ces obligations doivent être étendues à l'ensemble des caisses de pension affiliées, et également de quelle manière ces exigences doivent être formulées au niveau des coûts et des rendements.

Angenommen – Adopté

Art. 66 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 66 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 68

Antrag der Kommission

Abs. 3

Die Versicherungseinrichtungen haben den Vorsorgeeinrichtungen die nötigen Angaben zu liefern, damit diese in der Lage sind, die in Artikel 65a geforderte Transparenz gewährleisten zu können.

Abs. 4

....

b. Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Art und Weise, wie die Verwaltungskosten ausgewiesen werden müssen.

Art. 68

Proposition de la commission

Al. 3

.... pour que celles-ci soient en mesure d'appliquer la transparence exigée par l'article 65a.

Al. 4

Les institutions d'assurance doivent, en particulier:

a. établir un décompte annuel compréhensible concernant la participation aux excédents; de ce décompte, il doit ressortir notamment sur quelles bases la participation aux excédents a été calculée et selon quelles modalités elle a été distribuée;

b. élaborer une présentation des coûts administratifs. Le Conseil fédéral édicte des dispositions sur la manière dont les coûts administratifs

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit simplement des mêmes exigences, mais on précise ici qu'elles s'étendent également aux institutions d'assurance, en particulier avec à leur charge d'établir les documents mentionnés

à l'alinéa 4 lettres a et b pour l'ensemble des institutions affiliées.

Angenommen – Adopté

Art. 70; 71 Abs. 2; 73 Titel, Abs. 1; 74 Abs. 2 Bst. a, c, 3; 75 Ziff. 1; 76; 77 Abs. 4; 79 Abs. 1; 79a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 70; 71 al. 2; 73 titre, al. 1; 74 al. 2 let. a, c, 3; 75 ch. 1; 76; 77 al. 4; 79 al. 1; 79a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 79b

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Vorsorgeeinrichtung darf den Einkauf höchstens bis zur Höhe der reglementarischen Leistungen ermöglichen.

Abs. 2

Der Bundesrat regelt die Fälle der Personen, die im Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangt haben, noch nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben.

Abs. 3

Wurden Einkäufe getätigt, dürfen die daraus resultierenden Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform aus der Vorsorge zurückgezogen werden.

Abs. 4

Von der Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung nach Artikel 22c FZG.

Art. 79b

Proposition de la commission

Al. 1

L'institution de prévoyance ne peut permettre le rachat que jusqu'à hauteur des prestations réglementaires.

Al. 2

Le Conseil fédéral règle les cas des personnes qui, au moment où elles font valoir la possibilité de rachat, n'ont jamais été affiliées à une institution de prévoyance.

Al. 3

Les prestations résultant d'un rachat ne peuvent être versées sous forme de capital par les institutions de prévoyance avant l'échéance d'un délai de trois ans.

Al. 4

Les rachats effectués en cas de divorce en vertu de l'article 22c LFLP ne sont pas soumis à limitation.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est aussi une question importante que celle du rachat des prestations d'assurance. Ce sont des propositions qui ont été largement discutées à la suite des cas qui ont ému l'opinion publique et à la lumière des possibilités de rachat qu'offre la législation actuelle.

La question est finalement à mettre en relation avec deux particularités du droit actuel: la déduction fiscale consécutive à un rachat; la possibilité qu'offre le droit actuel de racheter les années manquantes jusqu'à la retraite, ce qui rend plus problématique pour une personne qui est proche de la retraite le rachat d'années d'assurance que ça ne l'est pour une personne qui serait au début de son activité lucrative.

La commission propose différentes limites. Elle propose d'abord – je crois qu'il faut commencer par là si vous le permettez – de limiter le salaire assurable à dix fois le montant maximum qui est prévu à l'article 8 alinéa 1er; le Conseil fédéral souhaitant rester à cinq fois le montant, le Conseil national a opté pour le décuplement du montant maximal. Sur ce point-là, la commission rejoint la décision du Conseil national.

Après, il faut préciser à l'article 79b que le rachat n'est possible qu'à hauteur des prestations réglementaires. On ne peut

donc pas avoir plus que ce que prévoit le règlement de l'institution concernée; c'est le sens de l'alinéa 1er. On passe ensuite à l'alinéa 3 et on constate qu'une autre limitation a été fixée: le rachat effectué ne peut pas être compensé sous la forme d'une prestation en capital avant l'échéance d'un délai de trois ans.

De cette manière-là, la commission estime pouvoir répondre aux critiques formulées dans ce qu'on a appelé l'exemple Percy Barnevik.

Angenommen – Adopté

Art. 79c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 86a

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Auf Anfrage hin sind den Versicherten die Jahresrechnung und der Jahresbericht auszuhändigen. Ebenso hat ihnen die Vorsorgeeinrichtung auf Anfrage hin Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgrad abzugeben.

Art. 86a

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Les assurés peuvent demander la remise des comptes annuels et du rapport annuel. L'institution de prévoyance doit en outre informer les assurés qui le demandent sur le rendement du capital, l'évolution du risque actuariel, les frais d'administration, les principes de calcul du capital de couverture, les provisions supplémentaires et le degré de couverture.

Angenommen – Adopté

Art. 89a–89d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 97bis

Antrag der Kommission

.... und Informationen, welche die Anwendung

Art. 97bis

Proposition de la commission

.... des informations servant à l'application

Angenommen – Adopté

Übergangsbestimmungen der Änderung vom

(1. BVG-Revision)

Dispositions transitoires de la modification du

(1ère révision LPP)

Bst. a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Let. a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: S'agissant de la fixation du taux de conversion, la majorité est d'avis, à la lettre abis des dispositions transitoires, que le passage au nouveau taux de conversion peut être assuré dans les dix années suivant l'entrée en vigueur de la présente modification. De cette manière, compte tenu aussi des bonifications de vieillesse qui ont été accordées sur les rentes de vieillesse, on devrait éviter un saut trop brutal pour les personnes concernées.

Angenommen – Adopté

Bst. abis

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Brunner Christiane, David, Langenberger, Leuenberger, Paupe, Stähelin)

.... in den fünfzehn auf diese Gesetzesänderung folgenden Jahren

Abs. 2

.... kann auch der Mindestumwandlungssatz pro Jahrgang verschieden sein.

Abs. 3

Der Bundesrat regelt für die Invalidenrenten die Berechnung der Altersgutschriften für fehlende Jahre nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung sowie den anwendbaren Mindestumwandlungssatz.

Let. abis

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Brunner Christiane, David, Langenberger, Leuenberger, Paupe, Stähelin)

.... dans les quinze années suivant l'entrée en vigueur

Al. 2

.... différent par classe d'âge.

Al. 3

Le Conseil fédéral fixe, s'agissant de la rente d'invalidité, le calcul des bonifications de vieillesse afférentes aux années futures après l'entrée en vigueur de la présente modification, ainsi que le taux de conversion minimal applicable.

Abs. 1 – Al. 1

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Herr Studer hat den Antrag der Mehrheit bereits begründet.

Brunner Christiane (S, GE): Il s'agit, en fait, d'une proposition très simple et facile à comprendre. Dans la mesure où nous modifions le taux de conversion minimal, il s'agit de savoir quel est le régime transitoire jusqu'à l'application du taux de conversion définitif. Bien sûr, les assurés reçoivent chaque année exactement les indications concernant les droits qu'ils auront à l'avenir. Je comprends que si on modifie la loi, ces droits, qui ne sont pas absolus, pourront changer. Toutefois, cela donne beaucoup d'importance au régime transitoire. C'est pour essayer de faire en sorte que les droits garantis, ou garantis d'une certaine manière aux assurés maintenant, ne soient pas réduits trop rapidement, que notre minorité, assez forte et dont une des propositions l'a une fois emporté en commission, propose de s'écarter du Conseil national et de prévoir une période transitoire de

quinze ans jusqu'à l'introduction du taux de conversion minimal. Cette modification ne change pas grand-chose, mais ça change quand même quelque chose psychologiquement pour les assurés qui, après 50 ans, s'intéressent de très près quand même au montant de leur rente.

Je vous invite dès lors à soutenir la proposition de minorité.

David Eugen (C, SG): Als Mitunterzeichner des Minderheitsantrages möchte ich unterstützen, was Frau Brunner jetzt gesagt hat. Es ist schon ein wichtiger Einschnitt in die Rentenlandschaft, den wir hier machen. Wir sehen ja – das haben wir vorhin besprochen – eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 7,2 auf 6,8 Prozent vor. Wir wissen auch, dass die Kassen verpflichtet waren, Langlebkeitsreserven zu bilden, dass also in jenen Kassen, die richtig geführt worden sind, Mittel vorhanden sind, um auch Durststrecken zu überwinden. Wir wissen auch, dass die Erwerbstätigen, die jeweils ihre Rentenbescheinigungen erhalten, einen Erwartungshorizont haben und sich darauf eingestellt haben, wie ihre Rentensituation einmal aussehen wird. Wir bewirken mit dieser Vorlage natürlich doch eine relativ starke Veränderung der bisherigen Situation. Der Antrag, wonach wir die Frist auf fünfzehn Jahre erstrecken und wirklich langsam in diese Neuordnung hineinwachsen, ist dem, was die Mehrheit möchte – nämlich das Ganze schon in zehn Jahren umsetzen –, vorzuziehen. Ich bin mir bewusst, dass das auch finanziell vielleicht etwas enger gerechnet ist. Trotzdem denke ich, dass es so machbar ist. Wir sollten dem Minderheitsantrag Brunner Christiane zustimmen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'ai eu l'occasion de m'exprimer tout à l'heure, quand on a parlé du niveau du taux de conversion, en disant qu'à notre avis il fallait pouvoir l'abaisser sur une période durant laquelle on peut espérer qu'il n'y aura pas une nouvelle révision modifiant ce que nous faisons actuellement. Mais il faut prévoir déjà maintenant la possibilité de modifier à nouveau dans dix ans le taux de conversion minimal. C'est la raison pour laquelle nous ne souhaitons pas que le délai pour atteindre le taux de 6,8 pour cent soit trop long.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 15 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 13 Stimmen

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3

Angenommen – Adopté

Bst. b–d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Let. b–d

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Bst. e

Antrag der Kommission

Streichen

Let. e

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Bst. f

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Let. f

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Bst. g

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Invalidenrenten, die vor dem Inkrafttreten dieser Gesetzesrevision zu laufen begonnen haben, unterstehen dem alten Recht.

Abs. 2

Während zwei Jahren ab dem Inkrafttreten dieser Revision unterstehen die Invalidenrenten noch dem Recht, das vor der Änderung von Artikel 24 BVG galt.

Abs. 3

Sinkt der Invaliditätsgrad bei der Revision einer laufenden Rente, so ist auf diese noch das alte Recht anwendbar.

Abs. 4

Die Dreiviertels-Invalidenrenten werden erst nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision eingeführt werden.

Abs. 5

Renten, die nach dem Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten der 1. BVG-Revision entstehen und die gestützt auf Absatz 4 noch als ganze Renten entstehen, werden bei Inkrafttreten der 4. IVG-Revision in dem Mass in Dreiviertelsrenten umgewandelt, als sie auch in der Invalidenversicherung zu Dreiviertelsrenten werden.

Let. g

Proposition de la commission

Al. 1

Les rentes d'invalidité en cours avant l'entrée en vigueur de la présente révision sont régies par l'ancien droit.

Al. 2

Pendant une période de deux ans dès l'entrée en vigueur de la présente loi les rentes d'invalidité seront fondées sur le droit en vigueur avant la modification de l'article 24 LPP.

Al. 3

Si le degré d'invalidité diminue lors de la révision d'une rente en cours, celle-ci est prise en considération selon l'ancien droit.

Al. 4

Les trois quarts de rente d'invalidité seront introduits seulement après l'entrée en vigueur de la 4e révision de la LAI.

Al. 5

Les rentes nées après un délai de deux ans dès l'entrée en vigueur de la 1ère révision de la LPP et qui sont encore des rentes entières sur la base de l'alinéa 4 seront transformées en trois quarts de rente lors de l'entrée en vigueur de la 4e révision de la LAI, s'il y a aussi transformation en trois quarts de rente dans l'assurance-invalidité.

Angenommen – Adopté

Ziff. II, III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II, III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Änderung weiterer Erlasse

Modification d'autres actes législatifs

Einleitung, Ziff. 1 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Introduction, ch. 1 préambule*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Ziff. 1 Art. 89bis Abs. 6***Antrag der Kommission*

.... Invalidenvorsorge:

Artikel 20a (Begünstigte für die Hinterlassenenleistungen), Artikel 36 Absätze 2 und 3 (Anpassung der reglementarischen Leistungen an die Preisentwicklung), Artikel 41 (Verjährung von Ansprüchen und Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen), Artikel 52 (Verantwortlichkeit), Artikel 53 (Kontrolle), Artikel 53a (Interessenkonflikte), Artikel 53abis bis 53c (Teil- oder Gesamtliquidation), Artikel 53d (Auflösung von Verträgen) und 64 (Aufsicht), Artikel 63a (Gebühren), Artikel 65 Absätze 1 und 3, Artikel 66 Absatz 3, Artikel 67

Ch. 1 art. 89bis al. 6*Proposition de la commission*

.... et invalidité:

article 20a (bénéficiaires de prestations de survivants), article 36 alinéas 2 et 3 (adaptation à l'évolution des prix des prestations réglementaires) article 53a (conflits d'intérêt), articles 53abis à 53c (surveillance), article 63a (émoluments), article 65

*Angenommen – Adopté***Ziff. 2; 3; 4 Ingress, Art. 47 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 2; 3; 4 préambule, art. 47 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Ziff. 4 Art. 4 Abs. 1 Bst. cbis***Antrag der Kommission*

Von der Aufsicht ausgenommen sind:

Die Personalversicherungseinrichtungen von beruflichen oder zwischenberuflichen Verbänden oder ähnlichen Institutionen, wenn diese die Versicherung nur als Nebenaufgabe betreiben; diese Personalversicherungseinrichtungen müssen im Register für die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) eingetragen sein, wenn es sich nicht um Personalfürsorgestiftungen handelt, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind;

Ch. 4 art. 4 al. 1 let. cbis*Proposition de la commission*

Sont exceptées de la surveillance:

Les institutions d'assurance en faveur du personnel, créées par les associations professionnelles ou interprofessionnelles ou institutions similaires qui ne pratiquent l'assurance que comme tâche accessoire; ces institutions d'assurance doivent être inscrites dans le registre de la prévoyance en faveur du personnel dont l'activité s'étend au domaine de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité;

*Angenommen – Adopté***Ziff. 5***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 5*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Ziff. 6***Antrag der Kommission**Titel*

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Lebensversicherung

Abs. 1

Lebensversicherungseinrichtungen, welche das Geschäft der beruflichen Vorsorge betreiben, haben für die berufliche Vorsorge eine getrennte Betriebsrechnung zu führen. Diese weist insbesondere aus die:

1. Prämien;
2. Leistungen;
3. Kapitalerträge;
4. Überschussbeteiligungen;
5. Verwaltungskosten;
6. Kosten der Vermögensverwaltung;
7. in den Verwaltungskosten eingeschlossenen Gewinnmargen;
8. Bildung und Auflösung technischer Reserven.

Abs. 2

Die Lebensversicherungseinrichtungen errichten für ihre Verpflichtungen gegenüber der beruflichen Vorsorge einen eigenen Sicherungsfonds.

Abs. 3

Die ausgewiesenen Überschussbeteiligungen aus dem Geschäft der beruflichen Vorsorge werden an die Vorsorgeeinrichtungen weitergegeben.

Abs. 4

Der Bundesrat kann Bestimmungen zur Ausgestaltung der Betriebsrechnung erlassen.

Ch. 6*Proposition de la commission**Titre*

Modification de la loi fédérale sur l'assurance directe sur la vie

Al. 1

Les institutions d'assurance-vie qui gèrent les affaires de la prévoyance professionnelle, doivent tenir un compte d'exploitation séparé pour la prévoyance professionnelle. Celui-ci transcrit en particulier:

1. les primes;
2. les prestations;
3. les rendements du capital;
4. la part aux excédents;
5. les coûts administratifs;
6. les coûts de l'administration de la fortune;
7. les marges bénéficiaires qui sont comprises dans les coûts administratifs;
8. la constitution et la dissolution des réserves techniques.

Al. 2

Les institutions d'assurance-vie constituent un fonds de sécurité distinct pour leurs obligations à l'égard de la prévoyance professionnelle.

Al. 3

La part aux excédents disponibles due pour les affaires de la prévoyance professionnelle est rétrocédée aux institutions de prévoyance.

Al. 4

Le Conseil fédéral peut édicter des dispositions sur la forme du compte d'exploitation.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Le chiffre 6 est une adaptation à la disposition sur la transparence que l'on a adoptée auparavant et qui touche l'ensemble des assurances concernées par la loi fédérale sur l'assurance directe sur la vie.

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes 25 Stimmen

Dagegen 4 Stimmen

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

02.3007

Motion SGK-NR (00.027).
Sammelstiftungen.
Neue Regelung

Motion CSSS-CN (00.027).
Fondations collectives.
Nouvelle réglementation

02.3453

Motion SGK-NR.
Integrale Aufsicht
über die beruflichen
Vorsorgeeinrichtungen

Motion CSSS-CN.
Surveillance intégrale exercée
sur les institutions
de prévoyance professionnelle

Einreichungsdatum 19.09.02Date de dépôt 19.09.02

Nationalrat/Conseil national 03.10.02

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um eine Überprüfung der heutigen Aufsichtsmaßnahmen, der Aufsichtsinstrumente. Fragezeichen im Aufsichtsbereich sind in der Tat angezeigt. Eine gründliche Analyse liegt sowohl im

remuneration

le taux d'intérêt minimal LPP

Proposition de la minorité III

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Pfister Theophil)

Al. 4

Biffer (= 0,0)

Proposition de la minorité

(Egerszegi, Bader Elvira, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Pfister Theophil, Robbiani, Suter)

Al. 6bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 4 – Al. 4

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit I 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III 33 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 75 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 34 Stimmen

loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants, de l'article 17a de la loi fédérale sur l'assurance-accidents et de l'article 77 de la loi sur l'AI est une conséquence directe de la modification de l'article 112 de la constitution. Donc, nous avons maintenant adopté la version du Conseil des Etats, à savoir: nous avons donné à la Confédération sa part aux recettes supplémentaires de la TVA alors que, précédemment, nous la lui avons enlevée dans les lois d'application. Ceci n'est pas possible et c'est pour cette raison que nous devons revoter.

Art. 112 Abs. 3, 5 – Art. 112 al. 3, 5

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 95 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Le président (Christen Yves, président): Ce vote est également valable pour l'article 130 alinéa 6bis.

03.3011

der Vorlage 1 müsse nochmals abgestimmt werden, obwohl über die gleiche Frage in Artikel 102 der Vorlage 2 entschieden worden ist, dann müsste diese Abstimmung wiederholt werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, auf diese Abstimmung zurückzukommen, denn die SVP-Fraktion ist von einer völlig anderen Voraussetzung ausgegangen. Ich bitte Sie dafür um Verständnis.

Le président (Christen Yves, président): Vous avez entendu M. Bortoluzzi: il y a évidemment une contradiction entre le vote sur l'article 112 de la constitution (projet 1) et le vote sur les articles 102, 104 et 111 de la loi sur l'AVS (projet 2). M. Bortoluzzi propose de procéder à un nouveau vote sur l'article 112 du projet 1.

Pour que vous compreniez bien, je précise que, pour la forme, j'ai été obligé de vous faire voter sur l'article 112. Dès lors, il est proposé de voter de nouveau sur l'article 112. Quelqu'un s'y oppose-t-il? – Ce n'est pas le cas, nous pouvons passer au vote sur l'article 112.

Guisan Yves (R, VD), pour la commission: J'aimerais juste préciser les choses: l'article 112, c'est la constitution. Donc, il a un droit de préséance sur les autres articles que nous avons votés précédemment qui sont en fait des dispositions d'exécution. La modification des articles 102, 104, 111 de la

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2405)

Bericht SGK-NR 22.02.02
Rapport CSSS-CN 22.02.0

Nationalrat/Conseil national
Nationalrat/Conseil national
Nationalrat/Conseil national
Ständerat/Conseil des Etats
Nationalrat/Conseil national

Bundesgesetz über nen- und Invalidenv Loi fédérale sur la lesse, survivants et

Egerszegi-Obrist Ch
Nationalrat hat mit 1
der zweiten Säule v
Punkten: Transparen
pflicht; Erweiterung d
Lockerung bei der Au
hältnisse; Bemühung
tatsleistungen; Auswe
durch Senkung der
Lohnbasis durch ein

40 Prozent des Jahreslohnes. Damit würden kleine Einkommen und solche aus Teilzeitarbeit in die Versicherung aufgenommen bzw. ihre Leistungen verbessert. Man schaffte die Möglichkeit, Versicherungsverhältnisse bei mehreren Arbeitgebern aufzunehmen.

Der Ständerat ist dann in vielen Teilen den Beschlüssen des Nationalrates gefolgt, hat aber bei der Ausweitung des Versicherungsobligatoriums wieder auf die Botschaft des Bundesrates zurückgegriffen. Seine Bedenken betrafen vor allem die Kosten, die anfallen. Auf der anderen Seite führte er auch aus, dass es zu kleinen Renten käme und dass die Arbeitnehmerinnen – es sind ja vorwiegend Frauen – diese Versicherung überhaupt nicht haben möchten.

Wegen dieser grösseren Differenz setzte der Nationalrat seine Subkommission BVG wieder ein, und sie hatte den Auftrag, die Differenzen zu bereinigen. Nachdem im letzten Jahr die zweite Säule wegen der überraschenden Senkung des Mindestzinssatzes – sie wurde vom Bundesrat in zwei Anläufen angekündigt – zum grossen Thema geworden war, führte dies im Oktober zu einer BVG-Sonderdebatte. Aufgrund jener Sonderdebatte hatte die Subkommission den weiteren Handlungsbedarf betreffend einen Gesetzesnachvollzug zu klären.

Die Kommission des Nationalrates legt Ihnen jetzt ihre Vorschläge vor. Sie hat auch den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen, die sie jetzt im Vergleich zu damals angetroffen hat, als sie sich hinter die Revision der zweiten Säule gemacht hat. Zwei Stichwörter dazu sind vor allem die Börsenflaute, die wir haben, und die Unterdeckungen, die daraus resultieren. Deshalb hat die Kommission gewisse markante Änderungen vorgenommen. Auf der einen Seite ist ihr Vorschlag von der Verpflichtung gekennzeichnet, eine gute, gerechte Altersvorsorge für einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung zu gewährleisten. Auf der anderen Seite wollten wir auch die zweite Säule wirklich stabilisieren. Beim grossen Thema des Mindestzinssatzes haben wir die Kompetenz beim Bundesrat belassen. Der Ständerat hat in seinem Vorschlag das Prozedere festgehalten, nach welchen Grundsätzen dieser Satz angepasst werden sollte, und die Kommission beantragt, diese Version zu akzeptieren.

Bei den Invaliditätsbestimmungen – Sie erinnern sich – hat der Nationalrat in diesem Saal gewisse Änderungen beschlossen; sie waren aber unausgereift. Er hat sie dem Ständerat weitergereicht, mit dem klaren Wunsch, hier Präzisierungen anzubringen. Das hat der Ständerat dann leider nicht entsprechend genau gemacht, sodass wir Ihnen hier jetzt noch ausgereifte Formulierungen präsentieren.

Unbestritten war die Senkung des Umwandlungssatzes. Hier folgte der Ständerat unserem Vorschlag, dass man ihn innert zehn Jahren von 7,2 auf 6,8 Prozent senkt. Uneins waren wir uns in den beiden Kammern aber, welches die flankierenden Massnahmen sind. Sie wissen: Wenn man den Umwandlungssatz senkt, dann gibt es eine Rentensenkung von 8 bis 10 Prozent, und diese Konsequenz muss man irgendwie auffangen. Der Ständerat schlägt Ihnen vor, dass man die Altersgutschriften erhöht, wie das der Bundesrat vorgeschlagen hat. Damit würde man aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Altersbereich von 45 bis 55 Jahren zu den grössten Beiträgen verpflichten – gerade in jener Zeit, in der die grössten Familienpflichten anfallen, in der die Kinder in Ausbildung sind. Das hat die nationalrätliche Kommission nicht nachvollziehen können. Ähnlich wie das im Modell vorgeschlagen wurde, das wir vor einem Jahr verabschiedet haben, beantragt die Kommission, dass man mit einer Verbreiterung der Lohnbasis die Ausgangslage schafft, um eine Umwandlungssatzsenkung in etwa aufzufangen. Aus Kostengründen konnten diese Einbussen aber nicht eliminiert werden, wie das beim ersten Modell der Fall war. Es gibt hier Einbussen, vor allem bei den Jahrgängen 1950 bis 1952, von rund 500 Franken pro Jahr.

Man hat also möglichst viel gemacht, einerseits um das Versicherungsobligatorium auszuweiten. Hier hatten wir zwei Modelle zur Verfügung: Das eine Modell basierte auf dem, was der Nationalrat mit grosser Mehrheit verabschiedet hat, nämlich auf einem flexibel gestalteten Koordinationsabzug –

40 Prozent des AHV-Lohnes –, verbunden allerdings mit einem Einfrieren der Eintrittsschwelle und der oberen Schwelle. Das hätte den Vorteil gehabt, dass man zunächst Einsparungen gemacht hätte. Aber das Modell ist in späteren Jahren an und für sich mit grossen Kosten verbunden. Die Mehrheit der Kommission hat sich dann für ein anderes Modell ausgesprochen, das weniger Änderungen bringt: Die Eintrittsschwelle wird gesenkt, wie es im ersten Entscheid des Nationalrates vorgesehen war, aber mit einem kleineren Koordinationsabzug.

Dieses Modell der Mehrheit bringt gegenüber dem Modell des Ständerates Mehrkosten von zehn Millionen Franken. Wir haben dann noch einen Minderheitsantrag Triponez, der das Modell des Nationalrates wieder aufnimmt, allerdings mit einer anderen Version der Altersgutschriften. Wir werden dann noch gezielt darauf eingehen.

Ein anderer Punkt war ja nicht bestritten, nämlich jener der Transparenz. Hier hat die Kommission des Nationalrates noch eine Präzisierung gemacht: Mit einem neuen Artikel 65b erweitert sie im Differenzbereinigungsverfahren die Transparenz und fordert den Bundesrat auf, mit Mindestbestimmungen die Errichtung von Rückstellungen für die versicherungstechnischen Risiken und für die anderen Rückstellungen inklusive der Schwankungsreserven, die der Sicherung der Finanzierung dienen, zu regeln. Damit soll weiter abgesichert werden, dass die zweite Säule wirklich stabiler wird.

Wir sind überzeugt, dass Transparenz Vertrauen schafft. Heute haben wir den Eindruck, dass diese ganze Transparenzdiskussion eigentlich zu spät kommt. Hätte man sie früher geführt, dann hätte man die notwendige Senkung des Umwandlungssatzes und des Mindestzinssatzes den Versicherten erklären können, und jetzt, in der anhaltenden Börsenflaute, könnte man bei einer Unterdeckung auch sichtbar machen, welche Beiträge zu welchen Erträgen beziehungsweise zu welchen Einbussen führten. Ausserdem wurde ja festgestellt, dass die nötige Transparenz Bedingung für die Kontrollbehörden ist, wirklich eine richtige Aufsicht zu vollziehen. Hier hat das Bundesamt für Sozialversicherung auch die nötigen Schritte eingeleitet.

Es ist unser aller Anliegen, ein grosses Anliegen der Kommission, dass man diese Revision jetzt zügig durchziehen kann, dass sie auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten kann. Damit hätten wir einen guten Beitrag zur Stabilisierung, zur Konsolidierung, der zweiten Säule geleistet.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Bien qu'en ce moment le regard soit plutôt tourné vers les nuages qui occupent le ciel de la prévoyance professionnelle, nuages qui sont dus à la chute des marchés financiers, il ne faut pas perdre de vue l'horizon. Et c'est dans cette direction qu'est tournée la 1ère révision de la LPP, une révision qui vise, vingt ans après l'entrée en vigueur de la loi, à consolider le deuxième pilier et aussi à l'améliorer, afin qu'il puisse mieux répondre au mandat constitutionnel y relatif.

D'abord, un bref rappel. Les décisions principales adoptées par ce Conseil lors de la première délibération ont été les suivantes:

1. la réduction progressive du taux de conversion, le faisant passer de 7,2 pour cent – taux actuel – à 6,8 pour cent en l'espace de dix ans;
2. d'un côté l'adoption d'un nouveau modèle prévoyant un seuil d'entrée plus bas dans la prévoyance professionnelle afin d'élargir l'accès au deuxième pilier aux personnes qui en sont encore exclues, en particulier les personnes qui travaillent à temps partiel, et de l'autre l'adoption d'une déduction de coordination non plus en montant fixe mais en pour cent du salaire AVS;
3. l'adoption des dispositions concernant la transparence dans la prévoyance professionnelle, en pensant surtout aux institutions collectives.

De son côté, le Conseil des Etats a suivi notre Conseil sur deux points: l'adaptation du taux de conversion, donc la ré-

duction à 6,8 pour cent en l'espace de dix ans, et le principe de la transparence. Il n'a en revanche pas suivi notre Conseil sur le modèle concernant le seuil d'entrée et la détermination du salaire assuré. Il a au contraire opté pour le statu quo, le seuil d'entrée devant continuer à coïncider avec la déduction de coordination, les deux restant inchangés et fixés à un montant annuel de 25 320 francs. Dans ce cas, compenser la baisse du taux de conversion conduit à augmenter nécessairement les bonifications de vieillesse, et le Conseil des Etats l'a fait, suivant en cela le projet du Conseil fédéral. Cela ferait passer le taux des bonifications de vieillesse de 10 à 11 pour cent dans la tranche d'âge entre 35 et 44 ans, et de 15 à 18 pour cent dans la tranche d'âge entre 45 et 54 ans.

Les principales divergences qui opposent les deux Chambres concernent donc, d'un côté, le système visant à compenser la baisse du taux de conversion, et de l'autre l'abaissement du seuil d'accès à la prévoyance professionnelle afin d'y intégrer au moins une partie des travailleurs et travailleuses qui en sont encore exclus – n'oublions pas qu'une femme sur trois et un homme sur six en sont exclus. Face à la solution adoptée par le Conseil des Etats, une nette majorité de la commission s'est trouvée d'accord sur une chose: il faut de toute manière éviter une modification du taux des bonifications de vieillesse parce que cela tend à défavoriser la position des travailleurs et des travailleuses plus âgés sur le marché du travail. On désire au contraire compenser la baisse du taux de conversion en agissant sur le montant du salaire assuré. La nette majorité de la commission, tout en restant favorable à l'adoption de modèles alternatifs à celui du Conseil des Etats, s'est tout de même divisée lorsqu'il a fallu rechercher une adaptation de son modèle afin d'ouvrir une porte à un compromis possible avec le Conseil des Etats.

La solution qui a recueilli l'appui le plus large est celle qui tend à maintenir le seuil d'accès décidé par notre Conseil, mais, par rapport à l'option initiale, on revient à une déduction de coordination fixe, déduction qu'on va tout de même diminuer afin de pouvoir compenser le taux de réduction.

Une autre partie de cette majorité reste fidèle au contraire à la logique initiale du modèle qu'on avait adopté ici, donc à une déduction de coordination en pour cent du salaire AVS, mais elle veut arriver au résultat final de ce modèle graduellement, en l'espace de plusieurs années, grâce au gel des paramètres qui le concernent.

Il y a enfin une nette minorité de la commission qui reste dans la ligne du Conseil des Etats en intervenant sur les bonifications de vieillesse.

Sur les autres modifications de la loi, le Conseil des Etats est resté pour l'essentiel dans la ligne de notre Chambre, il a repris les dispositions concernant la transparence en les renforçant même, et il a introduit dans la LPP des dispositions plus détaillées concernant la fixation du taux minimum d'intérêt.

Aussi, la commission a profité de cette phase pour apporter quelques améliorations, en particulier au sujet des réserves qui doivent être constituées afin de faire face aux risques actuariels, aux risques d'insécurité en matière de financement et aux risques de fluctuations. La commission a aussi proposé d'introduire une modalité prioritaire d'attribution des excédents.

En ce qui concerne enfin les coûts, les conséquences en termes de coûts effectifs des différentes propositions en discussion sont les suivantes: la décision du Conseil des Etats conduit à des dépenses annuelles effectives de 295 millions de francs; la proposition de la majorité à des dépenses de 300 millions de francs à peu près; la proposition de la minorité I entraîne à terme des dépenses de 640 millions de francs, mais ce sont des dépenses auxquelles on arrive après plusieurs années parce qu'au début, elles sont de 55 millions de francs, au milieu de 500 millions de francs à peu près, enfin de 600 millions de francs et plus; la proposition de la minorité II conduit à des dépenses annuelles de 200 millions de francs à peu près, donc de 100 millions de francs de moins que la solution du Conseil des Etats.

Il y a donc, de l'avis de la commission, un espace et des conditions suffisants pour opérer des choix d'amélioration du modèle actuel de la prévoyance professionnelle, tout en restant proches des marges financières adoptées par le Conseil des Etats, et donc pour arriver à un compromis favorable. La commission souhaite que, tout en prenant en considération la position de l'autre Chambre, vers laquelle elle propose de faire des pas concrets, on puisse atteindre un résultat qui réponde aux exigences d'adaptation du deuxième pilier à l'évolution du monde du travail et de la société.

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... mit den Leistungen der eidgenössischen Versicherung (AHV/IV) die Fortsetzung

Abs. 2

Der in der beruflichen Vorsorge versicherbare Lohn oder

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

.... avec les prestations de l'assurance AVS/AI fédérale, de maintenir

Al. 2

Le salaire assuré dans la prévoyance professionnelle ou

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

.... das 17. Altersjahr überschritten haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 18 990 Franken beziehen

Antrag der Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Roscini)

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 25 320 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr vollendet haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 25 320 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung. (= Beschluss des Ständerates)

Art. 2 al. 1

Proposition de la majorité

.... et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 18 990 francs

Proposition de la minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Roscini)

.... et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 25 320 francs

Proposition de la minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

.... et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 25 320 francs
(= décision du Conseil des Etats)

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Zum Koordinationsabzug, zu den verschiedenen Modellen: Unsere Fraktion und die Minderheit I, der auch Mitglieder anderer Fraktionen angehören, beantragen, grundsätzlich am Modell festzuhalten, welches wir im letzten Jahr hier beschlossen haben, nämlich die Umstellung von einem fixen auf einen flexiblen Koordinationsabzug. Es gibt allerdings eine wichtige Differenz: Wir möchten den Koordinationsabzug nicht auf 18 990 Franken absenken, sondern wir möchten den heutigen nominellen Betrag von 25 320 Franken einfrieren und so lange mit einer Anhebung zuwarten, bis der Betrag von heute 18 990 Franken real erreicht ist.

Wir wehren uns entschieden gegen das Modell Triponez, welches einfach in den alten Gleisen weiterfahren will und gar nichts für die Lösung der Situation der Teilzeitbeschäftigten und der Personen mit kleinen Löhnen tut. Wir halten es für verantwortungslos, wenn die Altersgutschriften der älteren Arbeitnehmer noch weiter erhöht werden, während gleichzeitig grosse Gruppen von Beschäftigten da sind, die dem Obligatorium nicht unterstehen, für die keine Beitragspflicht besteht. Ich erinnere Sie an die Teilzeitbeschäftigten, an junge Personen unter 25, an Temporärbeschäftigte oder solche mit mehreren Stellen, wo der Koordinationsabzug seine Wirkung immer von neuem entfaltet. Diese Segmentierung in teure Alte und Gratisbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte usw. ist unsinnig; sie schafft unnötige Not und sorgt für Deckungslücken im Alter.

Wir kommen auch nicht darum herum, uns über die schizophrene Haltung jener Kreise zu wundern, die von den Beschäftigten bei jeder Gelegenheit Flexibilität verlangen, und zwar mehr Mobilität, Lohnflexibilität, Beschäftigung an verschiedenen Arbeitsstellen, Teilzeitarbeit usw., aber nichts dafür tun, dass diese flexiblen Arbeitskräfte nachher gleichwertig in der Pensionskasse versichert werden. Deshalb meinen wir, dass die Lösung, die unser Rat hier einmal im Grundsatz beschlossen hat, nämlich eine prozentuale Festsetzung des Koordinationsabzuges, das richtige Modell ist. Wenn wir diese Eckwerte einfrieren, dann haben wir zusätzliche Vorteile, die ich Ihnen kurz aufzählen möchte.

Bei einem Einfrieren des unteren Grenzbetrages haben Sie im Moment überhaupt keine Prämienhöhungen – für niemanden. Im Gegenteil, Sie haben eine Prämien-senkung, weil die heutigen Sondermassnahmen gemäss Botschaft des Bundesrates wegfallen würden. Im Modell, das wir Ihnen vorschlagen, wird dann mit der Inflation die versicherte Lohnbasis während etwa 10 bis 20 Jahren erweitert. Das ist eine lange Anpassungsfrist, das hat auch Nachteile; aber die Leute wachsen ins Obligatorium hinein, das ist eine Erweiterung der Lohnbasis in homöopathischen Dosen. Das Modell verzichtet, wie gesagt, auf höhere Altersgutschriften. Das ist ein zentraler Vorteil, den wir bei allen anderen Lösungen – bei derjenigen des Bundesrates und im Modell Triponez bzw. Ständerat – nicht haben. Wir lösen das Problem, wir verbessern eben die Ersatzquote im Alter. Schauen Sie die heutige Rentenformel an: Sie schafft im unteren Mittelstand grosse Not. Es sind nicht die ganz Armen, die Ergänzungsleistungen bekommen, sondern es sind Personen mit Erwerbseinkommen zwischen 2000 und 3000 Franken. Dort beträgt die Altersrente heute rund 60 Prozent. Ich frage Sie: Können Sie im Alter von 60 Prozent von 3000 Franken vernünftig leben? Ich glaube, das ist in unserem Land, bei den heutigen Preisen, einfach nicht möglich. Das heisst, wir müssen dort die Rentenformel korrigieren. Das ermöglichen wir mit einer Flexibilisierung des Koordinationsabzuges.

Wir möchten hier der Mehrheit zugute halten, dass auch ihr Modell die Lohnbasis erweitert, aber es ist eben nur eine halbe Lösung, es ist nicht ausbaufähig, und es schafft nicht wirklich Gerechtigkeit für die Leute mit kleinen Löhnen und die Teilzeitbeschäftigten.

Triponez Pierre (R, BE): Im Namen der Minderheit II bitte ich Sie, dem Ständerat und dem Bundesrat zu folgen. Der Bundesrat hat in weiser Voraussicht schon vor drei Jahren ein Festhalten an der heutigen Eintrittsschwelle und am Ko-

ordinationsabzug vorgeschlagen, und dass das so verantwortungslos sei, werden Sie, Herr Rechsteiner Rudolf, nach meinen Ausführungen kaum mehr behaupten. Sie haben aber nicht gemerkt, Herr Rechsteiner, dass es, seit wir uns hier vor einem Jahr zum ersten Mal mit der 1. BVG-Revision auseinander gesetzt haben, wesentliche Änderungen der Rahmenbedingungen gegeben hat. Wie wir alle schmerzlich spüren mussten, ist die berufliche Vorsorge in arge Turbulenzen geraten. Was kaum jemand für möglich gehalten hat, nämlich dass die Hälfte der Vorsorgeeinrichtungen heute eine Unterdeckung aufweist, ist eingetroffen. In etlichen Fällen werden schmerzliche Sanierungsmassnahmen auch und gerade von autonomen Pensionskassen, die Sie, Herr Rechsteiner, immer so gelobt haben, kaum zu vermeiden sein – denken Sie an die SBB.

Die Sozialversicherungen absorbieren aber auch generell immer mehr Mittel. Die Risikoprämien in der beruflichen Vorsorge sind teilweise massiv angestiegen; bei der Unfallversicherung zeichnen sich Prämienhöhungen ab; die AHV und die IV – wir haben heute darüber diskutiert – werden deutlich mehr Mittel beanspruchen müssen. Vor allem ist der seit längerer Zeit prognostizierte Wirtschaftsaufschwung bisher ausgeblieben. Die Ertragslage vieler Betriebe ist äusserst angespannt, die Finanzen sind überall knapp, und dass auch die Verschuldung des Bundes alarmierende Ausmasse annimmt, wissen wir aus den Diskussionen in diesem Rat.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns heute ganz klar auf eine Konsolidierung des Erreichten beschränken. Für weitere Leistungsverbesserungen, auch wenn sie möglicherweise wünschbar wären, besteht schlicht und einfach kein Spielraum mehr. Es wäre geradezu fahrlässig, heute neue Leistungsversprechen abzugeben, wenn nicht einmal mehr die bisherigen Leistungen in ausreichendem Masse gesichert sind.

Die Minderheit II bittet Sie also, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen und auf eine Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordinationsabzuges zu verzichten. Die Sicherung des Erreichten muss klar ins Zentrum gerückt werden. Wir dürfen die angeschlagenen Kassen nicht noch zusätzlich belasten.

Jeder Leistungsausbau schwächt die Konjunktur, drückt auf die Löhne und führt zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit – auch das muss man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen. Jeder Abbau von Steuereinnahmen zwingt die öffentliche Hand, noch einschneidendere Sparpakete zu schnüren. Schlussendlich gilt es einmal mehr festzuhalten, dass eine Senkung der Eintrittsschwelle den meisten Versicherten kaum etwas oder eben gar nichts bringt. Das, Herr Rechsteiner-Basel, müssen Sie auch Ihrer Klientel sagen, vor allem den Klein- und Kleinstverdienern: Sie hätten während 40 Jahren Monat für Monat Beiträge als Lohnabzüge zu entrichten und müssten am Schluss frustriert feststellen, dass ihre Alterseinkommen keinen Franken höher ausfallen, weil nämlich die Ergänzungsleistungen entsprechend gekürzt wurden.

Unser Dreisäulensystem ist so ausgestaltet, dass bei Einkommen, die unterhalb des heutigen Koordinationsabzuges von 25 320 Franken liegen, ausschliesslich die erste Säule zum Tragen kommt, also AHV, IV und Ergänzungsleistungen. Bis zu dieser Einkommensgrenze ist gewährleistet, dass die Ersatzquote mindestens 100 Prozent beträgt: Die Summe aus AHV-Rente, Ergänzungsleistungen sowie allfälligen weiteren Einkünften entspricht also mindestens dem früher erzielten Erwerbseinkommen. Erst ab einem Einkommen von 25 320 Franken beginnt es, unter die Schwelle von 100 Prozent zu sinken. Hier beginnt ja auch das BVG-Obligatorium zu greifen. Jede Senkung der Eintrittsschwelle würde bewirken, dass das bewährte Dreisäulensystem ausgehebelt würde und eine Überversicherung entstünde, was in vielen Fällen zur Folge haben könnte, dass der Anspruch auf Ergänzungsleistungen verringert würde oder gänzlich verloren ginge. In der heutigen schwierigen Zeit müssen wir unsere zweite Säule konsolidieren und sichern.

Das ist der Grund, weshalb die Minderheit II Ihnen empfiehlt, in Verantwortlichkeit dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen.

Meyer Thérèse (C, FR): Le groupe démocrate-chrétien soutiendra massivement la majorité aux articles 2, 7, 8 et 9. Aux dispositions transitoires lettre abis alinéa 3, il faudra voter la proposition que vous avez sur vos pupitres – déposée par moi-même, car un petit réglage a été oublié en séance de commission – pour que le projet soit cohérent dans son ensemble.

Il s'agit ici de déterminer le seuil d'entrée dans le deuxième pilier et surtout – et à nos yeux, c'est le plus important – de trouver le moyen de maintenir les rentes à la suite de la baisse graduelle en dix ans du taux de conversion de 7,2 à 6,8 pour cent. Le Conseil des Etats n'a pas accepté la version du Conseil national, jugée compliquée, avec une déduction de coordination variable, et surtout très chère, avec un coût annuel supplémentaire net de 640 millions de francs. Le Conseil des Etats est revenu au seuil d'entrée de 25 320 francs, même montant de déduction de coordination, et pour compenser les pertes de rentes dues au réglage du taux de conversion, il propose une augmentation des bonifications de vieillesse de 15 à 18 pour cent dès 45 ans. Cette version a été très critiquée, car elle pénalise trop les travailleurs âgés sur le marché du travail et leurs employeurs.

La version de la majorité de la commission apporte une excellente solution pour compenser la baisse du taux de conversion en augmentant légèrement le salaire assuré, ce qui maintient les rentes et induit, à la fin de la durée d'assurance, une petite amélioration pour les personnes à bas revenu. La déduction de coordination est abaissée de 25 000 à 22 000 francs, elle est fixe, et le salaire minimum assuré sera de 3165 francs. Le seuil d'entrée est abaissé à 18 990 francs, ce qui permet à 180 000 personnes d'accéder au deuxième pilier et à 8 pour cent de femmes de plus d'être assurées. Ce modèle est simple. Les dépenses annuelles supplémentaires qu'il entraîne sont du même ordre que celles de la version du Conseil des Etats – cela, je tiens à le dire bien fort –, c'est-à-dire autour de 300 millions de francs. Nous avons donc toutes les raisons de soutenir ce modèle.

Nous ne pouvons soutenir la proposition de la minorité I qui au début paraît coûter moins cher, mais qui, après une douzaine d'années, coûtera quand même 640 millions de francs comme dans la version initiale de notre Conseil. Et finalement ce modèle est assez compliqué, avec une déduction de coordination en pour cent du salaire AVS et un gel qui fait changer les montants trop souvent.

La minorité II, elle, propose le même statut que maintenant, mais avec un aménagement des bonifications de vieillesse selon l'échelle des femmes. Ce modèle est meilleur marché, c'est vrai, mais, je le dis haut et fort, il induit des baisses de rentes assez importantes jusqu'en 2025. Je crois qu'il faut le savoir pour décider en connaissance de cause.

Pour maintenir le niveau des rentes et faire un pas vers les personnes à bas revenu ou travaillant à temps partiel – et tout cela à un coût tout à fait supportable –, il faut donc adopter la proposition de la majorité de la commission et les dispositions transitoires telles que proposées (maintenir la version de notre Conseil) pour que le projet forme un paquet cohérent.

Alors, il faut suivre la majorité sur toute la ligne.

Borer Roland (V, SO): Die Mehrheit der SVP-Fraktion wird die Minderheit II (Triponez) unterstützen und damit der Version des Ständerates bzw. der ursprünglichen Version des Bundesrates folgen. Die Mehrheit der Fraktion ist der Meinung, dass angesichts der heutigen Wirtschaftslage ein Ausbau der zweiten Säule, auch wenn er wünschbar wäre, nicht möglich ist. Die Mehrheit der Fraktion ist zudem der Meinung, dass man eine Konsolidierung des Systems anstreben sollte. Das ist mit der Lösung der Minderheit II möglich. Das vorgeschlagene System erscheint der Mehrheit zudem effizient und machbar.

Wir sind aber auch der Meinung, dass man offen kommunizieren sollte, dass der Antrag der Minderheit II – bei Annahme – eine sofortige Erhöhung der Altersgutschriften und

damit der Beiträge der einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Folge hat. Aber die Fraktion hat bei einer entsprechenden Güterabwägung den Entscheid zugunsten der Minderheit II gefällt. Bestärkt hat uns in unserer Entscheidungsfindung der Umstand, dass es der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes ist, der dieser Erhöhung der Beiträge zustimmt. Wir sind der Meinung: Wenn der Direktor dieser Erhöhung zustimmt, kann sie ja nicht falsch sein. Er muss dann auch gegenüber dem Gewerbe begründen, weswegen er selber den Antrag gestellt hat. Wir sind der Meinung, Herr Kollege Triponez, Sie hätten korrekt entschieden. Und deshalb unterstützen wir Sie auch.

Ein Teil der SVP-Fraktion wird die Minderheit I (Rechsteiner-Basel) unterstützen. Der Vorteil nach Ansicht der Fraktionsminderheit ist der, dass eben mit der Lösung, die die Minderheit I vorschlägt, im Moment keine Mehrbelastung der Wirtschaft entsteht. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage ist es unseres Erachtens nicht falsch, wenn man die Meinung vertritt, dass man heute keine Mehrbelastungen beschliessen sollte. Wir geben aber zu, dass Beitragserhöhungen mittel- und langfristig, sollte sich die Ertragslage bei den institutionellen Anlegern nicht grundsätzlich verändern, auch da natürlich die Folge sein werden. Wir meinen aber, dass trotzdem eine Chance bestünde, dass wir mit den heutigen Altersgutschriften über die Runden kämen.

Die SVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Minderheit II; eine Minderheit der Fraktion unterstützt die Minderheit I.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Die Anträge der Minderheit II und der Mehrheit sind gleich teuer. Sie kommen jetzt und sagen – es war für mich wirklich neu, dies zu hören –, dass Sie auch auf das Modell Triponez einschwenken würden, welches die älteren Arbeitnehmer verteuert. Sie wissen, dass wir dann das Problem haben, dass man gerade im Gewerbe billigere, junge Arbeitskräfte einstellen wird. Was machen Sie dann, wenn ältere Leute wegen der hohen BVG-Prämien vor die Türe gestellt und invalid geschrieben werden? Wie stellen Sie und Ihre Partei sich zu dieser Frage? Sie monieren immer, es gebe in der Invalidenversicherung steigende Kosten, weil ältere Arbeitnehmer nicht mehr beschäftigt würden.

Borer Roland (V, SO): Ich kann Ihnen nur aus meiner Sicht sagen, wie ich das Problem angehen werde. Herr Kollege Rechsteiner, Sie kennen meine diesbezügliche Meinung. Ich werde in meinem Einflussbereich alles daransetzen, dass diese Invalidisierung der älteren Arbeitnehmer nicht passiert. Ich habe darauf hingewiesen: Wir haben gewisse Systemmängel erkannt, aber wir sind unter Abwägung aller Faktoren der Meinung, dass man von dem her gesehen heute eben keine neuen Versicherten in die zweite Säule einbinden sollte, weil dies Mehrkosten zur Folge hat. Aber ich gestehe Ihnen zu, es besteht tatsächlich die Gefahr, dass ältere Arbeitnehmer benachteiligt werden. Ich kann nur wiederholen: Wenn der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes diese Gefahr nicht sieht – und er ist der Vertreter des wichtigsten KMU-Verbandes, den es gibt –, dann müssen auch wir, glaube ich, nicht allzu viele Gefahren sehen. Wenn das dann passiert, bitte ich, zu einem späteren Zeitpunkt die gleiche Frage Herrn Kollege Triponez zu stellen.

Triponez Pierre (R, BE): Es ist eigentlich keine Frage, sondern eine Klarstellung, die ich da gerne vornehmen möchte. Wenn Sie die Fahne bis zum Schluss durchlesen, sehen Sie mit aller Klarheit, dass ich bei Artikel 16 mit der Minderheit II eben nicht die Altersgutschriften gemäss Ständerat vorschlage – das sage ich auch gleich Herrn Rechsteiner-Basel –, sondern die Frauenskala übernehme. Ich möchte also, dass man das Ganze bis zum Schluss richtig liest. Vielleicht habe ich in der ersten Intervention nicht auf die Altersgutschriften hingewiesen: Dazu muss ich sagen, dass die Minderheit II die von Bundesrat und Ständerat beschlos-

sene Erhöhung der Altersgutschriften zurückweist. Man muss hier auch sehen, dass diese den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr entsprechen und sachlich falsch sind.

Da möchte ich etwas ausholen: Gemäss der heutigen BVG-Systematik muss ja ein Endaltersguthaben von 500 Prozent des anvisierten Lohnes anvisiert werden. Unter der Annahme, dass der Umwandlungssatz auf 6,65 Prozent gesenkt würde – das war der Vorschlag des Bundesrates –, hat der Bundesrat das neu anzustrebende Endaltersguthaben richtigerweise auf 540 Prozent des koordinierten Lohnes angesetzt. Mit den vom Ständerat beschlossenen Anpassungen bei den Altersgutschriften könnte dieser Zielwert tatsächlich erreicht werden. Da aber beide Kammern in der Zwischenzeit beschlossen haben, dass der Umwandlungssatz eben nur auf 6,8 Prozent zu senken sei, müssen zur vollständigen Kompensation nur 525 Prozent des koordinierten Lohnes anvisiert werden; man kann also hierfür die Altersgutschriften weniger stark erhöhen, als dies der Ständerat beschlossen hat. Gerade im Wissen um diese Zusammenhänge, geschätzter Kollege Borer, die Sie eigentlich sehr wohl auch kennen – aber ich nehme an, Sie wollten mich zu einer Intervention einladen –, ist es eben nicht so, dass hier eine wesentliche Mehrbelastung entsteht, weil diese Frauenskala einen Teil meines Vorschlages beziehungsweise jenes der Minderheit II darstellt.

Goll Christine (S, ZH): Die SP-Fraktion wird die Minderheit I (Rechsteiner-Basel) unterstützen, und zwar deshalb, weil wir nicht nur eine Verbesserung für Kleinverdienende und Teilzeitangestellte erreichen wollen, die heute von der zweiten Säule ausgeschlossen sind, sondern weil wir grundsätzlich den im Modell Rechsteiner-Basel enthaltenen Systemwechsel unterstützen möchten. Dieser wird auch dazu führen, dass bei den Löhnen im unteren Lohnsegment des Obligatoriums ebenfalls Rentenverbesserungen erzielt werden können. Wir sprechen hier nur vom Obligatorium, also von Löhnen von bis zu gut 75 000 Franken pro Jahr.

Noch einmal zur heutigen Situation: Heute sind jedes sechste Erwerbseinkommen und jede zweite erwerbstätige Frau nicht im BVG versichert, also von der zweiten Säule ausgeschlossen. Die Öffnung der zweiten Säule ist eine jahrzehntealte Forderung zur Beseitigung einer krassen Diskriminierung vor allem der Frauen. Ich gebe zu, dass die Absicht unserer Kommission, eine Lösung vorzuschlagen, nach wie vor vorhanden ist. Wenn wir aber schauen, was in der Zwischenzeit, seit der ersten Runde hier in diesem Saal, passiert ist, dann bleibt von den ursprünglichen Plänen nicht mehr sehr viel übrig.

In der ersten Phase haben wir einen Systemwechsel befürwortet, der davon ausgeht, dass ein fixer Koordinationsabzug von 40 Prozent des versicherten Lohnes berücksichtigt werden muss. Das ist der Systemwechsel, der nach wie vor auch noch im Modell Rechsteiner-Basel vorhanden ist. In der ersten Runde in diesem Saal haben wir eine Senkung der Eintrittsschwelle auf 18 000 Franken befürwortet, und ich erinnere Sie daran, dass unsere Kommission ursprünglich grossmehrheitlich noch weiter gehen und die Eintrittsschwelle auf 12 000 Franken senken wollte.

In der ersten Runde war auch noch eine Lösung vorgesehen, die davon ausging, dass vor allem Teilzeitangestellte mit mehreren Arbeitgebern künftig nicht mehr benachteiligt werden sollen. Mehrere Mitglieder unserer Kommission haben kürzlich einen Brief erhalten, in dem der Fall einer zu 100 Prozent erwerbstätigen Frau geschildert wird, die aber zwei Halbtagsstellen von 50 Prozent hat und mit beiden Einkommen einen grösseren Lohn erhält, als der heutige Koordinationsabzug beträgt.

Ich muss Ihnen sagen: In der jetzigen Lösung steht es überhaupt nicht mehr zur Debatte, diese krasse Ausnützung der Gesetzeslücke durch die Arbeitgeber wirkungsvoll zu verhindern. Selbst das Eidgenössische Versicherungsgericht hat gerade im Fall dieser betroffenen Frau bestätigt, dass selbst bei zwei Halbtagsstellen, also bei einer hundertprozentigen Erwerbstätigkeit, zwei volle Koordinationsabzüge

zugelassen werden können. Das heisst also, dass sich vor allem Frauen, die bei zwei oder mehreren Arbeitgebern arbeiten, die ein Gesamteinkommen zwischen rund 50 000 und 100 000 Franken erhalten, im Alter auf keine Rente der zweiten Säule abstützen können.

Nun schlägt Ihnen die Mehrheit der Kommission vor, die Eintrittsschwelle zu senken. Der Ständerat hat am Status quo festgehalten, er will keine Öffnung der zweiten Säule. Dieses Anliegen hat Herr Triponez mit seinem Minderheitsantrag aufgenommen. Ich möchte nur nochmals kurz zusammenfassen, welches die Unterschiede zwischen den beiden Modellen sind, die jetzt noch zur Diskussion stehen.

Im Modell der Mehrheit der Kommission wird der heutige Koordinationsabzug von 25 320 Franken auf 22 155 Franken gesenkt. Das heisst, dass ein fixer Bestandteil von rund 3000 Franken für die kleinen Einkommen zwischen 18 000 und 22 000 Franken versichert bleibt. Beim Modell der Minderheit I wird der Systemwechsel beibehalten, also ein prozentualer Koordinationsabzug von 40 Prozent des Lohnes; der heutige Koordinationsabzug von 25 000 Franken wird so lange beibehalten oder «eingefroren», bis er 75 Prozent des heutigen Standes, also diese rund 18 000 Franken, erreicht hat. Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Modellen besteht darin, dass für das untere Lohnsegment im Obligatorium unterschiedliche Rentenleistungen ausgelöst werden. Das Modell der Mehrheit wird gerade für diese kleinen Löhne eine Zielrente von 80 Franken auslösen, das Modell von Ruedi Rechsteiner hingegen ist ausbaufähig und wird eine Zielrente von rund 270 Franken für die kleinen Einkommen auslösen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, das ausbau- und entwicklungsfähige Modell der Minderheit I (Rechsteiner-Basel) zu unterstützen.

Studer Heiner (E, AG): Wir waren in unserer Fraktion mehrheitlich auch enttäuscht über den Entscheid des Ständerates. Nun geht es darum, im Differenzbereinigungsverfahren wieder zu überlegen, was wir von unserem Anliegen – diese Schwelle wesentlich tiefer zu setzen, zu verbessern – retten können, um mindestens eine Chance zu haben, dass auch ein Kompromiss mit dem Ständerat möglich ist. Von daher gesehen hat Frau Goll die Unterschiede der beiden Modelle, Mehrheit und Minderheit I (Rechsteiner-Basel), klar dargelegt; dazu ist nichts weiter zu sagen. Die Frage ist nur, obwohl der Mehrheit unserer Fraktion das Modell Rechsteiner-Basel durchaus sympathisch ist, ob wir damit, wenn wir hier eine Mehrheit haben, irgendeine minimale Chance auf ein Einlenken des Ständerates haben. Das glauben wir realistischere einfach nicht. Wenn wir eine Chance haben wollen, dann müssen wir der Mehrheit zustimmen. Die Verbesserung ist nicht so gross, wie wir gewollt hätten, aber die einzige Möglichkeit; dann können wir auch dem Ständerat sagen: Wir sind echt gewillt, etwas zu verbessern. Und wir wollen den Ständerat auch nicht mit einem neuen Modell zu einer Fragestellung führen, bei der wir nicht vermuten, dass er sie überhaupt noch ernsthaft prüfen will.

Im Differenzbereinigungsverfahren und angesichts der realen Umstände stimmen wir deshalb mehrheitlich eben dem zu, was die Mehrheit der Kommission uns beantragt.

Fasel Hugo (G, FR): Man kann es relativ kurz machen und dafür etwas herauschälen. Wir haben drei Möglichkeiten, die zur Wahl stehen. Die grüne Fraktion wird der Minderheit I (Rechsteiner-Basel) zustimmen, weil sie eine echte, sinnvolle Verbesserung bringt, vor allem auch für Frauen und für Teilzeitbeschäftigte, die heute nicht in den Genuss der zweiten Säule kommen. Der Antrag der Minderheit I hat auch einen ganz entscheidenden Vorteil: Er ist absolut konjunkturverträglich und wird vor allem zu Beginn, wenn wir ihm zustimmen, nichts kosten; das haben alle Berechnungen gezeigt. Er wird also erst nach einigen Jahren schrittweise einige Kosten verursachen, d. h., wir wachsen schrittweise in eine Verbesserung hinein.

Der Antrag der Mehrheit ist, will man es vereinfacht ausdrücken, reine Augenwischerei – mehr nicht. Man kann es mit

Zahlen ausdrücken: Die Senkung des Schwellenwertes auf 18 990 Franken bringt zwar zahlenmässig einige zusätzliche Leute ins BVG. Wenn wir aber bei den Kosten schauen, was das eigentlich ausmacht, stellen wir fest, dass es einfache, wenige, bescheidene, fast nicht erwähnenswerte 10 Millionen Franken sind. Demgegenüber sind wir aber bereit, 400 Millionen Franken Zusatzeinnahmen zu bewerkstelligen, um eben den Umwandlungssatz und die Senkungen, die damit verbunden sind, bei den Renten auszugleichen. Das, was wir hier machen, heisst nichts anderes, als dass wir bereit sind, denen, die vom BVG schon berücksichtigt sind, noch einmal 400 Millionen Franken zuzutragen, während wir bei jenen, die noch nicht dazugehören, bescheidene 10 Millionen vorsehen, die kaum mehr erwähnenswert sind. Darum geht es hier. Deshalb ist es sehr eigenartig, wenn über Kosten dieser Revision gesprochen wird.

Wenn wir jetzt noch den Antrag der Minderheit II (Triponez) aufnehmen, kann man sagen, dass dort die 400 Millionen Franken einfach umgeteilt werden. Herr Triponez sagt, die 400 Millionen sollen nicht über die Erhöhung des koordinierten Lohnes, sondern über die Erhöhung der Altersgutschriften gehen, das heisst, dass ältere Arbeitnehmende noch einmal etwas bestraft werden. Herr Rechsteiner-Basel hat mit einer Rückfrage dargelegt, worum es geht: Damit würden wir noch mehr ältere Arbeitnehmende, die arbeitslos sind, in die Invalidisierung abschieben, und das ist ja bekanntlich auch nicht grats.

Kurz: Die Mehrheit und die Minderheit II bestrafen die Mobilität und flexibles Verhalten der Arbeitnehmenden am Arbeitsmarkt sowie auch Teilzeitbeschäftigte, also jene, von denen wir eigentlich immer wieder fordern, dass sie auf veränderte Situationen am Arbeitsmarkt optimal reagieren und bereit sind, jede Stelle und eben auch Teilzeitstellen anzunehmen. Diese werden mit diesem Gesetz künftig weiterhin bestraft.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünen Fraktion, der Minderheit I (Rechsteiner-Basel) zuzustimmen.

Le président (Christen Yves, président): La majorité du groupe radical-démocratique suit la minorité II (Triponez).

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Obwohl natürlich die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen bei der Behandlung des BVG berücksichtigt wurden – die grösste Schwelle bleibt immer noch die Festlegung der Eintrittsschwelle. Ich glaube, über diese Schwelle stolpern alle, es stolpert sowohl der Ständerat als auch die Mehrheit der Kommission darüber.

Der Ständerat und die Minderheit II (Triponez) folgen den Ausführungen und Ergebnissen von zwei Studien, die bis jetzt noch nicht erwähnt wurden, die der Bundesrat in Auftrag gegeben hat und die genau belegen, dass eine Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordinationsabzuges an und für sich abzulehnen sind. Heute und gestern haben wir bei der Behandlung der BFT-Botschaft – bei Investitionen in die Bildung – immer wieder den volkswirtschaftlichen Nutzen als mitbestimmenden Faktor hervorgehoben. Bei der 1. Revision des BVG geht es im Grunde wiederum um den volkswirtschaftlichen Nutzen. Arbeitgebende und Arbeitnehmende werden in den nächsten Jahren damit zu rechnen haben, dass die Ausgaben für die soziale Absicherung steigen werden. Alle, aber besonders das Gewerbe, werden davon betroffen sein. Mit einer Senkung der Eintrittsschwelle leisten wir zudem der Schwarzarbeit Vorschub, wir verteuern die Administration – etwas, was wir immer wieder tun und was eigentlich vermieden werden sollte –, wir belasten die Pensionskasse; also lauter Tatsachen, die letztlich negative Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft haben werden. Trotz der Annahme – und ich bin überzeugt, dass es so ist –, dass die Meinungen bereits mehr oder weniger gemacht sind, bitte ich Sie, diesen Argumenten nochmals Rechnung zu tragen, Beachtung zu schenken und den Nutzen mit den negativen Konsequenzen zu vergleichen. Es kommt dazu, dass der Zusatznutzen für Personen mit tiefem Einkommen sehr

gering ist, indem bei ihren späteren BVG-Renten die Ansprüche auf Ergänzungsleistungen reduziert oder womöglich sogar wegfallen werden.

Ich bitte Sie also, der Minderheit II (Triponez) zu folgen.

Bei dieser Differenzbereinigung muss man im Grunde sämtliche Differenzen gemeinsam ansehen, also auch die Altersgutschriften. Man muss sie zusammen beleuchten, denn sie stehen in einem logischen, in einem engen Zusammenhang; Herr Triponez hat das bereits angetönt. Deshalb möchte ich hier schon auf die Altersgutschriften zu sprechen kommen, die in Artikel 16 festgehalten sind. Diese werden in Prozentsätzen des koordinierten Lohnes berechnet. Aber die vorgeschlagenen Ansätze gehen doch in die Richtung einer verkehrten Welt, nämlich dann, wenn man das Geld am meisten braucht, soll man darauf verzichten.

Wir wollen auf keinen Fall mit einer zu starken Erhöhung der Altersgutschriften eine Überkompensation erreichen. Betrachten wir doch einmal die Ausgangslage, wie sie sich heute präsentiert: Der Umwandlungssatz wurde nicht auf 6,65 Prozent gesenkt, sondern die beiden Kammern haben beschlossen, ihn auf 6,8 Prozent zu senken. Das verändert doch alles. Das Endaltersguthaben – ich finde das ein schreckliches Wort! – muss nicht mehr auf 540 Prozent des koordinierten Jahreslohnes festgelegt werden, sondern nur noch auf 525 Prozent. Damit können die Leistungsausfälle genügend abgedeckt werden. Wenn man diese Dinge in den Artikeln 2, 7, 8 und 16 zusammen beleuchtet, dann erscheint das Ganze sehr logisch.

Ich bitte Sie nochmals, der Minderheit II zu folgen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Der heutige Koordinationsabzug führt dazu, dass 750 000 erwerbstätige Frauen nicht versichert werden. Was empfehlen Sie diesen Frauen? Sollen sie einen Millionär heiraten, Lotto spielen oder auf die Fürsorge gehen? Was machen Sie mit diesen Frauen, die heute nicht versichert sind?

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Löhne der Frauen steigen, dass sie an die Löhne der Männer angepasst werden. Schliesslich haben wir da genügend Gleichstellungsartikeln zugestimmt. Das, was Sie jetzt so an die Wand malen, Herr Rechsteiner Rudolf, entspricht nicht mehr den heutigen Realitäten und Tatsachen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: L'enjeu tourne autour de deux questions. D'abord, est-ce qu'on désire oui ou non un élargissement du cercle des personnes soumises à la prévoyance professionnelle pour mieux considérer ceux ou celles qui travaillent à temps partiel? Et ensuite, est-ce qu'on choisit de compenser la baisse du taux de conversion par une modification du salaire assuré ou bien du taux des bonifications de vieillesse? Une très large majorité de la commission, se plaçant d'ailleurs dans la ligne adoptée par notre Conseil, répond de manière affirmative à la question concernant l'extension de la prévoyance professionnelle et continue de vouloir expressément intervenir sur le salaire assuré plutôt que sur les bonifications de vieillesse afin de ne pas pénaliser certains groupes de personnes ou certaines couches de la population qui vivent déjà souvent des difficultés sur le marché du travail.

La majorité de la commission, comme je l'ai rappelé avant, s'est toutefois divisée lorsqu'il s'est agi de chercher une adaptation du modèle initialement adopté par notre Conseil afin de favoriser un compromis avec l'autre Chambre. La plus grande partie a opté pour un modèle qui garde en effet un seuil d'entrée à 18 990 francs, mais qui fait un petit pas en direction du Conseil des Etats au sujet de la déduction de coordination, en cela qu'elle revient à une déduction fixe – une déduction tout de même réduite à 22 155 francs – afin de compenser justement la baisse du taux de conversion.

L'autre partie, la minorité I, maintient au contraire le concept hérité du modèle adopté par notre Conseil, et en particulier la déduction de coordination non plus en chiffres absolus,

mais en pour cent du salaire AVS. Un modèle qui, pour sa part, pour aller aussi à la rencontre du Conseil des Etats, serait introduit non pas d'emblée mais d'une manière très graduelle par le gel des paramètres actuels de la loi. Tous ces paramètres seraient gelés jusqu'à ce qu'ils correspondent en termes réels à ceux que notre Conseil avait adoptés lors du premier débat. On prévoit d'ailleurs que ce processus de gel et d'adaptation, d'introduction graduelle du modèle, puisse durer entre douze et quinze ans, voire plus, cela dépendra évidemment de l'évolution du coût de la vie et des salaires.

Le choix entre ces deux options a donné lieu aussi au sein de la commission à une large discussion et à des évaluations. On peut souligner que, concernant l'intégration dans la prévoyance professionnelle d'une partie des couches de la population qui en sont exclues, les deux solutions ont le même degré d'ouverture. La première, celle de la majorité, introduit cette ouverture tout de suite, l'autre y arrive graduellement, à plus longue échéance. Concernant ensuite la compensation du taux de conversion, les deux solutions compensent entièrement la réduction du taux de conversion, celle de la majorité le fait tout de suite, celle de la minorité I y arrive graduellement. Concernant la couverture des revenus bas et modestes, c'est évidemment la solution de la minorité I qui est nettement plus généreuse, bien qu'elle y arrive là encore graduellement.

Concernant ensuite la «lisibilité» du système, la solution de la majorité apparaît évidemment plus simple et plus compréhensible, surtout pour les assurés. Concernant enfin les coûts, la solution de la majorité coûte annuellement autour de 300 millions de francs, celle de la minorité I (Rechsteiner-Basel) à peu près le double, mais pas tout de suite: au début, elle coûte moins – autour de 50 millions de francs –, et ce coût va en augmentant au fur et à mesure de l'introduction du système.

Cette évaluation différenciée de ces deux options, on la voit aussi si on regarde le résultat de la discussion et du vote intervenus au sein de la commission, commission qui a adopté, par 12 voix contre 9, la proposition qui apparaît ici comme proposition de la majorité – 9 voix ont soutenu la proposition devenue celle de la minorité I.

Au contraire, la proposition de la minorité II (Triponez) est plus abrupte. Cette proposition a été rejetée en commission, par 16 voix contre 5. C'est une proposition qui ne fait aucun pas en direction d'une ouverture de la prévoyance professionnelle à d'autres catégories de la population et qui continue à pénaliser certains groupes d'assurés. C'est d'ailleurs une solution qui conduit à une dégradation de la situation de la génération d'entrée, même par rapport à la solution adoptée par le Conseil des Etats.

Donc, la majorité de la commission vous invite à suivre sa proposition qui, bien que s'écartant en partie du modèle adopté initialement par notre Conseil, devrait déboucher sur un compromis acceptable avec l'autre Chambre; d'ailleurs, elle n'exclut pas qu'à l'avenir on puisse revenir à l'idée certainement valable qu'on avait adoptée ici et qui est reprise par la minorité I, c'est-à-dire l'introduction d'une déduction de coordination en pour cent du salaire AVS, ce qui permettrait d'améliorer la position des assurés ayant des salaires bas ou moyens.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Die Mehrheit der Kommission hat sich bewusst hinter das Modell gestellt, das zwar Verbesserungen bringt, aber realisierbar ist, wie es Herr Kollege Studer gesagt hat.

Die Minderheit I (Rechsteiner-Basel) basiert auf dem alten Beschluss des Nationalrates, würde zunächst 55 Millionen Franken Einsparungen bringen, und erst später würden sich die grossen Kosten anhäufen. Das Modell ist bestechend, es ist gut; deshalb hat sich ja auch vor einem Jahr der Nationalrat mit sehr grosser Mehrheit diesem Modell angeschlossen. Es ist eine Frage des Abwägens. Im Moment wäre eine Entlastung der Kassen sehr wohl begrüssenswert, aber wir wissen nicht, wie die Entwicklung weitergeht. In 10 bis 12 Jahren würden wir doppelt so hohe Kosten zu bewälti-

gen haben wie mit dem Modell der Minderheit II (Triponez) oder auch dem Modell der Mehrheit.

Die Mehrheit der Kommission schlägt Ihnen vor, die Minderheit I (Rechsteiner-Basel) abzulehnen. Sie schlägt Ihnen ebenfalls vor, die Minderheit II (Triponez) abzulehnen; diese Minderheit lehnt sich an die Fassung des Ständerates und des Bundesrates an.

Frau Wirz-von Planta, es ist nicht so, dass wir den Umwandlungssatz weniger senken würden als der Bundesrat. Genau gleich senken wir innerhalb von 10 Jahren den Umwandlungssatz von 7,2 Prozent auf 6,8 Prozent. Der Bundesrat hat in seinem Vorschlag noch Jahre weiter gedacht und ist – 13 Jahre später – auf 6,65 Prozent hinuntergegangen. Aber wir haben genau die gleiche Ausgangslage.

Das Modell der Minderheit II (Triponez) senkt den Umwandlungssatz, muss aber die Altersgutschriften erhöhen. Hier hat Herr Borer sehr klar gesagt, was das heisst: Ab Inkrafttreten der Gesetzesänderung zur zweiten Säule würden die Altersgutschriften um 450 Millionen Franken teurer. Wenn Sie das Modell der Minderheit II (Triponez) mit dem der Mehrheit vergleichen, sehen Sie, dass das Modell der Mehrheit nur 10 Millionen Franken mehr kostet. Man muss hier aber deutlich sagen, dass man verschiedene Kreise belastet. Bei der Minderheit II (Triponez) bezahlen vor allem die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Änderungen, und zwar jene im Alter zwischen 45 und 55 Jahren. Sie erinnern sich, wir haben vor drei Monaten die Änderung der Arbeitslosenversicherung zur Abstimmung gebracht. Dort hat man ganz konkret die älteren Arbeitnehmer ab 55 Jahren besser gestellt – weil sie die höchsten Altersgutschriften haben, sind sie viel schwieriger vermittelbar – und hat bewusst 520 Taggelder gesprochen. Wenn wir jetzt aber ältere Arbeitnehmer bereits ab 45 Jahren haben, klappt hier eine Lücke zwischen der Arbeitslosenversicherung und der zweiten Säule. Das ist nicht zu unterschätzen. Ich erinnere Sie z. B. an die Swisscom, die Leute ab 55 Jahren zu grossen Teilen pensioniert hat, weil sie die teuersten Arbeitnehmer sind.

Wenn wir aber das Modell der Mehrheit nehmen, dann bewirkt das zwar nur 10 Millionen Franken Mehrkosten, aber es trifft andere. Es trifft vor allem Frauen in Tieflohnbranchen, die das dann, mit ihren Arbeitgebern, bezahlen. Aber hier bewirken wir etwas ganz anderes. Herr Triponez, es sind nicht nur die Bezüger von Ergänzungsleistungen, die hier profitieren. Ganz offen gesagt: Von 18 200 Franken kann niemand leben. Aber genauso Wirklichkeit ist: Von 25 240 Franken kann auch niemand hundertprozentig leben. Das sind immer Einkommen zu Partnereinkommen, zu Renten oder zu Alimenten. Wenn diese Zusatzeinkommen wegfallen, haben wir die Situation, dass die zweite Säule, die Altersvorsorge, nicht reicht. Deshalb ist die Mehrheit der Ansicht, dass Zusatzeinkommen auch Zusatzrenten generieren sollten.

Es ist auch nicht so, dass das Klischee von den gut situierten Alten so zutrifft. Ich kann Ihnen sagen: In den Pflegeheimen müssen jetzt schon mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner Ergänzungsleistungen beanspruchen. Dieser Trend wird weitergehen. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir das, was zum Leben fehlt, ergänzen. Machen wir das über Ergänzungsleistungen? Das geht dann über steuerliche Mittel, die die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, genauso belasten. Aber wenn wir die zweite Säule stärken, wie wir das mit dem Modell der Mehrheit haben, dann ermöglichen wir mehr Personen, eine zweite Säule aufzubauen.

Es ist noch interessant: Es waren genau dieselben, die sich jetzt für das Modell Triponez eingesetzt haben, die sich heute Morgen für eine Senkung der Witwenrente einsetzten, und zwar dort mit dem Vorzeichen, dass die Frauen sowieso berufstätig seien. Da muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie das finden, müssen Sie ihnen gerechterweise aber auch ermöglichen, eine zweite Säule aufzubauen und tatsächlich auch für ihren späteren Unterhalt das Ihre beizutragen.

Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung sagt ganz klar, dass die Zeitspanne, in der die Leute in diesem niederen

Einkommensbereich arbeiten, kurz ist. Über kurz oder lang arbeiten die Leute so viel, dass sie nachher versichert werden müssen. Es ist auch interessant zu sehen, dass 37 Prozent aller Vorsorgeeinrichtungen überhaupt keinen Koordinationsabzug haben. Das ist vor allem im gesundheits- und im bildungspolitischen Bereich der Fall, wo die Frauen – es handelt sich ja vorwiegend um Frauen – ganz flexibel eingesetzt werden müssen. In einem Quartal oder in einem Jahr können sie, wenn es sehr viel Arbeit hat, zu mehr verpflichtet werden.

Es wurde der Einwand vorgebracht, die Arbeitnehmer wollten das gar nicht. Fragen Sie einmal die Leute mit einem Teilzeitjob, ob sie AHV-Beiträge bezahlen wollen. Wenn Sie diese Frage so stellen, werden Ihnen alle sagen: «Nein, sicher nicht!» Aber wir müssen auch dafür besorgt sein, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes eine richtige Altersvorsorge haben, und dazu wollen wir ihnen verhelfen. Ich bitte Sie, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen. Es ist zwar ein gegenüber dem Vorjahr reduziertes Vorhaben, es ist aber auch keine Augenwischerei. Es stimmt auch nicht, dass wir hier die Altersgutschriften zu hoch ansetzen, wie das Frau Wirz-von Planta gesagt hat. Der Ständerat, ja, der setzt die Altersgutschriften auf 540 Prozent an, die Mehrheit der Kommission – übrigens auch die Minderheit I (Reichsteiner-Basel) – begnügt sich mit 525 Prozent, weil man eben die älteren Arbeitnehmer nicht verteuern will. Ich bitte Sie also, hier das Obligatorium massvoll auszuweiten. Sie werden das bei den Ergänzungsleistungen einsparen, aber auch, wenn Sie an alle anderen Vorhaben denken. Wir haben nicht nur die gesetzliche Pflicht, wir haben auch die menschliche Pflicht, für die Altersvorsorge wirklich geradzustehen.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité de la commission. Tous les spécialistes qui se sont exprimés ont montré les différents aspects techniques des solutions qui sont préconisées. Pour notre compte, nous relèverons deux avantages de la solution de la majorité sur le plan politique. Premièrement, elle permet d'éviter de charger davantage les salariés âgés. Sous cet angle-là, cette solution est meilleure que celle que nous préconisons au départ. Or on sait qu'à l'avenir, il faudra atteindre un objectif: favoriser le maintien des personnes plus âgées sur le marché du travail, et les encourager même à travailler plus longtemps que ce qu'elles souhaiteraient peut-être – une ou deux années de plus –, si parfois elles étaient tentées de prendre une retraite anticipée. C'est donc quelque chose de positif du point de vue du marché du travail.

Deuxièmement, c'est ce que l'on souhaite tous, la baisse du taux de conversion est compensée par les revenus supplémentaires générés par le fait que le montant de coordination est abaissé. Ainsi, d'autres personnes accèdent aussi au deuxième pilier. C'est une solution techniquement tout à fait défendable, et politiquement très positive.

Nous vous invitons à soutenir la proposition de la majorité, en espérant que le Conseil des Etats pourra ultérieurement s'y rallier.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 70 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Minderheit I 91 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 71 Stimmen

Le président (Christen Yves, président): Ce vote est également valable pour les articles 7, 8, 9, 16 et 58.

Art. 4

Antrag Bortoluzzi

Abs. 3

Selbstständigerwerbende zu versichern. In diesem Fall finden die Absätze 1 und 2 keine Anwendung.

Abs. 4

Die von den Selbstständigerwerbenden geleisteten Beiträge und Einlagen in die Vorsorgeeinrichtung müssen dauernd der beruflichen Vorsorge dienen.

Art. 4

Proposition Bortoluzzi

Al. 3

Les travailleurs registre de la prévoyance professionnelle. Dans ce cas, les alinéas 1er et 2 ne s'appliquent pas.

Al. 4

Les cotisations et montants versés par des indépendants à une institution de prévoyance professionnelle doivent être affectés durablement à la prévoyance professionnelle.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich stelle Ihnen diese Anträge zu Artikel 4 – das ist etwas ausserordentlich – namens der Kommission. Es ist ja so, dass es eine komplexe Vorlage ist. Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden – die Fahne war bereits im Druck –, dass nach der Verabschiedung der Vorlage noch Probleme aufgetaucht sind. Die Kommission hat an der letzten Sitzung beschlossen, Ihnen zu beantragen, diese beiden Änderungen noch aufzunehmen. Worum geht es?

Zu Absatz 3: Die Grundsätze der Planmässigkeit und Kollektivität, die hier speziell erwähnt sind, werden dadurch doppelt erwähnt. Damals wurde diese neue Bestimmung in Absatz 3 von unserem Rat ein erstes Mal aufgenommen. Es waren keine Grundsätze über die berufliche Vorsorge festgelegt. Bei Artikel 1 hat dann der Ständerat diese Grundsätze der Angemessenheit, der Kollektivität, der Gleichbehandlung, der Planmässigkeit sowie des Versicherungsprinzips aufgenommen. Damit ist es eigentlich nicht mehr nötig, diese Erwähnung in Absatz 3, und dann noch auf unvollständige Art und Weise, zu wiederholen.

Wir beantragen Ihnen also, bei Absatz 3 diesen Teil des Satzes ersatzlos zu streichen.

Zu Absatz 4: Hier geht es um die Zweckgebundenheit der Vorsorgemittel bei der freiwilligen Versicherung. Es ist ja so, dass die Selbstständigerwerbenden jederzeit aus ihrer Vorsorgeeinrichtung austreten und die bedingungslose Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen können. Das wird aufgrund eines Entscheides des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes so gehandhabt. In einem solchen Fall wird die Kapitalauszahlung oft dem Konsum zugeführt, einem Konsum, der mit der Vorsorge, also mit dem Grundsatz der beruflichen Vorsorge, nichts zu tun hat. Das sind offensichtliche Missbräuche. Das mag für diejenigen, die nur darauf aus sind, solche Lücken zu nutzen, interessant sein. Aber es geht nicht an, dass der Gesetzgeber solchen Missbräuchen Vorschub leistet. Solche Alibiaustritte mit Barauszahlungen werden allein aus Gründen der Steuereinsparung gemacht. Das geht nicht an. Eine dauernde und ausschliessliche Zweckgebundenheit der in der Vorsorgeeinrichtung geleisteten Mittel ist bei einem Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung nicht mehr gegeben.

Damit solche Transaktionen vermieden werden können, beantragt Ihnen die Kommission die Aufnahme dieses neuen Absatzes 4.

Es geht allerdings auch nicht darum, es den Selbstständigerwerbenden zu verunmöglichen, Wohneigentumseinlagen oder betriebsbezogene werterhaltende Investitionen zu tätigen. Das möchte ich hier deutlich sagen; ich bin ja auch ein Selbstständigerwerbender, nicht wahr? Ich glaube, im Sinne der Vorsorge können solche Massnahmen auch mit diesem neuen Artikel getroffen werden. Aber es geht wirklich darum, Missbräuche, die hier offensichtlich stattfinden, zu verhindern.

Wir bitten Sie, diesen Anträgen zu den Absätzen 3 und 4 zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 7 Abs. 1*Antrag der Mehrheit*

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 18 990 Franken beziehen

Antrag der Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mindestens 25 320 Franken beziehen

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 25 320 Franken beziehen

(= Beschluss des Ständerates)

Art. 7 al. 1*Proposition de la majorité*

Les salariés auxquels un même employeur verse un salaire annuel supérieur à 18 990 francs

Proposition de la minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Les salariés qui reçoivent d'un même employeur un salaire annuel d'au moins 25 320 francs

Proposition de la minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Les salariés auxquels un même employeur verse un salaire annuel supérieur à 25 320 francs

(= décision du Conseil des Etats)

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit I

Adopté selon la proposition de la minorité I

Art. 8*Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes zwischen 22 155 und 75 960 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3165 Franken im Jahr, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.

Antrag der Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Abs. 1

Untersteht ein Arbeitnehmer der obligatorischen Versicherung gemäss den Artikeln 2 und 7, ist der Jahreslohn bis 75 960 Franken abzüglich des Koordinationsabzuges zu versichern. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Der Koordinationsabzug beträgt 40 Prozent des Jahreslohnes, jedoch mindestens den Grenzwert von Artikel 7 minus ein Achtel der maximalen AHV-Rente und höchstens 25 320 Franken.

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Abs. 1

Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes zwischen 25 320 und 75 960 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

(= Beschluss des Ständerates)

Abs. 2

Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3165 Franken im Jahr, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.

(= Beschluss des Ständerates)

Art. 8*Proposition de la majorité**Al. 1*

La partie du salaire annuel comprise entre 22 155 et 75 960 francs doit être assurée. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

Si le salaire coordonné n'atteint pas 3165 francs par an, il est arrondi à ce montant.

Proposition de la minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Al. 1

Si le salarié est soumis à l'assurance obligatoire selon les articles 2 et 7, la partie du salaire annuel jusqu'à 75 960 francs doit être assurée, après soustraction de déduction de coordination. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

La déduction de coordination la correspond à 40 pour cent du salaire annuel, mais au minimum au montant-limite de l'article 7 moins un huitième de la rente maximale AVS et au plus à 25 320 francs.

Proposition de la minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Al. 1

La partie du salaire annuel comprise entre 25 320 et 75 960 francs doit être assurée. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

Si le salaire coordonné n'atteint pas 3165 francs par an, il doit être arrondi à ce montant.

(= décision du Conseil des Etats)

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit I

Adopté selon la proposition de la minorité I

Art. 9*Antrag der Minderheit I*

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Abs. 2

Der Bundesrat passt den Grenzwert der Artikel 2 und 7 nicht an, bis dieser auf drei Viertel der maximalen AHV-Rente gesunken ist.

Abs. 3

Der Bundesrat passt den Höchstbetrag des Koordinationsabzuges gemäss Artikel 8 Absatz 2 nicht an, bis dieser auf 88,23 Prozent der maximalen AHV-Rente gesunken ist.

Art. 9*Proposition de la minorité I*

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Al. 2

Le Conseil fédéral gèlera l'adaptation du montant-limite des articles 2 et 7, tant que celui-ci dépasse les trois quarts de la rente maximale de l'AVS.

Al. 3

Le Conseil fédéral gèlera le montant supérieur de la déduction de coordination selon l'article 8 alinéa 2, tant que celui-ci dépasse les 88,23 pour cent de la rente maximale de l'AVS.

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 2, 3bis, 3ter, 7bis; 13 Abs. 2; 15 Abs. 2, 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11 al. 2, 3bis, 3ter, 7bis; 13 al. 2; 15 al. 2, 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 16***Antrag der Mehrheit*

Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Festhalten

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

....

Altersjahr/Ansatz in Prozenten des koordinierten Lohnes

25–31/7

32–41/10

42–51/15

52–65/18

Antrag Dupraz

Die Altersgutschriften werden jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes, ausgehend von einem Ansatz von 12,5 Prozent des koordinierten Lohnes, berechnet.

Art. 16*Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Ros-sini)

Maintenir

Proposition de la minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

....

Age/Taux en pour cent du salaire coordonné

25–31/7

32–41/10

42–51/15

52–65/18

Proposition Dupraz

Les bonifications de vieillesse sont calculées annuellement en pour cent du salaire coordonné sur la base d'un taux de 12,5 pour cent du salaire coordonné.

Dupraz John (R, GE): Je dois dire que j'ai toujours été interloqué par ce système de bonifications de vieillesse, avec ses différents taux qui pénalisent nettement les employés et les travailleurs les plus âgés.

La loi que nous modifions maintenant est une loi de haute conjoncture, qui est entrée en vigueur il y a vingt ans à peu près. A l'époque, la concurrence sur les marchés était moins intense qu'elle ne l'est aujourd'hui. On ne parlait pas encore de globalisation de l'économie et de mondialisation des marchés. Aujourd'hui, alors que nous sommes en pleine crise économique et que cette concurrence est exacerbée et très vive, nous constatons que les taux des bonifications de vieillesse plus élevés pour les employés et les travailleurs les plus âgés sont un facteur pénalisant. Il arrive souvent que des travailleurs de plus de 50 ans soient mis à la porte pour des raisons économiques. En fait, les employeurs estiment qu'ils coûtent trop cher, que les charges sociales sont trop élevées, et ils préfèrent embaucher des personnes plus jeunes.

Je propose, à l'article 16 LPP, un taux des bonifications de vieillesse unique. A terme, le but est de garantir les mêmes

prestations et d'éviter ce phénomène antisocial qui découle de cette loi et qui va à fin contraire de l'objectif visé par cette loi.

De plus, je propose, au chiffre II, dispositions transitoires, lettre bbis, un régime transitoire afin qu'on puisse arriver à ce taux unique en quelques années.

Je trouve étonnant que la commission n'ait pas fait une telle proposition, car en fait les taux des bonifications de vieillesse différenciés sont un facteur pénalisant pour bien des travailleurs. Moi-même, je viens d'assister à un drame: un collègue a été mis à la porte pour des raisons strictement économiques.

Je vous demande de réserver bon accueil à ma proposition en l'adoptant. Son but est social et tend à réaliser l'équité entre les travailleurs et les employés de toutes les classes d'âge de ce pays.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Es ist nicht so, dass das in der Kommission nie ein Thema gewesen wäre. Die Vorgängerin von Bundespräsident Pascal Couchepin hat die Erarbeitung eines Dokumentes in Auftrag gegeben, und wir erwarten das Resultat. Für diese Revision hat es nicht gereicht. Es ist den einzelnen Kassen auch möglich – wenn es das Reglement, das paritätisch erlassen worden ist, erlaubt –, gleiche Altersgutschriften für jedes Alter zu machen, aber es ist nicht zwingend.

Wir haben jetzt eine Abstufung von 7, 10, 15 und 18 Prozent, welche die Mehrheit, deren Antrag Sie ja vorher beschlossen haben, auch weiterziehen möchte. Andere Ansätze sind denkbar. Die ABB-Pensionskasse, Kollege Dupraz, hat z. B. Ihr Modell. Sie fährt sehr gut damit, aber es für allgemein verbindlich zu erklären heisst, dass man sehr wohl alle Vor- und Nachteile abschätzen muss. Hier bin ich selber gespannt auf die Ausführungen von Bundespräsident Pascal Couchepin. Wie man uns gesagt hat, würde es grosse finanzielle Mehrkosten ergeben.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: La proposition Dupraz soulève à nouveau un problème tout à fait réel qui a déjà été discuté au sein de la commission ainsi qu'au sein de notre Conseil lors du premier débat. Il est indéniable que la progression des bonifications de vieillesse pénalise les personnes plus âgées, surtout lorsque celles-ci cherchent un nouvel emploi. C'est pour cette raison qu'au sein de la commission, la proposition de passer, par exemple, à un taux des bonifications unique, au moins du côté des employeurs, avait été avancée.

Suite aux problèmes que soulève l'éventuel passage à un taux des bonifications unique, le département s'était engagé à effectuer une étude et à élaborer un rapport qui permettent d'approfondir toutes les implications liées à un tel changement du système actuel. Cela avait été confirmé par Mme Dreifuss, alors conseillère fédérale, lors du précédent débat qui a eu lieu dans ce Conseil, ce qui avait d'ailleurs conduit Mme Polla à retirer une proposition analogue qu'elle avait présentée.

La commission, préoccupée par cela et souhaitant un approfondissement adéquat, avait alors accepté d'attendre le document du département avant de prendre une décision à ce sujet. C'est une attitude qui reste valable aussi aujourd'hui.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: M. Robbiani s'est exprimé dans le même sens que le Conseil fédéral, et pour cause puisque c'est lui, selon les notes que l'on m'a données, qui avait proposé, lors des débats au sein de la commission, de régler ce problème. Il avait à l'époque déposé une proposition similaire à celle de M. Dupraz.

Le Conseil fédéral est d'avis qu'en effet, du point de vue abstrait, la proposition Dupraz est une proposition positive. Néanmoins, elle pose un très gros problème, celui de la génération d'entrée. Si l'on appliquait la proposition Dupraz de manière linéaire, cela entraînerait une très grande diminution des rentes, pour une génération, de nombreuses classes d'âges. Si on voulait éviter cet inconvénient, il faudrait

compenser cette perte; d'après les calculs qui ont été faits, cela signifierait une dépense d'environ 2,7 milliards de francs de coûts LPP ou 1,1 milliard de francs de coûts effectifs pendant une période de vingt ans.

Autant dire que cette bonne idée, qui ne peut pas être concrétisée, doit quand même appeler une réflexion de notre part. C'est la raison pour laquelle nous avons fait travailler les techniciens. Ceux-ci doivent faire une étude sur les effets de la charge additionnelle des cotisations de l'employeur pour réduire celle des travailleurs âgés et discuter du problème de la transition entre les deux systèmes. L'étude doit être rendue d'ici la fin de l'année prochaine. Dans l'état actuel des choses, il n'est ni possible ni imaginable de voter cette disposition. Je répète: elle est bien en soi, mais elle pose des problèmes pratiques pour la génération d'entrée, qui provoqueraient des coûts, si on ne veut pas des réductions massives de rentes, de plus de 1,1 milliard de francs pendant une période de vingt ans. Ce n'est pas possible de prendre une décision de cette importance simplement sur ce qu'on pourrait appeler un coup de coeur intelligent.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit I 133 Stimmen

Für den Antrag Dupraz 6 Stimmen

Art. 18

Antrag der Kommission

Ein Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besteht nur, wenn der Verstorbene:

- a. im Zeitpunkt des Todes oder bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, versichert war; oder
- b. infolge eines Geburtsgebrechens bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens 20 Prozent, aber weniger als 40 Prozent arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf über 40 Prozent versichert war; oder
- c. als Minderjähriger invalid (Art. 8 Abs. 2 ATSG) wurde und deshalb bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens 20 Prozent, aber weniger als 40 Prozent arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf über 40 Prozent versichert war; oder
- d. von der Vorsorgeeinrichtung im Zeitpunkt des Todes eine Alters- oder Invalidenrente erhielt. (= geltender Buchstabe b)

Art. 18

Proposition de la commission

Des prestations pour survivants ne sont dues que:

- a. si le défunt était assuré au moment de son décès ou au moment du début de l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine du décès; ou
- b. si, à la suite d'une infirmité congénitale, le défunt était atteint d'une incapacité de travail comprise entre 20 et 40 pour cent au début de l'activité lucrative et qu'il était assuré lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine du décès s'est aggravée pour atteindre 40 pour cent au moins; ou
- c. si le défunt, étant devenu invalide avant sa majorité (art. 8 al. 2 LPGa), était atteint d'une incapacité de travail comprise entre 20 et 40 pour cent au début de l'activité lucrative et était assuré lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine du décès s'est aggravée pour atteindre 40 pour cent au moins; ou
- d. s'il recevait de l'institution de prévoyance, au moment de son décès, une rente de vieillesse ou d'invalidité. (= lettre b selon le droit en vigueur)

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Einen Anspruch auf Invalidenleistungen haben zudem Personen, die infolge eines Geburtsgebrechens bei Aufnahme der Erwerbstätigkeit zu mindestens 20 Prozent, aber weniger als 40 Prozent arbeitsunfähig waren und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, auf über 40 Prozent versichert waren.

Abs. 3

Einen Anspruch auf Invalidenleistungen haben zudem auch Personen, die als Minderjährige invalid (Art. 8 Abs. 2 ATSG) wurden und deshalb bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens 20 Prozent, aber weniger als 40 Prozent arbeitsunfähig waren und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, auf über 40 Prozent versichert waren.

Art. 23

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Ont également droit à des prestations d'invalidité les personnes qui, à la suite d'une infirmité congénitale, étaient atteintes d'une incapacité de travail comprise entre 20 et 40 pour cent au début de l'activité lucrative et qui étaient assurées lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité s'est aggravée pour atteindre 40 pour cent au moins.

Al. 3

Ont également droit à des prestations d'invalidité les personnes qui, étant devenues invalides avant leur majorité (art. 8 al. 2 LPGa), étaient atteintes d'une incapacité de travail comprise entre 20 et 40 pour cent au début de l'activité lucrative et qui étaient assurées lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité s'est aggravée pour atteindre 40 pour cent au moins.

Angenommen – Adopté

Art. 24 Abs. 1, 2; 33a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 24 al. 1, 2; 33a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 34 Abs. 3

Antrag der Kommission

.... der versicherten Person, ihrer Hinterlassenen und weiterer Begünstigter gemäss Artikel 20a ein.

Art. 34 al. 3

Proposition de la commission

.... de l'assuré, de ses survivants et des autres bénéficiaires visés à l'article 20a, contre tout tiers responsable du cas d'assurance.

Angenommen – Adopté

Art. 41 Abs. 3–8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 41 al. 3–8

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 45 Abs. 1

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 45 al. 1

Proposition de la commission
Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 46

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 49 Abs. 2

Antrag der Kommission
Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weiter gehende Vorsorge nur die Vorschriften über die Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie des versicherbaren Lohnes (Art. 1), die zusätzlichen Einkäufe für den Vorbezug der Altersleistung (Art. 13a Abs. 8), die Begünstigten bei Hinterlassenenleistungen (Art. 20a), die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen (Art. 35a), die Anpassung an die Preisentwicklung (Art. 36 Abs. 2 und 3), die Verjährung von Ansprüchen und die Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen (Art. 41), die paritätische Verwaltung (Art. 51), die Verantwortlichkeit (Art. 52), die Kontrolle (Art. 53), die Interessenkonflikte (Art. 53a), die Teil- oder Gesamtliquidation (Art. 53a–53c), die Auflösung von Verträgen (Art. 53d), den Sicherheitsfonds (Art. 56 Abs. 1 Bst. c, Abs. 2–5, Art. 56a, 57 und 59), die Aufsicht (Art. 61, 62 und 64), die Gebühren (Art. 63a), die finanzielle Sicherheit (Art. 65 Abs. 1 und 3, Art. 66 Abs. 3, Art. 67 und 69), die Transparenz (Art. 65a), die Rückstellungen (Art. 65b), die Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen (Art. 68 Abs. 3 und 4), die Überschussbeteiligungen aus Versicherungsverträgen (Art. 68a), die Vermögensverwaltung (Art. 71), die Rechtspflege (Art. 73 und 74), die Strafbestimmungen (Art. 75–79) sowie die Information der Versicherten (Art. 86a).

Art. 49 al. 2

Proposition de la commission
Lorsqu'une institution de prévoyance étend la prévoyance au-delà des prestations minimales, seules s'appliquent à la prévoyance plus étendue les dispositions sur la définition et les principes de la prévoyance professionnelle et le salaire ou le revenu assuré (art. 1er), les versements supplémentaires pour la retraite anticipée (art. 13a al. 8), les bénéficiaires de prestations de survivants (art. 20a), la restitution des prestations indûment touchées (art. 35a), l'adaptation à l'évolution des prix (art. 36 al. 2 et 3), la prescription de droits et la conservation des pièces (art. 41), la gestion paritaire (art. 51), la responsabilité (art. 52), le contrôle (art. 53), les conflits d'intérêts (art. 53a), la liquidation partielle ou totale (art. 53a–53c), la résiliation de contrats (art. 53d), le fonds de garantie (art. 56 al. 1er let. c, al. 2–5, art. 56a, 57 et 59), la surveillance (art. 61, 62 et 64), les émoluments (art. 63a), la sécurité financière (art. 65 al. 1er et 3, art. 66 al. 3, art. 67 et 69), la transparence (art. 65a), les réserves (art. 65b), les contrats d'assurance entre institutions de prévoyance et institutions d'assurance (art. 68 al. 3 et 4), la participation aux excédents résultant des contrats d'assurance (art. 68a), l'administration de la fortune (art. 71), le contentieux (art. 73 et 74), les dispositions pénales (art. 75–79) et l'information des assurés (art. 86a).

Angenommen – Adopté

Art. 51 Abs. 3

Antrag der Kommission
Die Versicherten wählen ihre Vertreter unmittelbar oder durch Delegierte. Ist dies wegen der Struktur der Vorsorgeeinrichtung, namentlich bei Sammelstiftungen, nicht möglich,

kann die Aufsichtsbehörde andere Formen der Vertretung zulassen. Den Vorsitz des paritätischen Organs führt abwechselungsweise ein Arbeitnehmer- und ein Arbeitgebervertreter. Das paritätische Organ kann jedoch die Zuordnung des Vorsitzes anders regeln.

Art. 51 al. 3

Proposition de la commission
Les assurés désignent leurs représentants directement ou par l'intermédiaire de délégués. Si tel ne peut être le cas en raison de la structure de l'institution de prévoyance, notamment dans les institutions collectives, l'autorité de surveillance peut admettre un autre mode de représentation. La présidence de l'organe paritaire est assurée à tour de rôle par un représentant des salariés et de l'employeur. L'organe paritaire peut toutefois prévoir un autre mode d'attribution de la présidence.

Angenommen – Adopté

Art. 53a1; 53a

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 53c

Antrag der Kommission
Abs. 1, 3bis, 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 5
.... die Versicherten und die Rentnerinnen und Rentner
Abs. 6
Die Versicherten und die Rentnerinnen und Rentner

Antrag Rechsteiner-Basel
Abs. 1
Festhalten

Art. 53c

Proposition de la commission
Al. 1, 3bis, 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 5
.... les assurés et les bénéficiaires de rentes, y compris
Al. 6
Les assurés et les bénéficiaires de rentes ont le droit

Proposition Rechsteiner-Basel
Al. 1
Maintenir

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Es geht hier um die Frage der Teilliquidation. Sie haben beim letzten Mal einstimmig eine Neuregelung beschlossen, die vorsieht, dass die Austretenden und die Verbleibenden in einer Unternehmung, also in einer Kasse, gleich behandelt werden sollen. Der Ständerat hat diesen Grundsatz nun abgeschwächt, und ich möchte hier festhalten, dass sich die Juristen in der Kommission nicht einig waren, was das genau bedeutet. Unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sollen nun bei einer Teilliquidation die Vermögen verteilt werden. Aufgrund der von uns gemachten Erfahrungen, der Beispiele, die uns vorgelegen haben, möchte ich Ihnen beliebt machen, die Gleichbehandlung der Austretenden strikte im Gesetz festzuhalten. Wir hatten das Beispiel der Gesellschaft Vantico, eine Abspaltung von der Firma Ciba. Dort war es so, dass die Firma Ciba in ihrer Pensionskasse eine Überdeckung von 39 Prozent hatte, und die Vantico wurde entlassen und bekam Reserven, Überschüsse, von nur 12 Prozent mit. Nach der Firmenaufteilung war es dann so, dass die Pensionskasse der Ciba 142 Prozent Deckung hatte, und die Vantico-Kasse hatte 112 Prozent.

Es gibt einen Grundsatz im Stiftungsrecht, und dieser Grundsatz heisst: Das Kapital folgt dem Destinatär. Das heisst für eine solche Aufspaltung eines Unternehmens: Meines Erachtens sollte der Nationalrat festhalten an einer strikten Gleichbehandlung von Leuten, die das Unternehmen verlassen müssen und in der neuen Gesellschaft arbeiten, und Personen, die in der alten Gesellschaft verbleiben. Es sind nur Nuancen in der rechtlichen Formulierung, aber ich glaube, es wäre ungerecht, jene, die dann wechseln müssen, so zu benachteiligen, wie das bisher mit der geltenden Rechtsprechung der Fall war.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Das Beispiel, das jetzt Herr Kollege Rechsteiner-Basel aufgeführt hat, ist uns von aussen in die Kommission herangetragen worden, nachdem die Fahne publiziert worden ist und man jetzt auf diese Änderung der Fassung des Nationalrates durch den Ständerat aufmerksam gemacht worden ist. Die Kommission hat sich kurz darüber unterhalten und ist der Meinung, dass man in diesem Fall doch an Artikel 53c in der Form festhalten sollte, wie sie vom Nationalrat vor einem Jahr beschlossen worden ist. Ich bitte Sie, dem Antrag Rechsteiner-Basel zuzustimmen.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Le Conseil fédéral se rallie à la version du Conseil des Etats. Le problème posé par M. Rechsteiner-Basel est un problème réel, mais, finalement, il doit être réglé de la même manière que le problème des prestations de libre passage. Si, en cas de liquidation partielle, on a une solution différente de celle qui est appliquée lorsqu'une personne quitte une entreprise, ce n'est pas très juste non plus. Ce n'est pas parce qu'une caisse quitte partiellement une autre caisse que la situation doit être traitée différemment du cas où un seul salarié quitte une caisse.

C'est la raison pour laquelle la solution du Conseil des Etats est plus souple et permet de mieux tenir compte de l'égalité de traitement des assurés – ceux qui quittent une caisse à titre individuel ou ceux qui quittent une caisse collectivement en cas de liquidation partielle.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Rechsteiner-Basel 89 Stimmen

Für den Antrag der Kommission 42 Stimmen

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

Art. 53d

Antrag der Kommission

Abs. 3bis

Löst der Arbeitgeber den Anschlussvertrag mit seiner Vorsorgeeinrichtung auf, so haben sich die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung über den Verbleib der Rentenbezüger bei der bisherigen oder den Wechsel zur neuen Vorsorgeeinrichtung zu einigen, sofern der Anschlussvertrag für diesen Fall keine Regelung vorsieht. Fehlt eine Regelung im Anschlussvertrag oder kommt zwischen der bisherigen und der neuen Vorsorgeeinrichtung keine Vereinbarung zustande, verbleiben die Rentenbezüger bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung.

Abs. 3ter

Löst die Vorsorgeeinrichtung den Anschlussvertrag mit dem Arbeitgeber auf, so haben sich die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung über den Verbleib der Rentenbezüger bei der bisherigen oder den Wechsel zur neuen Vorsorgeeinrichtung zu einigen. Kommt keine Vereinbarung zustande, verbleiben die Rentenbezüger bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung.

Abs. 3quater

Verbleiben die Rentenbezüger bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung, so bleibt der Anschlussvertrag mit Bezug auf die Rentenbezüger weiter bestehen. Dies gilt auch für die Invaliditätsfälle, bei denen die Invalidität nach der teilweisen Auf-

lösung des Anschlussvertrages, die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, aber vor der teilweisen Auflösung des Anschlussvertrages eingetreten ist.

Abs. 3quinquies

Der Bundesrat regelt die Zugehörigkeit der Rentenbezüger, wenn der Anschlussvertrag infolge der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers aufgelöst wird.

Art. 53d

Proposition de la commission

Al. 3bis

Si l'employeur résilie le contrat d'affiliation avec son institution de prévoyance, le maintien des rentiers dans l'actuelle institution de prévoyance ou leur transfert à la nouvelle institution est réglé par accord entre l'ancienne institution de prévoyance et la nouvelle, dans la mesure où ledit contrat d'adhésion ne prévoit pas de règle particulière pour ce cas. En l'absence de règle ou si aucun accord n'est conclu entre l'ancienne institution de prévoyance et la nouvelle, les rentiers restent affiliés à la première.

Al. 3ter

Si l'institution de prévoyance résilie le contrat d'affiliation avec l'employeur, le maintien des rentiers dans l'actuelle institution ou leur transfert à la nouvelle institution est réglé par accord entre l'ancienne institution de prévoyance et la nouvelle. En l'absence d'accord, les rentiers restent affiliés à l'ancienne institution de prévoyance.

Al. 3quater

Si les rentiers restent affiliés à l'ancienne institution, le contrat d'affiliation concernant les rentiers est maintenu. Cette règle s'applique aussi aux cas d'invalidité déclarés après la résiliation du contrat d'affiliation lorsque l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité est survenue avant la résiliation du contrat d'affiliation.

Al. 3quinquies

Si l'insolvabilité de l'employeur entraîne la résiliation du contrat d'affiliation, le Conseil fédéral règle l'appartenance des rentiers.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Ich habe eine Korrektur zu Artikel 53d Absatz 3quinquies. Hier hat sich nämlich ein Druckfehler eingeschlichen. Das möchte ich zuhänden des Amtlichen Bulletins festhalten. Es ist auf Seite 30 der deutschen Fahne. Hier muss es selbstverständlich «infolge der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers» heissen, und nicht «infolge der Zahlungsunfähigkeit des Kreditgebers». Das ist eine wichtige Änderung, die auch in der französischen Version nachvollzogen werden muss.

Angenommen – Adopté

Art. 58 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Roscini)

Festhalten

Antrag der Minderheit II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Entwurf des Bundesrates)

Art. 58 al. 1

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité I

(Rechsteiner-Basel, Baumann Stephanie, Egerszegi, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner Paul, Roscini)

Maintenir

Proposition de la minorité II

(Triponez, Bortoluzzi, Dunant, Glur, Pfister Theophil)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
(= projet du Conseil fédéral)

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit I
Adopté selon la proposition de la minorité I

Art. 59 Abs. 4; 63a; 65a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 59 al. 4; 63a; 65a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 65b

Antrag der Kommission

Der Bundesrat erlässt Mindestbestimmungen über die Errichtung der Rückstellungen für die versicherungstechnischen Risiken und für die anderen Rückstellungen, die der Sicherung der Finanzierung dienen, sowie der Schwankungsreserven.

Art. 65b

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral édicte des dispositions minimales concernant la constitution de réserves pour couvrir les risques actuariels et d'autres réserves visant à assurer la sécurité du financement, ainsi que des réserves de fluctuation.

Angenommen – Adopté

Art. 68 Abs. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 68 al. 3, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 68a

Antrag der Kommission

Titel

Überschussbeteiligungen aus Versicherungsverträgen

Abs. 1

Überschussbeteiligungen aus Versicherungsverträgen müssen, nachdem der Beschluss betreffend die Anpassung der Renten an die Preisentwicklung gemäss Artikel 36 Absätze 2 und 3 gefasst wurde, bei Vorsorgewerken, die an Sammelstiftungen angeschlossen sind, den Sparguthaben der Versicherten gutgeschrieben werden, ausser wenn die Vorsorgekommission des Vorsorgewerkes ausdrücklich einen anders lautenden Beschluss fasst und ihn der Sammelstiftung mitteilt.

Abs. 2

Bei anderen Vorsorgeeinrichtungen gilt Absatz 1 sinngemäss, wobei das paritätisch zusammengesetzte Organ den anders lautenden ausdrücklichen Beschluss der Versicherungseinrichtung mitteilt.

Art. 68a

Proposition de la commission

Titre

Participation aux excédents résultant des contrats d'assurance

Al. 1

Les excédents résultant des contrats d'assurance, une fois la décision d'adapter les rentes au renchérissement prise conformément à l'article 36 alinéas 2 et 3, sont crédités au capital-épargne des assurés, à moins que la commission de

prévoyance des caisses de pensions affiliées à une fondation collective n'en décide autrement et qu'elle communique cette décision à la fondation collective.

Al. 2

L'alinéa 1er s'applique par analogie aux autres institutions de prévoyance; l'organe paritaire de celles-ci transmet à l'institution d'assurance une éventuelle décision formelle contraire.

Angenommen – Adopté

Art. 79b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Bortoluzzi

Abs. 3

.... Vorsorge zurückgezogen werden. Wurden Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, dürfen freiwillige Einkäufe erst vorgenommen werden, wenn die Vorbezüge zurückbezahlt sind.

Art. 79b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Bortoluzzi

Al. 3

.... d'un délai de trois ans. Lorsque des versements anticipés ont été accordés pour l'encouragement à la propriété, des rachats facultatifs ne peuvent être effectués que lorsque ces versements anticipés ont été remboursés.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Hier geht es nochmals um einen Zusatz aus der Kommission, den ich als Präsident zu vertreten habe, weil auch hier etwas vergessen ging. Ich möchte Ihnen beantragen, diesem Absatz 3 in Artikel 79b, diesem Zusatz, Ihre Zustimmung zu geben. Es geht wiederum um die Bekämpfung von Missbräuchen in der beruflichen Vorsorge, wenn sich also z. B. jemand kurz vor der Pensionierung mit einem sehr hohen Betrag einkauft, dadurch sein steuerbares Einkommen reduziert, kurze Zeit später in Pension geht und Altersleistungen in Kapitalform bezieht. Das ist natürlich eine Steuerbegünstigung, wie sie die berufliche Vorsorge eigentlich nicht zulassen sollte.

Als zweites Beispiel möchte ich Ihnen das folgende nennen: Der Vorsorgenehmer erhöht seine Hypothek um ein paar hunderttausend Franken und tätigt mit dem Geld einen Einkauf in die Vorsorgeeinrichtung. Ein halbes Jahr später nimmt er dieses Geld als Vorbezug für die Amortisation seiner Hypothek wieder heraus. Auch das ist natürlich eine Benutzung der Vorsorgeeinrichtung als Steuersparinstrument. Hier haben wir Verständnis für das Anliegen der Steuerverwaltung, denn es kann nicht angehen, dass mit dem Instrument der beruflichen Vorsorge einfach steuerliche Verpflichtungen umgangen werden.

Wir bitten Sie, diesem Zusatz, den wir Ihnen beantragen, zuzustimmen.

Abs. 3 – Al. 3

Angenommen gemäss Antrag Bortoluzzi

Adopté selon la proposition Bortoluzzi

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 86a Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 86a al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 97a*Antrag der Kommission*

Er erlässt Vorschriften über die Durchführung von Erhebungen und die Veröffentlichung von Informationen, die der Kontrolle über die Anwendung sowie der Evaluation über die Wirkung dieses Gesetzes dienen. Dabei sind insbesondere die Organisation und die Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen, die Leistungen und deren Empfänger sowie der Beitrag der beruflichen Vorsorge an die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung zu analysieren.

Art. 97a*Proposition de la commission*

Il édicte des prescriptions sur la mise en oeuvre de relevés et sur la publication des informations servant au contrôle de l'application et à l'analyse des effets de cette loi. Ces relevés et informations portent notamment sur l'organisation et les finances des institutions de prévoyance, sur les prestations et leurs bénéficiaires ainsi que sur la contribution de la prévoyance professionnelle au maintien du niveau de vie antérieur.

Angenommen – Adopté

Übergangsbestimmungen der Änderung vom**(1. BVG-Revision)****Dispositions transitoires de la modification du****(1ère révision LPP)****Bst. abis Abs. 2, 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Meyer Thérèse***Abs. 3**

Festhalten

(im Zusammenhang mit dem Konzept der Mehrheit bei Art. 8)

Let. abis al. 2, 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Meyer Thérèse***Al. 3**

Maintenir

(lié au concept de la majorité à l'art. 8)

Le président (Christen Yves, président): La proposition Meyer Thérèse est caduque.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Bst. bbis*Antrag Dupraz***Titel**

bbis. Übergangsordnung für den Ansatz der Altersgutschriften

Text

Der Bundesrat passt den Ansatz der Altersgutschriften für die Versicherten der Eintrittsgeneration an, indem er bis zum Inkrafttreten dieser Revision von den vier Ansatzstufen auf den Einheitssatz gemäss Artikel 16 übergeht.

Let. bbis*Proposition Dupraz***Titre**

bbis. Régime transitoire pour le taux des bonifications de vieillesse

Texte

Le Conseil fédéral adapte le taux des bonifications de vieillesse pour les assurés de la génération d'entrée, s'agissant du passage des quatre échelles des taux applicables jus-

qu'à l'entrée en vigueur de la présente révision au taux unique de l'article 16.

Le président (Christen Yves, président): La proposition Dupraz est caduque suite au vote à l'article 16.

Bst. e, g*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Let. e, g*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Änderung weiterer Erlasse**Modification d'autres actes législatifs****Ziff. 1 Art. 89bis Abs. 6***Antrag der Kommission*

Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge: Artikel 1 (Definition und Grundsätze der beruflichen Vorsorge sowie der versicherbare Lohn), Artikel 13a Absatz 8 (zusätzliche Einkäufe für den Vorbezug der Altersleistung), Artikel 20a (Begünstigte für die Hinterlassenenleistungen), Artikel 36 Absätze 2 und 3 (Anpassung der reglementarischen Leistungen an die Preisentwicklung), Artikel 41 (Verjährung von Ansprüchen und Aufbewahrung von Vorsorgeunterlagen), Artikel 52 (Verantwortlichkeit), Artikel 53 (Kontrolle), Artikel 53a1 (Interessenkonflikte), die Artikel 53a bis 53c (Teil- oder Gesamtliquidation), Artikel 53d (Auflösung von Verträgen), die Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe c und Absätze 2 bis 5, 56a, 57 und 59 (Sicherheitsfonds), die Artikel 61, 62 und 64 (Aufsicht), Artikel 63a (Gebühren), die Artikel 65 Absätze 1 und 3, 66 Absatz 3, 67 und 69 (finanzielle Sicherheit), Artikel 65a (Transparenz), Artikel 68 Absätze 3 und 4 (Versicherungsverträge zwischen Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungseinrichtungen), Artikel 71 (Vermögensverwaltung), die Artikel 73 und 74 (Rechtspflege), die Artikel 75 bis 79 (Strafbestimmungen) sowie Artikel 86a (Information der Versicherten).

Ch. 1 art. 89bis al. 6*Proposition de la commission*

Les fondations de prévoyance en faveur du personnel, dont l'activité s'étend au domaine de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité sont en outre régies par les dispositions suivantes de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité: article 1er (définition et principes de la prévoyance professionnelle et salaire ou revenu assuré), article 13a alinéa 8 (versements supplémentaires pour la retraite anticipée), article 20a (bénéficiaires de prestations de survivants), article 36 alinéas 2 et 3 (adaptation à l'évolution des prix des prestations réglementaires), article 41 (prescription des droits et conservation des pièces), article 52 (responsabilité), article 53 (contrôle), article 53a1 (conflits d'intérêt), articles 53a à 53c (liquidation partielle ou totale), article 53d (résiliation de contrats), articles 56 alinéa 1er lettre c et alinéas 2 à 5, 56a, 57 et 59 (fonds de garantie), articles 61, 62 et 64 (surveillance), article 63a (émoluments), articles 65 alinéas 1er et 3, 66 alinéa 3, 67 et 69 (sécurité financière), article 65a (transparence), article 68 alinéas 3 et 4 (contrats d'assurance entre institutions de prévoyance et institutions d'assurance), article 71 (administration de la fortune), articles 73 et 74 (contentieux), articles 75 à 79 (dispositions pénales) et article 86a (information des assurés).

Angenommen – Adopté

Ziff. 4 Art. 4 Abs. 1 Bst. cbis*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 4 art. 4 al. 1 let. cbis*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. 6 Art. 6a***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Die Lebensversicherungsunternehmen, die das Geschäft der beruflichen Vorsorge betreiben, errichten für ihre Verpflichtungen im Rahmen der beruflichen Vorsorge einen eigenen Sicherungsfonds.

Abs. 2

Sie haben für die berufliche Vorsorge eine getrennte jährliche Betriebsrechnung zu führen. Diese weist insbesondere aus:

- a. die allfällige Entnahme aus der Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung;
- b. die Prämien, aufgeteilt in Spar-, Risiko- und Kostenprämien;
- c. die Leistungen;
- d. allfällige, den Versicherungsnehmern im Vorjahr verbindlich zugeteilte, im Berichtsjahr ausgeschüttete Überschussanteile;
- e. die Kapitalerträge sowie die nicht realisierten Gewinne und Verluste auf Kapitalanlagen;
- f. die Kosten und Erträge der eingesetzten derivativen Finanzinstrumente;
- g. die nachgewiesenen Abschluss- und Verwaltungskosten;
- h. die nachgewiesenen Kosten der Vermögensverwaltung;
- i. die Prämien und Leistungen aus der Rückversicherung von Invaliditäts-, Sterblichkeits- und anderen Risiken;
- j. die Bildung und Auflösung nachgewiesener technischer Rückstellungen und nachgewiesener zweckgebundener Schwankungsreserven.

Abs. 3

Der Bundesrat erlässt Vorschriften über:

- a. die Art und Weise, wie die Informationen, die aus der Betriebsrechnung hervorgehen müssen, auszuweisen sind;
- b. die Grundlagen der Ermittlung der Überschussbeteiligung;
- c. die Grundsätze der Verteilung der ermittelten Überschussbeteiligung.

Abs. 4

Die ausgewiesene Überschussbeteiligung beträgt mindestens 90 Prozent der unter Absatz 3 Buchstabe b ermittelten Überschussbeteiligung.

Abs. 5

Die ausgewiesene Überschussbeteiligung wird an die Vorgesorgeeinrichtungen weitergegeben.

Abs. 6

Weist die Betriebsrechnung einen Verlust aus, darf für das betreffende Geschäftsjahr keine Überschussbeteiligung ausgerichtet werden. Der ausgewiesene Verlust ist auf das Folgejahr zu übertragen und dann zumal für die Ermittlung der Überschussbeteiligung zu berücksichtigen.

*Antrag Walker Felix**Abs. 4*

Die weiterzugebende Überschussbeteiligung beträgt mindestens 90 Prozent des unter Absatz 3 Buchstabe b ermittelten Überschusses.

Abs. 5

Die weiterzugebende Überschussbeteiligung wird an

Ch. 6 art. 6a*Proposition de la commission**Al. 1*

Les entreprises d'assurance-vie exerçant une activité dans le domaine de la prévoyance professionnelle sont tenues de

créer un fonds de sûreté en vue d'assurer la couverture de leurs engagements.

Al. 2

En ce qui concerne leur activité dans le domaine de la prévoyance professionnelle, elles doivent tenir une comptabilité séparée pour cette dernière. Celle-ci concerne notamment:

- a. les éventuels prélèvements de la provision pour la future participation aux excédents;
- b. les primes, réparties en fonction de l'épargne, des risques et des coûts;
- c. les prestations;
- d. les éventuelles parts d'excédents attribuées définitivement aux preneurs d'assurance, fondées sur l'exercice précédant mais concernant l'exercice en cours;
- e. les rendements du capital, y compris les gains non réalisés ou les pertes provenant de placements en capitaux;
- f. les frais et les rendements liés à l'utilisation des instruments financiers dérivés;
- g. les frais d'acquisition et d'administration vérifiés;
- h. les frais liés à la gestion d'actifs vérifiés;
- i. les primes et les prestations émanant de la réassurance de risques liés à l'invalidité, à la mortalité et autres;
- j. la création et la dissolution des provisions techniques vérifiées et des réserves de fluctuations liées et vérifiées.

Al. 3

Le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant:

- a. la manière dont sont transmises les informations émanant de la comptabilité séparée;
- b. les bases du calcul de la participation aux excédents;
- c. le principe de la répartition de la participation aux excédents calculée.

Al. 4

La participation aux excédents effective doit représenter au moins 90 pour cent de la participation aux excédents déterminée à l'alinéa 3 lettre b.

Al. 5

Celle-ci sera transmise aux institutions de prévoyance.

Al. 6

Dans l'hypothèse où la comptabilité révèle une perte, aucune participation aux excédents ne doit être attribuée durant l'exercice comptable concerné. La perte attestée doit être reportée sur l'année suivante et ainsi sera prise en compte dans le calcul de la participation aux excédents de l'année en cause.

*Proposition Walker Felix**Al. 4*

La participation aux excédents à rétrocéder doit représenter au moins 90 pour cent de la participation aux excédents déterminée dans l'alinéa 3 lettre b.

Al. 5

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Walker Felix (C, SG): Sie haben richtig gelesen: Der Antrag, den ich stelle, ist eine rein formelle Angelegenheit. Er hat also keine materiellen Auswirkungen.

Sie erinnern sich, dass wir in Zusammenhang mit diesem Geschäft ein Problem besonderer Art hatten, das uns zu Recht viel Zeit weggenommen hat. Dieses Problem ist die Frage der Transparenz. Ich kann Ihnen bestätigen, dass sich Ihre Kommission sehr bemüht hat, in diesem Artikel 6a jene Dinge, die zu präzisieren sind, auch darzulegen. Aber was die beiden Alineae 4 und 5 betrifft, so bin ich der Meinung, dass man noch eine Präzisierung machen sollte, nämlich folgende: Im Antrag der Kommission steht die Formulierung «Die ausgewiesene Überschussbeteiligung beträgt». Das ist ein betriebswirtschaftlich korrekter Begriff, aber er sagt nicht genau das, was man sagen müsste, damit man nachher im Gesetz möglichst wenig Interpretationsspielraum hat. Ich beantrage deshalb, dass man in den Absätzen 4 und 5 die beiden Wörter «ausgewiesene Überschussbeteiligung» durch «weiterzugebende Überschussbeteiligung» ersetzt. So weit der formelle Antrag.

Ich habe allerdings noch zwei Bemerkungen materieller Art. Es steht in Absatz 4, die Überschussbeteiligung solle mindestens 90 Prozent betragen. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass die Kommission hier den Mindestsatz angegeben hat. Es kommt dazu, dass er in etwa der Praxis entspricht. Aber wir sollten bedenken, dass wir eigentlich ein Interesse daran haben, dass der Spielraum für den Wettbewerb nicht allzu stark eingeengt wird. In diesem Sinne ist zu fragen, ob der Ständerat nicht ein paar Überlegungen dazu machen sollte, diesen Spielraum eben allenfalls zu erhöhen, d. h., die 90 Prozent zu reduzieren.

Eine zweite Bemerkung: Verdankenswerterweise hat das zuständige Bundesamt bereits Grundlagen für die Verordnung erarbeitet. Dort steht, dass nicht realisierte Gewinne auf Kapitalanlagen zu den Erträgen gehören. Jedermann weiss, dass Versicherungsgesellschaften naturgemäss grosse Wertschriftenportefeuilles halten müssen und dass sie automatisch den Börsenschwankungen ausgesetzt sind. Ich denke, dass man hier auch diese Frage nochmals überlegen muss. Ich bin damit einverstanden, dass realisierte Gewinne und Verluste auf Kapitalanlagen zu den Erträgen gehören. Aber dass nicht realisierte Gewinne und Verluste dazu gehören, scheint mir nicht sehr zweckmässig.

Müller Erich (R, ZH): Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag Walker Felix. Er formuliert den Willen der Kommission klarer und eindeutiger. Wir bitten Sie, dieser redaktionellen Änderung zuzustimmen.

Bezüglich der Definition des Überschusses erwarten wir, dass der Bundesrat eine klare Verordnung erlässt. Dabei gehen wir mit dem Antragsteller völlig einig, dass nicht realisierte Buchgewinne oder -verluste nicht zur Berechnung des Überschusses herangezogen werden können. Ich brauche Ihnen nicht lange zu erklären, zu welchen enormen Problemen anders lautende Regelungen für die Versicherten geführt hätten, wenn sie schon in den letzten fünf Jahren bestanden hätten. Vor allem wäre die langfristige Sicherheit der Renten arg beeinträchtigt worden. Was die FDP jedoch verlangt, ist die Gewährleistung umfassender Transparenz der Betriebsrechnung durch die Versicherungen.

Ich bitte Sie, dem Antrag Walker Felix zuzustimmen.

Kaufmann Hans (V, ZH): Meine Kollegen Walker und Müller haben bereits einige Bemerkungen angebracht, die ich auch gerne vorgetragen hätte. Ich bin froh, dass Kollege Walker diese offensichtliche Fehlformulierung korrigieren will, und wir unterstützen diesen Antrag.

Als Pensionskassenpraktiker muss ich allerdings auch sagen, dass mich die Regelung der Überschussverteilung doch etwas wundert. 90 Prozent der Überschüsse sollen verteilt werden, Verluste hingegen auf das Folgejahr vorgetragen werden. Das heisst doch: Versicherte, die die Kasse verlassen, nehmen die Gewinne mit, die Verluste hinterlassen sie den Verbliebenen. Es sollen offensichtlich auch Gewinne verteilt werden, die nicht realisiert wurden und die teilweise künstlich sind. Es geht ja nicht nur um die Aktien, die erwähnt wurden; das gleiche Problem haben wir bei den Liegenschaften und bei den Beteiligungen an privaten Unternehmen. Was diese Aktiven wert sind, weiss man ja erst, wenn man sie verkauft hat.

Ich bin der Meinung, dass man sachlich nicht einen generellen Ausschüttungssatz festlegen kann. Die Ausschüttungsquote hängt nämlich nicht nur vom Überschuss, sondern auch von den Risiken der Anlagen und den vorhandenen Schwankungsreserven ab. Deshalb ist es meines Erachtens für den Ständerat tatsächlich lohnend, diese Frage noch zu vertiefen.

Die Festlegung eines 90-prozentigen Satzes ist aber meiner Meinung nach auch ordnungspolitisch nicht sehr sinnvoll. Wir sollten doch den Wettbewerb, den wir mit mehr Transparenz fördern wollen, nicht sogleich wieder mit Einschränkungen reduzieren.

Ich bin der Meinung, dass wir diesem Antrag zustimmen sollten.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Herr Kaufmann, ich denke, der Vorteil der jetzigen Lösung liegt darin, dass wir zum ersten Mal überhaupt dafür sorgen, dass Schwankungsreserven, die in einem definierten Verhältnis zur Risikoexposition einer Vorsorgeeinrichtung stehen, gebildet und vom Bundesrat beaufsichtigt werden. Sie haben selbstverständlich Recht, dass wir bei der Weitergabe von Buchgewinnen vorsichtig sein müssen. Ich glaube, wir haben hier alle Vorkehrungen auf der gesetzlichen Ebene getroffen, damit die Verwaltung die Bandbreite je nach Struktur des Portefeuilles einer Pensionskasse definieren kann; sie kann definieren, wann etwas weiterzugeben ist und wie gross die «Polster» sein müssen. Ich glaube, es ist hier nicht der Platz, rein technisch Lösungen zu diskutieren, die in die Verordnung gehören. Wir kennen solche Entwürfe bei der Verordnung, und ich bin auch sehr froh darüber, dass jetzt von Herbert Lüthy, dem neuen Vorsteher des Bundesamtes für Privatversicherungen, der hier ist, eine Lösung vorgelegt wurde, die den Verteilungskampf zwischen Versicherungen und Destinatären klärt. Er wird in der Weise geklärt, dass man sagt, dass mindestens 90 Prozent der Überschüsse an die Versicherten gehen. Das schafft Vertrauen! Bezüglich der 10 Prozent, die die Versicherung nehmen darf – aber nicht nehmen muss –, bin ich mit Ihnen einverstanden: Dort besteht Wettbewerb, dort soll er auch spielen. Aber diese 10 Prozent sind nach oben begrenzt, und das wird in Zukunft Vertrauen schaffen.

Etwas noch viel Wichtigeres ist jetzt vorgesehen, das noch mehr Vertrauen schafft, nämlich die Separierung des Dekontokapitals vom Eigenkapital der Lebensversicherung. Wir haben eine wasserdichte Trennung zwischen dem Vermögen mit allen Reserven, das den Versicherten zukommt, und dem Anteil, der dort für Verwaltungskosten und für Manager entnommen wird: Das muss ausgewiesen werden. Was ex ante nicht deklariert wird, darf nicht einfach in irgendeiner Weise – wie das getan worden ist – noch einmal angeeignet werden.

Ich glaube, wir haben jetzt einen ganz grossen Schritt gemacht. Wir haben eine grosse Verbesserung erreicht, die auch den Streit um den Mindestzins entschärfen wird. Der Streit wird in dem Sinne entschärft werden, dass die Versicherten wissen, dass die Überschüsse, die ihnen im laufenden Jahr nicht gutgeschrieben werden, dann im nächsten Jahr kommen werden, weil das Ganze nicht mehr enteignet werden kann. Denn wir haben jetzt einen geschlossenen Topf. Damit erübrigt sich auch der Streit um die Buchgewinne. Die Buchgewinne kann man stehen lassen oder ausschütten. Es ist nur noch eine Frage des Zeitpunktes. Es ist nicht mehr möglich, dass sich Versicherungsmanager derart bereichern, wie das in der Vergangenheit missbräuchlich und ungetreu vorgekommen ist.

Ich glaube, die Kommission und die Verwaltung haben hier eine sehr, sehr gute Lösung gefunden! Wir können das jetzt so laufen lassen, wie es beantragt worden ist.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Artikel 65a BVG ist der eigentliche neue Transparenzartikel: Er verpflichtet die Vorsorgeeinrichtungen zur Beachtung des Grundsatzes der Transparenz bei der Regelung ihres Beitragssystems, ihrer Finanzierung der Kapitalanlagen und bei der Rechnungslegung. Die geforderte Transparenz gilt auch explizit für die Versicherungsgesellschaften gegenüber den Versicherten, denn die Versicherer sind verpflichtet, den Sammeleinrichtungen die für die Erfüllung ihrer Informationspflichten notwendigen Angaben zu liefern sowie eine jährliche und nachvollziehbare Abrechnung über die Überschussbeteiligung und eine Aufstellung der Verwaltungskosten weiterzugeben. Das haben wir dann in Artikel 68 Absätze 3 und 4 geregelt. Die Sammeleinrichtungen ihrerseits werden verpflichtet, die geforderten Informationen den angeschlossenen Vorsorgewerken zu liefern. Das war unbestritten.

Unbestritten war auch, dass die Information der Versicherten markant verbessert wird, weil sie gemäss Artikel 86a Absatz 3 die Möglichkeit haben, Angaben über den Kapital-

ertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservenbildung sowie den Deckungsgrad zu verlangen, und das können sie auch gegenüber den Versicherungsgesellschaften tun.

Hier hat damals der Nationalrat seine Aktivität beendet, und der Ständerat hat logischer- und sinnvollerweise gesagt: «Wenn das so ist, dann muss man auch Änderungen im Bundesgesetz über die direkte Lebensversicherung machen.» Er hat deshalb in diesem zusätzlichen Artikel 6a besondere Bestimmungen über die berufliche Vorsorge erlassen.

Jetzt haben wir in der Beratung gesehen, dass diese Zusammenstellung mehr Fragen aufwirft, und wir haben versucht, Antworten zu finden. Wenn Sie jetzt aber Artikel 6a betrachten, dann sehen Sie, dass er sehr detailliert ist und dass er an und für sich Verordnungscharakter hat. Er wurde so, wie er ist, mit 22 zu 0 Stimmen verabschiedet, aber mit dem klaren Auftrag an den Ständerat, hier noch einmal über die Bücher zu gehen. Die 90 Prozent, die hier festgehalten sind, sind einerseits Praxis; auf der andern Seite werden sie in der EU-Richtlinie aufgeführt werden. Wir waren uns aber in der Kommission einig, dass es auch 85 Prozent sein könnten. Wir sind aber überzeugt: Wenn man diese Transparenz, die ich vorher beschrieben habe, beachtet, dann spielt das eine untergeordnete Rolle, weil man ja jederzeit nachvollziehen kann, aus welchen Bestandteilen die Rechnung zusammengesetzt ist. Wir waren uns auch einig, die Versicherungsbranche nicht schädigen zu wollen. Diese Branche soll und muss Gewinn machen können, denn es ist ein Business. Aber es muss offen gelegt werden, wie er zustande kommt, wie er den Versicherten zurückgegeben wird und wie damit verfahren wird.

Ich kann Ihnen deshalb mit gutem Gewissen im Namen der Kommission sagen, dass der Antrag Walker Felix sicher anzunehmen ist, weil wir dem Ständerat ja den Auftrag geben, hier Präzisierungen zu machen, möglichst auch im Sinn unserer Kommission, aber dass Verbesserungen auch möglich sein können.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Les institutions d'assurance actives dans la prévoyance professionnelle et qui gèrent des institutions collectives sont soumises au droit privé. Dans le but de renforcer le principe de la transparence, il est donc nécessaire d'adopter aussi à ce niveau du droit privé des normes garantissant une gestion transparente. C'est ce qu'a fait le Conseil des Etats à l'article 6a de la loi fédérale sur l'assurance directe sur la vie.

La commission, poursuivant la réflexion sur la solution du Conseil des Etats, a élaboré un texte encore plus détaillé. Le

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Walker Felix 137 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

02.3639

Motion SGK-SR (01.015). Begrenzung des Anstiegs der Invalidisierungsquote

Motion CSSS-CE (01.015). Limitation de l'augmentation du taux d'invalidité

Einreichungsdatum 04.11.02

Date de dépôt 04.11.02

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02

Bericht SGK-NR 08.04.03

Rapport CSSS-CN 08.04.03

Nationalrat/Conseil national 06.05.03

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Die Motion des Ständerates mit dem Titel «Begrenzung des Anstiegs der Invalidisierungsquote» verlangt vom Bundesrat im Falle eines weiteren Anstiegs der Invalidisierungsquote die Ausarbeitung einer IVG-Revisionsvorlage mit zusätzlichen Massnahmen bis Ende 2006. Zudem soll der Bundesrat den eidgenössischen Räten bis zum genannten Datum über die Wirksamkeit der im Rahmen der 4. IVG-Revision getroffenen Massnahmen Bericht erstatten.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 12 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen, diese Motion abzulehnen und an deren Stelle eine eigene Motion der Kommission gutzuheissen (die Motion 03.3011 wurde bereits überwiesen), nämlich dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten innert vier Jahren nach Inkraftsetzung der 4. IVG-Revision einen Evaluationsbericht mit Vorschlägen für allenfalls nötige Massnahmen zur Begrenzung des Anstiegs der Invalidisierungsquote vorlegen soll.

Die wesentlichen Motive dieser Mehrheit finden Sie im schriftlichen Bericht. Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass es wichtig ist, die Auswirkungen der 4. IVG-Revision im Auge zu behalten, dass es wichtig ist, die Auswirkungen auch zu evaluieren, aber dass der vom Ständerat vorgeschlagene Zeitrahmen völlig unrealistisch ist.

Ziff. 1 Art. 78ter
Antrag der Kommission
 Festhalten

Ch. 1 art. 78ter
Proposition de la commission
 Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 7 Art. 17a
Antrag der Mehrheit
 Festhalten

Antrag der Minderheit
 (Jenny, Cottier, Forster)
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7 art. 17a
Proposition de la majorité
 Maintenir

Proposition de la minorité
 (Jenny, Cottier, Forster)
 Adhérer à la décision du Co

Angenommen gemäss Antr.
Adopté selon la proposition

Ziff. 12 Art. 2
Antrag der Kommission
 Festhalten

Ch. 12 art. 2
Proposition de la commissio
 Maintenir

Frick Bruno (C, SZ), für die
 auch beim Finanzierungsbe-

Angenommen – Adopté

Frick Bruno (C, SZ), für die
 nun, da wir am Ende der V
 meinen einleitenden persö
 meinen Ärger über das Nic
 Frau Spoerry und ich haben, wie ich im Nachhinein festge-
 stellt habe, nicht vom gleichen Zeitpunkt gesprochen. Zum
 Zeitpunkt, als die ganze Pressepolemik bereits durchs Land
 ging und am fraglichen Freitag die Presse bereits über alle
 Unterlagen verfügte und wir seitens der Presse ständig mit
 Anfragen konfrontiert wurden, hatten wir noch keine Unterla-
 gen. Da musste ich mir als getarnter Journalist die Unterla-
 gen besorgen. Darüber habe ich mich aufgeregt und tue es
 heute noch. Wir haben die Unterlagen nämlich erst drei, vier
 Tage nach den Medien erhalten, als der Gang auf die St. Pe-
 tersinsel bereits Vergangenheit war. Da waren die Unterla-
 gen bereits kalter Kaffee. Wir trinken wieder Kaffee zusam-
 men, Herr Bundespräsident, aber einen warmen.

00.027

BVG. 1. Revision **LPP. 1ère révision**

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)
 Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)
 Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)
 Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)
 Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Differenzen – Divergences)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlasse- nen- und Invalidenvorsorge **Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle**

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

.... das 17. Altersjahr überschritten haben und bei einem Ar-
 beitgeber einen Jahreslohn von mehr als 18 990 Franken
 beziehen

Antrag der Minderheit

(Forster, Jenny, Reimann)
 Streichen (= gemäss geltendem Recht)

Art. 2 al. 1

Proposition de la majorité

.... supérieur à 18 990 francs

Proposition de la minorité

(Forster, Jenny, Reimann)
 Biffer (= selon le droit en vigueur)

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est vraiment le
 point central de ces divergences, qui comprend, au-delà de
 l'article 2, toute une série d'articles qui seront concernés par
 le choix du système qu'il faut faire. Je crois que, pour bien
 comprendre la problématique, il faut rappeler quelques no-
 tions et les étapes précédentes.
 Tout d'abord, s'agissant des notions, le montant de la rente
 vieillesse est déterminé par deux principaux facteurs, à sa-

voir l'avoir de vieillesse et le taux de conversion, qu'on a déjà évoqué dans cette salle ce matin, soit le pourcentage qui permet de convertir le capital de l'avoir de vieillesse en une rente annuelle selon la durée de vie probable. L'avoir de vieillesse est constitué par les cotisations payées, des bonifications, et par l'intérêt calculé sur ces cotisations, soit le fameux intérêt minimal dont nous ne parlerons par contre pas ce matin en principe. Plus l'avoir de vieillesse est élevé, plus les rentes sont susceptibles d'être élevées. Quant au taux de conversion, plus il est bas, plus basses aussi sont les rentes.

Aujourd'hui et avant les décisions que nous allons prendre, notre Conseil et le Conseil national sont d'accord pour réduire le taux de conversion de 7,2 pour cent, qui est le taux actuel, à 6,8 pour cent, et ce en l'espace de dix ans. Pour éviter que cette réduction entraîne une réduction importante des rentes, il faut donc augmenter l'avoir de vieillesse. Et indépendamment de la question du taux minimal, il y a deux directions envisageables pour augmenter l'avoir de vieillesse. On peut agir sur le salaire et, par exemple, étendre la base de salaire qui doit obligatoirement être assurée. On peut aussi agir sur les bonifications de vieillesse. En les augmentant, on augmente aussi ce qui doit être versé et, par conséquent, on augmente cet avoir de vieillesse. C'est dans le choix entre ces deux directions que résident les divergences entre le Conseil national et notre Conseil.

Dans les décisions qu'il a prises, le Conseil national a privilégié la première direction, à savoir l'extension du salaire qui doit être assuré. Tel n'a pas été le choix de notre Conseil qui, lors de la session d'hiver de l'année passée, a préféré une augmentation des bonifications de vieillesse.

Aujourd'hui, la majorité de la commission vous invite à renoncer à poursuivre dans cette direction d'augmentation des bonifications de vieillesse et à rechercher un compromis dans la voie choisie par le Conseil national. Le principal motif de ce changement de direction est la volonté de ne pas pénaliser les travailleurs et travailleuses plus âgés, à savoir ceux qui ont plus de 45 ans. Je constate que dans ce Conseil, dans la mesure où je suis le plus jeune et que j'ai 45 ans, nous sommes tous des travailleurs et des travailleuses âgés. En effet, si nous continuions à axer nos efforts sur les bonifications de vieillesse, cela signifierait qu'à partir de 45 ans, les bonifications de vieillesse passeraient subitement de 11 à 18 pour cent, soit une hausse de 63 pour cent. Vous pouvez apprécier cette hausse à l'article 16 du projet qui est devant vous.

Pour la majorité de la commission, une telle pénalisation dès l'âge de 45 ans pourrait compromettre les possibilités de travail des personnes qui ont plus de 45 ans, alors qu'il faut au contraire favoriser la poursuite de leur activité professionnelle. La majorité de la commission s'attache ainsi plutôt à élargir la base de salaire. Toutefois, elle ne reprend pas la position défendue par le Conseil national. Il faut donc maintenant évoquer les différences.

Le Conseil national reste attaché à l'idée de fixer un salaire d'entrée dans l'assurance qui soit plus bas qu'actuellement, avec une déduction de coordination qui ne serait pas fixe, mais arrêtée en pour cent du salaire AVS, et avec un gel de tous les paramètres pour que le résultat puisse être atteint sur plusieurs années. D'après les évaluations, le temps nécessaire pour qu'on arrive avec le montant de coordination à hauteur du salaire d'entrée est estimé entre dix et vingt ans compte tenu de l'augmentation des prix et des salaires. Le coût de l'opération est assez avantageux dans les premières années, mais il est plutôt lourd dans les années suivantes. Sur l'ensemble de la période, le coût est estimé à un peu plus de 600 millions de francs.

La solution proposée aujourd'hui par la majorité de notre commission est celle que proposait la majorité de la commission du Conseil national. A ce titre, elle peut déjà être considérée comme une solution de compromis.

En quoi consiste cette solution? Elle prévoit d'abord un abaissement du salaire d'entrée de 25 320 à 18 990 francs – c'est ce que vous trouvez à l'article 2. Ensuite, elle étend vers le bas le salaire coordonné, soit le salaire assuré, qui

est arrêté à 22 155 francs. Concrètement, que signifie cette proposition? Elle signifie d'abord qu'environ 100 000 personnes de plus peuvent être assurées. On a cité le chiffre de 180 000, mais c'était sans tenir compte des éventuelles dispositions plus favorables de certaines caisses. D'après les estimations de l'administration, ce sont bien 100 000 nouvelles personnes qui seraient assurées et, parmi ces 100 000 nouvelles personnes, une très grande majorité de femmes. On étend donc la couverture d'assurance d'une manière sensible.

De plus, on étend cette couverture d'assurance immédiatement et non pas après dix ou vingt ans, comme le propose la solution du Conseil national. On prévoit cette extension de la couverture d'assurance immédiatement d'une manière relativement compréhensible, alors que la solution du Conseil national, c'est le moins que l'on puisse dire, est passablement compliquée.

Enfin, cette solution a un coût identique à la solution que notre Conseil avait adoptée à la fin de l'année passée, un coût de l'ordre de 300 millions de francs, donc qui est aussi inférieur à celui de la solution du Conseil national.

Ce sont tous ces avantages qui, finalement, ont conduit la majorité de la commission à choisir cette option plutôt que celle, complexe et finalement assez bloquante à long terme, qu'avait choisie le Conseil national.

C'est pour cette raison que nous vous invitons à y adhérer.

Forster-Vannini Erika (R, SG): Ich vertrete die Minderheit. Wir wollen in allen Artikeln, also auch in den Artikeln 7, 8, 9, auch 16 usw., beim geltenden Recht bleiben: Es handelt sich also um ein Konzept.

Nach den letzten Kommissionssitzungen habe ich die Zahlen des BSV, die uns an der Kommissionssitzung zur Verfügung gestellt wurden, noch einmal geprüft. Ich möchte mich auch hier beim Sprecher entschuldigen, dass ich meine Bedenken erst heute einbringe, aber es war mir vorher einfach nicht möglich. Dabei komme ich zum Schluss, dass die Annahmen des BSV, wie sie uns in der Kommission zur Verfügung standen, zu optimistisch sind. Lassen Sie mich das kurz erläutern:

Das BSV rechnet im Falle der Annahme des Mehrheitsantrags mit Mehrkosten von rund 305 Millionen Franken. Diese setzen sich wie folgt zusammen: 550 Millionen Franken werden für die Erhöhung des koordinierten Lohnes gerechnet, 45 Millionen für diverse Anpassungen wie Witwerrenten unter anderem. Davon abzuziehen sind – immer gemäss BSV – 290 Millionen Franken, welche sich aus der Aufhebung der Sondermassnahmen gemäss Artikel 70 BVG ergeben.

Alle diese Zahlen halten, nach meiner Ansicht, einer Plausibilitätsrechnung aus Sicht der Praxis nicht stand. So sind die zusätzlichen 550 Millionen Franken für die Aufwendungen zufolge des erhöhten koordinierten Lohnes zu tief angesetzt. Auch das BSV anerkennt, dass die maximalen Kosten 1,25 Milliarden Franken betragen können, reduziert diesen Betrag allerdings aufgrund der Annahme, dass der Koordinationsabzug für 1,7 Millionen Versicherte schon heute tiefer ist. Meine Rückfragen – und ich habe mich mit den verschiedensten Pensionskassen in Verbindung gesetzt – ergaben, dass im Unterschied zu den Annahmen des BSV schätzungsweise 80 bis 90 Prozent der Pensionskassenreglemente nicht einen reduzierten, sondern den maximalen Koordinationsabzug vorsehen.

Es mag sein – das gebe ich hier gerne zu –, dass die autonomen Kassen der grossen Firmen, und darauf stützt sich wahrscheinlich das BSV vor allem ab, tiefere Koordinationsabzüge kennen.

Selbst wenn dem so ist, steht für mich fest, dass bei diesem wichtigen Punkt mit weit höheren Kosten zu rechnen ist. Eines aber ist sicher: Die Mehrbelastungen werden die Firmen und Mitarbeitenden sehr unterschiedlich treffen – das ist eben mein Problem.

Die zweite Unsicherheit betreffend Mehrkosten liegt in meinen Augen wiederum darin, dass das Ausmass, in dem die BVG-Sondermassnahmen gemäss Artikel 70 BVG wegfal-

len, zu optimistisch geschätzt wird. Es wird von insgesamt 290 Millionen Franken ausgegangen. Meine Rückfragen wiederum haben ergeben, dass dieses eine Prozent für Sondermassnahmen heute praktisch immer wegfällt oder anders in die Prämienberechnungen integriert wird. Der Betrag von 290 Millionen Franken ist deshalb mit Sicherheit zu optimistisch. Ich komme auf eine Zahl, die sich in der Grössenordnung von 500 Millionen Franken bewegt. Dann würden die Mehrkosten aber 800 Millionen Franken statt der versprochenen 305 Millionen Franken betragen. Man kann argumentieren, wie man will – den Beweis dafür, welche Zahlen richtig sind, kennen wir nicht. Eines ist aber sicher: Die Mehrkosten treffen die Beschäftigten und die Firmen sehr unterschiedlich. Von null bis 30 Prozent Mehrkosten ist alles möglich.

Die von der Änderung Betroffenen wären aber nicht diejenigen Versicherten, welche heute schon eine komfortable Lösung haben, sondern diejenigen, welche im Niedriglohnbereich oder in spezifischen Branchen tätig sind. Auf diese kommen aber nicht nur die Kosten für die Absenkung des Koordinationsabzuges zu, sondern auch die massiv steigenden Risikoprämien. Die Lebensversicherer sprechen von 20 Prozent oder mehr. Dazu kommen die Kosten für die Sanierung mancher Kassen, wobei neben den Firmen wiederum die meisten Versicherten zur Kasse gebeten werden dürften.

Kurzum, ich gehe davon aus, dass alle nötigen Massnahmen – zusammen mit der von der Mehrheit vorgeschlagenen Verbesserung – die Beiträge für Arbeitnehmende zum Teil um rund 20 bis 30 Prozent erhöhen werden. Dies ist im heutigen Umfeld vieler Schweizer Unternehmen unverantwortlich. Die Devise muss bei allen Sozialwerken lauten: Sichern, nicht erweitern. Der Konsum wird durch solches auch nicht angekurbelt – auch nicht langfristig.

Bei den Leistungsprimatkassen machen die vorgesehenen Änderungen natürlich kaum etwas aus. Damit kann ich wenigstens all jene trösten, welche beim Staat arbeiten. So viel jetzt einmal zu den finanziellen Kosten, über die ich mir wirklich ernsthaft Gedanken mache und die vor allem die kleinen und mittleren Betriebe treffen werden.

Es gibt noch viele andere Gründe, welche mich veranlassen, für die heutige Lösung einzustehen. Ich werde nur einige wenige nennen, denn ich gehe davon aus, dass Herr Jenny und vielleicht auch Herr Reimann auch noch etwas dazu sagen werden. Der Vorschlag der Mehrheit ist nicht nur teuer, er bringt dem einzelnen BVG-Versicherten auch wenig. Bedenken wir, es sind vor allem die Bezüger von tiefen Einkommen, welche bei hohen Kosten mit dieser Lösung im Alter weniger erhalten, als ihnen der finanzielle Aderlass im erwerbstätigen Alter wehtut. Denn die 3165 Franken versicherter Verdienst bringen bei einer 40-jährigen Beitragsdauer vom 25. bis zum 65. Altersjahr bei 3,25 Prozent technischer Verzinsung nur ein Kapital von rund 27 000 Franken oder rund 2000 Franken Rente pro Jahr.

Aus dieser Perspektive sticht für mich auch das Frauenargument nicht. Sehr viele teilzeiterwerbstätige Frauen hätten nur während einer kürzeren als einer 40-jährigen Beitragsdauer die Möglichkeit des Ansparens von Altersguthaben und würden die erwähnte Rente nicht einmal erreichen. Aber sehr viele Frauen sind dann, wenn sie arbeiten, für den täglichen Bedarf auf jeden Franken angewiesen.

Und noch etwas: All jene, die jetzt nach einer obligatorisch tieferen Schwelle rufen, möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Angestellten bereits heute freiwillig versichern lassen können. Wenn das flächendeckend gewünscht würde, hätte sich dies schon längst durchgesetzt. Wollen wir den Kleinlohnempfängern wirklich helfen, so sind andere Instrumente zu prüfen: z. B. eine negative Einkommenssteuer mit der Möglichkeit, im Rahmen der dritten Säule steuerlich hoch begünstigte Vorsorge zu treffen. Wenn wir etwas für die Teilzeitbeschäftigten tun wollen, so soll man ihnen also die dritte Säule mit einer stärkeren steuerlichen Begünstigung öffnen.

Es gäbe noch weit mehr Gründe, aber ich möchte Sie wirklich dringend bitten, in allen Punkten der Minderheit zu fol-

gen und nicht aus einem wie auch immer gearteten schlechten Gewissen oder Wohlwollen gegenüber den Tieflohnbranchen und Teilzeitarbeitenden, meist Frauen, aus meiner Sicht kontraproduktive Beschlüsse zu fassen.

Beerli Christine (R, BE): Das Problem, vor das wir gestellt sind, ist an sich relativ einfach, und die Möglichkeiten können gut gegeneinander abgewogen werden. Wir haben den Umwandlungssatz zu senken, bedingt dadurch, dass wir älter werden. Das ist an sich eine sehr begrüßenswerte Tatsache, aber sie hat einige Folgen, die eben auch Geld kosten. Dieser Senkung des Umwandlungssatzes kann man auf drei verschiedene Arten begegnen:

Wir können die Renten senken und das damit finanzieren. Das ist der Vorschlag, den Ihnen Frau Forster unterbreitet. Diese Rentensenkung wird rund 6 Prozent betragen. Ich denke, das ist keine Lösung, die wir so beschliessen sollten. Ich möchte die Renten nicht senken. Ich glaube, es wäre ein sehr schlechtes Signal, und es wäre auch in der Situation, in der wir uns befinden, unverantwortlich.

Dann können wir die Altersgutschriften erhöhen. Das ist der zweite Weg. Wir können also mehr Abgaben beschliessen. Das schlägt Ihnen der Bundesrat vor; Sie finden die entsprechende Tabelle in Artikel 16 auf der Fahne. Wenn wir die Altersgutschriften erhöhen, dann geschieht das gestaffelt, wie es schon heute gestaffelt geschieht, vor allem zulasten der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neu würde vor allem die Altersgruppe zwischen 45 und 55 mehr belastet. Diese Arbeitskräfte würden, das wäre die klare Folge dieses Entscheides, im Arbeitsmarkt teurer. Und schon heute – es geht Ihnen sicher gleich wie mir – hören wir immer wieder, dass wir mit diesem Entscheid falsche Signale gesetzt haben, dass wir dazu beigetragen haben, dass ältere Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt teurer sind, dass sich demzufolge viele Unternehmungen eher auf jüngere Arbeitnehmer konzentrieren, um die Kosten senken zu können, und dass wir damit im Prinzip «den Marktwert» der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtern.

Nun sind wir aber gleichzeitig gehalten, darüber nachzudenken, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu motivieren, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben, dies nicht einzig deshalb, weil das für die Finanzierung unserer Versicherungswerke notwendig ist, sondern auch deshalb, weil mit der Zeit Arbeitskräfte fehlen werden. Es ist so, dass immer mehr Leute ins Pensionsalter kommen und unten immer weniger junge Leute in den Arbeitsprozess eintreten. Wir werden in fünf bis zehn Jahren in der Schweiz also zu wenig Arbeitskräfte haben. Deshalb sind wir gehalten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu motivieren, länger im Arbeitsprozess zu bleiben, und auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu motivieren, diese Leute weiter anzustellen. Ich denke, dass es in einer solchen Situation falsch ist, die älteren Arbeitskräfte zu verteuern, indem wir die Altersgutschriften erhöhen.

Dann gibt es noch die dritte Möglichkeit, diese Absenkung des Umwandlungssatzes zu finanzieren, nämlich indem wir eben die Menge des versicherten Lohnes ausdehnen. Das ist genau das, was Ihnen hier der Nationalrat vorschlägt und worauf Ihre vorberatende Kommission eingestiegen ist. Wir denken, dass es die beste, die sozialverträglichste Art und Weise ist, um diese Kosten zu tragen, indem wir eben die Menge des versicherten Lohnes ausdehnen – mit den Vorschlägen, die wir Ihnen unterbreiten.

Einige Argumente, die im Raum stehen, stimmen schon. Die Verwaltung sagt uns, dass es rund 180 000 mehr Versicherte geben werde. Wobei – das muss man auch beachten – wahrscheinlich rund 80 000 Versicherte schon freiwillig versichert sind, sodass einzig 100 000 Versicherte neu in den Prozess eintreten werden. Das hat Vorteile. Es sind viele Leute gerade in diesem Bereich kurz vor der heutigen Eintrittsschwelle angesiedelt, sodass wir hier eben Leute mit einem Einkommen einschliessen, vor allem Frauen und vor allem Teilzeitbeschäftigte, die wir auch besser stellen möchten.

Es gibt natürlich gewisse administrative Unkosten. Ich denke, wir können diesen Nachteil nicht aus der Welt diskutieren. Aber wenn ich alle Vor- und Nachteile gegeneinander abwäge, komme ich sehr klar zum Schluss, dass die Lösung, die Ihnen die damalige Mehrheit der nationalrätlichen Kommission unterbreitet hat, die weitaus beste ist. Der Nationalrat ging ja dann weiter und hat eine Lösung gewählt, die wir nicht teilen können. Die Finanzierung der Absenkung des Umwandlungssatzes, die Ihnen Ihre Kommission unterbreitet, ist die sozialverträglichste und wird auf die wirtschaftsfreundlichste Art und Weise vorgenommen. Ich bitte Sie, hier mit der Mehrheit der Kommission zu stimmen.

Jenny This (V, GL): In dieser für die Wirtschaft und das Gewerbe ausserordentlich wichtigen Frage möchte ich Sie bitten, der Minderheit Forster zu folgen und an unserem Beschluss vom 28. November 2002 festzuhalten.

Aus welchen Gründen? Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer werden in den kommenden Jahren mit höheren Sozialabgaben konfrontiert. Es besteht auch hier – wie bei der AHV – kein Spielraum mehr, um das BVG auszubauen. Eine Senkung der Eintrittsschwelle bedeutet einen zusätzlichen massiven administrativen Aufwand und ist für die meisten Klein- und Mittelbetriebe nicht mehr zu verantworten. Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe – das wurde bereits gesagt – sind für das Gewerbe und die Wirtschaft nicht tragbar. Die arbeitende und letztlich noch produktiv tätige Bevölkerung kann nicht immer mehr geschröpft werden. Kleinverdienern – das habe ich auch in der AHV-Debatte schon gesagt – kann in diesem Bereich kein zusätzlicher Abzug zugemutet werden! Da wird jede Senkung zusätzliche Anreize zur Schwarzarbeit schaffen, und das ist jetzt sehr wichtig: Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen das gar nicht, sie wollen gar nicht dem BVG-Obligatorium unterstellt werden. Sportverbände, Genossenschaften und viele andere Institutionen haben gerade aus diesem Grund ihre Teilzeitbeschäftigten so angestellt, damit sie unter die BVG-Schwelle fallen. Das würde in Zukunft alles hinfällig sein. Genau aus diesem Grund erweisen Sie diesen Branchen einen denkbar schlechten Dienst.

Ein zusätzliches Argument: Der Deckungsgrad vieler Pensionskassen ist zurzeit unbefriedigend. Da muss ich nicht weiter ausholen. Auch vor diesem Hintergrund muss es heute vor allem darum gehen, das System der zweiten Säule auf heutigem Niveau zu konsolidieren und nicht auszubauen. Also auch hier ist Konsolidierung angesagt. Eine Senkung der Eintrittsschwelle steht auch in krasssem Widerspruch zum Konzept unseres Dreisäulensystems, das so aufgebaut ist, dass die erste Säule, AHV, IV und EO, für Einkommen bis zu 25 000 Franken einen ausreichenden Versicherungsschutz gewährleistet.

Die vorgeschlagene Lösung des Nationalrates hat zusätzlich negative volkswirtschaftliche Konsequenzen, nämlich Schwächung der Konjunktur, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Steuerausfälle. Das kommt nicht etwa von mir, sondern das belegen zumindest zwei vom Bund in Auftrag gegebene Studien.

Ich hoffe sehr, dass Sie aus diesen Gründen der Minderheit Forster folgen und an unserem Beschluss vom 28. November 2002 festhalten werden.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir die Vorlage heute zu Ende beraten werden.

Stähelin Philipp (C, TG): Ich werde mich aufgrund dieser Mitteilung kurz halten.

Es geht mir um zwei Punkte: Frau Forster hat insbesondere die Kostenannahmen in Zweifel gezogen. Das kann man selbstverständlich tun – es geht um Annahmen, es geht um Schätzungszahlen. Aber wir haben diese Zahlen vom BSV erhalten. Ich gehe davon aus, dass das BSV diese Kosten nach bestem Wissen und Gewissen ermittelt hat. Wir müs-

sen von Annahmen ausgehen, aber ich bitte doch darum, dass nicht einfach mit Plausibilitätsüberlegungen – die wir übrigens hier in diesem Saale nicht kennen – noch am Tage der Abstimmung das Modell in Zweifel gezogen wird.

Es ist auch auf mögliche Sanierungskosten mancher Kassen hingewiesen worden. Ja gut, dieser Hinweis wird stimmen. Ich zweifle auch nicht an, dass dort teilweise Sanierungen notwendig sind. Aber das ganze System kann deswegen nicht infrage gestellt werden. Auch der Hinweis auf andere Varianten, die man dann prüfen könnte, ist natürlich nicht hilfreich, wenn wir ein Problem zu lösen haben. Dieses Problem heisst schlussendlich: Wie finanzieren wir die Senkung des Umwandlungssatzes? Nach welcher Methode gehen wir hier vor? Wollen wir – und damit spitze ich es zu – den Rentenerhalt, ja oder nein? Die Mehrheit will den Rentenerhalt, und dazu noch leichte Verbesserungen für die niedrigen Einkommen und die Teilzeitarbeitenden.

Das ist schlussendlich der entscheidende Punkt. Wir wollen den Rentenerhalt, und wir wollen hier nicht über eine weitere Anhebung der Altersgutschriften zu Lösungen kommen, weil diese – das haben wir auch in der Kommission gesehen – die einzelnen Altersklassen eben sehr ungleich trifft und weil hier insbesondere auch die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betroffen sind. Das wollen wir im Hinblick auf den Arbeitsmarkt schlussendlich ja wohl auch nicht.

Zum Stichwort Teilzeitarbeitende: Herr Jenny hat ausgeführt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gar nicht über diese Schwelle wollen. Sie wollen gar nicht unterstellt werden. Gut, aber es gibt daneben, Herr Kollege Jenny, auch sehr viele andere. Ich meine, es sind insbesondere auch die Frauen, welche im Laufe einer Arbeitskarriere – beispielsweise im Moment, wo sie Kinder zu erziehen haben – ihr Arbeitspensum eben reduzieren und dann unter die bisherige Schwelle kommen. Dort bieten wir mit diesem Modell vorübergehend Lösungen an.

Das ist durchaus zu unterstützen, damit diese Betroffenen am Schluss eben doch auf eine anständige Pension kommen. Das Modell, das wir von der Mehrheit heute vorschlagen, ist ein Modell, das auch beim jetzigen Stand, im Differenzbereinungsverfahren, Chancen hat. Unsere bisherige Lösung wird im Differenzbereinungsverfahren kaum durchkommen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich war an jener SGK-Sitzung vom 19. Mai als Stellvertreter mit dabei, und ich habe mich in dieser für viele Arbeitnehmer – 180 000, wir haben es gehört – sehr wichtigen Frage aus Überzeugung der Minderheit Forster angeschlossen, und zwar hauptsächlich aus folgenden drei Gründen:

1. Schon mein Vorredner Jenny hat auf diesen Punkt hingewiesen: Eine grosse Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünscht mit ihrem Teilzeitpensum gar nicht, dem BVG unterstellt zu werden. Nun können Sie sagen, ich solle Ihnen das beweisen. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir gestern in der Gewerbegruppe ausführlich über diesen Punkt diskutiert haben. Von zuständigen Leuten des Schweizerischen Gewerbeverbandes, die über Informationen aus erster Hand verfügen, haben wir nachweislich zu hören bekommen, dass eine überwiegende Mehrheit keine Unterstellung unter das BVG haben möchte. Ich kann deshalb legislatorisch nicht Hand bieten für etwas, das dem Willen einer klaren Mehrheit der künftig Direktbetroffenen zuwiderläuft.

2. Auch dieses Argument ist offenbar belegbar, und wir haben es auch aus dem Munde eines Bauunternehmers – Kollege Jenny, der es an sich wissen muss – gehört: Mit der Senkung der Eintrittsschwelle erhält die in höchstem Masse unsoziale Schwarzarbeit weiter Auftrieb. Wer sich nämlich dieser zusätzlichen Sozialabgabe entziehen will, der versucht es logischerweise über den verpönten Weg der Schwarzarbeit. Diesen Trend sollten wir mit der Absenkung der BVG-Eintrittsschwelle nicht noch fördern.

3. Je kleiner das angesparte Vermögen, umso grösser und substanzverzehrender wirken sich die Verwaltungskosten

aus. 300 Franken, 400 oder 500 Franken – das haben wir in der Kommission gehört; so viel an Administrativkosten pro Jahr sind erforderlich, um ein angespartes Kapital von einigen Tausend oder Zehntausend Franken zu verwalten. Das empfinde ich effektiv als Rentenklau, so ungern ich dieses Unwort überhaupt in den Mund nehmen möchte.

Das sind meine Gründe, Gründe genug, um mich hier der Minderheit anzuschliessen und beim geltenden Recht bleiben zu wollen. Ich bitte Sie, falls Sie Ihre Meinung nicht bereits ganz zementiert haben, es uns, der Minderheit, gleichzutun.

Frick Bruno (C, SZ): Zum Ersten möchte ich Sie daran erinnern, was ich einleitend zur AHV gesagt habe: Wir schnüren hier ein politisches Paket. Wir haben bei der AHV mit Grund die 400 Millionen Franken für die Frühpensionierungen gestrichen. Nun aber: Wo tun wir ein Gleiches?

Hier müssten wir dem Nationalrat entgegenkommen, weil es um die Versicherung der kleinen Einkommen geht. Es geht hier – das ist der Vorteil – um die eigenverantwortliche Versicherung und nicht um eine staatliche Giesskanne. Das ist der grosse Vorteil der Mehrheitslösung, und darum sollten wir ihr zustimmen. Wir können nicht Scherbenhaufen konstruieren, und wir beraten nicht auf der «grünen Wiese». Wir sind auf einer Baustelle, wo wir uns nun nicht den Ausgang vermauern sollten. Wir müssen eine tragfähige Lösung bauen, und die Lösung der Mehrheit ist politisch tragfähig; sie kommt nämlich den kleinen Einkommen entgegen, auch wenn bei Kleinstehenden die Verwaltungskosten im Verhältnis zur Rente fraglich sein können. Frauen mit Teilzeitarbeit profitieren davon, und auch jene Ehepaare, wo beide Teilzeit arbeiten, profitieren davon. Das ist das politische Paket.

Materiell möchte ich zum Minderheitsantrag Forster Folgendes sagen: Frau Forster, Sie halten nicht an den Beschlüssen des Ständerates fest. Sie gehen wesentlich hinter diese Beschlüsse zurück. Das müssen wir offen deklarieren. Sie halten nämlich nur dort fest, wo es um die Eintrittsschwelle geht. Aber dort, wo es um die Höhe der Beiträge geht, bei Artikel 16, gehen Sie hinter unseren Beschluss zurück. Das muss hier klar deklariert werden.

Frau Beerli hat klar Folgendes dargelegt: Wenn wir den Umwandlungssatz senken, um die gleichen Renten im Alter bezahlen zu können, müssen wir mehr Kapital ansparen, also müssen wir etwas mehr Beiträge bezahlen. Nach unserer bisherigen Lösung waren das 300 Millionen Franken. Die hätten wir vor allem in der Altersstufe 45 bis 55 einbezahlt.

Der Charme der nationalrätlichen Lösung, die Frau Thérèse Meyer eingebracht hat, ist folgender: Wir senken die Eintrittsschwelle, machen also die Säule des versicherten Lohnes höher und müssen die Prozentsätze nominell nicht erhöhen; zudem belasten wir die Personen zwischen 45 und 55 Jahren nicht zusätzlich. Materiell aber bewirkt sie Mehrbeiträge in der Höhe von 300 Millionen Franken, weil auch die kleinen Einkommen versichert sind.

Was ist der Unterschied zwischen der Lösung der Kommissionsmehrheit und unserer bisherigen Lösung – nicht der neuen Lösung Forster? Beide kosten – plus minus einige Millionen Franken – gleich viel, rund 300 Millionen Franken mehr Pensionskassenbeiträge, in der Regel halb von Arbeitgebern und halb von Arbeitnehmern beizusteuern. Das sind die Zahlen. Sie haben selbstverständlich Recht, Frau Forster: Gegenüber heute gibt das Mehrbeiträge von rund 300 Millionen Franken. Aber die gibt es sowohl bei unserer Lösung – der Lösung der Kommissionsmehrheit – als auch bei unserer alten Lösung. Sie können die 300 Millionen Franken nur einsparen, weil Sie in Zukunft die Renten kürzen wollen. Sagen Sie es klar: Ihr Modell ist ein Rentenkürzungsmodell, so liegen die Verhältnisse klar auf dem Tisch.

Nun besteht eben die politische Lösung darin, dass wir dem Nationalrat bei der tieferen Eintrittsschwelle entgegenkommen können. Wir erreichen das Ziel, tiefe Einkommen und Teilzeitarbeit zu versichern, aber keine gesamthaft höheren Kosten zu generieren, als der Ständerat im März 2003 be-

schlossen hat. Das ist die Stärke und der Charme der Lösung der Kommissionsmehrheit, die wir nicht selber geboren, sondern von der Kommissionsmehrheit des Nationalrates übernommen haben. Was der Nationalrat beschlossen hat, war die Lösung Rechsteiner-Basel. Sie kostet im Moment ein bisschen weniger, wird aber auf Dauer erheblich teurer. Daher hat unsere Lösung den Vorzug verdient. Ich hoffe, die Sache ist nun klar, dass Sie besten Gewissens der Mehrheit zustimmen können.

Berger Michèle (R, NE): Je ne suis pas membre de la commission, et pourtant je demande à mes collègues de soutenir la proposition de la majorité. Je le demande parce que c'est un sujet qui me tient particulièrement à coeur. Vous n'étiez pas encore chef du département, Monsieur le Président de la Confédération, mais j'avais déposé une motion (00.3255) allant dans ce sens en début de législature, motion qui n'avait pas eu l'aval de mes collègues; mais il faut parfois anticiper un peu. De voir ensuite que la majorité d'une commission fait une proposition qui va dans ce sens est particulièrement satisfaisant.

J'aimerais m'inscrire en faux contre les intervenants de la minorité, parce que la profession à laquelle j'appartiens offre déjà depuis longtemps cette possibilité à ses employées. J'aimerais dire que c'est un effort réel certes de la part de l'employeur, mais c'est aussi un effort pour l'employée. Ce sont très souvent des employées qui travaillent à temps partiel: parce qu'il faut amener un deuxième salaire dans la famille, ou parce que ce sont des mères qui appartiennent à des familles monoparentales. Dès lors, elles n'ont pas la possibilité de travailler à temps complet et sont obligées de travailler à temps partiel. Il faut donc considérer cette cotisation à la LPP comme un investissement pour elles; au mieux, c'est une épargne forcée. L'avantage sera qu'à la fin de leur période de travail, elles auront un complément bienvenu à l'AVS. Cela sera également un avantage pour les collectivités publiques, parce que ces personnes ne tomberont pas dans l'assistance et ne demanderont pas des prestations complémentaires.

Donc, j'y vois un avantage et je demande à mes collègues de soutenir également la proposition de la majorité.

Lombardi Filippo (C, TI): Sarò brevissimo, per spezzare a mia volta una lancia a favore della maggioranza della commissione, dall'ottica particolare di un cantone come il Ticino dove sappiamo, statisticamente, che gli stipendi medi sono più bassi della media nazionale, e quindi evidentemente anche gli stipendi d'impiego a tempo parziale e soprattutto del personale femminile. Questi sono spesso al di sotto del minimo attuale per poter entrare nel sistema del secondo pilastro. Io ritengo assolutamente giusto, proprio di fronte a tutte le discussioni e le problematiche del futuro, che si crei, per il più gran numero possibile di assicurati e di lavoratori, la possibilità di entrare nel sistema del secondo pilastro. Sostengo dunque la maggioranza.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Si on fait abstraction des propositions qui ont été présentées et qu'on essaie de voir quelles sont les solutions logiques, au fond, il y a deux solutions logiques, Madame Forster.

La première serait de dire que l'on modifie le taux de conversion et qu'on en reste là, ce qui signifierait une diminution des rentes en fonction de l'évolution de l'espérance de vie. Mais on voit que cette solution n'est pas acceptable, en particulier pour les petits revenus, et surtout après la décision relative à la flexibilisation de la rente, comme l'a dit votre excellent président, M. Frick. Lorsque vous avez refusé les 400 millions de francs pour la flexibilisation des rentes, un problème supplémentaire s'est posé pour un certain nombre de personnes ayant un petit revenu. Cette solution serait logique. Je ne la soutiens pas car elle n'est socialement pas acceptable, mais elle serait logique: on change le taux de conversion et on arrête là; cela fait une baisse de la rente; après, si on n'accepte pas la baisse de la rente, il faut trouver une manière de payer le montant supplémentaire.

Dans tous les cas, il y a un inconvénient puisqu'on doit payer plus. Alors, qui doit payer plus? La plupart des modèles autres que ceux de la majorité disent que ce sont les gens plus âgés qui doivent payer davantage. Or, ce sont ceux qui ont le plus de difficulté à trouver du travail quand ils ont perdu le leur; ce sont ceux dont la productivité commence à diminuer; ce sont ceux qui, à long terme, doivent être encouragés à rester sur le marché du travail plutôt qu'à le quitter volontairement ou involontairement.

L'alternative, c'est de faire payer tout le monde. En diminuant le seuil d'entrée pour la cotisation, le montant de coordination, on évite d'augmenter trop la cotisation, on commence plus bas. Le montant global de la cotisation augmente, mais le montant relatif n'augmente pas. L'effet annexe est qu'un certain nombre de gens ayant un revenu faible sont dorénavant soumis au deuxième pilier. Je ne crois pas que cela augmentera le marché noir, comme l'a dit M. Reimann, ou M. Jenny.

La solution préconisée, c'est 19 000 francs, mais chez un seul patron. Alors, celui qui triche au marché noir avec son collaborateur pour un montant de 19 000 à 25 000 francs, c'est déjà un grand tricheur. Et ce n'est pas si simple de tricher comme cela. Si on avait choisi une solution dans laquelle on rendait obligatoire le deuxième pilier pour des gens qui ont entre 19 000 et 25 000 francs de salaire auprès de plusieurs patrons, probablement que là, on aurait augmenté les risques de tricherie. Mais dans la solution préconisée, c'est un seul patron qui verse les 19 000 à 25 000 francs. C'est possible qu'il y ait des tricheurs, mais c'est déjà une tricherie importante. Ils trichent aussi en ce qui concerne l'AVS ainsi que les impôts, et ils doivent être recherchés. On souhaite que la lutte contre le travail au noir soit renforcée. C'est la raison pour laquelle, déjà au Conseil national, j'avais soutenu la proposition qui s'appelait à l'époque la proposition Meyer Thérèse qui a été rejetée en plénum et déjà en commission. C'est celle qui a été reprise par la majorité de la commission. C'est une solution bien équilibrée, qui a quelques désavantages puisque l'on doit compenser celui du changement du taux de conversion, et il n'est pas possible de compenser cela sans faire un peu mal à quelqu'un.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 7 Stimmen

Art. 4 Abs. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 4 al. 3, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 7 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 18 990 Franken beziehen

Antrag der Minderheit

(Forster, Jenny, Reimann)

Streichen (= gemäss geltendem Recht)

Art. 7 al. 1

Proposition de la majorité

Les salariés auxquels un même employeur verse un salaire annuel supérieur à 18 990 francs

Proposition de la minorité

(Forster, Jenny, Reimann)

Biffer (= selon le droit en vigueur)

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 8

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zu versichern ist der Teil des Jahreslohnes zwischen 22 155 und 75 960 Franken. Dieser Teil wird koordinierter Lohn genannt.

Abs. 2

Beträgt der koordinierte Lohn weniger als 3165 Franken im Jahr, so muss er auf diesen Betrag aufgerundet werden.

Antrag der Minderheit

(Forster, Jenny, Reimann)

Abs. 1, 2

Streichen (= gemäss geltendem Recht)

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1

La partie du salaire annuel comprise entre 22 155 et 75 960 francs doit être assurée. Cette partie du salaire est appelée «salaire coordonné».

Al. 2

Si le salaire coordonné n'atteint pas 3165 francs par an, il est arrondi à ce montant.

Proposition de la minorité

(Forster, Jenny, Reimann)

Al. 1, 2

Biffer (= selon le droit en vigueur)

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 9

Antrag der Kommission

Streichen (= gemäss geltendem Recht)

Proposition de la commission

Biffer (= selon le droit en vigueur)

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il faut traiter l'article 18 avec l'article 23, parce qu'en fait, il concerne un peu le même problème. C'est la question de la couverture d'assurance selon la présence ou non d'une incapacité de travail.

L'article 18 règle la question pour les prestations pour survivants. Le Conseil national a apporté dans sa version des précisions qui sont bienvenues et sur lesquelles la commission n'a rien à dire.

S'agissant de l'article 23, celui-ci règle le droit à des prestations d'invalidité pour des personnes qui sont déjà invalides et confrontées à une aggravation de l'invalidité. J'ai vu que Mme Brunner avait déposé une proposition pour qu'on s'en tienne à la version que notre Conseil avait adoptée à la fin de l'année passée. J'ai constaté qu'en fait, dans les travaux qui avaient conduit à cette décision, notre commission avait pris en considération la problématique de l'aggravation de l'invalidité de la personne qui est déjà assurée. Cette question-là est réglée dans le texte que vous avez sous les yeux,

pour les personnes qui souffrent d'une infirmité congénitale ou pour les personnes qui étaient invalides avant leur majorité. Mais, si on suit la version pour laquelle s'est désormais décidée la commission, on constate que les personnes qui sont invalides après 20 ans sans qu'il y ait une infirmité congénitale et dont l'invalidité est supérieure à 40 pour cent au moment où elles sont assurées, ne bénéficieront plus de prestations d'invalidité. Telle est la version que propose la commission.

J'ai essayé de voir d'où vient cette idée, et elle vient du Conseil national. Je suis allé consulter les délibérations du Conseil national et j'ai constaté qu'il n'y avait eu aucun débat au Conseil national, alors que, précédemment, notre commission avait quand même pris la peine de tenir compte de cette situation.

Comme rapporteur, je défends l'avis de la commission, ce serait normal de s'y rallier, mais j'ai le sentiment que sur ce point-là, sur la situation des personnes invalides à plus de 40 pour cent et qui voient leur invalidité augmenter en cours d'assurance, on n'a peut-être pas mené nos réflexions jusqu'au bout.

Angenommen – Adopté

Art. 23; 45 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Brunner Christiane

Festhalten

Art. 23; 45 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Brunner Christiane

Maintenir

Brunner Christiane (S, GE): Je suis désolée, en tant que membre de la commission, de présenter cette proposition maintenant, mais il arrive que notre excellent président nous fasse travailler à un rythme d'enfer, et il nous arrive de rater quelque chose en commission.

C'est le cas, je crois, avec la question de l'invalidité pour les rentes des personnes qui ont déjà une incapacité de travail. Nous avons réglé cette question-là à l'article 23, à mon avis de manière tout à fait juste, à savoir lorsque, pour une personne qui est déjà invalide mais qui n'a pas un taux d'invalidité qui atteint 40 pour cent, il y a une aggravation de son taux d'invalidité qui va au-delà de 40 pour cent. Si cette personne exerce une activité lucrative et qu'elle est assurée auprès d'une caisse de pension, eh bien, elle a droit aussi à des prestations de cette caisse de pension.

Or, le Conseil national a fait ici, je dirai, un bricolage un peu curieux puisqu'il traite de manière spéciale les personnes qui sont devenues invalides à la suite d'une infirmité congénitale – c'est l'alinéa 2 qui le prévoit – et les personnes qui deviennent invalides avant leur majorité – c'est l'alinéa 3. Cela veut dire que si une jeune personne aux études a un accident ou une maladie après l'âge de 20 ans, qu'elle devient partiellement invalide, mais qu'elle exerce une activité lucrative et qu'il y a une aggravation de son taux d'incapacité de travail au-delà de 40 pour cent, alors cette personne-là n'aura pas droit à des prestations de l'institution de prévoyance.

Je crois que ce n'est pas ce que nous avons voulu en commission, et il me semble que la première solution que nous propositions en commission était la bonne. Elle traite de la même manière les personnes déjà invalides en incapacité de travail augmentée, l'aggravation de l'incapacité de travail, quels que soient l'âge des personnes ou leur infirmité congénitale ou celle que soit l'atteinte à leur santé.

Pour ma part, je vous propose de maintenir notre solution qui me paraissait simple et équitable – la même pour tout le

monde –, telle que nous l'avions décidée lors de notre précédente délibération.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Wir haben uns in der Kommission ohne lange Diskussion und nach einer kurzen Erläuterung durch die Verwaltung dem Nationalrat angeschlossen. Die Lösung schien plausibel. Was Frau Brunner nun darlegt, ist in der Sache selber für uns neu. Doch wir haben noch einen Durchgang zugute. Ich sage: «Im Zweifel pro differentia.» Folgen wir dem Antrag Brunner Christiane und schaffen wir die Differenz. So können die Kommissionen Klarheit schaffen und wir bald Feierabend machen.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: La version du Conseil des Etats va plus loin, on l'a vu, que celle du Conseil national, en ce sens que l'aggravation de l'incapacité de travail qui aboutirait à une augmentation du degré d'invalidité doit aussi être couverte, et cela même si la personne n'était pas assurée lorsque l'incapacité initiale de travail est survenue. Puis, si cette personne cotisait déjà à une caisse de pension à l'époque où l'incapacité de travail est survenue, c'est la nouvelle caisse de pension qui devrait payer les conséquences de l'aggravation.

Dans les cas d'invalidité précoce, il était juste d'assurer les personnes ayant une capacité de travail allant jusqu'à 80 pour cent, mais dont le degré d'invalidité ne pouvait pas donner lieu à des prestations, même si elles avaient travaillé durant de longues années sans interruption. En revanche, en cas d'aggravation de l'incapacité de travail, cela représente un coût supplémentaire considérable pour les institutions de prévoyance qui doivent alors se réassurer, alors que les assureurs n'assurent pas les risques déjà réalisés.

On a calculé que les coûts supplémentaires liés à la mise en oeuvre de cette proposition seraient de l'ordre de 20 millions de francs sur la base de données disponibles à la fin 2001. Or, on sait qu'un des problèmes que l'on doit affronter actuellement, c'est l'explosion des cas d'invalidité et les coûts y relatifs. Ici, c'est un nouvel élément qui intervient et qui permettrait encore à certains d'améliorer leur rente d'invalidité LPP. Les primes de risques augmenteraient probablement encore davantage qu'elles n'augmentent maintenant, ce qui serait susceptible de rendre plus difficile l'accès au marché du travail à des gens partiellement invalides, parce que les primes augmentant, au moment d'engager une personne déjà partiellement invalide, l'employeur se dira que s'il y a une aggravation de l'invalidité – et cela arrive souvent – lorsque cette personne est à son service, c'est sa caisse qui devra payer et, pour prévenir cela, il demandera des primes supplémentaires à cette caisse.

Nous pensons que la proposition Brunner Christiane doit être rejetée.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 12 Stimmen

Für den Antrag Brunner Christiane 12 Stimmen

Mit Stichentscheid des Präsidenten

wird der Antrag Brunner Christiane angenommen

Avec la voix prépondérante du président

la proposition Brunner Christiane est adoptée

Art. 34 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 34 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit là tout simplement du droit de recours de l'institution à l'égard de la personne responsable du sinistre. Ce droit de recours doit toucher toutes les prestations qui sont assurées, non seulement les prestations à l'égard de l'assuré lui-même ou de

ses survivants, mais aussi à l'égard d'autres bénéficiaires puisque à l'article 20a de la loi, on a étendu la possibilité à d'autres bénéficiaires. On pense ainsi par exemple au partenaire qui vit en concubinage, comme on dit, avec l'assuré, qui est un de ces autres bénéficiaires et dont la couverture pourrait être reprise par l'assurance dans son droit de recours contre tout tiers responsable.

Angenommen – Adopté

Art. 49 Abs. 2

Antrag der Kommission

.... Strafbestimmungen (Art. 75–79), den Einkauf (Art. 79b und 79c) sowie die Information der Versicherten (Art. 86a).

Art. 49 al. 2

Proposition de la commission

.... 79), le rachat (art. 79b et 79c) et

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit là de la liste des dispositions obligatoires qui doivent être reprises par les institutions qui offrent une assurance allant au-delà des prestations minimales. Il y a eu un affinement de l'ensemble des dispositions qui devaient être reprises. En particulier, s'agissant de notre commission, il a été jugé opportun que, pour ces assurances qui versent des prestations allant au-delà des prestations minimales, les dispositions sur le rachat soient également intégrées.

Angenommen – Adopté

Art. 51 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 51 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit bien de la question relative à la représentation dans l'organe paritaire, en particulier dans les institutions collectives, sur laquelle la commission avait longuement débattu. Lors de notre délibération à la fin de l'année passée, nous avons choisi une option qui s'avère finalement assez compliquée dans la concrétisation. Il faut assurer dans les organes paritaires une représentation par l'intermédiaire de délégués, et, si cela n'est pas possible, offrir d'autres solutions, comme par exemple une représentation dans les organes qui serait choisie par les partenaires sociaux.

La commission, à l'unanimité, vous invite à adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen – Adopté

Art. 53c

Antrag der Kommission

Abs. 1

Festhalten

Abs. 5, 6

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 53c

Proposition de la commission

Al. 1

Maintenir

Al. 5, 6

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Là aussi, c'est une question qu'a longuement débattue le Conseil national et je voudrais vous assurer que la commission, même si elle demande que l'on s'en tienne à la décision du Conseil des

Etats de l'année passée, ne veut rien d'autre que la version du Conseil national. Le principal problème est celui de l'égalité de traitement, en cas de liquidation partielle, entre les assurés qui restent dans l'ancienne institution et les assurés qui sont affectés à la nouvelle institution, notamment l'égalité de traitement à l'égard des réserves de fluctuation et des fonds propres.

La commission ne veut rien d'autre que ce que voulait le Conseil national, à savoir qu'on respecte ce principe d'égalité de traitement. Il nous a paru que la formulation choisie était plus simple et plus claire en disant que ce principe d'égalité devait non seulement valoir dans le cadre de ces liquidations partielles, mais aussi d'une manière générale dans l'ensemble des opérations.

Je crois qu'il y a là finalement un pas qui va dans la même direction que celle du Conseil national, simplement avec une autre formulation.

Spoerry Vreni (R, ZH): In Bezug auf die Beurteilung der sprachlichen Unterschiede habe ich den Ausführungen des Berichterstatters nichts anzufügen. Ich glaube, dass es in etwa das Gleiche ist, aber die Fassung des Ständerates ist vorzuziehen.

Aber ich möchte trotz der fortgeschrittenen Zeit die Behandlung dieses Artikels zu einer Frage an den Bundesrat benützen und muss dazu ein wenig ausholen. Das geltende Recht regelt die Tatbestände der Freizügigkeit und der Teilliquidation unterschiedlich. Im Freizügigkeitsfall besteht ein Anspruch auf die gesetzliche Freizügigkeitsleistung, nicht jedoch auf einen Anteil an den freien Mitteln der Vorsorgeeinrichtung. Im Gegenzug wird von den Austrittsleistungen auch kein versicherungstechnischer Fehlbetrag in Abzug gebracht. Anders bei der Teilliquidation: In diesem Fall hat der austretende Versicherte einen individuellen oder kollektiven Anspruch auf freie Mittel, muss sich jedoch auch einen versicherungstechnischen Fehlbetrag anrechnen lassen, wobei das BVG-Altersguthaben nicht geschmälert werden darf.

Die Rechtslage erweist sich bei der veränderten finanziellen Lage, in welcher sich jetzt viele Pensionskassen befinden, als unbefriedigend. Wer eine Vorsorgeeinrichtung, welche sich in Unterdeckung befindet, verlässt, kann seine volle Freizügigkeitsleistung mitnehmen. Wer das Unternehmen jedoch im Rahmen einer Teilliquidation verlassen muss, zum Beispiel wegen einer Umstrukturierung, hat eine Schmälerung seiner Austrittsleistung in Kauf zu nehmen. Die Mitgabe der vollen Austrittsleistung im Freizügigkeitsfall kann sich ihrerseits wiederum negativ auf die Deckungssituation der Vorsorgeeinrichtung auswirken. Mit anderen Worten: Die Tatsache der ungleichen Behandlung der Freizügigkeitsleistung einerseits und der Teilliquidation andererseits war offenbar so lange kein Problem, als man in der Regel freie Mittel verteilen konnte. Es wurde aber jetzt ein grosses Problem, nachdem auch Unterdeckungen angemessen zu verteilen sind.

Wir haben diese Problematik in der Kommission Ende letzten Jahres diskutiert. Aber wir waren nicht in der Lage, eine ausgereifte Lösung dafür zu finden, denn die möglichen Fälle sind vielfältig. Es dürfte nicht einfach sein, eine allseits befriedigende und für alle einigermassen gerechte Lösung zu finden. Nichtsdestotrotz ist es vordringlich, den Pensionskassen Leitlinien zu geben, wie sie sich im Spannungsfeld von Teilliquidation einerseits und Freizügigkeitsleistungen andererseits in einer deutlich veränderten Situation zu verhalten haben.

Ihre Kommission hat deshalb im November letzten Jahres ein Postulat eingereicht, das Postulat 02.3640, und hat den Bundesrat gebeten, in einem Bericht die Vor- und Nachteile einer Gleichbehandlung der Teilliquidation und der Freizügigkeit aufzuzeigen und allfällige Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Weil uns dieses Problem heute unter den Nägeln brennt, gestatte ich mir, hier in diesem Zusammenhang den Bundesrat anzufragen, wie sich der Stand seiner Vorarbeiten präsentiert.

Büttiker Rolf (R, SO): Ich möchte nicht verlängern, aber das ist nun tatsächlich ein Problem. Ich habe nachgeschaut: In diesem Saal hat es viele, die auch in Stiftungsräten von Pensionskassen mitmachen. Sie können alle bestätigen, dass Teilliquidationen ein ernst zu nehmendes Problem sind, dass sie gewaltige Schwierigkeiten aufgeben. Ich sage Ihnen, das wird die Politik in den nächsten Wochen und Monaten noch beschäftigen. Ich möchte beliebt machen, dass wir hier eine Differenz schaffen, also an unserem Beschluss festhalten, damit die Kommission diese Geschichte noch einmal anschauen kann.

Ich sage es noch einmal: Es ist im jetzigen Zeitpunkt ein Hauptproblem bei der Führung und Verwaltung der Pensionskassen. Diese Probleme – das kann ich Ihnen garantieren – werden noch zunehmen. Wir wissen, dass sich über die Hälfte der Pensionskassen in Unterdeckung befindet. Das führt natürlich dazu, dass der Chef des Betriebs unter Druck nicht zuletzt der Versicherten gezwungen oder angehalten wird, die Pensionskasse zu wechseln. Deshalb haben wir jetzt zu Hunderten diese Kassenwechsel, und das führt zu Teilliquidationen. Es ist für viele Pensionskassen ein gewaltiges Problem, solche Teilliquidationen zu vollziehen. Schon diejenigen, die auf Ende letzten Jahres gekündigt haben, haben nun dieses Problem im Haus. Ich möchte sagen – ohne es zu dramatisieren –, dass wir bei diesen Teilliquidationen schon jetzt eine Art Vollzugsnotstand haben.

Denn solche Teilliquidationen, Frau Spoerry hat es gesagt, sind äusserst komplex. Es gibt auch ganz seltsame Dinge, die die Leute überhaupt nicht verstehen: Wenn einer den Betrieb wechselt, dann bekommt er seine Freizügigkeitsleistung, wenn aber sein Betrieb die Pensionskasse wechselt, dann hat er die Probleme betreffend die Unterdeckung. Teilliquidationen haben also ein Konfliktpotenzial in sich und überfordern die Pensionskassenvollzugsorgane und – das habe ich auch festgestellt – auch die Aufsichtsorgane. Bei einer Teilliquidation wird der Versichertenbestand bekanntlich zweigeteilt, wir haben den Fortbestand auf der einen Seite und den Abgangsbestand auf der anderen Seite. Ich meine, wenn man jetzt einfach im Gesetz sagt, man müsse gleich behandeln, dann werden die Probleme, die sich dann in der Differenzierung ergeben, nicht gelöst.

In der Vergangenheit, Frau Spoerry hat es gesagt, war es eben einfach, es war «Pensionskassen-Schönwetter». Die Hauptsorge bestand darin, freie Vorsorgemittel zu verteilen. Heute haben die Pensionskassen ein garstiges Umfeld: Es geht um die Zuteilung der fehlenden Vorsorgemittel. Es geht um die Mitnahme der Unterdeckung. Dann gibt es noch die Geschichte mit den Rentnern. Wenn der Betrieb die Pensionskasse mit Unterdeckung wechselt, dann ist das noch ein besonderes Problem, das nicht gelöst ist.

Das bisherige Teilliquidationsverfahren war äusserst schwerfällig und Zeit raubend, weil jeder Beteiligte – ich habe im Zwiegespräch festgestellt, dass auch der Kommissionspräsident einem Irrtum unterlegen ist – das Recht hat, Einsprache zu erheben. Sie können sich das einmal vorstellen. Davon wird heute rege Gebrauch gemacht – ich habe mich beim Versicherungsverband erkundigt –, das ist die Praxis. Solche Einsprachen führen bei der Durchführung der Teilliquidation zu gewaltigen Verzögerungen – um Wochen, Monate –, weil dann der Rechtsweg beschritten wird. Wenn man der Aufsichtsstelle telefoniert, bekommt man auch noch die Auskunft, dass es Jahre dauern könne. Solche Zeit raubenden Rechtsstreitigkeiten erschüttern die Stabilität und untergraben das Vertrauen in unser Pensionskassensystem. Es ist daher dringend notwendig, Herr Bundespräsident, neben dem Gesetzestext ein rasches Verfahren bei Teilliquidationsstreitigkeiten vorzusehen. Das ist einmal eine erste Forderung, die heute in der Gesetzgebung nirgends Platz gefunden hat. Man müsste sich sogar überlegen – das sagen die Experten –, dass jede Pensionskasse schon in «Friedenszeiten», in guten Zeiten, und nicht erst im Zeitpunkt der Teilliquidation einen solchen Verteilplan erarbeitet und allen Versicherten zur Kenntnis bringt. Das würde für Transparenz sorgen – keine plötzlichen negativen Über-

raschungen –, und es würde natürlich auch Vertrauen schaffen.

Herr Bundespräsident, die Pensionskassen, die Pensionskassenorgane, die Verantwortlichen der Pensionskassen erwarten in einer schwierigen Zeit, dass der Bundesrat nun rasch und entschlossen handelt und ein praktikables Teilliquidationsverfahren installiert, das natürlich – das ist eine Voraussetzung – gerecht ist, im Vollzug endlich Klarheit schafft, auch für die schwierigen Fälle, und endlich Rechtssicherheit bringt.

Ich bitte Sie, die Differenz zu schaffen. Ich bitte auch die Kommission und den Bundesrat, sich diese Sache bei den Teilliquidationen noch einmal anzuschauen. Denn es ist zu erwarten, dass jetzt auf Mitte Jahr hin noch einmal ein Kündigungsschub auf uns zurollt und diese Teilliquidationen noch einmal zunehmen. Ich kann Ihnen aus der Praxis sagen, dass dieses Problem im jetzigen Zeitpunkt nicht gelöst ist und zu gewaltigen Schwierigkeiten innerhalb des Pensionskassensystems führt.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Nous partageons le point de vue que ce problème est important, qu'il pose des questions très graves et qu'il provoque de très fortes émotions. On connaît, sauf erreur, le cas Ciba/Syngenta qui a provoqué l'intervention de plusieurs députés. Mais je constate que depuis le début des travaux, on a beaucoup avancé dans l'accord puisque pratiquement, la seule divergence qui reste est l'alinéa 1er de l'article 53c; le reste, c'est de la procédure. Les deux Conseils se sont rapprochés considérablement et il n'y a pratiquement plus de divergences essentielles.

Comme l'a dit le préopinant, nous sommes d'avis que la commission a raison de maintenir la divergence et de s'en tenir au principe que vous avez fixé: la liquidation totale ou partielle d'institutions doit respecter le principe de l'égalité de traitement et les principes reconnus. Il ne faut pas aller au-delà, et je pense que c'est juste de s'en tenir à la solution du Conseil des Etats.

Mme Spoerry a posé la question de savoir où on en est dans nos travaux. Des experts pouvant nous donner un avis sur ce sujet ont été recherchés. Les premiers résultats devraient être disponibles au début de l'an prochain, durant le premier semestre 2004. On pourrait peut-être accélérer les travaux, mais ce ne serait que de un ou deux mois et, vu la complexité du problème, c'est peut-être plus intelligent de ne pas aller trop vite pour essayer d'avoir une bonne solution. Sur la base des résultats de cette expertise, le Conseil fédéral examinera s'il y a lieu de proposer des adaptations législatives. Si c'est nécessaire, il fera élaborer un projet de loi.

Maintenant, on voit aussi qu'il y a urgence à trouver des solutions. C'est pourquoi, parmi les différentes mesures d'assainissement que nous venons de mettre en consultation, il est prévu que les cotisations supplémentaires, c'est-à-dire celles versées précisément au titre des mesures d'assainissement, puissent être déduites de la prestation de libre passage.

Le Conseil fédéral entend aussi éviter que le versement anticipé pour l'acquisition d'un logement ne puisse conduire à tourner les mesures d'assainissement. Par conséquent, dans un premier temps et par voie d'ordonnance, il a autorisé les institutions de prévoyance à différer le délai du versement anticipé en cas de découvert. Dans le projet actuellement en consultation, le Conseil fédéral sollicite la compétence de prendre des mesures plus étendues, telle par exemple la possibilité pour les institutions de limiter le versement anticipé en fonction de leur degré de sous-couverture. Donc, à court terme, on a des mesures d'urgence et, à plus long terme, on agit en fonction de ce que les experts nous disent.

Adopté

Art. 53d Abs. 3bis, 3ter, 3quater, 3quinquies
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 53d al. 3bis, 3ter, 3quater, 3quinquies*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Ici, il s'agit de la question du sort des rentiers lorsqu'il y a un changement d'institution. L'article 53d dit que cette question doit être réglée dans la convention de transfert. Mais la version du Conseil national apporte une solution au cas où il n'y aurait pas d'accord, et cette solution, c'est que les rentiers restent affiliés à la première institution. C'est effectivement une certaine sécurité qui est offerte ici aux rentiers au cas où il n'y aurait pas d'accord au moment des négociations de transfert.

*Angenommen – Adopté***Art. 58 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 58 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 65b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Cette disposition introduite par le Conseil national est, à l'évidence, dictée par l'actualité. Actuellement, la loi est extrêmement sommaire sur les exigences en matière d'administration de la fortune. Cela constitue aujourd'hui l'article 71 de la loi, qui fixe un but aux institutions de prévoyance, mais sans donner au Conseil fédéral des compétences pour définir comment doivent être constitués les réserves et les différents points qui sont évoqués dans cette nouvelle disposition proposée par le Conseil national. Je crois que la situation qu'on vit aujourd'hui montre la nécessité de permettre au Conseil fédéral de donner certaines directives.

La commission vous invite dès lors là aussi à suivre la décision du Conseil national.

*Angenommen – Adopté***Art. 68a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit d'une disposition dictée par l'actualité. Elle vise à éviter que, automatiquement, les excédents qui résultent des contrats d'assurance puissent être affectés à la réduction des primes. On veut d'abord poser le principe que ces excédents doivent servir à améliorer les prestations, à moins que l'organe paritaire prenne une décision contraire. De cette manière aussi, on garantit les droits des assurés.

La commission, qui a pris sa décision à l'unanimité, vous invite à suivre le Conseil national.

*Angenommen – Adopté***Art. 79b Abs. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 79b al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est une des dispositions qui va dans le sens de ce que vient de dire M. le président de la Confédération, c'est-à-dire qui vise à limiter les détournements qui peuvent être faits lors de rachats pour les acquisitions de propriétés. La décision du Conseil national semble parfaitement raisonnable.

*Angenommen – Adopté***Art. 97a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Übergangsbestimmungen der Änderung vom****(1. BVG-Revision)****Dispositions transitoires de la modification du****(1ère révision LPP)****Bst. abis Abs. 3***Antrag der Kommission*

Der Bundesrat regelt für die Invalidenrenten die Berechnung der Altersgutschriften und des koordinierten Lohnes für fehlende Jahre nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung sowie den anwendbaren Mindestumwandlungssatz.

Let. abis al. 3*Proposition de la commission*

Le Conseil fédéral fixe, s'agissant de la rente d'invalidité, le calcul des bonifications de vieillesse et le salaire coordonné afférents aux années manquantes après l'entrée en vigueur de la présente modification, ainsi que le taux de conversion minimal applicable.

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Il s'agit d'une adaptation en fonction du choix qu'on a fait initialement concernant tout le système d'entrée de salaire de coordination. C'est une conséquence de la décision que notre Conseil vient de prendre, une adaptation des compétences qui doivent être données pour les adaptations techniques aux nouvelles réglementations.

*Angenommen – Adopté***Änderung weiterer Erlasse****Modification d'autres actes législatifs****Ziff. 1 Art. 89bis Abs. 6***Antrag der Kommission*

.... Strafbestimmungen), die Artikel 79b und 79c (Einkauf) sowie Artikel 86a (Information der Versicherten).

Ch. 1 art. 89bis al. 6*Proposition de la commission*

.... pénales) 79b et 79c (rachat) et

Studer Jean (S, NE), pour la commission: C'est la reprise dans le Code civil des dispositions qu'on a vues et qui devaient être intégrées.

*Angenommen – Adopté***Ziff. 6 Art. 6a***Antrag der Mehrheit***Abs. 1–3, 5, 6**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 4

Der Bundesrat legt fest, in welchem Umfang der Überschuss, wie er nach Absatz 3 Buchstabe b ermittelt worden

ist, an die Vorsorgeeinrichtungen und Vorsorgewerke weiterzuleiten ist.

Antrag der Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 6 art. 6a

Proposition de la majorité

Al. 1–3, 5, 6

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 4

Le Conseil fédéral arrête la mesure dans laquelle l'excédent calculé selon l'alinéa 3 lettre b doit être rétrocédé aux institutions de prévoyance.

Proposition de la minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Studer Jean (S, NE), pour la commission: Comme j'emmène la minorité, je laisse à notre excellent président le soin de défendre l'avis de la majorité.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Bei der Änderung des Lebensversicherungsgesetzes geht es um die Einführung einer so genannten Legalquote. Nach der Fassung des Nationalrates müssen mindestens 90 Prozent der erzielten Überschussbeteiligungen an die Versicherten weitergegeben werden. Das betrifft nur die Sammelstiftungen. Wir haben die Fragen zu entscheiden:

1. Ist eine solche Legalquote nötig und soll sie auf Stufe Gesetz oder Verordnung eingeführt werden?
2. Wie hoch soll sie sein?

Um die erste Frage zu beantworten: Vergegenwärtigen wir uns, dass wir zahlreiche Transparenzbestimmungen ins Gesetz aufgenommen haben. Alle relevanten Beträge – erzielte Gewinne, Unkosten, bezahlte Kommissionen usw. – werden künftig ausgewiesen. Unter diesem Gesichtspunkt besteht allein aufgrund der Transparenz ein Wettbewerb zwischen Versicherungen. Aber trotzdem ist eine Legalquote noch angezeigt, weil sehr viele nicht ohne weiteres die Sammelstiftung wechseln können. Eine Legalquote ist im Prinzip also angezeigt, aber die Kommissionsmehrheit – im Gegensatz zum Nationalrat – möchte diese nicht ins Gesetz schreiben. Es ist eine gewissermassen «gelassener» Lösung. Der Nationalrat hat unter der Hektik der Ereignisse des letzten Jahres die Quote ins Gesetz geschrieben. Dorthin gehört sie nicht, aber sie soll durch den Bundesrat festgelegt werden, analog dem Mindestzinssatz, dem technischen Zinssatz usw. Wir sprechen uns also für die offene Formulierung aus und für die Kompetenz des Bundesrates, diese in der Verordnung festzuschreiben.

Nun zur zweiten Frage: Wie hoch soll diese sein? Wir glauben, dass eine Legalquote im Bereich von 80 bis 90 Prozent das Richtige ist. Es soll ja auch für die Lebensversicherung ein Anreiz, ein wirklicher Anreiz bestehen, das Vermögen der Sammelstiftungen möglichst gut anzulegen, und da benötigt sie einen gebührenden Spielraum bei der Gewinnbeteiligung. Daher sind 80 bis 90 Prozent richtig. Nach heutigen Gesichtspunkten meinen wir, dass diese Legalquote im Durchschnitt bei etwa 85 Prozent liegen soll, 90 Prozent sind etwas zu hoch gegriffen.

Noch einige kurze Bemerkungen zuhanden der Materialien:

1. Diese Legalquote gilt nur für den obligatorischen Bereich, nicht für den überobligatorischen. Das steht im Gesetz nicht ausdrücklich.
2. Sie gilt nur für tatsächlich realisierte Gewinne, dies in Abgrenzung zu Buchgewinnen.
3. Unsere Erwartung zuhanden der Materialien: Der Bundesrat soll diese Quote in der Regel nach heutigen Verhältnissen zwischen 80 und 90 Prozent festlegen.

Eine Schlussbemerkung zu Artikel 6a: Es ist kein Zufall, dass Präsident Plattner übersehen hat, dass dieser Artikel über drei Seiten geht – er ist fast nicht lesbar. Das Bundesamt hat bereits eine Aufgliederung erarbeitet; der Nationalrat kann sie einführen. Er wird dann also wesentlich lesbarer. Gesamthaft bitten wir Sie, der Mehrheit zuzustimmen, weil zum Ersten die Legalquote nicht ins Gesetz gehört, weil eine Flexibilität vorhanden sein muss, und zum Zweiten, weil wir sie auch etwas weniger hoch als der Nationalrat festlegen wollen, nicht gleich bei mindestens 90 Prozent. Das Ziel aber erreichen wir gleich wie der Nationalrat, nämlich dass der Gewinn, der bei Sammelstiftungen und Lebensversicherungen mit zwangsgespartem Geld erzielt wird, tatsächlich an die Versicherten zurückgeht.

Studer Jean (S, NE): Depuis une année quand même, on vit beaucoup de perturbations dans le domaine de la prévoyance professionnelle et, malheureusement, ces perturbations vont encore durer un certain temps avec toute la problématique de la sous-couverture. Ces perturbations créent auprès des assurés de la méfiance envers des institutions, les institutions d'assurance-vie et, en particulier, les institutions collectives. Les assurés se demandent en particulier ce qu'ont fait ces assurances de ces excédents et si effectivement tout est revenu aux assurés ou pas, ou s'il y a eu d'autres attributions de ces excédents.

Qu'est-ce que sont ces excédents? Les excédents, c'est tout ce qui reste après la couverture des coûts liés à la prévoyance et c'est tout ce qui reste après la constitution des réserves. Donc, c'est un bénéfice net – net, si on veut. Je crois que si on veut essayer de faire comprendre aux assurés à la fois qu'on doit faire des efforts pour maintenir une certaine stabilité dans la prévoyance professionnelle, que, parfois, il faudra réduire le taux minimal, que, peut-être, on devra élever les cotisations, on doit en parallèle leur donner des assurances qu'ils n'ont pas eues jusqu'à maintenant sur l'utilisation de ces excédents et leur dire: «Voyez-vous, parallèlement, on vous assure maintenant que vous allez pouvoir bénéficier de ces excédents à hauteur en tout cas de 90 pour cent. Les compagnies garderont une marge de manœuvre de 10 pour cent, elles pourront se profiler sur le marché concurrentiel avec ces 10 pour cent, mais on vous assure, nous, le législateur, que désormais, vous serez les principaux bénéficiaires de ces excédents.»

Il me semble que, dans le débat politique qu'il y a maintenant, cette garantie qui serait offerte dans la loi aux assurés est positive et opportune pour éviter une aggravation de cette méfiance. Cette garantie n'est pas du tout exceptionnelle, on la retrouve dans la législation d'autres pays qui nous entourent – je pense en particulier à l'Allemagne, voire à la France.

Dans ce sens-là, je vous invite à suivre la proposition de minorité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 15 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 4 Stimmen

Siebente Sitzung – Septième séance

Mittwoch, 11. Juni 2003

Mercredi, 11 juin 2003

08.00 h

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Différences – Divergences

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBI 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Différences – Divergences)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG), für die Kommission: Die Kommission hat sich am 5. Juni 2003 mit den wenigen noch verbleibenden Differenzen befasst. Sie hatte Beschluss zu fassen, ob wir die beiden Geschäfte AHV und BVG gesondert oder wieder zusammen behandeln. Sie hat sich eindeutig dafür entschieden, dass man das BVG jetzt behandeln sollte. Denn auf der einen Seite wissen wir, dass wir den Mindestzinssatz senken müssen. Wenn man das macht, dann braucht man als Begleitmassnahmen unbedingt die nötige Transparenz, die paritätische Mitwirkung, aber auch die Möglichkeit der Lockerung, der Auflösung der Kollektivversicherungsverhältnisse. Auf der anderen Seite wollten wir auch der längeren Lebenserwartung Rechnung tragen. Wir wollten, dass man mit den Jahren anfangen kann, die zählen, und dass man anfangen kann, den Umwandlungssatz zu senken.

Wir haben mit Zufriedenheit festgestellt, dass der Ständerat unserem grossen Anliegen Rechnung getragen hat und bereit ist, die Eintrittsschwelle zu senken. Er hat dabei nicht das Modell unseres Rates gewählt, sondern dasjenige, das damals in unserer Kommission obsiegt hatte. Das heisst, wir senken die Eintrittsschwelle sofort, rund 100 000 Personen werden besser bzw. überhaupt versichert sein. Beim anderen Modell, das hier im Plenum obsiegt hatte, würde die vorgesehene Ausweitung erst später erreicht.

Das Modell, das der Ständerat übernommen hat, war hier in unserem Saal jenes der Minderheit. Die Kommission schliesst sich an, wir können sehr gut damit leben. Ich möchte festhalten, dass die Kosten nicht so sind, wie das mancherorts vorgegeben wird. Das Modell, das der Ständerat gewählt hat, kostet nur 10 Millionen Franken mehr als dasjenige, das er früher gewählt hatte. Denn dabei müssten ja die Altersgutschriften erhöht werden, um eine Rentenkürzung, die eine Senkung des Umwandlungssatzes mit sich bringt, zu vermeiden.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 18 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, hier dem Ständerat zu folgen.

Bei Artikel 23 möchten wir am Beschluss des Nationalrates festhalten. Wir möchten die Invaliditätsbestimmungen nicht anpassen, wie das der Ständerat aufgrund eines Einzelantrages (Brunner Christiane) gemacht hat. Denn dieser Bereich bringt in der zweiten Säule sehr grosse Probleme. Die Invalidisierungsrate ist hoch, und wir möchten zuerst Erfahrungen mit dem jetzt geltenden Einbezug neuer Kreise sammeln, um nachher dann entscheiden zu können.

Wir schliessen uns bei den anderen Differenzen mehrheitlich dem Ständerat an.

Ich möchte bei der Anpassung des Bundesgesetzes über die direkte Lebensversicherung noch beifügen, dass wir dort eine Minderheit haben, die festhalten will. Es war allen klar: Wenn wir Transparenz haben – nicht zuletzt auch dank Artikel 68a, wonach man Überschüsse verteilen muss –, dann gilt das auch für die Lebensversicherungen. Wir sind für eine «legal quote», dort stehen noch zwei Meinungen gegeneinander. Der Nationalrat, Sie erinnern sich, ist davon ausgegangen, dass man mindestens 90 Prozent dem Versicherten zurückgeben soll. Wir wussten und haben das auch hier im Rat erklärt, dass das hoch ist; diese Regelung ist aber von anderen Ländern übernommen. Wir hätten uns auch 85 Prozent vorstellen können. Der Ständerat hat das noch einmal geprüft und fand, dass der Bundesrat diese Zahl festsetzen sollte. Eine Mehrheit will daran festhalten, dass man die 90 Prozent festschreibt, eine knappe Minderheit will, dass man dem Ständerat folgt und diese Kompetenz dem Bundesrat übergibt.

Darüber müssen wir nun befinden. Ich möchte hier aber noch ganz klar beifügen: In der Ständeratsdebatte hat der Präsident der SGK-SR klar gesagt, eine solche Quote gelte nur für die obligatorischen Versicherungsverhältnisse. Davon hat man in der nationalrätlichen Kommission mit Erstaunen Kenntnis genommen, weil das Bundesgesetz über die direkte Lebensversicherung sich ja allgemein auf alle Verhältnisse bezieht. Wir haben festgehalten, dass das alle Versicherungsverhältnisse betreffen sollte.

Ich bitte Sie, überall der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Lors de la précédente navette, une divergence cruciale a opposé les deux Chambres dans la révision de la LPP. Il s'agissait de la manière de compenser la réduction du taux de conversion. Le Conseil des Etats s'en tenait au modèle du Conseil fédéral qui prévoit une hausse des bonifications de vieillesse surtout dans la tranche d'âge entre 45 et 54 ans. Notre Conseil au contraire préconisait d'agir, par le biais d'une modification de la déduction de coordination, sur le montant du salaire assuré, modèle qui permettait d'ailleurs aussi d'élargir le cercle des personnes assurées à la prévoyance professionnelle en introduisant un seuil d'entrée plus bas par rapport à la déduction de coordination actuelle. Le Conseil des Etats s'est rallié à la logique qui a toujours sous-tendu notre solution. Il l'a fait toutefois en adoptant le compromis qui avait été proposé par notre commission lors de la navette précédente – je me réfère au modèle Meyer Thérèse –, et non pas à la solution qui a obtenu au contraire la majorité des voix dans notre Conseil – je me réfère au modèle Rechsteiner-Basel. La première solution prescrit une déduction de coordination fixe, l'autre une déduction variable en pour cent du salaire assuré, déduction introduite toutefois de manière progressive par le gel des paramètres actuels.

La commission vous invite, par 18 voix contre 2 – soit presque à l'unanimité –, à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Il s'agit d'un modèle qui ne présente pas tous les avantages du modèle initial de ce Conseil, mais qui est toutefois plus simple et d'application beaucoup plus rapide que le modèle corrigé adopté ensuite par ce Conseil même. Par cette solution, on facilite l'accès au deuxième pilier à 100 000 personnes qui en sont aujourd'hui exclues – je pense en particulier aux femmes qui travaillent à temps partiel et aux personnes à bas revenu – par la fixation d'un seuil d'entrée à 18 990 francs; on arrivera aussi à compenser, pour tout le monde, la

baisse du taux de conversion du fait de la réduction du montant de la déduction de coordination à 22 155 francs.

La commission maintient deux divergences avec le Conseil des Etats. Une divergence concerne la transparence, et en particulier les dispositions pertinentes de la loi fédérale sur l'assurance directe sur la vie, qu'il est nécessaire de mettre en parallèle avec la modification de la LPP. Il est d'abord utile – parce que cette question a été soulevée – de souligner que les dispositions modifiées de cette loi doivent s'appliquer à toute la prévoyance professionnelle, et non pas à sa seule partie obligatoire.

Cela dit, la majorité de la commission désire que soit fixé explicitement dans la loi le pourcentage minimum de participation aux excédents qui doit être rétrocédé par les compagnies d'assurance (ch. 6 art. 6a al. 4). Le Conseil des Etats au contraire préfère une formulation plus générale, laissant au Conseil fédéral la tâche de fixer la mesure dans laquelle les excédents doivent être rétrocédés. De l'avis de la majorité de la commission, si on désire garantir une réelle transparence et sauvegarder la confiance des assurés dans le système, il est opportun de fixer dans la loi ce pourcentage minimum. Compte tenu du fait que les compagnies d'assurance qui gèrent les institutions collectives peuvent prendre en considération tous les frais de fonctionnement et toutes les provisions pour les risques futurs, compte tenu aussi du fait que le passage à un taux d'intérêt minimum variable réduit de plus en plus les effets et les contrecoups des oscillations du marché, il apparaît que le pourcentage laissé aux compagnies d'assurance est plus que raisonnable et acceptable.

La commission donc, par 14 voix contre 9, vous invite à en rester pour cette disposition au texte adopté par notre Conseil lors de sa dernière délibération.

L'autre divergence concerne la position des personnes atteintes d'une incapacité de travail partielle avant d'être soumises à la prévoyance professionnelle, je renvoie aux articles 23 et 45. La commission a discuté deux versions, toutes deux différentes du texte du Conseil des Etats. Avec la voix prépondérante du président, la majorité de la commission propose le maintien de la décision de notre Conseil (art. 23). Mais, au-delà de ce choix entre majorité et minorité, il paraît tout de même utile de laisser ouverte cette divergence afin qu'une dernière réflexion sur ce sujet très complexe puisse avoir lieu, sujet sur lequel d'ailleurs le département s'est engagé à mener une étude spécifique.

En conclusion, la commission vous invite, d'un côté, à accepter le modèle prévoyant une déduction de coordination fixe de 22 155 francs et un seuil d'entrée à 18 990 francs, avec la disposition transitoire y relative, et, de l'autre, à maintenir les décisions prises par notre Conseil en matière de pourcentage de participation aux excédents dans les institutions collectives (art. 6a al. 4 LADV) et aussi en matière de couverture des personnes atteintes d'une incapacité de travail partielle avant d'être soumises à la prévoyance professionnelle (art. 23, 45 LPP). Cela permettra de trouver une solution favorable et d'accélérer la mise en vigueur de cette révision, qui favorise d'ailleurs l'approche des autres sujets qui restent à discuter, je veux parler en particulier du taux d'intérêt minimum et des mesures pour revenir à un degré de couverture des caisses de pension suffisant.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Sie werden festgestellt haben, dass auf der Fahne die Differenzen beim Koordinationsabzug gar nicht mehr vermerkt sind. Das ist an sich merkwürdig, denn formell besteht immer noch eine Differenz zwischen Ständerat und Nationalrat. Allerdings beantragt Ihnen die Kommission, in diesem Punkt dem Ständerat zu folgen. Erlauben Sie mir noch die Begründung, weshalb ich meinen Antrag, der in der letzten Beratung obsiegt hat, hier nicht weiterziehe. Es stehen sich zwei verschiedene Konzepte gegenüber. Das eine ist ein prozentualer Koordinationsabzug von 40 Prozent, das andere ist das Modell Meyer Thérèse, das eine etwas geringere Absenkung des Koordinationsabzuges verlangt. Aber im Effekt sind beide Varianten

in dem Punkt einig, dass wir auf Prämienerrhöhungen verzichten und den sinkenden Umwandlungssatz über eine Ausdehnung der Lohnbasis kompensieren möchten.

In dem Sinne habe ich meinen Antrag zurückgezogen, weil ja in diesem Antrag die Absenkung nur durch Einfrieren beantragt wurde. Das heisst, nominell wäre der heutige Koordinationsabzug weitergeführt worden, und dann wären mit der Inflation die kleinen Löhne in den BVG-Bereich «hineingewachsen». Ich glaube, dass das Modell Meyer Thérèse heute als Kompromiss mehrheitsfähig ist; es zielt in die gleiche Richtung. Allerdings ist es vielleicht auf lange Sicht nicht so entwicklungsfähig, aber auf kurze Sicht bringt es mehr. Weil man die Inflationsrate nicht kennt, kann man heute gar nicht sagen, welches Modell besser ist. Das Wesentliche hier ist, dass der Ständerat nachgegeben hat, dass er das Konzept des Nationalrates übernimmt und dass wir somit zu einer Neuregelung der Rentenformel gelangen, der Zusammenarbeit von BVG und AHV. Die kleinen Löhne werden endlich besser versichert, und wir räumen mit der alten 60 Prozent-Philosophie auf, die besagt, dass bei jedem Einkommen 60 Prozent genügen, obwohl wir seit langem wissen, dass bei den kleinen und mittleren Einkommen eine höhere Ersatzquote nötig ist.

Dieses Modell hat im Ergebnis viele Vorteile. Ich möchte darauf hinweisen, dass jetzt vor allem das Gewerbe in vielen Bereichen die Prämien nicht erhöhen muss und inzwischen offenbar auch gemerkt hat, dass man allein mit einer kleinen Revision der versicherten Löhne die Ziele dieser Revision abdecken und Personen mit kleineren Einkommen und auch die Teilzeitbeschäftigten besser integrieren kann. Obschon in einem kleinen Bereich zwischen 18 990 und 22 000 Franken der versicherte Lohn sehr klein ist, möchte ich doch darauf hinweisen, dass nach dem Gebot der Gleichbehandlung die Versicherten in diesen Kassen alle gleich versichert werden müssen und somit nicht das Minimum zur Anwendung kommt, sondern ab einem Einkommen von 18 990 Franken das jeweilige Reglement mit der entsprechenden Prämie.

In diesem Sinne bin ich sehr zufrieden über das Erreichte. Wir haben das BVG in diesem Punkt neu geschrieben, und ich möchte allen Fraktionen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, sehr herzlich danken, nicht zuletzt auch der Sprecherin und dem Sprecher der Kommission.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion möchte in Artikel 23 an unserem früheren Entscheid festhalten und lehnt die Minderheit Gross Jost klar ab, wie dies bereits die Kommissionssprecherin begründet hat. Wir werden zudem bei Artikel 6a LeVG die Minderheit Widrig unterstützen. Lassen Sie mich aber noch kurz eine Erklärung abgeben:

1. Wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, dass AHV und BVG zusammengehören, dass sie gemeinsam behandelt werden müssen, auch hier im Rat.
2. Wir waren auch der Meinung, dass beide Vorlagen in dieser Session abgeschlossen werden müssen, und zwar zusammen, da sie sich gegenseitig ergänzen. Beides sind wichtige Themen, bei denen die Bevölkerung – gerade in Vorwahlzeiten – das Anrecht hat zu wissen, wie sich die Fraktionen entscheiden. Zusammen mit Bundespräsident Couchepin wollten wir als einzige Fraktion diese Vorlagen beide zu Ende beraten und an der gemeinsamen Behandlung festhalten. Die Mehrheit unserer Kommission wollte dies nicht; sie wollte nur die BVG-Vorlage behandeln. Der Ständerat will beides zusammen behandeln, daher können wir nun in dieser Session weder die BVG- noch die AHV-Vorlage abschliessen. Wir laufen damit Gefahr, dass auch die vorzeitige Inkraftsetzung der Transparenzbestimmungen und die rechtzeitige Senkung des Umwandlungssatzes gefährdet sind, wenn wir aus wahltaktischen Gründen, wie dies die Fraktionen ja vorwiegend machen, erst in der Herbstsession darüber entscheiden. Wir wollten uns diesen politischen Ränkespielen entziehen, es geht uns um die Sachpolitik. Wir sind der Meinung, dass die Parteien, die Fraktionen, aber vor allem die Bevölkerung das Anrecht haben, jetzt zu wissen, wo wir in diesen Fragen stehen. Wir bedauern dieses

durchsichtige Spiel; wir wollten beide Vorlagen abschliessen, und das gelingt nun nicht. Nationalrats- und Ständeratskommission können sich nicht einigen, wie vorzugehen sei. Noch einmal: Wir bedauern dies, wir wollten die Bevölkerung sachpolitisch wissen lassen, wo sie bei der AHV- und insbesondere bei der BVG-Gesetzgebung stehe.

Gross Jost (S, TG): Sie haben es wahrscheinlich gemerkt: Frau Heberlein hat jetzt einen Minderheitsantrag bekämpft, bevor ich ihn begründet habe. Meine Minderheit im Bereich von Artikel 23 deckt sich in Absatz 1 mit dem Beschluss des Ständerates. Ich bitte Sie, ihm hier zu folgen.

Worum geht es? Es geht um die wichtige Frage der Leistungsberechtigung teilarfbeitsfähiger bzw. teilbehinderter Personen. Das ist wichtig, nicht nur für Menschen mit Geburtsgebrechen und so genannte Frühinvaliden, sondern auch für ehemalige Vollarbeitsfähige, die als Teilinvaliden ihren Arbeitsplatz wechseln müssen. Teilarfbeitsfähige gehören zu den schwächsten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Sozialgesetzgebung zwingt sie – ich finde das im Sinne der Priorität der Wiedereingliederung richtig –, ihre Restarfbeitsfähigkeit zu vermarkten. Sie dürfen deshalb nicht vom Vorsorgetchutz ausgeklammert werden. Auch das BVG – das ist jetzt wichtig, wenn wir in die Entstehungsgeschichte des BVG zurückblicken – wollte dies ursprünglich nicht und verlangte die vorbehaltlose Aufnahme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Obligatorium der beruflichen Vorsorge, ungeachtet ihres Gesundheitszustandes und ihres Invaliditätsgrades. Leider haben in den letzten zehn Jahren die Gerichte und die Praxis – entgegen diesem historisch feststehenden Willen des Gesetzgebers – nicht nur Personen mit einer halben und einer Viertelsrente von der Invalidenversicherung der zweiten Säule ausgeschlossen, sondern sogar Personen, die nur zu 20 Prozent arbeitsunfähig waren. Dies, nachdem solche Personen oft während Jahren oder Jahrzehnten ihre Beitragsleistungen erfüllt haben. Wenn der Invaliditätsfall eingetreten bzw. sich die Invalidität verschärft hat und sich die Frage der Invaliditätsleistungen auch nach beruflicher Vorsorge stellte, haben sie plötzlich festgestellt, dass sie Jahre oder Jahrzehnte lang Beiträge für Leistungen bezahlt haben, für die sie nach dieser Praxis effektiv gar nicht versichert waren.

Frau Heberlein, die eine anerkannte Pensionskassenexpertin und auch Mitglied der Subkommission BVG ist, hat den Ständerat noch rechtzeitig – wenn auch spät, würde ich sagen – darauf aufmerksam gemacht, dass durch die nationalrätlichen Beschlüsse bei Artikel 23 Absätze 2 und 3 eben nur Geburtsgebrechen und Frühinvalidität mit einem Invaliditätsgrad von 20 bis 40 Prozent einbezogen sind und dass damit alle Aggravationsfälle fortschreitender Invalidität bei einem oder mehreren Stellenwechseln ausgeschlossen sind.

Der Ständerat dagegen schliesst diese Personen mit seiner Fassung von Absatz 1 mit ein; obwohl er die Geburtsgebrechen nicht ausdrücklich erwähnt, sind sie in Absatz 1 natürlich mit enthalten. Das erlaubt mir, nachdem ich mich diesbezüglich noch einmal vergewissert habe, auch den Minderheitsantrag zu Absätzen 2 und 3 zurückzuziehen. Ich halte hier also nicht fest. In der ständerätlichen Fassung von Absatz 1 ist alles eingeschlossen, was nötig ist, damit diese ungerechte Praxis endlich abgestellt wird. Es geht hier nicht um einen Ausbau, sondern es geht hier darum, den historischen Willen des Gesetzgebers im Bereich der Invaliditätsleistungen zu beachten.

Ich nehme dann aber den ursprünglichen Absatz 2 des Nationalrates wieder auf. Das ist eine rein verfahrensrechtliche Regelung, mit der wir für die betroffenen Menschen das Verfahren so erleichtern wollen, dass wir sagen: Die letzte Vorsorgeeinrichtung ist materiell vorleistungspflichtig, und wenn es zu einem Stellenwechsel gekommen ist, dann muss eben die letzte Vorsorgeeinrichtung, die ins Recht gefasst wurde, den Regress auf frühere Vorsorgeträger in Anspruch nehmen.

Wir haben im Bereich der Invaliditätsleistung in der beruflichen Vorsorge wenig getan, obwohl wir wissen, dass die

Probleme gross sind und dass hier die Beantwortung der Grundsatzfrage «Beitrags- oder Leistungsprimat» ansteht. Herr Bundespräsident Couchepin hat gesagt, dass dieser Bereich einer intensiven Vorprüfung unterzogen wird, und er hat ja auch angekündigt, dass entsprechende Vorschläge kommen. Aber es geht jetzt darum, in diesem Bereich der Teilarfbeitsunfähigkeit, wo Menschen entgegen dem Willen des Gesetzgebers extrem betroffen sein können, ein kleines Zeichen im Sinne des Ständerates zu setzen und diese kleine verfahrensrechtliche Erleichterung – den letzten Vorsorgeträger ins Recht fassen zu können und nicht mehr mehrere Vorsorgeträger gleichzeitig prozessual belangen zu müssen – zu ermöglichen. Wir hoffen natürlich sehr, dass Sie, Herr Bundespräsident, dann wirklich mit dem Bundesrat die entsprechenden materiellen Vorschläge bringen und dass dieser Bereich nicht weiterhin brachliegt, was für die Betroffenen unbefriedigend wäre.

In diesem Sinne ziehe ich den Minderheitsantrag zu den Absätzen 2 und 3 zurück, halte bei Absatz 1 an der ständerätlichen Fassung fest und möchte Sie bitten, Absatz 2 in der ursprünglichen Fassung des Nationalrates wieder aufzunehmen. Diese Fassung war im Nationalrat ja auch unbestritten.

Widrig Hans Werner (C, SG): Bei Artikel 6a des Lebensversicherungsgesetzes bitte ich Sie namens der Minderheit aus drei Gründen, die Fassung des Ständerates zu übernehmen. Erstens brauchen die Lebensversicherer Betriebs- und Aktienkapital, und zwar verzinst. Das hat auch den Charakter von Schwankungskapital, hilft also, eine Unterdeckung zu vermeiden. Die Zahl bezüglich des Überschusses – oder auf Neudeutsch der «legal quote» – schwankt irgendwo zwischen 80 und 90 Prozent in einem Land. Bei unseren Nachbarn sind es 85 Prozent. Die Mehrheit der Kommission schlägt hier 90 Prozent vor. Das ist eine wirklich komplexe Frage, die man nicht einfach mit einer so starren Zahl in der Gesetzgebung lösen kann. Das gehört in die Kompetenz des Bundesrates, weshalb die Minderheit beantragt, der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

Zweitens geht es auch um ein Anliegen der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe. Viele sind ja bei den Sammelstiftungen, also bei den Privatversicherern, angeschlossen. Wir sind darauf angewiesen, dass die privaten Lebensversicherer im BVG-Geschäft mitmachen und sich nicht davon verabschieden. Kleine Einzelfirmen sind «teure» Betriebe, um die sich nicht alle autonomen Kassen reissen. Tausend Betriebe mit je zwei Mitarbeitern sind aufwendiger als zwei Betriebe mit je tausend Mitarbeitern. Ich bin ein unverdächtiger Zeuge, ich bin in keinem Verwaltungsrat einer Privatversicherungsgesellschaft. Ich bin auf der anderen Seite. Daher liegt die Fassung des Ständerates auch im Interesse der Kleinbetriebe.

Schliesslich handelt es sich drittens um einen Transparenzartikel. Hier geht es um die Offenlegung, wer was macht und wo die Kompetenzen sind. Wenn Sie hier die Kompetenzen dem Bundesrat geben, wo sie auch hingehören – Grundsatz: Gesetzgebung; Details: Verordnung –, so wie es der Ständerat vorschlägt, haben wir die volle Transparenz. Das ist doch der Sinn und Zweck dieses Artikels.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen und damit diese Differenz zum Ständerat auszuräumen. Viele warten darauf, dass diese BVG-Revision in Kraft gesetzt wird – die Kassen wegen dem Umwandlungssatz und die auch Rentenzahler wegen der Transparenz.

Ich bitte Sie, der Minderheit und dem Ständerat zu folgen.

Meyer Thérèse (C, FR): En préambule à cette ronde de la procédure d'élimination des divergences, le groupe démocrate-chrétien veut dire sa satisfaction vis-à-vis de la décision du Conseil des Etats et de la proposition de la commission qui s'est ralliée sans opposition au modèle choisi par le Conseil des Etats, à savoir à sa solution qui vise à maintenir les rentes malgré la longévité accrue de la population. Ce modèle fait aussi un pas vers les bas revenus et les activités à temps partiel. Ce modèle a pu être développé à satisfac-

tion grâce aussi aux propositions de M. Rechsteiner-Basel qui s'est finalement rallié à notre modèle.

Il subsiste encore deux divergences. Une divergence concerne le droit aux prestations d'invalidité: à l'article 23 alinéa 1er, la minorité de la commission conseille de se rallier au Conseil des Etats. La différence de conception est la suivante: dans la version du Conseil national, les personnes qui sont invalides de naissance sont parfaitement couvertes; le Conseil des Etats, lui, veut éliminer une inégalité de traitement entre les personnes qui seraient invalides de naissance et celles qui deviendraient invalides et dont l'incapacité de travail et l'invalidité augmenteraient.

La majorité des membres démocrates-chrétiens de la commission ont suivi la minorité dans cette proposition.

Pour l'autre divergence, au chiffre 6 article 6a alinéa 4, nous suivons la minorité Widrig. En effet, il est indispensable d'exiger maintenant une transparence complète au sujet de la rétrocession de la participation aux excédents. Notre Conseil avait fixé une norme rigide: une rétrocession obligatoire de 90 pour cent; le Conseil des Etats a décidé de donner la compétence au Conseil fédéral de fixer ce pourcentage, ce qui donne un peu de souplesse vis-à-vis d'une situation qui peut changer vite – on l'a vu ces derniers temps –, et je pense que la concurrence sur le plan de la transparence va de toute façon obliger les assurances à agir au mieux dans l'intérêt de leurs assurés. Donc, cette souplesse sera bienvenue et laissera un tout petit «Spielraum» aux assurances pour répartir les excédents.

Donc, le groupe démocrate-chrétien soutiendra sur ce point la minorité Widrig.

Borer Roland (V, SO): Die SVP-Fraktion wird die Mehrheit unterstützen. Geteilt ist die Fraktion in der Frage, wie hoch die Überschussbeteiligung sein muss, die weitergegeben wird. Warum ist die Fraktion in diesem Teil geteilter Meinung?

Derjenige Teil der Fraktion, der meint, dass diese 90 Prozent festgeschrieben werden sollen, ist der Ansicht, dass es nicht notwendig ist, den Versicherern zusätzliches Kapital zur Verfügung zu stellen, das nicht weitergegeben werden muss. Wir haben die Reserven: Wir haben Schwankungsreserven, wir haben Längerlebensreserven, wir haben die Administrativkosten; alles wird eingerechnet. Danach, nach dem Abzug dieser Reserven, entstehen Überschüsse – nicht vorher, Herr Widrig, sondern nachher. Es ist für jenen Teil der Fraktion nicht nachvollziehbar, warum man von den reinen Überschüssen noch einmal Abzüge generieren muss. Das hat sich ein Teil der Fraktion überlegt.

Der andere Teil der Fraktion, der den Minderheitsantrag Widrig unterstützt, sagt: Wenn die Transparenz wirklich zu hundert Prozent umgesetzt wird, dann sieht man ja eigentlich, wie hoch der Überschuss ist, und man sieht auch, wie viel von diesem Überschuss gerechterweise weitergegeben werden muss.

In der Zielsetzung sind beide Teile der Fraktion – jener Teil, der die Mehrheit unterstützt, und jener Teil, der die Minderheit unterstützt – eigentlich der gleichen Meinung: Überschüsse gehören im Grundsatz dem Destinatär. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Eine Bemerkung zur Vorhaltung von Frau Kollegin Heberlein, allein aus wahltaktischen Gründen habe man jetzt AHV- und BVG-Revision aufgeteilt. Ich muss festhalten, dass dem nicht so ist.

Tatsache ist, dass die materiellen Gemeinsamkeiten von AHV-Revision und BVG-Revision erledigt sind. Es gibt keine Abhängigkeiten mehr, die zwingend darauf hinwirken, dass man das ganze Problem jetzt gemeinsam angeht. Es besteht also überhaupt keine Notwendigkeit, dass man jetzt sagt, das BVG könne nicht abgeschlossen werden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, auch bei einer Trennung der beiden Bereiche AHV und BVG könne man jetzt das BVG abschliessen, weil materiell keine unterschiedlichen Systeme und Abhängigkeiten mehr bestehen. Wenn also das BVG verzögert wird, wenn allenfalls eben dann die Anpassung eines Mindestzinssatzes angekündigt oder vorgenommen wird, ohne dass gleichzeitig die Transparenzregeln festgelegt werden, dann ist nicht der Nationalrat, der das aufteilen will, schuld, sondern der Ständerat, der trotzig sagt: Wir wollen jetzt die beiden Geschäfte zusammen erledigen.

Wir können heute das BVG erledigen, materiell gibt es überhaupt keine Gründe, an diesem gemeinsamen Vorgehen festzuhalten. Ich bitte die geschätzten Standesherren, hier auf unsere Linie einzuschwenken und dafür zu sorgen, dass wir im Bereich BVG auf den 1. Januar 2004 sauberen Tisch haben und weiter sauber vorgehen können.

Wir können heute das BVG erledigen, materiell gibt es überhaupt keine Gründe, an diesem gemeinsamen Vorgehen festzuhalten. Ich bitte die geschätzten Standesherren, hier auf unsere Linie einzuschwenken und dafür zu sorgen, dass wir im Bereich BVG auf den 1. Januar 2004 sauberen Tisch haben und weiter sauber vorgehen können.

Triponez Pierre (R, BE): Ich möchte mich nur noch zu Artikel 6a des Bundesgesetzes über die direkte Lebensversicherung äussern und hier die Meinung der FDP-Fraktion bekannt geben.

Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass Überschussbeteiligungen der Lebensversicherer grundsätzlich an die Vorsorgewerke gehen müssen. Wir haben ja hier in diesem Gesetz eine ganze Reihe von Detailvorschriften aufgenommen und damit sichergestellt, dass diese Überschussbeteiligung effektiv an die Vorsorgewerke geht. Die Minderheit, die von der FDP-Fraktion unterstützt wird, sträubt sich gegen die fixe Festlegung der 90 Prozent, wie sie hier von der Mehrheit postuliert wird und wie sie vom Ständerat abgelehnt wurde. Wir haben in den Diskussionen der Kommission festgestellt, dass es eben nicht so leicht ist, die genaue Festlegung im Gesetz zu definieren. In den Diskussionen – Sie haben es auch heute Morgen von Herrn Widrig und der Berichterstatterin gehört – bewegte sich die Festlegung der Höhe der weiterzuleitenden Überschussbeteiligung irgendwo zwischen 80, 85 und 90 Prozent. Wir sollten hier das Korsett nicht allzu eng schnüren, was letztlich zu einem Desinteresse der Lebensversicherer führen könnte. Wir wollen, dass diese Überschüsse an die Vorsorgewerke gehen, das ist richtig; aber ich denke – das ist auch die klare Meinung der FDP-Fraktion –, dass wir die Kompetenz zur Festsetzung der Höhe dem Bundesrat überlassen sollten, damit er hier die notwendige Flexibilität hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Ständerat bzw. der Minderheit Widrig zu folgen.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Zuerst zu Artikel 23: Hier bitten wir Sie namens der SP-Fraktion, dem Ständerat zu folgen, und zwar deshalb, weil es das Prinzip von Recht und Gegenrecht gibt. Wenn ein Teilinvalider oder eine Teilinvalide Beiträge für die Invalidenversicherung geleistet hat, ist es nur rechtens, dass daraus auch eine Leistung erwächst. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Modell des Ständerates besser ist. Es ist auch Absicht des Gesetzgebers, Eingliederung vor Rente zu stellen, das heisst, die Teilinvaliden sollen auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung finden, sie sollen gleich wie die Vollerwerbstätigen behandelt werden. Das war schon 1985 die Absicht des Gesetzgebers, und die heutige Praxis hat sich ja nur wegen Rechtslücken eingeschlichen, weil die Gerichte hier schrittweise das Gesetz uminterpretiert haben.

Wir sind jetzt aufgerufen, dem Sinn und Geist des IVG wieder Nachachtung zu verschaffen und hier auch in versicherungsrechtlicher Hinsicht die Gleichbehandlung der Teilinvaliden auf dem Arbeitsmarkt festzusetzen.

Bei der so genannten «legal quote» muss man einfach zuerst einmal sagen, dass die Versicherungslobby im Ständerat ausgezeichnet gearbeitet hat. Sie hat nicht alles verhindert, was wir an Transparenz usw. durchgesetzt haben, aber nun will man durch das Hintertürchen wieder das Füllhorn der Überschüsse aus der Börse über die Versicherungsgesellschaften ausschütten, und das war genau nicht die Absicht bei der Konzeption dieses Gesetzes. Wir wollten reinen Tisch, und deshalb bitten wir Sie, hier an der Fassung des Nationalrates festzuhalten. Sie besagt ganz klar, dass die Verwaltungskosten als separater Prämienbestandteil ausgewiesen werden und dass eine Versicherung von den Gewinnen einer Pensionskasse einen gesetzlich festgelegten Teil

erhalten soll. Dieser beträgt jetzt 10 Prozent, wir haben das so gesagt, und wir möchten nicht, dass der Bundesrat durch die Hintertüre den Versicherungen hier wieder einen Weg eröffnet, wie sie sich in guten oder auch in schlechten Börsenzeiten dann mehr Gewinne verschaffen können. Das ist nicht die Absicht und nicht im Sinn und Geist dieser Revision.

In autonomen Kassen fließen 100 Prozent der Gewinne an die Versicherten. Das entspricht dem Stiftungsrecht, wonach das Kapital dem Destinatär folgt. Deshalb wollen wir klare Verhältnisse, wenn wir hier schon 10 Prozent der Gewinne aus der Börse den Versicherungsgesellschaften zukommen lassen. Diese 10 Prozent sind nämlich auch die Kalkulationsgrundlage für die Verwaltungskosten, und wenn das nicht reicht, soll man eben transparent den Verwaltungskostenbeitrag in der zweiten Säule erhöhen, aber nicht durch die Hintertüre der Börse wieder die Schleusen für die Versicherung, für die private Assekuranz, öffnen. Wir haben im letzten Jahr gesehen, wohin das führt.

Das Lobbying im Bundesrat hat im letzten Sommer zur Unzeit zur Senkung der Mindestzinssätze und zu einer grossen Volksbewegung geführt, die zum Ausdruck gebracht hat, dass wir diese Mausehelei nicht mehr wollen. Deshalb gehört der Satz in Bezug auf die Gewinnbeteiligung der Versicherungen ins Gesetz und nicht irgendwo ins Hinterzimmer des Bundesrates: Dort ist nicht der richtige Platz! Wir haben es hier mit einer Sozialversicherung zu tun, wir wollen klare Verhältnisse.

Deshalb bitte ich Sie, hier am Beschluss unseres Rates festzuhalten. Dann haben wir diese Transparenz, die wir vom Gesetz erwarten müssen.

Robbiani Meinrado (C, TI), pour la commission: Permettez-moi une brève intervention, parce que je ne peux pas garder le silence après avoir entendu le reproche qui a été adressé à la commission d'avoir fait un choix tactique, c'est-à-dire d'avoir séparé le dossier AVS du dossier LPP.

Quand la commission a pris connaissance des dernières décisions du Conseil des Etats sur ces deux dossiers, elle a vite constaté que les divergences étaient facilement surmontables dans le projet de révision de la LPP, ce qui n'est pas le cas dans celui de l'AVS. En ce qui concerne l'AVS, il y a des divergences relatives aux prestations en faveur des veuves, sur la retraite anticipée – réduction actuarielle ou sociale des rentes – et aussi en ce qui concerne la participation de la Confédération aux recettes de la TVA. On a donc matériellement disposé du temps pour approfondir la question des divergences sur la LPP, mais on n'a pas disposé du temps nécessaire pour approfondir celles sur l'AVS qui doivent encore être traitées.

Le fait d'accélérer la révision de la LPP répond aussi à l'exigence d'établir des bases claires qui faciliteront le débat sur les thèmes, d'ailleurs très délicats, qui restent en discussion. Qu'on pense en particulier aux décisions qui nous attendent concernant le taux d'intérêt minimum dans la prévoyance professionnelle; la transparence constitue dans ce domaine une condition préalable sans laquelle le débat serait faussé. La commission souhaite donc arriver rapidement à une solution en ce qui concerne la LPP. Elle se permet même de solliciter l'autre Conseil, afin que, pendant cette session encore, cette révision puisse être achevée pour ouvrir, tout de suite après, le débat sur les autres questions qui restent ouvertes dans la prévoyance professionnelle.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Il ne reste plus que quelques divergences. J'espère qu'on parviendra à en éliminer encore quelques-unes.

Sur les articles 2, 7, 8 et 9, c'est à-dire là où est réglée la façon de compenser la perte sur les rentes due au changement du taux de conversion, le Conseil fédéral s'est rallié durant la délibération au Conseil des Etats déjà à ce qu'on a appelé la solution Meyer Thérèse. Aujourd'hui, la commission vous propose de suivre le Conseil des Etats, nous vous y encourageons vivement. Il y a plusieurs raisons qui ont été

évoquées et qui justifient cette prise de position. Tout d'abord, c'est un système qui est favorable au marché du travail et en particulier au maintien sur le marché du travail de travailleurs plus âgés. Ensuite, cela permet d'intégrer dans le système de la prévoyance professionnelle du deuxième pilier environ 100 000 personnes qui, sans cela, ne seraient pas bénéficiaires des prestations du deuxième pilier. Le système choisi est un système qui intègre des personnes qui ont un seul employeur; cela nous paraît un système rationnel, raisonnable et qui évite de grandes complications du point de vue de l'application des règles prévues; elles sont simples et ne devraient pas poser de grands problèmes.

Nous souhaitons donc que cette divergence soit éliminée et que vous vous ralliez au Conseil des Etats.

En ce qui concerne le problème de l'article 23, c'est-à-dire le cas des personnes invalides qui voient leur degré d'invalidité augmenter durant leur période de vie professionnelle, nous pensons que la solution du Conseil national présente l'avantage de régler les situations les plus injustes, voire les plus choquantes, sans remettre fondamentalement en cause la condition d'assurance actuelle, condition qui fait partie intégrante du système de couverture invalidité de la prévoyance professionnelle. La solution du Conseil des Etats présente deux inconvénients: elle est beaucoup plus onéreuse pour les institutions de prévoyance que la solution du Conseil national. Elle modifie en effet fondamentalement le système de financement en contraignant les institutions de prévoyance à couvrir un risque déjà réalisé. Premièrement, la proposition du Conseil des Etats aggraverait la situation actuelle, où l'on connaît une explosion des cas d'invalidité. Deuxièmement, elle risquerait d'exclure du marché du travail les personnes partiellement invalides, à cause de l'accroissement des charges sociales et des complications administratives pour les employeurs.

Nous vous recommandons donc de maintenir la décision du Conseil national.

En ce qui concerne l'article 53, le problème de l'égalité de traitement entre assurés restants et assurés sortants en cas de liquidation partielle, la version du Conseil des Etats est moins contraignante que celle du Conseil national. Elle a le mérite de la souplesse; elle permettrait de tenir compte de l'égalité de traitement entre tous les assurés, y compris ceux qui quittent l'institution de prévoyance individuellement, et non seulement entre assurés restants et assurés partants dans le cadre d'une liquidation partielle. On peut en effet se demander s'il est équitable d'appliquer un traitement différencié selon qu'une personne quitte son institution de prévoyance de façon individuelle ou, au contraire, dans le cadre d'une liquidation. Là, on pourrait donc liquider la divergence. Enfin, en ce qui concerne le «legal quote», c'est-à-dire la part du bénéfice qui peut être attribuée dans le cadre de la loi sur l'assurance-vie aux actionnaires, qui peut être distribuée en dehors de ce qui est distribué aux assurés dans le cadre de la prévoyance professionnelle, nous disons que c'est un problème hautement politique dans lequel, finalement, il faut choisir en fonction de critères qui ne sont pas scientifiques. Ce qu'il faut dire, c'est que nous interpréterons cette disposition en ce sens qu'elle concerne non seulement la partie obligatoire, mais aussi la partie surobligatoire de la prévoyance professionnelle. Donc, la même règle devrait s'appliquer à la partie obligatoire et à la partie surobligatoire. Le Conseil des Etats a une autre vision des choses. Nous pensons que c'est justifié d'avoir la même règle pour les deux types de prévoyance professionnelle. Maintenant, la solution du Conseil des Etats est plus souple et a un certain avantage. En effet, de quels «risques» s'agit-il? Il s'agit de «risques» relativement peu nombreux, souvent plus importants et peu homogènes. S'il n'y a pas de regroupement de ces «risques», la masse critique n'est pas atteinte et ces «risques» auront probablement de la difficulté à trouver une institution d'assurance-vie qui les assure. Donc, on a intérêt à ce que les compagnies privées poursuivent leur activité dans ce domaine et assurent ces «risques» moins bons, peu homogènes et peu nombreux s'ils sont isolés.

Dans cet esprit, l'idée du Conseil des Etats de confier au Conseil fédéral le soin de fixer la part qui doit rester dans le système et la part qui peut rester à un certain avantage. Cela permet plus de souplesse, mais, encore une fois, ce sont des critères «mous», j'allais dire, qui nous incitent à dire que sur ce point-là, vous devriez vous rallier aussi au Conseil des Etats.

Gross Jost (S, TG): Herr Bundespräsident, darf ich Ihnen eine Frage stellen? Sie sagen, die ständerätliche Fassung von Artikel 23 BVG erhöhe die Zahl der Invaliditätsfälle. Ich sage: Je unattraktiver die zweite Säule für Teilbehinderte, Teilarbeitsfähige ist, desto mehr sinkt die Erwerbsquote dieser Teilbehinderten. Damit wird die Wiedereingliederung geschwächt und der Trend zur Vollberentung solcher Menschen beschleunigt. Wie kommen Sie zum Schluss, dass der Anstieg der Zahl der Invaliditätsfälle, vor allem der Vollinvaliden, beschleunigt wird, während der Trend in der Praxis gerade umgekehrt ist? Mit der ständerätlichen Lösung würden Sie der Wiedereingliederung eine Chance geben. Wieso kommen Sie zum genau umgekehrten Schluss?

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Ce que j'ai dit, c'est que si on recourt au système du Conseil des Etats, il y aura des coûts supplémentaires pour une entreprise qui emploie des travailleurs partiellement handicapés. En effet, celle-ci pourra être appelée à payer des prestations d'invalidité à quelqu'un qui, au départ, n'était pas dans l'entreprise et n'était pas affilié à l'institution de prévoyance professionnelle de cette entreprise. Par conséquent, chaque fois que quelqu'un qui est handicapé sera engagé, il faudra prendre en compte un risque supplémentaire qui se réalisera plus souvent que pour une personne en bonne santé, car le nombre de personnes qui sont handicapées et qui deviennent encore plus handicapées au cours de leur vie active est plus grand que le nombre de personnes qui passent du statut de personne pas du tout handicapée à handicapée. C'est une réalité, qui n'est pas très sympathique, mais c'est une réalité, et c'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il faut rejeter la solution du Conseil des Etats.

Ce qui ne veut pas dire que nous nous désintéressons du problème! Nous avons promis que nous chercherions des solutions pour ces cas-là, et je crois qu'on peut se retrouver sur cette ligne en disant pour l'instant que la solution du Conseil national est meilleur marché, plus simple et probablement moins risquée. Mais, nous sommes d'accord, nous voulons étudier le problème, parce qu'il y a aussi un problème d'équité pour un certain nombre de gens.

Le président (Christen Yves, président): M. Gross Jost a annoncé qu'il retirait les alinéas 2 et 3 de son amendement (art. 23).

Mais avant cela j'aimerais attirer votre attention sur le fait que, dans votre dépliant, ne figurent pas les articles 2, 7, 8, 9. Il s'agit du modèle du Conseil des Etats relatif à la déduction de coordination pour les bas revenus. La commission se rallie au modèle du Conseil des Etats. Pour le procès-verbal: il n'y a pas d'autre proposition.

Art. 2 Abs. 1; 7 Abs. 1; 8; 9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 al. 1; 7 al. 1; 8; 9

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Goll, Graf, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Zäch)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Ist unklar, welche von zwei oder mehreren Vorsorgeeinrichtungen, welcher die invalid gewordene Person nacheinander angehört hat, zur Ausrichtung der Invaliditätsleistungen verpflichtet ist, so hat einstweilen diejenige Vorsorgeeinrichtung mindestens die obligatorischen Leistungen zu erbringen, welcher die versicherte Person zuletzt angehört hat. Sie kann auf die gemäss Absatz 1 leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung Rückgriff nehmen. Für Streitigkeiten ist Artikel 73 BVG sinngemäss anwendbar.

Art. 23

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Dormann Rosmarie, Goll, Graf, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Robbiani, Rossini, Zäch)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

S'il n'est pas clairement établi, parmi plusieurs institutions de prévoyance auxquelles la personne devenue invalide était affiliée successivement, laquelle est tenue de verser la prestation d'invalidité, c'est à l'institution à laquelle la personne était affiliée en dernier de verser provisoirement au moins les prestations obligatoires. Cette dernière peut recourir à l'institution obligée de verser la prestation conformément à l'alinéa 1er. L'article 73 LPP s'applique en cas de litige.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 79 Stimmen

Art. 45 Abs. 1

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 45 al. 1

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Änderung weiterer Erlasse

Modification d'autres actes législatifs

Ziff. 6 Art. 6a Abs. 4

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 6 art. 6a al. 4

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Guisan, Gutzwiller, Heberlein, Meyer Thérèse, Triponez)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 103 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 68 Stimmen

Gründen sagt: Wir können das nicht bezahlen; das ist einfach zu viel.

Dann müssten wir aber zusätzliche Einschnitte im KVG machen, und zwar beim Leistungsangebot – ich erinnere an die Diskussion, die wir über Spitex geführt haben –, dann wäre die Sache kohärent. Aber einfach hier Beträge einzusetzen, die fern jeder Realität der tatsächlichen Entwicklung sind, ist für mich kein faires Vorgehen.

Daher habe ich mich der Minderheit angeschlossen. Ich bin aber froh, dass das, wie Kollege Stähelin es ausgeführt hat, nur eine – und zwar sehr kurzfristige – Übergangslösung sein kann und natürlich nicht ein länger dauernder Zustand. Wenn Sie es belassen würden, würde das zusätzliche Prämienschübe auslösen – wenn sich der Bund so zurückzieht, wenn er sich im Bereich von 3 bis 4 Prämienprozenten pro Jahr nicht beteiligt.

Saudan Françoise (R, GE): Je m'étonne un peu des raisonnements tenus dans cette Chambre, parce que tout l'exercice que nous faisons vise à maîtriser les coûts de la santé. On sait qu'il y a un chiffre sur lequel les experts sont d'accord, c'est qu'en raison du vieillissement de la population et des progrès médicaux, on a une hausse induite des coûts de la santé de 1,5 pour cent. Je ne sais pas si le Conseil fédéral s'est basé sur ce chiffre, mais toutes les études l'ont démontré. Dire que l'on est dans une situation de fatalité, qu'il faut augmenter les subventions de 6 pour cent parce que les coûts augmentent de 6 pour cent, c'est réduire quelque part à néant l'exercice auquel nous nous livrons avec beaucoup de peine. L'objectif est de maîtriser les coûts, c'est d'envoyer un signal clair. C'est pour cela que sur la base de l'expérience que j'ai vécue à Genève, je dis qu'il faut un système où tous les intervenants dans le domaine de la santé soient face à leurs responsabilités, y compris les cantons.

Pour ceux qui n'étaient pas membres de la commission, je rappellerai que M. Studer, au début des travaux concernant la révision de la LAMal, a mis en évidence à quel point les cantons n'avaient pas joué leur rôle, à quel point ils s'étaient déchargés eux aussi sur les primes d'assurance-maladie. Alors, prendre en compte les désirs des cantons, je regrette, c'est un raisonnement que je ne peux pas suivre totalement parce que cela réduit à néant tout l'exercice que nous sommes en train de mettre péniblement au point.

Je vous invite à adopter la proposition de la majorité.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Nous soutenons naturellement la majorité.

Monsieur David, vous partez de l'idée que le Conseil fédéral sera par définition mou dans la décision relative au TarMed. Vous dites qu'un jour, probablement, le Conseil fédéral, comme autorité de recours, devra se prononcer sur le TarMed et qu'alors il faut mettre de l'argent à disposition parce que, probablement, il sera plutôt du côté des personnes qui déposent un recours et qui réclament davantage. C'est un signal politique que vous donnez et qui va exactement dans le sens contraire de ce que vous souhaitez. Je suppose que, dans la mesure où vous parlez en présentant le point de vue des assureurs, c'est plutôt la fermeté que vous espérez. Et en augmentant ici les montants à disposition, vous invitez à une certaine largeur de vue en matière de finances, qui n'est peut-être pas tout à fait ce qui est souhaitable.

Madame Brunner, vous avez relevé que, sur un ou deux points, j'ai un autre avis que dans le passé. Je crois que la naissance d'une loi est quelque chose de vivant et si, en cours de route, on ne doit pas corriger le tir sur certains points pour aboutir au résultat, alors il n'est plus nécessaire d'avoir deux Conseils, il suffit d'avoir un seul Conseil qui discute en une seule délibération et qui arrête là l'exercice. Lorsqu'il y a plusieurs Conseils, des propositions, les choses évoluent et c'est heureux que les parlementaires, comme le Conseil fédéral, finissent par adapter leur position en fonction des changements intervenus en cours de route.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 6 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 38 Stimmen

(Einstimmigkeit)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 36 Stimmen

(Einstimmigkeit)

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.09.03 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 23.09.03

Nationalrat/Conseil national 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Art. 20a

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihrem Reglement neben den Anspruchsberechtigten nach den Artikeln 19 und 20 folgende begünstigte Personen für die Hinterlassenenleistungen vorsehen:

a. natürliche Personen, die vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit diesem in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss;

b. beim Fehlen von begünstigten Personen nach Buchstabe a: die Kinder des Verstorbenen, welche die Voraussetzungen nach Artikel 20 nicht erfüllen, die Eltern oder die Geschwister;

c. beim Fehlen von begünstigten Personen nach den Buchstaben a und b: die übrigen gesetzlichen Erben, unter Ausschluss des Gemeinwesens, im Umfang von entweder der von der versicherten Person einbezahlten Beiträge oder 50 Prozent des Vorsorgekapitals.

Abs. 2

Kein Anspruch auf Hinterlassenenleistungen nach Absatz 1 Buchstabe a besteht, wenn die begünstigte Person eine Witwer- oder Witwenrente bezieht.

Art. 20a

Proposition de la commission

Al. 1

L'institution de prévoyance peut prévoir dans son règlement, outre les ayants droit selon les articles 19 et 20, les bénéficiaires de prestations de survivants ci-après:

a. les personnes à charge du défunt, ou la personne qui a formé avec ce dernier une communauté de vie ininterrompue d'au moins cinq ans immédiatement avant le décès ou qui doit subvenir à l'entretien d'un ou de plusieurs enfants communs;

b. à défaut des bénéficiaires prévus à la lettre a: les enfants du défunt qui ne remplissent pas les conditions de l'article 20, les parents ou les frères et soeurs;

c. à défaut des bénéficiaires prévus aux lettres a et b: les autres héritiers légaux, à l'exception des collectivités publiques, à concurrence des cotisations payées par l'assuré ou de 50 pour cent du capital de prévoyance.

Al. 2

Aucune prestation de survivants n'est due selon l'alinéa 1er lettre a, lorsque le bénéficiaire touche une rente de veuf ou de veuve.

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Bei dieser Vorlage, die sich jetzt in der letzten Phase befindet, möchte ich Sie auf drei Punkte aufmerksam machen:

1. Wir haben zwei Differenzen zu bereinigen, und zwar erstens bei Artikel 20a betreffend die Hinterlassenenleistungen und zweitens bei Artikel 23 betreffend die IV-Leistungen bei schon zuvor bestehender Invalidität.

2. Sie finden hinten auf der Fahne eine Motion der Kommission (03.3438). Diese wird, wie mir mitgeteilt worden ist, nicht heute, sondern in der dritten Woche behandelt, weil dann die Antwort des Bundesrates dazu vorliegen wird. Ich möchte indessen doch ein Wort dazu sagen: Selbstverständlich hat sich die SGK in ihren Beratungen auch mit dem «Winterthur-Modell» auseinander gesetzt und darauf Bezug genommen. Diese Motion ist eigentlich ein Ergebnis jener Diskussion. Ich werde daher jetzt nicht über diese Diskussion berichten. Darüber wird in der dritten Woche zu sprechen sein.

3. Schliesslich muss ich wichtige redaktionelle Anpassungen erwähnen, die Sie auf der Fahne nicht finden, die aber vor der Schlussabstimmung auf der Fahne sein werden. Wie Sie wissen, führt diese 1. BVG-Revision zu Anpassungen aufgrund des bilateralen Abkommens betreffend die Personenfreizügigkeit zwecks Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit. Wir haben diese Anpassungen bezogen auf die EU-Länder, also auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft, vorgenommen. Diese Anpassungen sind aber auch noch für die Efta-Länder, nämlich Island, Liechtenstein und Norwegen, vorzunehmen. Mit anderen Worten: Die analogen Bestimmungen, die wir hier aus dem Freizügigkeitsrecht heraus für den Bereich der EU-Länder vorsehen, werden nachher auch für den Bereich der Efta-Länder eingeführt. Aus diesem Grund wird Ihnen dann für die Schlussabstimmung eine Fahne vorliegen, in welcher die Redaktionskommission dies einbezieht. Wir werden eine weitere redaktionelle Änderung haben, auf die ich jetzt schon hinweisen möchte: Wir haben bei der 4. IV-Revision beschlossen, dass

die volle Rente bei 70 statt bei 66 Prozent Invalidität geleistet wird. Auch diese redaktionelle Anpassung wird noch ins BVG umgesetzt werden.

Nun komme ich zu den Differenzen: Ich beginne mit der Differenz bei Artikel 20a.

Die Differenz bei Artikel 20a betrifft die Hinterlassenenleistungen, und zwar geht es darum, in welchen Fällen das Pensionskassenreglement vorsehen kann, dass Hinterlassenenleistungen ausbezahlt werden. Nach Absatz 1 Buchstabe a werden Hinterlassenenleistungen an die Ehefrau und die unterhaltsberechtigten Kinder ausbezahlt. Nach Buchstabe b werden sie ausserdem an die nicht unterhaltsberechtigten Kinder, an die Eltern und an die Geschwister ausbezahlt. Das ist unverändert.

Neu ist am Antrag der Kommission eine Änderung in Buchstabe c; sie betrifft die Leistungen, die an die übrigen gesetzlichen Erben gehen. Hier hat der Bundesrat ursprünglich vorgesehen, dass die übrigen gesetzlichen Erben – dazu gehören neben den Grosseltern insbesondere auch Nichten und Neffen – nur 50 Prozent der von der versicherten Person einbezahlten Beiträge erhalten. In Fachkreisen ist das zu Recht als eine deutliche Schlechterstellung dieses Personenkreises bezüglich ihrer Ansprüche beim Ableben eines Vorsorgeberechtigten interpretiert worden.

Die Kommission ist einstimmig zum Schluss gekommen, dass wir hier die bestehende Lösung jedenfalls beibehalten sollten. Grundsätzlich und generell sollten wir die gesetzlichen Erben so stellen, dass sie 100 Prozent der von der betreffenden Person einbezahlten Beiträge erhalten können, immer sofern das Reglement das vorsieht. Festgehalten wird am anderen Grenzwert, dass es höchstens 50 Prozent des Vorsorgekapitals sein dürfen.

Auch die SGK-NR hat sich heute Morgen mit dieser Bestimmung befasst, weil sie neu in die Differenzbereinigung aufgenommen wurde. Sie hat mit 19 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung eingewilligt, dass der Ständerat auf diese Bestimmung zurückkommt, den Buchstaben c ändert und 100 Prozent der einbezahlten Beiträge berücksichtigt.

Die Kommission ersucht Sie also, ihrem Antrag zu Absatz 1 Buchstabe c zuzustimmen.

Büttiker Rolf (R, SO): Ich bin materiell bei Buchstabe c durchaus einverstanden. Aber wir wissen, dass wir hier im BVG-Bereich sind. Es hat um diesen Buchstaben c grosse Turbulenzen gegeben, denn wir sind beim Erben. Das ist doppelt heikel. Wir sollten es, wenn wir schon Klarheit schaffen wollen, auch richtig machen und eben genau legislieren. Die Praktiker, die sich tagtäglich mit diesem Gesetz herumschlagen müssen, haben mich darauf aufmerksam gemacht, dass Buchstabe c nicht genau formuliert ist.

Wenn Sie, Herr Kommissionspräsident, sagen, es gehe um die versicherten, einbezahlten Beiträge, muss man sagen: Man bezahlt bei einer Pensionskasse oder bei einer Vorsorgestiftung nicht nur Beiträge ein, man bezahlt nicht nur Prämien – das ist die eine Seite –, sondern man kauft sich auch ein, und man macht auch Einlagen. Ich gehe davon aus, dass man unter dem Begriff «Beiträge» – wobei das natürlich von der Sprache der Versicherungstechnik her nicht stimmt – eben auch die Einkäufe und die Einlagen versteht. Ich habe keinen Antrag gestellt. Aber wenn man schon sagt, dass man das Gesetz redaktionell bereinigen soll, sollte man Klarheit schaffen. Ich verlange, dass der Kommissionspräsident und der Bundespräsident bestätigen, dass unter den «Beiträgen» auch die Einkäufe und die Einlagen neben den Prämien und den Beiträgen subsumiert werden können. Dann schaffen wir Klarheit in diesem heiklen Bereich. Im Übrigen hat mir die Verwaltung bei der Frage keine saubere Antwort geben können. Man sagte nur, diese Frage sei noch nie aufgeworfen worden, und deshalb ist es wohl berechtigt, hier für Klarheit zu sorgen.

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Ich kann hier klar sagen, was die Meinung der Kommission ist: Die Meinung ist eindeutig die, dass hier alle diese Beträge – so sage ich jetzt

einmal –, die der Versicherte einzahlt, also die periodischen Beiträge, die Einkaufsleistungen, aber auch die eigenen Einlagen, hier zu berücksichtigen sind und gemeint sind. Das ist die Bedeutung des Ausdrucks «von der versicherten Person einbezahlte Beiträge», wie das hier aufgeführt ist. Ich denke, dass es im Text keine Korrektur braucht. Aber bei der Interpretation ist das Anliegen von Kollege Büttiker – dass klargestellt wird, dass die Einkaufsleistungen und die Einlagen des Versicherten auch unter diesen Begriff fallen – berechtigt.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Nous confirmons l'interprétation donnée par M. David en réponse à la question de M. Büttiker et nous sommes d'accord avec la proposition de la commission.

Präsident (Schiesser Fritz, erster Vizepräsident): Die SGK des Nationalrates hat grünes Licht gegeben, auf diesen Punkt zurückzukommen.

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Studer Jean)

Festhalten

Art. 23

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Studer Jean)

Maintenir

David Eugen (C, SG), für die Kommission: In Artikel 23 geht es um die Frage, welche Versicherungsleistungen im Fall vorbestandener Invalidität geleistet werden. Die ständerätliche Lösung des letzten Durchgangs war grosszügiger als die nationalrätliche Lösung, d. h., es wurden bei vorbestandener Invalidität mehr Leistungsmöglichkeiten eröffnet als der Nationalrat wollte. Der Nationalrat hat das eingeschränkt mit den Konditionen «mindestens 20 Prozent, aber weniger als 40 Prozent arbeitsunfähig» und «bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit verschärft». Die Konditionen wurden vom Nationalrat verschärft.

Die Kommission hat sich ausführlich darüber unterhalten. Die Mehrheit ist heute der Meinung, dass es richtig ist, sich dem Nationalrat anzuschliessen, und zwar deswegen, weil wir tatsächlich generell feststellen müssen, dass die Invaliditätsleistungen der IV enorm zunehmen. In der heutigen Situation dürfen wir – und das wirkt sich dann natürlich auch auf das BVG aus – die Invaliditätsleistungen der IV nicht weiter ausdehnen; wir müssen eher zurückhaltend sein. Trotzdem kommt Artikel 23, wie er jetzt vom Nationalrat beschlossen wurde, den berechtigten Ansprüchen jener Personen, die eine Geburtsinvalidität aufweisen, immer noch entgegen. Von daher gesehen empfehle ich Ihnen im Namen der klaren Mehrheit der Kommission, hier der etwas restriktiveren Lösung des Nationalrates zu folgen.

Studer Jean (S, NE): Nous nous sommes penchés déjà à deux reprises sur cette question et j'aimerais vraiment encore essayer de vous convaincre, dans la troisième et dernière reprise, de l'utilité qu'il y a à suivre la minorité, et aussi de l'injustice qui prévaut dans la situation actuelle.

Vous devez savoir que, dans la situation actuelle, si, à la suite d'un accident survenu pendant votre minorité ou pendant que vous n'aviez pas d'assurance, vous êtes devenu invalide à 50 pour cent et qu'ensuite vous avez trouvé un emploi et que vous avez cotisé à une caisse de prévoyance professionnelle, mais que, après dix ou quinze ans d'activité

professionnelle, votre invalidité augmente, vous ne touchez pas de prestation d'invalidité alors même que, pendant ces dix ou quinze ans vous avez cotisé à la caisse de prévoyance de votre employeur. Cela simplement par le fait qu'au moment où s'est produite votre première cause d'invalidité, vous n'étiez pas assuré.

Il y a là, dans le domaine de la prévoyance professionnelle, ce qu'on connaissait déjà avant dans la LAMal, une sorte de réserve. Il y a une réserve qui est faite pour les personnes qui ont une incapacité de travail originelle et qui, après, font l'effort de se réinsérer professionnellement mais qui, malheureusement, voient leur état de santé se péjorer. Ces personnes ne toucheront pas de rente d'invalidité.

Notre Conseil avait été sensible à cette situation en adoptant sa première version à l'article 23 lors de la session d'hiver de l'année passée. Nous avons du côté du Conseil national une vision plus restrictive, mais cette vision plus restrictive va à l'encontre des efforts qu'on fait pour réinsérer professionnellement les personnes handicapées qui, en tout cas sous l'angle de la prévoyance professionnelle, si elles sont invalides à plus de 50 pour cent, ne voient pas l'utilité de cotiser à une institution de prévoyance, c'est-à-dire l'utilité de s'investir dans une activité professionnelle. Il y a là une vraie injustice que nous avons voulu supprimer.

Je vous invite à retrouver nos beaux sentiments du départ et à suivre la minorité.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Nous vous invitons à adopter la proposition de la majorité de la commission et à vous rallier à la décision du Conseil national.

Monsieur Studer, vous avez évoqué la réinsertion ou l'insertion des personnes invalides dans le marché du travail. L'argumentation que vous avez tenue va exactement dans le sens contraire. Aujourd'hui, au moment où les primes d'assurance-invalidité dans la LPP sont fixées en fonction des risques dans chaque entreprise, vous augmentez le risque que l'ensemble des collaborateurs doivent payer des primes plus élevées si ce risque supplémentaire est pris en charge par la LPP. Le réflexe des employeurs et aussi des collaborateurs pourrait être, dans ce cas-là, de dire: «Il faut éloigner la possibilité d'une hausse en n'acceptant pas d'intégrer dans le personnel quelqu'un qui comporte un risque supplémentaire.» C'est exactement le contraire de ce que vous avez dit, et je crois que les bons sentiments auxquels vous faites appel conduisent à un résultat exactement contraire à celui que vous voulez et que nous voulons aussi, à savoir que les personnes handicapées aient plus de chance d'accéder au marché du travail. Faut-il rappeler que ceci ne concerne que la LPP et naturellement pas l'assurance-invalidité qui a un autre régime et pour laquelle la couverture entière pour les invalides demeure en cas d'aggravation de leur handicap.

Au nom des bons sentiments, je dois donc vous inviter à repousser la proposition de minorité Studer Jean.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 5 Stimmen

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Die Motion 03.3438 wird bei uns erst am 1. Oktober behandelt.

00.027

BVG. 1. Revision LPP. 1ère révision

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)
Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.09.03 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 23.09.03

Nationalrat/Conseil national 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2003 6653)

Texte de l'acte législatif (FF 2003 6095)

Bortoluzzi Toni (V, ZH), für die Kommission: Ich kann es relativ kurz machen. Die Einigungskonferenz beantragt Ihnen, in der Gesetzgebung für die berufliche Vorsorge die letzte Differenz zu bereinigen. Es ist etwas ungewöhnlich. Weil das Problem in Artikel 20a, welches vor Ihnen liegt, erst ganz zum Schluss, in der letzten Runde des Differenzbereinigungsverfahrens, aufgetaucht ist, hat unsere Kommission dem Ständerat das Einverständnis zu dieser vorliegenden Korrektur geben müssen und es auch gegeben.

Worum geht es? In Artikel 20a wird die Begünstigung von Hinterlassenenleistungen geregelt. Es wurden damit in dieser Revision teilweise Ausdehnungen beschlossen, aber auch Einschränkungen, und es hat sich hier ein offensichtlicher Fehler eingeschlichen. Es geht nicht um 50 Prozent der von der versicherten Person einbezahlten Beiträge, sondern um die gesamten von der versicherten Person einbezahlten Beiträge oder aber – und das ist dann wieder richtig – um 50 Prozent des ganzen Vorsorgekapitals. Das ist dieser Fehler, der sich hier eingeschlichen hat und den es zu korrigieren gilt, weil 50 Prozent der Beiträge der Arbeitnehmer oder Versicherten natürlich eine völlig unverständliche Kürzung wäre. Das hat in der Öffentlichkeit zu Recht Protest und Un-

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Art. 20a Abs. 1 Bst. c

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 20a al. 1 let. c

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

01.024

Betäubungsmittelgesetz. Anderung Loi sur les stupéfiants. Révision

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 09.03.01 (BBl 2001 3715)

Message du Conseil fédéral 09.03.01 (FF 2001 3537)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.05.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 13.06.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 16.06.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 15.09.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 24.09.03 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 25.09.03 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ménétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD), pour la commission: Le débat d'hier a singulièrement manqué de sérénité. Nous avons entendu des propos agressifs, des propos emphatiques, passionnels. Nous ne sommes pas dans une guerre de religion et maintenant, je crois qu'il faut qu'on accepte de redescendre sur terre. Je voudrais répondre aux différentes interventions qui ont été faites sur quelques points.

1. D'abord, je voudrais dire ceci à ceux qui croient aux vertus de la répression: la répression constitue le pilier le plus cher de la politique de la drogue. Il accapare à lui tout seul la

geben Versprechungen ab, die wir nicht einhalten können. Wollen wir denn heute Frührenten einführen und in fünf Jahren in einem Entlastungsprogramm alles wieder zurücknehmen? Sind wir so glaubwürdig? Dann würden wir Verrat üben an unseren Rentenbezüglern, aber nicht, wenn wir von vornherein verantwortungsbewusst nur das einführen, was wir tatsächlich finanzieren können.

Wir haben auch eine weitere neue Erkenntnis: Es ist in den letzten Jahren gelungen, durch private Initiative zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Frühpensionierungen einzuführen. Die Baubranche, die wirtschaftlich nicht am besten situiert ist, hat es vorgemacht und finanziert. Der Staat – wenn er schon nicht bezahlen kann – soll nicht etwas auf allgemeine Kosten einführen, was durch private Vereinbarungen gelingt.

Eine letzte Bemerkung betreffend den Mischindex, den ich vorhin ausgespart habe. Bei den Akteuren der Einigungskonferenz bestand die sehr überwiegende Überzeugung, dass der Mischindex im Rahmen des Entlastungsprogrammes nicht angerührt werden darf. Er soll nicht ausgesetzt werden, und ich bin überzeugt, dass die Parteien, die daran beteiligt waren, dieses Versprechen auch im Entlastungsprogramm umsetzen. Das ist ein Entgegenkommen auch an andere politische Kreise als jene, die das Sparen zuoberst auf der Traktandenliste haben.

Ich bitte, das im Entlastungsprogramm auch durchzusetzen. Ich sehe den Drohfinger von Herrn Merz, aber Kröten müssen wir alle schlucken, um zu überleben.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Frau Brunner beantragt, die Anträge der Einigungskonferenz abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz 32 Stimmen

Für den Antrag Brunner Christiane 6 Stimmen

Art. 20a al. 1 let. c

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

David Eugen (C, SG), für die Kommission: Diese Differenz ist im Vergleich zu dem, was wir jetzt besprochen haben, von sehr geringer, bescheidener Bedeutung. Sie erinnern sich, dass wir im dritten Durchgang zu Artikel 20a die Begünstigtenordnung noch geändert haben, indem es auch in Zukunft möglich sein wird, dass Pensionskassen in ihren Reglementen vorsehen können, dass 100 Prozent der bezahlten Beiträge den übrigen Erben als Begünstigten zugewendet werden können. Es bleibt jedoch bei der Schranke, dass nur 50 Prozent des Vorsorgekapitals so zugewendet werden können. Diese Regelung konnte im Nationalrat nicht mehr diskutiert werden, weil wir das in der dritten Runde als Zweitrat eingefügt haben. Die nationalrätliche Kommission hat dem jedoch reglementsconform zugestimmt, und auch die Einigungskonferenz hat dieser Lösung, wie Sie sie jetzt auf der Fahne noch finden, einstimmig zugestimmt. Ich ersuche Sie, auch dieser Lösung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Schluss der Sitzung um 10.15

La séance est levée à 10 h 15

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Différences – Divergences

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBI 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBI)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.09.03 (Différences – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 23.09.03

Nationalrat/Conseil national 25.09.03 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.03 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2003 6653)

Texte de l'acte législatif (FF 2003 6095)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Art. 20a Abs. 1 Bst. c

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



kunftssicherung nicht nur für die Rentner, sondern auch für die aktive und die junge Generation.

5. Schliesslich haben wir auch die Kaufkraft für die Rentner gesichert, indem wir uns im Entlastungsprogramm 2003 gegen eine Aussetzung des Mischindexe eingesetzt haben. Renten sichern, Vertrauen schaffen – das muss unser politisches Ziel sein.

Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, beiden Revisionen zuzustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Die FDP-Fraktion unterstützt diese 11. AHV-Revision; sie setzt sie ebenfalls in Zusammenhang mit der BVG-Revision und der dortigen Absenkung der Eintrittsschwelle. Sie ist nur ein erster Schritt, um mehr Rentensicherheit zu erreichen und dieses wichtige Sozialwerk auch für die nächste Generation zu sichern. Die AHV ist mit dieser Revision noch längst nicht fit für die demographischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Alles Schönreden der finanziellen Lage und der demographischen Realitäten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns einen Ausbau zulasten der künftigen Erwerbstätigen nicht leisten können und nicht leisten dürfen, weder eine sozialverträgliche Frühpensionierung noch andere Ausbauwünsche. Wir müssen das Vertrauen in die Rente, in dieses Sozialwerk erhalten, Frau Goll. Ein schlechtes Gewissen – wie uns das die Linken immer wieder einreden wollen – müssten wir bei dieser Revision nur dann haben, wenn wir unsere Verantwortung für die Finanzierbarkeit der ersten Säule nicht wahrnehmen würden. Aber gerade dies praktiziert die Linke mit ihren Ausbauforderungen.

Für die FDP schwer zu akzeptieren ist die Finanzierungsvorlage mit der Ermöglichung eines zusätzlichen Mehrwertsteuerprozentes. Die Aufteilung der Vorlage in AHV- und IV-Finanzierung, wie sie die FDP-Fraktion gefordert hat, wurde abgelehnt. Die IV muss aber dringend saniert werden. Wir können der Finanzierungsvorlage nur zustimmen, weil ein weiterer referendumsfähiger Beschluss des Parlamentes notwendig sein wird, um das Mehrwertsteuerprozent einzuführen. Dieser muss mit einer steuerlichen Entlastung verbunden werden, also mit der Zustimmung zum Steuerpaket und einer weiteren Entlastung für die Unternehmen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Sie haben es verpasst, bei einer an sich guten, zweckmässigen 11. AHV-Revision, der wir als Fraktion zustimmen werden, eine Finanzierung zu suchen, ohne zusätzliche Mehrwertsteuern zu verlangen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer um ein Prozent wäre zurzeit nicht nötig, wenn Sie auf die Begünstigung der Bundeskasse verzichtet hätten, wenn Sie Volksvermögenswerte der Nationalbank, welche für ihren Zweck nicht mehr benötigt werden, für die AHV verwendet hätten. Wir lehnen diesen Finanzierungsbeschluss – die Anhebung der Mehrwertsteuer – ab und werden diese Mehrwertsteuererhöhung, das kann ich Ihnen versprechen, auch in der Volksabstimmung aktiv bekämpfen, weil sie für diesen Zweck eben nicht nötig gewesen wäre. Ebenso gehört ja die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV dazu. Diese Mehrwertsteuererhöhung dient allein dazu, die massiven Fehlleistungen in diesem Sozialwerk fortzuführen. Auch hier künden wir Ihnen Widerstand an.

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/AI par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.014/4501)

Für Annahme des Entwurfes 130 Stimmen

Dagegen 43 Stimmen

2. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.014/4502)

Für Annahme des Entwurfes 109 Stimmen

Dagegen 73 Stimmen

00.027

BVG. 1. Revision

LPP. 1ère révision

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBl 2000 2637)

Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2495)

Bericht SGK-NR 22.02.02 (BBl)

Rapport CSSS-CN 22.02.02 (FF)

Nationalrat/Conseil national 15.04.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.04.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.09.03 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 23.09.03

Nationalrat/Conseil national 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2003 6653)

Texte de l'acte législatif (FF 2003 6095)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Lauper Hubert (C, FR), pour la commission: Là aussi, je dois vous faire une déclaration au nom de la Commission de rédaction, qui a dû procéder, dans les dispositions de la 1ère révision de la LPP, à deux ajouts formels qui n'ont pas pu faire l'objet d'une décision formelle des Chambres, l'omission de ces deux éléments ayant été constatée trop tard.

1. Adaptation des dispositions du droit européen aux pays membres de l'AELE. La 1ère révision de la LPP introduit dans la LPP et dans la LFLP les dispositions détaillées sur la transposition du droit communautaire dans le droit suisse. Ces dispositions s'appliquent également à la Convention AELE révisée et concernent donc les Etats membres de l'AELE que sont l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein. Les dispositions concernées, à savoir les articles 89a alinéa 2, 89b alinéa 2 et 89c lettre b LPP, ainsi que dans l'annexe les articles 25b alinéa 2, 25c alinéa 2, 25d lettre b et 25f LFLP, ont été modifiées ou introduites en conséquence.

2. Adaptation de l'article 22 alinéa 3 lettre b LPP. Lors de la 4e révision de l'AI, le Parlement a décidé que l'assuré avait droit à une rente entière s'il était invalide à raison de 70 pour cent au lieu des deux tiers. Cette modification a été faite à l'article 24 alinéa 1er LPP mais a été oubliée à l'article 22 alinéa 3 lettre b. La Commission de rédaction a donc corrigé cette lacune.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.027/4503)

Für Annahme des Entwurfes 156 Stimmen

Dagegen 30 Stimmen

Anwendung des Gemeinschaftsrechtes im schweizerischen Recht ein. Diese Bestimmungen, nämlich Artikel 89a ff. BVG und Artikel 25b ff. FZG, sind auch auf das revidierte Efta-Abkommen anwendbar. Konkret bedeutet dies, dass diese Bestimmungen auch die Mitgliedländer der Efta umfassen sollen, d. h. Island, Liechtenstein und Norwegen. Aus systematischen Gründen sind entsprechende Bestimmungen aufgenommen bzw. geändert worden. Die betreffenden Bestimmungen sind die Artikel 89a Absatz 2, 89b und 89c BVG sowie im Anhang die Artikel 25b Absatz 2, 25c, 25d sowie 25f FZG.

Bei der IV-Revision hat das Parlament beschlossen, dass die volle Rente bei 70 Prozent statt bei zwei Dritteln Invalidität geleistet wird. Dies wurde in Artikel 24 Absatz 1 BVG übernommen. Bei Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe b dagegen unterblieb die Anpassung. Die Redaktionskommission hat nun die Anpassung vorgenommen.

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité

Abstimmung – Vote

Für Annahme
 (Einstimmig)

01.074

**Neugestaltung
 des Finanzausgleichs**
**Réforme
 de la péréquation financière**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 14.11.01 (BBl 2002 2291)

Message du Conseil fédéral 14.11.01 (FF 2002 2155)

Ständerat/Conseil des Etats 01.10.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 02.10.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 02.10.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 05.06.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 11.06.03 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 12.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 19.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 19.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 19.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 19.06.03 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 18.09.03 (Differenzen – Divergences)

Divergences)

Divergences)

Divergences)

Abstimmung – Vote final)

Abstimmung – Vote final)

00.052

Fusions

Loi sur l

Schlussab

Botschaft des

Message du C

Ständerat/Co

Nationalrat/C

Nationalrat/C

Ständerat/Co

Nationalrat/C

Ständerat/Co

Ständerat/Co

Nationalrat/C

Text des Erlas

Texte de l'acte législatif (FF 2003 0131)

Bundesgesetz über F
Vermögensübertragung
Loi fédérale sur la fus
et le transfert de patri

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entw
 (Einstimmigkeit)

Präsident (Plattner G
 zähler hat mir gesagt, d
 0 Stimmen, sondern n
 worden. Ich bitte das A
 zunehmen.

tion: Beim Finanz-
 aktionskommission
 uck gebracht, dass
 fassungsgrundlage
 veröffentlicht wird.
 gelungen, bei de-
 ahme der entspre-
 g sind.

g des Finanzaus-
schen Bund und

ie de la péréqua-
s tâches entre la

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
 Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, 7 et 8

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:02:01

Abate	=	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	+	V	LU	Schluer	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	=	S	ZH	Fehr Hans	+	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	=	C	VS
Aeschbacher	=	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	=	R	VS	Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Lalive d'Epinay	=	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	+	V	LU	Schwaab	=	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	=	S	ZH	Lauper	=	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	=	S	SO	Fetz	=	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	=	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Baumann Alexander	+	V	TG	Föhn	+	V	SZ	Leutenegger Susanne	=	S	BL	Sommaruga	=	S	BE
Baumann Ruedi	=	G	BE	Freund	+	V	AR	Leuthard	=	C	AG	Speck	+	V	AG
Baumann Stephanie	=	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	+	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	=	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	*	V	TG
Berberat	=	S	NE	Galli	=	C	BE	Maillard	=	S	VD	Stahl	+	V	ZH
Bernasconi	=	R	GE	Garbani	=	S	NE	Maitre	=	C	GE	Stamm Luzi	+	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	=	G	ZH	Mariétan	=	C	VS	Steinegger	=	R	UR
Bigger	+	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	=	S	GL	Steiner	*	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Strahm	=	S	BE
Binder	+	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	=	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Mathys	+	V	AG	Stump	=	S	AG
Borer	=	V	SO	Graf	=	G	BL	Maurer	+	V	ZH	Suter	=	R	BE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Grobet	=	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	=	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	=	S	ZH	Meier-Schatz	=	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Bruderer	=	S	AG	Gross Jost	=	S	TG	Ménétrey Savary	=	G	VD	Theiler	+	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	=	R	VD	Messmer	+	R	TG	Tillmanns	=	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	=	C	FR	Triponez	+	R	BE
Bühlmann	=	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	=	S	BE
Bührer	=	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	=	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	=	S	TI	Gysin Remo	=	S	BS	Müller Erich	=	R	ZH	Vallender	=	R	AR
Chappuis	=	S	FR	Haering Binder	=	S	ZH	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	=	C	GE
Chevrier	=	C	VS	Haller	=	V	BE	Nabholz	=	R	ZH	Vaudroz René	=	R	VD
Chiffelle	=	S	VD	Hämmerle	=	S	GR	Neiryck	=	C	VD	Vermot	=	S	BE
Christen	=	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehrli	=	V	BE	Vollmer	=	S	BE
Cina	=	C	VS	Heberlein	=	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	=	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Félix	=	C	SG
de Dardel	=	S	GE	Heim	=	C	SO	Pfister Theophil	+	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	=	C	GR	Hess Berhard	*	-	BE	Polla	=	L	GE	Wandfluh	+	V	BE
Donzé	=	E	BE	Hess Peter	=	C	ZG	Raggenbass	=	C	TG	Wasserfallen	+	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	=	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	+	R	SG
Dormond Marlyse	=	S	VD	Hofmann Urs	=	S	AG	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	=	G	SG	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Widmer	=	S	LU
Dupraz	=	R	GE	Hubmann	=	S	ZH	Rennwald	=	S	JU	Widrig	=	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	=	C	OW	Riklin	=	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	=	R	AG	Imhof	=	C	BL	Robbiani	=	C	TI	Wirz-von Planta	=	L	BS
Eggly	=	L	GE	Janiak	=	S	BL	Rossini	=	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	=	C	AG	Joder	=	V	BE	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	=	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	=	S	VS	Sandoz Marcel	=	R	VD	Zäch	=	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	=	S	FR	Schenk	+	V	BE	Zanetti	=	S	SO
Fasel	=	G	FR	Kaufmann	+	V	ZH	Scherer Marcel	+	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	=	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	=	L	NE	Zisyadis	=	-	VD
Faltebert	=	V	VD	Kofmel	=	R	SO	Schibli	+	V	ZH	Zuppiger	+	V	ZH

+ ja / oui / si * entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente
 = nein / non / no hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
 o enth. / abst. / ast. # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	38	ja / oui / si	4	0	0	9	0	0	25	0
nein / non / no	132	nein / non / no	26	10	5	24	50	4	12	1
enth. / abst. / ast.	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	29	entschuldigt / excusé / scusato	5	0	1	9	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la minorité II Triponez

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité III Suter

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
 Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, 7 et 8

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:03:01

Abate	=	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schlür	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	=	S	ZH	Fehr Hans	+	V	ZH	Kurris	=	R	BL	Schmid Odilo	=	C	VS
Aeschbacher	=	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	=	R	VS	Fehr Jacqueline	=	S	SH	Lalve d'Epinay	+	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Lisbeth	=	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	=	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	=	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	=	S	SO	Fetz	=	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	=	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	+	V	TG	Föhn	+	V	SZ	Leutenegger Susanne	=	S	BL	Sommaruga	=	S	BE
Baumann Ruedi	=	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	=	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	+	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	+	L	VD	Gadient	=	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spühler	*	V	TG
Berberat	=	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	=	S	VD	Stahl	+	V	ZH
Bernasconi	=	R	GE	Garbani	=	S	NE	Maire	+	C	GE	Stamm Luzi	+	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	=	G	ZH	Mariétan	+	C	VS	Steinberger	=	R	UR
Bigger	+	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	=	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	=	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Strahm	=	S	BE
Binder	+	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	=	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Mathys	+	V	AG	Stump	=	S	AG
Borer	=	V	SO	Graf	=	G	BL	Maurer	+	V	ZH	Suter	=	R	BE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Grobet	=	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	=	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	=	S	ZH	Meier-Schatz	o	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Bruderer	=	S	AG	Gross Jost	=	S	TG	Ménétreay Savary	=	G	VD	Theiler	+	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	=	R	VD	Messmer	+	R	TG	Tillmanns	=	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	+	C	FR	Triponz	+	R	BE
Bühlmann	=	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	=	S	BE
Bührer	=	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	=	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	=	S	TI	Gysin Remo	=	S	BS	Müller Erich	+	R	ZH	Vallender	=	R	AR
Chappuis	=	S	FR	Haering Binder	=	S	ZH	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Haller	=	V	BE	Nabholz	=	R	ZH	Vaudroz René	=	R	VD
Chiffelle	=	S	VD	Hämmerle	=	S	GR	Neirynck	+	C	VD	Vermot	=	S	BE
Christen	=	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehrl	=	V	BE	Vollmer	=	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	=	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	+	E	BE
Cuche	=	G	NE	Hegetschweiler	+	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Félix	+	C	SG
de Dardel	=	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	+	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Bernhard	*	-	BE	Polla	=	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donzé	=	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	+	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	+	R	SG
Dormond Marlyse	=	S	VD	Hofmann Urs	=	S	AG	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	+	V	BS	Hollenstein	=	G	SG	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Widmer	=	S	LU
Dupraz	=	R	GE	Hubmann	=	S	ZH	Rennwald	=	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	=	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	=	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	=	C	TI	Wirz-von Planta	+	L	BS
Eggly	+	L	GE	Janiak	=	S	BL	Rossini	=	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	+	C	AG	Joder	+	V	BE	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	=	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	=	S	VS	Sandoz Marcel	=	R	VD	Zäch	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	=	S	FR	Schenk	+	V	BE	Zanetti	=	S	SO
Fasel	=	G	FR	Kaufmann	+	V	ZH	Scherer Marcel	+	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	=	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zisayadis	=	-	VD
Fattebert	+	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	+	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

o enth. / abst. / ast.

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	64	ja / oui / si	26	0	4	12	0	1	21	0
nein / non / no	106	nein / non / no	3	10	1	22	50	3	16	1
enth. / abst. / ast.	1	enth. / abst. / ast.	1	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	28	entschuldigt / excusé / scusato	5	0	1	8	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la minorité Meyer Thérèse

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité Suter

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, 7 et 8

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:04:00

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	+	V	LU	Schluer	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	=	S	ZH	Fehr Hans	+	V	ZH	Kurrus	+	R	BL	Schmid Odilo	=	C	VS
Aeschbacher	=	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	=	S	ZH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	+	V	BE
Antille	+	R	VS	Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Lalive d'Epinay	+	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	+	V	LU	Schwaab	=	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	=	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	+	V	BE
Banga	=	S	SO	Fetz	=	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	+	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Baumann Alexander	+	V	TG	Föhn	+	V	SZ	Leutenegger Susanne	=	S	BL	Sommaruga	=	S	BE
Baumann Ruedi	=	G	BE	Freund	+	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	+	V	AG
Baumann Stephanie	=	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	o	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	+	L	VD	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	*	V	TG
Berberat	=	S	NE	Galli	+	C	BE	Mailard	=	S	VD	Stahl	+	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	=	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	+	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	=	G	ZH	Mariétan	+	C	VS	Steinberger	+	R	UR
Bigger	+	V	SG	Giezendanner	+	V	AG	Marti Werner	=	S	GL	Steiner	+	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Strahm	=	S	BE
Binder	+	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	=	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Mathys	+	V	AG	Stump	=	S	AG
Borer	+	V	SO	Graf	=	G	BL	Maurer	+	V	ZH	Suter	+	R	BE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Grobet	=	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	=	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	=	S	ZH	Meier-Schatz	=	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Bruderer	=	S	AG	Gross Jost	=	S	TG	Ménétrey Savary	=	G	VD	Theiler	+	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	+	R	TG	Tillmanns	=	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	+	C	FR	Triponez	+	R	BE
Bühlmann	=	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	=	S	BE
Bührer	+	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	=	G	GE	Tschuppert	+	R	LU
Cavalli	=	S	TI	Gysin Remo	=	S	BS	Müller Erich	+	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	=	S	FR	Haering Binder	=	S	ZH	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	o	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Chiffelle	=	S	VD	Hämmerle	=	S	GR	Neirynck	o	C	VD	Vermot	=	S	BE
Christen	+	R	VD	Hassler	+	V	GR	Oehrl	+	V	BE	Vollmer	=	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	+	E	BE
Cuche	=	G	NE	Hegetschweiler	+	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Félix	=	C	SG
de Dardel	=	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	+	V	SG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Decurtins	=	C	GR	Hess Berhard	*	-	BE	Polla	+	L	GE	Wandfluh	+	V	BE
Donzé	=	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	+	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	=	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	+	R	SG
Dormond Marlyse	=	S	VD	Hofmann Urs	=	S	AG	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	+	V	BS	Hollenstein	=	G	SG	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Widmer	=	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	=	S	ZH	Rennwald	=	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	=	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	+	L	BS
Eggly	+	L	GE	Janiak	=	S	BL	Rossini	=	S	VS	Wittenwiler	+	R	SG
Ehrler	+	C	AG	Joder	+	V	BE	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	=	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	=	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zäch	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	=	S	FR	Schenk	+	V	BE	Zanetti	=	S	SO
Fasel	=	G	FR	Kaufmann	+	V	ZH	Scherer Marcel	+	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	=	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zisyadis	=	-	VD
Fattebert	+	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	+	V	ZH	Zuppiger	+	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

o enth. / abst. / ast.

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	97	ja / oui / si	20	0	5	34	0	1	37	0
nein / non / no	71	nein / non / no	7	10	0	0	50	3	0	1
enth. / abst. / ast.	3	enth. / abst. / ast.	3	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	28	entschuldigt / excusé / scusato	5	0	1	8	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la minorité Suter

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition Riklin

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, 7 et 8

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:04:58

Abate	=	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	=	R	VS	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lalivé d'Epinay	=	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	=	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banqa	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	=	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	=	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Föhn	=	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	=	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	=	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	=	V	GR	Lustenberger	=	C	LU	Spuhler	*	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	=	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maire	=	C	GE	Stamm Luzi	=	V	AG
Bezzola	=	R	GR	Genner	+	G	ZH	Mariétan	=	C	VS	Steinberger	=	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	=	R	FR	Marty Kälin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	+	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	=	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Ménétrey Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	+	S	BE	Meyer Thérèse	=	C	FR	Triponez	=	R	BE
Bühlmann	+	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Bührer	=	R	SH	Gysin Hans Rudolf	=	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Müller Erich	=	R	ZH	Vallender	=	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	=	C	GE
Chevrier	=	C	VS	Haller	=	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz René	=	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hämmerle	+	S	GR	Neirynck	+	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	=	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehli	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	=	C	VS	Heberlein	=	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	=	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Felix	=	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	=	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	=	C	GR	Hess Berhard	*	-	BE	Polla	+	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donzé	+	E	BE	Hess Peter	=	C	ZG	Raggenbass	=	C	TG	Wasserfallen	=	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	+	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Rennwald	+	S	JU	Widrig	=	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	=	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	=	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	=	L	BS
Eggly	=	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	=	C	AG	Joder	=	V	BE	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	=	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zäch	+	C	AG
Estermann	=	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Rémy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	=	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si * entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente
= nein / non / no hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
o enth. / abst. / ast. # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	81	ja / oui / si	9	10	1	6	50	3	1	1
nein / non / no	90	nein / non / no	21	0	4	28	0	1	36	0
enth. / abst. / ast.	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	28	entschuldigt / excusé / scusato	5	0	1	8	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la majorité
Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité III Suter

NATIONALRAT

Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2 et 7

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:06:18

Abate	=	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	=	V	LU	Schlürer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurris	=	R	BL	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	+	S	ZH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	=	V	BE
Antille	=	R	VS	Fehr Jacqueline	+	S	SH	Lalivé d'Epinay	+	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fehr Lisbeth	=	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Schwaab	+	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	=	V	BE
Banga	+	S	SO	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	=	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	=	V	TG	Föhn	=	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Freund	=	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	=	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	=	L	VD	Gadient	=	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	*	V	TG
Berberat	+	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	+	S	NE	Maitre	+	C	GE	Stamm Luzi	=	V	AG
Bezzola	=	R	GR	Genner	=	G	ZH	Mariétan	+	C	VS	Steinberger	=	R	UR
Bigger	=	V	SG	Giezendanner	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	=	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	=	R	FR	Marty Kälin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Mathys	=	V	AG	Stump	+	S	AG
Borer	=	V	SO	Graf	+	G	BL	Maurer	=	V	ZH	Suter	=	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Grobet	+	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	+	S	ZH	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Bruderer	+	S	AG	Gross Jost	+	S	TG	Ménétreay Savary	+	G	VD	Theiler	=	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	=	R	TG	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	+	S	BE	Meyer Thérèse	+	C	FR	Triponez	=	R	BE
Bühlmann	+	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Bührer	=	R	SH	Gysin Hans Rudolf	=	R	BL	Mugny	+	G	GE	Tschuppert	=	R	LU
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS	Müller Erich	+	R	ZH	Vallender	=	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Haering Binder	+	S	ZH	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Haller	=	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz René	=	R	VD
Chiffelle	+	S	VD	Hämmerle	+	S	GR	Neirynck	+	C	VD	Vermot	+	S	BE
Christen	+	R	VD	Hassler	=	V	GR	Oehrli	=	V	BE	Vollmer	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	=	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	=	E	BE
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	+	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Félix	+	C	SG
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	=	V	SG	Walter Hansjörg	=	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Bernhard	*	-	BE	Polla	=	L	GE	Wandfluh	=	V	BE
Donzé	+	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	+	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	=	R	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	=	V	BS	Hollenstein	*	G	SG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widmer	+	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	+	S	ZH	Rennwald	+	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wirz-von Planta	=	L	BS
Eggly	=	L	GE	Janiak	+	S	BE	Rossini	+	S	VS	Wittenwiler	=	R	SG
Ehrler	+	C	AG	Joder	=	V	BL	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Engelberger	=	R	NW	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zäch	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	+	S	FR	Schenk	=	V	BE	Zanetti	+	S	SO
Fasel	=	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	+	S	SG	Keller Robert	=	V	ZH	Scheurer Rémy	=	L	NE	Zisyadis	+	-	VD
Fattebert	=	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	=	V	ZH	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si * entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente
= nein / non / no hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
o enth. / abst. / ast. # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	103	ja / oui / si	29	7	0	13	50	3	0	1
nein / non / no	67	nein / non / no	1	2	5	21	0	1	37	0
enth. / abst. / ast.	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	29	entschuldigt / excusé / scusato	5	1	1	8	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: un ou plusieurs employeurs
Bedeutung Nein / Signification de non: un employeur

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, 7 et 8

Abstimmung vom / Vote du: 15.04.2002 19:07:25

Abate	+	R	TI	Favre	*	R	VD	Kunz	+	V	LU	Schlür	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	=	S	ZH	Fehr Hans	+	V	ZH	Kurrus	+	R	BL	Schmid Odilo	o	C	VS
Aeschbacher	=	E	ZH	Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Lachat	*	C	JU	Schmid Walter	+	V	BE
Antille	+	R	VS	Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Lalivé d'Epinay	+	R	SZ	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	+	V	LU	Schwaab	=	S	VD
Bader Elvira	*	C	SO	Fehr Mario	=	S	ZH	Lauper	+	C	FR	Seiler Hanspeter	+	V	BE
Banga	=	S	SO	Fetz	=	S	BS	Leu	+	C	LU	Siegrist	*	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fischer-Seengen	+	R	AG	Leutenegger Hajo	*	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	+	V	TG	Föhn	+	V	SZ	Leutenegger Susanne	=	S	BL	Sommaruga	=	S	BE
Baumann Ruedi	=	G	BE	Freund	+	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Speck	+	V	AG
Baumann Stephanie	=	S	BE	Frey Claude	*	R	NE	Loepfe	+	C	AI	Spielmann	*	-	GE
Beck	+	L	VD	Gadient	+	V	GR	Lustenberger	+	C	LU	Spuhler	*	V	TG
Berberat	=	S	NE	Galli	+	C	BE	Maillard	=	S	VD	Stahl	+	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Garbani	=	S	NE	Maire	+	C	GE	Stamm Luzi	+	V	AG
Bezzola	+	R	GR	Genner	=	G	ZH	Mariétan	+	C	VS	Steinberger	+	R	UR
Bigger	+	V	SG	Giezendanner	+	V	AG	Marti Werner	=	S	GL	Steiner	+	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Glasson	+	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Strahm	=	S	BE
Binder	+	V	ZH	Glur	*	V	AG	Maspoli	*	-	TI	Studer Heiner	=	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Mathys	+	V	AG	Stump	=	S	AG
Borer	+	V	SO	Graf	=	G	BL	Maurer	+	V	ZH	Suter	+	R	BE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Grobet	=	S	GE	Maury Pasquier	#	S	GE	Teuscher	=	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Andreas	=	S	ZH	Meier-Schatz	o	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Bruderer	=	S	AG	Gross Jost	=	S	TG	Ménétreay Savary	=	G	VD	Theiler	+	R	LU
Brunner Toni	*	V	SG	Guisan	+	R	VD	Messmer	+	R	TG	Tillmanns	=	S	VD
Bugnon	*	V	VD	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	+	C	FR	Triponez	+	R	BE
Bühlmann	=	G	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Mörgeli	*	V	ZH	Tschäppät	=	S	BE
Bührer	+	R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Mugny	=	G	GE	Tschuppert	+	R	LU
Cavalli	=	S	TI	Gysin Remo	=	S	BS	Müller Erich	+	R	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	=	S	FR	Haering Binder	=	S	ZH	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Chiffelle	=	S	VD	Hämmerle	=	S	GR	Neirynck	o	C	VD	Vermot	=	S	BE
Christen	+	R	VD	Hassler	+	V	GR	Oehrli	+	V	BE	Vollmer	=	S	BE
Cina	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Pedrina	*	S	TI	Waber Christian	+	E	BE
Cuche	=	G	NE	Hegetschweiler	+	R	ZH	Pelli	*	R	TI	Walker Félix	+	C	SG
de Dardel	=	S	GE	Heim	+	C	SO	Pfister Theophil	+	V	SG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Decurtins	+	C	GR	Hess Berhard	*	-	BE	Polla	+	L	GE	Wandfluh	+	V	BE
Donzé	=	E	BE	Hess Peter	+	C	ZG	Raggenbass	+	C	TG	Wasserfallen	+	R	BE
Dormann Rosemarie	*	C	LU	Hess Walter	+	C	SG	Randegger	*	R	BS	Weigelt	+	R	SG
Dormond Marlyse	=	S	VD	Hofmann Urs	=	S	AG	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weyeneth	*	V	BE
Dunant	+	V	BS	Hollenstein	=	G	SG	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Widmer	=	S	LU
Dupraz	+	R	GE	Hubmann	=	S	ZH	Rennwald	=	S	JU	Widrig	+	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	=	C	TI	Wirz-von Planta	+	L	BS
Eggly	+	L	GE	Janiak	=	S	BE	Rossini	=	S	VS	Wittenwiler	+	R	SG
Ehrler	+	C	AG	Joder	+	V	BL	Ruey	*	L	VD	Wyss Ursula	=	S	BE
Engelberger	+	R	NW	Jossen	=	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zäch	+	C	AG
Estermann	+	C	LU	Jutzet	=	S	FR	Schenk	+	V	BE	Zanetti	=	S	SO
Fasel	=	G	FR	Kaufmann	+	V	ZH	Scherer Marcel	+	V	ZG	Zapfl	*	C	ZH
Fässler	=	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zisayadis	=	-	VD
Fattebert	+	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schibli	+	V	ZH	Zuppiger	+	V	ZH

+ ja / oui / si

* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

= nein / non / no

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

o enth. / abst. / ast.

Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	103	ja / oui / si	26	0	5	34	0	1	37	0
nein / non / no	65	nein / non / no	1	10	0	0	50	3	0	1
enth. / abst. / ast.	3	enth. / abst. / ast.	3	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	28	entschuldigt / excusé / scusato	5	0	1	8	1	1	8	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la minorité Suter/Meyer

Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité IV Goll

**Geschäft / Objet:**

Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (1. BVG-Revision)
 Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle, vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 03.10.2003 08:52:58

Abate	+	R	TI	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Kunz	=	V	LU	Schibli	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Kurrus	+	R	BL	Schlüter	=	V	ZH
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Lachat	+	C	JU	Schmid Odilo	+	C	VS
Antille	+	R	VS	Fehr Mario	+	S	ZH	Lalivé d'Epinay	+	R	SZ	Schmid Walter	*	V	BE
Baader Caspar	=	V	BL	Fetz	+	S	BS	Laubacher	=	V	LU	Schneider	+	R	BE
Bader Elvira	+	C	SO	Fischer-Seengen	+	R	AG	Lauper	+	C	FR	Schwaab	+	S	VD
Banga	+	S	SO	Freund	=	V	AR	Leu	+	C	LU	Seiler Hanspeter	+	V	BE
Bangerter	+	R	BE	Frey Claude	+	R	NE	Leuenberger Genève	+	G	GE	Siegrist	+	V	AG
Baumann Alexander	*	V	TG	Fässler	+	S	SG	Leutenegger Hajo	+	R	ZG	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Ruedi	+	G	BE	Föhn	=	V	SZ	Leutenegger Susanne	+	S	BL	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Stephanie	+	S	BE	Gadient	+	V	GR	Leuthard	+	C	AG	Speck	=	V	AG
Beck	+	L	VD	Galli	+	C	BE	Loepfe	o	C	AI	Spielmann	+	-	GE
Berberat	+	S	NE	Garbani	+	S	NE	Lustenberger	o	C	LU	Spühler	=	V	TG
Bernasconi	+	R	GE	Genner	+	G	ZH	Maillard	+	S	VD	Stahl	=	V	ZH
Bezzola	+	R	GR	Giezendanner	=	V	AG	Maire	+	C	GE	Stamm Luzi	=	V	AG
Bigger	=	V	SG	Glasson	+	R	FR	Mariétan	+	C	VS	Steinberger	+	R	UR
Bignasca	=	-	TI	Glur	=	V	AG	Marti Werner	+	S	GL	Steiner	+	R	SO
Binder	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Marty Kälin	+	S	ZH	Strahm	+	S	BE
Blocher	=	V	ZH	Graf	+	G	BL	Maspoli	+	-	TI	Studer Heiner	+	E	AG
Borer	+	V	SO	Grobet	*	S	GE	Mathys	+	V	AG	Stump	+	S	AG
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gross Andreas	*	S	ZH	Maurer	=	V	ZH	Suter	*	R	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gross Jost	+	S	TG	Maury Pasquier	+	S	GE	Teuscher	+	G	BE
Bruderer	+	S	AG	Guisan	+	R	VD	Meier-Schatz	+	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Messmer	+	R	TG	Theiler	+	R	LU
Brunner Toni	=	V	SG	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Meyer Thérèse	+	C	FR	Tillmanns	+	S	VD
Bugnon	+	V	VD	Gysin Remo	+	S	BS	Ménétreay Savary	+	G	VD	Triponz	+	R	BE
Bühlmann	+	G	LU	Günter	+	S	BE	Mörgeli	*	V	ZH	Tschuppert	+	R	LU
Bührer	+	R	SH	Haering Binder	+	S	ZH	Müller Erich	+	R	ZH	Tschäppät	+	S	BE
Cavalli	+	S	TI	Haller	+	V	BE	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vallender	+	R	AR
Chappuis	+	S	FR	Hassler	+	V	GR	Nabholz	+	R	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chevrier	+	C	VS	Heberlein	+	R	ZH	Neiryck	+	C	VD	Vaudroz René	+	R	VD
Christen	#	R	VD	Hegetschweiler	+	R	ZH	Oehri	+	V	BE	Vermot	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Heim	+	C	SO	Pedrina	+	S	TI	Vollmer	+	S	BE
Cuche	+	G	NE	Hess Berhard	+	-	BE	Pelli	+	R	TI	Waber Christian	+	E	BE
De Dardel	+	S	GE	Hess Peter	+	C	ZG	Pfister Theophil	=	V	SG	Walker Félix	+	C	SG
Decurtins	+	C	GR	Hess Walter	+	C	SG	Polla	+	L	GE	Walter Hansjörg	=	V	TG
Donzé	+	E	BE	Hofmann Urs	+	S	AG	Raggenbass	+	C	TG	Wandfluh	=	V	BE
Dormann Rosemarie	+	C	LU	Hollenstein	+	G	SG	Randegger	+	R	BS	Wasserfallen	+	R	BE
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hubmann	+	S	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weigelt	+	R	SG
Dunant	=	V	BS	Humbel Näf	+	C	AG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Weyeneth	+	V	BE
Dupraz	+	R	GE	Hämmerle	+	S	GR	Rennwald	+	S	JU	Widmer	+	S	LU
Eberhard	+	C	SZ	Imfeld	+	C	OW	Riklin	+	C	ZH	Widrig	+	C	SG
Egerszegi	+	R	AG	Imhof	+	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wiederkehr	*	E	ZH
Eggly	*	L	GE	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Wirz-von Planta	+	L	BS
Ehrler	+	C	AG	Joder	+	V	BE	Ruey	+	L	VD	Wittenwiler	+	R	SG
Engelberger	+	R	NW	Jossen	+	S	VS	Salvi	+	S	VD	Wyss Ursula	+	S	BE
Fasel	+	G	FR	Jutzet	+	S	FR	Sandoz Marcel	*	R	VD	Zanetti	+	S	SO
Fattebert	+	V	VD	Kaufmann	=	V	ZH	Schenk	=	V	BE	Zapfl	+	C	ZH
Favre	+	R	VD	Keller Robert	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zisayadis	=	-	VD
Fehr Hans	*	V	ZH	Köfmei	+	R	SO	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si * entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente
 = nein / non / no hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
 o enth. / abst. / ast. # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	156	ja / oui / si	33	10	5	38	50	4	13	3
nein / non / no	30	nein / non / no	0	0	0	0	0	0	28	2
enth. / abst. / ast.	2	enth. / abst. / ast.	2	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	11	entschuldigt / excusé / scusato	0	0	1	3	2	1	4	0

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non: